

# GegenErinnerung

Geschichte als politisches Argument  
im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas

# Schriften des Historischen Kollegs

Kolloquien  
61

GegenErinnerung

Geschichte als politisches Argument  
im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel-  
und Südosteuropas

R. Oldenbourg Verlag München 2006



# GegenErinnerung

Geschichte als politisches Argument  
im Transformationsprozeß Ost-,  
Ostmittel- und Südosteuropas

Herausgegeben von  
Helmut Altrichter  
unter Mitarbeit von  
Elisabeth Müller-Luckner

R. Oldenbourg Verlag München 2006

Schriften des Historischen Kollegs

herausgegeben von

Lothar Gall

in Verbindung mit

Etienne François, Johannes Fried, Klaus Hildebrand, Manfred Hildermeier, Claudia Märkl, Jochen Martin, Heinrich Nöth, Luise Schorn-Schütte, Ulrich Wilhelm und Dietmar Willoweit

Geschäftsführung: Georg Kalmer

Redaktion: Elisabeth Müller-Luckner

Das Historische Kolleg fördert im Bereich der historisch orientierten Wissenschaften Gelehrte, die sich durch herausragende Leistungen in Forschung und Lehre ausgewiesen haben. Es vergibt zu diesem Zweck jährlich bis zu drei Forschungsstipendien und ein Förderstipendium sowie alle drei Jahre den „Preis des Historischen Kollegs“.

Die Forschungsstipendien, deren Verleihung zugleich eine Auszeichnung für die bisherigen Leistungen darstellt, sollen den berufenen Wissenschaftlern während eines Kollegjahres die Möglichkeit bieten, frei von anderen Verpflichtungen eine größere Arbeit abzuschließen. Professor Dr. Helmut Altrichter (Erlangen) war – zusammen mit Professor Dr. Marie-Luise Recker (Frankfurt a. M.), PD Dr. Andreas Rödter (Stuttgart) und Prof. Dr. Jürgen Trabant (Berlin) – Stipendiat des Historischen Kollegs im Kollegjahr 2001/2002. Den Obliegenheiten der Stipendiaten gemäß hat Helmut Altrichter aus seinem Arbeitsbereich ein Kolloquium zum Thema „Geschichte im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas“ vom 5. bis 8. Juni 2002 im Historischen Kolleg gehalten. Die Ergebnisse des Kolloquiums werden in diesem Band veröffentlicht.

Das Historische Kolleg wird seit dem Kollegjahr 2000/2001 – im Sinne einer „public private partnership“ – in seiner Grundausstattung vom Freistaat Bayern finanziert, seine Stipendien werden gegenwärtig aus Mitteln des DaimlerChrysler-Fonds, der Fritz Thyssen Stiftung, des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft und eines ihm verbundenen Förderunternehmens dotiert. Träger des Historischen Kollegs, das vom Stiftungsfonds Deutsche Bank und vom Stifterverband errichtet und zunächst allein finanziert wurde, ist nunmehr die „Stiftung zur Förderung der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und des Historischen Kollegs“.

Bibliographische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

© 2006 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH, München

Rosenheimer Straße 145, D-81671 München

Internet: <http://www.oldenbourg.de>

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier (chlorfrei gebleicht)

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe Druckerei GmbH, München

ISBN-13: 978-3-486-57873-7

ISBN-10: 3-486-57873-1

# Inhalt

<i>Helmut Altrichter</i>	
Einführung .....	VII
Verzeichnis der Tagungsteilnehmer .....	XXII
<i>Joachim Hösler</i>	
Perestroika und Historie. Zur Erosion des sowjetischen Geschichtsbildes .....	1
<i>Karsten Brüggemann</i>	
„Wir brauchen viele Geschichten“. Estland und seine Geschichte auf dem Weg nach Europa? .....	27
<i>Ulrike von Hirschhausen</i>	
Denkmal im multiethnischen Raum. Zum Umgang mit der Vergangenheit in der Gegenwart Lettlands .....	51
<i>Alvydas Nikžentaitis</i>	
Gestürzte und neu errichtete Denkmäler: Geschichte im Transformationsprozeß Litauens .....	67
<i>Rainer Lindner</i>	
Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik in Weißrußland. Erinnerungskonkurrenzen in spät- und postsowjetischer Zeit .....	79
<i>Wilfried Jilge</i>	
Nationale Geschichtspolitik während der Zeit der Perestroika in der Ukraine .....	99
<i>Claudia Kraft</i>	
Geschichte im langen Transformationsprozeß in Polen .....	129
<i>Hans Lemberg</i>	
Die Rolle von Geschichte und von Historikern im Zusammenhang mit der „Samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei .....	151
<i>Attila Pók</i>	
Geschichte im Transformationsprozeß Ungarns .....	173

*Iskra Iveljić*

Cum ira et studio. Geschichte und Gesellschaft Kroatiens in den 1990er Jahren ..... 191

*Carl Bethke , Holm Sundhaussen*

Zurück zur alten „Übersichtlichkeit“? Geschichte in den jugoslawischen Nachfolgekriegen 1991–2000 ..... 205

*Markus Wien*

Die bulgarische Monarchie: Politisch motivierte Revision eines Geschichtsbildes in der Transformationsgesellschaft ..... 219

*Bogdan Murgescu*

Geschichte im Transformationsprozeß: Rumänien. Politische und institutionelle Rahmenbedingungen nach der Wende ..... 237

*Vasile Dumbrava*

Warum Geschichte immer wieder neu betrachtet werden muß. Die Republik Moldova und der Umgang mit der Vergangenheit ..... 261

*Stefan Troebst*

„Wir sind Transnistrier!“. Geschichtspolitik im Ostteil Moldovas ..... 277

*Rainer Eckert*

Die historische Erforschung der SED-Diktatur ..... 303

Register ..... 319

# *Helmut Altrichter*

## Einführung

### I.

Moskau im Herbst 1989. Das Land hatte stürmische Monate hinter sich. Im Frühjahr war ein „Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR“ mit 2250 Abgeordneten zusammengetreten, der die „wichtigsten konstitutionellen, politischen und sozial-ökonomischen Fragen“ des Landes entscheiden, einen Staatspräsidenten wählen und aus seiner Mitte einen wesentlich kleineren neuen „Obersten Sowjet“ bestellen sollte, dessen zwei Kammern dann übers Jahr hinweg die „Gesetzgebung und Kontrolle“ zu übernehmen hatten. Neu waren nicht nur die Institutionen, neu waren ebenso die Modalitäten ihrer Bestellung. Von den Abgeordneten des Volksdeputiertenkongresses waren 750 von gesellschaftlichen Organisationen delegiert, 1500 von der Bevölkerung direkt gewählt worden, je zur Hälfte in administrativ-territorialen und in nationalen Wahlkreisen, wobei in den Wahlkreisen erstmals deutlich mehr Kandidaten aufgestellt werden sollten, als Sitze zu vergeben waren. Ein solches – landesweites und ergebnisoffenes – Referendum hatte es seit der Revolution nicht mehr gegeben<sup>1</sup>.

Die Wahlen brachten für die politische Mobilisierung der Gesamtgesellschaft einen gewaltigen Schub. Zur Aufstellung der Kandidaten hatten schon seit Jahresbeginn in den Städten und Gemeinden, in den Unternehmen und Behörden Versammlungen stattgefunden, worüber die Medien ausführlich berichteten. Um „ihren“ Kandidaten zu unterstützen, organisierten sich besonders Engagierte in „informellen Gruppen“, „Klubs“ und „Gesellschaften“; deren Zahl wurde übers Jahr hinweg auf mehrere Zehntausend geschätzt. Selbst bei den 750 Abgeordneten, die nach festem Schlüssel von gesellschaftlichen Organisationen (der Partei, dem Gewerkschaftsbund, der Vereinigung der Kolchosbauern, der kommunistischen Jugendorganisation, der Akademie der Wissenschaften usw.) delegiert wurden, gingen der Auswahl mitunter heftige interne Auseinandersetzungen voraus, die die Öffentlichkeit nicht weniger bewegten als die Kandidatenaufstellung in den Wahlkreisen.

<sup>1</sup> Hierzu wie zum folgenden *Helmut Altrichter*, Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1985–1991, in: Handbuch der Geschichte Rußlands, Bd. 5, hrsg. von *Stefan Plaggenborg* (Stuttgart 2002) 519ff., hier 537ff.

Ende März 1989 begannen dann die Abstimmungen. Erstmals mußten sich lokale und regionale Parteifunktionäre einer Konkurrenz stellen; drei Dutzend Prominente wurden schon im ersten Wahlgang spektakulär abgewählt. Ihre Niederlage empfanden sie um so bitterer, als die Gegenkandidaten vordem oft kaum bekannt gewesen waren. Erreichte kein Kandidat die erforderliche absolute Mehrheit der Stimmen, mußte ein zweiter Wahlgang angesetzt werden. Auch wenn die amtliche Wahlkommission (wie in 384 Wahlkreisen) nur einen Kandidaten zugelassen hatte, war er damit noch nicht gewählt; stimmten zu viele mit nein (was vorkam), verfehlte er das Quorum. Das Ergebnis war ein Volksdeputiertenkongreß, der zwar noch immer ganz überwiegend aus Parteimitgliedern bestand. Doch fast 90 Prozent der Deputierten waren zum ersten Mal in ein so hochrangiges Gremium gewählt worden – und zeigten keine Scheu, alle sie bewegenden Fragen offen zur Sprache zu bringen, als der Volksdeputiertenkongreß Ende Mai 1989 zu einer ersten Session zusammentrat.

Die zwölftägigen, heftig und höchst kontrovers geführten Debatten hatten vor Augen geführt, daß inzwischen selbst in der Partei die Ansichten über den einzuschlagenden Weg weit auseinander gingen. Und da das Fernsehen die Auseinandersetzungen direkt übertrug, Tageszeitungen lange Passagen tags darauf nachdruckten, vermittelten sie dem Land eine Momentaufnahme vom Zustand, in dem man sich befand, und von den riesigen Problemen, die gelöst werden mußten, ausführlicher, unmittelbarer und schonungsloser, als es oppositionelle Pamphlete je vermochten. Das Spektrum der Themen war breit, und obwohl es dabei vornehmlich um die Gegenwart und Zukunft des Landes ging, fiel Fragen der Vergangenheit, vom Afghanistankrieg bis zum geheimen Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt, eine Schlüsselrolle zu. Grundsätzlicher als andere Probleme, stellten sie die Legitimation des politischen Systems und die Zukunft des Gesamtstaates in Frage. Während es für die Verteidiger des Afghanistankrieges beim sowjetischen Einmarsch um die Ehre als Großmacht und die Zukunft des Kommunismus ging, geißelten ihn die Gegner als Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und seine Folgen als „Völkermord“. Und während das offizielle Moskau noch immer den Geheimen Zusatzprotokollen zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und zum deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag (in denen Hitler und Stalin Osteuropa unter sich aufgeteilt hatten) die Authentizität bestritt, erreichten die baltischen Abgeordneten im Volksdeputiertenkongreß die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der die Echtheit prüfen sollte.

## II.

Die Diskussion über die Vergangenheit hatte nicht erst auf dem Volksdeputiertenkongreß begonnen<sup>2</sup>. Mitte Dezember 1986 hatte Radio Moskau berichtet, in der

<sup>2</sup> Ebd. 543 ff.; *Robert W. Davies*, *Perestroika und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie* (München 1991); *Joachim Höslér*, *Die sowjetische Geschichtswissenschaft*

UdSSR werde eine neue Informationspolitik betrieben. Die Partei fordere alle Massenmedien auf, nichts zurückzuhalten und in der Berichterstattung über das politische, wirtschaftliche und soziale Leben der sowjetischen Gesellschaft mit allen Tabus aufzuräumen. War die Geschichte davon auszunehmen? Im Februar 1987 war es Gorbatschow selbst, der seine frühere Zurückhaltung aufgab. Bei einem Treffen mit führenden Medienvertretern überraschte er mit der lapidaren Feststellung: Man müsse auch die Geschichte sehen, „wie sie ist“, „vergessene Namen“ und „weiße Flecken“ dürfe es nicht mehr geben, weder in der Literatur noch in der Geschichte; es sei schon schlimm genug, „Namen zu vergessen“, noch viel „amoralischer ist es, ganze Perioden im Leben eines Volkes zu vergessen oder zu verschweigen, eines Volkes, das lebte, glaubte und sich abmühte unter der Führung der Partei, im Namen des Sozialismus“.

Die Revolution im Denken, im Verhältnis zur eigenen Vergangenheit, die er auslöste, förderte und begünstigte, kann in ihrer Bedeutung kaum überschätzt werden. Überall sah man sich nun mit historischen Themen konfrontiert: im Fernsehen, im Kino, auf der Bühne; Tageszeitungen griffen sie, erstmals um das Leserinteresse konkurrierend, auf; Illustrierte stellten ihre eigenen Recherchen an; Zeitzeugen, Betroffene meldeten sich hier wie dort zu Wort; in den „dicken Journalen“ stieß man auf ihre literarische Verarbeitung. Dabei wurde Stück um Stück in Frage gestellt, was bisher als unantastbar galt. Wie gründlich die Diskussionen das bis dahin gültige Geschichtsbild binnen Jahresfrist erschütterten, zeigt der Umstand, daß im Mai 1988 die Prüfungen in Geschichte vorübergehend ausgesetzt wurden. Neue Schulbücher mußten erst geschrieben, neue Lehrpläne aufgestellt werden, um entscheiden zu können, was künftig als richtig oder falsch zu gelten hatte.

Hatte die Führung trotz alledem an einzelnen Personen und Ereignissen – an Lenin und an der Oktoberrevolution, an der Neuen Ökonomischen Politik der 20er Jahre und am Großen Vaterländischen Krieg – festgehalten, ihr „Vermächtnis“ beschworen, daran anzuknüpfen und die eigene Politik damit zu legitimieren versucht, machte die Kritik bald auch vor ihnen nicht mehr Halt. Im Winter 1988/89 veröffentlichte der Philosoph Aleksandr Cipko in der – in Millionenaufgabe erscheinenden – populärwissenschaftlichen Zeitschrift „Nauka i žizn“ (Wissenschaft und Leben) eine Artikelserie, die die „Quellen des Stalinismus“ in der Revolution und im Bürgerkrieg, im Leninismus und Marxismus ausmachte<sup>3</sup>. In die gleiche Kerbe schlug der Historiker Jurij Afanas'ev im Sommer 1989, wenn er das sowjetische System, durch „Blutvergießen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ geschaffen, und alle nachträglichen Versuche, ihm eine gesetzliche Basis zu geben, als „hoffnungslos“ ansah<sup>4</sup>. Der enge Zusammenhang zwischen der Revolution und den 30er Jahren, zwischen Lenin und Stalin, das schwierige Erbe der Ge-

1953 bis 1991. Studien zur Methodologie- und Organisationsgeschichte (München 1995); Dietrich Geyer (Hrsg.), Die Umwertung der sowjetischen Geschichte (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 14, Göttingen 1991).

<sup>3</sup> Nauka i žizn' 1988, Nr. 11 und 12; 1989, Nr. 1 und 2.

<sup>4</sup> Radio Liberty Research 1989, Nr. 30.

fängnisse und Arbeitslager, Bevormundung, Überwachung, Verfolgung und Ausrottung im Namen einer Ideologie waren auch die Themen zweier literarischer Werke, die – im Westen bereits in den 70er Jahren publiziert – 1989 auch in der Sowjetunion veröffentlicht wurden: der Roman-Essay „Alles fließt“ von Vasilij S. Grossman und Aleksandr Solženicyns erzählerisches Dokumentarwerk „Archipel Gulag“. Die Verhandlungen des Volksdeputiertenkongresses und daran anschließend des neuen Obersten Sowjet boten, wie oben dargestellt, den kritischen Debatten über die Vergangenheit ein neues, zusätzliches, landesweites Forum<sup>5</sup>.

### III.

So war Moskau im Herbst 1989 ein anderes als noch ein Jahr zuvor<sup>6</sup>. Am Tag der Oktoberrevolution, dem noch immer größten Feiertag im Jahr, brachte das Fernsehen am Nachmittag einen längeren Bericht über die Hilfe des amerikanischen Roten Kreuzes für die hungernde Petrograder Kinderkolonie in den Jahren zwischen 1918 und 1920, und am Abend strahlte das Fernsehen zur besten Sendezeit den Film „Die Kommissarin“ aus. Nach einer Erzählung des schon genannten Schriftstellers V. Grossman (unter der Regie von Aleksandr Askol'dov) gedreht, schilderte der Film, wie die Politikommissarin eines roten Bataillons schwanger wird und, in der Familie eines jüdischen Blechschmiedes untergebracht, die Revolution und den Bürgerkrieg nun aus einer anderen Perspektive erlebt: aus der Perspektive des leidenden Volkes. Der Streifen war schon 1966/67 entstanden, doch erst 1988 ins Kino gekommen und eben nun (1989) auch ins sowjetische Fernsehen, ausgerechnet am Tag der Oktoberrevolution. Daß dies kein Zufall war, versteht sich von selbst, die Regierungszeitung „Izvestija“ hatte (mit dem Tenor „nicht wie gehabt“) im voraus auf beide Filme hingewiesen<sup>7</sup>. Und an eben diesem Tag der Oktoberrevolution, am 7. November 1989, fand – parallel zu den offiziellen Jubelfeiern auf dem Roten Platz – erstmals eine Gegendemonstration statt. Die Behörden hatten sie sogar genehmigt, wenn auch an die Peripherie der Innenstadt verlegt, und das Fernsehen, in früheren Zeiten gleichfalls undenkbar, berichtete davon.

Die Lockerung des staatlichen Druckmonopols brachte es mit sich, daß in Unterführungen und Metrobahnhöfen neben einigen oppositionellen Blättchen auch im Plakatformat hergestellte Kalender angeboten wurden. Ihre Bildmotive fielen deutlich aus dem Rahmen des Üblichen und fanden reißenden Absatz. Das galt nicht nur für die leichtbekleideten jungen Damen, sondern auch für den Abdruck eines Bildes von Il'ja Glazunov. In Rußland ein sehr bekannter und populärer Ma-

<sup>5</sup> Vgl. auch *Andrej Sacharow*, Mein Leben (München, Zürich 1991) 869.

<sup>6</sup> Dazu demnächst: *Helmut Altrichter*, Rußland 1989. Die Erosion eines Systems, der Zerfall einer Weltmacht, das Ende einer Epoche (München 2006).

<sup>7</sup> *Izvestija* Nr. 308 (22846) vom 3. November 1989, 7.



ler, hatte er im Vorjahr (1988) – im Stil eines großen Historiengemäldes, sechs Meter breit und drei Meter hoch – „100 Generationen“ russischer Geschichte, das „ewige Rußland“ auf einem Bild zusammengebracht<sup>8</sup>. Während der Moskauer Kreml (zusammen mit Bildmotiven aus Sankt Petersburg und aus dem übrigen Rußland) den Hintergrund bildete, bewegte sich von dort – unter dem Zeichen eines alles beherrschenden orthodoxen Kreuzes – ein riesiger Prozessionszug auf den Betrachter zu. Die erste Reihe bildeten Heilige, hohe geistliche Würdenträger und heilig gesprochene Herrscher (wie Fürst Vladimir, Metropolit Petr von Moskau, Sergij von Radonež, Fürst Dmitrij Donskoj, die Märtyrer Boris und Gleb, Josif von Volokolamsk, Patriarch Hermogen, Serafim von Sarov und Joann von Kronstadt); ihre Genealogie reichte damit vom Fürsten (Vladimir dem Heiligen), der im 10. Jahrhundert das Christentum zur Staatsreligion gemacht hatte, bis zu jenem charismatischen Prediger und Wundertäter (Joann), der das Nahen des Antichristen vorausgesagt hatte (und 1908 gestorben war). Die Heiligen hatten die Dichter und Denker F. Dostoevskij, A. Puškin, M. Lermontov, N. Gogol', M. Lomonosov und den (von den Bolschewiki 1918 erschossenen) Thronfolger Aleksej in ihre Mitte genommen; mit brennenden Kerzen in der Hand kamen sie unmittelbar unter dem Kreuz zu stehen. Auf der rechten Flanke hatte sich dieser Führungsgruppe Lev Tolstoj angeschlossen, der – wie ein Schild auf seiner Brust besagte – für „Gewaltlosigkeit“ und „Wahrheit“ eintrat. Hinter ihnen drängten sich die großen Herrschergestalten (Ivan III. und Ivan IV., Peter und Katharina, Nikolaus I. und Alexander II., Alexander III. und Nikolaus II.); die Feldherrn, Generäle und Admirale (von Aleksandr Nevskij aus dem 13., Bogdan Chmel'nickij aus dem 17. Jahrhundert und Potemkin aus der Katharinazeit, über Kutuzov, Suworov, Nachimov, Ušakov, Aksakov bis zu Admiral Kornilov, der 1917 einen Putschversuch gegen die Regierung unternommen hatte); die Schriftsteller (F. Tjučev, I. Turgenev, N. Nekrasov, I. Gončarov, A. Čechov, I. Bunin, A. Blok, S. Esenin, V. Majakovskij und M. Gor'kij); die Komponisten (M. Glinka, M. Musorgskij, N. Rimskij-Korsakov, P. Čajkovskij, S. Rachmaninov); die Maler V. Surikov, I. Repin, V. Vasnecov, I. Levitan, M. Vrubel); die Philosophen und Freidenker, Sprachwissenschaftler, Historiker und Naturwissenschaftler (wie I. Kireevskij, K. Leont'ev, A. Herzen, V. Belinskij, N. Berdjaev, V. Dal', V. Tatiščev, N. Karamzin, V. Ključevskij, S. Solov'ev, D. Mendeleev); ferner Künstler (wie der Re-

<sup>8</sup> Gespräch mit dem Künstler 1989 in der Zeitschrift „Ogonek“, hier als „König des Kitsches“ apostrophiert, in: Ogonek Nr. 51 vom 16.–23. Dezember 1989, 8ff.; zu Glazunov, einer ebenso populären wie umstrittenen Figur des russischen Kulturlebens, vgl. Igor' Golomštok, *Fenomen Glazunova*, in: *Sintaksis* 4 (Paris 1979) 119ff.; *Lev Kolodnyj*, *Ljubov i nenavist' Il'i Glazunova*. Dokumental'naja chronika (Moskau 1998); Kurzbiographie, Auswahl seiner Bilder und Verzeichnis der Ausstellungen in: Il'ja Glazunov (Moskau 2003); im Herbst 2004 wurde für die Bilder Glazunovs in Moskau ein eigenes Museum eröffnet; umfangreiche Dokumentation und Selbstdarstellung unter: <http://www.ilya.glazunov.ru>; unter <http://www.rus-sky.org/history/library/glazunov/> Auszüge aus seinem Buch *Rossija raspjataja* (Das gekreuzigte Rußland), erstmals erschienen Moskau 1996, Neudruck Moskau 2004. Bei russischsprachiger Eingabe (Abfrage Dezember 2004) stößt man im Internet auf über 9000 Hinweise.



*Il'ja Glazunov: Hundert Generationen, 1988.*

gisseur Stanislavskij, der Sänger F. Šaljapin oder der Ballettimpresario S. Diagilev) und viele Hunderte, Tausende mehr. Sie trugen in ihrem Prozessionszug die großen Ikonen mit sich (wie die wundertätigen Ikonen der Gottesmutter von Vladimir und Kazan', von Georg dem Drachentöter, vom Wundertätigen Nikolaus oder die Dreifaltigkeit von Andrej Rublev).

Links am Bildrand sah man, wie eine Statue des altslavischen Gottes Perun stürzte, neben ihr eine Personengruppe, die das offenkundig veranlaßt hatte (zu ihr gehörten unter anderen der als Patron Rußlands verehrte Apostel Andreas, die Slawenapostel Kirill und Method, die ersten Kiewer Fürsten Oleg, Igor', Ol'ga,





Svjatoslav); den Hintergrund bildeten hier die Hagia Sofia von Konstantinopel und die Kiewer Sophienkathedrale. Den rechten Bildrand bevölkerte eine Figurengruppe, von der nicht ganz sicher schien, ob sie sich an der Prozession beteiligte oder ihre eigene Veranstaltung durchführte. Jedenfalls führten sie ihre eigenen Transparente mit: Auf ihnen stand: „Es lebe die Weltrevolution“, „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, „Alle Macht den Räten“. Die Figurengruppe wurde angeführt von einer munteren Trojka, gezogen von drei bunten Pferden, wie man sie in dieser Stilisierung aus der beliebten russischen Lackmalerei (palech) kennt. Im Schlitten fuhren, begleitet von einem Harmonikaspieler, Stalin – und Trockij,

der wie eine Trophäe die Zarenkrone hochhielt. Ihnen folgte der Leichenzug Lenins, mit einem Konterfei des Verstorbenen und einem Transparent, das behauptete, daß „seine Sache“ weiter lebe. Und hinter dieser Figurengruppe konnte man eine graue, unzählbare Masse von Repressionsopfern erkennen, unter ihnen die Hungergestalt eines Bauern (wie man sie von einem berühmten Plakat vom Anfang der 20er Jahre kannte) sowie Bucharin, Rykov, Kamenev, Zinov'ev, Tuchačevskij, Čajanov (Opfer der stalinistischen Säuberungen der 30er Jahre). Bei genauerer Betrachtung konnte man in ihrem Umkreis weitere Bildmotive entziffern: ein sowjetisches Wasserkraftwerk, in dessen roten Fluten sich die von Stalin 1931 gesprengte (und hier auf dem Kopf stehende) Christ-Erlöser-Kathedrale spiegelt; General Žukov auf einem weißen Pferd, der vor der Kulisse des zerschossenen Berliner Reichstags über die erbeuteten deutschen Standarten und Ehrenzeichen reitet; überragt von der Kolossalstatue der Mutter Heimat, die man Ende der 60er Jahre in Erinnerung an den Sieg von Stalingrad nahe der Stadt an der Wolga errichtet hatte; dahinter das berühmte Modell jenes Turmes, den Tatlin als Denkmal für die III. Internationale in den 20er Jahren entworfen hatte; das gewaltige Stahl- und Glasgebäude des Moskauer Hotels „Rossija“, das – 1967 fertiggestellt – mit über 3000 Zimmern, vier Restaurants, zwei Kinos und einem Konzertsaal das größte im Lande war; und schließlich eine Weltraumrakete. War der Himmel über dem Kreml blau, so war er hier über dem sowjetischen Geschehen rauchschwarz und feuerrot.

Das Bild erregte aus mehreren Gründen Aufsehen: Es rückte in den Vordergrund, was lange eher an den Rand gedrängt worden war: kirchliche Symbole und Repräsentanten, die Vertreter des „alten Regimes“, von Kunst und Kultur; sie bestimmten den Inhalt und die Richtung des Geschehens, des „ewigen Rußland“, wie der Maler sein Bild auch nannte; und in der Tat war es vor allem die russische Geschichte, die hier patriotisch „verewigt“ wurde. Die sowjetische Periode war, so die Botschaft des Bildes, nur ein Teil davon, mehr Episode als deren Erfüllung. Aus dem kollektiven Gedächtnis verdrängte „Unpersonen“ tauchten aus der Vergangenheit auf, saßen wie Trockij mit Stalin in einem Schlitten oder marschierten wie der ermordete Thronfolger an der Spitze des Zuges mit. Das Bild verlieh somit der schleichenden Umwertung der Werte Ausdruck und spiegelte zugleich die neue Unübersichtlichkeit des Geschichtsbildes wieder. Um dem Betrachter und Käufer die Orientierung zu erleichtern, hatten die Kalendermacher ein Schema und eine Namensliste mit abgedruckt, das bei der Identifizierung der abgebildeten Personen helfen sollte.

Daß die *damnatio memoriae* ihre Wirksamkeit verlor, dokumentierte – nahezu zeitgleich und scheinbar ganz nebenbei – auch eine große Fotoausstellung, die Ende November 1989 im Ausstellungsraum der Manege eröffnet wurde<sup>9</sup>. Die Erfindung der Fotografie 150 Jahre zuvor, die gleichzeitige Entdeckung und Bekanntgabe eines Verfahrens in England und Frankreich (1839), wonach mit Silberchlorid beschichtetes Papier belichtet wurde und Kochsalz als Fixiermittel diente,

<sup>9</sup> Izvestija Nr. 329 (22867) vom 24. November 1989, 3.

lieferte den Anlaß; doch die eigentliche, kleine Sensation waren die vielen bisher nicht in der Öffentlichkeit gesehenen Bilder, die hinter die Kulissen der Macht schauen ließen; die Zarenfamilie im privaten Kreis zeigten; „bürgerliche“ Politiker abbildeten, die man nur dem Namen nach und als „Reaktionäre“ kannte, in ihrer jeweiligen Lebenswelt und ohne gehässige Kommentare; sowjetische Politiker im trauten Beisammensein mit Kollegen, die später als angebliche „Spione“ und „Agenten“ entlarvt und aus der sowjetischen Geschichte verschwunden waren, vordem aber offenkundig eine wichtige Rolle gespielt hatten.

Wer noch immer daran glaubte, daß die Änderungen im sowjetischen Geschichtsbild ohne unmittelbare Auswirkungen auf die Politik bleiben würden, wurde spätestens Ende des Jahres 1989 eines anderen belehrt. Als der vom Volksdeputiertenkongreß eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß Ende Dezember 1989 die Echtheit der Zusatzprotokolle (aus dem Jahr 1939) bestätigte, sahen sich die baltischen Republiken in ihrer Ansicht bestätigt, nur gezwungener Maßen Mitglieder der Sowjetunion zu sein und berechtigt, sie auch wieder zu verlassen. Moldawien und Georgien folgten ihrem Beispiel, wobei sich Moldawien ebenfalls auf die Zusatzprotokolle, Georgien auf die gewaltsame Besetzung durch die Rote Armee im Jahr 1921 bezog. Im Jahr 1990 erklärten sich schließlich alle 15 Unionsrepubliken für „souverän“, was sie nach der Verfassung seit jeher ohnehin waren, nun aber offenkundig auch sein wollten.

#### IV.

Ostmitteleuropa im Herbst 1989. Geschichte als politisches Argument zu verwenden, war nicht nur eine „sowjetische“ Erscheinung. Intellektuelle Diskurse in Budapest, Warschau und Prag hatten die Vergangenheit gegen die Gegenwart ins Feld geführt, wenn sie – seit den 70er Jahren – auf die Zugehörigkeit ihrer Länder zu „Mitteleuropa“ beharrten, „Mitteleuropa“ mit „Menschenrechten“ und „Zivilgesellschaft“ gleichsetzten; wenn sie offen gegen das „System von Jalta“ polemisierten, das wider alle Tradition und historische Vernunft getrennt habe, was über Jahrhunderte ideell und kulturell zusammengehörte; wenn sie in Ungarn lapidar an „1956“, in der Tschechoslowakei an „1968“, in Polen an „1980/81“ erinnerten, um mit dem Hinweis auf Akte kollektiven Aufbegehrens und der Repression der Gegenwart die Legitimität zu bestreiten. Ihre Gegenerinnerungen waren auch integraler Bestandteil jener politischen Auseinandersetzungen, die Ende der 80er Jahre zur Selbstauflösung der sozialistischen Systeme in Ostmitteleuropa führten; sie trafen die kommunistischen Parteien in ihrem Selbstverständnis, entzogen den geltenden Deutungs- und Rechtfertigungsmustern den Boden, erzwangen ein Zugehen auf die Opposition und schließlich den Verzicht auf die Macht<sup>10</sup>.

In Ungarn war im Mai 1988 eine neue Parteiführung gewählt und János Kádár,

<sup>10</sup> Zusammenfassend dazu: *Helmut Altrichter, Walther L. Bernecker, Geschichte Europas im 20. Jahrhundert* (Stuttgart 2004) 358 ff. (mit Hinweisen auf weiterführende Literatur).

der 1956 mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsarmee an die Macht gekommen war, auf den Posten eines Ehrenvorsitzenden abgeschoben worden. Zwar stellte auch der neue Parteivorsitzende klar, daß er keine politische Entwicklung nach den Vorstellungen von 1956 zulassen werde, und ließ die Polizei gegen Gedenkveranstaltungen vorgehen, die Mitte Juni 1988 an die Hinrichtung der Anführer des Volksaufstandes erinnern wollten. Doch die Auseinandersetzung um die historische, juristische und politische Bewertung der Vorgänge von 1956 ging weiter und zwang die Parteiführung binnen Jahresfrist zur Kapitulation. Im Januar 1989 kam eine Historikerkommission zum Ergebnis, daß es sich 1956 nicht um eine „Konterrevolution“, sondern einen „Volksaufstand“ gehandelt habe; am 9. Juni 1989 empfahl der Generalstaatsanwalt dem Obersten Gericht Ungarns, den später hingerichteten Ministerpräsidenten Imre Nagy und acht seiner politischen Freunde juristisch zu rehabilitieren; am 14. Juni gab die ungarische Regierung eine Ehrenerklärung für die 1956 Regierenden ab, und zwei Tage später, dem 31. Jahrestag der Hinrichtung, wurden die sterblichen Überreste von Imre Nagy und vier seiner engsten Mitarbeiter auf dem Budapester Heldenplatz feierlich aufgebahrt; 150 000 Menschen nahmen an diesem Trauerakt teil, der von Funk und Fernsehen direkt übertragen wurde. Im September 1989 einigten sich Kommunisten und Opposition auf einen geregelten Übergang zum Mehrparteiensystem, und noch im gleichen Monat nahm das Parlament mit großer Mehrheit eine Entschließung an, die die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ von 1968 und die Beteiligung Ungarns an der Aktion verurteilte.

Noch Mitte Januar 1989 war die Polizei in Prag mit Schlagstöcken und Wasserwerfern gegen die Ansammlung von 500 Demonstranten vorgegangen. Sie wollten auf dem Wenzelsplatz Jan Palachs gedenken, der sich 20 Jahre zuvor aus Protest gegen den Einmarsch der Warschauer Paktstaaten und die inneren Zustände seines Landes mit einer brennbaren Flüssigkeit übergossen und angezündet hatte. Die Demonstranten forderten Freiheit, Menschenrechte und die Freilassung sämtlicher politischer Häftlinge. Die Polizei nahm 91 Personen fest, darunter den Schriftsteller und Bürgerrechtler Václav Havel; er wurde im Februar zu acht Monaten Haft unter verschärften Bedingungen verurteilt. Auch im Vorfeld des 21. August (an dem sich der Einmarsch zum 21. Male jährte) drohte die Staatsführung für den Fall von „Provokationen“ hartes Durchgreifen an und versuchte am Tage selbst mit einem massiven Polizeiaufgebot Demonstrationen erst gar nicht aufkommen zu lassen; dieses Vorgehen gegen rund 3000 Demonstranten war um so peinlicher, als inzwischen auch zwei der damals beteiligten Nachbarn (Ungarn und Polen) ihre Teilnahme bedauerten. Doch auch in der Tschechoslowakei nahm der Widerstand nicht ab, sondern zu, und die Auseinandersetzungen zwischen kommunistischer Partei, Regierung und Opposition steigerten sich im November/Dezember 1989 bis zum Generalstreik, der Streichung des Machtmonopols der kommunistischen Partei aus der Verfassung und einer Neubildung der politischen Führung, wobei Václav Havel das Amt des Staatspräsidenten und Alexander Dubček, Symbolfigur des „Prager Frühlings“, das Amt des Parlamentspräsidenten übernahmen.

Die Vergangenheit war ebenso präsent, wenn sich im Februar 1989 in Polen Vertreter der Regierung und der Opposition an einem „runden Tisch“ zusammensetzten. Schließlich saßen dem Innenminister und seiner Delegation der Führer der noch immer verbotenen Gewerkschaft „Solidarität“ (Lech Wałęsa) und seine Berater gegenüber. Man einigte sich bis Anfang April 1989 auf die Wiedenzulassung der „Solidarität“ und eine Reihe von Verfassungsänderungen, die den Machtwechsel einleiteten. Bei den im Juni 1989 durchgeführten Wahlen (für den Sejm und eine neueingeführte zweite Kammer, den Senat) erlitt die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei eine spektakuläre Niederlage. Sie führte Ende August 1989 zur Wahl T. Mazowieckis zum polnischen Ministerpräsidenten, der erste Nichtkommunist in diesem Amt seit mehr als 40 Jahren: Mazowiecki war 1980 Chefredakteur einer „Solidaritäts“-Wochenzeitung gewesen, nach Verhängung des Kriegsrechts ein Jahr lang interniert, bevor er 1989 erneut die Leitung des Gewerkschaftsblattes übernahm. Bis zum Ende des Jahres war die „Volksrepublik“ in „Republik Polen“ umbenannt und der Führungsanspruch der kommunistischen Partei (der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei) aus der Verfassung gestrichen. Im Januar 1990 löste sie sich auf, um sich als „Sozialdemokratische Partei“ neu zu gründen.

Wie in Ungarn, Polen und der Tschechoslowakei stürzte 1989 auch das kommunistische Regime in Bulgarien, Rumänien und der DDR. Obwohl der Anteil der Geschichte, von Gegenerinnerungen, von konkurrierenden Geschichtsbildern unterschiedlich ausfiel, eine quantität negligible waren sie nirgends. Das konnte bei Regimen, die sich selbst „historisch“, mit dem Verweis auf die „Weltgeschichte“ legitimierten und zudem allesamt eine bewegte Geschichte hinter sich hatten, kaum anders sein. Ihre Beseitigung verlangte zudem nach einer historischen Neupositionierung, die der neugewonnenen staatlichen Unabhängigkeit und nationalen Selbstbestimmung Ausdruck und Begründung gab<sup>11</sup>: in Estland, Lettland und Litauen; in Weißrußland, in der Ukraine und in Moldawien; in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn; in den Teilen und Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien; in Bulgarien und Rumänien; in der ehemaligen DDR; und in Rußland selbst.

<sup>11</sup> Aus der Fülle der Literatur sei hier nur verwiesen auf die beiden Sammelbände: Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus, hrsg. von Alojz Ivanišević, Andreas Kappeler, Walter Lukan, Arnold Suppan (Österreichische Osthefte 1–2, Wien 2002); Ulf Brunnbauer (Hrsg.), (Re)Writing History. Historiography in Southeast Europe after Socialism (Studies on South East Europe 4, Münster 2004); sowie Peter Niedermüller, Zeit, Geschichte, Vergangenheit. Zur kulturellen Logik des Nationalismus im Postsozialismus, in: Historische Anthropologie 5 (1997) Nr. 2; Anthony D. Smith, Myths and Memories of the Nations (Oxford 1999).

## V.

Damit ist auch das Problemfeld abgesteckt, das unser wissenschaftliches Kolloquium „Geschichte im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas“ – vom 5. bis 8. Juni 2002 im Historischen Kolleg – näher zu erkunden suchte. Es fragte nach der Rolle von „Geschichte“ (von konkurrierenden Geschichtsbildern, von Gegenerinnerungen), nach der Verwendung von „Geschichte“ als politisches Argument beim Sturz, Zerfall oder der schleichenden Selbstauflösung der sozialistischen, „volksdemokratischen“ Regime Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre sowie bei den Versuchen einer Stabilisierung der neugewonnenen Staatlichkeit und Unabhängigkeit in der Zeit danach. Die beim Kolloquium gehaltenen Vorträge wurden für den Druck überarbeitet, einzelne auch völlig neu geschrieben. Dafür habe ich allen Autoren herzlich zu danken.

Dabei beschreibt *Joachim Höslér* noch einmal die „Erosion des sowjetischen Geschichtsbildes“: Wie es mit Beginn der Gorbachev'schen Perestroika vor allem die Filmschaffenden, Schriftsteller, Dichter, Journalisten und Vertreter der „Generation der 60er Jahre“ waren, die mit der „Liquidierung der weißen Flecken“ begannen und sie vorantrieben. Die baltischen Republiken nutzen, wie erwähnt, den neuen Freiraum, um gegen das offizielle Geschichtsbild (es sei eine „Volksrevolution“ gewesen, die 1940 den Anschluß, die „Wiedervereinigung“ mit der Sowjetunion erzwingen) aufzubegehren. Die Durchsetzung der geforderten Unabhängigkeit und die Chance, die nationale Geschichte neu zu schreiben, konfrontierte, wie *Karsten Brüggemann* am Beispiel Estlands zeigt, mit deren vielfältigen alten und neuen Problemen, der Rolle der Deutschbalten, der Zwischenkriegszeit, dem Verhalten im Holocaust, denen man sich nun zu stellen hatte – eine Diskussion, die noch anhält. Wie sensibel die Fragen der Vergangenheit in Lettland blieben, macht *Ulrike von Hirschhausen* anschaulich am Streit um die Aufstellung von Denkmälern in Riga. Daß die Delegitimierung der alten sozialistischen „Meistererzählungen“ auch im benachbarten Litauen heftige Diskussionen um gestürzte und neu zu errichtende Denkmäler, um nationale Gedenk- und Feiertage, um die Geschichte, die Geschichtsschreibung und die historische Kultur des Landes auslösten, skizziert der Beitrag von *Alvydas Nikžentaitis*.

In Weißrußland waren es vor allem die Reaktorkatastrophe (1986) und die Entdeckung des Massengraves in den Wäldern von Kuropaty bei Minsk (1988), die die Intelligenz aufrüttelten und auf Distanz zum mächtigen Nachbarn im Osten und zum obwaltenden sowjetischen Geschichtsbild gehen ließen, bevor – wie *Rainer Lindners* Bericht darlegt – die neue politische Führung (unter Lukašénka) seit Mitte der 90er Jahre ein erneutes Umdenken, die „Wiederannäherung“ erzwingen. Auch in der Ukraine gab die Reaktorkatastrophe von Černobyl' entscheidende Anstöße; es waren „informelle Gruppen“ und Schriftsteller (vor allem aus der „Generation der 60er Jahre“), die den Impuls aufnahmen, die Verbindung des „Ökozids“ mit dem stalinistischen „Genozid“ herstellten und zum „nationalen Diskurs“ machten; bevor ihm dann die Nationalbewegung „Ruch“, die Berg-



arbeiterschaft des Donbass und die innerparteiliche Opposition jene Breitenwirkung und politische Stoßkraft gaben, im Zuge dessen die „Konzeptualisierung der Nation in Form von Symbolen, Mythen und Geschichtsbildern“ – so *Wilfried Jilge* – zur „bedeutenden politischen Ressource im Systemwechsel“ wurde.

Das galt mit Sicherheit auch für Polen; doch hatte dieser Prozeß nicht erst mit der Perestroika begonnen, sich hier auch nie das „marxistisch-leninistische Weltbild“ und sein „Kanon des zu Erinnernden“ mit vergleichbarer Verbindlichkeit dekretieren lassen; eine regelrechte „Explosion des Gedächtnisses“ sprengte schon Anfang der 80er Jahre (während der 16 Monate legalisierter „Solidarität“) deren Reste und setzte das oppositionelle Kontroll- und Deutungsmonopol im Bereich des kollektiven Erinnerns durch, worauf die Entwicklung Ende der 80er Jahre aufbaute; davon berichtet *Claudia Krafts* Beitrag. Einen vergleichbaren „Vorlauf“ gab es in der Tschechoslowakei nicht; die Niederschlagung des „Frühlings“ von 1968 hatte die Geschichtswissenschaft nachhaltig getroffen und gelähmt; die erneute Wende von 1989 kam unerwartet; welche Verwerfungen sie in der Historikerschaft nach sich zog, illustrieren die Beobachtungen von *Hans Lemberg*. In Ungarn hatte sich, wie *Attila Pók* darlegt, die schrittweise fachwissenschaftliche Neuorientierung schon seit Ende 60er Jahre vollzogen. Was sich Ende der 80er Jahre vor allem änderte, war der repräsentative Umgang mit der Geschichte (wie er in Riten und Symbolen, in der Umbenennung von öffentlichen Räumen, der Einführung oder Abschaffung von Feiertagen, der Aufstellung oder Entfernung von Denkmälern zum Ausdruck kam) – und daß nun auch die Vorgaben für die Beschäftigung mit Tabuthemen (Trianon, der Rolle Ungarns im Zweiten Weltkrieg, 1956, der Kádár-Ära) fielen.

Wie beim Zerfall Jugoslawiens in den 90er Jahren mitunter ein Mißbrauch der Geschichte durch einen neuen ersetzt wurde, zeigt *Iskra Iveljić* am kroatischen Beispiel: Fixiert auf die kroatische Nation, ihre Schaffung, Festigung und Glorifizierung, zog die Politik alle Register, erst recht nach Beginn des offenen Bürgerkriegs: So wurde der alte Mythos vom Kroatentum als Bollwerk der christianitas erneut beschworen, die römisch-katholische Kirche mit dem Kroatentum gleichgesetzt; Geschichte in den Dienst genommen, alles Eigene herausgestrichen, alles Fremde (Serbische, Orthodoxe, Jüdische) marginalisiert. Wie die Beschwörung der Geschichte in jugoslawischen Nachfolgekriegen, die Anrufung historischer Feindbilder („Faschisten“, „Ustascha“, „Tschetniks“), die angebliche Historisierung des Konfliktes ein verhängnisvolles Eigenleben entfalteten, nur scheinbar Ordnung in die „neue Unübersichtlichkeit“ brachten, den Blick für gewandelte Realitäten und Interessen verstellten, macht der Beitrag von *Carl Bethke* und *Holm Sundhaussen* einsichtig.

In Bulgarien hat die Wende eine neue Kontroverse um die Bewertung der Monarchie und ihrer wichtigsten Vertreter ausgelöst, wobei es offenkundig nicht nur um Korrekturen kommunistischer Klischees ging; sie war – wie *Markus Wien* darlegt – Teil der beschwerlichen Suche nach Identifikationsfiguren in vorkommunistischer Zeit und nach Lösungen für aktuelle Probleme, in einer wie ehemals gespaltenen, polarisierten Gesellschaft. In Rumänien knüpften die Postkommuni-

sten an die nationalkommunistische Meistererzählung an, wie sie in der Zwischenkriegszeit vor- und in der Ceausescu-Zeit ausformuliert worden war; die Kritik beschränkte sich auf die kommunistische Politik der Vor-Ceausescu-Zeit, die als Zeit der Ein- und Übergriffe von außen dargestellt werden konnte, ohne am nationalen Kern zu rühren und sich allzu sehr auf die Probleme der Vergangenheitsbewältigung einzulassen. Wer dagegen aus dem Kreise der Fachwissenschaft „dekonstruktivistisch“ aufbegehrte, setzte sich dem heftigen Vorwurf aus, daß seine „Entmythisierung“ der Geschichte „antirumänisch“ sei – wie die Eingriffe der Kommunisten in den 40er und 50er Jahren. Von den politischen und institutionellen Rahmenbedingungen des rumänischen Geschichtsdiskurses berichtet *Bogdan Murgescu*.

Noch heftiger umstritten war, wie die eigene Geschichte künftig gesehen, gelebt und gelehrt werden sollte, in der angrenzenden Republik Moldova (deutsch auch: Moldau, Moldawien), die sich 1991 von der Sowjetunion gelöst hatte. Auf die Frage, welcher „Nation“ man angehörte, wie die „Nationalsprache“ hieß, was die Amtssprache sein sollte, was die nationale Geschichte und Identität ausmachte, gab es (zumindest) drei Antworten, je nach dem, ob sich der Gefragte den Moldovenisten, den Rumänisten oder den Kommunisten zurechnete; *Vasile Dumbrava* skizziert die Eckpunkte der unterschiedlichen Geschichtsbilder. Und noch einmal eine Sache für sich wollte (und will) die „Transnistrische Moldauische Republik“ (jenseits des Dnjestr) sein, deren russophone Bevölkerung sich Anfang der 90er Jahre von Moldawien abgespalten hat. Auf Besitzstandswahrung bedacht und aus einer Protestbewegung der regionalen Eliten gegen die Sezessions- und Romanisierungstendenzen der Mutterrepublik erwachsen, begann der de-facto-Staat seine Existenz mit einer energischen Geschichtspolitik zu unterfüttern, die nach innen und nach außen offenkundig nicht ohne Wirkung blieb; *Stefan Troebst* beschreibt deren Konturen.

Der Frage, was die große Wende für die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in den beiden Teilen Deutschlands bedeutete, sucht *Rainer Eckert* nachzugehen: Er beschreibt Phasen der Forschung und Institutionen der Auseinandersetzung, Schwerpunkte, Projekte und Defizite in der Beschäftigung mit dem SED-Herrschaftssystem.

Um dem Leser beim Rundgang durch mehr als ein Dutzend ost-, ostmittel- und südosteuropäische Staaten die Orientierung zu erleichtern (und nur deshalb), wurden bei Ortsbezeichnungen – falls vorhanden, gebräuchlich und vom Autor nicht ausdrücklich anders gewünscht – die im Deutschen üblichen Formen gewählt: Belgrad (statt Beograd), Bukarest (statt Bucureşti), Kiew (statt Kyjiv oder Kiev), Moskau (statt Moskva), Prag (statt Praha), Preßburg (statt Bratislava), Warschau (statt Warszawa), Wilna (statt Vilnius oder Wilno) usw.; ferner: Breslau (statt Wrocław), Brünn (statt Brno), Jassy (statt Iaşi), Krakau (statt Kraków), Lemberg (statt L'viv oder L'vov), Posen (statt Poznań) usw.; ein Ortsregister führt die anderssprachigen Varianten auf. Wo zentrale fremdsprachige Begriffe inzwischen eingedeutscht sind (wie Perestrojka statt russ. perestrojka, Glasnost statt russ. glasnost'), wurde einheitlich die deutsche Form (samt Großschreibung) übernommen.

men. Indes wurde darauf verzichtet, auch alle fremdsprachigen Titel der in den Fußnoten aufgeführten Belege und Literaturhinweise ins Deutsche zu übersetzen; dies schien uns nur begrenzt sinnvoll und hätte den Umfang der Anmerkungen über Gebühr aufgebläht.



## Verzeichnis der Tagungsteilnehmer

Prof. Dr. Helmut Altrichter, Erlangen (Stipendiat des Historischen Kollegs  
2001/2002)

Prof. Dr. Peter Bartl, München

Dr. Karsten Brüggemann, Hamburg

Vasile Dumbrava, Leipzig

Dr. habil. Rainer Eckert, Leipzig

Prof. Dr. Horst Glassl, München

Dr. Ulrike von Hirschhausen, Riga

Prof. Dr. Edgar Hösch, München

Dr. Joachim Hösler, Marburg

Dr. Iskra Iveljić, Zagreb

Wilfried Jilge, Kiew

Dr. Claudia Kraft, Warschau

Prof. Dr. Hans Lemberg, Marburg/L.

Dr. Rainer Lindner, Gerlingen

Prof. Dr. Hans Georg Majer, München

Prof. Dr. Bogdan Murgescu, Bukarest

Prof. Dr. Alvydas Nikžentaitis, Wilna

Prof. Dr. Attila Pók, Budapest

Dr. Gerhard Seewann, München

Prof. Dr. Holm Sundhaussen, Berlin

Prof. Dr. Dietmar Willoweit, Würzburg



*Joachim Hösler*

## Perestroika und Historie

### Zur Erosion des sowjetischen Geschichtsbildes\*

Die Geschichte der Sowjetunion war während der Perestroika das zentrale Feld, auf dem die Debatte um die Zukunft des Landes geführt wurde<sup>1</sup>. Um die Rolle der Historikerzunft in diesen Auseinandersetzungen verstehen und erklären zu können, ist es zunächst erforderlich, die Geschichte der Disziplin seit 1917 zu skizzieren. Im zweiten Teil wird die Entwicklung des Verhältnisses zwischen der Perestroika Michail Gorbachevs, des Faches und der Geschichtsdiskussionen thematisiert. Der dritte Teil ist der Erosion des sowjetischen Geschichtsbildes im einzelnen und seiner Ablösung durch neue Erkenntnisse und Mythen gewidmet. In der Zusammenfassung werden auch grundlegende Probleme des Geschichtsdenkens und der historischen Disziplin im heutigen Rußland angeschnitten.

### I. Vorbedingungen 1917 bis 1984<sup>2</sup>

Nach der Oktoberrevolution 1917 ist die sowjetische Geschichtswissenschaft unter der Leitung Michail Pokrovskijs (1868–1932) als Legitimationswissenschaft des neuen Staates etabliert worden. In den 20er Jahren dominierte ein quellenorientierter und vulgärsoziologischer Zugang zur Geschichte als einer Geschichte von Massenbewegungen. Die Fokussierung großer Persönlichkeiten, der Staatsentwicklung und Nationalgeschichte waren verpönt. Patriotismus galt als extrem reaktionäre Ideologie. Mit der Durchsetzung des Stalinismus<sup>3</sup> wurden seit Ende

\* Für die kritische Durchsicht des Manuskripts danke ich Thomas M. Bohn, Monika Krausser, Stefan Plaggenborg und Larissa Shumeiko.

<sup>1</sup> Siehe *Natalija Eliseeva*, Sovetskoe prošloe: načalo pereocenki, in: Otečestvennaja istorija (künftig: OI), Heft 2 (2001) 93–105, hier 93.

<sup>2</sup> Siehe dazu im einzelnen *Joachim Hösler*, Die sowjetische Geschichtswissenschaft 1953 bis 1991. Studien zur Methodologie- und Organisationsgeschichte (Marburger Abhandlungen zur Geschichte und Kultur Osteuropas 34, München 1995); *Joachim Hösler*, Die Russische Revolution in der sowjetischen Historiographie (Geschichte Rußlands und der Sowjetunion. Kurseinheit 6 der FernUniversität Hagen, Hagen 1999) 18–40. Vgl. auch *Aleksander Kan*, I påvente av frigjeringa. Sovjetisk historieteori mellom Stalin og Gorbatsjov (Oslo 1988).

<sup>3</sup> Unter Stalinismus verstehe ich in Anlehnung an *Werner Hofmann*, Was ist Stalinismus?

1928 noch unter der Ägide Pokrovskijs die bis dahin geduldeten Reste der russischen nationalen Historiographie zerschlagen, die letzten Anhänger der sozialhistorischen Moskauer Schule Vasilij Ključevskijs (1841–1911)<sup>4</sup> aus der Wissenschaft gedrängt und schließlich – nach Pokrovskijs Tod 1932 – auch die Pokrovskij-Schule zerstört. Iosif Stalin (1879–1953) persönlich dekretierte das sowjetpatriotische Geschichtsbild, welches das vorrevolutionäre imperiale Denken rehabilitierte sowie die Werktätigen und Eliten aller Republiken der UdSSR als „Patrioten ihres großen Sowjetlandes“ zu vereinen suchte<sup>5</sup>. Vermittelt wurde die stalinistische Lesart u. a. mit dem „Kurzen Lehrgang der Geschichte der bolschewistischen Partei“, der von 1938 bis 1953 in 301 Auflagen und 67 Sprachen herausgegeben wurde<sup>6</sup>. In organisatorischer Hinsicht erhielt die Geschichtswissenschaft eine zentralistische Struktur, die nach 1953 verfestigt wurde. Das Zentrum bildete die Geschichtsabteilung der Akademie der Wissenschaften (AdW) in Moskau bzw. deren Büro, das heißt der erlesene Kreis der Moskauer *akademiki* – in der Regel etwa elf Personen, die mit Hilfe ihrer Zuarbeiter die historische Disziplin repräsentierten und kontrollierten (ihrerseits angeleitet von der für Wissenschaft zuständigen Abteilung beim Zentralkomitee [ZK] der Kommunistischen Partei der Sowjetunion [KPdSU]).

Anfang der 50er Jahre war die Historikerzunft theoretisch verarmt, wissenschaftlicher Forschung und Kommunikation entwöhnt sowie international isoliert. Die Eigeninitiative von Historikerinnen und Historikern, namentlich Anna Pankratovas (1897–1957) und Eduard Burdžalovs (1906–1985), nach Stalins Tod die Arbeit wieder zu professionalisieren, wurde von der Parteiführung unter Nikita Chruščev (1894–1971) knapp vier Jahre lang geduldet und schließlich im

(Heilbronn 1984), die „exzessiv machtorientierte Ordnung der Innen- und Außenbeziehungen“ der sowjetischen Gesellschaft im „erklärten Übergang zum Sozialismus“ 1928 bis 1953. Als spezifisch stalinistisch ist die Verklammerung des sozialen Umbruchs, der gesellschaftlichen Mobilisierung und des Terrors anzusehen. Vgl. *Manfred Hildermeier*, Interpretationen des Stalinismus, in: HZ 264 (1997) 655–674; *Joachim Hösler*, Der „Exzeß der Macht“ – Werner Hofmanns Stalinismusverständnis und seine Rezeption, in: Werner Hofmann – Gesellschaftslehre in praktischer Absicht (Forum Wissenschaft Studien 46, Marburg 1999) 131–146.

<sup>4</sup> Zur Würdigung dieser Schule siehe *Thomas M. Bohn*, Historische Soziologie im vorrevolutionären Rußland, in: HZ 265 (1997) 343–372; *Thomas M. Bohn*, Russische Geschichtswissenschaft von 1880 bis 1905. Pavel N. Miljukov und die Moskauer Schule (Beiträge zur Geschichte Osteuropas 25, Köln 1998).

<sup>5</sup> Zitat aus dem programmatischen Leitartikel „Sowjetpatriotismus“ in der Pravda, 19. 3. 1935, zit. nach *Erwin Oberländer*, Sowjetpatriotismus und Geschichte. Dokumentation (Dokumente zum Studium des Kommunismus 4, Köln 1967) 62–64. Zur Bedeutung des Sowjetpatriotismus für die Denunziation nationaler Ambitionen der Eliten einzelner Republiken siehe zum Beispiel der Ukraine *Serby Yekelchuk*, Stalinist Patriotism as Imperial Discourse: Reconciling the Ukrainian and Russian „Heroic Pasts“, 1939–45, in: *Kritika. Explorations in Russian and Eurasian History* (künftig: *Kritika*) 3 (2002) 51–80.

<sup>6</sup> Umfassend dazu *Brigitte Studer*, *Berthold Unfried*, Der stalinistische Parteikader. Identitätsstiftende Praktiken und Diskurse in der Sowjetunion der Dreißiger Jahre (Köln u. a. 2001).



März 1957 unterbunden<sup>7</sup>. Bemerkenswert ist die Aktivität von Pankratova und Burdžalov vor allem deshalb, weil die beiden nicht auf eine Aufforderung der KPdSU warteten, sondern von sich aus agierten (wobei sie sich selbstverständlich nach oben absicherten), und weil sie dem Fach nicht eine neue Generallinie zu verordnen versuchten, sondern sich um die Wiederherstellung der Bedingungen des wissenschaftlichen Arbeitens bemühten.

Seit Sommer 1960 ergriff die KPdSU-Führung selbst Maßnahmen für den Ausbau und die Verbesserung von Forschung und Lehre. Dies bot Freiräume für neue Projekte und Debatten, die sich vor allem auf die Oktoberrevolution, die Kollektivierung und die Geschichtstheorie konzentrierten<sup>8</sup>. Die komparative Perspektive macht deutlich, daß die *šestidesjatniki* („die aus den 60er Jahren“), wie man die beteiligten Intellektuellen nannte, anders als zur gleichen Zeit die Historikerkünfte in Polen und in der Tschechoslowakei, brisante Themen des 20. Jahrhunderts gerade nicht vermieden. Die „Neue Richtung“ der Oktoberrevolutionsforschung, deren Leitgedanke die sozialökonomische Heterogenität (*mnogoukladnost'*) des vorrevolutionären Rußlands war und die in der zweiten Hälfte der 60er Jahre kurze Zeit dominant wurde, hinterfragte nicht weniger als den Gründungsmythos des Sowjetsystems und mit ihren herausfordernden Thesen über die Spontaneität der Volksmassen auch die Vorstellung von der allzeit führenden Rolle der Bolschewiki im Jahr 1917. Viktor Danilov (1925–2004) und seine Mitarbeiter erforschten den eigentlich revolutionären sozialökonomischen Umbruch in Rußland. Das Ergebnis in Form eines 728seitigen Manuskripts über die „Kollektivierung der Landwirtschaft in der UdSSR 1927–1932“ lag im Oktober 1964 vor, konnte aber nach der Entmachtung Chruščëvs nicht mehr gedruckt werden. Im Methodologiesektor von Michail Gefter (1918–1995) ging es um das Neulesen der sozialistischen Klassiker, die Weiterentwicklung der marxistischen Geschichtstheorie und die Infragestellung des Historischen Materialismus, wie er unter Stalin kanonisiert worden war. Die *šestidesjatniki* haben in viel direkterer Weise und radikaler als ihre Kollegen in den übrigen sozialistischen Ländern mit ihrer Forschungsarbeit die Grundlagen des Systems hinterfragt. Nachdem in den Jahren 1968 bis 1974 sukzessiv die revisionistischen Forschungen abgebrochen und die Diskussionszirkel aufgelöst worden waren, fiel die Geschichtswissenschaft zwar nicht auf den Stand der 50er Jahre zurück, doch sie konnte ihre Er-

<sup>7</sup> Alexander Kan, Anna Pankratova and ‚Voprosy istorii‘. An innovatory and critical historical journal of the soviet 1950s, in: Storia della Storiografia 29 (1996) 71–97; L. A. Sidorova, Ottepel' v istoričeskoj nauke. Sovetskaja istoriografija pervogo poslestalinskogo desjatiletija (Moskau 1997); Istorik i vremja. 20–50-e gody XX veka A.M. Pankratova (Moskau 2000); Roger D. Markwick, Rewriting History in Soviet Russia. The Politics of Revisionist Historiography, 1956–1974 (Hampshire 2001) 38–62.

<sup>8</sup> Siehe dazu und zu der politischen Bedeutung der ‚revisionistischen‘ Historiker Roger D. Markwick, Catalyst of Historiography, Marxism and Dissidence: The Sector of Methodology of the Institute of History, Soviet Academy of Sciences, 1964–68, in: Europe-Asia-Studies 46 (1994) 579–596; Alexander Kan, Neue theoretische Ansätze der sowjetischen Historiker, in: The Soviet System and Historiography, 1917–1989. Preliminary Papers for the Montréal Session, hrsg. v. Ferenc Glatz (Budapest 1995) 70–78; Markwick, History.

kenntnisse nicht mehr produktiv nutzen – mit zwei Ausnahmen: Der Mediävist Aaron Gurevič (Jg. 1923), der Themen der Geschichte Rußlands und Analogien zur Zeitgeschichte stets vermied, gab dem Fach durch die Rezeption der Annales-Schule und seine Forschungen über Mentalitäten in West- und Nordeuropa Impulse, die sich auch nach 1985 resp. 1991 als fruchtbar erwiesen haben; die vor allem von Jurij Lotman (1922–1993) und Boris Uspenskij (Jg. 1937) repräsentierte Tartu-Moskau-Schule hat auch in den 70er und 80er Jahren an ihren nichtmarxistischen Konzepten kulturwissenschaftlicher Forschung weitergearbeitet.

Grundlegende Fragen der Historie thematisierten seit Anfang der 70er Jahre Liedermacher wie Bulat Okudžava, Schriftsteller wie Ales' Adamovič, Čingiz Ajtmatov, Daniil Granin und Evgenij Evtušenko sowie Valentin Rasputin, Vasilij Belov und Sergej Salygin, die die „Dorfprosa“ repräsentieren. Sie öffneten den Blick für das Leid der Bevölkerung im Zweiten Weltkrieg, den Wert der kulturellen und geschichtlichen Tradition, einen behutsamen Umgang mit der Natur und anderes mehr. Folgt man Denis Kozlov, dann artikulierten sich hier bereits Momente, die das Geschichtsdenken während und nach der Perestroika prägten: Erinnerung an das vorrevolutionäre Rußland, Faktenorientierung und Zweifel an offiziellen Narrativen<sup>9</sup>. Die Geschichtswissenschaft, die stärker als zuvor dem Rhythmus der Parteitage und Jubiläen unterworfen wurde, war von Routine und Retardation gekennzeichnet. Neue Forschungsperspektiven waren nicht mehr gefragt. Es ging um die Kanonisierung der „Vaterländischen Geschichte“, d. h. des „gesetzmäßigen“ historischen Prozesses auf dem Territorium der UdSSR von der „Bildung des Altrussischen Staates“ im 8. Jahrhundert über die „Große Sozialistische Oktoberrevolution“ und den „Großen Vaterländischen Krieg“ bis zur „entwickelten sozialistischen Gesellschaft“, in der das „Sowjetvolk“ eine „neue historische Gemeinschaft“ bilde<sup>10</sup> und – den Beschlüssen des 25. Parteitages der KPdSU 1977 entsprechend – den „kommunistischen Aufbau“ beginne<sup>11</sup>. Die Kluft zwischen diesem Kanon einerseits, der Alltagserfahrung und mündlichen Geschichtsüberlieferung andererseits führte während dieser Ära des „organisier-

<sup>9</sup> Dies würde bedeuten, daß die unten noch zu thematisierende Idealisierung des zarischen Rußlands nicht zuvorderst auf einen in der Bevölkerung verbreiteten Nationalismus zurückzuführen wäre, sondern auf die Suche nach Kompensation des Empfindens einer fehlerhaften Gegenwart. Siehe Denis Kozlov, *The Historical Turn in Late Soviet Culture: Retrospectivism, Factography, Doubt*, 1953–91, in: *Kritika* 2 (2001) 577–600.

<sup>10</sup> Siehe dazu Hans Lemberg, *Unvollendete Versuche nationaler Identitätsbildungen im 20. Jahrhundert im östlichen Europa: die „Tschechoslowaken“, die „Jugoslawen“, das „Sowjetvolk“*, in: *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität (Studien zur Entwicklung in der Neuzeit* 2, Frankfurt a. M. 1994) 581–607.

<sup>11</sup> Ein typisches Standardwerk dieser Zeit ist z. B. die von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von D. A. Kovalenko und A. M. Samsonov verfaßte, 1977–1979 auf Russisch und Deutsch erschienene dreiteilige „Geschichte der UdSSR“. Die Bandenteilung zeugt von der üblichen Präponderanz der Sowjetzeit gegenüber der vorrevolutionären Geschichte Rußlands im Verhältnis von etwa 2:1. Der erste Teil reicht von der Urzeit bis zum Abschluß der Februarrevolution (399 S.), der zweite von der Doppelherrschaft bis zum Vorabend des deutschen Überfalls (368 S.), der dritte vom Beginn des Großen Vaterländischen Krieges bis zum allmählichen Übergang zum Kommunismus Ende der 70er Jahre (383 S.).

ten Massenkonsenses<sup>12</sup> zu dem Zwei-Etagen-Denken, das sich in den sprichwörtlich bekannten Küchen-Diskussionen artikuliert. Im Privaten begann – ansatzweise vergemeinschaftet durch Literatur, Musik und Veröffentlichungen im Selbstverlag (*samizdat*) – seit dem Ende der 60er Jahre alternative Narration das offizielle Geschichtsbild zu hinterfragen<sup>13</sup>.

Als der ehemalige Geheimdienstchef Jurij Andropov (1914–1984) als neuer Generalsekretär im Jahr 1983 eingestand, daß man die Gesellschaft, in der man lebte, nicht wirklich kenne, und er auch die Geschichtswissenschaft zu neuen Anstrengungen aufforderte, reagierten die Verantwortlichen mit der Beratung komplexer, bis in das Jahr 2000 angelegter Forschungsprogramme, die Makulatur blieben. Die zentralistische Struktur des Faches, seine langjährige Instrumentalisierung sowie die Überalterung der *akademiki* forderten ihren Tribut. Strukturell bedingt mußten Innovationen von den Moskauer Akademiemitgliedern ausgehen. Ihr Durchschnittsalter lag zu diesem Zeitpunkt bei etwa 76 Jahren. Die meisten von ihnen hatten alle Kataklysmen und Aufbrüche der Sowjetära miterlebt. Unter ihrer Leitung war das Fach zur Lethargie verurteilt.

## II. Perestroika und Geschichte<sup>14</sup>

Bis Ende 1986 vertrat Michail Gorbatschow in seiner Eigenschaft als Generalsekretär der KPdSU (1985–1991) den Standpunkt, die Aufarbeitung der Vergangenheit sei bei dem Kurs auf die „Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung“ hinderlich. Entsprechend wenig fühlten sich die führenden Vertreter der Geschichtswissenschaft von dem Politikwechsel angesprochen. Nur vereinzelt mahnten Historiker, es sei Zeit, neue Lehren aus der Geschichte zu ziehen<sup>15</sup>. So waren es überwiegend Filmemacher und Schriftsteller, die sich den „weißen Flecken“ der Geschichtsschreibung widmeten. Nachdem die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl am 26. April 1986 „die Gummiwände des Regimes“<sup>16</sup> durchschlagen hatte, wurde der 5. Kongreß des Verbandes der Filmschaffenden im Mai zum „Fanal“<sup>17</sup>. Der neugewählte Vorstand unter der Führung des Regisseurs Elem Klimov

<sup>12</sup> Viktor Zaslavsky, In geschlossener Gesellschaft. Gleichgewicht und Widerspruch im sowjetischen Alltag (Berlin 1982) 8.

<sup>13</sup> Zur Erosion der Legitimationsgrundlagen siehe jetzt auch Stefan Plaggenborg, „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, in: Handbuch der Geschichte Rußlands. Band 5: 1945–1991. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, hrsg. v. Stefan Plaggenborg (Stuttgart 2002) 319–517, hier 501–507.

<sup>14</sup> Siehe dazu Hösler, Geschichtswissenschaft 206–266.

<sup>15</sup> Jurij Afanas'ev, Prošloe i my, in: Kommunist, Heft 14 (1985) 105–116; Aleksandr Samsonov, K novym rubežam (Strichi problemy), in: Istorija SSSR, Heft 6 (1986) 61–71.

<sup>16</sup> Wolfgang Fritz Haug, Gorbatschow. Versuch über den Zusammenhang seiner Gedanken (Hamburg 1989) 97. Eliseeva, Prošloe 94, hebt neben dem politischen auch den wirtschaftlichen Effekt der Katastrophe hervor: Die Verausgabung riesiger Geldsummen für die Eingrenzung der Havarie verschlechterte die Wirtschaftslage 1986/87 erheblich.

<sup>17</sup> Karla Hielscher, Der neue Frühling in Literatur und Kunst, in: Gorbatschows Revolution

leitete die Freigabe bislang unter Verschuß gehaltender Filme ein. Dies betraf vor allem „Morgen war Krieg“ (1985) von Jurij Kara, „Komm und sieh“ (1985) von Ėlem Klimov und „Die Reue“ (1984) von Tengis Abuladze. Die beiden erstgenannten Filme zeigen die Schrecken des Stalinismus und die Leiden während des Krieges aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen. Zuschauer, die älter als 50 Jahre waren, sahen die Geschichte ihrer Generation. Die Betroffenheit muß ungleich größer als bei anderen Werken gewesen sein, ganz zu schweigen von der Lektüre historischer Fachbücher. Die Schriftsteller diskutierten im Juni 1986 in atemberaubender Offenheit über die Notwendigkeit, die Geschichte der Literatur und des Landes neu zu würdigen<sup>18</sup> – auch sie bremste Gorbačev.

Nachdem es im Herbst des Jahres 1986 Anzeichen für eine bevorstehende Kursänderung der KPdSU gegeben hatte<sup>19</sup>, verkündete Gorbačev bei der ZK-Tagung im Januar 1987 einen geschichtspolitischen Kurswechsel: Von nun an galt die Beseitigung der „weißen Flecken“ nicht mehr als Hindernis, sondern im Gegenteil als Voraussetzung für das Gelingen der Umgestaltung. Sichtbarstes Zeichen der Veränderung waren die „dicken“ Literaturjournale. Sie begannen in hohen Auflagen brisante Werke zu publizieren: So erschien in „Novyj mir“ Daniil Grains romanhafte Biographie „Genetiker“ über den Biologen Nikolaj Timofeev-Resovskij, der während des Dritten Reichs in Deutschland gearbeitet hatte und nach seiner Rückkehr in die Sowjetunion in den Ural verbannt worden war, in „Neva“ Vladimir Dudincevs Thriller „Weiße Gewänder“ über den Lyssenkoismus in der Biologie, in „Družba' narodov“ Anatolij Rybakovs Roman „Kinder des Arbat“ über die dreißiger Jahre, in „Oktjabr“ Anna Achmatovas Gedichtzyklus „Requiem“, der den stalinistischen Terror in lyrischer Form dokumentiert, darüber hinaus Ėngiz Ajmatovs „Richtplatz“, der vor dem Hintergrund der sozialen und ökologischen Probleme in der UdSSR ethische Grundfragen thematisiert. Eine millionenfache Leserschaft vergegenwärtigte sich bei der Lektüre dieser und anderer Werke die Folgen des Terror-Regimes Stalins.

Die Historie als offizielle Veranstaltung reagierte mit Zeitschriftenaufsätzen und Rund-Tisch-Gesprächen, in denen jedoch im wesentlichen erklärt wurde, es dürfe keinen Zweifel geben an ihren bisherigen Kernaussagen. Diese Zurückhaltung steigerte die Erwartung an Gorbačevs Ansprache zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution, die ambivalent ausfiel. Um so größeres Gewicht kam der anschließenden Pressekonferenz zu, bei der Politbüromitglied Aleksandr Jakovlev erklärte, die Rede stelle nicht das Ende der Diskussion, sondern einen Beitrag zu

von oben. Dynamik und Widerstände im Reformprozeß der UdSSR (Frankfurt a. M., Berlin 1987) 31–51.

<sup>18</sup> Siehe Literatur und Perestroika. Die Diskussion auf dem sowjetischen Schriftstellerkongreß (Köln 1987).

<sup>19</sup> Das für September geplante ZK-Plenum wurde mehrfach verschoben; der Roman „Die Ernennung“ von Aleksandr Bek, der 22 Jahre lang keine Druckerlaubnis erhalten hatte, erschien in der Zeitschrift „Znamja“.

derselben dar. Die „Perestroika-Flitterwochen“<sup>20</sup> konnten weitergehen. Die Bürgerinitiative zur Gründung der Gruppe „Memorial“, die das Ziel verfolgte, ein Denkmal für die Opfer des Stalinismus errichten zu lassen, machte sich dieses Signal zunutze<sup>21</sup>. Die im Herbst 1987 aufgrund der Kinofilme und Romane sowie zahlreicher Presseartikel nicht zuletzt in dem populären Magazin „Ogonek“ unter Vitalij Korotič<sup>22</sup> lebhaft geführte Geschichtsdiskussion hat Karl Schlögel seinerzeit mit den Worten beschrieben: „Moskau liest – aufmerksam, konzentriert. Es ist, als ob ein Volk ein zweites Mal lesen lernte.“<sup>23</sup>

Während des „Bucharin-Jahres“ 1988 wurden die Diskussionen intensiver. Nikolaj Bucharin (1888–1938), der „Liebling der Partei“, wurde vollständig rehabilitiert<sup>24</sup>, während die Konservativen in der KPdSU den Perestroika-Befürwortern vorwarfen, die sowjetische Geschichte zu beschmutzen. Gorbachev und seine Anhänger errangen in den Auseinandersetzungen um den Leserbrief der Leningrader Chemie-Dozentin Nina Andreeva in der Parteizeitung „Sovetskaja Rossija“ am 13. März und um die Weichenstellungen der 19. Parteiunionskonferenz Ende Juni/Anfang Juli einen „Sieg für den Antistalinismus und für Glasnost“<sup>25</sup>. Diese Richtungskämpfe hatten für die Geschichtsdiskussion zwei relevante Folgen: Erstens legte sich Gorbachev auf eine antistalinistische und proleninsche Haltung zur Geschichte fest, mit der er auf Dauer die Unterstützung konservativer *und* progressiver Kräfte verlor (den Antistalinismus verziehen ihm die Konservativen nicht, seinen Leninismus nahmen ihm die Progressiven und Liberalen übel). Zweitens war klar geworden, daß Glasnost von der Partei nicht als Mittel der Politik dosiert werden konnte. Wenn die KPdSU die Öffnung nicht zurücknehmen

<sup>20</sup> Boris Kagarlickij, „Wir sind der linke Flügel der Perestroika“ (Interview), in: Arbeiterkampf, 7. 3. 1988.

<sup>21</sup> Siehe Elke Fein, Geschichtspolitik in Rußland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratisierenden Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft MEMORIAL (Osteuropa: Geschichte, Wirtschaft, Politik 23, Hamburg 2000) 120–122.

<sup>22</sup> Eliseeva, Prošloe 95, stellt dieses Magazin in den Mittelpunkt ihrer Aufmerksamkeit: „Die Zeitschrift ‚Ogonek‘“ erweist sich als historische Quelle kraft dessen als besonders bedeutsam, daß die Umwertung der traditionellen sowjetischen Werteskala auf dem Niveau der Alltagswirklichkeit mit der Umwertung der geschichtlichen Vergangenheit begann und neue Werte sich beim Leser anhand historischer Beispiele formierten.“

<sup>23</sup> Karl Schlögel, Im Widerschein des Feuers. Die dramatische Geschichte der Sowjetunion erfaßt die Lebenden, in: FAZ, 21. 11. 1987. Einen lebhaften Eindruck der Diskussion bietet der von dem Journalisten Uwe Engelbrecht zusammengestellte Band Glasnost – Neue Offenheit. Artikel und Leserbriefe aus der sowjetischen Presse (Köln 1987).

<sup>24</sup> Gennadij Bordjugov, Vladimir Kozlov, Istorija i kon-junktura: Sub-ektivnye zametki ob istorii sovetskogo obščestva (Moskau 1992) 51–136, erkannten in dem *Bucharinskij bum* die Sehnsucht nach Alternativen zum Stalinismus. In Moskau würdigte eine Ausstellung Bucharin anläßlich seines 100. Geburtstages. Anna Larina Bucharina, die, als ihr Mann ermordet wurde, 24 Jahre alt war, veröffentlichte ihre Erinnerungen – dt.: „Nun bin ich schon weit über zwanzig“ (Göttingen 1989) – ein Buch des Gedenkens an repressierte Revolutionäre und der Anklage Stalins und seiner Helfershelfer.

<sup>25</sup> Robert W. Davies, Perestroika und Geschichte. Die Wende in der sowjetischen Historiographie (München 1991) 173–200, Zitat 184.

wollte, blieb ihr nur, sich in den „Pluralismus der Meinungen“<sup>26</sup> einzubringen. Dekretieren konnte sie ihre Werturteile nicht mehr. Diese Dilemmata zeigten sich auch bei der Arbeit der Untersuchungskommissionen, mit denen das Politbüro einige heiße Eisen der Parteigeschichte anpackte<sup>27</sup>.

Die Akzente in der öffentlichen Geschichtsdiskussion setzten Kräfte außerhalb der Partei und der historischen Disziplin frei: Literatur, Film und gesellschaftliche Eigeninitiative. Zu erinnern ist vor allem an Michail Šatrovs Theaterstück „Weiter... weiter... weiter“, das im Januar 1988 in der Zeitschrift „Znamja“ publiziert wurde. Šatrov enttabuisierte jahrzehntelang verdrängte Akteure des Jahres 1917. Die Bühne fungierte als „Geschichtsseminar“<sup>28</sup>. Die Botschaft lautete: Lenin und Stalin verkörpern zwei unterschiedliche Koordinatensysteme; das Stalinsche muß man überwinden und Lenins Methoden anwenden. Der Text barg allerdings auch Zündstoff für die Entzauberung Lenins und Bucharins, da sie in der Polemik mit Stalin nicht obsiegten<sup>29</sup>.

Im Frühjahr 1988 kam der Dokumentationsfilm von Marina Goldovskaja mit dem Titel „Die Macht von Solovki“ in die Kinos. Die Regisseurin konfrontierte einen Propagandafilm aus den zwanziger Jahren mit den Aussagen ehemaliger Häftlinge. Sie zeigte, wie in diesem Lager seit 1923 erprobt wurde, „was später das ganze Land zum Gulag machte“<sup>30</sup>. Die späten Früchte der Gewaltherrschaft thematisierte der Kinofilm „Kalter Sommer 1953“ von Aleksandr Proškin über die nach Stalins Tod vom Chef der Geheimpolizei, Lavrentij Berija (1899–1953), erlassene Amnestie für Kriminelle. Im Lauf des Jahres 1988 sollen 40 Millionen Menschen diesen Film gesehen haben<sup>31</sup>. Soweit ich dies überblicke, sind Rezeption und Wirkung dieser und ähnlicher Werke noch nicht untersucht worden. Doch wer die Filme gesehen hat, kann unschwer die Desillusionierung und Trauer über verlorene Lebensjahre nachfühlen, die sowjetische Kinobesucher empfunden haben müssen. Die Folgen dessen hat der Historiker Jurij Afanas'ev in einem Buch, das im Sommer 1988 zum Symbol der Meinungsfreiheit wurde, festgehal-

<sup>26</sup> So Gorbačev während der Parteikonferenz, zit. nach *Davies*, *Perestroika* 191.

<sup>27</sup> Bis Januar 1989 wurden fast alle Terroropfer per Gericht und von der Partei rehabilitiert. Im März 1989 veröffentlichte das ZK den authentischen Text der Ansprache Chruščevs auf dem 20. Parteitag von 1956. Eine Kommission des Kongresses der Volksdeputierten, die Politbüromitglied Aleksandr Jakovlev leitete und der u. a. Valentin Falin und Jurij Afanas'ev angehörten, anerkannte im August 1989 die Echtheit des geheimen Zusatzprotokolls des Nichtangriffsvertrages vom 23. 8. 1939. Am 13. April 1990 übernahm die sowjetische Regierung die Verantwortung für die Ermordung von knapp 15 000 polnischen Offizieren bei Katyn im Jahr 1940.

<sup>28</sup> FAZ, 23. 3. 1989. – Das Theaterstück wurde am 13. 3. 1988 in Tomsk uraufgeführt, am gleichen Tag, an dem Nina Andreevas Leserbrief, für den die Autorin Šatrovs Werk zum Anlaß genommen hatte, veröffentlicht wurde. Erst ein Jahr später präsentierte eine Theatergruppe aus Taschkent das Stück in Moskau.

<sup>29</sup> Siehe *Michail Schatrov*, *Weiter... Weiter... Weiter...*, Version des Verfassers zu den Ereignissen am 24. Oktober 1917 und bedeutend später. A. d. Russ. von *Friedrich Hützer* (Köln 1988).

<sup>30</sup> Zit. nach *Deutsche Volkszeitung* (künftig: DVZ)/die tat, 19. 5. 1989.

<sup>31</sup> Siehe FAZ, 24. 6. 1989; DVZ/die tat, 7. 7. 1989.

ten: „[...] die weißen Flecken in der Geschichte breiten sich wie ein See aus, in dem sich eine schreckliche Realität widerspiegelt [...] Wir schauen in den Spiegel und erkennen uns nicht. Das Spiegelbild ist in tausend Stücke zersprungen.“<sup>32</sup>

Die Vereinigung für historische Bildung „Memorial“ konstituierte sich August bis Oktober 1988. Mittels der Wochenzeitung des Schriftstellerverbandes, der „Literaturnaja gazeta“ und des Magazins „Ogonek“, holte die Organisation Vorschläge der Bevölkerung darüber ein, wer den Leitungsgremien angehören<sup>33</sup> und wie eine Feier zum Gedenken an die Opfer des Stalinismus gestaltet werden sollte. Das Bemühen um demokratisch gebildete Geschichtsinterpretationen, wie es auch mit der Ausstellung zur „Woche des Gewissens“ im November 1988 zum Ausdruck kam, trug mit dazu bei, das Deutungsmonopol der KPdSU zu untergraben. Endlich schaltete sich die Geschichtswissenschaft sozusagen offiziell in die Diskussion ein. Freie Wahlen der Institutsdirektoren und die Neubesetzung der Redaktionen machten die Fachzeitschriften lesenswert. Der Zugang zu den Sonderbeständen der Bibliotheken und Archive wurde erleichtert<sup>34</sup>, doch blieb die Historikerkunft die Nachhut der Perestroika.

Die letzte Phase der sowjetischen Geschichtsdiskussion leitete Ende 1988/Anfang 1989 die Artikelserie des Philosophen Aleksandr Cipko über die „Quellen des Stalinismus“ (*istoki stalinizma*) ein. Sie erschien in der populär-wissenschaftlichen Zeitschrift „Nauka i žizn“, die eine Auflage von etwa 3,2 Millionen Exemplaren hatte. Cipko generalisierte bereits publizierte Argumente und durchbrach dabei die bisherige Trennlinie zwischen Leninismus und Stalinismus. Seine neue Interpretation war ähnlich deterministisch wie die offizielle sowjetische Geschichtsauffassung. Für ihn war Stalin kein Gegenrevolutionär, sondern der konsequente Marxist seiner Zeit, der Stalinismus keine Deformation des Sozialismus, sondern die logische Folge des von Lenin vertretenen linken Radikalismus und

<sup>32</sup> Juri Afanassjew, Perestroika und historisches Wissen, in: Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost, Demokratie, Sozialismus (Nördlingen 1988) 563–583, hier 581. Afanas'ev warnte an dieser Stelle auch vor den chauvinistischen und antisemitischen Kräften, die das ideologische Vakuum auszufüllen versuchten.

<sup>33</sup> Die „Namensliste liest sich wie ein ‚who is who‘ des Reformflügels der damaligen UdSSR. Dazu gehörten Ales Adamovič, Jurij Afanas'ev, Georgij Baklanov, Boris El'cin, Evgenij Evtušenko, Jurij Karjakin, Vitalij Korotič, Dmitrij Lichačev, Roj Medvedev, Bulat Okudžava, Anatolij Rybakov, Andrej Sacharov und Michail Šatrov.“ Der noch im US-amerikanischen Exil befindliche Aleksandr Solženicyn lehnte aus praktischen Gründen ab. *Fein*, Geschichtspolitik 126.

<sup>34</sup> Zu den für Außenstehende schwer vorstellbaren Arbeitsbedingungen in den sowjetischen Archiven und Bibliotheken vor der Perestroika siehe Robert W. Davies, Soviet History in the Yeltsin Era (London 1997) 85–89. Zu den Erleichterungen vor und vor allem nach 1991 siehe ebd. 90–95; ferner Tat'jana Gorjaeva, Die Archivwelt Rußlands: Mythen und Wirklichkeit, in: Das historische Gedächtnis Rußlands. Archive, Bibliotheken, Geschichtswissenschaft. Hrsg. von Karl Eimermacher und Anne Hartmann (Bochum 1999) 79–108; Stefan Creuzberger, Rainer Lindner, Postsowjetische Archive, Glanz und Elend in den „Bergwerken“ der Historiker, in: OE 51 (2001) 78–80; Svetlana Červonnaja, Geschichtswissenschaft Rußlands in den 1990er Jahren. Problematik, Methodologie, Ideologie, in: OE 51 (2001) 695–715, hier 696–698.

Utopismus. Für die Geschichtsdiskussion bedeutete dies eine Neuorientierung. Nicht unbedeutend erscheint mir, daß im Sommer 1989, als Cipkos Thesen immer mehr Zustimmung fanden, in Moskau das erste Internationale Symposium über das Werk des im Pariser Exil gestorbenen Regisseurs Andrej Tarkovskij stattfand. Erstmals wurden seine allegorischen Filme gezeigt und öffentlich diskutiert<sup>35</sup>. Wie mögen sich Tarkovskijs Spiritualität, seine Sehnsucht nach alten Mythen, magischem Wissen und einer Art Anti-Aufklärung auf das Geschichtsdenken der Rezipienten ausgewirkt haben?

*Šestidesjatniki* und Historiker, die wenige Monate vorher zu den Erneuerern zählten, begannen über die Zersetzung des Faches, über den angriffslustigen Dilettantismus der Laien zu klagen und suchten die Gleichsetzung Lenins mit Stalin zurückzuweisen. Publikationen mit längerer Vorbereitungszeit, die im Lauf des Jahres 1989 erschienen, waren von dem antistalinistisch-proleninschen Geschichtsbild aus der Zeit vor Cipko geprägt<sup>36</sup>. Im April 1989 faßte die Geschichtsabteilung der AdW einen Beschluß über die wissenschaftliche Selbständigkeit, Offenheit und den Pluralismus in der historischen Disziplin. Vor dem geschichtlichen Hintergrund des Faches wirkte dies epochal, tatsächlich wurde nur abgesegnet, was nicht mehr zu verhindern war. Die jüngere Generation versuchte, neue Impulse zu geben: Im März 1989 versammelten sich in Moskau Historikerinnen und Historiker aus 67 Städten der Sowjetunion, um mit Unterstützung des Kommunistischen Jugendverbandes und der AdW eine „Assoziation junger Historiker“ zu gründen. Das Höchstalter der Mitglieder wurde auf 40 Jahre festgelegt. Der Vorsitzende E. M. Košokin bezeichnete es als eine der Hauptaufgaben der Vereinigung, dazu beizutragen, Meinungsunterschiede nicht mehr im Bürgerkriegsdenken auszufechten, sondern zu lernen, mit Andersdenkenden zusammenzuarbeiten. Wie begründet dieses Anliegen war, zeigten die aggressiven Attacken gegen Perestrojka-Anhänger, *šestidesjatniki* und ehemalige Dissidenten, wie Roj Medvedev, denen vorgeworfen wurde, die Sowjetzeit zu beschönigen. Gleichzeitig ließ das öffentliche Interesse an der Geschichtsdiskussion vor allem aus ökonomischen und sozialpsychologischen Gründen nach: Die Alltagsbewältigung wurde mit der Wirtschaftskrise<sup>37</sup> zu einem Problem, dringender als historische Debatten; diese hatten zudem die Menschen desillusioniert und ermüdet; die „weißen Flecken“ der Geschichte, die man beseitigen wollte, hatten sich als Abgründe einer allzu präsenten Vergangenheit entpuppt.

<sup>35</sup> Siehe *Hans-Joachim Schlegel*, Tarkovskijs Heimkehr, in: DVZ/die tat, 23. 6. 1989.

<sup>36</sup> Z.B. Osmyslit' kul't Stalina (Perestrojka: Glasnost', demokratija, socializm 2, Moskau 1989); *Dmitrij Volkogonov*, Triumf i tragedija. Poliitičeskij portret I.V. Stalina (Moskau 1989).

<sup>37</sup> *Hans-Hermann Höhmann*, Der ökonomische Systemwechsel, in: Revolution in Moskau. Der Putsch und das Ende der Sowjetunion (Reinbek 1991) 207–224.



### III. Die zentralen Themen der Geschichtsdiskussion

#### 1. Neue Ökonomische Politik (NEP)<sup>38</sup>

Dieses Problem sei hier nur erwähnt, weil es sich um das einzige handelt, das die KPdSU von sich aus thematisierte, und zwar seit Februar 1986. Nicht um die Forschung anzuregen, sondern um Lenins Ideen von der Lebensmittelsteuer „schöpferisch auszuwerten“<sup>39</sup>. Publizisten und Ökonomen idealisierten die NEP in der Folge derart, daß sogar Historiker, die in den 60er Jahren deren Stärken betont hatten, wie Viktor Danilov, widersprachen. Erst nach 1991 begann eine fundierte Auseinandersetzung mit den Problemen der 20er Jahre<sup>40</sup>.

#### 2. Oktoberrevolution<sup>41</sup>

Seit der Zerschlagung der Neuen Richtung Anfang der 70er Jahre war die dogmatische Sicht auf den Gründungsmythos der Sowjetunion bindend. Während der Perestroika wurde das Konzept der *mnogoukladnost* sukzessiv rehabilitiert: vom Nestor der Revolutionsgeschichte Isaak Minc (1896–1991) im Dezember 1986, von Michail Gorbachev bei der Ansprache zum 70. Jahrestag der Revolution und durch einen Beschluß der Geschichtsabteilung am 9. Juni 1988. Pavel Volobuev (1923–1997), der prominenteste der Rehabilitierten, stieg im Dezember 1990 zum *akademik* auf und übernahm kurze Zeit später den Vorsitz des Wissenschaftlichen Rates für Revolutionsforschung, den seit 1962 Minc innegehabt hatte. Seitdem wurden die Fachdiskussionen kontrovers, die Kategorien der sozialökonomischen Heterogenität und Rückständigkeit Rußlands sowie der Alternativität der historischen Situation 1917 fanden wieder Beachtung. Allerdings ließ auch die

<sup>38</sup> Siehe dazu *Davies*, Perestroika 42–66; *Eberhard Müller*, Blick zurück im Zorn?! Bürgerkrieg, Kriegskommunismus und Neue Ökonomische Politik, in: *Die Umwertung der sowjetischen Geschichte*, hrsg. v. *Dietrich Geyer* (Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 14, Göttingen 1991) 75–102; *Davies*, *History* 135–145.

<sup>39</sup> Gorbachev suchte bei der „Leninschen Idee von der Lebensmittelsteuer (prodnalog)“ nach Wegen, um landwirtschaftlichen und industriellen Betrieben mehr Verfügungsgewalt über erwirtschaftete Überschüsse gewähren zu können. Siehe Sowjetunion zu neuen Ufern? 27. Parteitag der KPdSU März '86. Dokumente und Materialien mit einer Einleitung von Dr. Gert Meyer (Düsseldorf 1986) 11f. und 66.

<sup>40</sup> Siehe *Igor' Orlov*, *Sovremennaja otečestvennaja istoriografija nepa: dostiženija, problematika, perspektivy*, in: *OI*, Heft 1 (1999) 102–116; *Leonid Fajn*, *Nepovskij „eksperiment“ nad rossijskoj kooperaciej*, in: *Voprosy istorii* (künftig: VI), Heft 7 (2001) 35–55. V. P. Danilov, O. V. Chlevnjuk und A. Ju. Batlin haben inzwischen die Stenogramme der Parteiberatungen und -beschlüsse, die zum Ende der NEP führten, ediert: *Kak lomali nep. Stenogrammy Plenumov CK VKP(b). 1928–1929 gg. V 5 t.* (Moskau 2000). Zu weiterer Literatur und neuen Zugängen siehe die Beiträge von Julia Obertreis, Matthias Stadelmann, Gabriele Freitag und Susanne Schattenberg zum Schwerpunkt „Lebensstile und Gruppenidentitäten in Sowjetrußland während der NEP“ in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 5 (2001) 161–269.

<sup>41</sup> Siehe hierzu *Hösler*, *Revolution* 64–78; *Manfred Hildermeier*, *Revolution und Revolutionsgeschichte*, in: *Umwertung* 32–53.

Perspektive durch das „Prisma der Alternative“<sup>42</sup> keinen anderen Schluß zu als den bekannten: Der Rote Oktober war ein unausweichliches und fortschrittliches Ereignis. Daran hielten die Koryphäen des Faches bis Sommer 1991 fest, während Publizisten und Politiker mit systemtranszendierenden Vorstellungen liberaler und autoritärer Couleur die Oktoberrevolution als Einbiegen in die Sackgasse der Geschichte Rußlands bezeichneten. Die neue Stimmung äußerte sich, als am 7. November 1990 nach der Parade der offiziellen Revolutionsfeier eine ungenehmigte Gegendemonstration die Parteiführung zum Verlassen des Podiums am Roten Platz zwang. Mäßigende Appelle von progressiven Historikern und Gorbachev, mehr zu differenzieren im historischen Urteil, verpufften.

Die Dämme brachen nach der Niederschlagung des Putschversuchs der orthodoxen Kommunisten im August 1991. Die September/Okttober-Ausgabe von „Voprosy istorii“ eröffnete mit einem Aufsatz, der nicht erst nach dem *putč* geschrieben worden sein konnte und der erstmals die Totalitarismustheorie auf die Oktoberrevolution anwandte. Der Autor Boris Klejn von der Universität Grodno in Weißrußland, der sich auf Alexandr Cipko bezog, interpretierte den Sieg der Bolschewiki als Ausgangspunkt einer totalitären Diktatur, die bis Ende der 80er Jahre bestanden habe. Deren Wesen und Modifikationen zu analysieren, müsse die neue Hauptaufgabe der Geschichtswissenschaft werden<sup>43</sup>. Geschichtspolitisch setzte sich diese Position nicht durch: Bis 1996 blieb der 7. November der höchste Feiertag Rußlands. Anlässlich des 80. Jahrestages der Revolution erklärte Boris El'cin das Datum zum „Tag der Nationalen Eintracht und Versöhnung“. Er nannte die Oktoberrevolution einen „fatalen historischen Fehler“ und ein „erinnerungswürdiges Ereignis“, während die Kommunisten auf ihrer Kundgebung in Moskau den Rücktritt des Präsidenten forderten<sup>44</sup>. Einer repräsentativen Umfrage im Jahr 2000 zufolge spaltet das Datum die Bevölkerung noch immer: 53% der Respondenten schätzten die Oktoberrevolution negativ ein<sup>45</sup>. Kann die akademische Geschichtswissenschaft in solch einer Situation helfen? In der ersten Hälfte der 90er Jahre prägte die recht fruchtlose Neuauflage des Streits zwischen Befürwortern und Gegnern der Neuen Richtung die Diskussion der Experten. Seit 1994/95 macht die seriöse Forschung Fortschritte, die internationalen Kontakte beleben sich. Neben den traditionellen politikgeschichtlich und sozialökonomisch akzentuierten Perspektiven werden sozial- und kulturgeschichtliche Ansätze gepflegt, die u. a. die Massenbewegungen, die Rolle der Bolschewiki und die Korrelation zwischen Sozialismus und Nationalismus während der Systemkrise

<sup>42</sup> *Pavel Volobuev*, *Vybor putej obščestvennogo razvitija: teorija, istorija, sovremennost'* (Moskau 1987).

<sup>43</sup> *Boris Klejn*, *Rossija meždu reformoj i diktaturoj (1861–1920 gg.)*, in: VI, Heft 9–10 (1991) 3–12.

<sup>44</sup> Siehe Frankfurter Rundschau, 8. 11. 1997.

<sup>45</sup> *Alexander Tschepurenko*, *Die Russen über die Vergangenheit und ihre Erwartungen für das 21. Jahrhundert*, in: OE 51 (2001) 135–147.

des zarischen Imperiums neu bewerten<sup>46</sup>. Aber wie sehr sind Politik und Bevölkerung an den diffizilen Forschungsergebnissen interessiert?

### 3. Stalinismus<sup>47</sup>

Mehrere Millionen Menschen diskutierten seit dem Frühsommer 1986 aufgrund der oben erwähnten Kinofilme und Romane Ursachen und Folgen der Diktatur Stalins, während die KPdSU-Spitze von der Aufarbeitung der Geschichte nichts wissen wollte<sup>48</sup>. Seit Anfang 1987 erschienen weitere Romane und autobiographische Zeugnisse in Literaturzeitschriften, die von der 1929 forcierten Zwangskollektivierung und Entkulakisierung, von der Hungersnot in Westsibirien 1933, dem Arbeitsstil beim Bau der Moskauer Metro und dem Alltagsleben während des Terrors berichteten<sup>49</sup>. Kein Historiker, sondern ein Soziologe interpretierte den Film „Die Reue“ von Tengis Abuladze, kein Geschichts-, sondern ein Wirtschaftswissenschaftler deutete den Roman „Die Ernennung“ von Aleksandr Bek. Dabei kamen Leonid Jonin und Gavrila Popov im Frühjahr 1987 zu dem Ergebnis, daß die Diktatur Stalins nicht nur geschichtswissenschaftliche, sondern auch aktuelle soziale und politische Probleme aufwerfe<sup>50</sup>. Die Historikerkunft hörte erst ein Jahr später auf, das Stalin-Regime als „Personenkult“, der die „Natur unseres Gesellschaftssystems“ nicht habe ändern können, zu verharmlosen<sup>51</sup>. Seit Frühjahr 1988 wurde der „Stalinismus“-Begriff verwendet. Allen Definitionsversu-

<sup>46</sup> Siehe 1917 god v istorii Rossii i mira. Tom 1: Fevral'skaja revoljucija: ot novych istočnikov k novomu osmyšleniju. Tom 2: Oktjabr'skaja revoljucija: ot novych istočnikov k novomu osmyšleniju (Moskau 1998); Vladimir Buldakov, Krisis imperii i revoljucionnyj nacionalizm načala XX v. v Rossii, in: VI, Heft 1 (2000) 29–45.

<sup>47</sup> Siehe dazu Davies, Perestroika 66–127; Davies, History 146–214; Joachim Hösler, Sowjetische und russische Interpretationen des Stalinismus, in: Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte, hrsg. v. Stefan Plaggenborg (Berlin 1998) 35–68.

<sup>48</sup> Valentin Falin, der im Sommer 1986 in seiner Eigenschaft als Direktor der Presseagentur APN Gorbachev aufforderte, die ganze Wahrheit über den Stalinismus zu sagen, hat es in seinen Erinnerungen als entscheidenden Fehler bezeichnet, daß die Perestroika prinzipiell als „Weiterentwicklung der ‚sozialistischen Umwandlungen‘ von Stalin bis Breschnew, von Lenin bis Tschernenko“ und nicht als Neuanfang proklamiert worden sei: „Die Abgrenzung vom Stalinismus [...] hätte zum Prolog der Perestroika werden müssen.“ Valentin Falin, Politische Erinnerungen (München 1993) 423.

<sup>49</sup> „Novyj Mir“ veröffentlichte im Sommer 1987 den 1929/30 geschriebenen Roman „Die Baugrube“ von Andrej Platonov, Anfang 1987 resp. 1988 erschienen „Bauern und Bäuerinnen“ von Boris Mozaev, „Abgründe“ und „Waska“ von Sergej Antonov sowie „Tschik und Puschkin“ von Fasil Iskander. Im März 1987 wurde Aleksandr Tvardovskij's Poem „Mit dem Recht der Erinnerung“ aus dem Jahr 1969 veröffentlicht, der Chefredakteur der Zeitschrift „Moskva“, Michail Alekseev, publizierte in der „Literaturnaja gazeta“ Erinnerungen an seine Jugend in Westsibirien.

<sup>50</sup> Popov prägte dabei den Begriff des „Administrativen Kommando-Systems“ der stalinistischen Wirtschaft als „System der ständigen operativen Steuerung des Produktionsablaufs vom Zentrum aus“. Dieses AKS stelle das Erbe Stalins dar und müsse überwunden werden. Zit. nach Davies, Perestroika 115.

<sup>51</sup> So der Kerngedanke des Beschlusses des ZK der KPdSU vom 30. Juni 1956, mit dem Chruščevs Stalin-Kritik vom 20. Parteitag wieder relativiert wurde.

chen war gemeinsam, *stalinizm* als Deformation des Leninschen Sozialismus zu verstehen. Unter diesem Diktum trieben die *žestidesjatniki* und ihre jüngeren Gesinnungsgenossen im Lauf des Jahres 1988 die „zweite Runde der Entstalinisierung“<sup>52</sup> voran. Gerechterweise muß man sagen, daß es auch arrivierte Historiker gab, die schon früher aufrichtig hatten schreiben wollen, von der Zensur aber ausgebrems worden waren, wie Viktor Danilov.

Diejenigen, die Lenin(ismus) und Stalin(ismus) dem Wesen nach unterscheiden wollten, verloren nach der Artikelserie von Cipko an der Jahreswende 1988/89 die diskursive Hegemonie. Aus der neuen Sicht erschien *stalinizm* als Konsequenz des radikalen Sozialismus der Bolschewiki. Die Frage der Alternativen zur Diktatur Stalins, die in der Geschichtswissenschaft erst seit Mitte 1988 diskutiert wurde, fand in Folge dessen immer häufiger eine negative Antwort. Die Aussagen über die Auswirkungen des Gewaltregimes wurden noch bedrückender<sup>53</sup>. Die Totalitarismustheorie kam in Mode. April 1989 war der „Totalitarismus als historisches Phänomen“ Thema einer dreitägigen Konferenz des Philosophie-Instituts der AdW in Moskau, bei der auch Historiker ihre Neuinterpretation der sowjetischen Geschichte seit 1917 vorstellten. Selbst in den Beschlüssen des 28. Parteitages der KPdSU im Juni 1990 findet sich die Verurteilung des „totalitären Stalinschen Systems“. Damit gab die Partei Stalin als Signum der Unumkehrbarkeit des Sowjetsozialismus auf, nicht ohne die Leninschen Prinzipien als letzte ideologische Bastion zu verteidigen.

Nach 1991 wurden totalitaristische Interpretationen des Stalinismus zunächst dominant<sup>54</sup>. Auf der Grundlage der Öffnung der Archive und der Beseitigung der Zensur entstanden vergleichsweise zügig, wie ein erfahrener Hochschullehrer Englands anerkennend festgestellt hat<sup>55</sup>, quellenorientierte Untersuchungen des Terrors, der Struktur und Funktionalität des Stalinschen Systems, demographische, sozial- und kulturgeschichtliche Studien über die Stalinzeit<sup>56</sup>. Dies und die

<sup>52</sup> *Pjotr Fedossow*, Die Geschichtsdebatte in der Sowjetunion wird schärfer, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (künftig: Blätter) 33 (1988) 473–485, hier 479.

<sup>53</sup> Ju. N. Dawydov sprach im Frühjahr 1989 in der Redaktion der *Sociologičeskie Issledovanija* bei einem Rundtisch-Gespräch über die „Natur der totalitären Macht“ von der vollständigen Destruktion zivilisierter Beziehungen, eine Vorstellung, die nach 1991 häufig aufgegriffen wurde. Siehe *Hösler*, Interpretationen 64.

<sup>54</sup> Dies wirkte sich auch auf die Schulbücher aus, siehe *Davies*, History 119–126; vgl. *Tat'jana Chorchordina*, Archivy i totalitarizm, in: OI, Heft 6 (1994) 145–159; die Berichte über die Konferenzen „Von der Selbstherrschaft zum Totalitarismus“ Ende Mai/Anfang Juni 1994 in Moskau (OI, Heft 5 [1995] 200–210) und „Totalitarismus und Persönlichkeit“ Mitte Juli 1994 in Perm (OI, Heft 2 [1995] 215–217); weitere Literatur bei *Hösler*, Interpretationen 44 ff.; *Hösler*, Revolution 71–73.

<sup>55</sup> „In Britain and the United States an historical monograph based on original research will often take ten years from conception to publication – and rarely less than five years. Russian scholarship in the few years since the archives opened and the censorship was abolished is impressive [...]“ *Davies*, History 197.

<sup>56</sup> Zu neueren Ergebnissen, der Internationalisierung der Stalinismusforschung in Rußland und der sich entwickelnden Diskussionskultur siehe das international besetzte Rundtisch-Gespräch anläßlich des Erscheinens der ersten drei Bände der Reihe „Dokumenty sovetskoi

Internationalisierung der Stalinismusforschung in Rußland schufen eine erste Basis, um vermeintlich große Theorieentwürfe, bei denen Annahmen des Totalitarismusmodells mit bewiesenen Aussagen verwechselt wurden, kritisch zu überdenken<sup>57</sup>. Die Befürworter des Totalitarismus-Ansatzes, die sich seit Ende der 90er Jahre in der Defensive sahen, versuchten unter Zuhilfenahme eines Feindbildes, das an slavophile und sowjetische Denkschemata gleichermaßen erinnerte, den ihrer Ansicht nach schädlichen Einfluß der „westlichen“ Modernisierungstheorie, der Sozial-, Alltags- und Mikrogeschichte abzuwehren<sup>58</sup>. Die Bevölkerung differenzierte der bereits zitierten Umfrage aus dem Jahr 2000 zufolge: Die Zwangskollektivierung der Landwirtschaft bezeichneten über 56% der Respondenten als negativ, die von Stalin zu verantwortende Industrialisierung nur 13%. In beiden Fällen waren die Negativ-Urteile bei zunehmendem Alter seltener anzutreffen<sup>59</sup>.

#### 4. Lenin<sup>60</sup>

Seit dem Ende der 20er Jahre hatten Partei, Historie und Massenpropaganda Lenin als Gründer des ersten sozialistischen Staates mystifiziert, seine Biographie und die Parteigeschichte zu einer axiomatischen Einheit verknüpft, die Entwicklung vom Führer der Oktoberrevolution zu seinem Nachfolger und Vollender des „Sozialismus in einem Land“ als historische Gesetzmäßigkeit ausgegeben. Nach den ersten Beiträgen von Jurij Afanas'ev im Januar 1987, der die Phraseologie der

istorii“: *Vlast' i sovetskoe obščestvo v 1917–1930-e gody: Nove istočniki*, in: OI, Heft 1 (2000) 129–142; inzwischen sind zwei weitere Bände erschienen: *Pis'ma vo vlast' 1917–1927 gg.* (Moskau 1999); *Sovetskoe rukovodstvo: Perepiska 1928–1941 gg.* (Moskau 1999); siehe ferner: *Stalinizm v rossijskoj provincii: smolenskie archivnye dokumenty v pročtenii zarubežnych i rossijskich istorikov* (Smolensk 1999); *Stalin. Stalinizm. Sovetskoe obščestvo. K 70-letiju V.S. Leščuka* (Moskau 2000); *Sovetskoe prošloe: poiski ponimania*, in: OI, Heft 4 (2000) 90–120, Heft 5 (2000) 85–104. – Wie die Neuerscheinungslisten des Jahres 2001 zeigen, haben die Terror- und die Opfer-Forschung Konjunktur (OI, Heft 4 [2001] 218–220, Heft 5 [2001] 218–220, Heft 6 [2001] 212–214, Heft 2 [2002] 217–219). Zum Beitrag der Gesellschaft *Memorial* siehe *Fein*, *Geschichtspolitik* 229–232.

<sup>57</sup> Zur Skepsis der internationalen Stalinismusforschung gegenüber der Totalitarismustheorie gerade nach der Öffnung der Archive in Rußland und den ersten komparativen Studien siehe *Ian Kershaw*, *Nationalsozialistische und stalinistische Herrschaft. Möglichkeiten und Grenzen des Vergleichs*, in: *Mittelweg* 36, Heft 5 (1994) 55–64; *Stefan Plaggenborg*, *Die wichtigsten Herangehensweisen an den Stalinismus in der westlichen Forschung*, in: *Stalinismus. Neue Forschungen und Konzepte*, hrsg. v. *Stefan Plaggenborg* (Berlin 1998) 13–33, hier 17–19; *Manfred Hildermeier*, *Stalinismus und Terror*, in: *OE* 50 (2000) 593–605; *Dietrich Beyrau*, *Nationalsozialistisches Regime und Stalin-System. Ein riskanter Vergleich*, in: *OE* 50 (2000) 709–720.

<sup>58</sup> *Irina Pavlova*, *Sovremennye zapadnye istoriki o stalinskoj Rossii 30-ch godov* (Kritika „revizionistского“ podchoda), in: OI, Heft 5 (1998) 107–121 (darauf reagierten Ju.I. Igrickij, I.N. Olegin, N.V. Ščerbak, A.K. Sokolov und M. Malia, in: OI, Heft 3 [1999] 121–141); *Galina Murašenko*, *K diskussii o tipach totalitarizma*, in: VI, Heft 8 (2001) 107–112; *Irina Pavlova*, *Vlast' i obščestvo v SSSR v 1930-e gody*, in: VI, Heft 10 (2001) 46–56.

<sup>59</sup> *Tschepurenko*, *Russen* 136.

<sup>60</sup> Siehe dazu *Davies*, *Perestroika* 145–157; *Benno Ennker*, *Ende des Mythos? Lenin in der Kontroverse*, in: *Umwertung* 54–74; *Davies*, *History* 127–145.

Lenin-Panegyrik kritisierte und die „Rückkehr zu Lenin“ forderte, dauerte es bis zum September, ehe eine Vielzahl von Dokumentationen und Darstellungen der Leninzeit in Literatur- und Kulturzeitschriften das Idealbild indirekt zu hinterfragen begannen. Es ging dabei um den Matrosenaufstand in der Seefestung Kronstadt im März 1921, um Rosa Luxemburgs Kritik der repressiven Politik der Bolschewiki und um die juristische Wiederaufnahme des Falles von Nikolaj Gumilev, des Ehemanns von Anna Achmatova, der 1921 erschossen worden war und nun rehabilitiert werden sollte. Anfang 1988 veröffentlichte „Novyj mir“ erstmals in der Sowjetunion Boris Pasternaks Roman „Doktor Živago“, der die Brutalität des Bürgerkriegs schildert. Kurz darauf wühlten die Erinnerungen der Fürstin Meščerskaja, die zwischen 1918 und 1953 dreizehnmal verhaftet worden war, und die detaillierte Darstellung der Erschießung der Zarenfamilie im Sommer 1918 die Leser auf. Wirtschaftswissenschaftler kritisierten das ökonomistische und klassenkämpferische Denken der Theoretiker des Sozialismus, und in der Literaturzeitschrift „Družba narodov“ verurteilte im Juni 1988 ein Autor das von Lenin beim 10. Parteitag im März 1921 initiierte Fraktionsverbot – dem Überblick von Robert Davies zufolge erstmals seit den 20er Jahren. Zur gleichen Zeit dachten Lenin und Bucharin in Satrovs Stück öffentlich über ihre Fehler nach. Auch der von Aleksandr Askol'dov bereits Ende der 60er Jahre gedrehte Film „Die Kommissarin“, der im Juli 1987 in Moskau Kinopremiere hatte und am 70. Jahrestag der Oktoberrevolution zur besten Sendezeit im sowjetischen Fernsehen ausgestrahlt wurde<sup>61</sup>, vermittelte ungewohnte Perspektiven auf die den Menschen während des Bürgerkriegs abverlangten Opfer, auf das jüdische Alltagsleben, den Antisemitismus in Rußland und die ersten Pogrome im jungen Sowjetstaat, als Lenin, der „gute“ Revolutionär, noch lebte<sup>62</sup>. Historiker, die die Perestroika unterstützen wollten, versuchten, Lenin als Menschen mit Schwächen, tolerant und diskussionsbereit darzustellen. Konservative Kollegen konterten mit dem nicht unberechtigten Hinweis, der Staatsgründer sei doch kein Liberaler gewesen.

Nach der Artikelserie von Cipko wurden die Beiträge in der Presse, die Lenin direkt kritisierten, zahlreicher. Das einheitliche Lenin-Bild wurde aufgelöst, nicht von der Geschichtswissenschaft, sondern durch Film, Theater, Literatur und Publizistik. Besondere Bedeutung kam der Teilveröffentlichung des „Archipel Gulag“ von Aleksandr Solženicyn und dem Essay „Alles fließt“ von Vasilij Grossman im Lauf des Jahres 1989 zu, die die These Cipkos, Stalinismus sei die Fortsetzung des Leninismus, illustrierten. Parteiführung und Geschichtswissenschaft versuchten, die letzte ideologische Stütze des Systems zu retten. Anlässlich des 120. Geburtstages Lenins verdeutlichte Gorbachev, daß er die der Kritik innewohnende Gefahr erkannte: Sich „von dem echten Lenin distanzieren, würde bedeuten, die Wurzeln der Gesellschaft und des Staates zu zerschlagen“<sup>63</sup>. Der siebte

<sup>61</sup> Für diese Information danke ich Helmut Altrichter, der sich damals in Moskau aufhielt.

<sup>62</sup> Zu Askoldovs Film siehe *Klaus Eder*, Verspätete Rehabilitierung, in: DVZ/die tat, 4. 11. 1988.

<sup>63</sup> Gorbachev in seiner Ansprache, zit. nach *Ennker*, Ende 57.

Generalsekretär suchte beim ersten bis zum Schluß Orientierung und Legitimation. Doch das offizielle Bild hatte keine Überzeugungskraft mehr. Auf Beschädigungen von Lenin-Statuen reagierten die Parteihistoriker mit Appellen und Gorbachev mit dem Dekret „Über die Unterbindung von Freveltaten gegen Denkmäler, die mit der Geschichte des Staates zusammenhängen, und gegen Symbole des Staates“ (13. 10. 1990). Zur Entmystifizierung des „guten“ Revolutionärs war vor August 1991 alles Notwendige gesagt und gedruckt. Nach dem Putschversuch erwiesen sich die eingangs genannten Axiome als „böser Fluch“ (Benno Ennker): Die gänzlich negative Neubewertung Lenins schloß die Revolution, die Partei und die Sowjetgeschichte mit ein<sup>64</sup>. 1994, sechs Jahre nach Erscheinen des leninfreundlichen Bühnenstückes von Šatrov, wurde die einstige Lichtgestalt mittels der satirischen Oper „Leben mit einem Idioten“ von Alfred Schnittke dem Spott der Öffentlichkeit preisgegeben. Lenin tritt darin auf „as a red-headed lunatic who destroyed the library of the dissident hero, spread excrement on his walls, and decapitated his wife with a large pair of secateurs“<sup>65</sup>. Lenin als Person scheint seitdem für die Forschung nur noch von geringem Interesse zu sein, während seiner Ära und Politik durchaus fundierte Studien gewidmet sind<sup>66</sup>.

### 5. Großer Vaterländischer Krieg

Im Zweiten Weltkrieg hatte das Sowjetsystem unter Stalins Führung den Legitimationstest bestanden<sup>67</sup>. Seither sah sich die KPdSU – außer durch den Gründungsmythos der Revolution – insbesondere durch den Sieg im „Großen Vaterländischen Krieg“ legitimiert. Stalin allerdings inszenierte noch lieber den Kult um seine Person als um den Sieg; er schaffte 1947 die Arbeitsfreiheit am 9. Mai wieder ab. Erst seit Mitte der 60er Jahre intensivierte die KPdSU die Nutzung des Mythos': Sie ließ Erinnerungsorte mit monumentalen „Mutter-Heimat“- und Sol-

<sup>64</sup> Siehe dazu *Dmitrij Volkogonov*, *Lenin. Političeskij portret* (Moskau 1993). Während Volkogonov 1989 Stalin noch vor dem Hintergrund eines positiven Lenin-Bildes verurteilt hatte, bewertete er vier Jahre später Lenin als Prototypen des revolutionären Diktators, als einen besessenen, amoralischen, antihumanistischen und antidemokratischen Revolutionär. Kritisch dazu *Nikita Dedkov*, „Kak ja dokumental'no ustanovil“ ili „smeju utverždat“. O knige D. A. Volkogonova „Lenin“, in: *Istoričeskie issledovanija v Rossii. Tendencii poslednich let*. Pod redakcij G. A. *Bordjugova* (Moskau 1996) 115–138.

<sup>65</sup> *Davies*, *History* 54.

<sup>66</sup> *Aleksandr Ušakov*, *Vladimir Fedjuk*, *Graždanskaja vojna. Novoe pročtenie starych problem*, in: *Tendencii* 206–221; *Sergej Pavljučenko*, *Voennyj kommunizm – v plenu bol'sevistskoj doktriny*, ebd. 222–238; *Jurij Fel'stinskij*, *Tajna smerti Lenina*, in: VI, Heft 1 (1999) 34–63. Derselbe Autor edierte in den Heften 7–10 (2001) der VI Quellenmaterial zum Bürgerkrieg.

<sup>67</sup> Zum folgenden: *Plaggenborg*, *Supermacht* 502 f.; *Beate Fieseler*, *Innenpolitik der Nachkriegszeit 1945–1953*, in: *Handbuch der Geschichte Rußlands*. Band 5: 1945–1991. Vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion, hrsg. von *Stefan Plaggenborg* (Stuttgart 2001) 36–77, hier 36–43; jetzt auch die Sonderausgabe von „Osteuropa“, Heft 4–6 (2005), unter dem Titel „Kluffen der Erinnerung. Rußland und Deutschland 60 Jahre nach dem Krieg“.

daten-Statuen errichten und inszenierte an dem seit 1965 wieder arbeitsfreien „Tag des Sieges über den Faschismus“ Veteranenaufmärsche und Militärparaden. Seitdem schrieb die Militärhistoriographie im Auftrag der Partei eine Kriegsgeschichte, die mit den Erfahrungen der Erlebnissgeneration bestenfalls die Erinnerung an den 9. Mai 1945 gemein hatte, der für fast alle mit Tränen der Freude und Tränen der Trauer verbunden war. Die in der Perestroika beginnende Auseinandersetzung mit dieser Problematik unterschied sich in mehrfacher Hinsicht von der übrigen Geschichtsdiskussion<sup>68</sup>.

Erstens wurde dieses Thema dank des Kinos und der Wortmeldungen von *akademik* Aleksandr Samsonov (1908–1992), des führenden Fachmanns für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs, als erstes kritisch diskutiert, auch von Historikern. Seit Frühjahr 1987 wurden Erinnerungen und andere Quellen publik, die Zeugnis ablegten von der „Enthauptung“ der Roten Armee<sup>69</sup>, von Stalins strategischen Fehlern in der Außen- und Verteidigungspolitik 1939–1941 sowie von der Mißachtung aller Hinweise auf den Überfall des Deutschen Reichs am 22. Juni 1941. Auch Stalins Anordnungen, Gefangenschaft als Verrat zu ahnden (Befehl Nr. 270 vom 16. 8. 1941) und im Rücken der Frontsoldaten „Spereinheiten“ einzurichten, die unbefohlenen Rückzug verhindern sollten (Befehl Nr. 227 vom 28. 7. 1942) wurden im Februar bzw. September 1988 veröffentlicht. Im August 1987 erteilte die KPdSU den Militärhistorikern den Auftrag, eine neue, zehnbändige Geschichte des Krieges zu schreiben. Doch nach Vorlage des Manuskripts des ersten Bandes im Frühsommer 1991 entließ Verteidigungsminister Jazov wenige Wochen vor dem Putschversuch Dmitrij Volkogonov, der als Leiter des Instituts für Militärgeschichte für die neue Ausgabe verantwortlich war. Danach wurde das Projekt nicht weiterverfolgt. 1993 gab die Regierung eine vierbändige populärwissenschaftliche Darstellung in Auftrag, die 1998/99 unter einem klassischen sowjetischen Titel erschien<sup>70</sup>.

Zweitens war natürlicherweise die Partizipation der Zeitzeugen hier am stärksten. Ihre Erinnerungen und Emotionen prägten die öffentliche Debatte. Dabei ging es vor allem um die Menschenverluste, die sich als viel höher als bislang eingestanden herausstellten (hatte Stalin ihre Zahl mit 7 Millionen angegeben, war seit der Chruščev-Zeit von 20 Millionen und mehr die Rede; nun wurde von 27–28 Millionen Toten gesprochen). Es ging um Stalins Versagen zu Kriegsbeginn, als er den Angriff der Wehrmacht nicht wahrhaben wollte, um seine Verantwortung für verlustreiche Niederlagen im Sommer 1941, als er etwa den Rückzug bei Kiev

<sup>68</sup> Siehe dazu im einzelnen *Bernd Bonwetsch*, Der „Große Vaterländische Krieg“ und seine Geschichte, in: *Umwertung* 167–187; *Davies*, *Perestroika* 127–144; *Michail Mel'tuchov*, *Predystorija Velikoj Otečestvennoj vojny v sovremennych diskussijach*, in: *Tendencii* 278–307.

<sup>69</sup> 1937–40 wurden 34 301 Offiziere aus der Armee entlassen, 11 596 von ihnen wieder aufgenommen, die übrigen 22 705 inhaftiert oder erschossen. *Manfred Hildermeier*, *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates* (München 1998) 474.

<sup>70</sup> *Velikaja Otečestvennaja vojna 1941–1945. Voenno-istoričeskie očerki. V četyrech knigach* (Moskau 1998/99).



untersagte und bei Char'kov gegen allen militärischen Sachverstand eine Offensive befahl. Auch die psychologischen Folgen des Krieges wurden thematisiert: die Tatsache, daß es nicht nur menschliches Mitgefühl und Mut gegeben hat, sondern auch Verrohung und Selbstsucht, daß nicht nur das Regime, sondern auch die Gesellschaft die in Kriegsgefangenschaft geratenen Rotarmisten als Verräter und Feiglinge betrachtete. Die Auseinandersetzung war brisant. Der konservative Schriftsteller Jurij Bondarev verglich sie im März 1987 mit der militärischen Lage im Sommer 1941, als der Feind bis auf Sichtweite vor Moskau gerückt war, und er sah nationale Werte gefährdet, wenn nicht bald die ideologische „Schlacht um Stalingrad“ gewonnen würde. Weniger pathetisch wies der Soziologe L. A. Gordon zur gleichen Zeit im Magazin „Ogonek“ auf eine Konsequenz aus der Einsicht in die von Stalin zu verantwortenden Verluste an materiellen Ressourcen in den ersten Kriegswochen hin: Das Land habe dadurch mit nur 40% seines Produktionspotentials gekämpft; dieses Niveau hätte auch im Rahmen der NEP, ohne forcierte Industrialisierung und ohne Stalins „großen Umschwung“ erreicht werden können!

Drittens übernahmen seit Sommer 1989 einige Historiker die im Westen aus der rechtsextremen Publizistik bekannte Präventivkriegsthese, wonach Hitler einem Angriff Stalins lediglich zuvorgekommen sei. Zwar erwies sich dies nach der Prüfung aller bislang zugänglichen Quellen als unhaltbar<sup>71</sup>, doch das von sensationsheischenden Presseorganen verbreitete Bild vom „Krieg der beiden Diktatoren“ dürfte sich in vielen Köpfen festgesetzt haben, und angesichts der nach wie vor unbefriedigenden Quellenlage geht die Diskussion auch in Rußland weiter<sup>72</sup>.

Viertens handelt es sich beim Großen Vaterländischen Krieg um den einzigen Topos, der aus dem sowjetischen Geschichtsbild herausgelöst und mit einigen Modifikationen in die Erinnerungskultur des neuen Rußland übernommen wurde. Bis in die Zeiten der Perestroika hieß es offiziell, der Sieg sei dank Stalin errungen worden. Die Offenbarung des Terrors gegen die eigene Armee und der desaströsen Verteidigungspolitik Stalins ließen den Schluß zu, daß die Rote Armee, die Partisanen und die Zivilbevölkerung im Hinterland den Sieg *trotz* Stalin erkämpft haben. Diese Umcodierung hat vor allem der Schriftsteller Ales' Adamovič vorangetrieben<sup>73</sup>. Die Dichotomie schien die Bevölkerung jedoch zu spal-

<sup>71</sup> Siehe Der deutsche Angriff auf die Sowjetunion 1941. Die Kontroverse um die Präventivkriegsthese, hrsg. v. Gerd R. Ueberschär, Lev A. Bezymenski (Darmstadt 1998); vgl. die Rezensionen von V.A. Artemov in: VI, Heft 8 (2001) 166–169, und Hösler in: JBfGOE 47 (1999) 602f.

<sup>72</sup> Siehe zuletzt Vladimir Nevezin, Strategičeskie zamysli Stalina nakanune 22 ijunja 1941 goda (Po itogam „nezaplanirovannoj diskussii“ rossijskich istorikov), in: OI, Heft 5 (1999) 108–120; Pavel Bobylev, Točku v diskussii stavit' rano. K voprosu o planirovanii v general'nom štabe RKKA vozmožnoj vojny s Germaniej v 1940–1941 godach, in: OI, Heft 1 (2000) 41–64; Sergej Sluč, Sovetsko-germanskie otnošenija v sentjabre-dekabre 1939 goda i vopros o vstuplenii SSSR vo vtoruju mirovuju vojnu, in: OI, Heft 5 (2000) 46–58, Heft 6 (2000) 10–27.

<sup>73</sup> Dafür wurde Adamovič von einem Kriegsveteranen verklagt, doch das Gericht wies die Klage ab. Adamovič sah sich bestätigt: „Der Krieg wurde vom Volk gewonnen.“ Ales Ada-

ten. Mit gezielter Geschichtspolitik suchten die Regierungen unter Boris El'cin und Vladimir Putin dies zu verhindern. Das oben erwähnte, 1993 in Auftrag gegebene, 1998/99 publizierte Standardwerk „Großer Vaterländischer Krieg 1941–1945“ stellt das „Sieger-Volk“, dem die Wahrheit über den Krieg gesagt werden soll<sup>74</sup>, in den Mittelpunkt der Darstellung. Bezüglich der neuralgischen Frage – Sieg dank oder trotz Stalin? – kommt einem *šestidesjtnik* und *akademik* wie Jurij Poljakov, der keineswegs Spezialist für die Geschichte des Zweiten Weltkriegs ist, die Vermittlerrolle zu: Die Ziele der faschistischen Aggression hätten alle „Völker der UdSSR, praktisch alle Schichten der Bevölkerung“ ungeachtet der politischen Divergenzen zusammenstehen lassen; Stalin habe, wäge man alle positiven und negativen Seiten ab, als Organisator und Symbol eine „wesentliche Bedeutung im Kampf mit den deutsch-faschistischen Eindringlingen“ besessen<sup>75</sup>. Die Regierungspolitik sucht das von Poljakov beschworene Bild der Einigkeit des Volkes zu affirmieren<sup>76</sup>: Längst hat der Žukov-Orden den Lenin-Orden abgelöst; dem für Stalinisten wie für Antistalinisten sakrosankten „Retter Moskaus“ ist im Stadtzentrum ein Reiterstandbild errichtet worden. Das Grabmal des Unbekannten Soldaten an der Kremlmauer wird weiterhin als Gedenkort gepflegt. 1993 öffnete im Westen Moskaus das „Zentrale Museum des Großen Vaterländischen Krieges“ mit einer Ausdehnung von 48 000 qm und 50 000 Exponaten aus ganz Rußland die Pforten. Zwei Jahre später ergänzten eine dem Heiligen Georg geweihte orthodoxe Kirche, eine Moschee, eine Synagoge und das erste Holocaust-Museum Rußlands den „Siegespark“ (*park pobedy*). Das Zentrum der Anlage markiert ein 141 m hohes Monument mit der griechischen Siegesgöttin Nike an der Spitze. Eine Skulpturengruppe mit der Bezeichnung „Des Volkes Tragödie“ fand nach viel Kritik nur einen abseitigen Platz und erhielt von der Bevölkerung den Spitznamen „Toilettenwarteschlange“. Der „Park des Sieges“ scheint inzwischen jedoch akzeptiert zu sein, er wird von Familien, Veteranen und Frischvermählten besucht. Präsident Putin nahm am 9. Mai 2000 die sowjetische Tradition der Parade auf dem Roten Platz wieder auf, die heute bescheidener ausfällt, weil dem schweren Militärgerät durch Kirchengebäude und Konsumtempel die Zufahrt

*mowitsch*, Der Sieg über Hitler. Dank Stalin? Oder trotz Stalin?, in: Blätter 33 (1988) 500f., hier 500.

<sup>74</sup> So *Aleksandr Paderin*, *Narod-pobeditel' dolžen znat' pravdu o vojne*, in: OI, Heft 3 (2000) 40–47, in seiner Vorstellung des Werkes. Ganz in diesem Sinne akzentuiert auch der Beitrag eines Historikers und Veteranen zum 60. Jahrestag des Kriegsbeginns den „Patriotismus“ und die „Standhaftigkeit“ der Moskauer Volkswehr: „Die unausgebildeten, schlecht bewaffneten Verteidiger (*opolčency*) waren dem Untergang geweiht, aber sie erfüllten redlich ihre Pflicht gegenüber der Heimat.“ *Abram Gordon*, *Moskovskoe narodnoe opolčenie 1941 goda glazami učastnika*, in: OI, Heft 3 (2001) 158–163.

<sup>75</sup> Hier zit. nach *Jurij Poljakov*, *Istoričeskaja nauka: ljudi i problemy* (Moskau 1999) 176–193 (das Kapitel trägt die Überschrift „Velikaja Otečestvennaja“).

<sup>76</sup> Zum folgenden *Christiane Uhlig*, „Rußland – die Großmacht – fürchtet niemanden und nichts“. Die Vorstellungen der russischen Staatsführung von einer postsowjetischen Identität und die verschiedenartigen Versuche, diese der russischen Gesellschaft zu vermitteln, in: *Wege der Kommunikation in der Geschichte Osteuropas*, hrsg. v. *Nada Boškovića* u.a. (Köln 2002) 279–299.

versperrt ist. Der Botschaft tut dies keinen Abbruch: Der „Tag des Sieges“ soll die Unbezwingbarkeit der Armee Rußlands und die Einigkeit des Volkes demonstrieren. Daß dies von Freund und Feind des neuen Rußland verstanden wird, hat der Bombenanschlag auf die Parade in Kaspijsk in der südrussischen Republik Dagestan am 9. Mai 2002 gezeigt<sup>77</sup>. Der „Tag des Sieges über den Faschismus“ ist der einzige mit der sowjetischen Geschichte verknüpfte Topos, der für die ganz überwiegende Mehrheit der Menschen noch einen positiven Bezugspunkt auf diese Vergangenheit darstellt<sup>78</sup>.

#### 6. Das vorrevolutionäre Rußland<sup>79</sup>

Das durch die Um- und Entwertung der sowjetischen Geschichte entstandene ideologische Vakuum prädisponierte Meinungsmacher wie Konsumenten der Ideologeme für eine Renaissance des vorrevolutionären Rußland<sup>80</sup>. In den Jahren 1987 bis 1990 waren zwei Tendenzen bestimmend: Erstens haben Publizisten und Historiker in der Absicht, Ursachen der Bremsmechanismen der gesellschaftlichen Entwicklung zu eruieren, Beschönigungen der vorrevolutionären Geschichte, die es in der sowjetischen Fachliteratur gab, kritisiert. Es wurde auf die Tyrannei Ivan des Schrecklichen (1533–1584) und auf den rücksichtslosen Verschleiß menschlichen Lebens unter Peter dem Großen (1682–1725) hingewiesen. Der Philosoph Cipko thematisierte den fehlenden Pragmatismus der russischen Intelligenz, die sich nicht für die Alltagsprobleme des Volkes interessiert, sondern über die russische Seele und das Schicksal Rußlands philosophiert habe. Der Ökonom Popov wies auf den Etatismus als Kontinuum der Geschichte Rußlands hin und warnte die Perestroika-Anhänger, Reformern in Rußland habe immer die Unterstützung von unten gefehlt. In der *Literaturnajagazeta* wurde Ende 1987/Anfang 1988 eine „sklavische Mentalität der Russen“ konstatiert, die sich im Lauf der Jahrhunderte entwickelt habe und die Kultur des Landes weiterhin belaste; die Menschen hätten aufgrund der Autokratie keine Diskussionskultur aneignen können, fügte der Wirtschaftswissenschaftler Soltan Dsarasov in der *Moskovskaja*

<sup>77</sup> Mindestens 41 Menschen verloren das Leben, etwa 130 wurden verletzt, überwiegend Veteranen und Kinder, die ihre (Ur-)Großmütter und -väter begleitet hatten. SZ, 11./12. 5. 2002.

<sup>78</sup> Der von *Tschepurenko*, Russen 136, referierten Umfrage zufolge halten über 85% der Bevölkerung den Sieg 1945 für das wichtigste Ereignis in der Geschichte des Landes im 20. Jahrhundert.

<sup>79</sup> Siehe *Davies*, Perestroika 22–42; *Ingo Eser*, Das Bild der späten Zarenzeit am Ende der Sowjetunion. Eine exemplarische Untersuchung anhand der Zeitschriften *Voprosy istorii* und *Istorija SSSR/Otečestvennaja istorija*, in: *Finis mundi – Endzeiten und Weltenden im östlichen Europa*. Festschrift für Hans Lemberg zum 65. Geburtstag. Für die Schülerinnen und Schüler hrsg. v. *Joachim Höslers*, *Wolfgang Kessler* (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa 50, Stuttgart 1998) 225–240.

<sup>80</sup> *Assen Ignatow*, Das postkommunistische Vakuum und die neuen Ideologien. Zur gegenwärtigen geistigen Situation in Rußland, in: OE 43 (1993), 311–327, meint, eine „Mentalität geistiger Waisenkinder“ sei entstanden.

*pravda* im Juni 1988 hinzu. Es waren die Westler unter den Intellektuellen, die hier den Ton angaben<sup>81</sup>.

Die zweite und stärkere Tendenz bestand darin, „Rußland, das wir verloren haben“<sup>82</sup>, ins Gedächtnis zu rufen. Eine Umfrage im November 1988 konstatierte einen weitgehenden Wissensverlust bezüglich der vorrevolutionären Zeit. Schriftsteller und Publizisten sahen sich veranlaßt, an Werte wie Mitgefühl und Reue zu erinnern, an die Traditionspflege und Naturverbundenheit früherer Generationen, an die fünfmal schnellere Post und das bessere Adreßbuch vor der Revolution, an verlorengegangene Errungenschaften im Verlagswesen, der Justiz. Diese anfangs mit Perestroika-freundlicher Absicht verbundene Suche nach einem historischen Erbe geriet rasch zur Idealisierung der vorrevolutionären Vergangenheit. Nicht unmittelbar, aber nachhaltig wirkte dabei die Milleniums-Feier der Orthodoxen Kirche im Jahr 1988, die nach einigem Zögern der Partei einen fast offiziellen Charakter erhielt, der auffallend einmütig akzeptiert wurde. Chancen, das ideologische Vakuum auszufüllen, erkannte auch die rechtsextreme Organisation „Pamjat“ (Gedächtnis), deren antisemitische Erklärungsmodelle der jüngeren Geschichte seit dem Ende der 80er Jahre regen Zuspruch finden. Infolge der Souveränität der Russischen Republik seit Juni 1990 verstärkte sich die Neigung, alles Sowjetische zu dämonisieren. Nach der Auflösung der UdSSR Ende 1991 nahm die Instrumentalisierung der Geschichte des Zarenreiches zum Zweck neuer Sinnstiftung weiter zu. Verklärung war in den Medien mehr gefragt als Aufklärung. Dem gaben und geben populäre Autoren wie Fachhistoriker in einem regelrechten „Boom der Romanovs“ nach<sup>83</sup>. Klaus Gestwa beobachtete 1993 in der russischen Übergangsgesellschaft eine „naiv anmutende Imperiumsnostalgie [...]“. Das Motiv der Sehnsucht verschmilzt mit dem Motiv des Bewahrens. In diesem Rahmen erfährt die schon von den Slawophilen vor 150 Jahren beschworene russische Idee eine emphatische Renaissance, die versucht, fernab von historischer Aufklärungsarbeit dem russischen Imperium eine religiös-philosophische Grundlage zu geben und eine göttliche Existenzberechtigung zuzusprechen.“<sup>84</sup> Auch der auf Präsident El'cins Initiative von der Zeitung *Rossijskaja gazeta* im Juli 1996 ausgeschriebene Wettbewerb „Idee für Rußland“ demonstriert, daß psychische

<sup>81</sup> Zum Bild des ‚Westlers‘ und seiner heutigen Funktion siehe *Vladimir Kantor*, Das Phänomen des russischen Europäers, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 5 (2001) 13–30.

<sup>82</sup> So der Titel eines patriotischen Dokumentationsfilms des Regisseurs S. V. Govoruchin.  
<sup>83</sup> *Aleksandr Polunov*, Romanovy: meždu istoriej i ideologiej, in: Tendencii 83–99.

<sup>84</sup> *Klaus Gestwa*, Zum gegenwärtigen „öffentlichen Gebrauch“ der Geschichte des Zarenreiches: Nationale Emotionen und neo-russophile Tendenzen, in: GWU 44 (1993) 273–286, hier 279f.. Zu diesem in der Konsequenz destruktiven, rechtsextremistischen Politik fördernden Identitäts-Diskurs siehe *Bettina Sieber*, „Russische Idee“ und Identität. „Philosophisches Erbe“ und Selbstthematization der Russen in der öffentlichen Diskussion 1985–1995 (Dokumente und Analysen zur russischen und sowjetischen Kultur 12/I, Bochum 1998); zum Imperiums-Diskurs siehe *Ljudmila Gatagova*, Imperija: identifikacija problemy, in: Tendencii 332–353.

Realität mehr gefragt war und ist als historisch-objektiv<sup>85</sup>. Dahinter steckt kein organisch gewachsenes Nationalbewußtsein, sondern die Neigung der verschiedensten politischen Kräfte, die Suche nach den Ursachen und Lösungen gesellschaftlicher Probleme sowie die Frage der Verantwortung zu ersetzen durch die Frage „Wer sind wir?“, die alle beschäftigt, aber nichts Konstruktives bringt für die Zukunftsgestaltung des Landes<sup>86</sup>. Zur Ehrenrettung der Historikerzunft kann gesagt werden, daß einige professionelle Historiker ihr quellenfundiertes Veto gegen die Idyllisierung der Vergangenheit Rußlands und auch gegen xenophobe Geschichtsklitterung einlegen<sup>87</sup>.

#### IV. Zusammenfassung

Aufgrund des Terrors gegen die Historikerzunft während des Stalinismus, der Unterdrückung der Eigeninitiative aus den Reihen des Faches 1957, der Repressionen 1968 bis 1974, der damit einhergehenden wiederholten Liquidierung wissenschaftlichen Potentials, aufgrund der zentralistischen Struktur, der hohen personellen Kontinuität in der akademischen Führung und der daraus folgenden Präsenz negativer Erfahrungen blieb die historische Disziplin während der Perestroika im wesentlichen eine passive, reagierende und nachtrabende Kraft. Der Autoritätsverlust der traditionell mit einem hohen Ansehen ausgestatteten Historikerinnen und Historiker auch als Repräsentanten des Systems war daher um so größer, da Fragen der Geschichte von Beginn der Reformpolitik an eine sehr wichtige, 1988 sogar eine zentrale Rolle im öffentlichen Bewußtsein und der politischen Auseinandersetzung spielten. Die KPdSU wollte keine Geschichtsdiskussion und versuchte, als diese nicht mehr zu verhindern war, sie zu instrumentalisieren. So wurden Geschichtswissenschaftler auch nach Januar 1987 noch behindert, wenn sie unangenehme Wahrheiten aussprechen wollten. Es waren vor allem

<sup>85</sup> Statt der versprochenen 10 Millionen erhielt der Preisträger Gurij Sudakov, ein politisch aktiver Historiker und Pädagoge, den nach eigenem Bekunden „die russische Seele schon immer interessiert“ hat, nur 5 Millionen Rubel, weil der Wettbewerb fortgesetzt wurde. Die prämierte Antwort auf die Frage aller Fragen stößt sich hart an der gesellschaftlichen Realität: „Für den Europäer liegt der soziale Sinn des Daseins in Arbeit und Geschäft, in Meisterschaft, im Reichtum. [...] Für den Russen sind Gesellschaft, Heimat, Ruhm und Macht bedeutsamer. Geschäftssinn ist bei uns schwächer entwickelt, weshalb sich Patriotismus über Opfer und Wohltätigkeit äußert.“ *Gurij Sudakov, Šest' principov russkosti, ili Kogda v Rossii pojavitsja prazdnik Datskogo korolevstva?*, in: Rossijskaja gazeta, 17. 9. 1996, zit. nach OE 47 (1997), A 492. Siehe ebd. weitere Dokumente über Ausschreibung, Verlauf, Preisverleihung und Fortsetzung des Wettbewerbs.

<sup>86</sup> Vgl. Červonnaja, Geschichtswissenschaft 709; Kozlov, Turn 599 f.

<sup>87</sup> U.a. Vitalij Starcev, Rossijskie masony XX veka, in: VI, Heft 6 (1989) 33–50; Jurij S. Pivovarov, Možet li spasti Rossiju samoderžavnaja monarchija?, in: Voprosy Filosofii, Heft 6 (1991), 76–84; Andrej Anfimov, Ten' Stolypina nad Rossiej, in: Istorija SSSR, Heft 4 (1992) 112–121; ders., Carstvovanie imperatora Nikolaja II v cifrach i faktach, in: OI, Heft 2 (1994) 58–76; Iz istorii i mifologii revoljucii. Počemu Evrei? [Rundtischgespräch], in: OI, Heft 2 (2000) 89–121.

Filmschaffende, Schriftsteller, Dichter, Journalisten, *šestidesjтники* verschiedener Fachrichtungen, die die „Liquidierung weißer Flecken“ angefangen und vorangetrieben haben. Ihr Wirken hat zusammen mit der Wirtschaftskrise die sich in der Brežnev-Zeit anbahnende Delegitimierung des Sowjetsystems und seines Geschichtsbildes befördert. Die Liberalisierung unter Gorbačev ließ dies politisch wirksam werden.

Ein Beteiligter hat die Auseinandersetzungen um die Historie als „Bürgerkrieg in der Geschichte“ bezeichnet, „weil die Geschichte Werkzeug zum Aufmachen ideologischer Rechnungen wurde“<sup>88</sup>. Die KPdSU hielt ihre Stellung an den Frontabschnitten Roter Oktober und Lenin bis August 1991, während sie die Schlacht um den Stalinismus 1989/90 aufgab. Die Kritik am Stalinismus machte es nötig und möglich, den Topos des „Sieges im Großen Vaterländischen Krieg dank Stalin“ zum „Sieg trotz Stalin“ umzucodieren. Das Leid und die Leistung der Menschen sowie die Einigkeit der „Völker der UdSSR“ (sic!) werden bei der Inszenierung des Erinnerns gegenüber der Rolle Stalins in den Vordergrund gerückt. So lebt in modifizierter Form der „Tag des Sieges“ als einziger sowjetischer Topos im Geschichtsbild des neuen Rußland fort. Darüber hinaus werden seit 1991 positive historische Assoziationen in der Rückbesinnung auf Rußlands Vergangenheit vor 1917 gesucht.

Aus demokratietheoretischer Sicht ist konstatiert worden, daß das Ende der Sowjetunion nicht mit einem demokratischen Gründungsmythos verbunden worden und die Geschichtspolitik unter El'cin nicht demokratischen, sondern machtpolitischen Ambitionen gefolgt sei. Die öffentliche Geschichtsdiskussion ist weitgehend verstummt, aber ist das „Verhältnis zur Geschichte“ wirklich „gebrochen“<sup>89</sup>? Der zitierten Umfrage zufolge<sup>90</sup> betrachten knapp 15% der Bevölkerung Rußlands das 20. Jahrhundert als das beste der Geschichte des Landes, etwas weniger (13,2%) halten es für das schlimmste. Doch für fast zwei Drittel der Befragten besteht Konsens darüber, „das 20. Jahrhundert sei sowohl durch größte Errungenschaften als auch durch schreckliche Verluste gekennzeichnet“. Problematisch dagegen sind – und dies enthält Konfliktpotential auch für das Verhältnis zwischen den Generationen – die Auffassungen über die vergangenen 15 Jahre: Die Perestroika (1985–1990) wird negativ eingeschätzt von knapp 70% aller Befragten und der 31–50-Jährigen (Alterskohorte bis 30 Jahre: 60,9%; über 50: 76,2%); entsprechende Zahlen ergeben sich für den „Übergang zur Marktwirtschaft“ (1991–1999): Ablehnung bei 56–57% (im Durchschnitt und bei der mittleren Generation), von 36,8% (bei den bis 30 Jährigen), 69,5% (bei den Befragten über 50). In der Bewertung der jüngsten Vergangenheit stehen sich also große Pro- und Contra-Gruppierungen mit konträren Positionen gegenüber, die auch zwischen den Generationen auszutragen sind.

<sup>88</sup> Michail Rožanskij, Geschichte: Antworten auf nicht gestellte Fragen, in: Perestroika: Zwischenbilanz, hrsg. v. Klaus Segbers (Frankfurt a. M. 1990) 345–366, hier 361.

<sup>89</sup> Fein, Geschichtspolitik 241–257, hier 254.

<sup>90</sup> Die folgenden Zahlen und Zitate nach Tschepurenko, Russen 135 f.

Die akademische Geschichtswissenschaft erscheint zu Beginn des 21. Jahrhunderts wie das sprichwörtliche Wasserglas, das als halbleer und als halbvoll bezeichnet werden kann. Eingedenk der Geschichte des Faches, des unabgeschlossenen Transformationsprozesses, der Unterfinanzierung, des Verlustes an Publikationsmöglichkeiten, an Professionalität in Redaktionen und Verlagen, angesichts der neuerlichen Instrumentalisierung und des ideologischen Drucks von allen Seiten ist das Erreichte höher zu bewerten als das Fehlende. Die *ten years after*-Bilanz von außen, realisiert von durchweg mit der Forschung bestens vertrauten Spezialisten, fällt relativ gut aus<sup>91</sup>. Die Selbstkritik russischer Historikerinnen und Historiker<sup>92</sup> ist ein positives Zeichen für das Reflexionsvermögen und die sich entwickelnde Diskussionskultur. Der Zugang zu den Quellen ist zwar Ende 1994 wieder eingeschränkt worden, genügt aber den Anforderungen seriöser Forschung, Rußlands historische Disziplin ist Teil der internationalen *scientific community*. So möchte man für die Geschichtswissenschaft optimistisch sein, wenn da nicht die Außenfaktoren wären: die krisenhafte Ökonomie, die desolaten sozialen und ökologischen Verhältnisse sowie die Atavismen in den Köpfen vieler Menschen.

<sup>91</sup> Siehe Kritika 2 (2001) mit dem Schwerpunkt *The State of the Field: Russian History Ten Years After the Fall*. – Zur Geschichte des Unternehmertums siehe Klaus Heller, Neue russische Literatur zur Geschichte des privaten Unternehmertums in Rußland, in: JBfGOE 48 (2000) 264–272.

<sup>92</sup> Vladimir Kozlov, „Post-Kommunismus“ und die Erfahrung der russischen Geschichte im 20. Jahrhundert. Ideen und Konzeptionen (1992–1995), in: Sozialwissenschaft in Rußland Bd. 1: Analysen russischer Forschungen zu Sozialstruktur, Eliten, Parteien, Bewegungen, Interessengruppen und Sowjetgeschichte, hrsg. v. Ralf Possekel u.a. (Berlin 1996) 219–246; Vladimir Buldakov, Scholarly Passions around the Myth of „Great October“. Results of the Past Decade, in: Kritika 2 (2001) 295–305; Červonnaja, Geschichtswissenschaft.





*Karsten Brüggemann*

## „Wir brauchen viele Geschichten“ Estland und seine Geschichte auf dem Weg nach Europa?

Als am 23. August 1989 die Bevölkerung der baltischen Sowjetrepubliken mit einer spektakulären Menschenkette von Tallinn nach Vilnius singend gegen die Folgen des 50 Jahre zuvor geschlossenen Hitler-Stalin-Pakts demonstrierte<sup>1</sup>, schien es bis zur „Rückkehr nach Europa“ noch weit. Doch dann schien sie bereits vor der Aufnahme Estlands, Lettlands und Litauens in NATO und EU vollzogen worden zu sein: Am 25. Mai 2002 wurde Tallinn, das alte dänische, deutsche, schwedische oder russische Reval, zur „europäischen Schlagerhauptstadt“ und gab diesen Titel aufgrund des lettischen Sieges beim „European Song contest“ an die baltische Schwesterstadt Riga weiter. Die erfolgreiche Ausrichtung dieser international beachteten Schlagerveranstaltung hat Estland zweifellos einen Imagegewinn verschafft, der – glaubt man der estnischen Presse – höchstens vom Gewinn der Fußballweltmeisterschaft zu übertreffen gewesen wäre. Bis dahin ist es freilich noch weit<sup>2</sup>, doch hat der Siegeszug der baltischen leichten Muse dieser Region Europas wieder einmal Aufmerksamkeit zuteil werden lassen.

Schnell waren in diesem Zusammenhang die Leitmotive „Singen“ und „Politik“ zur Hand, denn die „singende Revolution“ der zweiten Hälfte der 1980er Jahre war Tenor dieser Berichterstattung: „Es kam“, so schrieb beispielsweise „Die Zeit“, „das Jahr 1991, die Revolution, Hunderttausende sangen Volkslieder, laut und immer wieder, bis die Kommunisten Reißaus nahmen. Seitdem liegt Tallinn in Estland“<sup>3</sup> – und, so möchte man ergänzen, Singen ist nicht mehr Protest gegen Fremdherrschaft, sondern Werbung für das eigene Land. Sei dem, wie es sei, Legenden über putzige Randgebiete der Zivilisation, so haltlos sie auch sein mögen, produzieren Bilder, die in Erinnerung bleiben. Natürlich ist Singen ein fester Bestandteil estnischer und lettischer Kultur mit einer selbstbewußten, in den Sängern

<sup>1</sup> MPR-suvi. Balti kett, in: Teine Eesti. Eesti iseseisvuse taassünd 1986–1991, hrsg. v. *Mart Laar, Urmas Ott, Sirje Endre* (Tallinn 1996) 549–583.

<sup>2</sup> Auch wenn in einem „historischen“ Spiel im März 2002 die estnische Fußballnational Elf immerhin die Auswahl Rußlands mit 2:1 bezwingen konnte.

<sup>3</sup> *Frank Lenze*, Hier spielt die Musik. Zwei Gesichter der europäischen Schlagerstadt Tallinn, in: *Die Zeit* 2002, Nr. 22, 65 f.

festen verkörperten Tradition, die nicht erst während der Perestroika der friedlichen Manifestation nationalen Selbstbewußtseins und nationaler Ansprüche diente<sup>4</sup>. Aber wegen der Lieder nahmen die Kommunisten kaum Reißaus. Demgegenüber ist die schlichte Evidenz der Aussage, Tallinn liege seit 1991 wieder in Estland, erhellend. Sie verweist – wie unbewußt auch immer – darauf, daß für viele Esten die Hauptstadt der Estnischen SSR eben nicht estnische Hauptstadt war. Mit der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes 1939 hatte für viele Esten eine Zeit der Entfremdung eingesetzt: Ihre nationale Kultur und Symbolik verwandelten sich nicht nur dem Inhalt nach in fremde Propaganda. Entfremdet wurde auch und gerade ihre Geschichte, denn die Geschichte der Estnischen SSR war eben nicht ihre Geschichte Estlands. Hinter den Liedern der „singenden Revolution“ stand schließlich ein nationales Selbstbewußtsein, das von der Hoffnung auf den Sieg der historischen Gerechtigkeit gespeist war. Reißaus nahmen die Kommunisten, wenn wir im Bild bleiben wollen, wohl eher vor dieser nationalen estnischen Geschichte.

Seit Mitte der 1980er Jahre forderte die nationale estnische Geschichtsinterpretation die sowjetische Legende der „Volksrevolution“, die 1940 die „Wiedervereinigung“ Estlands mit der UdSSR herbeigeführt habe, auch öffentlich heraus. Dieses nationale Geschichtssparadigma mußte nicht neu erfunden werden, im Gegenteil: Nach Ansicht des heute in Toronto lehrenden estnischen Mediävisten Jüri Kivimäe hat es in dieser Phase keine eigentliche historiographische Wende gegeben<sup>5</sup>. Er folgt damit der großen alten Dame der estnischen Geschichtsschreibung, Ea Jansen, der zufolge die von sowjetestnischen Historikern betriebene und international anerkannte Erforschung des estnischen Bauerntums sowie der Zeit des „nationalen Erwachens“ die Topoi der nationalen Geschichtsschreibung der 1930er Jahre ohnehin fortgesetzt hätte, freilich mit einer anderen Rhetorik<sup>6</sup>. Neu war demzufolge 1989 nur, daß dieser rhetorische Ballast abgeworfen werden konnte.

Sicher ist diese Konstruktion einer idealtypischen historiographischen Linie von den 1930ern über die 1960er bis heute einer näheren Untersuchung wert (aber im gegebenen Rahmen dieses Aufsatzes nicht leistbar). Zweifelsfrei steht hingegen fest, daß das dominante nationale Geschichtsbild dank einer weiteren, aus der Zeit der Aufklärung herrührenden Tradition über die Sowjetzeit hinweg relativ konstant blieb: der Heimunterricht bzw. die in der Familie überlieferte estnische Geschichte. Spätestens am Ende des 19. Jahrhunderts hatten estnische Intellektuelle

<sup>4</sup> Daß viele der „estnischen“ Lieder auf deutschen Vorbildern beruhen, störte während der Perestroika niemanden. Vgl. *Immo Mikkelsen*, Die estnische Popmusik als kleiner Traum, in: *estonia* 17 (2002) 27–31.

<sup>5</sup> Mail von Jüri Kivimäe an den Verf., 12. Oktober 2000.

<sup>6</sup> *Ea Jansen*, Hajamõtteid Eesti ajaloo uurimisest, in: *Kleio. Ajaloo ajakiri* 19 (1997) Nr. 1, 35–41. Kivimäe wiederum erinnerte sich an die Beobachtung seines Lehrers Julius Madisson, daß die meisten sowjetestnischen Historiker Marx nicht gelesen, und die, die es taten, ihn nicht verstanden hätten. Interview: Vestlus Jüri Kivimäega, in: *Vikerkaar* (2000) H. 8–9, 124–136, hier 128.

den vorherrschenden Narrationen der deutschbaltischen und russischen Eliten eine „estnische“ historische Konzeption gegenübergestellt<sup>7</sup>, die als Grundlage für die nach der Erlangung der Unabhängigkeit seit 1918 auch institutionell begründete estnische Historiographie diente. Diese wiederum versuchte, dem „langen Schatten“ der deutschbaltischen Geschichtsschreibung zu entkommen und erreichte ihre nationale Blüte während der zweiten Hälfte der 1930er Jahre unter dem Schirm der autoritären Diktatur von Konstantin Päts<sup>8</sup>. Ohne je in die Form einer kompletten kanonischen Meistererzählung gegossen zu sein – zwei groß angelegte Versuche blieben unvollendet<sup>9</sup> –, kursierte schließlich ein nationalzentriertes Kondensat in der Sowjetzeit als nonkonformes Geschichtsbild, als eigentliche „Wahrheit“ nicht nur im dissidentischen Untergrund. Die Vernichtung bzw. Verbannung der gedruckten nationalen Geschichten in die *spec-chrany* der Archive und Bibliotheken konnte die für Regionen vorsowjetischer Staatlichkeit typische Virulenz der in oraler Tradition überlieferten „wahren“ Geschichte des kollektiven Gedächtnisses nicht eindämmen<sup>10</sup>. Schließlich hafteten der offiziellen sowje-

<sup>7</sup> Vgl. zu den Wurzeln estnischer Geschichtsauffassung bei Garlieb Merkel *Jaan Undusk*, Kolm võimalust kirjutada eestlaste ajalugu. Merkel – Jakobson – Hurt, in: Keel ja kirjandus 40 (1997) 721–734, 797–811; *ders.*, „Wechsel und Wiederkehr“ als Prinzipien des Weltgeschehens: Zu Merckels Geschichtsideologie, in: „Ich werde gewiß große Energie zeigen.“ Garlieb Merkel (1769–1850) als Kämpfer, Kritiker und Projektmacher in Berlin und Riga, hrsg. v. J. Drews (Bielefelder Schriften zu Linguistik und Literaturwissenschaft 13, Bielefeld 2000) 133–147.

<sup>8</sup> Vorüberlegungen zu einer estnischen Historiographiegeschichte der Zwischenkriegszeit bei Sirje und Jüri Kivimäe, Estnische Geschichtsforschung an der Universität Tartu 1920–1940. Ziele und Ergebnisse, in: Die Universitäten Dorpat/Tartu, Riga und Wilna/Vilnius 1579–1979. Beiträge zu ihrer Geschichte und ihrer Wirkung im Grenzbereich zwischen Ost und West, hrsg. v. Gert von Pistohlkors, Toivo U. Raun, Paul Kaegbein (Köln, Wien 1987) 277–292; *dies.*, Hans Kruus und die deutsch-estnische Kontroverse, in: Zwischen Konfrontation und Kompromiß. Oldenburger Symposium: „Interethnische Beziehungen in Ostmitteleuropa als historiographisches Problem der 1930er/1940er Jahre“, hrsg. v. Michael Garleff (Schriften des Bundesinstituts für ostdeutsche Geschichte und Kultur 8, München 1995) 155–170; *Rein Helme*, Die estnische Historiographie, in: ebd. 139–154; *Tiit Rosenberg*, Eesti ajaloo historiograafia, in: Ajalooline ajakiri (1999) H. 1, 5–8; *ders.*, Professor A.R. Cederberg. Eesti ajaloo uurimise koolkonna rajaja Tartu ülikoolis, in: Ajalooline ajakiri (1999) H. 2, 79–90; *Jörg Hackmann*, Ethnos oder Region? Probleme der baltischen Historiographie im 20. Jahrhundert, in: ZfO 50 (2001) 531–556.

<sup>9</sup> Bis in das 17. Jahrhundert führte das auf fünf Bände angelegte Werk Eesti ajalugu, hrsg. v. Harri Moora, Eerik Laid, Julius Mägiste, Hans Kruus, 3 Bde. (Tartu 1935–1940); die im Auftrag von Präsident Päts verfaßte Eesti rahva ajalugu, hrsg. v. Juhan Libe, Aleksander Oinas, Hendrik Sepp, Juhan Vasar, 3 Bde. (Tartu 1932–1937) gelangte nur bis ins 16. Jahrhundert, umfaßte aber als Sonderband die wohl tatsächlich, spätestens durch ihre repräsentative Zweitauflage im schwedischen Exil, als kanonisch zu bezeichnende umfangreiche Darstellung der Staatsgründung und des Unabhängigkeitskriegs: *Eduard Laaman*, Eesti iseseisvuse süünd (Tartu 1936/37; Stockholm 1964). Zu Laaman vgl. *Olavi Arens*, Eduard Laaman as a Historian, in: Baltic History, hrsg. v. Arvids Ziedonis, jr., William L. Winter, Mardi Valgemäe (Publications of the Association for the Advancement of Baltic Studies 5, Columbus, Ohio 1974) 217–226. Zur Einschätzung dieser Arbeiten verweise ich auf die in Anm. 8 genannte Literatur.

<sup>10</sup> *Sulev Vahre*, Die Geschichtskunde und die Historiker in Estland in den kritischen Jahren

tischen Wahrheit allseits bekannte Widersprüche an, die jedes Schulkind anhand der eigenen Familiengeschichte erkennen konnte. Und die der sowjetischen Ideologie immanente Rollenverteilung, die den Esten den Part des jüngeren Bruders zuwies, ließ sich nur schwer mit dem verbreiteten Stereotyp der russischen Rückständigkeit in Einklang bringen. Schließlich erregte die öffentliche Lüge Peeter Tulviste zufolge schlicht Neugier, ist doch die verbotene Frucht immer die süßeste<sup>11</sup>.

Auf diese, trotz des Verbots präsente Geschichte rekurrierte die nationale Emanzipationsbewegung während der Perestroika und gewann nicht zuletzt durch sie ihre Fähigkeit zur Mobilisierung breiter Bevölkerungskreise. Sie nutzte effektiv die integrative Kraft des historischen Gedächtnisses: Die Renationalisierung der eigenen Geschichte legitimierte die Wiedererlangung des unabhängigen Staates. Zunächst wurde dabei die teleologische Komponente dieses Konzepts, demzufolge die lichte Zukunft in der Rückbesinnung auf die nationale Vergangenheit lag, gern in Kauf genommen. Geschichte diente somit wiederum der Legitimation von Politik und mehr noch: Historiographie wurde Politik – hier reicht das Stichwort „Hitler-Stalin-Pakt“. Dieser neuralgische Punkt des sowjetischen Anspruchs auf das Baltikum wurde zu einer Metapher für die gesamtbaltische Forderung nach historischer Gerechtigkeit<sup>12</sup>. Da jedoch die Bewertung der eigenen Geschichte sich nun wieder nach dem in die Vergangenheit projizierten Grad der nationalen Unabhängigkeit und Kultur richtete, hörten die Gemeinsamkeiten der drei Länder hier auf, denn jedes Land suchte nach seiner eigenen Geschichte. In Estland lieferten 1989 drei jüngere Historiker um den späteren Ministerpräsidenten Mart Laar mit ihrer bereits 1983 im Untergrund verfaßten „Heim(at)geschichte“ (*Kodu lugu*) einen kanonischen Schlüsseltext mit vier programmatisch betitelten Oberkapiteln: „Heim und Herd“ (*Koda ja kolle*), „Untertan im eigenen Haus“ (*Käsualuseks omas kojaks*), „Herr im eigenen Haus“ (*Oma tuba, oma luba*) und „In die Ecke gedrängt“ (*Nurka surutud*)<sup>13</sup>. Rhetorisch war dies nicht nur der

1918/1919 und 1987/1989, in: *The Independence of the Baltic States: Origins, Causes, and Consequences. A Comparison of the Crucial Years 1918–1919 and 1990–1991*, hrsg. v. Eberhard Demm, Roger Noël, William Urban (Chicago 1996) 131–137, hier 135.

<sup>11</sup> Peeter Tulviste, *History Taught at School Versus History Discovered at Home: The Case of Estonia*, in: *European Journal of Psychology of Education* 9 (1994) 121–126, hier 125. Vgl. ders., James V. Wertsch, *Official and Unofficial Histories: The Case of Estonia*, in: *Journal of Narrative and Life History* 4 (1994) 311–329; ders., Riik raamaturiigis ehk eesti haritlase koduraamatukogu Nõukogude ajal, in: *Raamatu osa Eesti arengus*, hrsg. v. Tõnu Tender (Tartu 2001) 125–128.

<sup>12</sup> Heino Arumäe, *Noch einmal zum sowjetisch-deutschen Nichtangriffspakt*, in: *Hitler-Stalin-Pakt 1939. Das Ende Ostmitteleuropas*, hrsg. v. E. Oberländer (Frankfurt a.M. 1989) 114–124; Gert von Pistohlkors, *Der Hitler-Stalin-Pakt und die Baltischen Staaten*, in: ebd. 75–97; Jan Lipinsky, *Sechs Jahrzehnte Geheimes Zusatzprotokoll zum Hitler-Stalin-Pakt. Sowjetrussische Historiographie zwischen Leugnung und Wahrheit*, in: *Osteuropa* 50 (2000) 1123–1148; Karsten Brüggemann, *Estland im Schicksalsjahr 1940. Neue Quellenpublikationen*, in: *Nordost-Archiv. Zeitschrift für Kulturgeschichte und Landeskunde* 24 (1991) 251–268.

<sup>13</sup> Mart Laar, Lauri Vahre, Heiki Valk, *Kodu lugu*, 2 Bde. (Tallinn 1989).

Verweis auf die zu Hause (*kodus*) überlieferte Geschichte, sondern auch ein Rückgriff auf die ersten Gehversuche der estnischen Historiographie am Ende des 19. Jahrhunderts, als der Dorfschullehrer Villem Reiman mit der Metapher der Entwicklung des „estnischen Heims“ (*Eesti kodu*) die nationale Geschichte popularisierte<sup>14</sup>. Auch wenn Laar sich mittlerweile vorsichtig hiervon distanziert und brav in den Chor derjenigen eingereiht hat, die eine pluralistische Geschichte fordern<sup>15</sup>, bleibt *Kodu lugu* als Schlüsseltext einer Reaktion auf sowjetische Schemata eine prominente Quelle für das renationalisierte estnische Geschichtsbild der 1980er Jahre.

In den folgenden Ausführungen wird es nicht nur um inhaltliche Aspekte des Themas Geschichte und Transformation gehen – welche Seiten der eigenen Vergangenheit erfuhren eine Neuinterpretation, welche wurden womöglich weiterhin oder neuerdings tabuisiert –, sondern auch um Fragen der Diskussionskultur: Sind überhaupt schon Ansätze einer pluralistischen Streitlust entstanden, die in die Öffentlichkeit wirken? Wirkt Geschichte überhaupt noch öffentlich? Die institutionelle Umgestaltung der Wissenschaftslandschaft ist zusammenfassend an anderer Stelle behandelt worden<sup>16</sup>. Es sei an dieser Stelle trotzdem kurz darauf hingewiesen, daß es in Estland zeitgleich mit der politischen Wende und den von ihr evozierten Umstrukturierungen einen Generationswechsel unter den führenden Historikern gegeben hat. Zwar ging damit ein Einschnitt in der absoluten Zahl an wissenschaftlichen Mitarbeitern – etwa an dem aus der Trägerschaft der Akademie der Wissenschaften in die Obhut des Bildungsministeriums entlassenen Institut für Geschichte in Tallinn – einher, doch gab es in Estland keine Abwicklung bzw. Evaluation politischer Loyalität oder wissenschaftlicher Kompetenz unter den Historikern. Neben der Abteilung für Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Universität Tartu seien als Lehrstätten für Geschichte noch die Pädagogische Universität Tallinn und das private Estnische Humanistische Institut, ebenfalls in Tallinn, erwähnt. Welche Veränderungen in der bislang einseitig auf die Universität Tartu und die diversen Abteilungen des Estnischen Staatsarchivs ausgerichteten historischen Forschung die geplante Zusammenlegung der Tallinner universitären Einrichtungen zu einer Hochschule mit sich bringen wird, wird die Zukunft zeigen<sup>17</sup>.

<sup>14</sup> Villem Reiman, *Eesti kodu* (Jur'ev 1894); vgl. Tiit Rosenberg, *Ajaloo raiumisest raamatuse: Eesti ajaloo suurest narratiivist*, in: *Raamatu osa Eesti arengus*, hrsg. v. Tõnu Tunder (Tartu 2001) 66–81.

<sup>15</sup> Mart Laar, *Meie ise ja meie enda lähiajalugu*, in: *Akadeemia* 11 (1999) 2323–2327; vgl. die frühe Kritik bei Tiit Veispak, *Ajalooteadusest kui venestusideoloogia kandjast (1944–1952)*, in: *Looming* (1990) H. 9, 1260–1268, hier 1267.

<sup>16</sup> Sirje und Jüri Kivimäe, *Geschichtsschreibung und Geschichtsforschung in Estland. Zwischenbilanz von 1988–2001*, in: *Österreichische Osthefte* 44 (2002) 159–170; Konrad Maier, *Geschichtsschreibung und Geschichtsforschung in Estland. Zwischenbilanz 1988–2001*, in: ebd. 171–178.

<sup>17</sup> Ebd. Dieser Zusammenschluß ist im Frühjahr 2005 offiziell vollzogen worden.

## I. Geschichte und ihre Bedeutung zu Beginn des Transformationsprozesses

Die schon aus der Zwischenkriegszeit bekannte Debatte, ob Geschichte inklusive Landes- oder exklusive Volksgeschichte sei, d.h. ob die Geschichte des Landes, des Staates oder ausschließlich die des eigenen Volks geschrieben werden solle<sup>18</sup>, wurde zunächst meist zugunsten der letzteren Variante entschieden. Vor allem bei den Schulbüchern spielte der Paradigmenwechsel im Geschichtsbild eine signifikante Rolle, da er das Selbstverständnis des neuen Staats im Kern betraf. Daher erklärte der Frühneuzeitprofessor Helmut Piirimäe 1990 neue Geschichtsbücher zum Beitrag der Historiker zur nationalen Unabhängigkeit<sup>19</sup>. Immerhin stellte der Lüneburger Estland-Experte Konrad Maier in einer Analyse der ersten neuen estnischen Schulbücher fest, daß die estnische nationale Bewegung am Ende des 19. Jahrhunderts „ohne jeglichen nationalistisch gefärbten Unterton“ geschildert und insgesamt mit bemerkenswerter „emotionaler Distanz“ geurteilt werde<sup>20</sup>. Trotzdem: Für Historiker, die in ihrer Praxis nie über ihr Fach reflektieren mußten, da dessen Rolle im Sowjetstaat ohnehin klar begrenzt war, lag die Versuchung nahe, die alten Dogmen durch noch ältere zu ersetzen, wovon auch die Schulbücher nicht ganz frei sind<sup>21</sup>. Der Politologe Rein Ruutsoo hat dieses Dilemma in einem zornigen Beitrag folgendermaßen beschrieben: Das Erbe der Sowjetunion

<sup>18</sup> Jüri Kivimäe, *Re-writing Estonian History?*, in: *National History and Identity. Approaches to the Writing of National History in the North-East Baltic Region. Nineteenth and Twentieth Centuries*, hrsg. v. Michael Branch (Helsinki 1999) 205–212, hier 210; vgl. Hackmann, *Ethnos*, und Helme, *Historiographie*. Neuerdings Veronika Wendland, *Volksgeschichte im Baltikum? Historiographien zwischen nationaler Mobilisierung und wissenschaftlicher Innovation in Estland, Lettland und Litauen (1919–1939)*, in: *Volksgeschichten im Europa der Zwischenkriegszeit*, hrsg. v. Manfred Hertling (Göttingen 2003) 205–238.

<sup>19</sup> Helmut Piirimäe, *Some Basic Conceptions of History Teaching in Estonian Schools*, in: *Geschichtsbild in den Ostseeländern 1990* (Stockholm 1991) 153–160. Das sowjetische Curriculum hatte wenig Platz für nationale Geschichten gelassen, die sowjetische – und das hieß zum großen Teil: die russische – Geschichte hatte Heimatgeschichte zu sein, wobei stets die hervorragenden russisch-estnischen Beziehungen und die positive Rolle Rußlands für Estland betont wurden. Der mittelalterlichen baltischen Geschichte blieb meist nur ein Absatz in einer „Geschichte der UdSSR“. Zu Estland wußten sowjetische Schulbücher ansonsten höchstens zu berichten, daß der spätere sowjetische Staatschef Michail Kalinin einst als Dreher in einer Tallinner Fabrik gearbeitet hatte. Im Lehrplan des Jahres 1988 standen für die Geschichte Estlands nur 50 von 622 Stunden zur Verfügung. Helmut Piirimäe, *Die Behandlung der estnischen nationalen Bewegung und der Gründung der Estnischen Republik in den Lehrbüchern während der sowjetischen Okkupation*, in: *Nationalbewegung und Staatsbildung. Die baltische Region im Schulbuch*, hrsg. v. Robert Maier (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 85, Frankfurt a. M. 1995) 69–78, hier 71.

<sup>20</sup> Konrad Maier, *Nationalbewegung und Staatsbildungsprozesse im Spiegel aktueller Schulbücher*, in: *Nationalbewegung und Staatsbildung. Die baltische Region im Schulbuch*, hrsg. v. Robert Maier (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 85, Frankfurt a. M. 1995) 79–94, hier 93 f. Vgl. auch Kivimäe, *Geschichtsforschung*, sowie die diesbezüglichen Anmerkungen bei Maier, *Geschichtsschreibung*.

<sup>21</sup> So z. B. Ajalugu. 5 klassile, hrsg. v. Mart Laar u. a. (Tallinn 1997).

bestehe eben nicht in den verfälschten Fakten allein, sondern vor allem darin, daß der Historiker als Souverän, als Schöpfer einer subjektiven Geschichte ausgelöscht worden sei. Daher rührt auch seine Forderung, Estland brauche viele verschiedene Geschichten<sup>22</sup>.

Ende der 1980er Jahre verlangte das estnische Paradigma jedoch die Abgrenzung von den Schablonen der sowjetischen Historiographie. Grenzen wurden gezogen, um, wie in anderen ehemaligen „Bruderrepubliken“ auch, mit ihrer Hilfe die eigene, postsowjetische Identität zu stützen und damit den postkolonialen *nation-building* Prozeß zu beschleunigen. Graham Smith hat diese Perspektive in einem dreiteiligen Schema von Grenzziehungen „Essentialisierung“ genannt: die Kodifizierung einer ethnischen oder nationalen Gruppe als distinkte, separate „Wir“-Identität<sup>23</sup>. Eng mit der „Essentialisierung“ verbunden, wird in der Perspektive der „Historisierung“ die nationale Vergangenheit wiederentdeckt und rehabilitiert. Auch in Estland diente die Renationalisierung der Geschichte der „Auffrischung“ des historischen Gedächtnisses, wobei die Rückkehr der „großen historischen Persönlichkeit“ Vorbildcharakter haben und einer vereinfachten Identifikation mit der „eigentlichen“ Geschichte dienen sollte<sup>24</sup>. Egal ob Helden stilisiert oder Personen in den Kontext gestellt werden: Hierdurch sollte nationale Kontinuität in Form von „traditionalem Erzählen“ erfahrbar gemacht werden<sup>25</sup>. Das öffentliche Verlangen nach unzensurierter, d. h. nicht-sowjetischer Information war groß, und man fand sich zwangsläufig beim Erbe der 1930er Jahre wieder. Natürlich war dieses Erbe politisiert, da es ja ebenfalls, um in Smiths Sprache zu bleiben, post-kolonial war. Aber es bediente erfolgreich den Hunger der Bevölkerung nach der „wahrhaften und unverfälschten“ Geschichte im Prozeß der De-Sowjetisierung. Eine reine Wiederherstellung dieses Erbes war jedoch nicht nur wegen der veränderten Lage in Estland selbst unmöglich, sondern auch aufgrund der politischen Ausrichtung auf eine Demokratie westlichen Musters, als deren vollkommene Verkörperung das „Pätsonia“ der 1930er Jahre nicht gerade gelten konnte<sup>26</sup>.

<sup>22</sup> Kommentar von Rein Ruutsoo auf die Frage „Wie schreibt man estnische Geschichte?“ (Kuidas kirjutada eesti ajalugu?), in: Vikerkaar (2000) H. 8–9, 178–190, hier 186–188.

<sup>23</sup> Graham Smith, Post-colonialism and Borderland Identities, in: Nation-building in the Post-Soviet Borderlands. The Politics of National Identities, hrsg. v. Graham Smith (Cambridge 1998) 1–20, hier 15 f.

<sup>24</sup> Paradigmatisch das Bändchen mit dem Titel „Offen und ehrlich über die großen Männer Estlands“: Ausalt & avameelselt Eesti suurmeestest. Johan Laidonerist, Jaan Poskast, Konstantin Pätsist, Jaan Tõnissonist (Tallinn 1990). Auf zahlreiche in den Wendejahren veröffentlichte Reprints von biographischen Arbeiten aus den 1920er und 1930er Jahren sei hier hingewiesen, ohne sie im einzelnen aufzuzählen.

<sup>25</sup> Begriffe nach Jörn Rüsen, Historisches Erzählen, in: Handbuch der Geschichtsdidaktik, hrsg. v. Klaus Bergmann u. a. (Seelze-Velber 1992) 44–50, hier 46.

<sup>26</sup> „Pätsonia“ bezeichnet das Regime des autoritär regierenden Präsidenten Konstantin Päts (1934–1940). Zur Einführung in die estnische Geschichte der 1930er Jahre: Georg v. Rauch, Geschichte der baltischen Staaten (München 1990); Rein Taagepera, Estonia. Return to Independence (Boulder, Col. 1993) 41–76; Andres Kasekamp, The Radical Right in Interwar

Tendenzen und Ergebnisse der estnischen Forschung in den 1990er Jahren habe ich ausführlich in einem Beitrag für die Zeitschrift „Osteuropa“ referiert<sup>27</sup>. Themen wie die „unbekannte Estnische Republik“, die sowjetische Okkupation und die Deportationen waren in der Sowjetunion entweder nur entstellt behandelbar oder komplett tabuisiert gewesen und bedienten zunächst das öffentliche Interesse, doch hatte niemand Zeit und Geld für fundierte Forschungen. Emotion und Empirie ersetzten Ratio und Methode. Paradigmatisch kann für diese betont nationale Form historischer Publizistik erneut ein Buch des Ministerpräsidenten Mart Laar (1992–1994, 1999–2002) über die sogenannten Waldbrüder erwähnt werden, einem bis dahin nur oral tradierten Thema. Laars Pionierstudie über den bewaffneten Widerstand nach Kriegsende beruhte auf einem *oral history*-Projekt der späten 1980er Jahre und sang das Heldenlied einer verlorenen Generation bei konsequenter Verweigerung der Täterperspektive<sup>28</sup>. Wie in anderen Bereichen auch, geben neuere Publikationen selbst bei diesem sensiblen Thema<sup>29</sup> Anlaß zur Hoffnung, daß der „von positivistisch erläuternder Verifikation getragene[...] national-rationale[...] Narrativ“, den Sirje und Jüri Kivimäe als charakteristisch für die estnische Historiographie der 1990er Jahre ansehen<sup>30</sup>, allmählich überwunden wird, bei der jüngeren Generation zumal. Prinzipiell sind die meisten neueren Arbeiten allerdings weiterhin estlandzentrisch, und nur vereinzelt gibt es die Tendenz, über den eigenen Tellerrand hinauszublicken. Noch gibt es auch keinen ernsthaften Versuch, estnische Geschichte unter wissenschaftlichen Anforderungen „neu“ zu schreiben, schon gar nicht mit einer Feder. Auf ein von der Regierung gefördertes diesbezügliches Kollektiv-Projekt der Universität Tartu darf

Estonia (London u. a. 2000); *Ago Pajur*, Die „Legitimierung“ der Diktatur des Präsidenten Konstantin Päts und die öffentliche Meinung in Estland, in: *Autoritäre Regime in Ostmittel- und Südosteuropa 1919–1944*, hrsg. v. *Erwin Oberländer* in Zusammenarbeit mit *Rolf Ahmann*, *Hans Lemberg* und *Holm Sundhaussen* (Paderborn u. a. 2001) 163–213.

<sup>27</sup> *Karsten Brüggemann*, Von der Renationalisierung zur Demontage nationaler Helden Ode: „Wie schreibt man estnische Geschichte?“, in: *Osteuropa* 51 (2001) 810–819, hier 813–816.

<sup>28</sup> *Mart Laar*, *Metsavennad* (Tallinn 1993, engl. u. d. Titel „War in the Woods“, Washington DC 1992). Mittlerweile ist das öffentliche Interesse am heroisierten Widerstand zurückgegangen. Kürzlich wurde von Laar beklagt, daß nicht einmal mehr die lokale Presse bereit sei, regionalhistorische Artikel über die Waldbrüder-Guerilla zu publizieren. *Mart Laar*, *Vennad, padrik ja partei. Metsavendlusega tegelejad süüdistavad ühiskonda ignorantsuses*, in: *Kes-Kus*, April 2002. Siehe >[http://www.kes-kus.ee/0402/\\_pealugu.htm](http://www.kes-kus.ee/0402/_pealugu.htm)< letzter Zugriff Mai 2002. Ob dieser Rückgang des Interesses mit der Lettland betreffenden Vermutung von Ieva Gundare zusammenhängt, daß auf lange Sicht die Identifikation mit den „eigenen“ Verlierern und Opfern für die Identitätssuche in einem unabhängigen Staat eine Last sein kann, vermag ich für Estland nur als Hypothese in den Raum zu stellen. Siehe *Ieva Gundare*, *Overcoming the Legacy of History for Ethnic Integration in Latvia*, in: *Inter Marium. On-Line Journal* 5 (2002), No. 3 ><http://sipa.columbia.edu/REGIONAL/ECE/newwinter-mar.html>< letzter Zugriff September 2002.

<sup>29</sup> *Aigi Rahi*, 1949. aasta märtsiküüditamine Tartu linnas ja maakonnas (Tartu 1998); vgl. *David Feast*, Terror und Gewalt auf dem estnischen Dorf, in: *Osteuropa* 50 (2000) 656–671.

<sup>30</sup> *Kivimäe*, *Geschichtsschreibung*.



man gespannt sein<sup>31</sup>. Zudem muß man festhalten, daß nach dem Geschichtsboom der Wendejahre historische Themen mittlerweile nur noch selten im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stehen<sup>32</sup>. Dies sollte der Forschung wiederum zunehmend den entpolitisierten Freiraum bieten, die Grundzüge estnischer Geschichte mehr oder weniger unabhängig von einer in der Öffentlichkeit verlangten identitätsstiftenden Rolle zu debattieren<sup>33</sup>.

## II. Zwischen Kontinuität und Dekonstruktion: Wege der Neuorientierung

Jüri Kivimäe hat sich in einem langen Interview zu grundsätzlichen Problemen der estnischen Historiographie geäußert. Man habe keine ausführliche Historiographieggeschichte und leide unter einem eklatanten Theoriedefizit. Da die Zunft klein sei, und jeder auf seinem Gebiet meist der einzige Spezialist, gäbe es zudem strukturelle Hindernisse für fruchtbare Debatten<sup>34</sup>. In Zusammenhang mit dem eben erwähnten Projekt einer Gesamtdarstellung begann jedoch eine Diskussion über die Frage „Wie schreibt man estnische Geschichte?“, die dank der Zeitschrift des Schriftstellerverbandes „Vikerkaar“ (Regenbogen) auch über die engeren Grenzen der Historikerkunft hinausgetragen wurde. Hierin finden sich nicht nur Kivimäes Äußerungen aus wohlmeinender kanadischer Distanz, sondern auch Ruutsoos zitierte Kritik am sowjetischen Erbe, das sich für ihn schon in der Idee einer vom Staat in Auftrag gegebenen Gesamtdarstellung äußert. Seiner reichlich überpointierten Ansicht nach ist bereits der Gedanke daran, wie man Geschichte schreiben *muß*, der Eckpfeiler eines künftigen Konzentrationslagers<sup>35</sup>. Daß Estland viele Geschichten braucht und nicht nur die eine, große, dem Staat gefallende, ist allerdings den meisten Teilnehmern an der Debatte ohnehin klar. Ob postmodern oder postkolonial – die postsowjetische Historiographie Estlands hat in der Perspektive ihrer Produzenten in erster Linie pluralistisch zu sein und damit posttotalitär<sup>36</sup>.

<sup>31</sup> Vgl. die Ankündigung im Kommentar von *Tiit Rosenberg* auf die Frage „Wie schreibt man estnische Geschichte?“, in: *Kuidas kirjutada* 185f. Als Fortsetzung der in Anm. 9 genannten „*Eesti ajalugu*“ zum 18. Jh. bislang erschienen: *Põhjasõjast pärisorjuse kaotamiseni, Eesti ajalugu*, Bd. 4, hrsg. v. *Mati Laur, Sulev Vahre* (Tartu 2003).

<sup>32</sup> *Gregory Feldman*, *Shifting the Perspective on Identity Discourse in Estonia*, in: *Journal of Baltic Studies* 31 (2000) 406–428. Auf das Thema „Estland und der Holocaust“, das im Sommer 2002 in der Presse debattiert wurde, wird unten eingegangen.

<sup>33</sup> Vgl. *Marek Tamm*, *Milleks on olemas ajaloolased?*, in: *Eesti Ekspress*, Areen, 8. 12. 2004. Die Debatten, die 2004/05 um die Ereignisse des Jahres 1944 kreisten und in denen zum Teil lautstark die Forderung nach einer nationalen Sichtweise der Historiker erhoben wurde, müssen hier leider unberücksichtigt bleiben.

<sup>34</sup> *Vestlus Jüri Kivimäega*, in: *Vikerkaar* (2000) H. 8–9, 124–136.

<sup>35</sup> Kommentar von *Rein Ruutsoo* auf die Frage „Wie schreibt man estnische Geschichte?“, in: *Kuidas kirjutada* 186–188.

<sup>36</sup> Ausführlich referiert bei *Brüggemann*, *Renationalisierung* 819.

Dabei geht das Interesse in Estland über die Rekonstruktion von Geschichte, über „Essentialisierung“ und „Historisierung“ von Fakten hinaus. Interessanterweise hat die Lust an der Dekonstruktion nationaler Mythen im Smith'schen Schema der post-sowjetischen Länder als post-koloniale Gesellschaften keinen Platz – sie erfreut sich in Estland jedoch einer für die Transformationsländer wohl eher ungewöhnlichen Popularität. Es ist dabei nicht unerheblich, daß der Anstoß hierzu in Estland von außerhalb der Zunft kam – von dem Journalisten Andrei Hvostov und dem Literaturwissenschaftler und Germanisten Jaan Undusk<sup>37</sup>. Undusks grundsätzliche Überlegungen zum Mythos der 700 Jahre Sklaverei unter deutschbaltischer Herrschaft und seine, wie er es nennt, „metahistorischen Gesten“ in der Rhetorik der Historiker<sup>38</sup> sind ein Versuch, nicht nur die traditionelle deutschsprachige Forschung einer kritischen Analyse ihrer Sprache zu unterziehen, sondern auch estnische Geschichte als Regionalgeschichte zu homogenisieren. Allerdings kann auch die bewußte Zerstörung von identitätsstiftenden Mythen neue (bzw. alte) Paradigmen hervorzaubern, zuweilen geschieht auch das völlig bewußt<sup>39</sup>, zuweilen mit Hilfe verborgener Narrative. Tatsächlich ist bei Undusks anregenden Überlegungen zumindest eine Variante von Smiths dritter Perspektive der Konstruktion von post-kolonialer Identität feststellbar: eine „Totalisierung“ von Grenzen und Differenzen – durch die Aufhebung von anderen<sup>40</sup>.

In einem Artikel über die kanonischen Möglichkeiten, die Geschichte der Esten zu schreiben, wies Undusk die Absicht einer politisierten nationalen Geschichtsschreibung, über die eine historische „Wahrheit“ Kontinuität und Identität stiften zu wollen, souverän zurück: „[...] if we speak [...] about the canonical ways of narrating Estonian history [...] we speak about the generally approved ways of lying in Estonian historiography.“<sup>41</sup> In seinen historiographiegeschichtlichen Arbeiten über das „estnische“ und das „deutschbaltische“ Paradigma führt Undusk den Begriff der *maiskondlik ajalugu* ein, einer Geschichte der „Landschaft“ im administrativen Sinne, die in seinen Worten eine Geschichte bezeichnet, „die nicht von einem nationalzentrierten Prinzip ausgeht, sondern von etwas, das man als

<sup>37</sup> Paradigmatisch für die Lust an der Dekonstruktion nationaler Mythen: Andrei Hvostov, *Mötteline Eesti* (Tallinn 1999); Jaan Undusk, *Canonical Patterns of Narrating History*. In *Search of a Hidden Rhetoric*, in: *Literatur und nationale Identität II. Themen des literarischen Nationalismus und der nationalen Literatur im Ostseeraum*, hrsg. v. Yrjö Varpio, Maria Zadencka (Tampere 1999) 5–13; vgl. aber auch schon Jansen, *Hajamõtteid* 35–41.

<sup>38</sup> Jaan Undusk, *Ajalootõde ja metahistoorigilised žestid*. Eesti ajaloo mitmest moraalist, in: Tuna. Ajalookultuuri ajakiri (2000) H. 2, 114–130.

<sup>39</sup> Vgl. z.B. Andrei Hvostovs Bekenntnis, er wolle den Mythos der „guten deutschen Zeit“ schaffen. Andrei Hvostov, *Mart Laar, Harri Tüdo, Mõttevahetus*, in: *Eesti identiteet ja iseseisvus*, hrsg. v. A. Bertica (Tallinn 2001) 44–54.

<sup>40</sup> Vgl. hierzu meine Antwort auf Undusk, *Ajalootõde: Karsten Brüggemann, Rahvusliku vaenlasekuju demontaažist ehk Carl Schirren kui Eesti iseseisvuse rajaja? Märkusi Jaan Unduski „metahistoorigiliste žestide“ kohta*, in: Tuna, *Ajalookultuuri ajakiri* (2002) H. 3, 93–99, sowie Undusks Antwort: Jaan Undusk, *Eesti ajaloo kotkaperspektiivist*. Minu vaidlus Brüggemanniga, in: ebd. 99–116.

<sup>41</sup> Undusk, *Canonical Patterns* 7.

geopolitische oder geokulturelle Mentalität bezeichnen kann“<sup>42</sup>. Zu Recht hält Undusk seine These in der Perspektive der ethnozentrischen Historiographie für „ketzerisch“: Nicht mehr das Volk oder die Nation seien Konstanten der historischen Entwicklung, sondern eine, wie er selbst zugibt, schwer greifbare „geokulturelle Mentalität“<sup>43</sup>.

Undusk provoziert tradierte estnische Überzeugungen jedoch noch weiter. Sein regionalbezogenes, Lettland miteinbeziehendes Konstrukt steht zum national konnotierten estnischen Paradigma der 1930er Jahre im krassen Widerspruch, wenn er behauptet, daß nicht nur die Esten selbst für ihre Unabhängigkeit gekämpft hätten. Undusks vornationale „geokulturelle Mentalität“ erlaubt es ihm interessanterweise, auch jeden Vorkämpfer für die deutsche bzw. deutschbaltische Sache in den Ostseeprovinzen zum Helden der *estnischen*, nein, besser, der regionalen Sache der „Baltischen Autonomie“ zu machen. Selbst der deutschbaltische Historiker Carl Schirren wird in dieser Perspektive dank seiner Verteidigung der lokalen Sprache – wohlgemerkt der deutschen – zu einem Mitkämpfer der estnischen nationalen Bewegung. Und Schirrens für das deutschbaltische Paradigma so eminent bedeutungsvolle „Livländische Antwort an Herrn Jurij Samarin“ von 1869 kann plötzlich als Paralleltext zu den „Vaterländischen Reden“ (*Isamaa kõned*) Carl Robert Jakobsons gelten<sup>44</sup>. Ein (ursprünglich deutsch-) baltischer Regionalismus wird in dieser Perspektive zur Stütze der historischen Kontinuität des Landes bis heute. Fragt man sich, was die von Undusk thematisierte deutsch-estnische bzw. -lettische „Schicksalsgemeinschaft“ letztlich zusammenhält, kommt dem Betrachter von außen sofort der aufgrund der gemeinsamen „geokulturellen Mentalität“ quasi „natürliche“ Antagonismus zu Rußland als Schlüsselfaktor der Region in den Sinn. Hier dürfte also Undusks eigener „verborgener Narrativ“ stecken: Die deutschen Kolonisatoren des Landes haben sich im Interesse der regionalen Autonomie gegen den *imperial other* zur Wehr gesetzt und damit in weiterer historischer Perspektive auch die estnische Sache vorangebracht.

Letztlich dekonstruiert Undusk nichts weniger als die jahrhundertalte „natürliche“ estnische Feindschaft gegenüber den Deutschen bzw. Deutschbalten, die noch die Staatsgründung 1918/20 geprägt hatte, und aktiviert die aktuelle Gegnerschaft gegen den russischen Osten, die der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1990/91 zugrunde lag. Und tatsächlich kann es der estnischen Geschichtsbetrachtung heute nicht mehr um das Abschütteln des deutschen Erbes gehen, im Gegenteil: Angesichts der Integration in die westeuropäischen Sicherheits- und Wirtschaftsstrukturen erscheint ein historisch konstruierter Gegensatz zu den Deutschen sogar als kontraproduktiv, schließlich ist an deren kulturellen Einfluß und dem ihnen zu verdankenden Einbezug der Esten in den protestantischen – und damit „europäischen“ – Raum ja nicht zu rütteln<sup>45</sup>. Der vielzitierte „Weg nach

<sup>42</sup> Kommentar von Jaan Undusk auf die Frage „Wie schreibt man estnische Geschichte?“, in: Kuidas kirjutada 188–190, hier 188.

<sup>43</sup> Undusk, Ajalootõde 128.

<sup>44</sup> Undusk, Ajalootõde 129.

<sup>45</sup> Vgl. die Debatte um die Einführung des höchsten estnischen Staatsordens, des Marien-

Europa“ kommt in Est- und Lettland idealerweise um den Einfluß der deutschen Kultur in Baltikum nicht herum. Darüber hinaus war der Mythos der „700 Jahre Sklaverei“ aber auch ein identitätsstiftender Teil der sowjetischen Mythologie, schließlich stand die sowjetische Historiographie im Punkt der Deutschfeindlichkeit der nationalen estnischen vor 1940 in nichts nach<sup>46</sup>. Die sowjetische Wirklichkeit, d. h. die russisch-imperiale Kontinuität, sollte vor dem Hintergrund der jahrhundertlangen Unterdrückung durch die Deutschbalten im hellsten Licht leuchten. Indem man sich heute diesem Konzept gegenüber kritisch zeigt – und Undusk ist ja bei weitem nicht der erste, der den deutschbaltischen Einfluß auf die Geschichte der Esten und Letten mit guten Gründen rehabilitiert<sup>47</sup> –, wird eben auch ein Teil des sowjetischen Erbes abgelegt.

Ob Dekonstruktion alter Mythen oder Suche nach neuen Perspektiven: Die Wissenschaft steht im estnischen öffentlichen Diskurs nicht allein. Eine Neupositionierung im Sinne eines *new mapping* Estlands in Europa ist auch das Ziel einiger Politiker<sup>48</sup>. Schon der Begriff des „Baltikum“ und seine Konnotationen bereiten experimentierfreudigen Geistern Unbehagen, gehören doch im heutigen Verständnis des Begriffs nur ehemalige Sowjetrepubliken dazu. Der ehemalige Außenminister Toomas H. Ilves wollte die verfluchte „Baltic connection“ am liebsten ganz loswerden: „My goal as foreign minister was to separate Estonia from being a Baltic state. [...] I don't think Estonia is a Baltic state.“ Sein Land sei vielmehr ein postkommunistisches nordisches, skandinavisches Land: „it's strictly Nordic.“ Ilves führte in diesem Zusammenhang das Beispiel Finnlands an, das es geschafft habe, sein Image als baltischer Staat seit dem Zweiten Weltkrieg in dasjenige eines skandinavischen Landes zu wandeln: „Why should Finland be more of a Scandinavian country than Estonia? [...] That's why I try to sell Estonia as the

kreuzes (Maajamaa rist), dessen katholische Konnotation Verwirrung in der Öffentlichkeit hervorrief: *Mirke Lagerspetz*, The Cross of Virgin Mary's Land: A Study in the Construction of Estonia's „Return to Europe“, in: *Idäntutkimus. The Finnish Review of East European Studies* 6 (1999). Special issue: Images of the Past in Post-Socialist Politics 17–28; *Brüggemann*, Renationalisierung 816 f.

<sup>46</sup> *Toivo U. Raun*, The Image of the Baltic German Elites in Twentieth-century Estonian Historiography: The 1930s vs. the 1970s, in: *Journal of Baltic Studies* 30 (1999) 338–351, hier 348.

<sup>47</sup> Sukzessive begann dieser Prozeß der Emanzipation von sowjetischen Stereotypen bereits vor der Perestroika. Das Ergebnis waren dann die zu Beginn der 1990er Jahre erschienenen Bestandsaufnahmen. Vgl. z. B. *Rein Helme*, Die Deutschen in der Geschichte Estlands, in: *Nordost-Archiv N.F.* 1 (1992) 41–58; *Sirje Kivimäe*, Estland ohne die Deutschbalten, in: *Die Deutschbalten*, hrsg. v. *Wilfried Schlaw* (München 1995) 136–53. Jüngst wurde der 750. Geburtstag der mittlerweile in der Bundesrepublik residierenden estländischen Ritterschaft, der in Tallinn begangen wurde, in der estnischen Presse zum „Jahrestag des estnischen Parlamentarismus“ erklärt. Schließlich handele es sich hier um „Estlands erste Institution der europäischen Politik“, *Eerik-Nüles Kross*, Eesti poliitika 750, in: *Eesti Päevaleht*, 10. September 2002.

<sup>48</sup> Hierzu siehe auch *Karsten Brüggemann*, Leaving the „Baltic“ States and „Welcome to Estonia“: Re-regionalizing Estonian Identity, in: *European Review of History* 10 (2003) 343–360 (Topical Issue „Geschichtsregionen“: Concept and Critique, ed. by *Stefan Troebst*).

only Nordic, the only post-communist Nordic country.“<sup>49</sup> Daher versteht sich auch seine Empfehlung, Touristen sollten doch lieber eine CD des estnischen Komponisten Arvo Pärt als Souvenir erstehen und nicht die (schon zu Sowjetzeiten üblichen) „handmade“ Löffelchen und Tellerchen, als Wunsch nach einem neuen, zeitgemäßen Bild von *Estonia* im Ausland.

Das Spiel mit den Traditionen auf der Suche nach einer neuen, weniger sowjetisch konnotierten Identität – unter dem *label* „selling Estonia“ – geht derweil munter weiter. Im Herbst 2001 machte der Kolumnist Eerik-Niiles Kross, der wie viele Kollegen und Politiker seines Landes Historiker ist, den Vorschlag, den im Ausland gebräuchlichen Namen *Estonia* durch *Estland* zu ersetzen<sup>50</sup>, und Kaarel Tarand, damals Direktor des Pressebüros der Regierung, machte im Anschluß daran mit der Idee Furore, die traditionelle blau-schwarz-weiße Staatsfahne durch ein skandinavisches Kreuz in denselben Farben zu ersetzen<sup>51</sup>. Mit der neuen Form nationaler Symbolik sollte nach Meinung der beiden Tabubrecher eine positive Identifikation Estlands im Ausland mit den „sympathischen“ Nordeuropäern, die eine Kreuzfahne ihr eigen nennen, bzw. mit den „-ländern“ Westeuropas evoziert werden. Es war keine große Überraschung, daß diese Vorschläge in verschiedenen Abstimmungen in der Presse und im Internet mit überwältigender Mehrheit abgelehnt wurden; rationale Kommentatoren fürchteten unter anderem nicht zu Unrecht, sich vor allem in Skandinavien selbst lächerlich zu machen, da eine Kreuzfahne die eigene Gesellschaft kaum „skandinavisieren“ werde<sup>52</sup>. Bemerkenswert ist jedoch die in den Weiten des ehemaligen „Ostens“ selten anzutreffende Bereitschaft estnischer Intellektueller, die tradierte nationale Symbolik, mit der die Republik der Zwischenkriegszeit verbunden ist, mit der „ganz Estland“ neben seinen Nachbarn am 23. August 1989 auf der Straße von Tallinn nach Vilnius stand, und mit der schließlich die Unabhängigkeit zurückgewonnen wurde, mithin das, was anderswo als sakrosankte nationale Ikonographie gilt, auf dem Altar eines modernisierten Selbstbildes zu opfern – und sei es nur als provokantes Denkspiel.

Solche und ähnliche „gediegenen Haarspaltereien“, die schon die pfiffige Werbebroschüre des estnischen Pavillons auf der EXPO in Hannover als so typisch für die „skeptische Natur“ der Bewohner dieses Landes bezeichnet hat<sup>53</sup>, ändern allerdings wenig daran, daß Mythen beständig bleiben und Ketzerei noch immer von der Öffentlichkeit bestraft wird, vor allem wenn es um Identifikationsfiguren der eigenen Geschichte geht<sup>54</sup>. Typisches Beispiel war im Herbst 1999 die Debatte um Konstantin Päts, den seit 1934 autoritär regierenden Präsidenten der Zwi-

<sup>49</sup> Im Internet unter: >[http://www.balticsww.com/news/features/selling\\_estonia2.htm](http://www.balticsww.com/news/features/selling_estonia2.htm)< letzter Zugriff Mai 2002; vgl. Toomas H. Ilves, Põhjamaine riik ja inimene, in: Luup 2001, Nr. 1 (128).

<sup>50</sup> Eerik-Niiles Kross, Estland, Estland über alles, in: Eesti Päevaleht, 12. November 2001.

<sup>51</sup> Kaarel Tarand, Lippude vahetusel, in: Eesti Päevaleht, 3. Dezember 2001.

<sup>52</sup> Rahvas eelistab Estoniat ja trikoloori, in: Postimees, 21. Januar 2002; vgl. Aadu Must, Lipu, vapi ja hünni otsingust, in: Postimees, 15. Dezember 2002.

<sup>53</sup> 12 Fragen über Estland (Tallinn 2001) 12.

<sup>54</sup> Intervjuu: Vestlus Jüri Kivimäega 131 f.

schenkriegszeit, die schnell in den Medien auf die Formel „Staatsvater oder Verräter?“ gebracht wurde. Ein jüngerer Spezialist für die Außenpolitik Estlands hatte in Moskauer Archiven Dokumente gefunden, die das populäre Bild des patriarchalischen Landesvaters Päts empfindlich verdüsterten<sup>55</sup>. Magnus Ilmjärvs zum Teil überpointierte Demontage dieses nationalen Helden<sup>56</sup> löste eine emotional geführte Debatte in der Presse aus, an der ein Riß durch die Generationen bemerkenswert war, denn vor allem ältere Menschen reagierten darauf mit Verdächtigungen: Selbst der bekannte Schriftsteller Jaan Kross („Das Leben des Balthasar Rüssow“, „Der Verrückte des Zaren“) sprach von Ilmjärvs „Geldgebern“ und fragte nach, in wessen Interesse dieser denn handle<sup>57</sup>.

Trotz der Beteiligung von Historikern an der Debatte kam es jedoch nicht zu einem Historikerstreit, zu stark hatte bereits zuvor das populäre positive Image des autoritären Präsidenten aufgrund neuerer Forschungen gelitten<sup>58</sup>. Aber das Thema Päts erregt weiter die Gemüter: Ende Mai 2002 wurde ein reißerisches Interview mit dem Leiter des Finnischen Instituts in Tallinn, Martti Turtola, publiziert, der ein Buch vorbereitet, in dem er Päts als „Spieler“ vorführen möchte<sup>59</sup>. Es entbehrte nicht einer gewissen Pikanterie, daß ausgerechnet Mati Graf, ein verdienter sowjetestnischer Historiker und Spezialist für die, wie es damals hieß, „bürgerliche Diktatur“, in einer Replik mit Vorwürfen konterte, die darin gipfelten, daß er den finnischen Kollegen als „entweder Dilettant oder geisteskrank“ bezeichnete<sup>60</sup>. Auch hier fehlten Argumente, so daß eine fruchtbare Diskussion unter Kollegen – diesmal wohl durchaus aus verständlichen Gründen – nicht zustande kam. Ein Wiederaufleben der öffentlichen Debatte blieb nach dem Erscheinen des Buches in Estland ebenfalls aus<sup>61</sup>.

### III. Die importierte Debatte um den Holocaust in Estland

Von außen mag man sich in Estland – wen wundert's – nichts sagen lassen, wenn es um umstrittene Episoden der eigenen Geschichte geht. Das Thema des Mordes an Juden auf estnischem Boden oder durch Esten im Verlauf des Zweiten Weltkriegs stellt hier keine Ausnahme dar. Die historische Opferrolle ist nach wie vor klein-

<sup>55</sup> Vom Tanz mit des Teufels Großmutter. Die estnische Debatte um die Zusammenarbeit von Präsident Konstantin Päts mit der Sowjetunion, zusammengestellt von *Ulrike Plath* und *Karsten Brüggemann*, in: *Osteuropa* 50 (2000) A 329-A 339.

<sup>56</sup> *Magnus Ilmjärvi*, Konstantin Päts ja Nõukogude Liidu Tallinna saatkond: aastad 1925–1934, in: *Acta Historica Tallinnensia* 3 (1999) 156–223.

<sup>57</sup> Vom Tanz mit des Teufels Großmutter, A 334, A 336.

<sup>58</sup> Vgl. auch: Konstantin Pätsi tegevusest. Artiklite kogumik, hrsg. v. *Küllo Arjakas* (Tallinn 2002).

<sup>59</sup> *Martti Turtola*, Konstantin Päts oli mängur, in: *SL-Õhtuleht*, 11. Mai 2002, 16 f.

<sup>60</sup> *Mati Graf*, Pätsi uurija Turtola – dilettant või vaimuhaige?, in: *SL-Õhtuleht*, 18. Mai 2001, 7.

<sup>61</sup> *Martti Turtola*, President Konstantin Päts. Eesti ja Soome teed (Tallinn 2003).

ster gemeinsamer Nenner, zumindest in der Öffentlichkeit<sup>62</sup>. Sie besagt, daß erstens Esten zumeist nur auf deutschen Befehl an Erschießungen beteiligt waren, und zweitens unter der ein halbes Jahrhundert währenden sowjetischen Besatzung estnischen Staatsbürgern weitaus mehr Leid zugefügt worden ist. Während in Westeuropa die Behandlung kommunistischer Verbrechen immer noch stark politisiert ist – wie zuletzt die Debatte um das „Schwarzbuch des Kommunismus“ gezeigt hat – muß man den Rekurs auf sie in Osteuropa als unbestrittenes konstitutives Element ansehen, auf dem die Identität der jungen Staaten zumindest zum Teil gründet. Fast reflexartig evoziert daher jede Form von Forderung nach Aufklärung über die „dunklen Seiten der Geschichte“ von außen nicht nur in Estland die Gegenforderung: Akzeptiert endlich, daß für uns die roten Verbrechen schlimmer waren als die braunen<sup>63</sup>. Daß zwangsläufig auf beiden Seiten Esten beteiligt waren, macht die Aufklärungsarbeit nicht leichter. Und im Westen wird gern übersehen, welche Tragödie sich im Baltikum zwischen 1939 und 1944 abgespielt hat, die vor allem von Veteranen aus dem Kreis der antisowjetischen Dissidenz und von der Erlebnisgeneration immer noch als sowjetischer Genozid an den Esten, Letten und Litauern bezeichnet wird. Andererseits ist auch klar, daß angesichts der nachweisbaren eigenen Mittäterschaft am Judenmord – ob auf deutschen Befehl oder nicht – die identitätsstiftende historische Opferrolle bedroht ist. Angriffe auf den schleppenden Prozeß der „Vergangenheitsbewältigung“, die nur allzu leicht als Kollektivanklage gewertet werden, schaffen eine Belagerungsmentalität, die sich hinter den alten Legenden verschanzt. Es muß auch im Westen akzeptiert werden, daß der stalinistische Terror für die Esten, Letten und Litauer wie der Holocaust für die Juden zu einem wesentlichen Teil der eigenen Identität geworden ist<sup>64</sup>. Diese simple Differenzierung erscheint notwendig, auch um anzudeuten, wie wesentlich eine gefestigte eigene Identität ist, bevor sie die eigene Täterrolle annehmen kann – man denke nur an das deutsche Beispiel.

Die Untersuchung der Zeit der deutschen Besatzung, die von einer internationalen Öffentlichkeit vehement eingefordert wird, war bis vor kurzem in Estland tatsächlich ein Desiderat der Forschung<sup>65</sup>. Hier ist die von Präsident Lennart Meri

<sup>62</sup> Aber auch in den Geschichtsbüchern: In einem 1999 in mindestens sechs Sprachen erschienenen Band über die Geschichte aller drei Staaten wird die eigene Beteiligung am Holocaust verschwiegen. Die Judenvernichtung wird zwar mit Zahlen belegt, doch seien die Pogrome von den Deutschen organisiert gewesen und hätten nicht den erwünschten Erfolg in der Bevölkerung gehabt. *The History of the Baltic Countries*, hrsg. v. *Zigmantas Kiaupa, Ain Mäesalu, Ago Pajur, Gvido Straube* (Tallinn 1999) 174.

<sup>63</sup> Hier sei auf den Eklat während der Leipziger Buchmesse 2004 erinnert. Siehe *Joachim Güntner*, Unkenntnis und ungleiches Gedenken. Gulag und Holocaust – Nachbetrachtungen zum Eklat von Leipzig, in: *Neue Züricher Zeitung* v. 3. 4. 2004.

<sup>64</sup> *Anton Weiss-Wendt*, Mida tähendab meile holocaust? Võrdlevalt Ameerikast ja Eestist, in: *Vikerkaar* (2001) H. 8–9, 112–123, hier 122.

<sup>65</sup> Vgl. aber *Eugenia Gurin-Loov*, Suur häving. Eesti juutide katastroof 1941 (Tallinn 1994); *dies.*, Verfolgung der Juden in Estland (1941–1944). Rettungsversuche und Hilfe, in: *Solidarität und Hilfe für Juden während der NS-Zeit. Regionalstudien II: Ukraine, Frankreich, Böhmen und Mähren, Österreich, Lettland, Litauen, Estland*, hrsg. v. *Wolfgang Benz* und

1998 eingerichtete Kommission unter Leitung des finnischen Historikers und Diplomaten Max Jakobson in der Verantwortung, Ergebnisse vorzulegen<sup>66</sup>. Ein erster Band ist 2002 erschienen, in dem die Menschenverluste aus der Zeit der deutschen Okkupation dokumentiert wurden<sup>67</sup>. Für die nächste Zukunft ist ein Sammelband zu den Jahren 1941–44 angekündigt, der von dem aus Kanada stammenden Direktor des Instituts für Außenpolitik und Professor an der Universität Tartu, Andres Kasekamp, herausgegeben wird. Einige grundsätzliche Aufsätze über den Mord an den estnischen Juden, die Lager auf estnischem Boden und den Einsatz von Esten in verschiedenen bewaffneten Einheiten des Dritten Reiches sind in einem inzwischen vergriffenen Heft des erwähnten Organs des Schriftstellerverbands „Vikerkaar“ im Herbst 2001 erschienen<sup>68</sup>.

Unstrittig ist dieser Anfang in der Erforschung der Jahre 1941–1944 Folge der vehementen Einmischung von außen. Wichtig wird dabei in erster Linie sein, wie die neuen Forschungsergebnisse an die eigene Öffentlichkeit vermittelt werden. Eine denkbar ungünstige Ausgangsposition hierfür schufen 2001/02 jedoch die Untersuchungen des Simon-Wiesenthal-Zentrums. Seinem Vertreter Efraim Zuroff, der von dem bekannten Schriftsteller Jaan Kaplinski nicht ohne Grund zu einem der unpopulärsten Menschen in Estland erklärt worden ist<sup>69</sup>, wäre etwas mehr Sensibilität für die Situation in den baltischen Ländern und den Umgang mit ihrer Vergangenheit zu wünschen. Die Hartnäckigkeit und Engstirnigkeit, mit der Zuroff in regelmäßigen Abständen die Verurteilung von vermeintlichen estnischen (lettischen, litauischen) NS-Schergen fordert, sucht ihresgleichen, schon weil Zuroff den historischen Kontext der Jahre 1940–1945 komplett auszublenken scheint und bislang nur wenig beweiskräftiges Material vorlegen konnte<sup>70</sup>. Nach ersten publizistischen Debatten im Jahre 1998 dominierte das Thema des

Juliane Wetzel (Solidarität und Hilfe 2, Berlin 1998) 295–307. Zu ihr Weiss-Wendt, Mida tähendab 121.

<sup>66</sup> Vgl. den Forschungsbericht der Kommission im Internet ><http://www.historycommission.ee>< sowie den polemischen Meinungs Austausch zwischen Anton Weiss-Wendt und Toomas Hiio in: Vikerkaar (2002) H. 8–9, 220–224.

<sup>67</sup> Eesti rahvastikukaotused II/1. Saksa okupatsioon 1941–1944. Hukatud ja vangistuses hukkunud. Population Losses in Estonia II/1. German Occupation 1941–1944. Executed and died in prison, hrsg. v. Indrek Paavle (Tartu 2002).

<sup>68</sup> Meelis Maripuu, Eesti juutide holokaust ja eestlased, in: Vikerkaar (2002) H. 8–9, 135–146; Riho Västriku, Klooga koonduslaager – Vaivara süsteemi koletu lõpp, in: ebd. 147–155; Toomas Hiio, Eesti üksused kolmanda reich'i relvajõududes, in: ebd. 156–179. Im selben Heft erschienen ins Estnische übersetzte Texte von Raul Hilberg, Jorge Semprun, Primo Levi, Elie Wiesel sowie einige Gedichte von Paul Celan und Auszüge aus den Tagebüchern von Victor Klemperer. Ein Beitrag des Schriftstellers Jaan Kaplinski mit dem provozierenden Titel „Mida need juudid ometi tahavad?“ (Was wollen diese Juden eigentlich?) setzt sich mit anti-jüdischen Stimmungen in Estland auseinander (ebd. 214–217).

<sup>69</sup> Kaplinski, Mida need juudid ometi tahavad 217.

<sup>70</sup> Eine Übersicht über Zuroffs Aktivitäten aus Anlaß der Bitte des Wiesenthal-Zentrums an die Regierung Venezuelas, u. a. den damals 81-jährigen Harry Männil auszuliefern, bietet der Artikel: Efraim Zuroff: natside kaastööline Harry Männil tuleb välja anda, in: Postimees, 20. März 2001. Ein vor Gericht verwertbarer Beweis für Männils Beteiligung an der Erschießung von Juden konnte bislang nicht erbracht werden.



estnischen Umgangs mit der Zeit der NS-Besatzung die Gazetten auch im Sommer 2002, nachdem Zuroff im Mai prominente Unterstützung vom neuen Tallinner US-Botschafter Joseph DeThomas erhalten hatte. Dieser rief mit einem Artikel unter dem Titel „Estland verschweigt den Holocaust“ Entrüstung hervor, da er forderte, die Esten sollten wie andere Völker Europas auch den Holocaust als Teil ihrer Geschichte akzeptieren – etwa wie die Deutschen? – und ihre Politiker sich an den jährlichen internationalen Gedenkfeierlichkeiten beteiligen<sup>71</sup>. Kasekamp wies vermittelnd darauf hin, daß der Botschafter die Regierung in erster Linie habe warnen wollen, da der US-Senat im Falle der Aufnahme Estlands in die NATO in jedem Fall Stellungnahmen zum Thema Holocaust aus Tallinn erwarte<sup>72</sup>. Die allgemeine Reaktion in der Presse auf die Vorwürfe war dann jedoch weniger polemisch, als vielleicht zunächst zu erwarten war, aber auch selbstbewußt: Der Botschafter solle sich besser informieren, bevor er sich in die inneren Angelegenheiten Estlands einmische, er habe wohl übersehen, daß sich Präsident Lennart Meri bereits 1994 für die Verbrechen gegen die Juden auf estnischem Boden entschuldigt habe<sup>73</sup>. Natürlich müsse im Bereich der Schulbildung oder bei der Errichtung von Gedenkstätten mehr getan werden, doch sei der ebenfalls von DeThomas im Fahrwasser Zuroffs erhobene Vorwurf, Estland habe nicht einen Nazi-Schergen verurteilt, ungerecht, da erstens das KGB in dieser Hinsicht sehr fleißig gewesen sei und zweitens nach offiziellen Angaben der staatlichen Behörden kein Täter mehr auf estnischem Boden lebe<sup>74</sup>. Auch Max Jakobson wurde mit dem Vorwurf zitiert, daß der Botschafter wohl den Arbeitsbericht der Präsidenten-Kommission nicht gelesen habe<sup>75</sup>. Kolumnist Kross gab seinerseits zu, daß Estland unglaublich erscheine, wenn es die moralische Verantwortung für die NKVD-Opfer anerkenne, diejenige gegenüber den NS-Opfern hingegen ablehne. Allerdings sei der 14. Juni, der Jahrestag der sowjetischen Deportationen von 1941, der in Estland als Gedenktag für *alle* Opfer fremder Gewaltherrschaft begangen wird, für die Esten weitaus wichtiger<sup>76</sup>. Süssfiant wies Kross am Ende seines Beitrags darauf hin, daß noch nie ein US-Botschafter an diesem Tage einen Kranz niedergelegt hätte: „Hoffentlich bedeutet die Aktivität des neuen Gesandten in Fragen der Erinnerung an die Grausamkeiten der Geschichte, daß wir jetzt auch ihn dort erwarten können.“<sup>77</sup> Daß DeThomas am Deportationstag tatsächlich einen Kranz niederlegte<sup>78</sup>, zeigte immerhin, daß die estnische Presse in der

<sup>71</sup> *Joseph M. DeThomas*, Eesti vaikib holokaustist, in: Eesti Päevaleht, 28. Mai 2002.

<sup>72</sup> USA-suursaadik hoiatas Eestit Senati võimalike küsimuste eest, in: Postimees, 29. Mai 2002.

<sup>73</sup> *Anneli Ammas*, USA saadik sekkub Eesti ajalukku, in: Eesti Päevaleht, 28. Mai 2002; vgl. *Juhtkiri*, ebd.; Suursaadiku mure, in: Postimees, 29. Mai 2002; *Erkki Bahovski*, Holokaust välispoliitika vankri eest, in: Postimees, 29. Mai 2002; *Enn Tarto*, Eestlased ei tohi lasta end provotseerida, in: Postimees, 30. Mai 2002.

<sup>74</sup> Kapol pole infot Eesti natside kohta, in: Postimees, 29. Mai 2002.

<sup>75</sup> *Ammas*, USA saadik.

<sup>76</sup> Dieses Argument nutzt auch *Weiss-Wendt*, Mida tähendab 122.

<sup>77</sup> *Eerik-Niiles Kross*, Holokaust kui küpsuseksam, in: Eesti Päevaleht, 30. Mai 2002.

<sup>78</sup> USA suursaadik tõi leinapärga, in: Postimees, 15. Juni 2002.

US-Botschaft rezipiert wird – diese Geste gab die Initiative in dieser Frage jedoch wieder an die Esten zurück. Inzwischen ist hier der 27. Januar zum Gedenktag erklärt worden, der vor allem in den Schulen begangen werden soll.

Vor diesem Hintergrund haben der „Pressekrieg“ um Zuroff, seine Anklagen und die Aktion „last chance“, die Auslobung von 10000 Dollar für jeden Hinweis, der zur Ergreifung von estnischen, lettischen oder litauischen „Judenmördern“ führt<sup>79</sup>, die Stimmung im nachrichtenarmen Sommerloch angeheizt. Zum Teil gibt sich die estnische Presse mittlerweile selbst Mühe, Zuroff Arbeit abzunehmen und estnische NS-Täter aufzuspüren<sup>80</sup>. Es bleibt insgesamt mit der einflußreichen Tageszeitung „Postimees“ zu hoffen, daß die jeweils „eingekapselten“, in Osteuropa auf Stalins, in Westeuropa auf Hitlers Verbrechen konzentrierten Geschichtsverständnisse sich eines Tages füreinander öffnen werden, so daß auch Zuroff zu einem Verwandten im Geiste werden könne<sup>81</sup>. Daß diese mediale Skandalfigur sich Anfang August 2002 einem *online*-Interview des „Eesti Päevaleht“ stellte, an dessen Ende er seine Position zu verdeutlichen suchte, war immerhin ein Schritt zum Dialog. Doch solange Zuroff versucht, seine Aktivität nur damit zu rechtfertigen, daß der Holocaust an den Juden „far worse“ gewesen sei als alles, was den Esten angetan worden ist<sup>82</sup>, wird er wenig Anhänger finden, und es kann leider auch

<sup>79</sup> Im September 2002 teilte das Wiesenthal-Zentrum mit, daß sich 17 Menschen in den drei baltischen Republiken auf diesen Aufruf hin gemeldet und 51 Namen, davon 47 litauische, drei estnische und einen lettischen, genannt hätten. Die Summe von 10000 Dollar habe jedoch nur eine Person für sich reklamiert. Schon im August hatte Zuroff demgegenüber darauf hingewiesen, daß ein Este als Gegenreaktion auf die Aktion „last chance“ 20000 Dollar für Hinweise auf bislang unbestrafte jüdische NKVD-Schergen ausgelobt hatte. *Sten A. Hankewitz*, 17 inimest Eestis ja Balti riikides soovib Wiesenthali 10000 dollarit, in: *Eesti Päevaleht*, 10. September 2002; *Efraim Zuroff*, Holokaust Eesti meedias, in: *Postimees*, 6. August 2002.

<sup>80</sup> *Tarmo Valter*, USA võttis kodakondsuse Eestisse kolinud gestaapolaselt, in: *Eesti Ekspress*, 29. August 2002, A2-A3.

<sup>81</sup> *Efraim Zuroff*, ajalugu ja meie, in: *Postimees*, 9. August 2002. Zu den zuvor gennanten Aktivitäten vgl. *Natsikuritegusid uuriva Simon Wiesenthali keskuse Iisraeli osakonna juht Efraim Zuroff andis täna Tallinnas viibides kaitsepolitseile üle nimekirja seitsmeteistkümmest natsikurjategijast*, ETA-Meldung, 10. Juli 2002.

<sup>82</sup> Zuroff: „The crimes committed by the Communists in Estonia caused terrible suffering for many Estonians, among them numerous Jews. (Over 440 Jews were deported by the Communists from Estonia in June 1941). These crimes should never be forgotten and it is important to try and bring those guilty of those crimes to justice. But what happened in Estonia was not a Holocaust or even close to one. The suffering of Estonians was appalling, but it does not mean that historically-false symmetries with other far worse suffering should be created. Nor should Estonian suffering at the hands of the Communists be used to excuse or ignore the crimes of those Estonians who collaborated with the Nazis. Those who fought together with the Third Reich have to realize what the implications of a Nazi victory in World War II would have been, even though in many cases they did so more out of hatred for the Soviets, rather than love for Germany.“ Des weiteren leugnet Zuroff nicht, daß Juden Kommunisten gewesen sein konnten. Sein einseitiges Geschichtsverständnis offenbart sich jedoch in der Bemerkung, dies sei Verrat am jüdischen Volk gewesen: „There were indeed Jews who served Communism and participated in crimes against civilians. They should be accountable for their crimes as should everyone else. But it should be clear that they did so almost inva-

nicht erwartet werden, daß das sinnlose Gegeneinanderaufrechnen der Greueltaten nationalsozialistischer und sowjetischer Provenienz estnischerseits aufgegeben wird.

Bei diesen verhärteten Fronten ist an eine wissenschaftliche Auseinandersetzung noch nicht zu denken. Typisch bleibt so die (bislang) letzte Episode: In ihrem Forschungsbericht hatte die Historikerkommission unter Jakobsons Leitung festgestellt, daß sich das estnische 36. Polizeibataillon im Sommer 1942 im weißrussischen Novogrudok aufgehalten habe, zu einer Zeit, in der dort über 2000 Juden erschossen worden sind. Zuroff stützte sich noch in seinem erwähnten *online*-Interview auf diesen Bericht und folgerte, daß das Bataillon an den Erschießungen teilgenommen hätte. Auf einer Pressekonferenz mußte nun Jakobson seinerseits demgegenüber klarstellen, daß es „keine Beweise gibt, die eine aktive Beteiligung des Bataillons an dem Mord bestätigen“<sup>83</sup>. In dieser Form muß sich die Arbeit des Wiesenthal-Zentrums selbst ad absurdum führen – dem Prozeß der Integration des Holocaust in das estnische Geschichtsbewußtsein erweist sie zumindest einen Bärendienst. Kaplinskis Forderung, die noch lebenden Verbrecher vor Gericht zu stellen, sah er selbst in seinem Beitrag vor allem dadurch behindert, daß der durchschnittliche Este es vorziehe, „hinter Barrikaden zu leben“ und es eben nicht als merkwürdig ansehe, wenn „in der Öffentlichkeit diejenigen als Freiheitskämpfer tituliert werden, die unter dem genialen Oberbefehl von Adolf Hitler und Heinrich Himmler an der Ostfront gegen die Rote Armee und im Hinterland gegen rote Partisanen, Juden und Zigeuner“<sup>84</sup> gekämpft hätten.

riably not out of any loyalty to the Jewish people, but rather out of loyalty to Communism and a betrayal of the Jewish people. These were individuals who traded in Jerusalem for Moscow, who in most cases turned their backs on their own people and in certain cases actively persecuted Jews. Thus none of these crimes were committed out of Jewish loyalty or on behalf of the Jewish people, which is a very different situation than the cases of the numerous Nazi war criminals from Central and Eastern Europe who thought that they were fulfilling their patriotic duty by collaborating with Nazi Germany and in many instances, mass murdering Jews.“ Zuroff selber wäre wohl kaum damit einverstanden, wenn man sich in Estland auf diese Weise von den estnischen Tätern im Zweiten Weltkrieg loszusagen versuchte. Dieses *online*-Interview vom 8. August 2002, in dem auch einige antisemitsch motivierte Aussagen der anonymen Fragesteller dokumentiert sind, ist nachzulesen in englischer Übersetzung in: ><http://www.epl.ee/artikkel.php?ID=210805&P=1>< letzter Zugriff August 2002.

<sup>83</sup> Jakobsoni komisjoni ei tea eestlaste rolli massimõrvas, in: Postimees, 24. August 2002.

<sup>84</sup> Kaplinski, Mida nad juudid ometi tahavad? 219. Daß im Sommer 2002 in Pärnu ein Ehrenmal für alle im Zweiten Weltkrieg gefallenen estnischen Soldaten – mit einem SS-Soldaten „geschmückt“ – für wenige Stunden in Pärnu aufgestellt werden konnte, und sich die Stadtverwaltung nach dem Abbau jeglicher Verantwortung zu entziehen versuchte, zeigt die Virulenz dieser Feststellung. *Urmas Seaver, Mirko Ojakivi*, Pärnu võttis SS-vormis sõduriga ausamba maha, in: Postimees, 24. Juli 2002; *Mirko Ojakivi*, SS-ausamba püstitajal olid kooskõlastused, in: Postimees, 1. August 2002. Zu dem Skandal, der sich im Sommer 2004 ereignete, als dieses Denkmal erneut aufgestellt wurde, werde ich mich an anderer Stelle äußern.

#### IV. Die ethnische Komponente: Geschichte und Integration

Ein gutes Jahrzehnt nach der Trennung von der Sowjetunion ist Estland dabei, sich auch historiographisch nach Europa zu orientieren und den engen nationalen Tellerrand zumindest theoretisch in Frage zu stellen. Dies wiederum heißt nicht, daß die im politischen Sinne ethnisch integrierende Instrumentalisierung von Geschichte aus der Zeit der Perestroika überwunden ist. Ohne postmodernen Modellen huldigen zu wollen, verheißt Jan Ross zufolge das zusammenwachsende Europa für niemanden eine schönere Vergangenheit, „nur mehr, für alle“<sup>85</sup>. Auf dieser Linie liegt auch der in Estland vernehmbare Ruf nach mehr Geschichten. Allerdings muß in diesem Sinne auch die estnische Öffentlichkeit sich mit den weniger heroischen Seiten der eigenen Geschichte auseinandersetzen lernen – ein Prozeß, der auch in den von Estland als Vorbild angesehenen skandinavischen Ländern seine Zeit gebraucht hat (Euthanasie, Kooperation mit dem Dritten Reich).

Nach der durchaus erfolgreichen Rekonstruktion eines ethnisch integrativen Geschichtsbildes ist es in Estland vor allem an der Zeit, der ethnischen Heterogenität des Landes Aufmerksamkeit zu schenken. So sehr in den letzten Jahren die ethnische Komponente von Geschichte in bezug auf die deutsche Vergangenheit in Liv- und Estland thematisiert worden ist, erscheint es demgegenüber für den Integrationsprozeß im Lande selbst aktueller und damit bedeutsamer zu sein, sich mit den stark differierenden Geschichtsbildern von Esten und Russen im Lande auseinanderzusetzen. Nicht die Darstellung estnischer Staatlichkeit oder, um Undusk zu zitieren, die „Geschichte der territorialen Autonomie in Estland“ sollte politische Aufgabe der Historiographie sein<sup>86</sup>, sondern der Einbezug der russischen Minderheit. Unterschiedliche Geschichtsauffassungen stellen die Grundlage der unterschiedlichen Identifikation von Esten und Russen mit der Republik Estland dar. Auch wenn sich manche Parameter verschoben haben dürften, zeigt eine Statistik aus der Mitte der 1990er Jahre, wie stark die Unterschiede in der Einschätzung verschiedener historischer Ereignisse unter Russen und Esten tatsächlich sind<sup>87</sup> (Tabelle S. 47).

Der neuralgische Punkt des estnischen Selbstverständnisses, die Frage nach der Bewertung des „Anschlusses“ an die Sowjetunion 1940, mag das Problem verdeutlichen: Nach einer neuen Umfrage vertreten 44% der sogenannten Nicht-Esten die klassische sowjetische Meinung, daß es sich um einen freiwilligen Beitritt gehandelt habe. Nur 6,5% benutzen den Begriff „Okkupation“, 26% den-

<sup>85</sup> Jan Ross, Die Vergrößerung der Vergangenheit. Ob es um das Verhältnis zu Israel geht oder um Flucht und Vertreibung nach 1945: Die Geschichtspolitik europäisiert sich, in: Die Zeit Nr. 18, 2002, 52.

<sup>86</sup> Undusk bezeichnet eine solche Geschichte des estnischen Staates als „wichtigste Bestelung des heutigen Estland an die Historiker“. Undusk, Eesti ajaloo kotkaperspektiivist 110.

<sup>87</sup> Michael Geistlinger, Aksel Kirch, Estonia – A new framework for the Estonian majority and the Russian minority, in: Ethnos 45 (1995) 43.

*Bewertungen der historisch-nationalen Entwicklung Estlands*

	Esten	Russen
Unabhängigkeitszeit 1918–1940	+ 78	+ 18
Nachbarschaft mit Finnland	+ 60	+ 33
Nachbarschaft mit Schweden	+ 60	+ 24
Nachbarschaft mit Lettland/Litauen	+ 48	+ 16
Einfluß der Exil-Esten	+ 41	– 2
Einfluß der Deutschen/Baltendeutschen	+ 24	– 8
Einfluß der Esten in der UdSSR	– 13	+ 5
Deutsche Okkupation 1941–1944	– 37	– 45
Wachsende Zahl von Nicht-Esten	– 45	– 11
Nachbarschaft mit Rußland	– 56	+ 40
Einfluß der Kommunistischen Partei	– 85	– 17
Zugehörigkeit zur UdSSR	– 90	+ 9

ken, daß es „vielleicht“ eine Okkupation gewesen sei<sup>88</sup>. Um zu verhindern, daß sich unter den Russen wie einst bei den Esten in der Estnischen SSR eine „inoffizielle“ alt-neue historische „Wahrheit“ herauskristallisiert, sollte aus ersten Überlegungen, wie estnische Geschichte den Russen vermittelt werden könnte<sup>89</sup>, auch ein Umlernprozeß resultieren. Auf das auch manche neueren Schulbücher betreffende Problem, nationale Geschichtsschreibung als politische Waffe gegen eine zahlreiche russische Minderheit im Land zu nutzen, hat auch Jüri Kivimäe kürzlich hingewiesen<sup>90</sup>.

Eine zweisprachige Edition für Lehrer unter dem Titel „Widersprüchliche Geschichte“, wie sie Ieva Gundare in Lettland herausgegeben hat, ist in Estland erst 2004 erschienen. Beispielhaft werden hier „viele Geschichten“ präsentiert, für die Interpretationen z. B. aus nationallettischer, sowjetischer oder exillettischer Perspektive stehen. Paradigmatisch wird zu Beginn des lettischen Bandes festgestellt, daß verschiedene Menschen unterschiedlicher sozialer oder nationaler Herkunft dieselben Ereignisse zwangsläufig anders sehen<sup>91</sup>. Es bleibt zu hoffen, daß ähnliche methodische Ansätze weiterentwickelt werden. In Estland sind Schulbücher, die zum Teil auch in russischer Übersetzung erscheinen, zumeist estozentrisch, d. h. sie blenden die Geschichte der russischen Minderheit aus; sie sind zudem eindeutig faktenorientiert und bieten – abgesehen von bunten Karten und vielen Bil-

<sup>88</sup> Angaben von Klara Hallik auf einer Tagung von EUROCLIO und des Estnischen Geschichtslehrerverbands am Narvaer Kolleg der Universität Tartu, 13. September 2002.

<sup>89</sup> *Eerik-Nüles Kross*, Lääne tsivilisatsiooni piiril, in: *Eesti Päevaleht*, 24. April 2002; *Eero Medijainen*, Kahestunud ajalooteadvus, in: *Eesti Päevaleht*, 21. Mai 2002.

<sup>90</sup> *Kivimäe*, Re-writing 207.

<sup>91</sup> *Protivorečivaja istorija. Posobie dlja učitelja / Pretrunigā vēsture. Skolotāja rokasgrāmata*, hrsg. v. *Ieva Gundare* (Riga 2000). Vgl. *Gundare*, Overcoming the Legacy. Die russischsprachige Ausgabe des estnischen Werks: *Istorija – ēto ne tol'ko prošlo. Prošlo – ēto ešče ne istorija. Kniga dlja učitelja istorii* (Tallinn 2004). Siehe >[www.eas.edu.ee/kasiraamat/rus/sisu\\_rus\\_screen.pdf](http://www.eas.edu.ee/kasiraamat/rus/sisu_rus_screen.pdf)< letzter Zugriff Juni 2005.

dern – nur ein äußerst geringes Maß an Didaktik. Aber auch die estnische Historikerzunft ist bislang noch nicht an die Aufgabe herangetreten, eine alle heutigen Bewohner des Landes integrierende Geschichte Estlands zu schreiben. Die Erforschung der Geschichte der russischen Minderheit des Landes bleibt Angelegenheit der russischen Wissenschaftler im Lande, unter denen v.a. der mittlerweile emeritierte Tartuer Professor Sergej G. Isakov zu nennen ist<sup>92</sup>.

Die unterschiedliche Auffassung von Geschichte – die nach Auffassung von Aija Klavina, der Vorsitzenden der lettischen Geschichtslehrervereinigung, fast das ganze 20. Jahrhundert betrifft – trägt stark zu der Verfestigung zweier nebeneinander lebender ethnisch bestimmter Gemeinschaften bei. So beschreiben z. B. lettische Russen, die während der Perestroika selbst für Veränderungen eingetreten waren, heute ihre Ambivalenz in bezug auf den lettischen Staat, in dem sie pauschal als „Okkupanten“ klassifiziert werden<sup>93</sup>. Tatsächlich geht es für die ethnisch gespaltenen Gesellschaften in Estland und Lettland weniger um die Frage, ob die deutsche oder die sowjetische Okkupation bösartiger war, sondern vielmehr darum, sich neben der faktischen Aufarbeitung auch um den Einfluß von Mißbrauch und Manipulation von historischen Ereignissen zu kümmern, will man das spaltende Erbe der Geschichte überwinden<sup>94</sup>. Sonst bleibt zum Beispiel der 9. Mai, der Tag des Sieges der Sowjetunion über Hitler, auch in den nächsten Jahren eine ethnisch einseitige russische Veranstaltung, die von den Esten mit Befremden registriert wird, was sich 2005 bestätigt hat.

Gerade die Tatsache, daß die sowjetische Gewohnheit, diesen Tag als Familienfeiertag zu begehen, auch in Estland übernommen wird, so daß – wie auf den hier abgebildeten Fotos vom 9. Mai 2002 am Tallinner Tõnismägi – auch die Enkel und Urenkel der Kriegsteilnehmer feiern, verstört die Esten und verweist auf das traditionsbildende Potential dieser Feierlichkeiten. Eine Tradition, von der sich die Esten ihrerseits wiederum ausschließen.

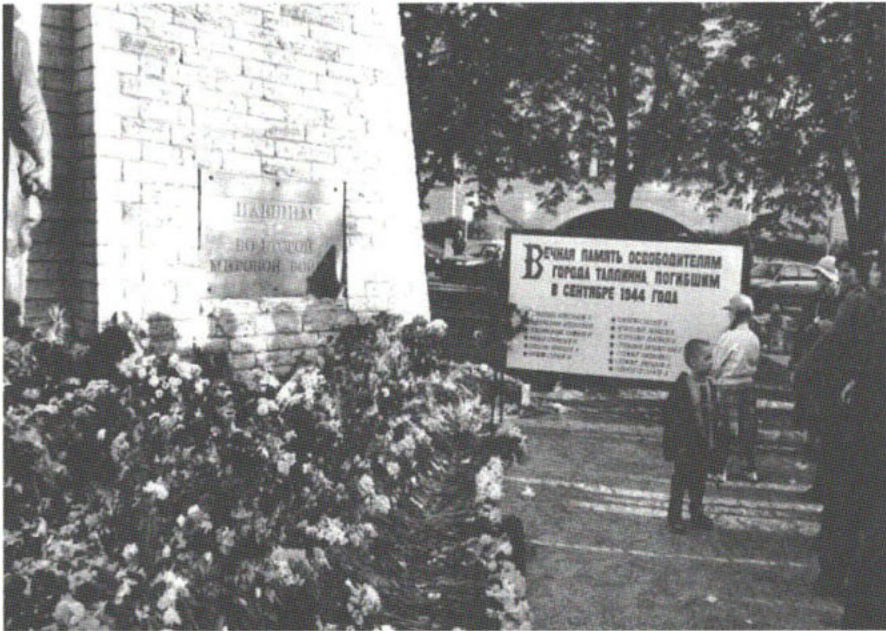
Obwohl die Debatten, dieses mittlerweile allen im Zweiten Weltkrieg Gefallenen – und damit nicht mehr nur den „sowjetischen Befreiern“ – gewidmete Denkmal abzureißen, offenbar nicht wieder aufkeimen<sup>95</sup>, ist der Abstand zwischen den

<sup>92</sup> Vgl. den Band mit Isakovs gesammelten Aufsätzen: *Sergej G. Isakov, Russkie v Eštonii 1918–1940. Istoriko-kul'turnye očerki* (Tartu 1996), sowie den Sammelband: *Russkoe nacional'noe men'sinstvo v Eštonskoj respublike (1918–1940)*, hrsg. v. *Sergej G. Isakov* (Tartu, Sankt-Petersburg 2001).

<sup>93</sup> *Gundare, Overcoming the Legacy*. Vgl. jetzt den Blick der russischsprachigen Minderheit Estlands auf die „singende Revolution“: *Iseseisvuse anatoomia*, hrsg. v. *Rafik Grigorjan, Igor Rosenfeld* (Tartu, Sankt-Petersburg 2004).

<sup>94</sup> Zu diesem Komplex, der hier nur angedeutet werden kann, vgl. *Integratsioonimaastik – ükskõiksusest koosolemiseni*, hrsg. v. *Agü Laimus, Iris Pettai, Ivi Proos* (Tallinn 2000); *Vello Pettai, The Ethnopolitics of Integration in Estonia and Latvia*, in >[www.ut.ee/ABVKeskus/balti/ethnopolitics.htm](http://www.ut.ee/ABVKeskus/balti/ethnopolitics.htm)< letzter Zugriff September 2002; *Annika Avikson, Estonia on its Way towards a Multicultural Society* (B.A. thesis, Universität Tartu 2000), v.a. S. 30–34. Auch in >[www.ut.ee/ABVKeskus/cesti/estonia-multicultural\\_society.doc](http://www.ut.ee/ABVKeskus/cesti/estonia-multicultural_society.doc)< letzter Zugriff September 2002.

<sup>95</sup> Der vor wenigen Jahren unter Außenminister Ilves begonnene Versuch einer neuen Traditionsbildung kann noch nicht beurteilt werden. Am 9. Mai finden gegenüber dem Außen-



9. Mai 2002, Tallin, Fotos: © Karsten Brüggemann.

Parallelgesellschaften an diesem Tag deutlich zu spüren. Es wird für beide ethnischen Gruppen notwendig sein, die jeweils eigene Geschichte für andere Perspektiven zu öffnen, um zu verhindern, daß sich die Gräben noch weiter vertiefen<sup>96</sup>.

\*

Was bleibt als Fazit? Während die intellektuelle Elite Estlands mit nationalen Symbolen und Traditionen postmodern jongliert, bietet dieser Diskurs der breiten Öffentlichkeit kaum Ansatzpunkte zum Verständnis der Transformationsprozesse. Dies heißt nicht, daß die Veränderungen Gefahr liefen, umkehrbar zu sein. Auch die Wahl des ehemaligen Vorsitzenden des Obersten Sowjets Arnold Rüütel zum Präsidenten, der eher als sein Vorgänger, der polyglotte „Europäer des Jahres“ 1998 Lennart Meri, die Sprache des „einfachen Mannes“ spricht, ist nicht als Ausdruck einer rückwärtsgewandten Nostalgie zu deuten. Seine Wahl im September 2001 diene eher einer neuen Balance innerhalb der Gesellschaft, an deren Spitze sich nun auch die derzeitigen Transformationsverlierer vertreten sehen können. „The national values preserved through the Soviet era lost their validity, while those used to justify reforms were not viewed as the interests of the people, but were perceived as the interests of the government and the élite“<sup>97</sup>, schrieben die Medienwissenschaftler Lauristin und Vihalemm zur Erläuterung. Für ihre Historikerkolleginnen und -kollegen bietet die sich entwickelnde offene Gesellschaft viele Freiheiten für inhaltlich spannende und methodisch anregende Forschungen. Eine politische Bedeutung wie in den Wendejahren hat die Geschichte heute jedoch nur noch in Ausnahmefällen und ihre Wirkung auf die Gesellschaft ist stark rückläufig. Aber damit hat Estland wohl auch in dieser Hinsicht „Europa“ bereits erreicht.

ministerium, dort, wo früher das Lenin-Denkmal stand, „Europatage“ mit politischen Reden und Musik für jugendliche Besucher statt.

<sup>96</sup> In einer Analyse der russischen Medienlandschaft in Estland kommt Valeria Jakobson zu dem Schluß, daß die russische Presse ihren Lesern nur die Illusion biete, über Estland informiert zu sein. Der Kulturschock beim Eintauchen in die estnische Umgebung werde durch sie nicht gemildert. Valeria Jakobson, *The Role of the Russian-Language Media in Estonian Society*, in: *Baltic Media in Transition*, hrsg. v. Peeter Vihalemm (Tartu 2002) 207–221, hier 219.

<sup>97</sup> Marju Lauristin, Peeter Vihalemm, *The Transformation of Estonian Society and Media: 1987–2001*, in: *Baltic Media in Transition* 17–63, hier 58.



*Ulrike von Hirschhausen*

## Denkmal im multiethnischen Raum

### Zum Umgang mit der Vergangenheit in der Gegenwart Lettlands

„Das Auffallendste an Denkmälern ist,  
daß man sie nicht bemerkt.“  
*Robert Musil*<sup>1</sup>

Historiker haben kein Monopol auf Geschichte und Erinnerung. Geschichte kann vielmehr als Waffe, als Mobilisierungsinstrument im Kampf um politischen Einfluß und Benennungsmacht eingesetzt werden. Unter dem Begriff der „Geschichtspolitik“ ist dieses Phänomen in letzter Zeit zu einem kontrovers diskutierten Forschungsfeld avanciert<sup>2</sup>. Daß Geschichte auch als Mittel dienen kann, ethnische, soziale oder konfessionelle Gruppen zu integrieren oder auszugrenzen, läßt sich seit der Auflösung der Blocksysteme gerade im östlichen Europa verstärkt beobachten. Wem es gelingt, bestimmte Erinnerungen zu aktualisieren, andere zurückzudrängen, der kann Orientierung vermitteln, Identität stiften und diese mit politischer Legitimation versehen<sup>3</sup>.

<sup>1</sup> *Robert Musil*, Denkmale, in: Gesammelte Werke Bd. 7 (Reinbek 1978) 507.

<sup>2</sup> Vgl. z. B. *Petra Bock, Edgar Wolfrum* (Hrsg.), *Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich* (Göttingen 1999); *Aleida Assmann, Ute Frevert*, *Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945* (Stuttgart 1999); *Beate Binder, Wolfgang Kaschuba, Peter Niedermüller* (Hrsg.), *Die Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts* (Köln, Weimar 2001); *Wolfgang Hardtwig*, *Geschichtskultur und Wissenschaft* (München 1990); *D. Schirmer*, *Mythos – Heilshoffnung. Modernität. Politisch-kulturelle Deutungscodes in der Weimarer Republik* (Opladen 1992); *Jörn Rüsen*, *Historische Orientierung: Über die Arbeit des Geschichtsbewußtseins, sich in der Zeit zurechtzufinden* (Köln 1994); *Wolfgang Hardtwig* (Hrsg.), *Geschichtsbilder und Geschichtspolitik*, in: GG 24 (1998) Heft 3.

<sup>3</sup> Vgl. für Osteuropa: *Rainer Lindner*, *Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrußland im 19. und 20. Jahrhundert* (München 1999); *Elke Fein*, *Geschichtspolitik in Rußland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratisierenden Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft Memorial* (Münster 2000); *Andreas Langenohl*, *Erinnerung und Modernisierung. Die öffentliche Rekonstruktion politischer Kollektivität am Beispiel des Neuen Rußland* (Göttingen 2000); *Wilfried Jilge*, *Staatssymbolik und nationale Identität in der postkommunistischen Ukraine*, in: *Ethnos-Nation* 6 (1998) 85–113.

Neben der Analyse nationaler Historiographien, neben der Untersuchung spezifischer Feiertage einer Gesellschaft oder der Funktion von Ausstellungen und Museen erscheint auch die Frage nach dem Umgang mit Denkmälern als lohnender Zugriff, um die politische Inanspruchnahme der Geschichte erkennbar zu machen. Wie eng Geschichtskultur und politische Kultur gerade in den neu oder wiedergegründeten Nationalstaaten Ostmitteleuropas beieinander liegen, wie stark die jeweilige Deutung der Vergangenheit hier politische Vorstellungen und Handlungen der Gegenwart zu steuern vermag, kann die seit einigen Jahren in Riga tobbende Denkmaldebatte besonders plastisch veranschaulichen<sup>4</sup>. Die Debatte kreist um das Projekt eines privaten Geschäftsmannes, drei Denkmäler wiederaufzurichten, die vor dem Ersten Weltkrieg im Zentrum der Stadt standen. Die Denkmäler sind mittlerweile renoviert, die Frage ihrer Aufstellung hat hingegen eine hitzige Kontroverse innerhalb der Hauptstadtgesellschaft Lettlands entfacht, die jegliche Entscheidung in den zuständigen Gremien lange Zeit blockiert hat.

Im Denkmal, so hat es Wolfgang Hardtwig beschrieben, „nimmt die Geschichtsdeutung sinnlich-anschauliche Gestalt an. Diese unterliegt künstlerischen Formprinzipien, aber sie bringt auch die öffentliche Konsensbildung über Ereignisse und Personen aus der Vergangenheit und deren Bedeutung für die Gegenwart und Zukunft zum Ausdruck.“<sup>5</sup> Im Unterschied zur Kunstgeschichte kann sich der Zugriff der Historiker indes nicht auf das Denkmal selbst und seinen möglichen, „objektiven“ Sinn beschränken, sondern „wir haben unsere Aufmerksamkeit dem zuzuwenden, was den Symbolen Leben verleiht: ihre Verwendung“<sup>6</sup>. Hat Charlotte Tacke dies in ihrer beispielhaften Studie „Denkmal im sozialen Raum“ primär mit dem Blick auf die jeweilige Konstruktion der Nation in Deutschland und Frankreich getan<sup>7</sup>, so bildet für den Gegenstand dieses Aufsatzes, den Umgang mit der Vergangenheit in Lettland, der multiethnische Charakter des Landes und zumal seiner Hauptstadt den entscheidenden Bezugspunkt. Er hat konkurrierende Geschichtsbilder hervorgebracht, die vor allem dort besonders provozierend aufeinanderprallen, wo es darum geht, der Erinnerung einen konkreten Ort zu geben – im Denkmal. Die Tatsache, daß es den politischen Eliten Lettlands zur Zeit darum geht, gehen muß, den neuen Nationalstaat aufzubauen, die Nation zu konstruieren und mit politischer und historischer Legitimität zu versehen, führt dazu, daß die Geschichtskultur des Landes, also jene „sich ergänzenden oder überlagernden [...] Formen der Präsentation von Vergangenheit in einer Gegenwart“<sup>8</sup>, unweigerlich politisiert und für Zwecke der Gegenwart einge-

<sup>4</sup> Es gibt dazu noch keinerlei Literatur; die Debatte schlägt sich primär in zahllosen, täglichen Artikeln und Leserbriefen der Hauptstadtpresse nieder, in lettischer Sprache vor allem „Neatkariga“, „Lauku Avize Rigas Balss“; in russischer Sprache „Telegraf“, „Čas“, „Vesti“ sowie gelegentlich in der englischsprachigen „Baltic Times“.

<sup>5</sup> Hardtwig, Vorwort, in: *ders.*, Geschichtskultur 8.

<sup>6</sup> Clifford Geertz, Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme (Frankfurt 1987) 193.

<sup>7</sup> Vgl. Charlotte Tacke, Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert (Göttingen 1995).

<sup>8</sup> Hardtwig, Geschichtskultur 8 f.

setzt wird. Die Verschränkung von Geschichtskultur und politischer Kultur, – und damit „Normen, Werten, Vorstellungen von Politik, die einer bestimmten Gruppe von Menschen selbstverständlich sind, ihr politisches Verhalten, politische Interaktionen und auch politische Institutionen bestimmen“<sup>9</sup> – ist keinesfalls nur ein lettisches Phänomen, sondern findet sich in Abstufungen und Varianten überall in Europa. Das Beispiel Lettlands, dessen Besonderheit darin liegt, innerhalb Ostmitteleuropas den höchsten Prozentsatz ethnischer Minderheiten sowie von Einwohnern ohne Staatsbürgerschaft aufzuweisen, kann jedoch dazu beitragen, diese Varianten genauer zu bestimmen. Dieser Aufsatz skizziert daher (erstens) die Kontinuitäten und Brüche der lettischen Geschichte unter Bezug auf ihre historischen Interpretationen, stellt (zweitens) die historischen Persönlichkeiten vor, um deren Erinnerungswürdigkeit gestritten wird, beschreibt (drittens) die wesentlichen Argumentationsstränge der rivalisierenden Gruppen und deren Träger, und formuliert (viertens) ein Fazit zur Inanspruchnahme und zum Wandel von Geschichtsbildern in der politischen Kultur Lettlands heute.

## I.

Die Geschichte Lettlands ist von der Erfahrung der Kolonisierung und Besatzung geprägt<sup>10</sup>. Mit der Herausbildung einer deutungsmächtigen Intelligenz im Zuge der lettischen Nationsbildung begann in den 1870er Jahren die Selbstreflexion und Deutung der eigenen Geschichte. Die Ankunft der deutschen Kreuzfahrer um 1200 wurde als Unterdrückung einer bereits nationsähnlich organisierten Stammesgemeinschaft interpretiert, die folgende Kolonisierung des baltischen Territoriums durch deutschbaltischen Adel und Stadtbürgertum als „600-jährige Sklaverei“ gedeutet. Allein die kurze Herrschaft der schwedischen Könige (1629–1710) hob sich als „gute Zeiten“, *labi laiki*, von dieser Negativfolie ab. Mit der Eroberung Livlands und Estlands durch Peter I. begann die Zugehörigkeit zum Russischen Reich, die seit 1795 auch Kurland mit einschloß. Die Zugehörigkeit zum Reich, dessen Reformen seit den 1870er Jahren die gleichsam autonome Herr-

<sup>9</sup> Thomas Kühne, Historische Wahlforschung in der Erweiterung, in: Simone Lässig (Hrsg.), Modernisierung und Region im wilhelminischen Deutschland. Wahlen, Wahlrecht und politische Kultur (Bielefeld 1995) 44; vgl. auch Karl Rohe, Politische Kultur und ihre Analyse, in: HZ 250 (1990) 321–346.

<sup>10</sup> Vgl. prägnant und abgewogen Andrejs Plakans, The Latvians. A Short History (Stanford 1995); ein differenziertes Bild der Gegenwart bei Graham Smith u. a. (Hrsg.), Nation-building in the Post-Soviet Borderlands (Cambridge 1998) 93–118; einseitig mit russophober Tendenz Juris Dreifelds, Latvia in Transition (Cambridge 1996); vgl. auch Artis Pabriks, Aldis Purs, Latvia. The Challenge of Change (London 2001). Zur Historiographie des 19. und 20. Jahrhunderts vgl. Eduard Mühle (Hrsg.), The Baltic Lands, National Historiographies, and Politics in the „Short Twentieth Century“, in: Journal of Baltic Studies 30 (1999) Nr. 4; nach 1990 Ulrike v. Hirschhausen, Die Nationalisierung der Geschichte und ihre Grenzen. Vier Thesen zur postkommunistischen Historiographie Lettlands 1991–2001, in: Österreichische Osthefte 44 (2002) 195–200.

schaft der deutschbaltischen Oberschicht massiv beschnitten, wurde von den lettischen Zeitgenossen vor 1918 positiv wahrgenommen. Während der nationale Intimfeind, die Deutschbalten, unter Druck geriet, erfuhr man selber seitens der russischen Regierung eine erhebliche Ausweitung politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Handlungsspielräume, die der raschen Nationsbildung zugute kam. Das goldene Zeitalter brach schließlich mit der Gründung eines eigenen demokratischen Nationalstaats an (1918–1940), der wie so häufig im östlichen Europa, eine Frucht des Ersten Weltkriegs, eine Kriegsgeburt war. Die kulturelle Hegemonie der Geschichtsdeutung lag damit erstmals bei lettischen Historikern, die den lange mißachteten Gegenstand des lettischen Volkes und seiner Staatsgründung jetzt mit aller Energie zu erforschen suchten. Seit 1934, als der Staatspräsident Kārlis Ulmanis Lettland in eine Präsidialdiktatur umwandelte, führte dessen staatliche Vorgabe, „die ältere Geschichte zu vergessen und sich vielmehr unserer eigenen Geschichte voller Liebe zuzuwenden“<sup>11</sup>, zu einer zunehmenden Verengung der Themenwahl und zur immer gezielteren Konstruktion einer nationalen Teleologie, die den multiethnischen Charakter des Landes, ähnlich wie zuvor die deutschbaltische Historiographie, außer acht ließ. Traumatische Besetzungen durch die sowjetische Volksarmee (1940–41) und die deutsche Wehrmacht (1941–44) mündeten schließlich in die gewaltsame Annexion Lettlands als Teil der Sowjetunion und der Ausrufung einer sozialistischen Sowjetrepublik Lettland. Die sowjetische Besatzung (1945–89), die mit brutalen Deportationen von rund 160 000 Menschen, rund 10% der Bevölkerung, verbunden war, hat sich tief in das kulturelle Gedächtnis der Bevölkerung eingegraben. Um die Bevölkerungsverluste aus Weltkrieg und Deportationen zu kompensieren und die Neuformierung nationaler Bewegungen möglichst zu schwächen, wurden seit den 1950er Jahren gezielte Zuwanderungsprogramme realisiert, die offiziell der Industrialisierung dienen sollten. Der massive Wandel der demographischen Situation trug zusätzlich zu einer überaus feindlichen Wahrnehmung der sowjetischen Besatzung bei, für deren abgewogene Analyse heute noch die Distanz fehlt. Ethnische Letten hatten 1935 rund 75% der Gesamtbevölkerung gestellt, Russen und Weißrussen 11,8%. Im Jahr 1989 machten ethnische Letten dagegen nur noch rund 52% der Bevölkerung aus, während die Zahl von Russen, Weißrussen und Ukrainern auf 42% angestiegen war<sup>12</sup>. Noch extremer waren die Verhältnisse in Riga. Hier stellten Letten 1989 nur noch 36%, wogegen die russischsprachigen Gruppen 56,5% der Stadtbevölkerung ausmachten<sup>13</sup>. Die Volkszählung des Jahres 2000 verdeutlicht den Umkehrtrend, der seitdem eingesetzt hat. Letten stellen heute 58% der Gesamtbevölkerung, die russischsprachigen Minderheiten 36,4%; in Riga stehen heute 41% Letten rund 53% Russen, Weißrussen und Ukrainern gegenüber<sup>14</sup>.

<sup>11</sup> *Andrejs Plakans*, Looking Backwards: The 18th and 19th Centuries in Inter-war Latvian Historiography, in: *Journal of Baltic Studies* 30 (1999) 298.

<sup>12</sup> Vgl. *Plakans*, Latvians 158.

<sup>13</sup> Ebd. 166.

<sup>14</sup> Results of the 2000 Population and Housing census in Latvia, published by the Central

Entsprechend gab die Erfahrung der Okkupation das zentrale Merkmal der Exilliteratur ab. Während die sozialistischen Historiker Lettlands den Klassenkampf nach vorne rückten, knüpften emigrierte Historiker mit ihrer Beschwörung eines tapferen kleinen Volks im ständigen Kampf mit äußeren Feinden an die historischen Meistererzählungen der Zwischenkriegszeit an. Nur ganz vereinzelt wurden, vor allem von Andrejs Plakans, seit den 1970er Jahren Darstellungen vorgelegt, die neuere methodische Zugangswege nutzten und sich ihrem Gegenstand mit der gebotenen Distanz annäherten<sup>15</sup>. Die Wende von 1989/90 hat zunächst zu einem Rückgriff auf Methoden und Themen der nationalen Meistererzählung der Zwischenkriegszeit geführt, die mit Traditionen der marxistischen Geschichtsschreibung eine merkwürdige Mischung eingingen<sup>16</sup>. Die kritiklose Darstellung des nationalen Kampfes unter weitgehender Mißachtung des multiethnischen Charakters des Landes überwog. Diese Deutung der eigenen Vergangenheit als nationale Passionsgeschichte, die erst seit kurzem durch vereinzelte Arbeiten, oft aus Nachbarwissenschaften, aufgebrochen wird, stimmte mit der nationalistischen Einstellung der politischen Eliten sowie breiter Teile der lettischen Gesellschaft überein. Ihren staatlichen Ausdruck fand sie 1994 in einem vergleichsweise restriktiven Einbürgerungsgesetz<sup>17</sup>.

Damit ist eines der zentralen Probleme des Landes angesprochen, wie nämlich mit der überaus hohen Zahl russischsprachiger Zuwanderer umzugehen ist, die überwiegend erst seit den 1950er Jahren ins Land kamen und dessen Sprache kaum erlernten. In Lettland entschied man sich 1991 dafür, den Erwerb der Staatsbürgerschaft an den Nachweis moderater Sprachkenntnisse zu binden, die Bewerbung selbst nur in zeitlichen Schüben zuzulassen. Die massive Kritik von EU und OSZE an letzterem, dem sogenannten *window-system*, hat 1997 zu dessen Aufhebung geführt, die staatlichen Bemühungen um eine konstruktive Reintegration der russischsprachigen Minderheiten sind seitdem erheblich gewachsen. Dennoch verweisen die Zahlen auf die anhaltende Brisanz des Problems, denn die Einbürgerung geht nur langsam voran und 500 000 Bewohner des Landes, rund 20% der Gesamtbevölkerung, sind nach wie vor ohne Staatsbürgerschaft<sup>18</sup>. Die ethnische Segmentierung der Gesellschaft, ursprünglich ein Ausfluß des Zuwanderungsprozesses, wurde durch die rechtliche Unterscheidung in Staatsbürger und Staatenlose, ein Resultat der staatlichen Einbürgerungspraxis, zunächst verschärft. Die

Statistical Bureau (CSB) of Latvia. Ich danke Lydia Sparite für ihre Hilfe bei der Recherche dieser Daten.

<sup>15</sup> Vgl. Andrejs Plakans, *The National Awakening in Latvia 1850–1900* (Diss. Cambridge 1969) MS.

<sup>16</sup> Vgl. Detlef Henning, Nationalbewegung und Nationalstaatswerdung Lettlands. Fazit der Forschung, in: Robert Maier (Hrsg.), *Nationalbewegung und Staatsbildung. Die baltische Region im Schulbuch* (Frankfurt 1995) 95–109; Hirschhausen, *Nationalisierung*.

<sup>17</sup> Vgl. Pabriks, Purs, *Latvia*; Carmen Schmidt, Die rechtliche Situation der Minderheiten in den baltischen Staaten am Beispiel Estlands, in: Ernst-Peter Brezovszky u. a. (Hrsg.), *Multi-kulturalität und Multiethnizität in Mittel-, Ost- und Südosteuropa* (Frankfurt a.M. 1999) 235–244. Lettland wird in diesem kurzen Aufsatz mitberücksichtigt.

<sup>18</sup> 2000 Population and Housing Census.

problematische Situation beginnt sich jedoch zu entspannen. Ethnizität spielt heute im beruflichen Alltag eine zunehmend weniger wichtige Rolle, doch gesellschaftlich und kulturell trennt sie nach wie vor. Zur Verfestigung oder Auflockerung dieser ethnischen Segmentierung tragen spezifische Geschichtsbilder in hohem Maße bei, da die Vergangenheit in breiten Schichten der Bevölkerung handlungsleitender Maßstab der Gegenwart ist und die politische Kultur Lettlands als starkes Argument immer wieder dominiert.

## II.

Die Rigaer Denkmalschlacht hat die Konkurrenz unterschiedlicher Geschichtsbilder in besonders augenfälliger Weise bloßgelegt. Seit der Zäsur von 1989 wurde die neuere Historiographie, wurden Gedenktage, Museen oder auch architektonische Entscheidungen ganz auf das kulturelle Gedächtnis der Letten zugeschnitten, symbolisierten mithin deren Auswahl an Erinnerung und dienten der Popularisierung deren Geschichtsbildes. Erinnerungen und Traditionsbestände der russischsprachigen Minderheit wurden hingegen marginalisiert, wozu auch die Organisationsschwäche dieses nur schwach integrierten Milieus mit beitrug. In der offenen Konfrontation des lettischen Hegemonialanspruchs, primär sein Geschichtsbild zu symbolisieren und allgemeinverbindlich zu machen, mit einer abweichenden Deutung liegt die Brisanz der Debatte, die weit über die politischen und kulturellen Eliten hinaus breite Schichten der Hauptstadtbevölkerung mobilisiert.

Worum geht es? Es geht, wie bereits erwähnt, um das Projekt eines Geschäftsmannes, eines lettischen Staatsbürgers russischer Herkunft, drei Denkmäler wieder aufzustellen, die vor 1914 im Rigaer Stadtkern standen, seitdem aber verschollen waren oder als ideologisch unwillkommen ein Kellerdasein fristeten. Die Denkmäler wurden auf Kosten des Unternehmers zwischenzeitlich restauriert, über die Frage ihrer tatsächlichen Erinnerung ist jedoch seit Ende 1999 eine veritable Meinungsschlacht losgebrochen, die primär in der Hauptstadtresse ausgetragen wird und jegliche Entscheidungen bis vor kurzem blockiert hat. Wer sind die Persönlichkeiten, welche die hitzige Kontroverse verursachen und welche Geschichtsbilder symbolisieren sie?

Das erste und umstrittenste Denkmal ist eine Reiterstatue Peter des Großen, die 1910 anlässlich der 200jährigen Zugehörigkeit der baltischen Provinzen zu Rußland im Rigaer Stadtkern aufgestellt wurde<sup>19</sup>. Symbolisierte das Denkmal damals einen Konsens zwischen deutschbaltischen und russischen Eliten, so war es auch

<sup>19</sup> Vgl. *Inta Štamgute*, Ka tapa pieminekļis Pēterim I. Rīgā, in: *Latvijas Vēsture* 1–45 (2002) 22–31; *Ojars Sparitis*, Valstiskās un nacionālās pasapziņas izpaušmes Rīgas 19.gs. Un 20.gs. sākuma, in: *Rīga 800 Gadagrāmata* 1996; *ders.*, Rīgas pieminekļi un dekoratīvā tēlniecībā (Rīga 2001); Die Peterdenkmalkonkurrenz in Riga, in: *Jahrbuch für bildende Kunst in den Ostseeprovinzen* 3 (1909) 55–58; *Constantin Mettig*, Erinnerungen an Peter den Großen in Riga und an die Zeit der Belagerung zum Jubiläum der 200jährigen Vereinigung Rigas mit Rußland (Riga 1910).

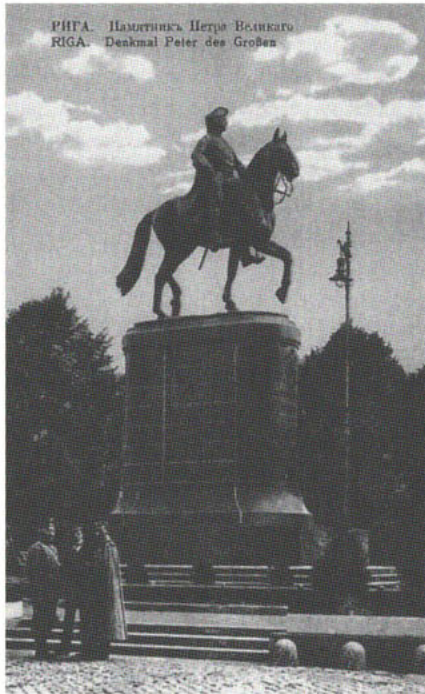


Abb. 1: Denkmal Peter des Großen, Riga.



Abb. 2: Denkmal Michael Barclay de Tollys, Riga.

für den konservativen Flügel des lettischen *nation-building* akzeptabel gewesen, der in der Kooperation mit den russischen Eliten nach wie vor den Garanten der Emanzipation von den Deutschbalten sah. 1915 sollte die Statue zur Kriegsverwertung eingeschmolzen werden, sank aber bei dem Transport vor der estnischen Küste. 1934 wurde sie gehoben und stand seitdem in einer Rigaer Garage, wo sie sukzessive zerfiel. Erst durch die Initiative des Unternehmers wurde das Denkmal grundrenoviert und seine Existenz der breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht. Als besonders provokant empfanden die lettischen Eliten seine dreitägige öffentliche Aufstellung während der 800-Jahr-Feier Rigas im Sommer 2001, eine von der russischen Bevölkerung emphatisch begrüßte Aktion, deren rechtliche Hintergründe unklar, wohl aber auf einen Kompetenzwirrwarr der zuständigen Gremien zurückzuführen sind.

Die zweite kontroverse Figur auf dem Sockel stellt Michael Barclay de Tolly dar<sup>20</sup>. Barclay de Tolly (1761–1818), war ein russischer Feldherr deutschbaltisch-

<sup>20</sup> Vgl. Michael und Diana Josselson, *The Commander. A Life of Barclay de Tolly* (Oxford 1980); Hubert Barclay, *History of the Barclay Family*, part II. (London 1933); Otto Harnack, *Briefe des Feldmarschalls Fürsten Barclay de Tolly aus den Jahren 1812–1815*, in: Baltische

schottischer Herkunft, der 1812/13 entscheidend zum Sieg über Napoleon beigetragen hat. Aufgrund seiner zunächst unpopulären Taktik des geordneten Rückzugs und aufgrund der Tatsache, daß Barclay kein ethnischer Russe war, wurde er 1812 schmachvoll entlassen, bewies aber auch in dieser Zeit Loyalität zu Kaiser und Reich. Ein Jahr später an die Spitze der Truppen zurückgerufen, war er wesentlich für den endgültigen Sieg der russischen Truppen über Napoleon verantwortlich. Anlässlich der 100. Wiederkehr des Sieges über Napoleon wurde eine Statue des Feldherrn 1913 in der Rigaer Innenstadt aufgestellt, die, ähnlich wie Peter, auf einer gemeinsamen Initiative deutscher und russischer Eliten beruhte. Das Original wurde im Ersten Weltkrieg zu Kriegszwecken eingeschmolzen, ein Modell blieb jedoch erhalten. Es ermöglichte dem beauftragten Bildhauer, die Statue neu zu gießen, deren Existenz der breiten Bevölkerung bereits durch den seit Jahrzehnten leer stehenden Denkmalsockel im Zentrum der Stadt bekannt war.

Beim dritten und weniger bedeutenden Denkmal handelt es sich um eine Säule, die der Erinnerung an den Marquis Filipo de Paulucci dierte (1771–1849)<sup>21</sup>. Paulucci, ein Italiener in russischen Diensten, hatte von 1813–1829 das Amt des Generalgouverneurs der baltischen Provinzen inne und war maßgeblich für die Modernisierung der Stadt nach den Verwüstungen des Napoleonischen Kriegs verantwortlich. Die niedrige Säule, welche sein Konterfrei zeigt, wurde 1851 vom deutschbaltischen Stadtbürgertum in einem der großen Rigaer Parks aufgestellt. Als das Gelände 1937 dem Bau eines Ministeriums weichen mußte, wurde die Säule in das städtische Schifffahrtsmuseum gebracht, wo sie bis heute steht.

Diese drei historischen Persönlichkeiten bilden den vordergründigen Kern der Debatte, deren tatsächliche Brisanz sich erst aus ihrer unterschiedlichen Deutung und Kontextualisierung herleitet. Die Politisierung der Figuren, die im Vorfeld der bevorstehenden Wahlen eine besondere Zuspitzung erfährt, dokumentiert, daß „der Streit um historische Symbole und Deutungen (auch) hier nichts anderes als ein von verschiedenen Kräften ausgetragener Kampf um politische Konzepte ist“<sup>22</sup>.

### III.

Hinter den Argumenten, mit denen für und gegen die Wiederherstellung der Denkmäler gestritten wird, stehen konkurrierende Geschichtsbilder, die wiederum divergierende Vorstellungen der politischen Gegenwart abstützen, und von unterschiedlichen ethnischen und sozialen Gruppen artikuliert und getragen werden. Die wortmächtigen Gegner der Wiederaufstellung rekrutieren sich aus

Monatsschrift 35 (1888); F. W. v. Weymarn, Barclay de Tolly und der vaterländische Krieg (Reval 1914).

<sup>21</sup> Vgl. York, *Paulucci*, Aktenstücke und Beiträge zur Geschichte der Konvention von Taurroggen. Aus dem Nachlaß Garlieb Merkels, hrsg. v. Julius Eckhardt (Leipzig 1865).

<sup>22</sup> Edgar Wolfrum, Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953–89), in: GG 24 (1998) 383.



der Mehrheit der lettischen Intelligenz und Beamtenschaft sowie aus dem Großteil der Pensionäre. Vor allem die rechtsnationale Partei „Für Vaterland und Freiheit“ (LNNK) hat sich den Kampf gegen die Denkmalaufstellung auf ihre Fahnen geschrieben und hofft damit auch, ihren Widerstand gegen eine weitere Liberalisierung des Einbürgerungsverfahrens abzustützen. Das Hauptargument dieser Gruppen, das in unterschiedlichen Formulierungen immer wieder vorgebracht wird, lautet, daß Peter I. und Barclay de Tolly, abgeschwächt auch Paulucci, Symbole der Jahrhunderte langen Okkupation Lettlands darstellen und deshalb im Symbolhaushalt des neuen Nationalstaats nichts zu suchen hätten. Weisen die historisch Kundigen darüber hinaus auf die enormen Bevölkerungsverluste hin, die der von Peter I. begonnene Große Nordische Krieg hier ausgelöst hatte, so bringen die auf unmittelbarere Effekte abzielenden Kontrahenten immer wieder die Figuren Hitlers oder Stalins ins Spiel, deren Aufstellung in Berlin oder Moskau derjenigen Peters in Riga gleichkäme. Der stete Rekurs auf den mittlerweile zum Topos herabgesunkenen Begriff *okupacija*, den die lettischen Nationsbildner vor 1914 ausschließlich für die Deutschbalten benutzten, verweist dabei auf die retrospektive Allgegenwart dieser Erfahrung im Erinnerungsspeicher der lettischen Nation.

Das zweite Argument, das ebenso häufig ins Feld geführt wird, besteht darin, daß alle drei Persönlichkeiten auf dem Sockel keine ethnischen Letten seien und daher in einem lettischen Nationalstaat keinerlei Repräsentations- und Erinnerungswert hätten. Immer wieder wird darauf verwiesen, daß viele bedeutende lettische Persönlichkeiten noch eines Denkmals bedürften und diese entschieden Vorrang, wenn nicht exklusiven Anspruch darauf hätten. Implizit oder explizit wird damit ein Geschichtsbild verteidigt, das das antike und mittelalterliche Territorium des heutigen Lettlands als ein rein lettisch (bzw. livisch) besiedeltes Gebiet betrachtet. Erst später seien Slawen und Deutsche gewaltsam eingedrungen und hätten der lettischen Nation ihr Land entrissen<sup>23</sup>.

Das dritte Argument, das allerdings nur vereinzelt und primär im akademischen Umfeld benutzt wird, weist daraufhin, daß alle drei Persönlichkeiten keine Vertreter von Demokratie, politischer Partizipation und Rechtsstaat seien, eine Aktualisierung ihrer Biographie daher heute nicht angebracht wäre. Die Minderheit der so Argumentierenden befürwortet indes die gleichzeitige Aufstellung eines Monuments für den langjährigen Staatspräsidenten der Zwischenkriegszeit, Kārlis Ulmanis (1877–1942), der 1934 eine Präsidialdiktatur errichtete und dem Kriterium demokratischer Gesinnung ebenfalls nicht gerecht werden dürfte. In diesen Argumenten subsummiert sich im wesentlichen die Haltung der Denkmalgegner, welche die Debatte bisher dominiert und geprägt haben – ein Ausfluß auch der Tatsache, daß die verbreitetste und qualitativste lettischsprachige Tageszeitung „Diena“ – den Denkmälern skeptisch gegenübersteht und abweichende Meinungen lange Zeit marginalisiert hat.

<sup>23</sup> Vgl. National, State and Regime Identity in Latvia, hrsg. v. *Aivars Tabuns* (Riga 2001) 78 ff.

Was bringen jene vor, die für eine Wiedererrichtung der Denkmäler plädieren? Eine Wiederaufstellung der Denkmäler favorisieren interessanterweise ebenfalls kleine Teile der lettischen Intelligenz, vor allem die gesamte Gruppe der Kunsthistoriker, die sich als lettische Patrioten verstehen, dies aber mit der Akzeptanz einer multiethnischen Vergangenheit durchaus vereinen können. Dafür sind ferner die Mehrheit der jungen lettischen Generation sowie die gesamte russische Bevölkerung. Obwohl diese Gruppe quantitativ überwiegt, ist sie in der Presse weit aus schwächer vertreten. Das liegt einmal am weitgehenden Fehlen intellektueller Köpfe innerhalb des russischen Gesellschaft sowie in dem niedrigen Niveau der russischsprachigen Zeitungen, die mit einer Ausnahme primär Boulevardzeitungen sind.

Das Hauptargument der Befürworter besteht darin, daß die multiethnische Vergangenheit und Gegenwart Rigas nicht ausgeblendet werden dürfen. Indem nur lettische Traditionsbestandteile erinnert und symbolisiert würden, nur ethnischen Letten ein Denkmal zugebilligt würde, werde ein wesentlicher Teil der städtischen Geschichte negiert und selektive Teile der Vergangenheit zur offiziell Erinnerungswürdigen Geschichte stilisiert. Abweichende historische Narrative auszublenken, führe dazu, die Geschichte des Territoriums mit der Geschichte einer ethnischen Gruppe, nämlich der, die heute die Staatsnation stelle, gleichzusetzen. Das empfinden manche Letten und alle Russen als negativ und exklusiv. Gleichsam spiegelverkehrt findet sich hier das russische Äquivalent zum lettischen Geschichtsbild eines ursprünglich nur von baltischen Stämmen, nämlich vor allem Liven, besiedelten Territoriums. Die Russen interpretieren das antike und mittelalterliche Territorium als seit jeher auch von Slawen besiedelt und betonen darüber hinaus die Stammesverwandschaft zwischen Balten und Slawen. Grundsätzlich müsse für das frühe Mittelalter, also die Epoche vor dem Eindringen der deutschen Ordensritter, von einer multiethnischen Besiedelung des baltischen Territoriums ausgegangen werden<sup>24</sup>. Mit dem Rückgriff auf dieses Geschichtsbild wird die Berechtigung russischer Traditionen und Persönlichkeiten auf Erinnerung und Gedächtnis in der Gegenwart eingeklagt.

Zum zweiten wird eingewandt, daß die ständige Bezugnahme auf die „Okkupation“ – ein Begriff, den weite Teile des russischen Milieus ablehnen – die heutige Gesellschaft verstärkt in zwei Lager teile und nicht geeignet sei, die so notwendigen Brücken zwischen Letten und Russen zu bauen. Die Fokussierung auf die Erfahrung der Okkupation fördere russische Feindbilder in der Gegenwart, die daraus resultierende Einteilung in „sie“ und „wir“ stehe einer verstärkten Gemeinsamkeit entgegen. Hinter dieser Argumentation steht wiederum ein spezifisches Geschichtsbild, das den Begriff der Okkupation unterschiedlich auslegt. Deuten Letten die Inkorporation ihres Landes in die UdSSR (zu Recht) als gewaltsame Okkupation wider alles Völkerrecht, die bis 1989 andauerte, so sehen Russen darin eher die notwendige Befreiung vom Faschismus, der auch von den lettischen Eliten unterstützt worden wäre. Auch später, in der sozialistischen Sowjetrepu-

<sup>24</sup> Vgl. *Tabuns*, State identity 79f.

blik, hätten Letten alle Möglichkeiten gehabt, ihre Sprache zu sprechen und ihre Kultur zu entwickeln, was zu einem bilingualen Ausgleich geführt habe. Die Zeit zwischen 1945 und 1989 als „Okkupation“ anzuprangern, ginge an der Lebenswirklichkeit, die auch Modernisierung und soziale Angleichung gebracht habe, vorbei<sup>25</sup>.

Drittens schließlich, und dies ist eher ein Elitenargument, wird von manchen Denkmalsbefürwortern darauf hingewiesen, daß vor allem die Figur Barclays deutlich symbolisiere, daß Loyalität zu einem Staat keine Frage der Nationalität sei. Gerade Barclay, der zu Hause deutsch sprach und sich gleichzeitig als Livländer und als Untertan des Russischen Reichs verstand, bewies in Zeiten politischer Krise und menschlicher Erniedrigung ungeschmälerte Loyalität zu Zar und Reich. In Riga mit seiner national segmentierten Gesellschaft könne diese Figur der Vergangenheit auch ein politisches Programm für die Zukunft verkörpern.

Dies sind die wesentlichen Argumente, die gegen und für die Errichtung der Denkmäler angeführt werden. Einen ersten Erfolg haben die Befürworter nach zweijährigem Stillstand jüngst dadurch errungen, daß die zuständige Denkmalkommission gestattet hat, die Statue Barclays probenhalber für ein halbes Jahr an ihrem ursprünglichen Standort aufzustellen. Während dieser Zeit sollten Volksbefragungen und Meinungsforscher ermitteln, was die Bevölkerung wolle.

#### IV.

Die Rigaer Denkmaldebatte läßt sich als Abkürzung für den Stand der politischen Kultur der multiethnischen Gesellschaft Lettlands begreifen. Sie trägt öffentlichkeitswirksam dazu bei, die nationale Meistererzählung, also „den unhinterfragten Rahmen, der gewissermaßen außerhalb jeder Interpretation liegt und diese überhaupt erst ermöglicht“<sup>26</sup> als allgemeinverbindliche Gewißheit in Zweifel zu ziehen. In einem Zeitraum, der auf der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Ebene davon geprägt ist, den Nationalstaat zu konstituieren und mit historischer Legitimation zu versehen, delegitimiert sie den einseitigen Rückgriff auf nur eine Vergangenheit, dekonstruiert mithin die Fiktion eines einheitlichen „objektiven“ Geschichtsbilds. Darin liegt der Grund, weshalb die Debatte die Hauptstadtgesellschaft so stark zu mobilisieren vermochte, weswegen sie so viel Erbitterung und Aggressivität auslösen konnte. Weil sie die Existenz konkurrierender Geschichtsbilder zu Tage förderte, wo bisher eine Deutung vorherrschte und institutionell dominierte, ist sie aufschlußreich für die Frage nach der politischen Kultur Lettlands heute, und welche Rolle nationalen Identitäten innerhalb

<sup>25</sup> Ebda. 89.

<sup>26</sup> *Christoph Conrad, Sebastian Conrad, Wie vergleicht man Historiographien?, in: dies. (Hrsg.), Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich (Göttingen 2002) 30.*

diesen Rahmens zugeschrieben werden. Auf diese Fragen sollen nun abschließend Antworten gesucht werden.

Mit dem ständigen Bezug auf die Denkmäler als Symbole der Okkupation wird von den lettischen Meinungsführern eine retrospektive Kontinuität von russischen und sowjetischer Geschichte konstruiert, die der historischen Wirklichkeit nicht entspricht. Vielmehr dokumentieren die zeitgenössischen Quellen eine positive Wahrnehmung des späten Zarenreichs. Doch die Zäsuren von 1944 und 1989/90 haben auch in Lettland einen Wandel von Vergangenheitsdeutungen katalysiert, der nicht zuletzt von den Zielen der politischen Gegenwart bestimmt wird. Vermochte die Interpretation der deutschbaltischen Kolonisierung als „700jährige Sklaverei“ noch bis weit über die erste lettische Republik (1918–40) hinaus Identität zu stiften, so wurde sie verdeckt seit 1945, öffentlich seit 1989/90 vom Feindbild der sowjetischen Besatzung zurückgedrängt, die im Verein mit der Zugehörigkeit zum Zarenreich (1710–1918) als Kontinuum nationalen Leidens betrachtet wird. Mit der Abgrenzung nach Osten geht wiederum eine allmähliche Aufwertung der deutschbaltischen und westlichen Traditionsbestände einher, die auch dazu beitragen soll, Lettlands Mitgliedschaft in NATO und EU historisch zu legitimieren. Auch die Wiedererrichtung eines deutschbaltischen Gildenhauses im Zentrum der Stadt symbolisiert den Wechsel der Feindbilder: Trug in der Ersten Republik das Feindbild der Deutschbalten mit dazu bei, Identität zu stiften, so hat diese Rolle in der Zweiten Republik zunächst Rußlands Gegenwart und Geschichte übernommen.

Die konkurrierenden Geschichtsbilder, welche der Denkmalstreit bloßlegt, verweisen ebenso auf unterschiedliche Raumkonzepte, welche die politische Kultur des Landes prägen. Während die Letten dazu tendieren, das Land als ganzes zum Bezugspunkt ihres Selbstverständnisses zu machen, bezieht die Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung ihre territoriale Identität aus der jeweiligen Stadt und vor allem aus Riga als zentralem *lieu de memoire*. Hinter diesen unterschiedlichen Bezügen stehen divergierende Geschichtsbilder, die entweder das lettische Territorium und zumal seine Städte als von jeher baltisch-slawisch besiedelt betrachten oder aber als ursprüngliches Eigentum des lettischen Volkes wahrnehmen, das erst seit dem Mittelalter und wiederum in der jüngsten Vergangenheit gewaltsam von anderen Nationen bevölkert bzw. besetzt wurde. Deutlich wird, daß die Frage, welcher Raum Identität und Zugehörigkeit verschafft, unterschiedlich beantwortet wird. Auch das *mental mapping* der Gesellschaft Lettlands ist entlang ethnischer Trennlinien gespalten<sup>27</sup>.

Die Forderung der lettischen Eliten, ausschließlich Letten seien denkmalswürdig, verweist weiterhin auf den Typus des lettischen Nationalismus, der primär auf ethnisch-kulturelle Faktoren zurückgreift. Auch wenn die neuere Forschung die rigide Unterscheidung von ethnischem Nationalismus in Osteuropa versus politi-

<sup>27</sup> Vgl. zum Thema mental mapping jetzt *Christoph Conrad* (Hrsg.), *Mental Maps*, in: GG 28 (2002) Heft 3.

schem Nationalismus im Westen beträchtlich relativiert hat<sup>28</sup>, ist das stärkere Gewicht kultureller Faktoren hier, wo politische Staatlichkeit keine lange Tradition hat, unübersehbar. Greifen Russen bei der Frage, was Staatsbürgerschaft konstituiert, nahezu ausschließlich auf das Argument des *ius soli* zurück, so ist „Lette“ für das Gros der lettischen Bevölkerung noch immer ein ethnischer Begriff, kein politischer, er markiert Ethnizität, nicht Staatsbürgerschaft.

Diese Ausformung nationaler Identitäten und ihre unterschiedlichen Konstruktionsprozesse sind jedoch im Wandel begriffen. Für die Generation der 18–25jährigen, die überwiegend ohne bewußte Erinnerung der sowjetischen Besetzung sind, spielen ethnische und kulturelle Faktoren wie Sprache, Folklore, Liedgut zwar nach wie vor eine zentrale Rolle, doch politische und ökonomische Elemente, das gemeinsame Territorium, die Verfassung, die stabile Währung, gewinnen zunehmend an Raum. Entsprechend unterschiedlich wird auch die Frage der Denkmäler und welche Geschichtsbilder sie transportieren, beantwortet. Hier rückt das Kriterium der Ethnizität eher in den Hintergrund, verliert das Argument des Okkupationssymbols an Kraft. Hinzu kommt, daß die jungen Eliten erstmals zwischen kultureller und politischer Bedeutung unterscheiden. Als Symbol russischer Kultur, nicht des russischen Imperialismus könne Peter I. durchaus einen Platz in Riga finden. Der nationalen Subjektivierung der Vergangenheit setzt die junge Generation allmählich den Versuch einer Objektivierung der lettischen Geschichte im europäischen Kontext entgegen.

Hinter diesen Argumenten wird auch ein gradueller Wandel der Opfer-Täter-Rolle deutlich, wie sie vergleichbar in Polen zu beobachten ist. Die Jahrhunderte lange Selbstdefinition als Opfer, die tiefe Spuren im kollektiven Gedächtnis der lettischen Bevölkerung hinterlassen und sich als nationaler Deutungskanon durchgesetzt hat, verliert bei der jungen Generation erstmals etwas an Gewicht. Mit der abnehmenden Bedeutung der Vergangenheit als Maßstab der Bewertung der Gegenwart geht eine stärkere Fokussierung auf die Gestaltung der Zukunft und die Gewißheit eigenen Handlungsvermögens einher. Diese sich zunächst nur in Umrissen abzeichnende Verlagerung des nationalen Selbstverständnisses bleibt ein generationelles Phänomen. Grenzt es mit seiner Neudeutung von Vergangenheit von der älteren Generation eher ab, hat sein pluralistischer Ansatz das Potential, statt dessen über ethnische Grenzen hinweg zu verbinden.

Der Denkmalstreit legt schließlich bloß, daß sich der offizielle Diskurs über den Symbolhaushalt des neuen Lettlands markant von der Meinung breiter Bevölkerungsschichten unterscheidet. Dies belegen primär Umfrageergebnisse, die eine ganz andere Sprache sprechen als der Elitendiskurs in der lettischen Presse. Die Umfragen zeigen, daß etwa 70% der Rigaer Bevölkerung die Wiedererrichtung der Denkmäler begrüßen würde, 20% dagegen sind, und 10% keine Meinung dazu haben. Diese Diskrepanz, die sich auf der kulturellen ebenso wie auf der

<sup>28</sup> Vgl. Ulrike v. Hirschhausen, Jörn Leonhard, Europäische Nationalismen im West-Ost-Vergleich: Von der Typologie zur Differenzbestimmung: *dies.* (Hrsg.), Nationalismen in Europa. West- und Osteuropa im Vergleich (Göttingen 2001) 11–45.

politischen Ebene widerspiegelt, zeigt, daß der offizielle Diskurs weitaus nationalistischer ist als die private Meinung des Einzelnen, daß Politiker radikalere Meinungen als Wähler vertreten und Wähler sehr viel schärfer reagieren als Menschen im sozialen Alltag. Dabei scheint es sich keineswegs nur um ein lettisches Phänomen zu handeln. Der Vergleich mit anderen Ländern des östlichen Europas weist vielmehr darauf hin, daß die Diskrepanz zwischen Elitendiskurs und der Meinung breiter Bevölkerungsgruppen ein Resultat des Transformationsprozesses in ganz Ostmitteleuropa darstellt. Er fordert dazu auf, die Verwurzelung nationaler Deutungsmuster nicht nur sozial, ethnisch oder generationell zu untersuchen, sondern auch situativ zu differenzieren.

Die Rigaer Denkmalschlacht hat es in hohem Ausmaß vermocht, breite Bevölkerungsgruppen ungeachtet sozialer und ethnischer Zugehörigkeit zu mobilisieren. Überraschend bleibt, daß sich die professionelle Historikerzunft von jeglicher Stellungnahme fernhielt, ja bemüht scheint, das Problem nicht zu thematisieren. Das ähnlich in Polen anzutreffende Phänomen, daß wichtige historische Debatten nicht von Historikern, sondern von Laien oder Vertretern anderer Disziplinen angestoßen werden, beschränkt sich in Lettland nicht auf die Frage der Geschichtsbilder, die der Denkmalstreit angestoßen hat. Auch die brennend aktuelle Frage, wie die Okkupationszeit zwischen 1945 und 1989 zu bewerten ist, stellt ein Thema dar, das Lettlands Historiker scheuen. Institutionell schlägt sich diese Zurückhaltung darin nieder, daß statt eines Lehrstuhls für Zeitgeschichte eine zweite Professur für die Geschichte Lettlands im 19. und frühen 20. Jahrhundert, an der Universität Rigas eingerichtet werden wird. In der Praxis kommt es dazu, daß die Frage, ob „Okkupation“ überhaupt ein angemessener Begriff für die Ambivalenz dieser Periode darstelle, von russischen Boulevardblättern wie „Čas“ oder „Vesti“ einseitig behandelt wird, die Fachzeitschrift „Latvijas Vēsture“ (Geschichte Lettlands) hingegen dazu keine Stellung bezogen hat. Besser sieht es mit dem ähnlich sensiblen Thema Holocaust aus, das die eingefahrene Opfer-Täter-Perspektive provokant in Frage stellt. Angestoßen von ausländischen Historikern und der lettisch-kanadischen Staatspräsidentin, kann die neugegründete Kommission zur Erforschung des Holocaust zunehmend auf Arbeiten und Interessen lokaler Historiker aufbauen, die sich der Dringlichkeit des Themas bewußt sind<sup>29</sup>.

Insgesamt führt die konstitutive Rolle eines nationalen Geschichtsbilds, das dazu beiträgt, den Staat mit politischer Legitimation zu versehen und dem sichtbaren Identitätsbedürfnis breiter Bevölkerungsschichten eine Grundlage zu geben, jedoch dazu, eher an dessen Konstruktion zu arbeiten, nicht dessen Dekonstruktion zu betreiben. Die Erkenntnis der Notwendigkeit, sensible historische Themen kritisch anzugehen und Deutungen anzubieten, die nicht der politischen

<sup>29</sup> Vgl. *Leo Dribins*, *Hebrej Latvijā* (Riga 1996); *ders.*, *Antisemitism un tā izpausmes Latvijā: vēsturisks apskats* (Riga 2001); *Shmuel Zeitlin*, *Dokumentalnaja istoria Evreev Rigi* (Riga 1989); als stadtgeschichtlicher Wegweiser noch *Margers Vestermanis*, *Juden in Riga. Auf den Spuren des Lebens und Wirkens einer ermordeten Minderheit. Ein historischer Wegweiser* (Bremen 1995).

Gegenwart dienen sollen, ist auch in Lettland eine Frage der Zeit, des Abstands und der eigenen Sicherheit.

Der Diskurs über die Denkmäler und welche Erinnerung sie aktualisieren dokumentiert, wie ausgewählte Vorstellungen von Vergangenheit zur Deutung der politischen Gegenwart genutzt werden. Die Tatsache, daß die Diskussion überaus aggressiv geführt wird und zum Bestandteil von Wahlkampagnen werden konnte, daß sie imstande ist, Feindbilder und Bedrohungsängste zu evozieren, die in der Staatsbürgerschaftsdebatte wirkmächtig werden, illustriert die Tragweite, die in Lettland der Koexistenz zweier unterschiedlicher historischer Meistererzählungen zukommt. Die Erkenntnis, daß es in pluralistischen Gesellschaften kein einheitliches Geschichtsbild geben kann, beginnt sich erst ganz langsam durchzusetzen. Von der Denkmalsmüdigkeit, die Robert Musils Diktum „vom Denkmal, das keiner mehr sieht“ beschwört, ist in Lettlands Hauptstadtesellschaft nichts zu spüren. Die Tatsache, daß die ambivalente Symbolik und Deutungsoffenheit der steinernen Zeugen einen Kommunikationsraum eröffnen konnten, den ganz unterschiedliche soziale und ethnische Gruppen aktiv gestalten, verweist vielmehr auf den Fortschritt der politischen Kultur. Auch Lettland ist auf dem Weg in eine westlich orientierte Bürgergesellschaft.





*Alvydas Nikžentaitis*

## Gestürzte und neu errichtete Denkmäler: Geschichte im Transformationsprozeß Litauens

In den Jahren 1988 bis 1991 wurden in Litauen die alten ideologischen Werte zerstört, gleichzeitig begann der Aufbau einer neuen Ideologie. Dieser Prozeß war mit einer heftigen Auseinandersetzung mit der Geschichte verbunden, an der sich nicht nur Historiker, sondern auch Politiker und Journalisten beteiligten. Das Ergebnis dieser Diskussionen führte zur Delegitimierung der alten sozialistischen „Meistererzählungen“ und gleichzeitig der ideologischen Fundamente der Sowjetherrschaft in Litauen<sup>1</sup>. Kann man deshalb jetzt schon von einem Ende der zerstörerischen Kraft der Geschichte in Litauen reden? Zunächst scheint dieser Gedanke unbegründet zu sein, wie die aktuellen Debatten über die Vergangenheit in den ostmitteleuropäischen Ländern, darunter auch in Litauen<sup>2</sup>, zeigen. Ein charakteristisches Zeichen für die heutigen postkommunistischen Länder ist ein Historikerstreit über die Frage, was die frühere Geschichtsschreibung prägte und wie sie sich in der Zukunft verändern sollte. Mit ähnlichen Fragen beschäftigt sich auch die deutsche Osteuropaforschung<sup>3</sup>. Aus solchen Formulierungen wird klar, daß die Geschichtswissenschaft wie die Geisteswissenschaften insgesamt nach einer neuen Definition ihrer Aufgaben sucht, weil die bisherigen – egal ob sie die sowjetische Herrschaft oder die Ideologie des Kalten Krieges legitimieren sollten – der Vergangenheit angehören und damit selbst Untersuchungsgegenstand für die Historiker geworden sind. Noch ist nicht abzusehen, wohin diese Diskussionen führen werden: in eine Krise oder zu einer Erneuerung der Geschichtswissenschaften.

Es ist Nachteil und zugleich Vorteil der Geisteswissenschaftler, daß sie ein Produkt liefern, das nicht nur rein wissenschaftlichen Zwecken dient, sondern gleich-

<sup>1</sup> Vgl. *Barbara Christophe*, Staat versus Identität. Zur Konstruktion von „Nation“ und „nationalem Interesse“ in den litauischen Transformationsdiskursen von 1987 bis 1995 (Mittel- und Osteuropawissenschaften. Reihe Politik 1, Köln 1997).

<sup>2</sup> Zum Historikerstreit in Litauen: *Vytautas Merkys*, Mintys apie istoriją ir istorikus, in: *Mokslas ir gyvenimas* 10 (2002) 8–10; *Edvardas Gudavičius*, Šis tas apie istoriją ir istorijas, in: *Kultūros barai* 1 (2003) 27–29. Zum Historikerstreit in einzelnen ostmitteleuropäischen Ländern: vgl.: Was tun mit der kommunistischen Vergangenheit? *Andrzej Paczkowski* über Polen, *Jacques Rupnik* über die Tschechische Republik, in: *Transit* 22 (Winter 2001/2002) 87–107 und 108–130.

<sup>3</sup> Vgl. den dieser Problematik gewidmeten Band in: *Osteuropa* Jg. 48 (1998) Heft 7–8.

zeitig eine gesellschaftliche Funktion erfüllt. Die Beschäftigung mit der Geschichte ist kein Monopol der Historiker, oft wird der professionelle Historiker mit Geschichtsbildern konfrontiert, die nicht von ihm selbst geschaffen wurden, sondern in der Gesellschaft entstanden sind. Gibt es einen Zusammenhang zwischen diesen historischen Bildern und Erinnerungen, die in der Gesellschaft dominieren, und der nüchternen Arbeit eines Kabinetthistorikers, der über historische Prozesse schreibt und versucht, ein wissenschaftlich fundiertes Bild der Geschichte in der Gesellschaft zu vermitteln? Oder liegt zwischen Erinnerung und Geschichtsschreibung ein tiefer Graben, der sich nicht überwinden läßt?

Auf diese zentrale Frage soll am Beispiel Litauens tiefer eingegangen werden. Dabei ist zu hoffen, daß deren Beantwortung ein weiteres Problem lösen wird, nämlich die Frage nach Krise oder Erneuerung der Geschichtsschreibung in den ostmitteleuropäischen Ländern.

Eine Form der Erinnerung ist das Denkmal. Bau und Sturz von Denkmälern sind nur zwei Seiten des selben Prozesses, der signalisiert, was eine Gesellschaft in der Geschichte für erinnerungswert hält – und was nicht<sup>4</sup>. Die Geschichte der Denkmäler ist gleichzeitig eine hervorragende Quelle zum Nachweis von Erinnerungswechseln im Transformationsprozeß, die uns erlaubt, die historischen Bilder in der Gesellschaft zu rekonstruieren, um sie mit den Bildern, die die Geschichtsschreibung vermittelt, vergleichen zu können.

In Litauen, wie auch in Lettland<sup>5</sup>, tobt förmlich eine Denkmalschlacht. Es ist fast unmöglich, alle Diskussionen über dieses Thema, die derzeit in Litauen im Gange sind, in einem Aufsatz auch nur kurz vorzustellen. Deswegen wurden hier nur zwei Fallbeispiele ausgewählt, die besonders repräsentativ sind. Im folgenden möchte ich das Grūtas-Park-Projekt vorstellen, in dem die sowjetischen Skulpturen aus ganz Litauen gesammelt wurden und exponiert werden, und die aktuelle Debatte um die Denkmäler in der ehemals multikulturellen Stadt Klaipėda, die früher auf deutsch Memel hieß.

## I. Der sowjetische Skulpturenpark in Grūtas

Die Initiative, den Park zu gründen, geht auf den Geschäftsmann Viliumas Malinauskas zurück, der ursprünglich in Grūtas einen Park der litauischen Geschichte gründen wollte. Durch Zufall sah Malinauskas in den Künstlerwerkstätten die demontierten Denkmäler aus der sowjetischen Zeit und kam auf die Idee, daß diese Denkmäler ein sehr gutes Material für die Darstellung der sowjetlitauischen Epoche im historischen Park sein könnten<sup>6</sup>.

<sup>4</sup> Vgl. *Hans-Ernst Mittig*, Die Sprache der Denkmäler, in: *Katrin Keller, Hans Dieter Schmid* (Hrsg.), *Das Völkerschlachtdenkmal als Gegenstand der Geschichtskultur. Vom Kult zur Kulisse* (Leipzig 1995) 20–42.

<sup>5</sup> Vgl. *Ulrike v. Hirschhausen*, Nationale Identität in Lettland im Spannungsfeld konfligierender Geschichtsbilder in diesem Band.

<sup>6</sup> Vgl. *Saulės laikrodis* vom 19.–26. März 1999.

Die Initiative Malinauskas' fand Zustimmung im Kultusministerium der Republik Litauen und gewann den öffentlichen Wettbewerb für die Nutzung der sowjetischen Skulpturen – dies wohl vor allem deshalb, weil er sich verpflichtete, die Finanzierung des Skulpturenparks aus eigenen Mitteln zu bestreiten, wogegen die Konkurrenten staatliche Förderung verlangten.

Der Beschluß, den Skulpturenpark einzurichten und die Denkmäler aus der Sowjetzeit zu übergeben, wurde offiziell am 31. 12. 1998 von der litauischen Regierung gefaßt<sup>7</sup>. Darauf folgte der erste Konzeptentwurf der Initiatoren. Schließlich wurde der Park offiziell am 1. April 2001 eröffnet. Zur Zeit sind im Park 75 Denkmäler zu besichtigen, darunter 13 von Lenin, zwei von Stalin, sechs von Kapsukas und zwei von Dzeržinskij. Im Konzept wurden die Denkmäler in drei Kategorien eingeteilt:

1. allgemeine sowjetische Denkmäler (wie Lenin, Stalin etc.),
2. Denkmäler für sowjetlitauische Parteifunktionäre und berühmte litauische Kommunisten aus der Zwischenkriegszeit, wie z. B. für den ersten Sekretär der Litauischen Kommunistischen Partei Antanas Sniečkus oder Karolis Požėla,
3. Denkmäler für zweitrangige Helden Sowjetlitauens<sup>8</sup>.

Entsprechend dieser Konzeption wurden im Park zwei Straßen angelegt, die Lenin- und die Marytė-Melininkaitė-Straße. In der ersten sind die hochrangigen Sowjetvertreter, in der zweiten die sowjetlitauischen Helden aus dem Volk zu sehen, wobei diese Konzeption in der Wirklichkeit nicht ganz exakt eingehalten wurde.

Obwohl die Initiatoren des Parks den entsprechenden Beschluß der litauischen Regierung recht bald erhielten, entschied sich das Schicksal des Parks der sowjetischen Skulpturen endgültig erst nach fast zwei Jahren. Wie gesellschaftlich relevant dieses Thema war, zeigt der Umstand, daß die Regierung mit den entsprechenden Ministerien sieben Mal diese Frage diskutierte. Damit stand die Frage des Grūtas-Parks sieben Mal auf der Tagesordnung des litauischen Parlaments. Von 1997 bis 2000 wurden insgesamt 201 Dokumente über dieses Thema verfaßt. Es wurde zum Hauptthema des Jahres 2000 in den litauischen Massenmedien. Auch im Ausland fand es große Resonanz. Allerdings verlief dort die Diskussion eindeutiger, wie die Verleihung des alternativen Nobelpreises 2001 an Malinauskas deutlich zeigt<sup>9</sup>.

Die Gegner des Vorhabens brachten folgende Argumente in die Diskussion:

1. Mit dem Wiedererrichten der Denkmäler soll die sowjetische Vergangenheit wieder ins Leben gerufen werden, denn die Darstellung der Skulpturen im Park wird die „Henker der litauischen Nation“ nochmals ehren.
2. Der Park wird zum Versammlungsort der Kommunisten aus der ehemaligen Sowjetunion. Kommunistisch orientierte Russen könnten den Park als eine po-

<sup>7</sup> Vgl. Grūto parko tiesa vom 1. April 2002.

<sup>8</sup> Vgl. Šiaulių kraštas vom 5. Juni 1999.

<sup>9</sup> Grūto parko.

litische Provokation sehen und ihn damit zum Anlaß für eine neue Besetzung Litauens nutzen.

3. Auch wirtschaftliche Motive kamen zur Sprache. Die Denkmäler ließen sich als Rohstoff für Skulpturen litauischer Nationalhelden verwenden, womit finanzielle Mittel eingespart würden<sup>10</sup>.

Die Befürworter des Projekts stellten dem eigene Argumente gegenüber:

1. Die Sowjetzeit gehört zur Geschichte Litauens und verdient deswegen als Epoche Erinnerung.
2. Wenn man die sowjetischen Skulpturen an einem Ort versammelt, ist der Wahnsinn der jüngsten Vergangenheit, über die man heute eigentlich nur noch lachen kann, besser zu erfassen. Nach dem Motto: Es wäre ein schöner Anblick zu sehen, wie Kommunistenführer den Kapitalismus unterstützen, indem sie von den Besuchern, die sie immer noch sehen wollen, Geld einsammeln und sich so um die freie Marktwirtschaft kümmern.
3. Das wirtschaftliche Argument: Der Denkmalpark ist für Touristen attraktiv und damit erhalten die Region und der litauische Staat zusätzliche finanzielle Mittel<sup>11</sup>.

Die Diskussionsteilnehmer lassen sich nur schwer den jeweiligen Gruppen zuordnen. Die Mehrheit der Gegner kann zum rechten Flügel der Gesellschaft gerechnet werden. Besonders deutlich konnte man in den Debatten die Stimmen der litauischen Vertriebenenorganisationen und der extremen Rechten, die den Namen der litauischen Nationalbewegung „Sąjūdis“ monopolisiert<sup>12</sup>, erkennen, also die Stimme der Anhänger der Konservativen Partei unter der Führung von Vytautas Landsbergis. Viele von denen, die Gegner des Skulpturenparks sind, haben die schlimmsten Seiten des Sowjetregimes erlebt, und ihr Wunsch nach Verdrängung der Vergangenheit bzw. nach Nicht-Erinnerung ist bei dieser Gruppe verständlich. Andererseits haben sich viele ehemalige Dissidenten und litauische Vertriebene für das Projekt eingesetzt und sich der Mehrheit der litauischen Gesellschaft angeschlossen. Laut einer Bevölkerungsumfrage aus dem Jahr 1999 waren 63,1% der Bevölkerung für den Park der sowjetischen Skulpturen, 20,8% aller Befragten dagegen<sup>13</sup>. Wenn auch in der öffentlichen Diskussion die Schuld für das Entstehen des Vorhabens auf die Linken geschoben wird, so ist doch darauf hinzuweisen, daß der Beschluß über das Schicksal der sowjetischen Skulpturen mit Unterstützung der Konservativen Partei verabschiedet wurde, die damit eine Entscheidung erreichte, die sich gegen einen Teil ihrer Wähler richtete. Die Parlamentswahlen im Herbst 2000 erklären wenigstens teilweise, warum die konservative Regierung und das litauische Parlament so lange keine endgültige Entscheidung fällen wollten: Jede Entscheidung hätte nur Schaden anrichten können, weshalb fast bis zum

<sup>10</sup> Vgl. Kauno diena vom 24. April 1999.

<sup>11</sup> Vgl. Lietuvos Rytas vom 10. Juni 1999; Respublika vom 17. Juli 1999.

<sup>12</sup> Vgl. Respublika vom 30. September 1999.

<sup>13</sup> Grūto parko.

Wahltag ein klares Ja oder Nein vermieden wurde. Letztendlich unterlagen jedoch die Gegner des Grūtas-Parks deutlich ihren Opponenten.

Kann man aber aus der Tatsache, daß in Litauen ein Park sowjetischer Skulpturen mit mehr als 60%-iger Zustimmung der Bevölkerung errichtet wurde, schließen, daß die litauische Gesellschaft – anders als in Lettland – eine ähnliche Position in der Denkmalschlacht wie die politischen Eliten des Landes hatte und damit im Prinzip bereit ist, die sowjetische Vergangenheit zu bewältigen? Wenn ja, wie paßt dies mit anderen Untersuchungen zusammen, die eine sehr große Nostalgie der Litauer nach der Sowjetzeit belegen<sup>14</sup>?

Eine Erklärung für diese Diskrepanz kann man aus den Gästebüchern im Grūtas-Park herauslesen, die deutlich zeigen, welche Besuchererwartungen der Skulpturenpark erfüllt und was die Besucher im Skulpturenpark suchten. An dieser Stelle muß hinzugefügt werden, daß das ganze Unternehmen sehr erfolgreich läuft und mit mehr als 100 000 Besuchern pro Jahr einer der bestbesuchten Erinnerungsorte in Litauen ist. Die Eindrücke der Touristen sind in drei dicken Bänden dokumentiert und erlauben, die Besucher nach ihren Erwartungen in drei Gruppen einzuteilen:

1. Der Grūtas-Park als Vergnügungsort, wo man sich über die eigene Vergangenheit amüsieren kann.
2. Der Grūtas-Park als historisches Museum, in dem die „Henker der litauischen Nation“ ausgestellt sind.
3. Der Grūtas-Park als Rückkehr in die noch heute idealisierte Vergangenheit<sup>15</sup>. Wie man aus der Einteilung der Eindrücke ersehen kann, erfüllt der Park zur Zeit sowohl die Erwartungen der pro-kommunistisch orientierten linken Gruppen als auch des rechten Flügels der Gesellschaft. Die erste Besuchergruppe repräsentiert die Mitte der litauischen Gesellschaft, die bereit ist, sich kritisch und aus der Distanz mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Zu dieser Mitte zählen – wie auch in Lettland – die jüngere Generation, aber auch ein Teil der Intellektuellen, Politiker, Journalisten und sogar ehemalige Dissidenten<sup>16</sup>, und so ist die Trennung zwischen den Generationen in Litauen viel kleiner als in Lettland<sup>17</sup>. Die Gästebücher sagen zwar nichts über die Größe der einzelnen Gruppen aus, aber die Spaltung der litauischen Gesellschaft ist dennoch deutlich zu erkennen. Für die kritische Auseinandersetzung mit der Geschichte steht nur ein kleiner Teil der Bevöl-

<sup>14</sup> Vgl. Veidas vom 7. März 2002. Laut Umfragen haben 55% der Litauer eine positive Meinung über Sowjetlitauen, dagegen halten nur 46% der Gefragten das heutige System für uneingeschränkt positiv.

<sup>15</sup> Diese Meinungen findet man in den Gästebüchern des Grūto Parks. Aussagekräftig für die beiden letzten Gruppen sind folgende Zitate: „Herzlichen Dank für die Gründung des Parks. Dank Ihnen sind wir in die Zeit unserer Jugend zurückgekehrt“ (Eintrag vom 15. Juni 2001). „Dieser Park ist ein historisches Denkmal für das Böse der Welt und die Warnung für die Zukunftsgenerationen“ (Eintrag vom 22. Juli 1999). Den Zugang zu den Gästebüchern verdankt der Verfasser der Administration des Grūtas-Parks, insbesondere Herrn Bronius Nėniškis.

<sup>16</sup> Vgl. Respublika vom 26. 06. 1999.

<sup>17</sup> Vgl. v. Hirschhausen, Nationale Identität.

kerung, aber eben diese Minderheit bildet die Mehrheit der aktiv politisch und kulturell wirkenden Gesellschaft, die auch jetzt noch damit beschäftigt ist, eine neue historische Kultur in Litauen zu gestalten. Ob diese Vermutung stimmt, soll anhand der Analyse weiterer Beispiele des Umgangs mit der Vergangenheit überprüft werden.

## II. Die neu errichteten Denkmäler in Klaipėda

Der Begriff Vergangenheit geht über die letzten 50 Jahre der Sowjetherrschaft hinaus. Daher stellt sich die Frage, wie man in Litauen mit der weiteren Geschichte umgeht. Dazu scheint der Fall der Stadt Klaipėda bzw. Memel besonders geeignet. Der bilinguale Name einer Stadt signalisiert uns, daß die Stadt multikulturell geprägt war und daß sich die Geschichte dieser Stadt nicht eindeutig als nur litauische interpretieren läßt. Bei den Denkmälern in Klaipėda nach 1989 geht es, anders als im Fall des Grūtas-Parks, in erster Linie nicht um das Nicht-Erinnern, sondern viel mehr um eine Erinnerungskultur. Der Bau von Denkmälern soll ein direktes Zeichen dafür sein, an welche Daten kultureller und politischer Ereignisse die Stadtgemeinde erinnern will und welche in Vergessenheit geraten sollen<sup>18</sup>.

Für die Stadt Klaipėda (Memel) sind zwei Daten von historischer Bedeutung, die für unsere weiteren Betrachtungen relevant sind. 1252 gründete der livländische Zweig des Deutschen Ordens in Preußen in dem von ihm eroberten kurlischen Gebiet eine Stadt, die bis 1923 zunächst zum Deutschordensstaat, dann zum Königreich Preußen und schließlich zum Deutschen Reich gehörte. 1923 gliederten die Litauer das Gebiet in einem fingierten Aufstand an Litauen an. Abgesehen von der kurzfristigen Abtrennung der Stadt und des Memelgebietes von Litauen in den Jahren 1939 bis 1945 blieb dieses Territorium seitdem litauisch<sup>19</sup>. Unabhängig vom Gründungs- und Angliederungsjahr muß man beachten, daß die Stadt und das Gebiet als ein Teil des nördlichen Ostpreußens immer ein Begegnungsort für Litauer und Deutsche gewesen waren. In Ostpreußen wurde das erste litauische Buch, der Katechismus von Mosvidius (Mažvydas, gest. 1563) geschrieben. Der berühmteste litauische Dichter des 18. Jahrhunderts, Christian Donalitis (Kristijonas Donelaitis, 1714 bis 1780), war als evangelischer Pfarrer in Ostpreußen tätig. Das nördliche Ostpreußen wurde schon oft als Wiege der litauischen Kultur betrachtet, und allein deswegen darf man dieses historische Moment nicht vergessen<sup>20</sup>, wenn man über die neuen Denkmäler der Stadt Klaipėda schreibt.

<sup>18</sup> Vgl. *Rudolf Jaworski*, Denkmäler als Gedächtnisorte und als Gegenstand der Forschung. Regionale und vergleichende Aspekte, in: *Rudolf Jaworski, Witold Molik* (Hrsg.), Denkmäler in Kiel und Posen. Parallelen und Kontraste (Kiel 2002) 10–23.

<sup>19</sup> Es gibt keine kritische Geschichte der Stadt Klaipėda/Memel. Zum 750. Stadtjubiläum erschien eine kurze Geschichte der Stadt. Vgl. *Klaipėdos istorija populiariai* (Klaipėda 2002).

<sup>20</sup> Vgl. Die Darstellung dieser Problematik in der neuesten Geschichte Litauens: *Zigmas Kiaupa*, *The History of Lithuania* (Vilnius 2002) 443–447.

Die Analyse der neu errichteten Denkmäler in Klaipėda wird durch die Tatsache erleichtert, daß nach der Wende bzw. in der Wendezeit nur drei neue Denkmäler gebaut wurden; über den Bau eines vierten wird gegenwärtig in Klaipėda diskutiert. Zwei der Denkmäler sind den oben genannten Personen Donalitis und Mosvidius gewidmet, die aus Sicht der modernen Nation zu Litauern erklärt wurden. Wichtig dabei ist, daß beide gewürdigten Personen aus der Region stammen, d. h. mit der Errichtung der Denkmäler wurde nicht nur das Litauertum der beiden Personen berücksichtigt, sondern auch die historische Vergangenheit und die Tradition der Region. Das enge nationale Denken vermischt sich hier mit dem regionalen Bewußtsein, mit der Überzeugung, daß die Stadt Klaipėda heute eine besondere Region ist. Diesen neuen Regionalismus versucht man mit der historischen Tradition des ehemaligen Ostpreußen zu untermauern, indem auch die deutsche Vergangenheit beim Bau der Denkmäler in der Stadt berücksichtigt wird – abgesehen von der generellen Zweifelhaftheit einer Aufteilung in deutsche und litauische Vergangenheit. 1989 unterstützten die Stadtbewohner eine Initiative der Memelländer und bauten das alte Symbol der Stadt, das Denkmal vom Ännchen von Tharau wieder auf, das heute erneut zum Wahrzeichen der Stadt Klaipėda geworden ist. Es ist bemerkenswert, daß der Wiederaufbau „des deutschen Denkmals“ keine größeren Diskussionen in der Stadt hervorgerufen hat. Dieser Schritt wurde im Gegenteil von der Mehrheit der Stadtbewohner akzeptiert, und die Vorwürfe aus Wilna (Vilnius), daß sich Klaipėda viel zu wenig um die litauische Kultur kümmere, wurden als unbegründet zurückgewiesen<sup>21</sup>.

Die Geschichte der drei Denkmäler zeigt uns deutlich, daß – wenn auch die litauische bzw. preußisch-litauische Vergangenheit Priorität hat – die deutsche Kultur in Klaipėda nicht abgelehnt wird. Eher gibt es Versuche, sie in ein Schema der preußisch-litauischen Kultur zu integrieren. Von ähnlichen Tendenzen zeugen auch die Straßennamen, bei denen der Schwerpunkt ebenfalls auf der preußisch-litauischen Vergangenheit liegt, aber auch die historischen deutschen Straßennamen, die – in litauischer Übersetzung – vor allem in der Altstadt häufig vorkommen<sup>22</sup>. Neben dem Dichter Simon Dach (1605 bis 1659) wird in Klaipėda auch der berühmte Astronom Friedrich Wilhelm Argeländer (1799 bis 1875) nicht vergessen. Darauf, daß diese Person in der Stadt gelebt hat, weist eine Gedenktafel an der Wand des alten Postgebäudes hin.

Im Jahr 2003 gab es eine Initiative von Geschäftsleuten aus Klaipėda, die ein Denkmal für den sogenannten „Aufstand“ von 1923 in Klaipėda bauen wollten. Die Debatte über die Notwendigkeit eines weiteren Denkmals bestätigt meine vorherigen Ausführungen. Die Gegner des Denkmals wollten keine Trennung zwischen der litauischen und der deutschen Geschichte der Stadt. Das geplante Denkmal bedeutete für sie eine Übergewichtung des Litauertums, ein Zeichen,

<sup>21</sup> Vgl. *Alvydas Nikžentaitis*, Das Bild Deutschlands und der Deutschen im heutigen Litauen, in: *Annaberger Annalen* 4 (1996) 153.

<sup>22</sup> *Aidas Rūtė*, Zu Änderungen der Straßennamen in Klaipėda/Memel in der zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, in: *Annaberger Annalen* 7 (1999) 101–106.

das das fragile Gleichgewicht aus litauischer und deutscher Vergangenheit in der gegenwärtigen Tradition der Stadt Klaipėda zerstören könnte<sup>23</sup>. Aus verschiedenen Gründen haben sich mehr als zwei Drittel der Stadtbevölkerung bei einer Leserumfrage gegen das neue Denkmal ausgesprochen<sup>24</sup>. Ob das Denkmal, das schon fast fertig ist, in der Stadt aufgestellt wird, ist bis jetzt unklar.

Am Fall Klaipėdas kann man die neuen Tendenzen erkennen, nach denen nun mit der Geschichte in Litauen umgegangen wird. Ausgangspunkt ist das Bewußtsein, daß für die Gegenwart nicht nur die litauisch interpretierte Geschichte von Bedeutung ist, sondern auch die multikulturelle Geschichte der Region. Es zeigt sich ein Bewußtseinswandel, in dem der Regionalismus eine besondere Bedeutung spielt.

### III. Historische Kultur Litauens

Meinen Beobachtungen nach ist Klaipėda in dieser Hinsicht eine besondere Stadt<sup>25</sup>, weshalb nachzuprüfen ist, ob diese Tendenzen für Litauen allgemeine Bedeutung haben. Hierfür werden wir einen kurzen Blick auf die entstehende historische Kultur Litauens nach 1990 werfen, unter besonderer Berücksichtigung der litauischen Gesetze zu den nationalen Feier- und Gedenktagen.

Die Geschichte spielt auch in der Gegenwart Litauens eine besonders wichtige Rolle. Von zehn nationalen Feiertagen haben drei einen direkten Bezug zur Geschichte und sind jeweils mit der Staatsgründung Litauens verbunden:

1. 6. Juli, Tag des litauischen Staates: Krönungstag des einzigen litauischen Königs Mindaugas 1253,
2. 16. Februar, Tag der Wiedererrichtung des litauischen Staates 1918,
3. 11. März, Tag der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1990<sup>26</sup>.

Die Akzentuierung der Daten auf die Staatlichkeit Litauens vom Mittelalter bis zum Ende des 20. Jahrhunderts gibt selbst noch zu wenig Informationen über die gegenwärtige historische Kultur Litauens. Diese Lücke soll die Vorstellung des Gesetzes über die Gedenktage in Litauen füllen. In dieser Liste von 27 Feiertagen sind 13 direkt mit der historischen Vergangenheit verbunden. Dabei werden wieder alle drei Staatsgründungen Litauens vom Mittelalter bis in die Gegenwart vorgestellt. Gleichzeitig kann festgestellt werden, daß die Auswahlkriterien auf einer im Sinne der modernen Nation litauisch interpretierten Geschichte basieren, was die hervorgehobenen Ereignisse aus dem Mittelalter besonders deutlich doku-

<sup>23</sup> Vgl. *Vakarų ekspresas* vom 15. Januar 2003.

<sup>24</sup> Vgl. ebd. vom 3. März 2003: pro Denkmal 1172 Stimmen, 3871 dagegen.

<sup>25</sup> Vgl. *Alvydas Nikžentaitis*, Räumliche Integration des litauischen Nationalstaates im 20. Jahrhundert, in: *Ekkehard Buchhofer, Horst Förster* (Hrsg.), *Wirtschaftsräumliche Disparitäten. Entwicklung, Struktur und Auswirkungen* (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 17, Marburg 2002) 23–30.

<sup>26</sup> Dieses Gesetz wurde publiziert in: *Lietuvos Žinios* 1990. Nr. 31–757. Ergänzungen und Korrekturen in: ebd. 1997, Nr. VIII–395 und 1997, Nr. 67–1670.



mentieren. In dem erwähnten Gesetz akzentuieren die Politiker folgende Ereignisse:

- 22. September, Tag der baltischen Einheit: An diesem Tag wird an die Schlacht bei Saule 1236 erinnert, als der litauische Stamm der Zemaiten den Schwertbrüderorden schlug<sup>27</sup>. Den Grund für die baltische Einheit lieferten die Überläufer lettischer Abstammung aus dem Ordenslager, die in der Endphase die Fronten gewechselt hatten<sup>28</sup>.
- 15. Juli, Tag der Schlacht bei Tannenberg 1410<sup>29</sup>.
- 8. September, Tag der nicht stattgefundenen Krönung des Großfürsten Vytautas<sup>30</sup> und Tag des Dankes für die verteidigte Unabhängigkeit und Freiheit Litauens.

Nicht weniger kompliziert sieht die Ereignisliste aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts aus. Vor allem zwei Trauertage fallen ins Auge, der 14. und 15. Juni: zuerst der Tag der Massendeportationen von 1941 und dann der Tag der Besetzung Litauens durch die Sowjets 1940<sup>31</sup>. Mit diesen beiden aufeinanderfolgenden Tagen sind die Litauer nicht nur die jedes Jahr am längsten trauernde Nation der Welt, sondern auch die einzige, die der Vernichtung der eigenen Staatlichkeit jedes Jahr gedenkt.

Der Zweite Weltkrieg wird von vielen in Litauen und auf der Welt mit der Ermordung der litauischen Juden unter aktiver Beteiligung der Litauer assoziiert<sup>32</sup>. Begrüßenswert ist daher die Initiative zum Gedenken an die Ermordung der litauischen Juden: Der 23. September gilt mit der Vernichtung des Ghettos von Vilnius als der Tag des Genozids an den litauischen Juden. Ein Problem besteht jedoch darin, daß der 15. Juni, der Tag der Okkupation Litauens 1940, offiziell „Tag der Okkupation und des Genozids“ heißt. Wenn hier auch keine Volksgruppe explizit erwähnt wird, so ist doch allen klar, daß der Genozid an den ethnischen Litauern gemeint ist. Hier fällt nicht nur der unkorrekte Gebrauch des Wortes Genozid auf; bei genauer Betrachtung sieht man, daß damit – ich hoffe aus Versehen – eine These von zwei Genoziden in der Gesetzgebung der Republik Litauens verankert wurde. Wenn man die zeitliche Abfolge der zwei Genozide bedenkt, dann paßt diese These zu einer antisemitischen Theorie, die manchmal in Litauen zu hören ist: Am 14. Juni 1941 haben sich die Juden an der Deportation der Litauer nach Sibirien beteiligt, deswegen sei die Ermordung der litauischen Juden als Racheakt zu betrachten<sup>33</sup>.

Die Absicht der litauischen Parlamentsabgeordneten war allerdings eine ganz andere, denn mit dem Gesetz wollte man eigentlich der Tragödie der nicht-ethnischen Litauer gedenken. Dieses Vorhaben bestätigen weitere Beschlüsse des li-

<sup>27</sup> Dieses Gesetz wurde in: Lietuvos Žinios 1997, Nr. 67–1672 publiziert.

<sup>28</sup> Ebd.

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Ebd.

<sup>31</sup> Ebd.

<sup>32</sup> *Alfonsas Eidintas, Žydai, lietuviai ir Holokaustas* (Wilna 2002) 361.

<sup>33</sup> Ebd. 402.

tauischen Parlaments und der Regierung. Der litauische Regierungschef Brazauskas entschuldigte sich beispielsweise für die litauische Beteiligung an der Ermordung der litauischen Mitbürger öffentlich in der israelischen Knesset<sup>34</sup>. Das Mißverständnis entstand vor allem deswegen, weil die Gesetzgeber die aus nationaler litauischer Perspektive verabschiedeten Gesetze um das Gedenken an alle Mitbürger erweitern wollten.

Zur Zeit ist die vom Parlament verabschiedete Liste der Gedenktage noch sehr widersprüchlich. Sie wäre noch widersprüchlicher, wenn nicht der *Sejm* unter massiven Protesten der Bevölkerung im Sommer 2000 seinen Beschluß über den 23. Juni widerrufen hätte. An diesem Tag fand 1941 kurz nach dem Einmarsch der deutschen Truppen auf litauischem Gebiet nicht nur der Aufstand gegen die Sowjetadministration in Litauen statt. Das Problem besteht darin, daß die Aufständischen auch den Mord an den jüdischen Mitbürgern initiierten und während der deutschen Besatzung willige Helfer bei den Judenerschießungen waren<sup>35</sup>.

Die bürgerliche Initiative, das entsprechende Gesetz zu widerrufen, war nicht nur erfolgreich<sup>36</sup>, sondern führte zu einem Wendepunkt bei der Neugestaltung der historischen Kultur in Litauen. Immer stärker bildet sich das Verständnis, daß Litauen kein isoliertes Land mehr ist und die europäischen Werte in der repräsentativen historischen Kultur stärker vertreten sein sollten. Zur Zeit diskutiert der Sejm der Litauischen Republik über einen neuen Gedenktag und zwar über den Tag, an dem die Versuche der deutschen Besatzer, eine SS-Division aus Litauern zu gründen, scheiterten<sup>37</sup>. Dem Thema „historische Kultur“ wurde auch eine eigene Tagung im *Sejm* am 16. Februar 2003 gewidmet.

Wenn man versucht, ein Fazit aus der Diskussion um nationale Feier- und Gedenktage im heutigen Litauen zu ziehen, dann sieht man deutlich, daß einerseits noch die alten national orientierten Werte dominieren, andererseits aber auch entsprechende Korrekturen an der historischen Kultur vorgenommen werden.

Gibt es nun einen Zusammenhang zwischen der historischen Kultur der litauischen Gesellschaft und der Geschichtsschreibung in Litauen? Auf diese Frage soll ein kurzer Blick auf die litauische Geschichtsschreibung eine Antwort geben.

<sup>34</sup> Vgl. Irena Veisaitė, Lietuvių ir žydų dialogas jau yra prasidėjęs, in: Kultūros barai 12 (1998) 60–62.

<sup>35</sup> M. Messmer, Sowjetischer und postkommunistischer Antisemitismus. Entwicklungen in Rußland, der Ukraine und Litauen (Konstanzer Schriften zur Schoa und Judaica 3, Konstanz 1997) 445. Dazu auch *Eidintas*, Žydai.

<sup>36</sup> Vgl. Respublika vom 22. September 2000; *Eidintas*, Žydai 410–412.

<sup>37</sup> Ein Schreiben des stellvertretenden Kultusministers an das Institut für die Geschichte Litauens vom 9. Mai 2002, Nr. 031–02–1090.

#### IV. Die Geschichtsschreibung und die Gesellschaft in Litauen

Ein ausführlicher Überblick über die Geschichtsschreibung in Litauen nach der Wende liegt bereits vor<sup>38</sup>. Deshalb kann man hier konstatieren, daß die Diskussionen über die Denkmäler oder die historische Kultur Litauens für die Geschichtsschreibung teilweise schon Vergangenheit sind. Zwar gibt es weiterhin unter den Historikern Litauens Vertreter, die stark national orientiert sind; in der Mehrheit herrscht jedoch die Übereinstimmung, daß die Geschichte Litauens die Geschichte von Staaten innerhalb der historischen litauischen Grenzen bzw. die Geschichte einer Region mit seiner Vielfalt an verschiedenen Ethnien ist. Es wird nun auch ein deutlicher Unterschied zwischen dem, was beispielsweise litauisch im 13. oder im 20. Jahrhundert war, gemacht und versucht, ein integratives Bild der Geschichte der Gesellschaft zu vermitteln.

Es ist bekannt, daß es wenigstens zehn Jahre dauert, bis Forschungsergebnisse die breiteren Schichten der Gesellschaft erreichen – und selbst dafür gibt es keine Garantie. Welches historische Bewußtsein in der Gesellschaft entstehen wird, hängt viel stärker von der Vermittlung des neuen Wissens durch die Massenmedien und die Politik ab.

In diesem Kontext sehen die Möglichkeiten der Historiker, ihr Wissen der Gesellschaft in Litauen zu vermitteln, nicht ganz schlecht aus. Unter den ostmitteleuropäischen Ländern ist Litauen vielleicht das einzige, das eine sehr populäre Diskussionssendung zur Geschichte hat: „Die Geheimnisse der Vergangenheit“. Die Sendung wird von professionellen Historikern gemacht und erzielt hohe Einschaltquoten. Nicht zufällig haben die beiden Historiker für diese Sendung 1997 den Nationalpreis erhalten.

Nach den historischen Debatten, die die Gesellschaft Litauens erschüttert haben, wenden sich in den letzten beiden Jahren immer öfter Politiker um Rat an die Historiker. In den letzten Jahren fand die Kooperation zwischen den Historikern und den historisch arbeitenden Intellektuellen in konkreten Projekten ihren Niederschlag, wie beispielsweise die Umbenennung der Sitzungsräume im Parlament der Litauischen Republik<sup>39</sup> zeigt. Von professionellen Historikern stammen auch die zusammenfassenden Texte, die Repräsentationszwecken dienen<sup>40</sup>. Auch auf kommunaler Ebene sind die Historiker gefragt. So hat beispielsweise das Institut für die Geschichte Litauens 2003 den Auftrag von der Stadt Vilnius bekommen, die Stadtplanung im Bereich der Altstadt beratend zu unterstützen, wobei der Schwerpunkt der Konsultationen auf der Integration der Vergangenheit in die Gegenwart liegt.

<sup>38</sup> Vgl. *Alvydas Nikžentaitis*, Die Geschichtsschreibung in Litauen: 10 Jahre nach der Wende, in: Österreichische Osthefte 44 (2002).

<sup>39</sup> Das Projekt wurde als eine Broschüre herausgegeben: *Apie žymiausių parlamentarų/ amžinimą ir Seimo istorinės aplinkos interjero kūrimą* (Wilna 2003).

<sup>40</sup> Vgl. die für die Frankfurter Buchmesse herausgegebene Geschichte Litauens: *Alvydas Nikžentaitis* (Hrsg.), *A History of Lithuania* (Wilna 2002).

Solche Tendenzen eröffnen nicht nur für die Historiker selbst neue Perspektiven, sondern auch für die Neugestaltung der historischen Kultur in Litauen. Die Tatsache, daß die heutige historische Kultur nicht mehr eindeutig national geprägt ist, ist der positiven Entwicklung der Geschichtsschreibung in Litauen zu verdanken.

*Rainer Lindner*

## Geschichtswissenschaft und Geschichtspolitik in Weißrußland

Erinnerungskonkurrenzen in spät- und postsowjetischer Zeit

Die Umwertung der Geschichte in der Sowjetunion seit Mitte der achtziger Jahre war Teil ihrer Untergangsgeschichte. Kein anderes Feld des öffentlichen Diskurses hat zur Delegitimierung der Sowjetideologie in dem Maße beigetragen wie die offen ausgetragenen Debatten um die Sowjetvergangenheit. Historiker spielten dabei zunächst eine nachrangige Rolle. Das Feld der Geschichte wurde besetzt von Schriftstellern, Regisseuren und Publizisten. Die professionellen Geschichtsforscher fanden erst nach einer Periode der ideologischen Emanzipierung zu einer neuen Sprache. In Weißrußland haben traumatisierende Kollektiverfahrungen wie die Katastrophe von Černobyl' 1986 und die Entdeckung stalinistischer Massengräber 1988 in Kuropaty zur Beschleunigung der historischen Delegitimierung beigetragen. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit hat sich indessen aus dem schmalen Bestand gesicherter nationalhistorischer Vergangenheit keine nationale Identität etablieren können. Seit Präsident Aljaksandr Lukašenka im langen Schatten des sowjetischen Erbes das Land regiert, stehen nationalhistorische und russisch-imperiale Interpretationen der weißrussischen Geschichte in harter Deutungskonkurrenz<sup>1</sup>.

<sup>1</sup> Ausführlich *Rainer Lindner*, *Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrußland im 19. und 20. Jahrhundert* (Ordnungssysteme. Studien zur Ideengeschichte der Neuzeit 5, München 1999); *ders.*, *Weißrußland im Geschichtsbild seiner Historiker*, in: *Dietrich Beyrau, ders.*, (Hrsg.), *Handbuch der Geschichte Weißrußlands* (Göttingen 2001) 25–48; aus weißrussischer Perspektive *Henadz Sahanovich*, *The War Against Belarusian History*, in: *Education in Russia, The Independent States and Eastern Europe* 20 (2002) 1, 18–27; *ders.* (*Henadz' Sahanovič*), *Dzesjac' hadoŭ belaruskaj historyjagrafii*, in: *Belaruski Historyčny Ahljad* 8 (2001) 215–229; *Dimitri Karev, Aleksandr Nečuchrin*, *Razvitie istoričeskich issledovanij v Respublike Belarus': obščie tendencii*, in: *Vesnik Hrodzenskaha dzja-ržaŭnaha universiteta*, Ser. 1 (2000) 1–15; *Aljaksandar Kraŭčėvič*, *Problemy historyčnaj navuki na Belarusi*, in: *Historyčny al'manach* 4 (2001) 6–13.

## I. Historiographie als Funktion des Politischen vor 1991

Die weißrussische Geschichtsschreibung und Erinnerungskultur stand seit 1945 im Zeichen der Kriegserfahrungen im Großen Vaterländischen Krieg. Die Partisanenrepublik, die die größten materiellen und physischen Verluste der gesamten Sowjetunion hinzunehmen hatte, verband ihren Neuaufbau mit einer besonders intensiven ideologischen Aufrüstung. Dem großen Industrialisierungs- und Urbanisierungsschub, den die Weißrussische Sowjetrepublik (Belorusskaja Sovetskaja Socialističeskaja Respublika, BSSR) nach 1945 erlebte, entsprach ein hohes wissenschaftlich-technisches Potential der Teilrepublik. Die Zahl der wissenschaftlichen Einrichtungen erhöhte sich zwischen 1956 und 1985 von 76 auf 167. Waren Mitte der fünfziger Jahre 4400 Menschen in wissenschaftlich-technischen und wissenschaftlich-pädagogischen Berufen tätig, gehörten 1985 bereits 42400 Menschen zu dieser Berufsgruppe. Die Zahl der Doktoren der Wissenschaft erhöhte sich dabei von 134 auf 1011 und diejenige der Kandidaten der Wissenschaft von 1600 auf 13 100. Gemessen an der Gesamtbevölkerung gehörte die BSSR bald zu den intelligenzdichten Regionen im östlichen Europa mit einem hohen wissenschaftlichen Potential<sup>2</sup>. In den sechziger Jahren wurde der Wissenschaftsbetrieb in der BSSR massiv ausgeweitet<sup>3</sup>. Im Vergleich aller Unionsrepubliken nahm lediglich in der Estnischen SSR zwischen 1960 und 1970 die Zahl der Historiker stärker zu als in Weißrußland. Auf 208% – von 476 (1960) auf 989 (1970) – wuchs in diesem Zeitraum die Zahl der Geschichtswissenschaftler in der BSSR, wiewohl gleichzeitig der Anteil der Historiker an der Gesamtzahl der Wissenschaftler um 2,44% auf 4,52% sank. Gab es 1960 lediglich sechs Doktoren und 165 Kandidaten der Geschichtswissenschaften, verfügte die weißrussische Historiographie zehn Jahre später immerhin über 32 Doktoren und 268 Kandidaten. Im Jahrzehnt zwischen 1970 und 1980 sowie in den letzten Jahren der Sowjetunion hat die Zu-

Tabelle 1: Zahl der Historiker in der BSSR und in der Republik Belarus (1936–2001)<sup>4</sup>

	1936	1960	1970	1980	1988	2001
Historiker gesamt	36	476	989	1082	1059	?
Doktoren d. h. W.	?	6	32	50	62	104
Kandidaten d. h. W.	?	165	268	457	602	710

<sup>2</sup> *Instytut historyi AN Belarusi* (Hrsg.), *Narysy historyi Belarusi*, Bd. 2 (Minsk 1995) 404.

<sup>3</sup> Die Zahl der Wissenschaftler in der BSSR nahm von 1960 (6840) bis 1988 (44 072) deutlich zu. Das Jahr mit der größten Dynamik war dabei 1962 mit 36%. Im Überblick *Korzenko*, *Naučnaja intelligencija Belorussii v 1944–1990 gg.* (podgotovka, rost, struktura) (Minsk 1995) 67. Zur institutionellen und methodologischen Fortentwicklung der sowjetischen Geschichtswissenschaft vgl. *Joachim Hössler*, *Die sowjetische Geschichtswissenschaft 1953 bis 1991. Studien zur Methodologie- und Organisationsgeschichte* (Marburger Abhandlungen zur Geschichte und Kultur Osteuropas 34, München 1995) 15 ff., 71 ff., 163 ff.

<sup>4</sup> *Korzenko*, *Naučnaja* 69–71.

wachrate bei den Wissenschaftlern insgesamt und mithin auch bei den Historikern die Werte der sechziger Jahre nicht übersteigen können. Sie ging im Gegenteil immer mehr zurück.

Die Gesamtzahl der verteidigten Doktor- und Kandidatendissertationen belief sich zwischen 1961 und 1970 auf 209, im Vergleich zu 168 in den Jahren 1945–1960. Erst in den achtziger Jahren ließ das Personalwachstum wieder nach.

War nach 1945 in den Arbeiten der Historiker eine Dichotomie von sowjetpatriotischen und neonationalen Ideologemen zu erkennen, so bildeten sich jetzt und stärker noch nach dem 22. Parteitag der KPdSU vom Oktober 1961 zwei ähnliche Parallelstrategien heraus, die für die Historiographie nicht folgenlos blieben. Einerseits sollte sich die gesellschaftswissenschaftliche Forschung auf „die Praxis des kommunistischen Aufbaus“, deren theoretische Verallgemeinerung sowie auf die „wichtigsten Gesetzmäßigkeiten der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung des Sozialismus und seines Hinüberwachsens in den Kommunismus“, wie auch auf die Aufgabe konzentrieren, „das Studium der [ ... ] Erfahrungen der Kommunistischen Partei und des Sowjetvolkes, der Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des sozialistischen Weltsystems sowie der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung“ fortzusetzen<sup>5</sup>. Zugleich wurden die „Herausbildung der weißrussischen Nation“, die „nationale Staatlichkeit“ und die „Souveränität der BSSR innerhalb der UdSSR“ nach 1945 zu viel untersuchten Gegenständen der Geschichtswissenschaft<sup>6</sup>. Einer allseits proklamierten „Annäherung und Verschmelzung der Nationen“ sowie der Herausbildung eines „Sowjetvolkes“ stand das Interesse an der individuellen Entwicklung der „sozialistischen Nationen“ gegenüber. Der Nationsbegriff selbst hatte sich gewandelt. Gemeint waren damit jetzt Regionalgruppen des Sowjetvolkes, aus deren nationaler Kultur die „veralteten, den Aufgaben des kommunistischen Aufbaus nicht entsprechenden Formen“ zu eliminieren waren<sup>7</sup>. Die in der Verfassung der BSSR von 1936 festgehaltenen Attribute der staatlichen Souveränität<sup>8</sup> blieben indessen formale Zugeständnisse und standen – etwa hinsichtlich des Rechts auf den freien

<sup>5</sup> Programm der KPdSU, in: Programm und Statut der Kommunistischen Einheitspartei der Sowjetunion. Angenommen auf dem XXII. Parteitag der KPdSU 17. bis 31. Oktober 1961 (Berlin 1961) 3–134, hier 121 f.

<sup>6</sup> Vgl. u.a. S. R. Vicharev, *Suverenitet BSSR v sostave SSSR* (Minsk 1958); *Instytut filasofii AN BSSR* (Hrsg.), *Farmiravanne i razvice Belaruskaj sacyjalistyčnaj nacyi* (Minsk 1958); im folgenden zitiert: *Farmiravanne i razvice; Ja. Karnejčyk, Belaruskaja nacyja. Histryčny narys* (Minsk 1969).

<sup>7</sup> N. S. Chruschtschow, *Über das Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion*, Oktober 1961, in: *ders.*, *Der Triumph des Kommunismus ist gewiß* (Berlin 1961) 161–307, hier 251 ff.

<sup>8</sup> Die wichtigsten waren das Recht: auf eine Verfassung, auf den freien Austritt aus der UdSSR, keine Gebietsveränderungen ohne Einverständnis der BSSR zuzulassen, auf eine bilaterale Außenpolitik, zur Aufstellung eigener bewaffneter Organe, auf eine eigene Staatsbürgerschaft (*republikanskoe graždanstvo*), auf eigene Vertretungen in den höchsten Organen der UdSSR, zur Durchführung eines republikweiten Referendums, auf das Einbringen eigener Gesetzesinitiativen in die unionsweite Rechtsprechung sowie auf den Besitz einer Flagge, eines Wappens und einer Hauptstadt. Vgl. *Vicharev, Suverenitet BSSR* 108–128.

Austritt aus der Union – in der Tradition der frühsowjetischen Nationalitätenpolitik. Die nationalen Merkmale der Weißrussen kämen deutlich „in den Formen der Wohnarchitektur, in den Ornamenten und Farben der Kleidung, in Traditionen des täglichen Lebens und besonders in der Volkskunst, die organisch mit der Geschichte, der Natur und der nationalen Psychologie des Volkes verbunden sind“, zum Ausdruck<sup>9</sup>. Immerhin schien die damals übliche Formulierung von der Gleichzeitigkeit des Nationalen und Internationalen gewisse Interpretationsspielräume einzuräumen<sup>10</sup>.

Es galt, die „wichtigsten Vorzüge“ der sozialistischen gegenüber den bürgerlichen Nationen – die „Gleichheit der Völker und Nationen, Liquidierung der Klassenunterschiede sowie die sozialistischen Produktionsbedingungen“ – in die Rhetorik einfließen zu lassen<sup>11</sup>.

Dennoch fiel auf, daß neben den vom Moskauer ZK formulierten und allgemein verbindlichen Vorgaben für die Wissenschafts- und Kaderpolitik in den Republiken eigene Akzente gesetzt wurden. Für die weißrussische Historiographie bedeutete dies eine intensive Erforschung des Großen Vaterländischen Krieges und der Partisanenbewegung. Mit K. T. Mazuraŭ stand von 1956 bis 1965 ein ehemaliger Partisan an der Spitze des ZK, der die spezifische Erfahrungslage einer ganzen Generation weißrussischer Politiker dieser Zeit verkörperte. Sein Nachfolger im Amt des Ersten Sekretärs des ZK, P. M. Mašeraŭ, forderte eine Abhandlung zu „Ursprung und Charakter der weißrussischen Partisanenbewegung im Großen Vaterländischen Krieg“<sup>12</sup>.

Die BSSR-Historiker wurden mit einer „Bringschuld der Historiker Weißrusslands vor dem Volk“ konfrontiert<sup>13</sup>. Mit quasinationaler Emphase sollte ein Mobilisierungsschub erfolgen und die ideologische Ausrichtung der Geschichtswissenschaft befördern.

Von 1961 bis 1985 erlebte die weißrussische Geschichtsschreibung ihre bislang produktivste Phase. In dieser Zeit sind sechs Gesamtdarstellungen zur weißrussischen Geschichte in zusammen elf Bänden erschienen, aus denen die bis heute umfangreichste und von über hundert Autoren verfaßte „Geschichte der Weißrussischen SSR“ (1972–1975) herausragt<sup>14</sup>. Gefördert wurden außerdem enzyklopädische Großausgaben mit ausführlichen historischen Artikeln. Fortgesetzt

<sup>9</sup> V. F. Kopytin, Nacional'noe i internacional'noe v žizni belorusskogo naroda, in: *Mogilevskij obkom KP Belorussii/Oblastnoj metodičeskij sovet prepodavatelej obščestvennych nauk* (Hrsg.), *Sbornik materialov naučno-teoretičeskoi konferencii „XXIV s“ezd KPSS i social'no-političeskoe razvitie sovetskogo obščestva* (Gorki 1972) 89–92, hier 92.

<sup>10</sup> Vgl. u. a. N. S. Perkin, Nacional'nae i internacional'nae ŭ litaratury (Minsk 1971).

<sup>11</sup> Farmiravanne i razvices 4.

<sup>12</sup> P. Mašerov, Idejno-političeskoi rabote – vysokuju dejstvennost' (Moskau 1975) 70f.

<sup>13</sup> Za glubokuju razrabotku voprosov istorii BSSR i Kompartii Belorussii, in: *Kommunist Belorussii* (1960) 72–77, hier 73.

<sup>14</sup> *Institut Istorii Akademii Nauk BSSR* (Hrsg.), *Istorija Belorusskoj SSR. V dvuch tomach. Vtoroe dopolnennoe izdanie* (Minsk 1961); *Institut Istorii Akademii Nauk BSSR* (Hrsg.), *Historyja Belaruskaj SSR. U pjaci tamach* (Minsk 1972–1975).



wurde auch die großzügige Herausgabepolitik für Dokumentationen zur vorsovjetschen und Sowjetgeschichte sowie für Chrestomathien gleicher Einteilung<sup>15</sup>. Die wesentlichste Ursache für die „Produktivität“ der weißrussischen Geschichtswissenschaft in den sechziger, siebziger und frühen achtziger Jahren bestand fraglos in der „Stabilität“ des Geschichtsbildes, waren doch die Jahrzehnte zwischen 1920 und 1950 von mehr oder minder unterschiedlichen Perspektiven und politischen Grabenkämpfen innerhalb der historischen Forschung geprägt gewesen. Gänzlich ausgeblendet wurden in den nichtrussischen Republiksgeschichten sämtliche antirussischen Töne. Der historische „Kampf des weißrussischen Volkes für eine Wiedervereinigung mit Rußland“ blieb ebenso ein bevorzugtes und dankbares Objekt der Untersuchung wie die Partisanen- oder Kriegsthematik<sup>16</sup>. Von dem für die sechziger Jahre beobachteten Distanzzuwachs zwischen Geschichtswissenschaft und Politik und der von Roger Markwick und Joachim Hösler nachgewiesenen und mit den Namen A. I. Danilovs, K. N. Tarnovskijs, Ja. S. Drabkins, A. Nekričs und vor allem M. Ja. Gefters verbundenen „Demokratisierung“ oder „Revision“ des ideologieschweren Geschichtsbildes waren auch in Weißrußland Ansätze zu erkennen. Der Wegfall extremer politischer Bevormundung eröffnete nicht zuletzt für die Quellenarbeit neue Freiräume und ließ sogar wieder nationale Töne anklingen<sup>17</sup>. Themenfelder wie die Geschichte des Druckwesens und des Reformators und Schriftgelehrten Franzisk Skaryna, die Sozialgeschichte der weißrussischen Territorien zwischen dem 16. und dem 18. Jahrhundert sowie die Ethnogenese der Weißrussen sorgten sogar für eine gewisse Konstanz der nationalhistorischen Forschung in der BSSR. In der Art ihrer Bearbeitung spiegeln sich Dauer und Wandel des Geschichtsbildes der weißrussischen Sowjetgesellschaft.

Insgesamt gesehen überwiegen die Anzeichen dafür, daß die weißrussische Geschichtsschreibung bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre über eine funktions- und leistungsfähige institutionelle Infrastruktur verfügte. Die relative Stabilität der Sowjetgesellschaft zog eine nachhaltige Verfestigung des vorherrschenden Geschichtsbildes unmittelbar nach sich. Die Publikationsmenge stieg permanent an. Der Spielraum der Historiker zur Untersuchung von nationalhistorischen Randthemen wurde indessen immer kleiner und führte vereinzelt zum Eklat. Die Geschichtsschreibung der BSSR wie der gesamten Sowjetunion befanden sich in einer „produktiven Lethargie“, aus der sie erst ein politischer Impuls zu befreien vermochte.

<sup>15</sup> Die zwölfbändige weißrussischsprachige Enzyklopädie *P. U. Broŭka* u.a. (Hrsg.), *Belaruskaja saveckaja Encykłapedyja*, Bde. 1–12 (Minsk 1969ff.).

<sup>16</sup> *A. P. Ignatenko*, *Bor'ba belorusskogo naroda za vossoedinenie s Rossiej. Vtoraja polovina XVII–XVIII v.* (Minsk 1974).

<sup>17</sup> *Hösler*, *Die sowjetische Geschichtswissenschaft* 71 ff. Zur „revisionistischen Richtung“ vgl. *Roger D. Markwick*, *Catalyst of Historiography, Marxism and Dissidence: The Sector of Methodology of the Institute of History, Soviet Academy of Science, 1964–1968*, in: *Europe-Asia-Studies* (1994) 579–596.

Die eigentliche Wende in der sowjetischen Geschichtswissenschaft begann aus der Defensive<sup>18</sup>. Anders als der mit den Chiffren Glasnost und Perestroika verbundene Reformversuch der sowjetischen Führung unter Gorbachev wurde der Richtungswechsel in den Gesellschaftswissenschaften keineswegs von oben forciert. Das auf dem 27. Parteitag der KPdSU angenommene Parteiprogramm warnte die Historiker gar vor einem „Konjunkturrittertum“<sup>19</sup> und war, wie auch Gorbachevs Festvortrag anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution, nicht auf eine generelle Umdeutung der Geschichte aus<sup>20</sup>. Es waren die Medien des Films, der Literatur und des Theaters, in denen die ersten Signale zu einer Neubewertung der Sowjetgeschichte gesetzt wurden. Zwischen 1987 und 1989 zogen der Film „Die Reue“ des georgischen Regisseurs Tengiz Abuladze, der Roman „Die Kinder des Arbat“ von Anatolij Rybakov und die Stücke „Weiter, weiter, weiter“ und „Der Brester Frieden“ von Michail Šatrov ein neues historisches Interesse breiter Kreise der Gesellschaft und auch der Geschichtswissenschaften nach sich. An der nationalen Peripherie machte in Anlehnung an Ajtmatov der Begriff des „Mankurtismus“ Furore, welcher, nach einer Parabel des Epos „Manas“, synonym für den Verlust des historischen Gedächtnisses und die Loslösung von den nationalen und sprachlichen Traditionen während der Sowjetzeit verwandt wurde.

Anders als in Rußland waren es in der BSSR, neben der aufklärerischen Rolle, die auch die Literatur spielte, konkrete Ereignisse, die eine Historisierung der Gesellschaft und den vorläufigen Kurswechsel des Geschichtsdenkens bewirken sollten. Das völlige Totschweigen der kulturellen und sprachlichen Traditionen Weißrußlands im erstarrten Brežnev-System führte seit 1985 zu ersten Wortmeldungen der nationalen Intelligenz. Am 15. Dezember 1985 wandten sich 28 weißrussische Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler in einer Petition an den neuen Generalsekretär Gorbachev und machten auf die Geringschätzung der weißrussischen

<sup>18</sup> Zur Orientierung vor allem *Mark von Hagen*, History and Politics under Gorbachev: Professional Autonomy and Democratization, in: *Paul Lerner* (Hrsg.), The Soviet Union 1988: Essays from the Harriman Institute Forum (New York 1989) 181–197; *T. Ito* (Hrsg.), Facing Up to the Past. Soviet Historiography under Perestrojka (Sapporo 1989); *Donald Raleigh* (Hrsg.), Soviet Historians and Perestrojka (London 1989); *Michail Rožanskij*, Geschichte: Antworten auf nicht gestellte Fragen, in: *Klaus Segbers* (Hrsg.), Perestrojka: Zwischenbilanz (Frankfurt a.M. 1990); *Henry Kozicki* (Hrsg.), Western and Russian Historiography. Recent Views (New York 1993).

<sup>19</sup> Der Begriff stammt aus dem Programm der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. Neufassung. Angenommen auf dem XXVII. Parteitag der KPdSU, in: XXVII. Parteitag der KPdSU. Dokumente (Moskau 1986) 5–104, hier 75.

<sup>20</sup> *Michail Gorbatschow*, Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt. Ansprache des Generalsekretärs des ZK der KPdSU, Michail Gorbatschow, auf der Gemeinsamen Feitsztung des Zentralkomitees der KPdSU, des Obersten Sowjets der UdSSR und des Obersten Sowjets der RSFSR anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution (in deutscher Sprache zuerst) in: Neues Deutschland 3. 11. 1987, 3–7.

Sprache in Politik, Gesellschaft und Schule aufmerksam<sup>21</sup>. Die Reaktorkatastrophe von Černobyl', kaum vier Monate später am 26. April 1986, wurde nach den opferreichen Jahren des Weltkrieges und der stalinistischen Repressionen als dritte kollektive Vernichtungserfahrung wahrgenommen. Der entstehende nationale Protest besaß hier ebenso wie in Ales' Adamovičs Brief an Gorbačev vom 1. Juni 1986 eine kulturell-historische Dimension. Er formierte sich als eine Art ethnische Schutzbewegung und signalisierte das Erreichen einer Schmerzgrenze. In Entsprechung zur Moskauer Geschichts- und Erinnerungsgesellschaft „Memorial“ riefen Minsker Intellektuelle und Schriftsteller am 18. Oktober 1988 „Matyrolah“, die erste „Weißrussische gesellschaftliche historisch-pädagogische Gesellschaft zur Erinnerung an die Opfer des Stalinismus“ ins Leben, zu deren Vorsitzenden der Minsker Archäologe Zjanon Paznjak gewählt wurde<sup>22</sup>. Paznjak hatte im Mai 1988 die Ausgrabungen in den Wäldern von Kurapaty bei Minsk geleitet und ihre Ergebnisse am 3. Juni 1988 in der Zeitschrift „Litaratura i mastactva“ veröffentlicht. Dieses Ereignis, bei dem Massengräber aus der Zeit des Stalinterrors entdeckt wurden, hat die weißrussische Öffentlichkeit über die Kreise der Intellektuellen hinaus gleichermaßen gelähmt und wachgerüttelt. Tausende nahmen in der Folgezeit an Schweigemärschen und Großdemonstrationen teil. Von der BSSR-Regierung, der Moskauer Zentrale und vor allem der Partei als Sachwalter des stalinistischen Erbes wurde jetzt nicht mehr nur für die Katastrophe von Černobyl', sondern auch für die Verbrechen von Kurapaty Rechenschaft gefordert. Zumindest die aufgeklärte Öffentlichkeit der weißrussischen Hauptstadt, aber auch der übrigen Bezirksstädte, wurde in diesen Monaten vollends politisiert<sup>23</sup>.

An die Opfer der stalinistischen Diktatur in Weißrußland wurde erstmals am 1. November 1987 vor dem Janka-Kupala-Denkmal in Minsk von 200 000 Menschen auf einer Massendemonstration gedacht, die auf Initiative der Jugendorganisationen „Talaka“ und „Tutejšie“ zustande gekommen war. Diese Gruppen waren zwei von über neunzig Verbänden, Klubs und Organisationen, die sich in der Hauptstadt – inoffiziell oder registriert – für soziale, politische oder kulturelle Belange der Gesellschaft einzusetzen begannen<sup>24</sup>. Diese Jugendgruppen waren es auch, die sich am 26. Dezember 1987 zum ersten „Reichstag“ (*Val'nyj Sojm*) in

<sup>21</sup> Zur weißrussischen nationalen Bewegung nach 1985 *Jan Zaprudnik*, The National Consciousness of the Byelorussians and the Road to Nationhood, in: *Vitaut and Zora Kipel* (Hrsg.), *Byelorussian Statehood. Reader and Bibliography* (New York 1988); *Astrid Sahm*, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl 1986–1991 (Münster 1994).

<sup>22</sup> Neben „Matyraloh Belarusi“ entstand mit der „Belaruskaja Assacyjacyja achvjar palityčnych réprésij“ eine weitere nichtstaatliche Organisation. Bis Mitte der neunziger Jahre wurden etwa 600 000 Fälle politischer Verfolgungen registriert.

<sup>23</sup> Zu den Vorgängen in Kuropaty vgl. die bewegende zweisprachige Dokumentation *Z. Paz'njak* u. a. (Hrsg.), *Kuropaty. Artykuly, navukovaja spravasdača, fotazdymki* (Minsk 21994). Zur Debatte bis 1993: *David R. Marples*, Kuropaty: The Investigation of a Stalinist Historical Controversy, in: *Slavic Review* 53 (1994) 513–523.

<sup>24</sup> Die Mitgliederzahlen waren freilich gering und gingen nur in Einzelfällen über fünfzig hinaus.

Palačanka bei Minsk trafen, dessen Bezeichnung expressis verbis an die Ständerversammlung des Litauischen Großfürstentums erinnern sollte. Eine Folgeveranstaltung fand Mitte Januar 1989 in der „Hauptstadt“ Wilna (Vilnius) statt, auf der 246 Delegierte 66 informelle Gruppen aus Weißrußland vertraten. Wie schon 1915 geriet in der neuen Schwellenzeit der späten achtziger Jahre der mittelalterliche Großstaat als „brüderliche“ Verbindung von Litauern, Polen und Weißrussen in den Blick. Immer wieder, aber wenig erfolgreich wurde seit 1989 von verschiedenen Seiten der staatliche Zusammenschluß der ehemaligen Teilgebiete des Großfürstentums erwogen. Vasil' Bykaŭ, der wenige Jahre später sein Land wegen der politischen Verhältnisse verlassen mußte und 2003 starb, verwies 1989 auf die „historische Bruderschaft“, die Polen, Litauer und Weißrussen verbinde. Zahllose Beispiele ließen sich „für unser gemeinsames, wahrhaft brüderliches Leben innerhalb derselben Landschaft, derselben Kultur und sogar desselben Staates anführen. Wenn dies in der Morgendämmerung der Geschichte möglich war, warum sollte es nicht auch heute möglich sein.“<sup>25</sup>

Die neu zu entwerfende nationale Geschichte der Weißrussen hatte vor allem eine nichtrussische zu sein. Daher war es folgerichtig, daß sehr bald das Gebilde des ausgedehnten und multiethnisch komponierten Großfürstentums Litauen in den Blick der Historiker kam. Eine wachsende Kenntnis über den langen Zeitraum gemeinsam verbrachter Geschichte führte zu einer wohlwollenden Wahrnehmung der polnischen, litauischen und ukrainischen, eben nichtrussischen Nachbarn<sup>26</sup>. Auch die Wiedergründung der Unierten Kirche am 6. August 1990 im Haus des Weißrussischen Schriftstellerverbandes zeigte die Suche nach einer eher rußlandfernen Identität, obwohl ihr Zulauf auch nach der verzögerten offiziellen Registrierung im November 1991 und ganz im Gegensatz zur Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche eher gering blieb. Auf dem offiziellen Gründungskongreß der „Weißrussischen Nationalen Front“ (*Belaruskі Narodnae Front*, BNF) am 24. und 25. Juni 1989 in Wilna wählte das Führungskomitee der künftigen Oppositionspartei den Oberassistenten des Akademieinstituts für Geschichte, Zjanon Paznjak, zu ihrem Vorsitzenden. Der Programmentwurf der Volksfront suchte ebenso die eindeutige Anbindung an historische Vorbilder wie die Verwendung der Symbolik des Litauischen Großfürstentums sowie der Weißrussischen Volksrepublik von 1918 – die weiß-rot-weiße Flagge und das Reiterwappen *Pahonja*. Auf ihre Weise suchten die BNF und nach ihr andere weißrussische Parteien die zwingende Ableitung ihrer Existenz und ihrer politischen Absichten in der Nationalgeschichte.

Die Historiker aus Akademie und Universitäten, die sowohl in der Kommunistischen Partei als auch in der Volksfront stark repräsentiert waren, gehörten in der Tat seit 1988 zu den Kommentatoren der Zeitereignisse, wenngleich auch Autodidakten und selbsternannte Spezialisten in langen Zeitungsspalten die Ge-

<sup>25</sup> Litaratura i mastactva, 7. 7. 1989, 1.

<sup>26</sup> Vgl. u.a. *Karl Hartmann*, Warschaus Bemühungen um Weißrußland, in: *Osteuropa* 43 (1993) 853–863.

schichte zu erklären begannen. Politik und Geschichte traten als aufeinander bezogene Wirkungsfaktoren in eine ständige Nähe. Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß das osteuropäische Wendejahr 1989, bezogen auf die Umwertung von Geschichte in der ausgehenden Sowjetunion, in Weißrußland bereits ein Jahr früher stattfand. So intensiv seither politisch aufgeladene Themen der Zeitgeschichte diskutiert worden waren, so deutlich erfolgte seit 1994 die Rücknahme national-historischer Entwürfe und Symbole.

## II. Das Ende der Umwertung: Geschichtspolitik unter Lukašënka

Die am 5. März 1994 vom Obersten Sowjet angenommene erste Staatsverfassung betonte die „jahrhundertealte Geschichte der Entwicklung der belarussischen Staatlichkeit“ ebenso wie „unser unveräußerliches Recht auf Selbstbestimmung“<sup>27</sup>. Weißrussische Nationalhistoriker wie Valjancin Hryckevič, für den das Großfürstentum Litauen, der Rus' und Samogitiens vom 12. Jahrhundert bis 1795 ein „unabhängiger“ Staat war, hatten bereits während der vierjährigen Vorbereitung des Verfassungsentwurfs auf konstitutionelle Traditionen hingewiesen, wie sie in der Verfassung der *Rzeczpospolita* vom 7. Mai 1791 verankert waren<sup>28</sup>. Die Historisierung der Politik und des öffentlichen Lebens schritt in dem Maße voran, wie sich die Geschichtsschreibung selbst politisierte. So hatte der Vorsitzende des Obersten Sowjets, Stanislaŭ Šuškevič, in seiner Ansprache zum 3. Jahrestag der Souveränitätserklärung am 27. Juli 1993 in ähnlicher Weise nach historischen Verknüpfungen gesucht, wie es der neue Präsident des Landes, Aljaksandr Lukašënka, zwei Jahre später anläßlich des 50. Jahrestages des Kriegsendes tat. Während Šuškevič noch davor gewarnt hatte, die heutige Gesellschaft nach diesem oder jenem Muster der Vergangenheit zu formen oder die Lehren der Geschichte mit den Beziehungen zu den demokratischen Nachbarn zu vermischen, ließen Lukašënkas Ausführungen keinen Zweifel daran, daß der neuen Herrschaftselite andere politische Ziele und ein anderes Geschichtsbild vorschwebten<sup>29</sup>. Am 20. Juli 1994 leistete der erste Präsident Weißrußlands einen Eid auf das Land und sein Volk. Der vom Volk Weißrußlands gewählte Präsident werde ein Garant der weißrussischen Staatlichkeit sein. „Wir erheben keinerlei Anspruch auf irgendwelche Territorien, unabhängig davon, wem sie früher gehörten. Der größte

<sup>27</sup> Kanstytucyja Respubliki Belarus'. Prynjata na trynaccataj sessii Vjarchoŭnaha Saveta Respubliki Belarus' dvanaccataha sklikannja 15 sakavika 1994 hoda (Minsk 1994). Zit. nach der deutschen Ausgabe: Informationszentrum bei dem *Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der Republik Belarus* (Hrsg.), Verfassung der Republik Belarus. Verabschiedet vom Obersten Sowjet der Republik Belarus am 15. März 1994 (Minsk 1994) 5.

<sup>28</sup> Valjancin Hryckevič, Dva pohljady na adnu kanstytucyju, in: Polymja (1993) 178–192, hier 179, 183.

<sup>29</sup> My pryjdzem da Belarusi! Vystuplenie Staršyni Vjarchoŭnaha Saveta Respubliki Belarus' Stanislava Šuškeviča pa Belaruskim tэлеbačanni i radye 27 lipenja 1993 hoda, in: Narodnaja Hazeta 29.7.1993, 1.

Reichtum Weißrußlands ist sein Volk.“<sup>30</sup> Mit wechselnder Intensität trat Lukašënka seit seinem Amtsantritt für eine Reintegration im Rahmen des ostslawischen Staatendreiecks Rußland-Ukraine-Weißrußland ein und forcierte die Bildung eines Staatenbundes mit Rußland, der Anfang Mai 1997 formal zustande kam<sup>31</sup>. Bereits 1995 ließ er keinen Zweifel zu, daß in den Beziehungen mit dem „großen östlichen Nachbarn Rußland“ auf dem Weg „zu einer slawischen Einheit“ ein neues Niveau erreicht worden sei<sup>32</sup>. Die Annäherung an Rußland war neben einer Konsolidierung der eigenen Machtposition das wichtigste Motiv des Lukašënka-Referendums, das am 14. Mai 1995 durchgeführt wurde. Die Gleichstellung der russischen Sprache mit der bisherigen Staatssprache Weißrussisch (83,1% Befürwortung) gehörte neben der Frage nach einer wirtschaftlichen Integration mit Rußland (82,4% Befürwortung) zum Komplex der Annäherung an den übermächtigen Nachbarn. Die Ersetzung der bisherigen Flagge und Wappen durch eine um Hammer und Sichel verminderte BSSR-Symbolik (75,0% Befürwortung) und die Vollmacht des Präsidenten, das Parlament im Fall von Verfassungswidrigkeiten auflösen zu dürfen, dienten dagegen seiner eigenen Machterweiterung; diese wäre ohne den symbolischen Rekurs auf die Sowjetzeit unmöglich gewesen<sup>33</sup>.

Auch der Feiertagskalender im Weißrußland Lukašënkas gehorchte bald anderen Prämissen. Die Durchführung der Parlamentswahl und des Referendums 1995 – kaum eine Woche nach dem in traditioneller Manier und mit großzügigen finanziellen Zuwendungen an die Kriegsveteranen zelebrierten 50. Jahrestag des Kriegsendes – ermöglichte eine Verknüpfung tagespolitischer Interessen mit emotionsreichen historischen Erinnerungen. Die Symbolkraft des Siegestages sollte am Wahltag in Stimmen für den Kurs des Präsidenten umgemünzt werden. Die Feierlichkeiten, die wie auch in den anderen Hauptstädten der GUS-Republiken zwischen dem 7. und 9. Mai stattfanden, ließen die Gedächtniskultur der untergegangenen Sowjetunion wiedererstehen.

In einer zum Himmel schreienden Verhüllung des „Widerspruchs zwischen privatem Elend und amtlichem Pathos“ wurde in diesen Tagen auch in Weißrußland an die Größe der untergegangenen Union, den Glanz der Waffen und die gefährdeten Beziehungen zu Rußland erinnert<sup>34</sup>. Lukašënka gefiel sich dabei in der

<sup>30</sup> Zit. nach *Rainer Lindner*, Systemwechsel und Staatsbildung in Belarus' und Ukraine. Historische Voraussetzungen, aktuelle Probleme, neue Akteure (Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1995) 19f.

<sup>31</sup> Ausführlich *ders.*, Präsidialdiktatur in Weißrußland. Wirtschaft, Politik und Gesellschaft unter Lukaschenka, in: *Osteuropa* 47 (1997) 1038–1152; *ders.*, Besieged Past. National and Court Historians in Lukashenkas Belarus, in: *Nationalities Papers* 27 (1999) 631–648.

<sup>32</sup> *Vystuplenie Prezidenta Respubliki Belarus A. G. Lukašënka na toržestvennom sobranii, posvjaščennom 50-letiju Pobedy v Velikoj Otečestvennoj vojne*, in: *Sovetskaja Belorussija* 11. 5. 1995, 2.

<sup>33</sup> *Respublika*, 16. 5. 1995, 1. Eine ausführliche Analyse in: *Neue Zürcher Zeitung* 16. 5. 1995, 2.

<sup>34</sup> Vgl. vor allem *Dietrich Geyer*, Erblasten und Erinnerungen. Mittel- und Osteuropa fünfzig Jahre nach der deutschen Kapitulation, in: *Osteuropa* 45 (1995) 395–409, hier 405f.

Pose des Fortsetzers der Sowjetgeschichte. Als Vorsitzender des alternativen Festkomitees der Opposition macht Vasil' Bykaŭ hingegen vor aller Augen deutlich, daß die von der offiziellen Jubiläumsrhetorik geadelten Veteranengenerationen nunmehr „rechtlose Schabracken mit miserablen Renten“ seien, deren einziges Privileg noch darin bestehe, den städtischen Nahverkehr kostenlos benutzen zu dürfen. In seiner scharfen Replik „Der bittere Geschmack des Sieges“ wies Bykaŭ zudem darauf hin, daß die Geschichte der zivilen Opfer des Partisanenterrors erst noch geschrieben werden müsse. Lukašënka richtete starke Beschuldigungen gegen Bykaŭ, die Volksfront und deren nationales Unabhängigkeitscredo, aber auch gegen Stimmen wie Svetlana Aleksievič, deren Prosa und Publizistik die plakative Verarbeitung des Krieges in der sowjetischen und nachsowjetischen Gesellschaft immer wieder kritisiert hatte. Wenige Monate nach den Festveranstaltungen beklagte sie, daß „wir immer den Menschen in Waffen geliebt haben“ und im Leben nie etwas anderes taten, als „Kriege zu führen oder der Kriege zu gedenken“<sup>35</sup>.

Die Spaltung in ein nationales und ein anationales Geschichtsbild hat zu einer geteilten Erinnerungskultur und zur Aufstellung von getrennten Jubiläumskalendern geführt. Seitdem die Verfechter eines nationalen und antirussischen Geschichtsverständnisses 1994 und 1995 erstmals des Sieges des „litauisch-weißrussischen Truppenverbandes“ bei Orša gegen die Moskauer Eindringlinge im Jahr 1514 gedachten, zogen auch in den Folgejahren Anfang September mehrere Tausend Menschen durch die Straßen von Minsk. Anlässlich der 930-Jahrfeier der Stadt Minsk im Frühjahr 1997 formierte sich am 2. März ein Jubiläums- und Protestzug von 5000 Menschen. An die Gründung der BNR am 25. März 1918 wollten am Jubiläumstag im März 1997, eine Woche vor der Unterzeichnung eines „Vertrages über die Union Rußlands und Weißrußlands“, weit über 10000 Menschen erinnern. Hier und bei anderen Gelegenheiten entsprach es der engen Verbindung historischer und tagespolitischer Motive, daß die Erinnerungsdemonstrationen in Kundgebungen gegen Lukašënka und seine prorussische Orientierung umschlugen. Demonstrationsredner beschuldigten den Präsidenten, unter Verfassungsbruch die Selbständigkeit und die Staatlichkeit Weißrußlands an Rußland abzutreten<sup>36</sup>.

Das Jahr 1996 mußte in der Wahrnehmung der Nationalhistoriker als „Jahr der antiweißrussischen Jubiläen“ erscheinen: Nicht nur, weil die Ständerversammlung der *Rzeczpospolita* vor genau 300 Jahren, am 29. Dezember 1696, beschlossen hatte, künftig „sämtliche Entscheidungen nurmehr in polnischer Sprache aufzuzeichnen“ und einhundert Jahre zuvor (1596) durch die Brester Kirchenunion die

Außerdem *Astrid Sahm*, Kein politischer Frühling in Belarus. Das Scheitern der Parlamentswahlen im Mai 1995 und die Verselbständigungstendenzen der Exekutive, in: Osteuropa 45 (1995) 1021–1033, hier 1024 f.

<sup>35</sup> Vgl. *Svetlana Aleksievič*, „Nas tak dol'go učili ljubit' čeloveka s oruž'em“, in: *Izvestija* vom 29. 2. 1996, 3 sowie *dies.*, „Ja – ne pisatel' katastrof. Prosto žizn' vokrug nas katastrofična do bessmyslennosti“, in: *Narodnaja Hazeta* vom 13. 4. 1996 (Beilage) 7.

<sup>36</sup> Der Vertrag zwischen Weißrußland und der Russischen Föderation wurde am 2. April 1997 unterzeichnet.

Spaltung der orthodoxen Kirche in Polen-Litauen besiegelt worden war. Auch der 10. Jahrestag der Katastrophe von Černobyl' und vor allem das „einjährige Jubiläum des ersten Referendums in der Geschichte des weißrussischen Volkes“ gaben im Blick auf die weißrussische Sprache, nach Leanid Lyč, wenig Anlaß zur Freude und rückten das Land immer näher an die Gefahr heran, „eine weiße Krähe – ein Land ohne seine Sprache“ zu werden<sup>37</sup>.

Doch nicht nur der Feiertagskalender spaltete seit Mitte der neunziger Jahre das kollektive Gedächtnis der weißrussischen Gesellschaft. Selbst in die zunächst geschichtsfernen Vorgänge der Tagespolitik wurden immer wieder historische Bezüge eingebaut, von denen sich die politischen Akteure eine Mobilisierung der Bevölkerung im Sinne ihrer jeweiligen Interessenlagen erhofften. Vor allem die Parlamentswahlen von 1995, in deren Vorfeld eine informelle Blockbildung zwischen Präsident und konservativen Kräften auf der einen und dem demokratischen Lager mit der Volksfront auf der anderen Seite zu beobachten war, haben diese Absichten zutage treten lassen<sup>38</sup>. Höhe- beziehungsweise Tiefpunkt des Wahlkampfes war der Dokumentarfilm von Jurij Azaronka mit dem programmatischen Titel „Haß. Die Kinder der Lügen“, der am 10. und 12. Mai 1995 im weißrussischen Fernsehen ausgestrahlt wurde. Darin wurde eine demagogische Kampagne gegen die „Weißrussische Volksfront“ geführt, die diese Organisation in eine Reihe mit weißrussischen faschistischen Organisationen aus der Zeit der deutschen Okkupation sowie gegenwärtigen rechten Gruppierungen stellte.

Die Montage von Originalaufnahmen aus den Kriegsjahren mit Äußerungen des BNF-Vorsitzenden Paznjak erinnerte an sowjetische Propaganda schlimmster Provenienz. In gezielter Vorbereitung des anstehenden Referendums wies der Film einmal mehr auf die Benutzung der weiß-rot-weißen Flagge und des *Pahonja* durch die weißrussischen Kollaborateure während der Besatzungszeit im Zweiten Weltkrieg hin. Die Strategie einer weiteren Diskreditierung der Opposition mittels manipulierter Geschichtsdarstellung sollte tatsächlich aufgehen. Im Ergebnis des Mai-Referendums setzte Lukašënka die Abschaffung der nationalen weißrussischen Symbolik durch. Ein „Gesellschaftliches Komitee zur Verteidigung der weißrussischen nationalhistorischen Symbolik“, das sich in unmittelbarer Reaktion auf diesen, in der postkommunistischen Transformationslandschaft einmaligen Vorgang gebildet hatte, wandte sich in eindringlichen aber erfolglosen Erklärungen an die Bürger des Landes. Was nützten Hinweise auf die Tatsache, daß das *Pahonja* eines der ältesten europäischen Wappenzeichen überhaupt und bereits in der Schlacht bei Orša von weißrussischen Fähnrichen vorangetragen worden sei, wenn der Präsident des Landes gegen die nationale Erinnerungssubstanz eine ganz andere Gedächtniskultur auszubilden hoffte<sup>39</sup>. Nahezu alle prominenten Nationalhistoriker ohne staatliche Leitungsfunktionen gehörten zu den

<sup>37</sup> Leanid Lyč, Trysta hadoŭ nazad belaruskaj move užo vynosili prysud ..., in: Narodnaja Hazeta vom 21. 2. 1996, 3.

<sup>38</sup> Die Parlamentswahl von 1995 fand in drei Wahlgängen am 14. Mai, am 28. November und am 10. Dezember statt.

<sup>39</sup> Vgl. Viktar Cjarëščanka, Naš dom – Belarus', in: Naše Slovo vom 20. 7. 1996, 1.



Gründungsmitgliedern des Komitees oder schlossen sich ihm bald an. Vieles spricht dafür, nicht nur von einer Historisierung der Politik, sondern auch von einer Politisierung der Geschichtswissenschaft zu sprechen.

Die Machtrhetorik des Präsidenten teilte sich indessen nicht nur über die Medienpolitik mit, sondern schlug sich in gleicher Weise in seinen öffentlichen Auslassungen nieder. Nur einmal nahm sogar die westliche Öffentlichkeit davon Notiz. Unter Hitler, so bemerkte Lukašënka Ende November 1995 in einer Antwort auf die Frage eines Korrespondenten des „Handelsblattes“ nach einer möglichen Präsidialdiktatur in Weißrußland, habe Deutschland den höchsten Punkt seines jahrhundertlangen Strebens nach Ordnung erreicht: „Dies ist genau das, was unserem Verständnis von einer Präsidentenrepublik und der Rolle des Präsidenten in ihr entspricht. Ich möchte unterstreichen, daß es unmöglich ist, daß in einem Menschen alles schwarz oder alles weiß wäre. [...] Hitler schuf ein mächtiges Deutschland dank einer starken Präsidialmacht. [...] Wir durchleben heute einen solchen Zeitabschnitt, in welchem ein Zusammenraufen um einen einzelnen oder eine Gruppe von Leuten nötig ist, um zu überleben, aufzustehen und wieder auf die Beine zu kommen.“<sup>40</sup>

Wenngleich es unangemessen ist, Lukašënka grundsätzliche Sympathien für den Nationalsozialismus zu unterstellen, offenbarte dieses Interview doch allzu deutlich seinen erratischen Umgang mit Geschichte. Ein geschlossenes Weltbild oder eine eigene Ideologie standen dem Präsidenten hier wie auch später nicht zur Verfügung. Vielmehr ruft er jeweils Versatzstücke der sowjetischen Geschichtspromaganda auf, die er geschickt oder weniger geschickt den Kontexten zuzuordnen vermag. Es zeigte sich sehr schnell, daß Lukašënka, der selbst kurzzeitig als „Geschichtslehrer“ in der Provinz gearbeitet hatte, vom späteren Dienst in der Armee und in der Kolchose Erfahrungen als Propagandist mit ins Amt brachte. Nicht ohne charismatische Züge verstand er es dabei, politische Reden oder Aktivitäten unter Verwendung historischer Verweise oder Sprachbilder massenwirksam zu inszenieren<sup>41</sup>. Zum Beraterstab des Präsidenten gehörten nicht umsonst von Beginn an auch Historiker, die ihn mit einer entsprechenden Rhetorik auszustatten versuchten.

Erst nach 1991 erfolgte eine erste korporative Organisation der Historiker in der „Weißrussischen Historikerassoziation“ (BAH), die im Februar 1993 auf Initiative des Instituts für Geschichte an der Akademie ins Leben gerufen wurde. Hier versammelten sich außer der akademischen Intelligenz auch Bibliothekare, Museumsangestellte, Archivare und Lehrer. Die Führungsriege setzte sich indessen nur aus den bekannten Namen zusammen<sup>42</sup>. Dem allgemeinen Rückgang des

<sup>40</sup> Nach Svaboda vom 2. 12. 1995, 5.

<sup>41</sup> Rainer Lindner, *The Lukashenka Phenomenon*, in: *Independent Belarus. Domestic Determinants, Regional Dynamics, and Implications for the West*, ed. by Margarita M. Balmaçeda, James T. Clem, Lisbeth L. Tarlow (Cambridge, Mass. 2002) 77–108.

<sup>42</sup> Zum Vorsitzenden der Assoziation wurde der damalige Dekan der Geschichtswissenschaftlichen Fakultät der BDU, Petr Šupljak, gewählt, zu seinen Stellvertretern wurden der Direktor des Akademieinstituts für Geschichte, Michas' Kascjuk, und der Direktor des

Wissenschaftspotentials in Weißrußland folgte naturgemäß auch eine deutliche Abnahme der Mitgliederzahl der BAH.

Die institutionelle Struktur der staatlichen geschichtswissenschaftlichen Forschung und Lehre in Weißrußland hat sich in nachsowjetischer Zeit hingegen nur unwesentlich geändert. Lediglich das „Nationale Wissenschafts- und Bildungszentrum ‚F. Skaryna‘“ (1991) und die an Traditionen der Zwischenkriegszeit anknüpfende „Archäographische Kommission“ beim „Staatskomitee für Archiv- und Rechtsfragen“ (1999) wurden neu geschaffen. Die wichtigsten wissenschaftlichen Einrichtungen für die historische Forschung in Minsk sind das Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften, das Institut für Kunstgeschichte, Ethnographie und Folklore der Akademie der Wissenschaften und das Nationale Wissenschafts- und Bildungszentrum „F. Skaryna“. Es bestehen neben der als Leitinstitut geltenden Historischen Fakultät der Weißrussischen Staatsuniversität in Minsk sechs weitere historische Hochschulfakultäten (Hrodna, Homel', Brest, Navapolack, Mahileŭ, Viciebsk). Obgleich zwischen 1986 und 1996 vor den sechs weißrussischen Prüfungskommissionen 57 Doktor- und 250 Kandidatendissertationen verteidigt wurden, war ein quantitativer Rückgang nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Wissenschaftsbetriebes nicht zu übersehen<sup>43</sup>. Der Trend konnte erst Ende der 1990er Jahre gestoppt werden. Zwischen 1999 und 2001 wurden 20 Doktor- und 91 Kandidatendissertationen verteidigt.

In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre herrschte kaum noch ein genauer Überblick über die Zahl der in Lohn und Brot stehenden Historikerinnen und Historiker. Fast alle waren an mehreren Institutionen oder Projekten gleichzeitig tätig. Andere wanderten in andere Berufe ab, ohne zuvor ihr Arbeitsverhältnis offiziell zu beenden. 1990 arbeiteten in Weißrußland 62 Doktoren und 602 Kandidaten der Historischen Wissenschaften, zehn Jahre später, Anfang 2000 betrug die Zahl 104 Doktoren und mehr als 700 Kandidaten der Historischen Wissenschaften, wenngleich längst nicht alle ausgebildeten Historiker in ihrem Beruf tätig waren. Am Akademieinstitut arbeiteten Ende 1999 15 Doktoren und 48 Kandidaten, an der Historischen Fakultät in Minsk waren es 11 Doktoren und 52 Kandidaten.

Wegen der starken Politisierung des Berufes des Historikers seit Beginn der neunziger Jahre sahen einige Beobachter bereits die „letzten Tage der Historiographie“ gekommen<sup>44</sup>. Unter dem Druck der nationalen politischen Entwicklung kam es jedoch zur weiteren Polarisierung der Geschichtsdeutungen. Das Jahr

Weißrussischen Forschungszentrums für Dokumentation, Archäographie und Archivwesen, Uladzimir Michnjuk, ernannt. Der Wortlaut des Statuts der Assoziation findet sich in: Statut Belaruskaj asacyjacyi historikaŭ, in: Belaruskij Histaryčnaj Časopis 2 (1994) 6–8. 1997 wurde Šupljak von Kasčuk als Vorsitzender abgelöst.

<sup>43</sup> Wie in sowjetischer Zeit wird bislang der akademische Grad eines Doktors der Wissenschaften ausschließlich vom Präsidium des „Obersten Attestierungskomitees“ (VAK) der Republik Weißrußland zuerkannt, während die Kandidaten sich den „Räten zur Verteidigung der Dissertation“ zu stellen haben. Die Annahme der Dissertation und ihre erfolgreiche Verteidigung wird dann vom VAK lediglich bestätigt.

<sup>44</sup> *Aleh Dzjarnovič*, *Apošnija dni histaryjahraŭ*, in: *Naša Niva* (1993) Nr. 15, 11.

1996 gab in der weißrussischen Geschichtswissenschaft den Auftakt zu Flügelskämpfen in der Historikerschaft. Die Auseinandersetzungen erinnern dramatisch an die Vorgänge der Stalinzeit, als sich Nationalhistoriker der Anwürfe der Partei und der von ihr gelenkten Kollegen zu erwehren hatten. Mit der Polarisierung der politischen Kräfte begann sich die Geschichtsschreibung in mehrere Interessengruppen zu spalten, wobei seit Sommer 1996 der Ton der Auseinandersetzung immer mehr den Schuldzuweisungen und Denunziationen der ausgehenden zwanziger und späten vierziger Jahre zu gleichen schien<sup>45</sup>.

Die Lage spitzte sich zu, als ein Dutzend Minsker Historiker und Geschichtslehrer im Frühjahr 1996 die Weißrussische Republikanische Vereinigung „Historisches Wissen“ ins Leben rief. Die öffentlichen Erwidernungen des ersten Direktors der Organisation, des damals 85jährigen Adam Zaleski (gest. 2002) auf neuere Großpublikationen des Akademieinstituts für Geschichte und der Redaktion „Weißrussische Enzyklopädie“ waren ebenso wie ihre apologetischen Auslassungen zur „Rolle des Präsidenten der Republik Weißrußland in der gegenwärtigen sozialökonomischen und politisch-moralischen Situation des Landes“ als Loyalitätsbekundungen gegenüber dem Präsidenten zu deuten. Lukašenka begann in dieser Konstellation, die Rolle der Partei einzunehmen. Ebenso wie die jungen Sowjethistoriker der dreißiger Jahre die Partei für ihren „schonungslosen Kampf“ gegen die nationalistischen Abweichler rühmten, galt den Altideologen um Zaleski seit ihren ersten Verlautbarungen Mitte 1996 der Präsident als einzig zuverlässiger Verteidiger der Interessen des Volkes gegen die „Anhänger des Kapitalismus“ und die „national-extremistischen Kräfte“. Genannt wurden die per Referendum erreichte Abschaffung der „feudal-bürgerlichen nationalistischen Staatssymbolik“, die Wiedereinführung der alten Staatshymne „mit der wunderbaren Musik von Nestor Sokolowski“<sup>46</sup>.

Die Zaleski-Gruppe profilierte sich als historische Zensurbehörde der neuen Herrschaft und übernahm damit faktisch die Rolle der Wissenschaftsabteilung des ehemaligen Zentralkomitees. Die seit 1993 erscheinende „Enzyklopädie der Geschichte Weißrußlands“ wurde zum Anlaß genommen, die nationale Geschichtsschreibung öffentlich zu brüskieren. Wiederum war es das Institut für Geschichte und neben anderen auch das Akademie- und Redaktionsmitglied der Enzyklopädie, Ihnaczenka, die von der Vereinigung für die „Entstellungen und Verfälschungen der Geschichte Weißrußlands in den vergangenen Jahren“ verantwortlich gemacht wurden. Viele der Artikel der Enzyklopädie zeichneten sich danach durch einen „unangenehmen Antisowjetismus“ und eine „offene Russophobie“ aus. Die „Entstellung der Geschichte“ komme vor allem in den Ausführungen „des bekannten Verfälschers“ H. M. Sahanovič zum Ausdruck, in denen eine „Aggressi-

<sup>45</sup> Rainer Lindner, Nationalhistoriker im Stalinismus. Zum Profil der akademischen Intelligenz in Weißrußland, 1921–1946, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 47 (1999) 187–209.

<sup>46</sup> Zajavlenie Belorusskogo respublikanskogo i Minskogo naučnogo ob"edinenij „Istoričeskije znanija": O pozicijach i roli Prezidenta Respubliki Belarus' v nynješnem social'no-ekonomičeskom i moral'no-političeskom položenii strany, in: Narodnaja Hazeta vom 16. 8. 1996, 2.

vität des russischen Staates gegenüber dem Litauischen Großfürstentum“ postuliert wird<sup>47</sup>. Festzuhalten ist, daß die Nationalhistoriographie kaum freundlicher mit der Gegenpartei umzugehen pflegte. Auch bei den Akademiehistorikern war von den „Verfälschern“ und „Dilettanten“ die Rede. „Historische Wahrheit“, „Objektivität“ und die richtige Einsicht in die „Gesetzmäßigkeiten des historischen Prozesses“ finde sich allein bei ihnen<sup>48</sup>. Die Auseinandersetzung deckte lange verdeckte Gräben auf. Spätestens seit 1996 erwies sich die weißrussische Historikerschaft wieder als so inhomogen wie um die Mitte der zwanziger Jahre<sup>49</sup>.

Geschichtspolitik war jedoch auch Schulbuchpolitik. Der Beschluß Präsident Lukašénkas vom 16. August 1995, zwei Wochen vor Beginn des neuen Unterrichtsjahres, sämtliche von 1992 bis 1995 erschienenen Lehrbücher und Unterrichtshilfen der humanwissenschaftlichen Fächer aus dem „System der weißrussischen Schulen und Hochschulen zu entfernen“, gehörte zu den bislang deutlichsten Maßnahmen der Lukašénka-Administration zur Verhinderung eines nationalen Geschichtsbildes. Absurd mochte die Entscheidung nicht zuletzt deshalb erscheinen, weil dem weißrussischen Staatshaushalt im Zustand des freien Falls der Wirtschaft ein Zusatzposten von 226 Milliarden Weißrussischer Rubel zur Erarbeitung und Herstellung von 225 neuen Lehrbüchern in einer Gesamtauflage von 19 Millionen Exemplaren zugemutet wurde<sup>50</sup>. Damit hielten die bis zum Ausgang der Sowjetzeit gültigen Lehrbücher wieder Einzug in die Schulklassen Weißrußlands. Seit dem Unterrichtsjahr 1995/96 waren damit übergangsweise drei Lehrbuchgenerationen gleichzeitig in Gebrauch: die spätsowjetischen Geschichtsbücher, die noch immer nicht vollständig ausrangierten weißrussischen Lehrbücher der Jahre 1992–95 und schließlich die ersten Exemplare der neu verfaßten Unterrichtsmittel. Die Konfusion bei Schülern und Lehrern konnte nicht größer sein, zumal alle drei Buchgenerationen, gerade für das Fach Geschichte, von völlig unterschiedlichen Prämissen ausgingen.

<sup>47</sup> Arkadz' Žuraŭski, *Historyčnaja praŭda ne pavinna skažacca. Ab sur'eznych nedachopach vydannja „Ėncyklapedyja historyi Belarusi“*, in: Narodnaja Hazeta vom 1. 8. 1996, 2–3. Vgl. bereits den offenen Brief der Vereinigung an Lukašénka: *Otkrytoe pis'mo Prezidentu Respubliki Belarus' A.G. Lukašenko. „Rabota po vosstanovleniju istoričeskoj pravdy podvergaetsja jarostnomu soprotivleniju so storony nacional-ěkstremistov, pretendujuščich na istinu v poslednej instancii“*, in: Narodnaja Hazeta vom 19. 6. 1996, 3.

<sup>48</sup> Vgl. *Leanid Lyč*, *Čaho damahajucca fal'sifikatory?*, in: Narodnaja Hazeta vom 17. 8. 1993, 2; *Michas' Kasčuk*, *„Bez historyčnych vedaŭ nel'ha paspjachova budavac' nezaležnuju dzjaržavu“*, in: *Belaruskaja Minuščyna* 2 (1996) 2–4.

<sup>49</sup> Lindner, *Historiker und Herrschaft* 200 ff.

<sup>50</sup> Ders. (*Rajner Lindner*), *Padručniki historyi ŭ Belarusi*, in: *Instytut mižnarodnaha dasledvannja škol'nych padručnika ŭ imja Georha Ėkerta, Hermanskaja komisija JUNESKO, Belaruskaja komisija JUNESKO* (Hrsg.), *Historyja štodzennasci i pravy čalaveka* (Minsk 2000) 47–72.

### III. Neue Horizonte der weißrussischen Geschichtsschreibung

Die Politisierung der Geschichte, zog nicht nur einen „Raskol“, eine Glaubensspaltung, unter den Historikern und eine veränderte Publikationspolitik nach sich. Vor allem die Themenschöpfung und -bearbeitung waren einem Paradigmenwechsel ausgesetzt. Dieser war zunächst jedoch nicht von einer Professionalisierung der Geschichtswissenschaft insgesamt begleitet. So wie früher das Brüdermotiv zwischen Weißrussen und Großrussen die Interpretationsdominante der Geschichtskultur bildete, wurde jetzt – wie oben angedeutet – von Seiten der nationalen Intelligenz auf die „historische Bruderschaft“ mit Polen und Litauern verwiesen. Die „nationale Konzeption der weißrussischen Geschichte“, die 1994 in einem umfangreichen Sammelband vorgestellt wurde, enthielt außerdem Hinweise auf andere Schlüsselthemen, die eine Umwertung und nicht selten eine nationale Überhöhung erfuhren. Neben der Debatte zur „Ethnogenese der weißrussischen Nation“, die das „baltische Substrat“ in der Entstehungsgeschichte des weißrussischen Ethnos betonte, neben der vielfältigen Deutung des Begriffes „weiß“ im Namen „*belaja rus*“ gehörten die staatsgeschichtlichen Themen zum neuen Kanon der professionellen und nichtprofessionellen Historiker. So galt fortan das Fürstentum Polack, das aus der Konkursmasse der Kiewer Rus als starkes Teilfürstentum hervorgegangen war, als Ursprungslandschaft „weißrussischer Staatlichkeit“. Eine Synthese des Polack-Bildes der neuen Weißrußland-Historiographie, die deren euphorische Elemente der frühen neunziger Jahr auf ein Minimum reduziert und die nüchterne Faktographie in den Vordergrund gerückt hat, boten Mitte der neunziger Jahre T. M. Karobyškina und H. V. Štychaŭ in dem von beiden verfaßten Abschnitt des „Grundrisses der Geschichte Weißrußlands“. Die beiden Autoren, von denen Štychaŭ bereits in sowjetischer Zeit auf Distanzen zwischen russischem und weißrussischem Ethnos hingewiesen hatte, hielten an der Formel von einem „selbständigen Staat auf dem Territorium des nördlichen Weißrußlands“ fest: „Folglich reichen die Anfänge der weißrussischen Staatlichkeit bis zur Herausbildung der Polacker und Turaŭer Fürstentümer (9.–10. Jahrhundert) und später (12.–13. Jahrhundert) der Fürstentümer Hrodna, Navahrudak und Smolensk und anderer zurück. Das erreichte Niveau der sozialen und politischen Entwicklung dieser Staaten wurde zum Fundament der Staatsbildungsprozesse auf weißrussischem Territorium im Verlauf des gesamten Mittelalters.“<sup>51</sup>

Als zweites großes Themenfeld der neueren Historiographie wurde das Großfürstentum Litauen, das die politische Geographie des ostmitteleuropäischen Raumes vom 13. bis zum 16. Jahrhundert dominierte, wie bereits in der Zwischenkriegszeit als „Kernstück der weißrussischen Nationalgeschichte“ reklamiert<sup>52</sup>. Die Historiker widmeten ihm eine schnell wachsende Aufmerksamkeit

<sup>51</sup> T. M. Karobyškina, H. V. Štychaŭ, Rannjaje sjarėdnjavečč. Pačatak perachodu da klasavaha hramadstva. Uzniknenne belaruskaj dzjaržaŭnasci (VI-peršaja palova XIII st.), in: Narysy historyi Belarusi, Bd. 1 (Minsk 1994) 51–113, hier 104.

<sup>52</sup> Eine kritische Analyse aus ukrainischer Perspektive jetzt N. V. Ševčenko, Bilorus'ko-

(1990: 47 Titel, 1992: 183 Titel) und bemühten sich um den Nachweis, daß dieser Flächenstaat eben nicht primär ein litauischer Unterdrückungsraum gewesen sei, wie es die Geschichtsbetrachtung unter Sowjetbedingungen von ihnen zu sehen verlangt hatte; der litauische Anteil an der Gesamtbevölkerung, an Produktionsleistungen und Truppen in demselben habe lediglich 15 bis 20% ausgemacht<sup>53</sup>. Vier Argumente wurden seither immer wieder ins Feld geführt, die das Überwiegen des slawischen und mithin weißrussischen Kontingents am Staatswesen anzeigen sollen: das territoriale Kerngebiet um Navahrudak, der ersten Hauptstadt des Großfürstentums, ein zur Amtssprache erhobenes Altweißrussisch, die mehrheitlich orthodoxe Bevölkerung sowie die von den altrussischen Kodifizierungen hergeleitete Rechtsprechung. Daneben wurde ein umfangreicher Katalog erarbeitet, der auf den hohen Entwicklungsstand des mittelalterlichen Staates verweisen sollte: die Übernahme des Magdeburger Stadtrechts, die in den Litauischen Statuten von 1529, 1566 und 1588 fixierte „Adelsverfassung“, die bereits „Elemente des Rechtsstaates“ enthalten habe, die Agrarreform von 1557, die Grund und Boden in bäuerlichen Privatbesitz überführte und als die „erste bürgerliche Reform in Osteuropa“ anzusprechen sei<sup>54</sup>. In der Perspektive der postsowjetischen weißrussischen Nationalhistoriker verfügte kein anderer europäischer Staat des 16. Jahrhunderts über ein vergleichbar hochentwickeltes Rechtssystem wie das „Litauisch-Weißrussische Großfürstentum“<sup>55</sup>. Am Beispiel der Beurteilung der Entstehung und des Charakters des Großfürstentums kann zugleich gezeigt werden, daß seit Ende der 1990er Jahre eine Versachlichung der historischen Forschung, eine Denationalisierung der Interpretation und insofern eine Professionalisierung der historischen Forschung in Weißrußland zu beobachten ist. Die Arbeit Aljaksandr Kraŭcevičs, der zur neuen Generation weißrussischer Historiker zu rechnen ist, fällt durch ein ausgewogenes Urteil auf. Die Generation des Autors hat einen Teil ihrer Ausbildung nach 1989 absolviert, ist in der Lage, die westliche Forschungsliteratur zu rezipieren und hat Erfahrungen im Ausland sammeln können. In seinem Buch kritisiert der Autor die einseitigen Debatten um die ethnische „Vorherrschaft“ im Großfürstentum Litauen. Nach seinen Forschungen sei dieses im 13. Jahrhundert als eine biethnische Staatsbildung an der baltisch-ostslawischen

Litovs'ka deržava: novi konceptual'ni zasady sučasnoï bilorus'koï istoriohrafii, in: Ukrajins'kyj Istoryčnyj Žurnal (1997) 55–67.

<sup>53</sup> Diese Zahl bei *Adam Mal'dzis* in den Begrüßungsworten des Rundtischgespräches vom April 1992, in: *Belarus' u vjalikim knjastve Litoŭskim*, 6. Pavel' Lojka hat den territorialen Anteil der Ostslawen im Großfürstentum auf neun Zehntel und ihren Bevölkerungsanteil auf acht Zehntel beziffert. Vgl. *ders.*, *Mesto Velikogo Knjažestva Litovskogo, Russkogo, Žemojtskogo v sisteme vostočno-evropejskich gosudarstv XIII–XVI vv.* (unveröffentlichtes Manuskript).

<sup>54</sup> Diese Charakterisierungen sind in dem Lehrbuch zu finden *Leanid Lojka, Tamara Lojka*, *Sučasny pohľad na historyju Belarusi*, in: *Kryžovy šljach. Dapamožnik dlja vyvučajučych historyju Belarusi* (Minsk 1993) 3–56, hier 14.

<sup>55</sup> So *Michal Tkačoš* in: *Belarus' u vjalikim knjastve Litoŭskim* (Belarusistyka, Minsk 1992) 28.

Kontaktzone am Oberen und Mittleren Neman (Memel) entstanden<sup>56</sup>. Die Bezeichnung „weißrussischer Staat“ taucht bei Kraŭcevič nicht mehr auf.

Historische Differenzierung und quellennahe Analyse nahmen im Jahrzehnt zwischen 1991 und 2001 deutlich zu. Das galt für die Geschichte der Frühen Neuzeit und der Neueren Geschichte, aber auch für die Arbeiten im Bereich der Zeitgeschichte. Das 20. Jahrhundert wurde einer gründlichen historischen Revision unterzogen. Arbeiten wie die Materialsammlung zur „Weißrussifizierung“ in den zwanziger Jahren, die an der Historischen Fakultät der Minsker Staatsuniversität erarbeitet wurde<sup>57</sup>, bekunden eine neue Nähe zu den Quellen, die für die postnationalistische Historiographie in Weißrußland verbindlich zu werden beginnt. Nicht zuletzt die sensible Periode des Zweiten Weltkrieges hat eine neue Bewertung erfahren. Vernichtungskrieg, Besatzung, Kollaboration und Partisanenkampf werden in ersten Arbeiten nicht länger mehr als getrennte Sektoren einer Sieger- und Opfergeschichte analysiert. Eine neue Qualität erreicht hier die weißrussische Historiographie durch die Einbeziehung westlicher Quellenbestände, die in ausgedehnten Forschungsaufenthalten erarbeitet wurden. Die Analyse der „Wirtschaftspolitik des nationalsozialistischen Deutschland in Weißrußland 1941–1944 im Spiegel der Quellen und der deutschen Historiographie der 1990er Jahre“<sup>58</sup> von Sjarhej Novikaŭ hat für die Internationalisierung der weißrussischen Historiographie Maßstäbe gesetzt. Die Quellenkunde selbst ist auf dem Weg zur Professionalisierung. In Handreichungen für Studenten präsentieren Historiker Techniken und Methoden der Quellenbearbeitung. Quellenkritik etabliert sich auf diese Weise in einem Wissenschaftsmilieu, das über Jahrzehnte hinweg Geschichtsschreibung als Verfahren verstand, das feststehende Überzeugungen und ideologische Prämissen durch Quellen nicht zu verunsichern, sondern zu bestätigen hatte<sup>59</sup>: 1932 wurde in der Parteizeitung „Bol’shevik Belorussii“ ein Rezensent einer historischen Arbeit auf die eigentliche Aufgabe von Geschichte hingewiesen. „Der Rezensent hat übersehen, daß Geschichte nicht um der Geschichte willen geschrieben wird, sondern nichts anderes ist, als in die Vergangenheit verlegte Politik, und die Probleme des Klassenkampfes der Vergangenheit nicht scholastisch, unparteilich und ohne Rücksicht auf die Bedingungen des heutigen Tages dargestellt werden können.“<sup>60</sup>

Für die spät- und postsowjetische Geschichtskultur in Weißrußland sind drei Tendenzen auszumachen: Erstens hat Mitte der Achtziger, vor allem infolge äußerer Bedrohungserfahrung (Černobyl’) oder neuer Erkenntnisse über die Sowjet-

<sup>56</sup> *Aljaksandr Kraŭcevič*, *Stvarénne Vjalikaha knjastva Litoŭskaha* (Rzeszów 2000) 180.

<sup>57</sup> *Belarusizacyja 1920-ja hady. Dokumenty i materyjaly. Pad ahul’naj redakcyjaj R. P. Platonava i U. K. Koršuka* (Minsk 2001).

<sup>58</sup> *S. Ja. Novikaŭ*, *Ėkanamičnaja palityka nacysckaj Hermanii ŭ Belarusi 1941–1944 hh.: ahljad krynic i hermanskaj historyjagrafii 1990-ch hadoŭ* (Minsk 2002).

<sup>59</sup> *V. P. Grickevič, C. B. Kaun, S. N. Chodin*, *Teorija i istorija istočnikovedenija. Posobie dlja studentov gumanitarnych fakul’tetov* (Minsk 2000).

<sup>60</sup> Nationales Archiv der Republik Belarus: F. 4, v. 21, sp. 365, a. 6–7: N.N.: *Nekotorye zamečanija po povodu recensii Gessena, pomeščennoj v „Bol’sheviki Belorusi“ (11. 11. 1932), hier a. 7.*

geschichte (Kuropaty) zeitgleich zu den Prozessen in der Ukraine oder den baltischen Republiken eine Neubewertung von Geschichte stattgefunden, zunächst in den Binnenkreisen der nationalen Intelligenz und seit 1988 in den Debatten der professionellen Historiker. Zweitens stellt für die Dekade nach 1991 Weißrußland einen Sonderfall dar, da hier die amtliche Geschichtsinterpretation nicht mit der nationalen Konzeption weißrussischer Geschichte zusammengetreten ist. Die Geschichtspolitik in Weißrußland geht nach einem nationalen bis nationalistischen Intermezzo seit 1995 Wege, die eine Rückkehr in sowjetische Interpretationsmodelle bedeuten. Drittens: Seit den späten 1990er Jahren setzte eine Professionalisierung bei zumeist jüngeren Historikern ein, die keine politische Anbindung ihrer Forschung suchten, die den Kontakt zur wissenschaftlichen Außenwelt pflegten und die internationalen Forschungsergebnisse rezipierten. Die Emanzipation von politischen Interpretationsgrenzen gelang dabei oftmals in der Provinz eher als im Wissenschaftszentrum Minsk. Eine nationale Erinnerung der Weißrussen nach Jahrhunderten der staatlichen und kulturellen Fremdbestimmung und einer gebrochenen Nationalgeschichte ist erst im Entstehen<sup>61</sup>. Staat und Nation sind in Weißrußland noch nicht zusammengetreten. Die nationale Gegenerinnerung hat sich bislang nur partiell gegen eine amtliche Erinnerungspolitik und ein verordnetes kulturelles Gedächtnis behaupten können. Ob dies in der Perspektive gelingt, hängt nicht zuletzt davon ab, ob die politischen Eliten den Wert politischer Eigenständigkeit, historischer Traditionen, nationaler Kultur und europäischer Perspektiven Weißrußlands zu gewichten wissen.

<sup>61</sup> *Rawi Abdelal*, *Memories of Nations and States: Institutional History and National Identity in Post-Soviet Eurasia*, in: *Nationalities Papers* 30 (2002) 459–484.



Wilfried Jilge

## Nationale Geschichtspolitik während der Zeit der Perestroika in der Ukraine\*

### I. Einleitung und Fragestellung

Die Rückbesinnung auf nationalkulturelle Traditionen und Symbole wurde in der Ukraine seit der Perestroika (ukrainisch: *perebudova*) zu einem ausgesprochen politischen Phänomen. Indem Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller der sich formierenden Nationalbewegung „Ruch“ seit 1986 die Bedeutung der ukrainischen Sprache und die Konstruktion einer ukrainischen Nationalgeschichte thematisierten, versuchten sie, die Nation mittels einer in ferne Zeiten zurückreichenden nationalen Vergangenheit als kulturelle Erinnerungs- und Integrationsgemeinschaft zu denken. Im Rahmen einer „gesellschaftliche[n] Identitätspolitik“ (Kaschuba)<sup>1</sup> verwendeten die Intellektuellen einerseits die Thematisierung der Bedrohung der ethnisch-kulturellen Grundlagen der Gesellschaft als Rechtfertigung, um als Garanten des Erhalts dieser Grundlagen auftreten zu können, was mit ethnonationalen Ausgrenzungsdiskursen einhergehen konnte. Andererseits wurden im Rahmen dieser und den konstruierten nationalen Geschichtsbildern innovatorische Konnotationen abgeleitet, die auf Demokratisierung und Öffnung der autoritären sowjetischen Gesellschaft ausgerichtet waren. Auch wenn in den nationalen Vergangenheitsdiskursen der Begriff der Wahrheit und der Rückgriff auf vermeintlich historische wissenschaftliche Argumente zeitweise eine wichtige Rolle spielte, handelte es sich doch eher um Geschichtspolitik als um Geschichte<sup>2</sup>.

\* Dieser Beitrag ist Teil eines Dissertationsvorhabens zur Geschichtskultur, nationalstaatlichen Symbolik und Nationsbildung in der Ukraine im 20. Jahrhundert mit besonderer Berücksichtigung der unabhängigen Ukraine.

<sup>1</sup> Wolfgang Kaschuba, Geschichtspolitik und Identitätspolitik. Nationale und ethnische Diskurse im Kulturvergleich, in: Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts, hrsg. von Beate Binder, Wolfgang Kaschuba, Peter Niedermüller (Alltag und Kultur 7, Köln, Weimar, Wien 2001) 19–42, hier 20f.

<sup>2</sup> Petra Bock, Edgar Wolfrum, Einleitung, in: Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, hrsg. von Petra Bock, Edgar Wolfrum (Göttingen 1999) 7–13, hier: 9. Geschichtspolitik als Teil der Geschichtskultur richtet sich dabei „auf die öffentlichen Konstruktionen von Geschichts- und Identitäts-

In diesem Beitrag sollen die Funktion, Bedeutung und Genese nationaler Geschichtsbilder und Symbole während der Zeit der Perestroika in der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (URSR) untersucht werden, wobei die Rolle der Historiker und anderer Intellektueller der Nationalbewegung „Ruch“ besonders berücksichtigt wird und die Zeit bis 1989/1990 im Zentrum steht.

## II. Theoretische Prämissen: Nationale Identität, Erinnerung und Vergangenheit

Die Debatten um die Konstruktion einer ukrainischen Nationalgeschichte können in Anlehnung an Peter Niedermüller auch als Teil eines „Diskurses des Nationalen“ bezeichnet werden, der einen wichtigen Teil des Formierungsprozesses nationaler Identität in der Ukraine darstellt. Im Zentrum dieses Diskurses stehen Fragen der Nationalkultur, der nationalen Identität und Zugehörigkeit, „des Eigenen und des Fremden und vor allem der Geschichte und der Vergangenheit, die im Kontext und in Verbindung mit der aktuellen, gegenwärtigen Politik thematisiert werden“. Dabei werden zwischen den genannten Elementen symbolische Verknüpfungen hergestellt<sup>3</sup>.

Die von der national-ukrainischen Intelligenz<sup>4</sup> entworfene Nation ist folglich eine „vorgestellte politische Gemeinschaft“<sup>5</sup>, die im Rückgriff auf eine als Nationalgeschichte interpretierte Vergangenheit entworfen worden ist<sup>6</sup>. Das bedeutet jedoch nicht, daß Nationen reine Fiktionen darstellen; sie sind vielmehr „Produkte der Geschichte, werden also ge- und erfunden, indem die Völker ihre nationalen Bindungen entdecken und schaffen, wobei sie allerdings oft für Entdeckungen ausgeben, was tatsächlich Konstruktionen sind“<sup>7</sup>. Auch wenn hier angenommen wird, daß Nation und Nationalismus letztlich Folgen der Modernisierungspro-

bildern“, die sich über Diskurse, Rituale und Symbole vollziehen und die Funktion der politischen Legitimation und Mobilisierung mittels der Vergangenheit einschließen. Siehe zum Begriff „Geschichtskultur“ Jörn Rüsen, *Geschichtskultur*, in: *Handbuch der Geschichtsdidaktik*, hrsg. von Klaus Bergmann u.a. (Seelze-Velber 1997) 38.

<sup>3</sup> Peter Niedermüller, *Zeit, Geschichte, Vergangenheit. Zur kulturellen Logik des Nationalismus im Postsozialismus*, in: *Historische Anthropologie* 5 (1997) 245–267, hier 247.

<sup>4</sup> Zur Rolle der Intellektuellen siehe Bernhard Giesen, *Die Intellektuellen und die Nation. Eine deutsche Achsenzeit* (Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 1070, Frankfurt a.M. 1993) 22.

<sup>5</sup> Benedict Anderson, *Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts*. (Frankfurt a.M., New York 1996) 15.

<sup>6</sup> Dietrich Geyer, *Der Zerfall des Sowjetimperiums und die Renaissance der Nationalismen*, in: *Nationalismus, Nationalitäten, Supranationalität*, hrsg. von Heinrich-August Winkler u. a. (Stuttgart 1993) 156–186, hier 174.

<sup>7</sup> So Ernst Schulin, hier zitiert nach Dieter Langewiesche, *Nation, Nationalismus, Nationalstaat: Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, in: *Neue Politische Literatur* 40 (1995) 190–236, hier 198. Siehe auch Anthony D. Smith, *The Ethnic Origins of Nations* (Oxford 1986).

zesse seit 1789, also Phänomene der Neuzeit sind, sollen die zentrale Bedeutung und Wirkung vormoderner Traditionen und kultureller Konstruktionen, die zur Imagination von Nationen verwendet werden, nicht geleugnet werden<sup>8</sup>. Die von Intellektuellen und Politikern zwecks Formierung einer nationalen Identität geschaffene ukrainische Vergangenheit ist allerdings eine Konstruktion im Sinne einer „Invention of Tradition“<sup>9</sup>.

Eine wichtige Voraussetzung für die Identitätsbildung sozialer Gruppen ist das kollektive Gedächtnis<sup>10</sup>, das die Funktion erfüllt, ein „Selbstbild“ zu stabilisieren, und das von Jan Assmann definiert wird als „ein kollektiv geteiltes Wissen vorzugsweise (aber nicht ausschließlich) über die Vergangenheit, auf das eine Gruppe ihr Bewußtsein von Einheit und Eigenart stützt“<sup>11</sup>. In diesem Sinn wird Identität durch Erinnern und Vergessen dadurch hergestellt, daß bestimmte Symbole, Mythen, Geschichtsbilder und ritualisierte Handlungen konstruiert, ausgewählt oder eliminiert werden.

Zentral für das Verständnis der Ursachen des Nationalismus insbesondere in multinationalen Staaten wie der Sowjetunion ist das Verhältnis zwischen dem politisch und ökonomisch herrschenden Zentrum und der Peripherie im Zeitalter der Moderne. Die Erfahrung, aufgrund besonderer ethnischer Zuschreibungen von den durch die Modernisierung in Aussicht gestellten Partizipationschancen ausgeschlossen zu sein, kann zur Politisierung ethnischen Gemeinschaftsbewußtseins und schließlich zur Forderung nach einem eigenen Nationalstaat führen. Der Nationalismus legitimiert dabei die Forderung der Eliten nach Verfügungsgewalt über eigene (staatliche) Institutionen und bietet Schutz vor Peripherisierung<sup>12</sup>.

Nationale Symbole wie Wappen, Flagge und Hymne erfüllen grundlegende Funktionen im Prozeß der Konstruktion einer nationalen Erinnerungsgemeinschaft: Die Nation ist zunächst eine abstrakte, für das Individuum nicht unmittelbar wahrnehmbare Gemeinschaft. Nationales Bewußtsein bedarf zu seiner Vermittlung daher konkret wahrnehmbarer Symbole, für deren Konstruktion die von Historikern geschaffene Nationalgeschichte einen breiten Fundus bietet. Gleichzeitig erfüllen Symbole grundlegende Funktionen des Nationalismus: Sie erinnern eine nationale Vergangenheit essentialistisch und selektiv und tragen so zur Pola-

<sup>8</sup> Aleida Assmann, Gedächtnis, Erinnerung, in: Handbuch der Geschichtsdidaktik 33–37, hier 35.

<sup>9</sup> Eric J. Hobsbawm, Introduction. Inventing Traditions, in: The Invention of Tradition, hrsg. von Eric J. Hobsbawm, Terence Ranger (Cambridge 1993) 1–14.

<sup>10</sup> Zu dieser Thematik auch Klaus P. Hansen, Kultur und Kulturwissenschaft. Eine Einführung (Tübingen, Basel 1995) 71, 160–169.

<sup>11</sup> Jan Assmann, Kollektives Gedächtnis und kulturelle Identität, in: Kultur und Gedächtnis, hrsg. von Jan Assmann, Tonio Hölscher (Frankfurt a. M. 1988) 9–19, hier 15.

<sup>12</sup> Siehe dazu zusammenfassend auf der Basis von Ernest Gellner: Barbara Christophe, Staat versus Identität. Zur Konstruktion von „Nation“ und „nationalem Interesse“ in den litauischen Transformationsdiskursen von 1987 bis 1995 (Mittel- und Osteuropawissenschaften Reihe Politik 1, Köln 1997) 15.

risierung und damit Mobilisierung einer politischen Bewegung bei. Gleichzeitig dienen sie der Integration der Nation nach innen und legitimieren ihre politischen Forderungen<sup>13</sup>.

### III. Das sowjetische Erbe

Das Erbe der sowjetischen Nationalitäten- und Geschichtspolitik ist grundlegend für das Verständnis des ukrainischen Diskurses des Nationalen während der Zeit der Perestroika.

Einerseits war die sowjetische Nationalitätenpolitik eine Einheitspolitik, die gegenüber einer Vielzahl von nichtrussischen ethnischen Gruppen verfolgt wurde. Allen großen Nationalitäten wurden vergleichbare Institutionen und das gleiche sozioökonomische Modell aufgezwungen. Dissidentengruppen, die sich gegen das Zentrum des Vielvölkerstaats wandten, wurden meist mit Gewalt unterdrückt. Die Entstalinisierung nach 1956 schuf zwar Freiräume, aber die Unterdrückung des nationalen Dissens setzte sich fort.

Andererseits ist die sowjetische Nationalitätenpolitik von einer Institutionalisierung von Ethnizität gekennzeichnet. Die Existenz eines nationalen Territoriums auf der Ebene der Republik, die 1932 durch das stalinistische Regime eingeführte Registrierung der primär geburtlich bestimmten Nationalität und der Rückgriff auf nationale Kader bei der Besetzung lokaler Verwaltungen sowie national bestimmte Künstler- und Wissenschaftsverbände formten die Konturen der Identitäten sowjetischer und postsowjetischer Nationen<sup>14</sup>. Auch wenn den Republiken de facto die politische Autonomie verweigert wurde, identifizierte sich auch in der Ukraine die Mehrheit der Bevölkerung mit ihren Heimatrepubliken. Die Republiken entwickelten sich im Grunde zu nationalen Staatlichkeiten, an die die postsowjetischen Nationalstaatsbildungen Ende der 1980er Jahre anknüpfen konnten<sup>15</sup>. Die Institutionalisierung von Ethnizität wurde in unterschiedlichen Perioden in unterschiedlichem Maße betrieben. So war in den zwanziger Jahren die Politik der *korenizacija* (deutsch: Einwurzelung), d.h. die systematische Besetzung von Kaderpositionen mit einheimischen Kräften, ein zentrales Element der sowjetischen Nationalitätenpolitik. Die Ukrainisierung der zwanziger Jahre ging mit einer Förderung der ukrainischen Sprache und Kultur mit beeindruckenden Ergebnissen sowie mit einem um stärkere Autonomie gegenüber dem Zen-

<sup>13</sup> John Breuilly, Nationalismus und moderner Staat. Deutschland und Europa. Übersetzt und herausgegeben von Johannes Müller (Kölner Beiträge zur Nationsforschung 6, Köln 1999) 288 ff.

<sup>14</sup> Victor Zaslavsky, Das russische Imperium unter Gorbatschow. Seine ethnische Struktur und ihre Zukunft. Aus dem Amerikanischen von Holger Fliessbach (Berlin 1991) 11–18; 1989 betrug der ukrainische Anteil an der Bevölkerung 72,7% und an den Führungskadern der Republik 79%.

<sup>15</sup> Ronald Grigor Suny, Constructing Primordialism: Old Histories for New Nations, in: The Journal of Modern History 73 (2001) 862–896, hier 872.

trum bemühten ukrainischen Nationalkommunismus unter der in die Republikführung kooptierten ukrainischen Elite einher. Auch wenn die erreichten Fortschritte in der Nationsbildung durch die seit 1930 einsetzenden Säuberungen gegen die Intelligenz und die nationalkommunistische Republikführung teilweise wieder rückgängig gemacht wurden, hat die *korenizacija* in mancher Hinsicht langfristig durchaus bedeutende institutionelle Voraussetzungen für nationale Eigenstaatlichkeit und Nationsbildung in der Ukraine geschaffen<sup>16</sup>.

Seit 1934 beginnt die sowjetische Nationalitätenpolitik, die flexible Nationalitätenpolitik durch den großrussisch orientierten Sowjetpatriotismus zu ersetzen. Trotz der stalinistischen Repressionen gegen lokale Nationalismen ist das ambivalente Erbe stalinistischer Nationalitäten- und Geschichtspolitik, deren Rückgriff auf die Kategorien Volk und Nation ein wichtiges Merkmal war<sup>17</sup>, auch in den heutigen Konstruktionsprozessen nationaler Identität in der Ukraine noch spürbar<sup>18</sup>.

Die geschichtspolitische Legitimationspolitik und das sowjetukrainische Geschichtsbild wurden durch die 1954 vom ZK der KPU verabschiedeten „Thesen zur Wiedervereinigung der Ukraine mit Rußland“ bestimmt, die bis zum Ende der Sowjetunion in Kraft blieben<sup>19</sup>. Anlaß war der 300. Jahrestag des Vertrags von Perejaslaw zwischen den ukrainischen Kosaken und dem Moskauer Zaren, der 1954 als „Wiedervereinigung der Ukraine mit Rußland“ pompös gefeiert wurde<sup>20</sup>. Die „Thesen“ hatten verbindlichen Charakter und sollten von Historikern, Schriftstellern und Publizisten der URSS popularisiert werden. Demnach wurde

<sup>16</sup> Siehe zur *korenizacija* in der Ukraine: *Andreas Kappeler*, *Kleine Geschichte der Ukraine* (München 1994) 190–205.

<sup>17</sup> *Ernst Lüdemann*, „Zur „Lösung der nationalen Frage“ in der sowjetukrainischen Geschichtsschreibung nach 1956“, in: *Forschungen zur osteuropäischen Geschichte* 40 (1986) 229–395, hier 248 ff.

<sup>18</sup> Am 21. 11. 1949 wurde ein Gesetz zur neuen Staatsflagge der URSS verabschiedet. Der roten Farbe wurde ein unterer lazur-blauer Streifen hinzugefügt, der mit der Farbe kosakischer Fahnen aus der Zeit Bohdan Chmel'nyč'kyj in Verbindung gebracht wurde. Auf solche nationalen Akzente wurde in der Literatur und Publizistik aber nur in dosierter Form hingewiesen. Ein anderes Beispiel ist die Ordenspolitik. Bereits im Zweiten Weltkrieg diente die Figur Chmel'nyč'kyj der sowjetischen Führung als Mittel, im Angesicht der deutschen Besatzung und der Mobilisierung aller Kräfte zur Verteidigung der Heimat auch an patriotische Gefühle der Ukrainer zu appellieren: Im Oktober 1943 schuf die sowjetische Regierung einen nach Bohdan Chmel'nyč'kyj benannten staatlichen Orden mit ukrainischer Inschrift als Auszeichnung für militärische Verdienste im Krieg. Der Orden, dessen Bedeutung in der Ukraine nach 1991 heftig diskutiert wurde, gilt auch unter manchen Patrioten als wichtiges Nationalsymbol. Siehe dazu: *Wilfried Jilge*, *Staatssymbolik und nationale Identität in der postkommunistischen Ukraine*, in: *Ethnos-Nation* 6 (1998) 85–113 hier 102.

<sup>19</sup> *Stephen Velychenko*, *Rival Grand Narratives of National History: Russian/Soviet, Polish and Ukrainian Accounts of Ukraine's Past (1772–1991)*, in: *Ukraine. Geographie – ethnische Struktur – Geschichte – Sprache und Literatur – Kultur – Politik – Bildung – Wirtschaft – Recht*, hrsg. von *Peter Jordan*, *Andreas Kappeler*, *Walter Lukan*, *Josef Vogel* (Osthefte, Sonderband 15, Frankfurt a. M. 2001) 139–159, hier 143.

<sup>20</sup> Patriotische ukrainische Historiker betonen, daß es sich um ein kündbares Militärbündnis zweier Staaten auf der Basis von Gleichberechtigung gehandelt habe.

festgelegt, daß Russen, Ukrainer und Weißrussen von einem einzigen einheitlichen altrussischen Volk abstammen, Ukrainer und Weißrussen in ihrer Geschichte stets die Wiedervereinigung mit dem russischen Volk angestrebt hätten und das russische Volk das älteste der drei ostslawischen Brudervölker sei. Vor dem Hintergrund der „Thesen“ wurde die Zeit der ukrainischen Kosaken-Hetmane des 16. und 17. Jahrhunderts im offiziösen sowjetukrainischen Geschichtsbild als Schlüsselperiode der ukrainischen Geschichte thematisiert. Die Rolle des zentralen positiven Helden kam dabei dem Hetman Bohdan Chmel’nyčuk zu, der den Befreiungskrieg des ukrainischen Volkes 1648–1654 anführte und die Wiedervereinigung mit Rußland herbeigeführt haben soll. Dieses Geschichtsbild diente der historischen Legitimation der Integration der Ukraine in die Sowjetunion. Eine direkte Russifizierung ist mit diesem Geschichtsbild jedoch nicht notwendigerweise verbunden<sup>21</sup>. Außerdem wurde das ukrainische Volk als zweites Volk der Ostslawen hinter den Russen herausgehoben. Der Vertrag von Perejaslav ist auch nach 1991 ein Symbol einer spezifisch sowjetukrainischen Identität geblieben.

Hinsichtlich der Darstellung der Zeit der Nationsbildungen des 19. Jahrhunderts wurden im sowjetischen Geschichtsbild vor allem solche ukrainischen Persönlichkeiten präsentiert, die in sowjetischer Optik fest von der Tatsache überzeugt waren, daß die nationale und soziale Befreiung der Ukraine nur an der Seite des russischen Volkes und in einem russisch geführten Staat erreicht werden könnte. Als zentrale positive Helden dieser Epoche gelten vor allem der ukrainische Nationaldichter Taras Ševčenko (1814–1861) sowie Ivan Franko (1856–1916) und Lesja Ukraïnka (1871–1913)<sup>22</sup>, die auch in der nationalen, nicht-sowjetischen Traditionsbildung einen zentralen Platz einnehmen<sup>23</sup>.

Ein zentraler Einschnitt für die ganze UdSSR war die seit 1956 einsetzende Phase der (wenn auch nur partiellen) Entstalinisierung, die auch zur stärkeren Föderalisierung der UdSSR führte<sup>24</sup>. Die allgemeine Liberalisierung brachte auch größere kulturelle Freiräume.

Unter Petro Šešest, der von 1963 bis 1972 Chef der ukrainischen KP war und als ein typischer Vertreter einer sowjetukrainischen Identität gesehen werden kann,

<sup>21</sup> Lüdemann, Zur „Lösung der nationalen Frage“ 250, 260.

<sup>22</sup> Taras Ševčenko ist ein zentrales Symbol im nationalukrainischen und sowjetukrainischen Geschichtsbild und war selbst einer der wichtigsten Produzenten nationaler Mythen. Die nationalkulturellen Aktivitäten des aus der Region Kiew stammenden und als Sohn eines Leibeigenen geborenen Ševčenko in der „Bruderschaft Kyrill und Method“ in den 1840er Jahren leiteten zur politischen Phase der Nationalbewegung über. Er schuf die moderne Literatursprache und verherrlichte in seinen Werken die Heimat Ukraine und die einfachen Kosaken. Soziale, politische und nationale Motive flossen dabei ineinander. Vgl. Kappeler, Kleine Geschichte 117–118.

<sup>23</sup> Ernst Lüdemann, Zur „Lösung der nationalen Frage“ 269. Ivan Franko war Schriftsteller, Publizist und Historiker und stammte aus Galizien. Er bekämpfte die Unterdrückung der ukrainischen Sprache im Russischen Reich und trat für eine Förderung der Sprache zur Stärkung des Volkstums ein. Die Dichterin, Philosophin und Gesellschaftskritikerin Lesja Ukraïnka stammte auch aus Galizien.

<sup>24</sup> Siehe dazu Paul Robert Magosci, *A History of Ukraine* (Toronto 1998) 652 ff.

kam es auch zur offiziellen Förderung nationaler und sprachkultureller Bestrebungen<sup>25</sup>. Sein erzwungener Rücktritt 1972 signalisierte auch der Gruppe der *šistdesjatnyky* in der Ukraine den Beginn einer innen- und nationalitätenpolitisch restriktiven Periode<sup>26</sup>.

Die Intellektuellen der Bewegung der *šistdesjatnyky* (deutsch: Sechziger) waren Teil einer Dissidentenbewegung, die sich in den 1960er Jahren für Freiheits- und Menschenrechte und in der Ukraine gegen Russifizierung und für freie Entwicklung von ukrainischer Sprache und nationalen Traditionen einsetzte<sup>27</sup>. Doch bereits in den Jahren 1965–1967 kam es zu einer Verfolgungswelle gegen die Dissidenten und *šistdesjatnyky*, eine zweite, erheblich härtere Verfolgungswelle folgte 1971–1973 vor allem unter Šelests Nachfolger als KPU-Chef Volodymyr Ščerbyč'kyj.

Auch in der offiziellen sowjetukrainischen Historiographie wurden in den sechziger Jahren nationalukrainische Aspekte betont. Nach 1956 setzten sich sowjetukrainische Historiker auf der Basis des Ideals leninistischer Gleichberechtigung einerseits und des Rekurses auf Grundsätze der stalinistisch-nationalen Ideologie andererseits kritisch mit dem Anspruch des in den „Thesen“ präsenten russischen Vorrangs auseinander<sup>28</sup>. Prominentestes Beispiel war der Kiewer Historiker Mychajlo Brajčev's'kyj (1924–2001), der mit seinem im Frühjahr 1966 für die „Ukrainische Historische Zeitschrift“ verfaßten, dann aber nicht erschienenen Aufsatz mit dem Titel „Anschluß oder Wiedervereinigung?“ zum Dissidenten wurde<sup>29</sup>. Der Historiker setzte sich mit den „Thesen“ zur Wiedervereinigung von 1654 auf der Basis leninistischer Prinzipien auseinander und kritisierte das stalinistisch-großrussische Geschichtsbild bis hin zum offenen Widerspruch<sup>30</sup>. Der Beitrag konnte schließlich nur im *samizdat* (ukrainisch: *samvydav*) erscheinen und machte Brajčev's'kyj, der 1970 aus dem Institut für Geschichte der Akademie der

<sup>25</sup> Andrew Wilson, *The Ukrainians. Unexpected Nation* (New Haven, London 2002) 162. Nach Wilson war Šelest „probably the quintessential Soviet Ukrainian“, für den die Kombination zweier Identitäten völlig natürlich war. Die Figur Šelests, der an den Grundlagen des sowjetischen Staates nie gezweifelt hat, und die Motive seiner Politik sind in der Forschung noch umstritten.

<sup>26</sup> Siehe zusammenfassend zur nachstalinistischen Periode Paul Robert Magosci, *A History* 652 ff.

<sup>27</sup> Ein Beispiel für diese Bestrebungen war die Publikation des Romans „Die Kathedrale“ von Oles' Hončar, der die Russifizierung kritisierte, ukrainische nationale Traditionen verherrlichte und die willkürliche Zerstörung von nationalen Kulturdenkmälern am Beispiel einer alten Kirche aus der Kosakenzeit – der Kathedrale – anprangerte.

<sup>28</sup> Lüdemann, Zur „Lösung der nationalen Frage“ 370 f. und 338. Außerdem kam es zu einer breitangelegten Rehabilitierung bürgerlicher Historiker, wie z. B. zu einer vorsichtigen Teilrehabilitierung Mychajlo Hrušev's'kyjs.

<sup>29</sup> Heorhij Kas'janov, *Nezhodni: ukraïns'ka intelihencija v rusi oporu 1960–80-ch rokiv* (Kiew 1995) 19; Brajčev's'kyj und Apanovyč waren bereits Anfang der 60er Jahre in einer nichtoffiziellen Vereinigung der Kiewer Intelligenz tätig, die für eine Rückbesinnung auf Kultur und Geschichte eintrat. Im „Klub der schöpferischen Jugend“ hielten beide Vorträge zur Geschichte der Ukraine, die von der offiziellen Linie deutlich abwichen.

<sup>30</sup> Lüdemann, Zur „Lösung der nationalen Frage“ 366 f. Der von ihm alternativ vorgeschlagene Begriff des „Anschlusses“ wurde auch von Historikern der URSR bis 1940 verwendet.

Wissenschaften (AN) der URSS entlassen wurde, zur Unperson<sup>31</sup>. Einen ähnlichen Fall des geschichtspolitischen Dissens stellte die auf das Kosakentum spezialisierte Historikerin Olena Apanovyč (1919–2000) dar<sup>32</sup>. Wegen ihrer patriotisch gestimmten, in den 1960er Jahren veröffentlichten Werke zum Kosakentum geriet sie in Konflikt mit der Partei. Im Zuge der Repressionen gegen die ukrainische Intelligenz und des Machtantritts Ščerbyč'kyjs wurde sie 1972 mit anderen Historikern von der Arbeit im Institut für Geschichte der AN der URSS ausgeschlossen<sup>33</sup>. Das Gedankengut dieser Historiker und der Literaten aus den Reihen der *šistdesjatyky* sowie die 1976 gegründete und unter dem orthodoxen und moskauloyalen KPU-Chef Ščerbyč'kyj verfolgte „Ukrainische Helsinki-Gruppe“ (UHG) sollten die Demokratisierung in der Ukraine seit 1986 sowohl personell als auch inhaltlich stark prägen<sup>34</sup>.

Nach 1972 haben sich der Trend zur Betonung der Völkerfreundschaft unter russischer Führung und stalinistische Tendenzen im sowjetischen Geschichtsbild wieder verstärkt. Am Vorabend der Perestroika befand sich die sowjetukrainische Historiographie in einem extrem isolierten und provinzialisierten Zustand<sup>35</sup>. Gleichwohl bot das sowjetukrainische Geschichtsbild weiterhin Anknüpfungspunkte für die Entwicklung eines betont nationalen Geschichtsbildes: Die Verehrung von Taras Ševčenko und Bohdan Chmel'nyč'kyj als „Söhne des ukrainischen Volkes“ in fast allen Regionen der Ukraine ist auch eine Folge der stalinistisch gefärbten Geschichtspolitik.

#### IV. Die Reaktion in der Ukraine auf die Perestroika

Die seit 1985/1986 im Zeichen von Perestroika und Glasnost einsetzenden tiefgreifenden Veränderungen in der Sowjetunion gingen bekanntlich nicht von der nichtrussischen Peripherie, sondern vom Zentrum aus. Im Vergleich mit den baltischen Staaten setzten in der Ukraine wichtige Veränderungen erst später ein.

<sup>31</sup> *Kas'janov*, *Nezhodni* 115f.

<sup>32</sup> *Ju. A. Mycyk*, Olena Apanovyč, in: *Ukraïns'ke Kozactvo. Mala encyklopedija* (Kiew 2002) 17f.

<sup>33</sup> Zum Verhängnis wurde ihr u.a. das Buch: *Zbrojni syly Ukraïny peršoi polovyny XVIII st.* (Kiew 1969), in dem sie das Zaporoger Kosakentum als betont progressive Erscheinung darstellte. Apanovyč arbeitete schließlich in der Zentralen Wissenschaftlichen Vernadsk'kyj-Bibliothek der AN in Kiew in der Handschriftenabteilung.

<sup>34</sup> Die Dissidenten der „Ukrainischen Helsinki-Gruppe“, die deutlich stärker national eingefärbt war als ihr russisches Vorbild, setzten sich auf der Grundlage der KSZE-Schlussakte von Helsinki für Menschenrechte, Demokratisierung und auch die Eigenständigkeit der Ukraine ein. Von den 37 Mitgliedern der UHG wurden 20 zu langjährigen Haftstrafen verurteilt, wobei vier von ihnen während der Haft starben, darunter der Dichter Vasyľ Stus.

<sup>35</sup> *Jaroslav Hrycak*, *Ukrainian Historiography, 1991–2001: Decade of Transformation*, Manuskript eines Vortrags, gehalten während einer Konferenz an der Universität Wien vom 27.–29. 9. 2001. Für die Einsicht danke ich Jaroslav Hrycak.



Diese Verzögerungen in der Ukraine sind auch auf die besonders restriktiven Bedingungen zurückzuführen, die das politische und gesellschaftliche Klima in der URSS bestimmten. Bis September 1989 hielt der Generalsekretär der KPdSU an Volodymyr Ščerbyč'kyj (1918–1990) als 1. Sekretär der Kommunistischen Partei der Ukraine fest. Ščerbyč'kyj vertrat eine moskauoyale, orthodoxe Politik. Für ukrainische Patrioten verkörperte er Russifizierung und politische Repressionen ukrainischer Dissidenten.

Während in Moskau 1986/1987 in Artikeln Enthüllungen zu stalinistischen Verbrechen erschienen und Kritik an früheren sowjetischen Führern geübt werden konnte (wobei Lenin von der Kritik natürlich ausgenommen war)<sup>36</sup>, war eine solche offene Kritik an konkreten historischen Persönlichkeiten und die Diskussion „weißer Flecken“ in der Ukraine am Anfang der Perestroika kaum möglich<sup>37</sup>.

Ähnlich wie in Weißrußland gab die Katastrophe im ukrainischen Kernkraftwerk Černobyl', etwa 130 km nordöstlich von Kiew, den entscheidenden Anstoß für eine stärkere Intensivierung der Debatten um Perestroika und Glasnost. Die Katastrophe führte nicht zuletzt wegen der unverantwortlichen Verharmlosung und der halbherzigen Gegenmaßnahmen seitens sowjetischer Behörden in Kiew und Moskau zu einer massiven Vertrauenskrise zwischen Bevölkerung und Staatsführung. Vor allem mobilisierte die Katastrophe erstmals breitere Kreise der Bevölkerung für die von der Perestroika aufgeworfenen Fragen. Gleichzeitig verband sich der in den folgenden Jahren durch die Katastrophe in Gang gesetzte ökologische Diskurs mit dem Diskurs des Nationalen: Über historische Analogiebildungen wurden beispielsweise der „Ökozid“ der Umweltkatastrophen mit seinen „genetischen“ Folgen und der „Genozid“ der Stalinzeit (z. B. die Hungersnot in der Ukraine 1932/1933) mit seinen demographischen Folgen für die ukrainische Bevölkerung in einen unmittelbaren Zusammenhang gestellt. Damit wurde eine Kontinuität von einer durch das sowjetische Zentrum verursachten nationalen Vernichtungserfahrung konstruiert, die zur Thematisierung der Ausbeutung der Ukraine durch das sowjetische (in der Folgezeit häufig: russische) Zentrum führte. Das ökologische Thema ermöglichte außerdem die indirekte Thematisierung von Souveränitätsfragen<sup>38</sup>.

<sup>36</sup> Helmut Altrichter, *Kleine Geschichte der Sowjetunion 1917–1991* (München 2001) 187. Auf der Basis von Filmen und Romanen begann spätestens seit Winter 1987 die Abrechnung mit der Stalinzeit.

<sup>37</sup> Jaroslav Hrycak, *Narys istorii Ukraïny. Formuvannja modernoi Ukraïns'koï nacii XIX–XX stolittja. 2-e vydannja* (Kiew 2000) 297. Siehe dazu auch den Beitrag von Joachim Hösler in diesem Sammelband 1–25 und Bohdan Nahaylo, *The Ukrainian Resurgence* (London 1999) 73, Fn. 45; Kas'janov, *Nezhodni* 12.

<sup>38</sup> Astrid Sahm, *Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und Ukraine* (Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten 7) 147–156. Siehe zu den „kulturökologischen Aspekten“ und die durch die Umweltdebatten intensivierte Debatte um nationale Denkmäler und Erinnerungsorte: Steffi Engert, *Uwe Gartenschläger*, *Der Aufbruch: Alternative Bewegungen in der Sowjetunion. Perestrojka von unten* (Reinbek 1989) 61 f.

## V. Die Trägergruppen des „Diskurses des Nationalen“

Innerhalb der sich während der Perestroika in der Ukraine formierenden Opposition lassen sich vier Hauptgruppen unterscheiden. Als erste Gruppe kann man die vor allem 1986/1987 entstehenden „informellen Gruppen“ nennen<sup>39</sup>, die mit der Kommunistischen Partei und ihren Unterorganisationen nichts zu tun hatten. Die zweite Gruppe waren die Schriftsteller des „Verbandes der Schriftsteller der Ukraine“ (SPU), unter denen sich prominente Vertreter der *šistdesjatyky* befanden und von denen schließlich die Initiative zur Gründung der Nationalbewegung „Ruch“ ausging. Die dritte potentielle Oppositionsgruppe war die 1990 innerhalb der Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) entstandene „Demokratische Plattform“, die allgemein-demokratische Ziele verfolgte und weniger an den nationalkulturellen Forderungen von „Ruch“ orientiert war. Die vierte Gruppe waren die Gewerkschaften der Bergarbeiter im Donbass, die nach den Streiks im Jahre 1989 entstanden waren<sup>40</sup>.

Die renommierten akademischen Institutionen der sowjetukrainischen Historiographie in Kiew gehörten nicht zu den Stichwortgebern des Diskurses des Nationalen und setzten zunächst ihre Rolle als wissenschaftliche Legitimationsinstanzen für Partei und Staat fort<sup>41</sup>. Die politisch profilierteste informelle Gruppe waren die 1987/1988 aus der Lagerhaft zurückgekehrten politischen Häftlinge der UHG, die bereits im Sommer 1987 ihre Tätigkeit aus den 70er Jahren wieder aufnahmen und im März 1988 die „Ukrainische Helsinki-Union“ (UHU) gründeten. Organ der Gruppe war der „Ukrainische Bote“, der direkt an das 1970–1972 gleichnamige Vorgängerorgan anknüpfte. Herausragende Vertreter waren u.a. Levko Luk'janenko und Vjačeslav Čornovil, der schließlich zum charismatischen Führer von „Ruch“ werden sollte<sup>42</sup>.

Weitere wichtige informelle Vereinigungen, die sich dem Denkmalschutz, den „weißen Flecken“ der Geschichte oder ökologischen Themen widmeten, waren beispielsweise der im August 1987 in Kiew gegründete „Ukrainische Kulturologische Klub“ (UKK)<sup>43</sup> oder die im Frühjahr 1987 gegründete „Löwengesell-

<sup>39</sup> *Oleksandr Bojko*, *Ukraina v 1985–1991 rr. Osnovni tendencii suspil'no-polityčnoho rozvytku* (Kiew 2002) 55.

<sup>40</sup> *Wilson*, *The Ukrainians* 157.

<sup>41</sup> *Hrycak*, *Ukrainian Historiography*.

<sup>42</sup> Siehe zu allen informellen Vereinigungen zusammenfassend: *Taras Kuzio, Andrew Wilson*, *Ukraine: Perestrojka to Independence* (New York 1994) 63–79. Zu nennen sind auch später entstandene Vereinigungen, wie die im Februar 1989 gegründete „Ševčenko-Gesellschaft für ukrainische Sprache“, die gezielt an die Tradition der Bildungsgesellschaften des 19. Jahrhunderts anknüpfen. Die „Ševčenko-Gesellschaft“ ist außerdem untrennbar mit der wissenschaftlichen Tätigkeit des Historikers Mychajlo Hruševs'kyj verbunden, weswegen dieser Gründung eine besondere symbolische Bedeutung zukam.

<sup>43</sup> Ebd. 70. In einer seiner ersten Aktionen appellierte der UKK bereits 1988 an die UNESCO, das Jahr 1988 zum Jahr des Schriftstellers und Mitglieds der „Ukrainischen Helsinki-Gruppe“ Vasyl' Stus zu machen, der 1984 wegen der Haftbedingungen im Gulag umgekommen und ein Symbol für die Repressionen der Ščerbyč'kyj-Zeit war.

schaft“<sup>44</sup>. Die bereits unmittelbar nach Beginn der Perestroika entstandene, aber erst 1989 nach Moskauer Vorbild formal gegründete ukrainische „Memorial-Gruppe“ widmete sich neben der Aufarbeitung der „weißen Flecken“ vor allem der Rehabilitierung der Opfer des Stalinismus.

1987 existierten laut Angaben des Zentralkomitees (ZK) der Kommunistischen Partei (KPU) bereits 20000 informelle Gruppen in der Ukraine, womit Voraussetzungen für das Entstehen einer zu Staat und Partei alternativen Öffentlichkeit gegeben waren<sup>45</sup>.

Die ersten wichtigen Anstöße für einen öffentlichen Vergangenheitsdiskurs gingen seit 1986 von führenden Repräsentanten des „Verbandes der Schriftsteller der Ukraine“ (SPU) aus. Ein Teil der wichtigsten Vertreter, wie z.B. Ivan Drač oder Oles' Hončar, waren Exponenten der *šistdesjatnyky*-Bewegung. Die spezifische Bedeutung der Literaten im Diskurs des Nationalen erklärt sich u.a. aus der Tatsache, daß Schriftsteller den politischen Vorstellungshorizont bzw. die politische Kultur einer Gesellschaft prägen können, wobei sie mit anderen Gruppen von Intellektuellen konkurrieren. Als Teil der Elite der Nationalbewegungen spielten Schriftsteller schon im 19. Jahrhundert bei der Imaginierung von nationalen und politischen Symbolen und der Erfindung von Traditionen eine wesentliche Rolle<sup>46</sup>.

Den Auftakt des von den Schriftstellern angestoßenen Diskurses des Nationalen bildete der 9. Kongreß des SPU am 5. Juni 1986, der stark von der Reaktorkatastrophe geprägt war und bereits Fragen der ukrainischen Nationalkultur und Geschichte erörterte. Den Höhepunkt bildete der Auftritt von Ivan Drač, der die KPU-Führung für das Desaster der Reaktorkatastrophe verantwortlich machte und darauf hinwies, daß die Ukraine in der großen Hungersnot 1932/1933, die offiziell bis 1988 in der sowjetischen Öffentlichkeit verschwiegen wurde, mehr Menschen verloren habe als im Zweiten Weltkrieg. In der Sowjetunion sei die Ukraine stets ethnisch-kulturellen Repressionen und erzwungener Russifizierung ausgesetzt gewesen. Schon hier deutete sich der Grundzug des nationalen Diskurses an, das Konzept der Nation und die Hebung des Ukrainischen vor dem Hintergrund einer kolonialen Vergangenheit zu rechtfertigen. Es ist nicht verwunderlich, daß diese Passage in der „Literaturna Ukraïna“, dem Organ des ukrainischen

<sup>44</sup> Ebd. 74.

<sup>45</sup> Andrew Wilson, *Ukrainian Nationalism in the 1990s. A Minority Faith* (Cambridge 1997) 60, 64; Mitte 1989 soll es laut Bojko etwa 47000 informelle Vereinigungen gegeben haben. Oleksandr Bojko, Predteča Ruchu: neformal'ni orhanizacii jak faktor hromads'ko-polityčnoho žyttja u period perebudovy, in: Ljudyna i Polityka (2001) H. 1, 44–57, hier 45.

<sup>46</sup> Siehe dazu ausführlicher Andreas Dörner, Ludgera Vogt, *Literatursoziologie. Literatur, Gesellschaft, Politische Kultur* (Opladen 1994) 167f. Für Anregungen danke ich Alexandra Mey, die eine Dissertation zum Thema „Schriftsteller und Nationalismus in Rußland, 1986–1995“ verfaßt hat. Für das Verständnis der Rolle der Schriftsteller ist auch die Berücksichtigung ihrer gesellschaftlichen Funktion von Bedeutung.

Schriftstellerverbandes, nicht abgedruckt wurde<sup>47</sup>, sondern nur eine zensierte Variante, in der Drač implizit die Zensur literarischer Werke kritisierte<sup>48</sup>.

Insgesamt wurden zu dieser Zeit konkrete historische Ereignisse oder „weiße Flecken“ der sowjetischen Geschichte noch nicht breit diskutiert. Vielmehr wurden bedeutende Persönlichkeiten der Nationalkultur, die sowohl im sowjetukrainischen als auch im nationalukrainischen Geschichtsbild herausragenden Platz einnahmen, „als wichtige Seiten der Geschichte der ukrainischen demokratischen Kultur“<sup>49</sup> erinnert und in einen symbolischen Zusammenhang zur Perestroika gestellt. So wurden beispielsweise internationale Konferenzen zu diesen Schriftstellern (wie Ivan Franko) organisiert oder Werke dieser Schriftsteller neu herausgegeben. In diesem Zusammenhang standen auch die Diskussion der Vorbereitungen zu den offiziellen 175-Jahrfeiern anlässlich des Geburtstags des Dichters Taras Ševčenko 1989, die Forderung nach einem Denkmal für den Nationaldichter in Lemberg und nach Denkmälern für Lesja Ukraïnka in der Zeit zwischen 1986 und 1989. Mittels der offiziell kanonisierten Persönlichkeiten konnten nationale Symbole und Debatten in den öffentlichen Raum getragen werden, die dann im Laufe der folgenden Jahre Zug um Zug von sowjetischen Konnotationen „gereinigt“ wurden<sup>50</sup>.

1986 wurde die Thematisierung von nationalen Traditionen vor allem in Form von historischen Romanen eingeleitet, wobei die Rückbesinnung auf (teilweise bis 1985 verbotene) Romane der *šistdesjatnyky* an Bedeutung gewann<sup>51</sup>.

Trotz der insgesamt vorsichtig geführten Debatte wurden Ende 1986 die geschichtspolitischen Aufgaben der Literaten hinsichtlich der Rekonstruktion des nationalen Gedächtnisses skizziert. Im November 1986 wies der Stellvertretende

<sup>47</sup> *Nahaylo*, Resurgence 62 f.

<sup>48</sup> Siehe dazu den Bericht: Pravdyvo i jaskravo vidobražaty žyttja. Obhovorennja zvitnoi dopovidi pravlinnja spilky pys'mennykiv Ukraïny i zvity revizijnoi komisii SPU, in: *Literaturna Ukraïna* 25 vom 19. 6. 1986, 1–5, hier 2.

<sup>49</sup> Siehe dazu das Lehrbuch: *Istorijska Ukraïna* (Lemberg 21998) 423. Ein besonderes Ereignis war das internationale Symposium „Ivan Franko und die Weltkultur“ im September 1986, zu dem auch herausragende Wissenschaftler der ukrainischen Diaspora eingeladen wurden.

<sup>50</sup> Siehe beispielhaft den von namhaften Schriftstellern unterzeichneten Aufruf zur Schaffung eines Museumskomplexes für herausragende Vertreter der Kultur, wie z.B. Lesja Ukraïna oder den ukrainischen Komponisten Lysenko in: *Literaturna Ukraïna* 21 vom 22. 5. 1986, 3.

<sup>51</sup> Außerdem setzten sich die Schriftsteller des SPU in dieser Zeit in Beiträgen der *Literaturna Ukraïna* für den Neudruck oder die Neubewertung von Romanen der *šistdesjatnyky* ein, die seit den 1960er Jahren der Zensur unterworfen worden waren oder denen von offizieller Seite keine Beachtung geschenkt wurde. Zu nennen ist der berühmte Roman „Kathedrale“ von *Oles' Hončar* oder die Romane „Marusja Čuraj“ und „Berestečko“ von *Lina Kostenko*. Die Werke Kostenkos nehmen Bezug auf die Zeit der Niederlage der ukrainischen Kosaken unter Bohdan Chmel'nyč'kyj gegen die Polen beim wolhynischen Ort Berestečko im Juni 1651. Berestečko ist ein für ukrainische Patrioten zentraler Erinnerungsort und wichtiger Teil des nationalen Kosakenmythos. Anlässlich des 340. Jahrestages im Sommer 1991 wurden große Feierlichkeiten organisiert, die die neubewerteten und neuherausgegebenen Romane gleichsam volkspädagogisch vorbereiteten. Siehe dazu *M. S. Vas'kyv*, Lina Kostenko, in: *Ukraïns'ke Kozactvo. Mala encyklopedija* (Kiew 2002) 264 f., hier 264.

Direktor des „Ševčenko-Instituts für Literatur“ Mykola Žulyns'kyj in einem Interview mit dem Preisträger der Staatlichen Ševčenko-Prämie R. Ivanyčuk auf den alarmierenden Verlust des nationalen Gedächtnisses hin. Den Zustand des ukrainischen Volkes beschrieb er implizit mit der Metapher des *mankurstvo*, ein Begriff aus dem Roman des kirgisischen Schriftstellers Čingiz Ajtmatov „Ein Tag länger als das Leben“ (1981). In dem Roman werden die Mankurts von ihren Eroberern als Sklaven unterdrückt, bis sie jedes Gefühl ihrer eigenen Identität verloren haben. Žulyns'kyj beschwor im Grunde den drohenden Volkstod und die Notwendigkeit der Rekonstruktion des nationalen Gedächtnisses, wobei sich schon die für die späteren Debatten charakteristische Ethnisierung und Moralisierung des Vergangenheitsdiskurses andeutete<sup>52</sup>.

Das zentrale inhaltliche Thema der Schriftsteller in den Jahren 1986 und 1987 war der Rückgang des Anteils der ukrainischen Sprache im Leben der Republik, wie z. B. im Schulwesen. Bereits im Beschluß des Juni-Plenums der Leitung des SPU im Jahre 1987 wurde die Verbandsleitung des SPU angewiesen, sich an das Präsidium des ukrainischen Parlaments (ukrainisch: *Verchovna Rada*, deutsch: Oberster Rat) der URSS mit der Bitte zu wenden, in die Verfassung einen Artikel zum Status des Ukrainischen als Staatssprache einzufügen. Mit diesem Schritt wurde der Diskurs des Nationalen, der als Hinwendung zur Nationalkultur begann, direkt mit der Frage nach Ausweitung der Autonomie und stärkeren nationalen Einfärbung der Republik verbunden. Die Sprache und damit auch die Frage nach dem tatsächlichen Gehalt der Autonomie der Republik erhielt nun eine öffentlich-politische Bedeutung im Sinne eines Staatssymbols<sup>53</sup>.

Die erste Phase des Diskurses des Nationalen in der Ukraine seit der Reaktor-katastrophe bis etwa Mitte 1987 war gekennzeichnet von dem Bemühen der Schriftsteller, den Verlust des Gedächtnisses zu thematisieren und damit die Existenzbedrohung der Nation zu beschwören. Dabei illustrierte diese Phase die besondere Fähigkeit der Literaten, das nationale Gedächtnis auf der Basis der ukrainischen Sprache und mittels fiktionaler Texte zu imaginieren. Gleichzeitig diente im Bereich konkreter historischer Ereignisse das im Sinne Leninscher Gleichberechtigung modifizierte sowjetukrainische Geschichtsbild als Ausgangspunkt einer zu konstruierenden Nationalgeschichte. Beispielsweise wurden Texte und Zitate offiziell unumstrittener Persönlichkeiten der ukrainischen Kultur wie Taras Ševčenko zu historischen Ereignissen und Persönlichkeiten als Ausgangspunkt verwendet, um an Chmel'nyc'kyj und andere kosakischen Führer oder die Zaporoger Kosaken als „Quelle der geistigen Kräfte des ukrainischen Volkes“ zu erinnern und durch Betonung „ukrainischer“ Leistungen und Werte die Domi-

<sup>52</sup> Mykola Žulyns'kyj, *Vymiry ljuds'koï pam'jati*, in: *Literaturna Ukraïna* 38 vom 18. 9. 1986, 3, 5.

<sup>53</sup> Siehe den Beschluß in dem Bericht: *Ukraïns'ka radjans'ka literatura v patriotyčnomu ta internacional'nomu vychovanni trudjaščych. Z plenumu pravlinnja spilky pys'mennykiv Ukraïny*, in: *Literaturna Ukraïna* 28 vom 9. 7. 1987, 2–6, hier 5.

nanz der Russen sanft zu korrigieren<sup>54</sup>. Anders als in der Geschichtswissenschaft konnten so mit Hilfe ästhetischer Mittel Fragen der nationalen Traditionen öffentlichkeitswirksam diskutiert werden. Konkrete historische Schlüsselereignisse mußten so nicht explizit angesprochen werden. Die Nationalgeschichte konnte auf diese Weise popularisiert werden, ohne den aus dem absoluten Wahrheitsanspruch des marxistischen Geschichtsschemas hergeleiteten absoluten Machtanspruch der Partei herauszufordern.

## VI. Die Aufarbeitung der „weißen Flecken“ der sowjetischen Vergangenheit (1987)

Wie in anderen Sowjetrepubliken und in Moskau führte die Aufarbeitung der „weißen Flecken“ der sowjetischen Vergangenheit im allgemeinen und der stalinistischen Verbrechen im besonderen in der Ukraine zu einer Mobilisierung der Intelligenz und gab der einsetzenden Umwertung der Geschichte entscheidende Impulse. Schon im Februar 1987 erklärte Gorbačëv, daß es bei der Betrachtung der gesamten sowjetischen Geschichte keine Tabus mehr geben dürfe<sup>55</sup>.

Schon bald verband sich die Aufarbeitung des Stalinismus mit nationalen Bedeutungen. In der Ukraine standen dabei die Rückbesinnung auf die Ukrainisierungspolitik der 1920er Jahre sowie die juristische und historische Rehabilitierung ihrer ukrainischen Repräsentanten im Vordergrund. Eigenwillige Persönlichkeiten wie der damals in Ungnade gefallene Literat Mykola Chvyľ'ovyj (1893–1933), der die Befreiung der ukrainischen Kultur vom „schädlichen“ Einfluß der russischen Kultur forderte, wurden rehabilitiert<sup>56</sup>. Gleichzeitig wurden im Zusammenhang mit den 1920er Jahren auch führende Repräsentanten aus der Zeit der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) neubewertet, wie z.B. der Schriftsteller Volodymyr Vynnyčenko (1880–1951). Die Ukrainisierung der 1920er Jahre wurde ein zentrales geschichtspolitisches Argument der Schriftsteller zur Legitimierung nationalkultureller Autonomieforderungen. Bei der Thematisierung der Sowjetukraine wurden zugleich im Rahmen der „Aufarbeitung der weißen Flecken“ die Frage der Autonomie der ukrainischen Kultur, die Staatsbildungsversuche 1917–1921 und damit indirekt die Frage der Souveränität der Ukraine angesprochen.

Das ZK der KPU reagierte im Juni 1987 mit Mahnungen zur Einhaltung der Parteilichkeit und bezüglich der genannten historischen Persönlichkeiten mit kaum verhüllten Androhungen von Zensur<sup>57</sup>. Es ist bezeichnend für die ersten

<sup>54</sup> Siehe als Beispiel die Ausführungen *Dmytro Pavlyčkos*, in: *Literaturna Ukraïna* 11 vom 12. 3. 1987, 2.

<sup>55</sup> *Altrichter*, Kleine Geschichte der Sowjetunion 187.

<sup>56</sup> *Hrycak*, *Narys* 173; *V. Prac'ovytyj*, *D. Kušplir*, Chvyľ'ovyj Mykola, in: *Dovidnyk z istorii Ukraïny* (Kiew 2001) 1012.

<sup>57</sup> Siehe den Auftritt des für Ideologiefragen zuständigen Sekretärs des ZK der KPU Jurij Jel'čenko auf dem Plenum der Leitung des SPU am 16. 6. 1987 in dem Bericht: *Pysmennyc'ki perebudovy*, in: *Literaturna Ukraïna* 25 vom 18. 6. 1987, 1 f., hier 2.

Veränderungen des (geschichts-)politischen Klimas Mitte 1987, daß die Schriftsteller sich von diesen Mahnungen wenig beeindrucken ließen<sup>58</sup>. Signifikant war die Eröffnung der Rubrik „Seiten des vergessenen Erbes“ im September 1987. Der für die Rubrik verantwortliche Mykola Žulyns'kyj forderte in einem einleitenden Kommentar eine „objektive“ Wertung des Werks Chvyľovyjs von der „Position des konkreten Historismus“. Insgesamt setzte nun die Umwertung konkreter Persönlichkeiten und Perioden der ukrainischen Geschichte ein. Außerdem begannen Schriftsteller, die spezifische Bedeutung der Kiewer Rus' für die Ukraine zu thematisieren<sup>59</sup>.

Der Schriftstellerverband der Ukraine entwickelte sich im Jahr 1987 so immer mehr zu einem wichtigen Faktor bei der Konstruktion des nationalen Gedächtnisses und der Demokratisierung in der URSS, auch wenn es sich bei den Geschichtsdebatten noch um erste Ansätze handelte, die sich nur in der Frage des Status der ukrainischen Sprache mit einer besonderen politisch-öffentlichen Bedeutung verbanden.

Hinsichtlich der Radikalität des Diskurses des Nationalen unterschieden sich die Schriftsteller deutlich von den informellen Oppositionsgruppen, wie z. B. der „Ukrainischen Helsinki-Union“. In seinem „offenen Brief“ vom 5. August 1987 an den Generalsekretär der KPdSU Michail Gorbatschow hat der 1987 aus der Haft entlassene politische Häftling Vjačeslav Čornovil bereits alle Themen auf die Tagesordnung gesetzt, die die öffentlichen Debatten der nächsten Jahre bestimmen sollten<sup>60</sup>. Čornovil setzte sich kritisch mit den Grenzen der Perestroika und der nationalen Frage in der UdSSR auseinander. Bezüglich der Beseitigung der „weißen Flecken“, die in der URSS noch gar nicht angefangen habe, forderte er, dem Volk die „ganze Wahrheit“ zu sagen und sich nicht auf den Terror des Stalinismus zu beschränken<sup>61</sup>. Als zentrale Themen nannte er beispielsweise die Hungersnot von 1932/1933 und die Geschichte der „national-staatlichen Eigenständigkeit des ukrainischen Volkes“, wobei er sowohl die Zeit der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) als auch den Untergrundkampf der Organisation der Ukrainischen Nationalisten (OUN), die zu den Hauptfeinden der sowjetischen Propaganda gehörten, einbezog. Auch wenn der Brief Čornovils weniger radikal als das Programm der UHG der siebziger Jahre war, da er noch keine konkrete Forderung nach Unabhängigkeit der Ukraine enthielt, unterschied sich die Sprache des Dissidenten deutlich von der Sprache der vergleichsweise eng mit den Parteistrukturen ver-

<sup>58</sup> Siehe den Beitrag von *Ivan Drač* auf dem Juni-Plenum in dem Bericht: *Ukraïns'ka radjans'ka literatura v patriotyčnomu vychovanii trudjaščych. Z plenumu pravlinnja Spilky pysmennykiv Ukraïny*, in: *Literaturna Ukraïna* 28 vom 9. 7. 1987, 2–6, hier 5.

<sup>59</sup> Siehe die Ausführungen des Schriftstellers *Volodymyr Drozd* in dem Bericht: *Ukraïns'ka radjans'ka literatura v patriotyčnomu vychovanii trudjaščych. Z plenumu pravlinnja Spilky pysmennykiv Ukraïny*, in: *Literaturna Ukraïna* 28 vom 9. 7. 1987, 2–6, hier 2.

<sup>60</sup> Siehe den in Lemberg von *Vjačeslav Čornovil* verfaßten Brief: *Vidkrytyj lyst heneral'nomu sekretarevi CK KPRS Gorbačovu M.S.*, in: *Ukraïns'kyj Visnyk*, Hefte 7, 8, 9–10 (Kiew, Lemberg 1987) 13–33 (Neudruck Baltimore, Toronto 1988).

<sup>61</sup> *Čornovil*, *Vidkrytyj lyst* 24, 27.

bundenen Schriftsteller<sup>62</sup>. Aufgrund der restriktiven politischen Situation in der Ukraine und des Monopols der KPU bei den Massenmedien handelte es sich bei dem im *samizdat* kursierenden Brief noch um eine Einzelstimme. Veränderungen dieser Situation wurden allerdings schon 1988 in der Debatte um die Hungersnot 1932/1933 deutlich.

## VII. Der Beginn der Konstruktion einer ukrainischen Nationalgeschichte

### 1. Die Hungersnot in der Ukraine 1932/1933

Zu den zentralen Themen des Diskurses des Nationalen der gesamten Perestroika-Zeit in der Ukraine gehört die Aufarbeitung der schrecklichen Hungersnot von 1932/1933, die in der Ukraine eine besonders hohe Anzahl von Opfern forderte. Bis 1988 wurde die Hungersnot in der Sowjetunion geleugnet.

Das komplexe, in der Forschung immer noch nicht ganz unumstrittene Ursachegeflecht der Hungersnot ist hier nicht darzustellen. Angesichts der Ausmaße der Katastrophe ist das Urteil, der Hunger sei das „fürchterlichste Verbrechen Stalins“ (V. Danilov) gewesen, aber nicht von der Hand zu weisen<sup>63</sup>. Die Hungersnot wurde nicht durch natürliche Gründe, sondern durch eine ausgesprochen brutale staatliche Getreiderequisition 1932/1933 hervorgerufen, die den Bauern auch das zur Selbstversorgung notwendige Getreide entzog. Außerdem war die Hungersnot auch Folge einer mit menschenverachtenden Methoden durchgeführten Zwangskollektivierung<sup>64</sup>. Insofern liegt die Verantwortung für die schreckliche Katastrophe der Hungersnot zweifellos bei der sowjetischen Führung<sup>65</sup>.

<sup>62</sup> Siehe dazu *Bojko*, Ukraina 65; Die von der UHU entwickelten Prinzipien vom Juli 1988 sahen eine Umwandlung der UdSSR in eine Staatenkonföderation vor. Auch dies ging noch nicht so weit wie die ehemaligen Forderungen der UHG. Dies könnte taktisch motiviert gewesen sein, um der kleinen Gruppe eine größere Anhängerschaft zu ermöglichen.

<sup>63</sup> V. Danilov, Diskussija v zapadnoj presse o golode 1932–1933 gg. i „demografičeskoj katastrofe“ 30–40 ch godov v SSSR, in: *Voprosy istorii* (1988) Heft 4, 121, zitiert nach *Stephan Merl*, War die Hungersnot von 1932–1933 eine Folge der Zwangskollektivierung der Landwirtschaft oder wurde sie bewußt im Rahmen der Nationalitätenpolitik herbeigeführt?, in: *Ukraine: Geschichte und Gegenwart eines neuen Staates*, hrsg. von *Guido Hausmann, Andreas Kappeler* (Nationen und Nationalitäten in Osteuropa 1, Baden-Baden 1993) 145–166, hier 147.

<sup>64</sup> *Manfred Hildermeier*, Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates (München 1998) 399.

<sup>65</sup> Siehe zusammenfassend ebd. 377ff.; *Merl*, War die Hungersnot 147ff. und *Dietrich Beyrau*, Petrograd, 25. Oktober 1917. Die russische Revolution und der Aufstieg des Kommunismus (20 Tage im 20. Jahrhundert, München 2001) 109–122. Die Zahlen der durch die Hungersnot Verstorbenen sind umstritten. Seriöse Schätzungen der Gesamtzahl der Opfer bewegen sich bei 7 Millionen, von denen allein 3–4 Millionen Ukrainer waren. Siehe dazu *Stiven Uitkroft* [*Stephen Wheatcroft*], *Sovremennoe predstavlenie o prirode i urovne smertnosti vo vremja goloda 1931–1933 godov v Ukraine*, in: *Komandyry velykoho holodu*.



Die heute von der Mehrheit der ukrainischen Forschung und von Diaspora-Ukrainern vertretene These des geplanten Genozids am ukrainischen Volk ist auf der Basis des gegenwärtigen Forschungsstandes umstritten<sup>66</sup>. Die Hungersnot wurde anlässlich des 50. Jahrestages der Katastrophe 1983 von amerikanischen und Diaspora-ukrainischen Wissenschaftlern thematisiert. Die amerikanischen Historiker Robert Conquest und James Mace haben dabei die These von einem von Stalin gezielt eingesetzten Genozid am ukrainischen Volk aufgestellt<sup>67</sup>. Geschichtspolitische Bedeutung erlangte die Hungersnot aber vor allem durch Einrichtung der „Kommission über die ukrainische Hungersnot“ im US-amerikanischen Kongreß im Jahre 1986<sup>68</sup>.

Diese Kommission und die befürchtete Instrumentalisierung der Hungersnot durch die USA anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution veranlaßten das ZK der KPU im Herbst 1987, eine eigene Kommission zur Untersuchung der Ereignisse im Jahre 1932/1933 zu bilden. Sie setzte sich aus Wissenschaftlern der Akademie der Wissenschaften (AN) der URSR zusammen und sollte die „Falsifizierungen der ukrainischen bürgerlichen Nationalisten“ aufdecken<sup>69</sup>. Wie brennend das Problem für die Ukraine war, zeigt die Tatsache, daß der ukrainische KP-Chef Ščerbyč'kyj in seiner Rede anlässlich der Feiern zum „Großen Oktober“ das Faktum des Hungers, der seiner Meinung nach durch eine Mißernte hervorgerufen worden sei, anerkannte und dem Ereignis einen ganzen Absatz widmete<sup>70</sup>.

Erst nach dieser Rede konnten die Akademiehistoriker erste Ergebnisse veröffentlichen. In dem ersten Beitrag eines Mitgliedes der sowjetukrainischen Kommission wurde nach der Zurückweisung der Thesen der Kommission des US-Kongresses zwar das Ereignis des Hungers anerkannt und implizit auch auf

Poizdky V. Molotova I L. Kahanovyča v Ukraïnu ta na Pivničnyj Kavkaz. 1932–1933 rr. Za redakcijeju Valerija Vasyľ'jeva ta Jurija Šapovala. (Kiew 2001) 187–193 hier 192.

<sup>66</sup> *Beyrau*, Petrograd 121 und zur Kontroverse von James Mace und Stephan Merl: *James E. Mace*, Zur aktuellen Diskussion über die ukrainische Hungersnot von 1932/33, in: *Ukraine: Geschichte und Gegenwart eines neuen Staates*, hrsg. von *Guido Hausmann, Andreas Kappeler* (Nationen und Nationalitäten in Osteuropa 1, Baden-Baden 1993) 126–144 und *Merl*, Hungersnot. Eine Minderheit von jüngeren ukrainischen Historikern wie z.B. Valerij Vasyľ'jev (Kiew) teilt die Genozid-These nicht. Für Informationen zur innerukrainischen Kontroverse danke ich Valerij Vasyľ'jev. Dies muß mögliche nationale Aspekte, die die Hungersnot begleitet haben könnten, aber nicht verursacht haben, nicht ausschließen. Siehe dazu *Kappeler*, *Kleine Geschichte* 200f.

<sup>67</sup> *Robert Conquest*, *The Harvest of Sorrow: Soviet Collectivization and Terror-Famine* (New York u. a. 1986); *James E. Mace*, *The Man-Made Famine of 1933 in Soviet Ukraine*, in: *Famine in Ukraine 1932–1933*, hrsg. v. *Roman Serbyn, Bohdan Krawchenko* (Edmonton 1986) 1–14.

<sup>68</sup> *Mace*, Zur aktuellen Diskussion 126ff. In Kanada wurde außerdem ein populärwissenschaftlicher Film zur Hungersnot gedreht, der auf große Resonanz stieß.

<sup>69</sup> *Stanislav Kul'čyc'kyj*, Problema holodu 1932–1933 rr. ta ŭ misce v suspil'no-polityčnomu žytti Ukraïny kincja 80-ch – počatku 90-ch rokiv, in: *Holod-henocyd 1933 roku v Ukraïni: Istoryko-politohičnyj analiz social'no-demografičnych ta moral'no-psycholohičnych naslidkiv* (Kiew, New York 2000) 27–45, hier 37ff.

<sup>70</sup> *Stanislav Kul'čyc'kyj*, Holodomor, in: *Dovidnyk z istorii Ukraïny* (Kiew 2001) 167f., hier 168.

Fehler bei der Kollektivierung hingewiesen; die Verantwortung der Führung aber wurde nicht deutlich benannt und Stalin nur indirekt kritisiert. Angesichts der Ausführungen zu den Errungenschaften in der sowjetischen Landwirtschaft nach 1933, erschien die Hungersnot vielmehr als schreckliche Ausnahme infolge einer tragischen Verkettung von Umständen und Fehlern<sup>71</sup>. Trotz der verdienstvollen Nennung neuer Fakten illustrierte der Beitrag daher vor allem die legitimationswissenschaftliche Rolle der akademischen Historiographie der Sowjetukraine.

Die informellen Organisationen und auch die Schriftsteller nutzten dagegen von Anfang an die national gefärbte Genozidthese zur Delegitimierung des sowjetischen Systems<sup>72</sup>, wobei Čornovil in seinem „offenen Brief“ am weitesten ging, indem er den Hunger einen „echten Genozid an der ukrainischen Nation“ nannte<sup>73</sup>. In der „Literaturna Ukraïna“ wurde der Beitrag des Akademie-Historikers als unkritisch kritisiert. Die Beiträge in der „Literaturna Ukraïna“ knüpften direkt an die These vom geplanten Genozid der ukrainischen Diaspora an und sahen im gesamten Parteiapparat die Verantwortlichen für die Katastrophe<sup>74</sup>. Insgesamt ist die Hunger-Debatte ein gutes Beispiel für den im Verlauf der Perestroika zunehmenden Einfluß der nordamerikanischen Diaspora-Forschung auf die Formierung eines ukrainischen Geschichtsbildes. Die national interpretierte Hungersnot wurde zum Ansatzpunkt, die sowjetische Geschichte als Geschichte der Unterdrückung und damit als Bedrohung des nationalen Gedächtnisses bzw. der Nation zu interpretieren. So forderten Schriftsteller die Schaffung eines „kollektiven Buches“ des „Volksgedächtnisses“ auf der Basis von Zeitzeugenaussagen von Überlebenden aus allen Regionen der Ukraine<sup>75</sup>. Mit dem „kollektiven Buch“ wurde eine aus dem Leiden entspringende nationale Identität konstruiert, die keineswegs abstrakt war, sondern als Erfahrung der Überlebenden in die Gegenwart hineinwirkte.

Die Suche nach der Wahrheit im Sinne der „Beseitigung der weißen Flecken“ verband sich im weiteren Verlauf der Hunger-Debatte mit einer zunehmenden Ethnisierung und Moralisierung des Diskurses des Nationalen, die zur Konstruktion exklusiver nationaler Stereotypen führen konnte. Der Vorsitzende der ukrainischen „Memorial-Gruppe“, Volodymyr Manjak, stellte die Hungersnot auf eine Stufe mit den Verfolgungen der Anhänger des ukrainischen Hetmans Ivan Mazepa durch den russischen Zaren Peter den Großen. Aus dem Gegensatz der „falschen“ russisch-sowjetischen Geschichte und einer vermeintlich „wahren“ ukrainischen Nationalgeschichte entwickelte der Autor einen ewigen Gegensatz

<sup>71</sup> *Stanislav Kul'čyc'kyj*, Do ocinky stanovyšča v sil's'komu hospodarstvi USRR u 1931–1933 rr., in: *Ukraïns'kyj Istoryčnyj Žurnal* (1988) Heft 3, 15–27.

<sup>72</sup> *Oleksandr Bojko*, Ukraïna v 1985–1991 rr. 63. Siehe dazu auch *Nahaylo*, Resurgence 76. Der von den oppositionellen Patrioten intensivierte Diskurs führte bereits 1989 auch zu Änderungen in den Interpretationen der Akademie-Historiographie im Sinne einer schärferen Verurteilung der Verantwortlichen.

<sup>73</sup> Čornovil, Vidkrytyj lyst 26.

<sup>74</sup> *Vasyl' Pacharenko*, Holod, in: *Literaturna Ukraïna* 45 vom 10. 11. 1988, 7.

<sup>75</sup> *Jevhen Hucalo*, Stvorymo knyhy narodnoï pam'jati, in: *Literaturna Ukraïna* 45 vom 10. 11. 1988, 7 sowie die dem Artikel vorangestellte Einleitung der Redaktion.

zwischen freiheitsliebenden Ukrainern und russisch-sowjetischem Despotismus und erklärte die Katastrophen der Geschichte implizit gleichsam mit Eigenschaften „fremder“ Nationen<sup>76</sup>.

## 2. Die Wiederentdeckung Hruševs'kyjs

Gleichzeitig mit der Debatte zur Hungersnot setzte die Umwertung historischer Persönlichkeiten ein, die im offiziellen sowjetukrainischen Geschichtsbild tabuisiert waren. Charakteristisch für diese Entwicklung war die Wiederentdeckung des Historikers und ersten Vorsitzenden des Zentralrats der UNR Mychajlo Hruševs'kyj (1866–1934), der in der antisowjetischen nationalukrainischen Tradition als „Vater“ der ukrainischen Geschichtsschreibung galt und gilt.

In seiner Schrift „Das übliche Schema der ‚russischen‘ Geschichte und die Frage einer rationellen Gliederung der Geschichte des Ostslawentums“ (1904) konzipierte Hruševs'kyj eine tausendjährige Geschichte des ukrainischen Volkes, dessen Wurzeln in der Kiewer Rus' des 9./10. Jahrhunderts als erster Staatlichkeit der Ukrainer lagen<sup>77</sup>. Ein weiteres zentrales Element dieses von Hruševs'kyj entwickelten Geschichtsbildes war die scharfe Abgrenzung der Ukrainer von den Russen. In der Optik dieses „ethnopolitischen“ Geschichtsbildes war die Geschichte der Kiewer Rus' eine am ukrainischen „Volk“ orientierte Gegen Geschichte „von unten“, die sich gegen die vermeintlich „von oben“ oktroyierte imperiale russische (und sowjetische Geschichte) abgrenzte<sup>78</sup>. Aus sowjetischer Sicht stellte die Konzeption Hruševs'kyjs die Funktion der Kiewer Rus' als Legitimation sowjetischer Staatlichkeit und ostslawischer Zusammengehörigkeit in Frage.

Deswegen kam dem ausführlichen Beitrag des Archivars, Philologen und Historikers Serhij Bilokin' über Hruševs'kyj im Juli 1988 in der „Literaturna Ukraïna“ eine besondere Bedeutung zu. Trotz der Kritik an einigen „Fehlern“ Hruševs'kyjs stellte der Beitrag insgesamt eine Rehabilitierung des Historikers dar. Bemerkenswert war vor allem die indirekt positive Darstellung des ethnopolitischen Ansatzes bei Hruševs'kyj<sup>79</sup>. Die politische Brisanz des Beitrags dokumentierte die Reaktion des ZK der KPU, das der Redaktion riet, den Bilokin'-

<sup>76</sup> Volodymyr Manjak, 33-j: holod. Narodna knyha-memorial. (Kiew 1991) 7–14. Unter Hetman Ivan Mazepa (1639–1709) erlebte das Hetmanat der Kosaken noch einmal eine Blüte. Als die Ukraine im dritten Nordischen Krieg (1700–1721) zum Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen wurde, löste sich der Hetman jedoch von Zar Peter I. und wechselte mit der Zaporoger Sič auf die Seite Schwedens. Auf diesen „Verrat“ reagierte Peter I. mit der Verwüstung der Residenz des Hetmans. In der Schlacht von Poltava 1709 verlor Mazepa mit dem schwedischen König die Entscheidungsschlacht. Für patriotische Ukrainer ist Mazepa bis heute ein Held, in der sowjetischen und russischen Tradition ist er bis heute ein Verräter und Sinnbild für einen antirussischen ukrainischen Nationalismus und Separatismus geblieben.

<sup>77</sup> Aleksej Toločko, Chimera „Kievskoj Rusi“, in: Rodina 8 (1999) 29–33.

<sup>78</sup> Kappeler, Kleine Geschichte 35.

<sup>79</sup> Serhij Bilokin', Mychajlo Hruševs'kyj, in: Literaturna Ukraïna 29 vom 21. 7. 1988, 7.

Beitrag nicht zu drucken und eine kritische Reaktion auf Bilokin's Ausführungen einleitete<sup>80</sup>. Bezeichnend war aber die Tatsache, daß die Diskussion über in der Sowjetzeit tabuisierte historische Persönlichkeiten, für die Hruševs'kyj nur ein Beispiel ist, nicht mehr unterbunden werden konnte<sup>81</sup>.

Auffallend für den Diskurs des Nationalen in dieser Zeit war die Tatsache, daß sich zunehmend Historiker in den Vergangenheitsdiskurs einschalteten und sich aktiv an der Popularisierung historischer Symbole beteiligten. Dabei handelte es sich um Historiker, Bibliothekare oder Archivare, die häufig persönliche Kontakte zu den *šistdesjatnyky* unterhielten, selbst aus den Reihen des Dissens der *šistdesjatnyky* kamen oder mit den informellen Organisationen in Verbindung standen. Repräsentatives Beispiel sind die Historiker Mychajlo Brajčevs'kyj und Olena Apanovyč.

Der Diskurs des Nationalen, bei dem sich nun Zug um Zug ein zunehmend politisch konnotiertes nationales Geschichtsbild herausbildete, gewann seine Bedeutung 1988 auch dadurch, daß er sich mit der zunehmenden Mobilisierung der Gesellschaft verband. Seit Sommer 1988 kam es in Lemberg und dann auch in Kiew zu ersten größeren Demonstrationen, gegen die die Sicherheitsorgane rigoros einschritten.

Als Katalysator der Mobilisierung einer nationalen Gegenöffentlichkeit wirkte der Kampf um die Wiedezulassung der mit Rom unierten Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche in Galizien sowie die Versuche um die Wiederbelebung der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche der Zwischenkriegszeit<sup>82</sup>. Da die unierte Kirche ein zentraler Bestandteil nationaler und regionaler Identität in Galizien war, kam es hier bald zu einer Verknüpfung von religiöser und nationaler Problematik. Die heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Kirche des Moskauer Patriarchats und der Unierten Kirche ließen sich leicht mit dem vermeintlichen ukrainischen-russischen Gegensatz in Verbindung bringen und führten zu einer starken nationalen Mobilisierung<sup>83</sup>.

<sup>80</sup> Central'nyj Deržavnyj archiv hromads'kych ob'jednan' Ukraïny (CDAHOU), fond 1, opys 32, sprava 2372, listy 77f.

<sup>81</sup> Bilokin' gehört zu jenen vereinzelt Vertretern der Akademie-Historiographie, die sich schon in Sowjetzeiten als bibliophile Archivspezialisten ukrainischen Themen zu widmen versuchten. Ähnlich wie bei der Hunger-Debatte zog aber das Institut für Geschichte der AN auch in der Bewertung Hruševs'kyjs nach, indem schon Anfang 1989 Beschlüsse gefaßt wurden, die im Zusammenhang mit der Wiederherausgabe seines Werkes standen.

<sup>82</sup> *Bohdan Rostyslav Bociurkiw, The Ukrainian Greek Catholic Church and the Soviet State (1939–1950)* (Edmonton, Toronto 1996). Nach der Inkorporation der Westukraine in die Sowjetunion und im Zuge der nach dem Kriege einsetzenden repressiven stalinistischen Unifizierungspolitik gegen alle nationalukrainischen Kräfte wurde die griechisch-unierte Kirche in Galizien und der Karpaten-Ukraine im Jahre 1946 aufgelöst. Auf einer vom NKVD kontrollierten „Synode“, die entgegen den kanonischen Regeln nur von zur Orthodoxie übergetretenen Priestern und ohne Bischof geleitet wurde, wurde im März 1946 die Abkehr vom Vatikan und die „Rückkehr“ der unierten Kirchen zur orthodoxen Kirche Moskauer Patriarchats beschlossen.

<sup>83</sup> Außerdem erhöhten die ausschließlich in Moskau (und nicht in Kiew) abgehaltenen Mill-

### VIII. Die nationale Symbolik und Formierung eines nationalstaatlichen Geschichtsbildes bis zum Gründungskongreß von „Ruch“ 1989

Seit Ende 1988 erlangte der Diskurs des Nationalen eine neue Qualität. Indikator für diese Veränderung war das Aufkommen nationaler Symbole der antisowjetischen ukrainischen Tradition des 20. Jahrhunderts in Form von Wappen, Flagge und Hymne. Da es sich bei Wappen, Flagge und Hymne um klassische Staatssymbole handelte und sie meist auf bestimmte Geschichtsbilder verwiesen, erhielt der Diskurs des Nationalen nun eine ausgesprochen politische Bedeutung.

Bereits im Sommer 1988 hatte es vor allem in Lemberg, aber auch in Kiew mehrere Demonstrationen gegeben, auf denen Forderungen nach der Gründung einer demokratischen Volksbewegung erhoben wurden. Die Initiative zur Gründung einer ukrainischen „Volksbewegung zur Unterstützung der Perestroika“ (ukrainisch: *Narodnyj ruch Ukraïny za perebudova*, kurz: „Ruch“) ging schließlich von bekannten Schriftstellern und *šistdesjatnyky* aus den Reihen des Schriftstellerverbandes aus<sup>84</sup>. Die öffentliche Programmdiskussion vor dem Gründungskongreß im September 1989 trug zu einer spürbaren Mobilisierung und Politisierung der ukrainischen Gesellschaft bei.

Parallel zum Beginn der Vorbereitungsphase der Gründung von „Ruch“ tauchten Ende 1988 in Kiew erste vereinzelte Nationalsymbole auf<sup>85</sup>. Außerdem wurde innerhalb des Schriftstellerverbandes die Frage der „Wiedergeburt der nationalen Symbolik“ als Träger des nationalen Bewußtseins aufgeworfen<sup>86</sup>.

Die massenhafte Verbreitung der nationalen Symbole (blau-gelbe Flagge, Wappen mit dem Zeichen des Dreizack, Hymne „Noch ist die Ukraine nicht gestorben“) ging seit 1989 vor allem von den westukrainischen Gebieten Lemberg, Ivano-Frankivs'k und Ternopil' aus. Die in der URSS besonders konservative Republikführung unter Ščerbyč'kyj griff zu dieser Zeit meist noch rigoros gegen die Verwendung der nationalen Symbole durch<sup>87</sup>.

In den öffentlichen Debatten um die Wiederentdeckung nationalstaatlicher Symbole spielten vor allem westukrainische sowie einzelne Kiewer Historiker und Heraldiker eine zentrale Rolle. Diese Gruppe von Intellektuellen, der auch Repräsentanten der jüngeren Generation angehörten, entstammte einem patriotischen, ukrainischsprachigen Milieu oder stand auch im Zusammenhang mit Aktivitäten der ukrainischen Dissidentenkreise in den 1960er und 1970er Jahren. Als Mitglieder der oppositionellen, „informellen“ Organisationen und später der

enniumsfeierlichkeiten zur Einführung des Christentums in die Kiewer Rus' das Interesse an der Frage nach dem Erbe der Kiewer Rus'.

<sup>84</sup> Wilson, *Ukrainian Nationalism* 64. Zusammenfassend siehe auch *Sahm*, *Transformation* 71 ff.

<sup>85</sup> Bohdan Krawchenko, *National Memory in Ukraine: The Role of the Blue and Yellow Flag*, in: *Journal of Ukrainian Studies* 15 (1990) 1–22, hier 3.

<sup>86</sup> O. V. Haran', *Ubyty drakona. Z istorii Ruchu ta novych partij Ukraïny* (Kiew 1993) 21.

<sup>87</sup> Krawchenko, *National Memory* 1–22.

Nationalbewegung „Ruch“ hatten diese Intellektuellen einen wesentlichen Anteil an der Popularisierung der nichtsovietischen nationalstaatlichen Symbolik während der Zeit der Perestroika gehabt. Von den informellen Organisationen war es u. a. die „Löwengesellschaft“, die erste Aktionen zur Symbolik initiierte und bei ökologischen Expeditionen das Wissen um die Symbolik verbreitete<sup>88</sup>. Ein anderes Forum der Symboldebatte war das Journal „Pamjat'ky Ukraïny“, in dem die genannten westukrainischen Historiker nun laufend über ukrainische „Gedächtnisorte“ wie Denkmäler, archäologische Ausgrabungen und die Heraldik informierten. 1989 wurde das Magazin außerordentlich populär und erreichte eine sehr hohe Auflage<sup>89</sup>. Bemerkenswert war die Tatsache, daß es sich um eine bereits 1969 im Kulturministerium der URSR gegründete Zeitschrift handelte. Trotz der Propaganda-Kampagnen des ZK der KPU schienen die Staats- und Parteiorgane im Diskurs des Nationalen schon nicht mehr mit einer Stimme zu sprechen<sup>90</sup>.

Mit der Wahl der Farben Blau und Gelb, dem Dreizack als Wappenzeichen und der Hymne „Noch ist die Ukraine nicht gestorben“ wählten die oppositionellen Intellektuellen Zeichen aus, die schon 1918 zu den Staatssymbolen der Ukrainischen Volksrepublik (UNR) gehörten und mit der kurzen Phase nationaler Staatsbildungsversuche zwischen 1917 und 1921 verbunden waren. Ähnlich wie der Vorsitzende des Ukrainischen Zentralrats, Mychajlo Hruševs'kyj (1866–1934), verbanden ukrainische Intellektuelle den neuen unabhängigen Staat mittels des Staatswappens nicht nur mit der UNR, sondern auch mit dem Kiewer Reich. So wurde der Dreizack, der noch 1988 auf einer anlässlich der 1000-Jahrfeier der Taufe der Rus' herausgegebenen sowjetischen Gedenkmünze abgebildet wurde und somit in mancher Hinsicht an die sowjetische Interpretation der Kiewer Rus' als eines Staates aller Ostslawen auf der Basis eines „einheitlichen altrussischen Volkstums“ erinnerte, als Symbol einer spezifisch ukrainischen mittelalterlichen Staatlichkeit umgewertet. Unter dem Einfluß des ethnopopulistischen Geschichtsbildes Hruševs'kyjs wurde die Nationalgeschichte der Ukraine als glorreicher Endpunkt eines linearen, mythischen Geschichtsbildes präsentiert, das mit der Kiewer Rus' einsetzte und mittels der bei den Kosaken verwendeten Farben Blau und Gelb mit dem „Goldenen Zeitalter“ der Kosakenstaatlichkeit des 17. Jahrhunderts verknüpft wurde, um mit der UNR schließlich in die Unabhängigkeit zu münden. Mit seiner fortlaufend linearen, progressiven Struktur verwiesen die Konnotationen dieses Geschichtsbildes auf politische Forderungen nach Autonomie und Staatlichkeit in der Gegenwart.

Im Sommer 1989 war die nationale Symbolik in der Westukraine bereits verankert und zum Zeichen der Opposition auf Demonstrationen geworden. Mit den voranschreitenden Vorbereitungen zur „Ruch“-Gründung wurde die nationale

<sup>88</sup> Für Informationen zu diesen Aspekten danke ich Andrij Hrečylo.

<sup>89</sup> *Krawchenko*, National Memory 9. So stieg die Auflage zwischen der 3. und 4. Ausgabe des Jahres 1989 um 50 000 Exemplare.

<sup>90</sup> *Bohdan Jakymowycz*, Do pyttannya pro ukraïns'ku nacional'nu symvoliku, in: *Pam'jatky Ukraïny* (1989) Nr. 3, 44–48, hier 44.

Symbolik aber auch in Kiew zunehmend stärker präsent<sup>91</sup>. Das ZK der KPU lehnte jedoch Zugeständnisse in der Frage der Symbolik insgesamt scharf ab, was auch für die meisten Schlüsselfragen der Neubewertung der ukrainischen Geschichte galt<sup>92</sup>. Die „Kommission für patriotische und internationale Erziehung und nationale Beziehungen beim Präsidium der Verchovna Rada der URSS“ sprach sich Anfang Juli 1989 eindeutig gegen die „bürgerlich-nationalistischen Symbole“ (Dreizack und blau-gelbe Flagge) aus. Trotz dieser scharfen Ablehnung war aber schon durch die Diskussion der Arbeit der Parlaments-Kommission das Verschweigen der nationalen Symbole nicht mehr möglich<sup>93</sup>.

Die eigentliche Zäsur im Diskurs des Nationalen bildete der Gründungskongreß von „Ruch“ vom 8.–10. September in Kiew. Er verknüpfte das von den informellen Vereinigungen in der Westukraine entwickelte nationalstaatliche Geschichtsbild mit der Nationalbewegung und verlieh ihm dadurch einen programmatischen Charakter.

Die Grundzüge dieses Geschichtsbildes wurden in dem historischen Grundsatzzreferat des Historikers und ehemaligen *šistdesjatnyk* Mychajlo Brajčevs'kyj skizziert. Die Aussagen Brajčevs'kyjs zur UNR und zum russisch-ukrainischen Verhältnis in der Geschichte des 20. Jahrhunderts wurden zwar vorsichtig formuliert, aber die von der UNR 1918 verkündete Unabhängigkeit nicht mehr kritisch kommentiert. Dafür wurde der Referent bei der Interpretation der Rus' als ukrainischer Staatlichkeit besonders deutlich: Die sowjetische These eines einheitlichen „altrussischen Volkes“ wies er zurück und erklärte implizit die Ukraine zum eindeutigen Erben der Rus' und die Russen zum „jüngsten Bruder“ der ostslawischen Völker. Außerdem war das zentrale Motiv des Vortrags die Erörterung der Perspektiven eigener ukrainischer Staatlichkeit im Rahmen einer tausendjährigen Nationalgeschichte. Damit erhielt das entwickelte nationale Geschichtsbild eine politische Bedeutung und stellte das offizielle sowjetische Geschichtsbild in Frage<sup>94</sup>.

Der nationalstaatliche Charakter dieses Geschichtsbildes wurde durch einen Beschluß des Kongresses zur nationalen Symbolik am 10. September 1989 unterstrichen. In dem Beschluß trat „Ruch“ für die Wiedergeburt der ukrainischen nationalen Symbole (blau-gelbe Flagge, Dreizack und Hymne „Noch ist die Ukraine nicht gestorben“) als „Code des historischen Gedächtnisses des Volkes“ und für die Verbreitung historischer Informationen in der Öffentlichkeit ein und forderte von der Regierung der URSS Maßnahmen zu treffen, um die Verfolgung der Symbole zu beenden<sup>95</sup>.

<sup>91</sup> *Krawchenko*, National Memory 5.

<sup>92</sup> *Wilson*, Ukrainian Nationalism 100.

<sup>93</sup> *Beschluß der Kommission*, Pro nacional'nu symboliku, in: *Radjans'ka Ukraïna* 156 vom 7. 7. 1989, 3.

<sup>94</sup> Siehe den Abdruck des Referats: *Spivpovid' Mychajla Brajčevs'koho*, in: *Literaturna Ukraïna* 41 vom 12. 10. 1989, 6.

<sup>95</sup> Siehe den Beschluß: *Pro nacional'nu symboliku*, in: *Literaturna Ukraïna* 42 vom 19. 10. 1989, 7. Auch Hetman Mazepa (siehe Fußnote 76) wurde nun von „Ruch“ und anderen in-

Auch wenn „Ruch“ die Symbole noch nicht als offizielle Embleme der Organisation anerkannte, um aufgrund der mangelnden Akzeptanz in den östlichen Landesteilen die Stellung der Nationalbewegung nicht zu schwächen<sup>96</sup>, und so seine insgesamt kompromißbereite Strategie fortsetzte, hatte die verhüllte Anerkennung der Symbole als nationale Symbole eine kaum zu unterschätzende Bedeutung für die Genese des Diskurses des Nationalen. Diese Bedeutung lag vor allem darin begründet, daß die Symbole und ihre nationalstaatlichen Konnotationen die Frage der Souveränisierung und Unabhängigkeit auf die Tagesordnung setzten, ohne daß die „Ruch“-Führung sich mit einer Annahme der Symbole als Organisationszeichen festlegen mußte.

Unmittelbar nach dem Kongreß kam es zu weiteren wichtigen Entscheidungen, die die Zäsur des Herbsts 1989 deutlich machen: Ende September 1989 erfolgte der Rücktritt von Parteichef Ščerbyč'kyj, der schon auf dem Kongreß gefordert wurde, aber wohl nicht nur Folge des Drucks der Opposition war. Am 28. 10. 1989 nahm das Parlament der Ukraine das Gesetz zum Status des Ukrainischen als Staatssprache an und ebenfalls Ende Oktober beschloß das Parlament die Durchführung unmittelbarer allgemeiner Wahlen zu den Räten der Republik auf allen Ebenen.

## IX. Die regionale Diversität der historischen Traditionen in der Ukraine

Der Versuch eine ukrainische Nationalgeschichte zu konstruieren, die die ukrainische Geschichte primär von der russischen, sowjetischen und polnischen Geschichte abgrenzte, war ein schwieriges Unterfangen. Die Ukraine gehörte in der Vergangenheit in unterschiedlichen Perioden unterschiedlichen Großreichen an, dem Russischen Reich, Polen-Litauen, Österreich-Ungarn oder dem Krim-Chanat. Deswegen hatten sich die einzelnen Regionen unterschiedlich entwickelt. In der Westukraine, die Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts Teil Österreich-Ungarns war und erst 1944 endgültig in die Sowjetunion inkorporiert wurde, konnte sich die ukrainische Nationalbewegung auf der Basis einer ukrainischen Sprachkultur wegen günstigerer politischer Bedingungen schneller entwickeln als im Russischen Reich. Im Westen dominierte daher eine ukrainischsprachige Bevölkerung mit einer ukrainischen sprachkulturellen Identität, während der Osten eine hochurbanisierte Region mit überwiegend russischsprachiger Bevölkerung darstellte. Auf der Basis der sowjetischen Volkszählung 1989 machten die ethnischen Ukrainer 73%, die überwiegend im Süden und Osten des Lan-

formellen Organisationen öffentlich ins nationale Geschichtsbild einbezogen. Mazepa verkörperte in nationaler Optik wie wenige andere ukrainische historische Symbole das Streben der Ukraine nach Unabhängigkeit. Siehe *Kuzio, Wilson*, *Ukraine: Perestrojka* 101.

<sup>96</sup> *Sahm*, *Transformation* 72f. Auch nahm „Ruch“ noch keine offiziellen Forderungen nach Unabhängigkeit ins Programm auf.



des wohnenden Russen 22% und die Minderheiten etwa 5% der Gesamtbevölkerung aus. Laut den Ergebnissen von Untersuchungen im Jahre 1994 waren 40% der Gesamtbevölkerung ethnische Ukrainer, die Ukrainisch im Alltag sprachen, etwa 33–34% der Bevölkerung waren russischsprachige Ukrainer und 19–20% russischsprachige Russen<sup>97</sup>.

Da Sprache aber in der Ukraine kein zwingendes nationales Identifikationsmerkmal ist, läßt sich die Ukraine nicht in einen sowjetnostalgischen, russischsprachigen Osten und einen nationaldemokratisch, ukrainischsprachigen Westen einteilen. So ist beispielsweise eine spezifische sowjetukrainische Identität keine Propaganda der sowjetischen Führung, sondern ein ernstzunehmendes Merkmal ukrainischer Identität, das weder mit „russisch“ oder „sowjetisch“ gleichgesetzt werden kann. Die Ukraine ist somit durch ein Spektrum sprachnationaler und ethnischer Identitäten gekennzeichnet, deren Übergänge bisweilen fließend sind<sup>98</sup>.

## X. Ausblick: Die Radikalisierung und Politisierung des „Diskurses des Nationalen“ seit 1990

Im Jahr 1990 kam es zu einer spürbaren Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen, die u. a. durch den Vorwahlkampf zu den ersten freien Wahlen zum ukrainischen Parlament sowie den Stadt- und Gebietsräten bedingt war. Gleichzeitig rückten die geschichtspolitischen Auseinandersetzungen ins Zentrum der Aufmerksamkeit und trugen zur Mobilisierung der Gesellschaft bei.

Den Auftakt bildete eine von „Ruch“ am 21. Januar 1990 organisierte Menschenkette zum Gedenken an den Jahrestag der Vereinigung der Ukrainischen Volksrepublik mit der Westukrainischen Volksrepublik (22. Januar 1919), die von der Westukraine bis Kiew reichte. Die Bedeutung dieser geschichtspolitischen Maßnahme ist nicht zu unterschätzen: Hunderttausende von Ukrainern schlossen sich mit blau-gelben Fahnen in Händen zu einer Menschenkette zusammen, um für die integrale All-Einheit (ukrainisch: *sobornist*) der ukrainischen Länder zu demonstrieren<sup>99</sup>. „Ruch“ hatte mit diesem Ereignis seinen Durchbruch als Massenbewegung erreicht und die nationalen Symbole wurden zumindest in der westlichen und Teilen der zentralen Ukraine massenhaft propagiert. Der Jahrestag diente in der Ukraine als Symbol zur Legitimation des Anspruches auf eine nicht-sowjetische nationale Staatlichkeit. Zugleich erinnerte die Aktion und ihre publi-

<sup>97</sup> Oleksij Haran, Der regionale Faktor in der ukrainischen Politik, in: Die neue Ukraine. Gesellschaft-Wirtschaft-Politik, hrsg. v. Gerhard Simon (Köln 2002) 99–125 hier 99 ff. Diese sowjetukrainische Identität und das Bewahren einer ukrainischen Identität deuten auch noch vor 1989 durchgeführte Umfragen an, die auf eine starke Loyalität zur „eigenen“ Republik verweisen.

<sup>98</sup> Siehe dazu ausführlicher Wilfried Jilge, Exklusion oder Inklusion? Geschichtspolitik und Staatssymbolik in der Ukraine, in: Osteuropa (2003) 984–994, hier 988 ff.

<sup>99</sup> Hrycak, Narys 304.

zistische Vorbereitung in der oppositionellen Presse erstmals eine breite Öffentlichkeit daran, daß nicht die Inkorporation der Westukraine im September 1939 in die Sowjetunion, sondern die Ereignisse von 1919 als eigentlich „juristisches“ Argument der All-Einheit aller ukrainischen Regionen angesehen werden mußten. Die inhaltliche Bedeutung und geschichtspolitische Instrumentalisierung ähnelte damit in mancher Hinsicht den Auseinandersetzungen um den Hitler-Stalin-Pakt im Baltikum<sup>100</sup>.

Die von „Ruch“ organisierte Menschenkette reichte allerdings nur bis Kiew und nicht in die östlichen Regionen. Die Aktion mag daher auch die politische Passivität und Skepsis in den östlichen und südlichen Regionen gegenüber den von „Ruch“ popularisierten nationalkulturellen Themen illustrieren.

Die zweite große geschichtspolitische Veranstaltung wurde ebenfalls von „Ruch“ aus Anlaß des 500. Jahrestages der Gründung der Zaporoger Sič (des befestigten Zentrums der Zaporoger Kosaken am unteren Dnipro) durchgeführt. Die Feierlichkeiten, die in den südöstlichen Gebieten Zaporizžja und Dnipropetrovsk durchgeführt wurden und an denen Hunderttausende (teilweise als Kosaken verkleidete) Ukrainer teilnahmen, waren eine beeindruckende Inszenierung der ukrainischen Nation auf Basis des Kosakenmythos und eine massenhafte Propagierung nationaler Symbolik. Da die ukrainischen Kosaken historisch vor allem in der zentralen und südöstlichen, aber auch östlichen Ukraine präsent waren, kann man die Feiern auch als einen Versuch der „Ruch“-Führung sehen, die östliche und südliche Ukraine stärker in das national-kulturelle Programm zu integrieren. So wurde ein Gedenkmarsch zum Grab des Führers der Zaporoger Kosaken Ivan Sirko (wahrscheinlich 1610–1680) organisiert, der nicht zuletzt wegen seiner Züge gegen Tataren und Türken einen festen Platz im sowjetukrainischen Geschichtsbild hatte und somit in den östlichen und südlichen Regionen keine ablehnenden Reaktionen provozierte<sup>101</sup>. Dennoch handelte es sich auch hier wieder um eine vor allem von „Ruch“ und unter starker Beteiligung westukrainischer Besucher durchgeführte Aktion, bei der die nationalkulturellen Elemente eindeutig im Vordergrund standen. Die integrationspolitische Wirkung in den östlichen Regionen mit der Priorität sozioökonomischer Werte in weiten Teilen der dortigen Bevölkerung war daher fraglich, zumal „Ruch“ in die angestrebten Staatssymbole keine Zeichen integriert hatte, die die östlichen Traditionen des Landes repräsentierten.

<sup>100</sup> Siehe dazu die Darstellung in einem Geschichtslehrbuch der Ukraine: *Istoriija Ukraïny* (Kiew 2002) 336f., 390. Die Inkorporation der Westukraine war formal eine Folge des Freundschaftsvertrages zwischen Deutschland und der Sowjetunion am 28. 9. 1939, der das im Hitler-Stalin-Pakt geschlossene Bündnis vom 23. 8. 1939 bekräftigte. Die Erinnerung an das Ereignis von 1919 intensivierte auch in der Ukraine die Diskussion des Hitler-Stalin-Paktes und des Geheimen Zusatzprotokolls.

<sup>101</sup> Siehe dazu den Bericht zu den Vorbereitungen der Feiern: *Tii slavy kozac'koï povik ne zabudem ...*, in: *Literaturna Ukraïna* 32 vom 9. 8. 1990, 1. Selbst während dieser Politisierung und Ritualisierung des Vergangenheitsdiskurses spielten nichtkonforme Historiker bei der Vorbereitung der Veranstaltung auf „wissenschaftlich-praktischen Konferenzen“ und bei der Verbreitung von Informationen über historische Persönlichkeiten eine wichtige Rolle.

Denn kennzeichnend für das Jahr 1990 war eine immer stärkere Polarisierung nicht nur in der Auseinandersetzung zwischen „Ruch“ und der KPU, sondern auch innerhalb der Bevölkerung. Der Dreizack und die blau-gelbe Flagge riefen bereits während der Perestrojka-Phase und vor allem nach 1991 ablehnende Reaktionen in Teilen der Zentralukraine sowie vor allem den östlichen und südlichen Regionen hervor. Viele Bürger in diesen primär russischsprachigen Regionen verbanden mit den Farben Blau und Gelb oder mit dem Dreizack die Symbole und die Aktivitäten der Banderisten, eines Flügels der Organisation Ukrainischer Nationalisten, der von Stepan Bandera (1909–1959) geführt wurde und vor allem von russophonen Ukrainern und Russen in den östlichen und südlichen Regionen mit aggressiver, antirussischer nationalistischer Ideologie assoziiert wurde<sup>102</sup>. In milderer Form galt (und gilt) dies auch für die Perzeption der UNR in den südlichen und östlichen Regionen, ihre Gleichsetzung mit ukrainischem Nationalismus und Bürgerkrieg. Diese Einstellungen waren (und sind) zweifellos auch eine Folge der sowjetischen Propaganda, die Manifestationen des Dreizack und der blau-gelben Flagge als Symbole des ukrainischen bourgeoisen Nationalismus oder als Zeichen faschistischer Kollaborateure brandmarkte und verfolgte. Gerade die OUN (b) hat nach der Spaltung der Organisation 1940 und während des Zweiten Weltkrieges massiv zur Popularisierung des Dreizacks und der blau-gelben Flagge als Symbole eines zu erkämpfenden unabhängigen Staates beigetragen. Die Verbindung von Dreizack und OUN war daher keine pure Erfindung der sowjetischen Propaganda.

Nach den ersten freien Wahlen im März 1990 eroberten die nationalukrainischen Symbole auch die Rathäuser und damit den Raum staatlicher Institutionen. Die Frage nach staatlicher Unabhängigkeit kam endgültig auf die Tagesordnung. In den ersten Erlassen des Gebietsparlaments in Lemberg wurde die Ersetzung der sowjetischen Staatssymbole durch die ukrainischen nationalen Symbole angestrebt. Dasselbe Parlament erklärte das Gebiet Lemberg zum Vorbild für die Realisierung „der ewigen Vision unserer Nation für eine unabhängige, demokratische Ukraine“<sup>103</sup>.

Gleichzeitig kam es zum Sturz sowjetischer Denkmäler und Symbole, nach sowjetischen Führern benannte Straßennamen erhielten den Namen von „Helden“ aus OUN und UPA<sup>104</sup>. Insbesondere in der politisierten Jugend und Studentenschaft und vor allem in der Westukraine wurden die OUN und die Ideologie des integralen Nationalismus Doncovs verklärt und der Kampf der UPA gegen die

<sup>102</sup> Die 1929 gegründete OUN stand programmatisch unter starkem Einfluß des integralen Nationalismus Dmytro Doncovs. Die Organisation spaltete sich 1940 in zwei, nach ihren Führern Andrij Mel'nyk und Stepan Bandera benannten Flügel OUN (m) und OUN (b). Beide Flügel haben während des Zweiten Weltkrieges in unterschiedlichen Perioden und unterschiedlichen Ausmaßen mit der deutschen Besatzungsmacht kollaboriert, wobei Motive und Ausmaße umstritten sind. Vgl. zum Nationalismus der OUN: *John A. Armstrong*, *Ukrainian Nationalism* (Englewood, Col. 31990).

<sup>103</sup> *Kuzio, Wilson*, *Ukraine: Perestrojka* 127.

<sup>104</sup> *Oleksandr Bojko* *Vijna symboliv – vijna ne symbolična abo „ikonoborčyj“ ruch doby perebudov*, in: *Polityka i Vlada* (2001) Nr. 2, 43–46.

Sowjetunion als Kampf um Unabhängigkeit verehrt. Da „Ruch“ eine ausgesprochen heterogene Dachorganisation war, kam es auch zu einer Radikalisierung des moderaten, von der „Ruch“-Führung vertretenen nationaldemokratischen Geschichtsbildes, das durch die „Helden“ von OUN und UPA überlagert wurde<sup>105</sup>. Diese Polarisierung im Diskurs des Nationalen trug sicherlich auch zu einer weiteren Entfremdung von „Ruch“ in den östlichen und südlichen Regionen des Landes bei<sup>106</sup>, zumal die Nationalbewegung dort nie über einen breiten Rückhalt verfügte<sup>107</sup>.

Die politische Polarisierung überdeckte dabei die Tatsache, daß für die Ablehnung des Dreizack häufig konkrete negative Kriegserfahrungen verantwortlich waren, die noch nicht eine Ablehnung der staatlichen Unabhängigkeit oder einen Mangel an ukrainischem Nationalbewußtsein bedeuten mußten.

Die Ritualisierung des Diskurses im Jahre 1990 führte zu einer massiven politischen Mobilisierung der Bevölkerung in der Westukraine und Teilen der Zentralukraine.

„Ruch“ wurde zur relativ stärksten Kraft und drängte die Führung des ZK der KPU immer mehr in die politische Defensive. Die KPU ihrerseits war nicht in der Lage, sich programmatisch zu erneuern und verharrte meist in orthodoxen Positionen. Dies illustriert auch ihre Geschichtspolitik: Zwar machte die KPU auf Druck der Öffentlichkeit im Jahre 1990 gewisse Zugeständnisse in nationalgeschichtlichen Schlüsselfragen, wie z.B. in einer deutlicheren Verurteilung der Hungersnot im Februar 1990; aber insgesamt blieb sie in der Defensive und war unfähig, beispielsweise die nationalen Potentiale des sowjetukrainischen Geschichtsbildes für eine offensivere Denkmals- und Symbolpolitik zu nutzen. Veränderungen im Bereich der KPU gingen nur von in den Führungsstrukturen des ukrainischen Parlaments tätigen Vertretern der Nomenklatura aus, die seit 1990 zunehmend die nationale Symbolik zur Legitimation ihrer eigenen Position übernahmen und sich spätestens 1991 der Souveränisierung der Republik widmeten<sup>108</sup>.

„Ruch“ wiederum war zu schwach, die seit Herbst geforderte staatliche Unabhängigkeit des Landes alleine durchzusetzen. Unabhängig von den schwierigen

<sup>105</sup> Kuzio, Wilson, Ukraine: Perestrojka 139 ff.; Dmytro Zlepko, Aufbruch unter Blau-Gelb. Der Wandel vom sowjetischen zum ukrainischen Lemberg, in: Lemberg – Lwów – Lviv. Eine Stadt im Schnittpunkt europäischer Kulturen, hrsg. von Peter Fäßler, Thomas Held, Dirk Sawitzki (Köln, Weimar, Wien 1993) 169–206, hier 192 ff.

<sup>106</sup> Hrycak, Narys 294. Außerdem propagierten auch Teile der „Ruch“-Führung – insbesondere aus Reihen der ehemaligen informellen Organisationen wie der UHU – das historische Erbe der OUN. Die UHU beispielsweise setzte sich aus Personen unterschiedlicher Generationen und politischer Herkunft zusammen. Bei einigen gab es noch Verbindungen zur Tradition des Untergrundkampfes von OUN bzw. UPA gegen die Sowjetmacht.

<sup>107</sup> Aufschlußreich ist auch die soziale Zusammensetzung der „Ruch“-Kongresse 1989 und 1990. Arbeiter und die Bevölkerung der östlichen Ukraine waren stark unterrepräsentiert. 1990 kamen 57% der Delegierten aus Lemberg, 19% aus Kiew. Siehe Wilson, The Ukrainians 159.

<sup>108</sup> Wilson, Ukrainian Nationalism 99–110; Leonid Kravčuk, der bisher als ZK-Sekretär für Ideologiefragen zuständig war, wurde im Juli 1990 Vorsitzender des ukrainischen Parlaments, das nach den März-Wahlen 1990 immer mehr an Bedeutung gewann.

Ausgangsbedingungen für die Nationalbewegung (den komplizierten regionalen Verhältnissen und einer besonders reformfeindlichen KPU) mögen manche Ursachen für die regionale Schwäche von „Ruch“ auch in der politischen Strategie gelegen haben. So wurde die Mobilisierung der Bevölkerung fast ausschließlich durch die Popularisierung nationalkultureller Themen erreicht. Das in dem Diskurs des Nationalen propagierte Geschichtsbild nahm jedoch 1990 zunehmend ethnonationale Konnotationen an, die zwar die demokratisch-emanzipatorischen Bedeutungen nicht überwogen, aber auf Ablehnung großer Bevölkerungsteile im Süden und Osten des Landes stießen<sup>109</sup>. Der 24. August 1991 war deswegen auch ein Ergebnis des historischen Kompromisses zwischen „Ruch“, den von Leonid Kravčuk angeführten Vertretern der ukrainischen Nomenklatura und den Donbass-Bergarbeitern, die im Sommer 1991 zu einem wichtigen politischen Faktor in den östlichen Regionen wurden<sup>110</sup>.

## XI. Fazit

### 1. Nationalgeschichte und Perestroika

Wie in anderen Ländern Ost- und Osteuropas wurde die Konzeptualisierung der Nation in Form von Symbolen, Mythen und Geschichtsbildern auch in der Ukraine zu einer bedeutenden politischen Ressource im Systemwechsel, um grundlegende Veränderungen in Staat und Gesellschaft zu legitimieren. Seit 1989 ging die von den nationalen Intellektuellen konstruierte nationale Erinnerungsgemeinschaft endgültig über die Grenzen des in der Sowjetunion erlaubten Konzepts lokaler Ethnizität hinaus und bildete einen gegenüber dem Staat alternativen Artikulationsrahmen zur Formulierung politischen Protests<sup>111</sup>.

### 2. Die Intellektuellen und der Diskurs der Nationalen

Die Schriftsteller des sowjetukrainischen Schriftstellerverbandes setzen am Anfang der Perestroika den Diskurs des Nationalen in Gang. Dies belegt die Bedeutung des Erbes der Institutionalisierung von Ethnizität im Rahmen sowjetischer Nationalitätenpolitik. Außerdem könnte man die Bedeutung der Schriftsteller auch mit der Funktion des modernen Nationalismus erklären, Schutz vor Peripherisierung zu bieten. Vor dem Hintergrund der ökonomischen Krise in der Sowjetunion und der zunehmenden Verdrängung der ukrainischen Sprache konnte das Konzept der Nation der Hebung des Status der Schriftsteller dienen.

Gleichwohl ist die Rolle der Historiker nicht zu unterschätzen. Die Bedeutung der im Hintergrund wirkenden Historiker und Archivkundler aus den informel-

<sup>109</sup> Haran', Ubyty drakona 142.

<sup>110</sup> Andreas Wittkowsky, Fünf Jahre ohne Plan. Die Ukraine 1991–1996. Nationalstaatsbildung, Wirtschaft und Eliten (Hamburg 1998).

<sup>111</sup> Vgl. dazu auch Christophe, Staat.

len Vereinigungen nahm mit der Radikalisierung der Auseinandersetzung zwischen „Ruch“ und KPU eher zu: Sie lieferten die vermeintlich „wissenschaftliche“ Wahrheit, um das auf einem Geschichtsschema mit absolutem Wahrheitsanspruch beruhende Machtmonopol des herrschenden Systems brechen zu helfen.

### *3. Sowjetisches und nationales Geschichtsbild*

Die nationalen Intellektuellen konstruierten im Laufe der Perestroika ein ethno-populistisch geprägtes Geschichtsbild, das an die UNR als „letzte Zeit der Freiheit“ anknüpfte und die sowjetische Zeit gleichsam als „geschichtslose“ Sackgasse darstellte, aus der in die Nationalgeschichte und damit in den Nationalstaat „zurückgekehrt“ werden sollte. Im Zuge der Ethnisierung und Moralisierung des Vergangenheitsdiskurses wurde eine mythische „wahre“ Nationalgeschichte einer sowjetischen „falschen“ Unterdrückungsgeschichte entgegengestellt, um die Existenz des sowjetischen Staates zu delegitimieren und den Anspruch auf einen Nationalstaat zu rechtfertigen. Dieser konstruierte Gegensatz verdeckte freilich die Tatsache, daß in den ersten Jahren der Perestroika das sowjetische Geschichtsbild als Ausgangspunkt bei der Konstruktion nationaler Geschichtsbilder diente und dann kontinuierlich von der sowjetischen Vergangenheit „gereinigt“ wurde<sup>112</sup>.

<sup>112</sup> Anregungen verdanke ich einem Vortrag von *Peter Niedermüller*, *Der Mythos der Gemeinschaft: Geschichte, Gedächtnis und Politik im heutigen Osteuropa*. Vortrag, gehalten auf der Konferenz „Die nationale Wende und das kollektive Gedächtnis, Workshop an der Masaryk-Universität Brunn, 14.–17. 3. 2002.

*Claudia Kraft*

## Geschichte im langen Transformationsprozeß in Polen

Im Jahr 1960 veranstaltete der Herder-Forschungsrat in Marburg eine Tagung unter dem Titel „Geschichtsbewußtsein in Ostmitteleuropa“. Gotthold Rhode hielt damals den Vortrag „Die Situation im polnischen Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein“. Eine seiner zusammenfassenden Bemerkungen lautete: „Das Erlebnis der Teilungen und die lang währende Teilungszeit gerade in dem großen Jahrhundert der Geschichtsschreibung und des Historismus bewirken für das polnische Geschichtsbewußtsein eine besonders intensive Beschäftigung mit der eigenen Geschichte und eine große Aufgeschlossenheit für geschichtliche Kenntnisse in weiten Kreisen, ja die Einstellung, daß Kenntnis der eigenen Geschichte nationale Pflicht sei, dazu freilich auch einen gelegentlich fast grotesk anmutenden, das normale Maß übersteigenden Polonozentrismus.“<sup>1</sup> In der Diskussion fuhr er fort: „Was uns im heutigen Geschichtsbewußtsein Polens entgegentritt, ist eine weitgehende Unsicherheit, denn das marxistische Gedankengut ist wohl in die Geschichtsschreibung, aber kaum in das Geschichtsbild der Massen eingedrungen, die nicht recht wissen, was sie nun von der Vergangenheit Polens halten sollen.“<sup>2</sup>

Das erkenntnisleitende Interesse Rhodes war die Analyse der Bedeutung von tradierten Geschichtsbildern vor dem Hintergrund der politischen und gesellschaftlichen Umgestaltung des polnischen Staates nach dem Zweiten Weltkrieg. Nach dem abermaligen Systemwechsel des Jahres 1989 stellt sich die Frage, welche Rolle historische Bilder und Mythen aus kommunistischer, aber auch vorkommunistischer Zeit für die Konzeptionalisierung der neuen Wirklichkeit spielen. Im angeführten Zitat stehen die ästhetische Komponente des „Geschichtsbildes der Massen“, die politische des Primats des Marxismus-Leninismus sowie die kognitive einer dem politischen Druck unterliegenden Geschichtswissenschaft relativ unvermittelt nebeneinander. Vor dem Hintergrund des seit etlicher Zeit zu beobachtenden Interesses an den Praktiken und Funktionen historischen Erin-

<sup>1</sup> *Gotthold Rhode*, Die Situation im polnischen Geschichtsbild und im Geschichtsbewußtsein, in: *Geschichtsbewußtsein in Ostmitteleuropa. Ergebnisse einer wissenschaftlichen Tagung des Johann Gottfried Herder-Forschungsrates über die geistige Lage der ostmitteleuropäischen Völker*, hrsg. v. *Ernst Birke, Eugen Lemberg* (Marburg/Lahn 1961) 46–61, hier 54.

<sup>2</sup> Ebd. 92.

nerns bietet es sich an, diese Komponenten unter dem Begriff der Geschichtskultur zu fassen, mit der Betonung auf ihrer gegenseitigen Durchdringung und Beeinflussung<sup>3</sup>.

Der Rückgriff auf das Zitat aus dem Jahr 1960 erfolgt nicht von ungefähr. Betrachtet man „Transformation“ nicht nur unter dem Gesichtspunkt des politischen bzw. sozioökonomischen Umbaus einer Gesellschaft, sondern bezieht auch den Bereich kultureller Praktiken ein, die die Symbolkultur dieser Gesellschaft bestimmen, so wird man das Epochenjahr 1989 für den polnischen Fall eher als Ende denn als Beginn des Transformationsprozesses bezeichnen können. Es liegt daher nahe, das Wechselspiel zwischen der Geschichtspolitik, der Geschichtswissenschaft und dem in der Bevölkerung verwurzelten Geschichtsbewußtsein nicht nur für die Zeit der politischen und gesellschaftlichen Systemtransformation seit Ende der achtziger Jahre zu untersuchen, sondern auch die vorangegangenen Jahrzehnte zu betrachten, die durch immer wiederkehrende innenpolitische Krisen gekennzeichnet waren, während derer die Legitimität der Regierenden durch oppositionelle Bewegungen in Frage gestellt wurde. In seiner Untersuchung zur Entstehung der Gewerkschaftsbewegung „Solidarität“ und zum Fall des Staatssozialismus in Polen entwickelt Jan Kubik die These, daß der Anfang vom Ende des letzteren mit dem Jahr 1976 anzusetzen sei. Der Oppositionsbewegung sei es seit diesem Zeitpunkt gelungen, durch ihre ausgebauten Symbolkultur eine kulturelle Hegemonie zu übernehmen, die für das gesellschaftliche System fast ebenso prägend war wie die reale, durch die polnischen Kommunisten verkörperte Macht<sup>4</sup>. Noch größere Plausibilität erlangt diese These, wenn man das Ringen der unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräfte um kulturelle Symbole und vor allem um die Erinnerung seit dem Kriegsende untersucht, wird dabei doch deutlich, daß

<sup>3</sup> Dazu: Jörn Rüsen, Was ist Geschichtskultur?, in: Historische Faszination: Geschichtskultur heute, hrsg. v. Klaus Füssmann, Heinrich T. Grütter, Jörn Rüsen (Köln, Wien, Weimar 1994) 3–26; Ulrich Raulff, Von der Kulturgeschichte zur Geschichtskultur. Eine wissenschaftsgeschichtliche Skizze, in: Kulturbegriff und Methode. Der stille Paradigmenwechsel in den Geisteswissenschaften, hrsg. v. Klaus P. Hansen (Tübingen 1993) 133–148. Der polnische Historiographiehistoriker Andrzej F. Grabski unterscheidet sogar fünf gesellschaftliche Erscheinungsformen von Geschichte: wissenschaftliche, politische, didaktische und künstlerische Geschichte in je unterschiedlichen Erscheinungsformen und mit verschiedenen Zielsetzungen. Daneben konstatiert er das Vorhandensein einer „Alltagsgeschichte“ (*historia potoczna*), die das unreflektierte historische Bewußtsein der Bevölkerung ausdrückt. Das Schema wirkt statisch, da Grabski von einer klaren Trennung zwischen den ersten vier Formen, die kognitive Inhalte vermitteln, und dem quasi naturhaft vorhandenen gesellschaftlichen Geschichtsbewußtsein ausgeht, vgl. Andrzej F. Grabski, Historia a edukacja polityczna. Uwagi metodologiczne, in: Studia nad świadomością historyczną Polaków, hrsg. v. Jerzy Topolski (Poznań 1994) 19–30. Eine reflektiertere Position vertritt die Soziologin Barbara Szacka, die umfangreiche empirische Untersuchungen zum „sozialen Gedächtnis“ (*pamięć społeczna*) der Polen angestellt hat, vgl. Barbara Szacka, Społeczna pamięć polskiej przeszłości narodowej w latach 1965–1988, in: dies., Anna Sawisz, Czas przeszły i pamięć społeczna. Przemiany świadomości historycznej polskiej 1965–1988 (Studia nad świadomością historyczną 3, Warschau 1990) 8–119, hier besonders 8–18.

<sup>4</sup> Jan Kubik, The Power of Symbols Against the Symbols of Power. The Rise of Solidarity and the Fall of State Socialism in Poland (University Park 1994).



die Stärke der Oppositionsbewegung vor allem darauf beruhte, daß es den neuen Machthabern nach 1945 zu keinem Zeitpunkt gelang, der Gesellschaft ein einheitliches Geschichtsbild und einen Kanon des zu Erinnernden zu oktroyieren. Ein falscher Eindruck entstünde jedoch, wenn man hier eine dichotomische Trennung zwischen einerseits staatlich verordneten und andererseits gesellschaftlich akzeptierten Geschichtsbildern vornähme. Gerade auch für die ersten Nachkriegsjahre, als die Implementierung des neuen Systems gegen gesellschaftliche Widerstände erfolgte, sind Schnittstellen zu verorten, an denen sich die Geschichtspolitik des neuen Regimes als begrenzt anschußfähig für den Traditionskanon erwies, der im kulturellen Gedächtnis der Bevölkerung im Nachkriegspolen verankert war.

Der Einfluß, den die polnischen Kommunisten nach 1945 auf die Geschichtswissenschaft mittels aktiv betriebener Geschichtspolitik auf das offizielle Geschichtsbild der Volksrepublik auszuüben versuchten, war niemals umfassender Natur und stützte sich vor allem nicht ausschließlich auf ein marxistisch-leninistisches Weltbild. Die polnische Geschichte – oder besser ihre Repräsentation im gesellschaftlichen Bewußtsein – erwies sich als sehr widerständig gegen die Implementierung einer marxistischen Meistererzählung<sup>5</sup>. Allgegenwärtig blieb auch nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs das messianistische Bild von Polen als dem „Christus der Völker“, das im 19. Jahrhundert die wichtige Funktion erfüllt hatte, der von den drei Teilungsmächten unterdrückten Nation eine sinnstiftende Interpretation der eigenen, als krisenhaft empfundenen Geschichte zu verleihen. Nominell bei Kriegsende zwar auf der Seite der alliierten Sieger stehend, fand dieses Muster nun erneut Anwendung, paßte es doch auf die sozialen und politischen Realitäten einer durch Krieg und (doppelte) Besatzungsherrschaft erschöpften Nation, die sich im Machtbereich der Sowjetunion wiederfand. Die Funktion dieser aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Meistererzählung lag nicht so sehr darin, Orientierung für die Zukunft zu geben (hier wäre sie auch dem linear auf eine bessere Zukunft ausgerichteten Geschichtsbild des Marxismus-Leninismus unterlegen gewesen), sondern dem Bedürfnis der Bevölkerung entgegenzukommen, sich trotz erneuten Souveränitätsverlustes als zumindest „moralischer Sieger“ zu fühlen<sup>6</sup>.

Es wäre jedoch verfehlt anzunehmen, daß die beiden Darstellungsformen der Vergangenheit zu jeder Zeit in einem unauflöslichen Widerspruch zueinander standen und in jedem Fall eine Kommunikation zwischen dem neuen Regime auf der einen und der traditionellen Geschichtswissenschaft bzw. den traditionellen Erzählweisen der Vergangenheit auf der anderen Seite, verhindert hätten. Eine Schnittstelle, an der sich die Geschichtsbilder politischer bzw. gesellschaftlicher Antagonisten treffen konnten, war der Begründungsbedarf für die neue geogra-

<sup>5</sup> Zum Konzept historischer Meistererzählungen siehe *Matthias Middell, Monika Gibas, Frank Hadler*, Sinnstiftung und Systemlegitimation durch historisches Erzählen. Überlegungen zu Funktionsmechanismen von Repräsentationen des Vergangenen, in: *Comparativ* 10 (2000) Nr. 2 (= Zugänge zu historischen Meistererzählungen) 7–35.

<sup>6</sup> Siehe zur Bedeutung solcher Umdeutungen von Niederlagen *Wolfgang Schivelbusch*, *Die Kultur der Niederlage* (Berlin 2001).

phische Lage des polnischen Staates bei Kriegsende. Die kommunistischen Theoretiker der polnischen Westverschiebung verknüpften in ihrer Argumentation (geo)-politische mit sozioökonomischen Vorstellungen: Die territoriale Neuordnung nach dem Krieg entspräche der piastischen Konzeption der polnischen Geschichte, die den Vorzug habe, das Land vom Minderheitenproblem, das die Zweite Republik belastet habe, zu befreien. Zudem bringe es endlich eine sichere strategische Lage gegen den deutschen Aggressor und eröffne die Perspektive eines friedlichen Zusammenlebens mit den östlichen Nachbarvölkern. Wurde in diesem Interpretationsmodell die weit nach Osten ausgreifende jagiellonische Konzeption von der „Ausbeuterkaste“ polnischer Großgrundbesitzer getragen, so sah man im piastischen Polen den Vorläufer eines den Interessen der breiten Bevölkerung dienenden „Volkspolens“<sup>7</sup>. Für die in sich durchaus politisch ausdifferenzierte polnische Historikerkunft waren es in erster Linie das traumatische Erlebnis des Untergangs der Zweiten Polnischen Republik und die Erfahrungen des Krieges, die sie über alle Parteigrenzen hinweg für die piastische Konzeption plädieren ließ, um so zu einem *modus vivendi* mit der Nachkriegsrealität zu kommen. Politischer Realismus, der die territoriale Neuordnung von vor allem Stalins Gnaden als unausweichlich ansah, sowie ein durch den Krieg begründetes anti-deutsches Ressentiment hatten zur Folge, daß nicht nur Historiker, die dem Lager der Nationaldemokratie nahe standen, die Westverschiebung als sinnvoll betrachteten<sup>8</sup>. Diese Einmütigkeit erscheint besonders vor dem Hintergrund bemerkenswert, daß sich in der polnischen Geschichtsschreibung spätestens seit dem 19. Jahrhundert sehr häufig dichotomische Erklärungsmodelle gegenübergestellt hatten, die ihren synthetisierenden Darstellungen der Geschichte Polens einen jeweils spezifischen Sinn zu geben trachteten<sup>9</sup>.

<sup>7</sup> Rafał Stobiecki, *Historia pod nadzorem. Spory o nowy model historii w Polsce* (II połowa lat czterdziestych – początek lat pięćdziesiątych) (Lodz 1993) 67–75.

<sup>8</sup> Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts war es das politische Lager der *Narodowa Demokracja* (Nationaldemokratie) gewesen, das für eine Rückkehr des polnischen Staates in angeblich uralte polnische Gebiete in Pommern, Ostpreußen und Schlesien plädiert hatte. Begleitet wurde dieses Konzept von einer dezidiert antideutschen Ausrichtung. Zur Verbreitung dieses Konzepts in der Nachkriegszeit auch in anderen politischen Lagern innerhalb der Historikerschaft siehe Stobiecki, *Historia pod nadzorem* 62–66 sowie Andrzej F. Grabski, *Zarys historii historiografii polskiej* (Poznań 2000) 202f.; zuletzt dazu auch Roland Gehrke, *Der polnische Westgedanke bis zur Wiedererrichtung des polnischen Staates nach Ende des Ersten Weltkriegs. Genese und Begründung polnischer Gebietsansprüche gegenüber Deutschland im Zeitalter des europäischen Nationalismus* (Marburg/Lahn 2001). Die Studie irritiert jedoch zum Teil durch die Charakterisierung des Westgedankens als einem territorialen Expansionsprogramm, das bereits lange vor der geographischen Neuordnung Polens nach 1945 im polnischen politischen Denken und bei der polnischen Bevölkerung weit verbreitet gewesen sei.

<sup>9</sup> Dazu etwa Piotr S. Wandycz, *Historiography of the Countries of Eastern Europe: Poland*, in: *The AHR* 97 (1992) 1011–1026. Neben der bereits angeführten piastischen bzw. jagiellonischen Konzeption wäre hier etwa die Suche nach den Gründen für die Teilungen Polens zu nennen, die manche Historiker ausschließlich im Expansionsstreben der Nachbarmächte, andere wiederum in den innen- und verfassungspolitischen Unzulänglichkeiten der späten Adelsrepublik sahen.

In der Bevölkerung herrschte aufgrund der Kriegs- und Besatzungserfahrung ohnehin eine antideutsche Stimmung vor, die die Aussiedlung der deutschen Bevölkerung als Konsequenz der Westverschiebung und als einen Akt historischer Gerechtigkeit erscheinen ließ<sup>10</sup>. Auf weniger fruchtbaren Boden fiel die populistische Propaganda der Kommunisten, die die neuen polnischen Nord- und Westgebiete als „gelobtes Land“ für die dorthin umgesiedelte oder sich freiwillig niederlassende Bevölkerung deklarierte. Zu schlecht waren die Lebensbedingungen dort vor allem in den ersten Nachkriegsjahren, zu sehr schmerzte die ostpolnischen Ansiedler der Verlust ihrer Heimat jenseits des Bugs und zu wenig eingängig war die Rede von den angeblich uralten polnischen Gebieten, die nun wieder in Besitz genommen wurden<sup>11</sup>. Nur ein geringer Prozentsatz der sich dort ansiedelnden Bevölkerung wird sich in dem von der Partei enthusiastisch verbreiteten Bild des „Pioniers“, der zur Etablierung des kommunistischen Systems in die „Wiedergewonnenen Gebiete“ aufbrach, wiedererkannt haben<sup>12</sup>.

In der Langzeitperspektive war es vor allem das Argument der strategischen und geopolitischen Notwendigkeit der territorialen Neuordnung Nachkriegseuropas, das im polnischen Bewußtsein Wurzeln schlug. Stellvertretend mag dafür Stefan Kisielewski stehen, ein systemkritischer Schriftsteller und Journalist, der in den Jahren 1957 bis 1965 als Abgeordneter der katholischen Gruppierung „Znak“ (Zeichen) im polnischen Parlament saß. Dieser nicht der Regimenähe verdächtige Zeitzeuge beschrieb im Jahr 1990, wie er sich ein künftiges Polen vorstelle: in „logischen Grenzen“, mit Zugang zum Meer, natürlich ohne Kommunismus, aber auch ohne nationale Minderheiten, die er als Lokalkolorit abtat und für eine vor allem mit den ökonomischen Problemen bestimmter Regionen (v.a. Schlesien) verbundene Erscheinung hielt. Die Konferenz von Jalta bedeutete für ihn nicht allein den Beginn politischer Unfreiheit, sondern zugleich die Verortung Polens in einer „vernünftigen geographischen Lage“<sup>13</sup>. In ähnliche Richtung zielen die Aus-

<sup>10</sup> Edward Dmitrów, Niemcy i okupacja hitlerowska w oczach Polaków. Poglądy i opinie z lat 1945–1948 (Warschau 1987); auch *ders.*, Vergangenheitspolitik in Polen 1945–1989, in: Deutsch-polnische Beziehungen 1939 – 1945 – 1949, hrsg. v. Włodzimierz Borodziej, Klaus Ziemer (Osnabrück 2000) 235–264, hier besonders 235–238.

<sup>11</sup> Włodzimierz Borodziej, Die neuen Nord- und Westgebiete Polens: eine Integrationsbasis von System und Gesellschaft 1945–1946?, in: Mentalitäten – Nationen – Spannungsfelder. Studien zu Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge eines Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Hans Lemberg, hrsg. v. Eduard Mühle (Tagungen des Herder-Instituts zur Ostmitteleuropa-Forschung 11, Marburg 2001) 173–182.

<sup>12</sup> Wenn überhaupt, war ein solches Selbstverständnis bei kommunistischen Funktionären zu beobachten, wovon zum Beispiel folgendes Sammelwerk zeugt: Trudne dni. Wrocław 1945 r. we wspomnieniach pionierów, hrsg. v. Mieczysław Markowski, 3 Bände (Breslau 1960–1962). Die Bände umfassen Berichte von Funktionsträgern in Politik und Verwaltung. Inwieweit ein solches „pionierhaftes“ Selbstverständnis auch bei den „einfachen“ Ansiedlern in den neuen polnischen Nord- und Westgebieten vorhanden war, müßte durch eine genauere Analyse der vielfältigen Memoirenliteratur, die während der Zeit der Volksrepublik Polen entstanden ist, überprüft werden.

<sup>13</sup> Stefan Kisielewski, Komu potrzebna jest Polska?, in: Tygodnik Powszechny vom 4. März 1990.

führungen Rafał Stobieckis zum „West-Institut“ (*Instytut Zachodni*) in Posen, das nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich an der historiographischen Legitimierung der polnischen Westverschiebung beteiligt war. Der Autor erklärt, daß das Institut mit dem Marxismus nichts zu tun gehabt, hingegen aktiv die „politischen Notwendigkeiten“ des Landes unterstützt habe<sup>14</sup>. Während das sozioökonomische System somit als historisch bedingte Verirrung präsentiert wird, scheint es daneben eine angeblich überzeitliche geopolitische Ratio zu geben, der mit der Westverschiebung Rechnung getragen worden ist.

Die Kongruenz von kommunistischer Staatsräson, fachhistorischem Paradigmenwechsel und gesamtgesellschaftlicher Stimmungslage in bezug auf die territoriale Neuordnung soll aber nicht davon ablenken, daß das Regierungslager in zunehmendem Maße darum bemüht war, gegenüber der professionellen Geschichtswissenschaft in die ideologische Offensive zu gehen, um auf diesem Wege die geschichtspolitische Deutungshoheit im Land zu übernehmen. Allerdings traf die Einführung des Theoriegerüsts des Marxismus-Leninismus als einzig zulässiger wissenschaftlicher Methode, die Auswechslung bzw. zumindest Disziplinierung der professionellen Eliten sowie die Etablierung neuer Forschungseinrichtungen in der polnischen Geschichtswissenschaft auf Widerstände, die gerade im Vergleich mit der Wissenschaftspolitik in anderen staatssozialistischen Ländern die Spezifik des polnischen Wegs zum Kommunismus deutlich werden lassen<sup>15</sup>. Es war die mangelnde innerfachliche Autorität kommunistischer Historiker und vor allem ihre krasse Unterrepräsentation im Historikermilieu, die die Partei quasi ohne Verbündeten gegenüber der polnischen Geschichtswissenschaft dastehen ließ. Dennoch sahen sich die Historiker gerade seit der zunehmenden Etablierung eines autoritären stalinistischen Regierungsstils der offensiven Ingerenz staatlicher Stellen gegenüber, die neue innerfachliche wissenschaftliche Standards definierten und neue Institutionen wie etwa die Polnische Akademie der Wissenschaften (*Polska Akademia Nauk*) schufen, um die Durchsetzung dieser Standards zu forcieren<sup>16</sup>.

Interessant ist nun, wie die Historiker auf diesen Angriff auf ihre fachliche Autonomie reagierten. Aufgrund des Mangels an kommunistisch ausgerichteten Historikern konnte die Staatsmacht ihr neues wissenschaftspolitisches Programm nur in Kooperation mit den Teilen der fachlichen Eliten durchsetzen, die als „fortschrittlich“ galten. Es war somit die Partei, die Kompromisse anstreben mußte, aber es waren eben auch die nichtkommunistischen Vorkriegseliten, die bereit waren, diese Kompromisse einzugehen. Es war jedoch allein nicht diese Kompromißbereitschaft, die das Historikermilieu die Jahre des Stalinismus relativ unbe-

<sup>14</sup> Stobiecki, *Historia pod nadzorem* 46.

<sup>15</sup> John Connolly, *Captive University. The Sovietization of East German, Czech, and Polish Higher Education, 1945–1956* (Chapel Hill, London 2000).

<sup>16</sup> Siehe dazu die Ergebnisse der im Jahr 1995 unter der Ägide des Historischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaften durchgeführten Umfrage unter 150 Historikern bezüglich ihrer Kontakte mit der Zensur vor 1989 in: Cenzura w PRL. Relacje historyków, bearb. v. Zbigniew Romek (Warschau 2000).

schadet überstehen ließ. Mindestens ebenso wichtig erscheint, daß sich das Milieu (*środowisko*) der Professorenschaft durch eine besondere Elitenidentität auszeichnete, die Wissenschaftler unterschiedlichster politischer Provenienz in ihrem Glauben an ihren gesellschaftlichen Führungsanspruch vereinte. Prägender als politische Ansichten blieben in diesem Beziehungsgeflecht Lehrer-Schüler-Verhältnisse und persönliche Freundschaften, die sehr oft durch die Kriegserlebnisse noch gefestigt waren<sup>17</sup>. Daher überstand die Hochschullehrerschaft an den meisten Universitäten die Jahre des Stalinismus relativ unversehrt<sup>18</sup>. Bereits im Jahr 1954 waren erneut pluralistische Diskussionen über Theorien und Inhalte möglich. Dennoch war der Schaden enorm, den die Wissenschaftspolitik der regierenden Kommunisten – auch nach der zeitweiligen politischen Liberalisierung seit 1956 – anrichtete. Die Allgegenwärtigkeit staatlicher Einmischung hatte zur Folge, daß sich viele Historiker auf einen quellenbewehrten Positivismus zurückzogen, um sich vor der Kontamination durch marxistische Theorieansätze zu schützen<sup>19</sup>. Bald gab es thematisch bis einschließlich des 19. Jahrhunderts kaum mehr Tabus, zumal sich viele Historiker auf politisch wenig verfängliche Spezialstudien konzentrierten. Eine bedeutsame Ausnahme stellte hier jedoch die Tabuisierung der ostpolnischen Geschichte dar. Maximal in eng umgrenzten Spezialstudien war etwa eine Beschäftigung mit den östlichen Landesteilen der polnisch-litauischen Adelsrepublik zulässig. Strenger Kontrolle und Zensur unterlag jedoch weiterhin die Geschichte des 20. Jahrhunderts, vor allem was die Entstehung der Volksrepublik Polen sowie die polnisch-sowjetischen Beziehungen anbelangte<sup>20</sup>. Das relativ ruhige Fahrwasser, in dem sich die Geschichtswissenschaft seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre bewegen konnte<sup>21</sup>, stand in einem starken Gegensatz dazu, wie Geschichte als Deutungssystem der Gegenwart von den regierenden Kreisen, aber vor allem von den oppositionellen Strömungen genutzt wurde.

In den ersten Regierungsjahren waren die polnischen Kommunisten bemüht, einen revolutionären Neuanfang des Staates zu demonstrieren, was sich in der Neukonzeption der Staatssymbolik sowie in der Abschaffung alter und Einfüh-

<sup>17</sup> Ebd. 73 ff., 154 ff. Der Autor konstatiert zusammenfassend, daß es in den fünfziger Jahren gerade das Spektrum von Grautönen war, das die Kooperation zwischen Staatsmacht und Wissenschaft kennzeichnete. Damit schrieb sich dieses Kapitel polnischer Geschichte nicht in den traditionellen heroischen Diskurs von dichotomisch gedachter staatlicher Unterdrückung und gesellschaftlichem Widerstand ein, ebd. 289.

<sup>18</sup> Ebd. 136–141.

<sup>19</sup> *Rafał Stobiecki*, Between Continuity and Discontinuity: A Few Comments on the Post-War Development of Polish Historical Research, in: *Zeitschrift für Ostmitteleuropa-Forschung* 50 (2001) 214–229, hier besonders 222 f.

<sup>20</sup> *Andrzej Paczkowski*, Czarno-białe i biało-czarne, czyli o historii najnowszej historii, in: *ders.*, *Od sfalszowanego zwycięstwa do prawdziwej klęski. Szkice do portretu PRL* (Krakau 1999) 188–207.

<sup>21</sup> Eine Ausnahme stellten hier die Säuberungen vor dem Hintergrund der antisemitischen Kampagne des März 1968 dar, auf die weiter unten noch einzugehen ist.

rung neuer Staatsfeiertage niederschlug. Gerade die Analyse der Feiertagspolitik enthüllt das Streben nach einem regelrechten „Ritual der Diskontinuität“, das zu einer Umwertung des bisherigen Geschichtsverlaufs beitragen sollte. Der 11. November, der an die Entstehung der Zweiten Polnischen Republik erinnerte, wurde als Staatsfeiertag abgeschafft, dafür der 22. Juli eingeführt, um dem politischen Gründungsakt der Volksrepublik Polen ein Denkmal zu setzen<sup>22</sup>. Die zunehmend krisenhafte innenpolitische Entwicklung seit den siebziger Jahren hatte zur Folge, daß sich die kommunistische Geschichtspolitik wandelte. In der Ära Gieriek, die stark durch einen technokratischen Regierungsstil geprägt war, der vor allem das ökonomische Modernisierungspotential der Volksrepublik als historisches Verdienst der polnischen Kommunisten propagierte, dominierten in der öffentlichen Darstellung des Regimes zunächst Feierlichkeiten etwa zur Eröffnung neuer Industrieanlagen. Ein spezifischer sozialistischer Patriotismus sollte damit die historischen Errungenschaften des Staates würdigen. Als die Ineffizienz der Ökonomie zunehmend zu Tage trat, wurde diese Strategie in ihrer Glaubwürdigkeit erschüttert<sup>23</sup>. Angesichts des Legitimationsverlustes, den das Regime mit jeder neuen Wirtschaftskrise erfuhr, änderten die Kommunisten die Praxis ihrer öffentlichen Inszenierungen: Statt der selektiven Auswahl historischer Ereignisse bediente man sich nun umfassend aus dem traditionellen historischen Kanon der Nationalgeschichte<sup>24</sup>. Als aufmerksame Beobachterin der öffentlichen Stimmung glaubte die Staatsmacht sicher, so zu einer emotionalen (Wieder-)Annäherung an ihre Bürger zu gelangen. Dieses Konzept bedingte, daß sich „eine zunehmende Öffnung des offiziellen Geschichtsbildes für den traditionellen und in der polnischen Gesellschaft tief verwurzelten nationalen Geschichts- und Traditionskanon beobachten“<sup>25</sup> ließ.

Als die politischen und ökonomischen Krisen im Jahr 1981 in der Ausrufung des Kriegszustandes kulminierten, erfuhr die Hinwendung der Regierungskreise zu historischen Traditionsbezügen eine nochmalige Steigerung. Historische Allusionen traten nun nicht mehr nur auf der formalen Ebene der Symbolkultur zutage, sondern spielten zudem eine konkrete Rolle bei der Legitimierung der Politik des Regimes. So wollte man etwa die politischen und ökonomischen Reformen unter General Jaruzelski in ihrer Bedeutung an die Seite des Reformwerks der Maiver-

<sup>22</sup> *Elżbieta Hałas*, *Symbole publiczne a polska tożsamość. Zmiana i niejednoznaczność w kalendarzu świąt państwowych III Rzeczypospolitej*, in: *Kultura i społeczeństwo* 45 (2001) Nr. 3–4, 49–67, hier 55–58; auch *Kubik*, *The Power of Symbols* 250; zur Begehung des Ersten Mais in den Jahren des Stalinismus *Paweł Sowiński*, *Komunistyczne święto. Obchody 1 maja w latach 1948–1954* (Warschau 2000).

<sup>23</sup> Ebd. 31–74, 248f.

<sup>24</sup> *Marcin Zaremba*, *Komunizm, legitymizacja, nacjonalizm. Nacjonalistyczna legitymizacja władzy komunistycznej w Polsce* (Warschau 2001) 352–382.

<sup>25</sup> *Rudolf Jaworski*, *Kollektives Erinnern und nationale Identität. Deutsche und polnische Gedächtniskulturen seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs*, in: *Erinnern, verdrängen, vergessen. Polnische und deutsche Erfahrungen*, hrsg. v. *Ewa Kobylińska, Andreas Lawaty* (Wiesbaden 1998) 33–52, hier 39f.

fassung des Jahres 1791 stellen<sup>26</sup>. Indem man die Verfassung des ausgehenden 18. Jahrhunderts zur Vorläuferin der Reformen der achtziger Jahre machte, unterstrich man zum einen die dramatische Lage, in der sich der polnische Staat befand, und rückte sie zum anderen an die Seite eines historischen Bezugspunktes, der im Geschichtsbewußtsein der Bevölkerung eindeutig positiv konnotiert war. Als Höhe- und quasi Endpunkt dieser Strategie der umfassenden Aneignung der Nationalgeschichte durch die Regierungspartei kann man das Motto werten, mit dem die Staatsmacht im November 1988 des siebzigsten Jahrestages der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg gedenken wollte: „Volkspolen, unsere Partei erbt die gesamte Geschichte des Volkes.“<sup>27</sup> Nicht zuletzt das bald darauf folgende Ende des Regimes demonstrierte, daß die Partei trotz dieser weitgehenden Zugeständnisse im Bereich der Geschichtspolitik ihren Kredit in den Augen der Bevölkerung verspielt hatte, die von den politischen und vor allem ökonomischen Entwicklungen in der Volksrepublik immer mehr enttäuscht war und sich weder vom Weltbild des Marxismus-Leninismus noch vom unbeholfenen Patriotismus der Volksrepublik emotional angesprochen fühlte.

Attraktiver erwies sich demgegenüber ein spezifisch romantisches Paradigma der polnischen Kultur, das seit den Teilungen Ende des 18. Jahrhunderts vor allem in Krisenzeiten immer wieder zur Verständigung über eine als krisenhaft empfundene Gegenwart und als Leitmotiv für eine hoffnungsvollere Zukunft gedient hatte<sup>28</sup>. Die polnische Literaturwissenschaftlerin Maria Janion, die dieses Paradigma am treffendsten charakterisiert hat, schreibt, daß sich „diese Kultur um kollektive geistige Werte wie Vaterland, Unabhängigkeit, Freiheit der Nation, Solidarität der Nation gruppiert“<sup>29</sup>. Der Grundton dieses kulturellen Musters war ein martyrologisch-messianischer, der das Leiden des polnischen Volkes zu einer moralischen Auszeichnung für dieses werden ließ. Im zwanzigsten Jahrhundert fand dieser Diskurs nach Janion in drei Ereignissen seinen prägnantesten Ausdruck: im polnischen Unabhängigkeitskampf während des Ersten Weltkriegs, im Warschauer Aufstand des Jahres 1944 und im Ethos der „Solidarität“ 1980/81<sup>30</sup>.

<sup>26</sup> Janusz Barański, Epos historyczno-ideologiczny. Gazetowa historia w służbie stanu wojennego, in: Konteksty. Polska Sztuka Ludowa 51 (1997) 94–104.

<sup>27</sup> Polska Ludowa, nasza partia dziedziczy całą historię narodu. Zitiert nach Paczkowski, Czarno-białe 192. Vgl. zur Beziehung der späten Volksrepublik zu historischen Traditionen auch Marcin Kula, Zupełnie normalna historia czyli dzieje Polski zanalizowane przez Marcina Kulę w krótkich słowach, subiektywnie ku pożytkowi miejscowych i cudzoziemców (Warschau 2000) 130–133; für die Perspektive auf nationalistisch konnotierte Legitimationsstrategien Zaremba, Komunizm 383–395.

<sup>28</sup> Vgl. dazu Marcin Król, Romantyzm. Piekło i niebo Polaków (Warschau 1998). Laut Król stellt die Romantik im polnischen Fall keine Kunstrichtung oder literarische Strömung unter vielen dar, sondern die spezifische Art der Polen, ihre Umwelt wahrzunehmen und nach ihrer Veränderung zu streben. Nicht die künstlerischen Inhalte der polnischen Romantik sind dabei von grundlegender Bedeutung, sondern die Rolle, die die Romantik für die Verständigung über die eigene historische Existenz spielt.

<sup>29</sup> Maria Janion, Zmierzch paradygmatu, in: *dies.*, „Czy będziesz wiedział, co przeżyłeś“ (Warschau 1996) 5–23, hier 9.

<sup>30</sup> Ebd. 10–12.

Tatsächlich war es der in die „Solidarität“ mündenden Oppositionsbewegung gelungen, dieses tradierte Leitmotiv in eine eigene Symbolkultur zu überführen, die auf die martyrologisch verklärte Geschichte des polnischen Volkes in den vergangenen 200 Jahren Bezug nahm. Mit eigenen Jahrestagen und Gedenkritualen, die die Nachkriegsgeschichte spätestens für die Zeit seit 1956 einem Kalendarium der „polnischen Monate“<sup>31</sup> unterordnete, wurde ein Gegenentwurf zu der Erinnerungskultur geschaffen, die die Kommunisten seit 1944 zu implementieren versucht hatten. Indem sich die Oppositionsbewegung durch die Begehung von Jahrestagen oder die Errichtung von Denkmälern zur Erinnerung an vorangegangene Konfrontationen mit der Staatsmacht selbst historisierte und sich in den romantischen Diskurs einschrieb, praktizierte sie eine ganz spezifische Form des gesellschaftlichen Widerstandes: Sie wandte sich gegen die Versuche des Staates, im Bereich des kollektiven Erinnerns das Kontroll- und Deutungsmonopol zu erlangen. Während der 16 Monate der legalisierten „Solidarität“ (von August 1980 bis Dezember 1981) kam es zu einer regelrechten „Explosion des Gedächtnisses“<sup>32</sup>. Spätestens seit dieser Zeit hatte die Oppositionsbewegung einen „counter-hegemonic discourse“<sup>33</sup> gegenüber der Staatsmacht durchgesetzt. Dieser Diskurs meint ein Geschichtsbild, das Elemente der Romantik, eines polonozentrischen Katholizismus und universalistische zivilgesellschaftliche Entwürfe vereinte. Dieses ideelle Sammelsurium stellte eine Verbindung zur messianischen Weltsicht der polnischen Romantik her, diskreditierte die politischen Machthaber als „fremd“ und barg zugleich Entwürfe eines zukünftigen demokratischen Polens. Weniger politische und soziale Forderungen vereinten Oppositionspolitiker mit großen Teilen der Bevölkerung, sondern vielmehr das Streben nach einer als authentisch empfundenen „polnischen Kultur“. Die Verwurzelung dieser Kultur im oppositionellen und revolutionären Ethos der polnischen Geschichte sowie in der Symbolsprache des Katholizismus machte dieses Projekt nicht nur für intellektuelle Eliten, sondern auch für die breite Bevölkerung anschlussfähig. Ehe das System 1989 politisch überwunden war, galt es kulturell bereits etliche Jahre früher jeglicher Attraktivität und Legitimität beraubt<sup>34</sup>.

Politisch nicht mächtig genug, um die bestehende Ordnung zu stürzen, aber kulturell dominierend, blieb die oppositionelle Symbolik nicht ohne Wirkung auf

<sup>31</sup> Siehe dazu etwa *Marcin Król*, *Revolution, Restauration, Amnesie. Über das Gedächtnis in der postkommunistischen Zeit*, in: *Transit* 2 (Sommer 1991) 27–35, hier 30. Die „polnischen Monate“ rekurren auf die zahlreichen politischen und ökonomischen Krisen der Volksrepublik Polen, in deren Verlauf sich eine immer stärker werdende Oppositionsbewegung herausbilden konnte. Sie reichen vom Oktober 1956 über den März 1968 und den Dezember 1970 hin zum Juni 1976. Den Abschluß dieser Reihe bildet der August 1980, als die „Solidarität“ als unabhängige Gewerkschaft offiziell zugelassen wurde.

<sup>32</sup> Diese Charakteristik bei *Bronisław Baczek*, *Polska czasów „Solidarności“ czyli eksplozja pamięci*, in: *ders.*, *Wyobrażenie społeczne. Szkice o nadziei i pamięci zbiorowej* (Warschau 1994, zuerst Paris 1984) 193–247; *Marcin Król* sieht die Polen in diesem Zeitraum als Teilnehmer „einer sechzehnmonatigen nationalen Messe“, *Król*, *Romantyzm* 52.

<sup>33</sup> So *Kubik*, *The Power of Symbols* 243.

<sup>34</sup> Ebd. 239 ff.



die Geschichtspolitik der Regierenden wie auch auf die gesellschaftliche Positionierung der professionellen Geschichtswissenschaft. Das politisch repressive Regime der achtziger Jahre ließ sich immer mehr auf den kulturellen Diskurs der Opposition ein: In seinem Ringen um gesellschaftliche Anerkennung traten sozialistisch motivierte Argumente bei General Jaruzelski mehr und mehr in den Hintergrund. Mit der Ausrufung des Kriegszustandes gab die Partei im Grunde genommen ihre Verantwortung an den Staat ab<sup>35</sup>. Bei dem Versuch, den Kriegszustand als Rettungsversuch polnischer staatlicher Souveränität zu legitimieren, vollzogen die politisch Verantwortlichen eine bemerkenswerte ideologische Wendung: Sie warben bei der Bevölkerung um Unterstützung für ihr Vorgehen, weil der Staat ein vor ausländischer Invasion zu schützendes Gut war; und zwar nicht, weil er sozialistisch, sondern weil er ein polnischer Staat war – die Anspielung auf das über einhundert Jahre lange Fehlen dieses Staates klingt hier unverkennbar mit<sup>36</sup>. In seiner Rückschau auf die Erinnerungskulturen in der Volksrepublik Polen ordnet der Essayist Marcin Król der Opposition das Gedächtnis als den ihr eigentlichen „Lebensraum“ zu, während er die Utopie für die kommunistische Macht reserviert sieht<sup>37</sup>. Folgt man diesem Bild, so wird klar, wie weit sich die Staatsmacht in den achtziger Jahren von ihren ideologischen Wurzeln entfernt hatte. Mit der Oppositionsbewegung teilte sie – nicht zuletzt aufgrund der völlig verfahrenen innenpolitischen Situation und der nicht enden wollenden ökonomischen Rezession – die Flucht in die Geschichte<sup>38</sup>. Während die Opposition jedoch in dieser Flucht ihre Identität stärkte, stellte sie sich für die Partei nur noch als ein Rückzug in die endgültige Niederlage dar: Soziologische Untersuchungen der 60er bis 80er Jahre belegen, daß der historische Kanon der polnischen Bildungsschichten einem steten Wandel unterlag. Personen oder Ereignisse, die in einem positiv konnotierten Zusammenhang mit der Volksrepublik standen, spielten kaum noch eine Rolle; immer populärer wurden wichtige Politiker der Zweiten Republik oder der Unabhängigkeitskampf gegen die Teilungsmächte im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts<sup>39</sup>.

<sup>35</sup> So *Barański*, Epos historyczno-ideologiczny 94.

<sup>36</sup> Zu dieser Legitimationsstrategie vgl. *Zaremba*, Komunizm 385–387. Ein Beispiel dafür auch angeführt bei *Lech Trzeciakowski*, Der Einfluß des Teilungskomplexes auf die polnische politische Ideologie im 19. Jahrhundert, in: Historisches Bewußtsein und politisches Handeln in der Geschichte. Ergebnisse einer gemeinsamen Konferenz des Instituts für Geschichte der Adam Mickiewicz Universität Posen und des Historischen Seminars der Universität Hannover, 5.–9. April 1989, hrsg. v. *Jerzy Topolski* (Posen 1994) 93–103, hier 94.

<sup>37</sup> *Król*, Revolution 30.

<sup>38</sup> *Jaworski*, Kollektives Erinnern 40.

<sup>39</sup> *Szacka, Sawisz*, Czas przeszły i pamięć społeczna; dazu auch *Andrzej Paczkowski*, Peerełowska przeszłość w pamięci społecznej, historiografii i polityce, in: *ders.*, Od sfalszowanego zwycięstwa 208–225, hier 214; *Robert Traba*, Świadomość historyczna i postawy narodowe w Polsce po roku 1989, in: Fenomen nowoczesnego nacjonalizmu w Europie środkowej, hrsg. v. *Bernard Linek, Jörg Luer* und *Kai Struve* (Oppeln 1997) 155–163, hier 157 f.

Das Rekurreren auf die ausgebaute historische Symbolik blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Geschichtswissenschaft: Die Oppositionsbewegung hatte vorgemacht, daß aus dem Aufzeigen „weißer Flecken“ (d.h. historischer Tabuthemen) moralische Stärke in der Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Regime gewonnen werden konnte. Bei vielen Historikern erwachte in diesem Zusammenhang eine Art missionarischer Eifer, der sie sich ihrer Verantwortung für „Wahrheit und Nation“ bewußt werden ließ<sup>40</sup>. Dabei kam es zu einem Verwischen der Grenze zwischen dem repräsentativen und dem wissenschaftlichen Gebrauch von Geschichte. Im Exil und im Untergrund entstanden zahlreiche Werke mit eher publizistischem oder propagandistischem Charakter, die sich methodologisch traditionell in den romantischen Diskurs einschrieben<sup>41</sup>. Wie es etwa Gotthold Rhode bereits für das 19. Jahrhundert beobachtet hatte<sup>42</sup>, litt auch nun nicht selten die wissenschaftliche Objektivität unter den spezifischen Produktionsbedingungen der Geschichtsschreibung. Dennoch wurden im Untergrund auch etliche wichtige und solide erarbeitete Werke zur jüngsten polnischen Geschichte publiziert. Die Regierenden wurden damit herausgefordert, ebenfalls verstärkt Forschungen zur Geschichte der Volksrepublik, ihrer Entstehung oder auch den polnisch-sowjetischen Beziehungen zu initiieren. Doch die Einsetzung von Kommissionen parteinaher Historiker konnte die Glaubwürdigkeit der Kommunisten nicht mehr stärken. Zu halbherzig betrieb man hier das „Entlügen“ der Geschichte. Zudem hatten sich unter den der Opposition angehörenden Historikern bereits zahlreiche Diskussionszirkel und Institutionen gegründet, die für das gesellschaftliche Interesse an der Zeitgeschichte eine weitaus wichtigere Rolle spielten<sup>43</sup>.

Von großer Bedeutung nicht nur für die Institutionalisierung der oppositionellen Geschichtsschreibung, sondern auch für eine methodologische Innovation war das unabhängige Forschungszentrum „Karta“, das 1982 in direkter Reaktion auf die Verhängung des Kriegszustandes in Warschau entstand. Das Besondere dieser Einrichtung lag darin, daß sie ganz konkret nach den individuellen Schicksalen von Menschen vor dem Hintergrund diktatorischer Systeme fragte. Ihre Perspektive blieb dabei nicht auf polnische Erfahrungen beschränkt, sondern richtete sich auch auf andere Länder des kommunistischen Machtbereichs. Besonderes Augenmerk wurde auf die persönliche Überlieferung der Betroffenen gelegt: „Karta“ sammelte Selbstzeugnisse und führte Interviews durch, um den Opfern der Repressionspolitik in Polen und der Sowjetunion eine Stimme zu geben. Damit wurde nicht nur zur faktographischen Aufarbeitung bestimmter historischer Sachverhalte wie etwa der Zwangsumsiedlung der polnischen Bevölkerung aus den an die Sowjetunion abgetretenen Gebieten beigetragen. Zugleich

<sup>40</sup> Paczkowski, Czarno-białe 197 ff.

<sup>41</sup> Stobiecki, *Between Continuity and Discontinuity* 224; Grabski, *Zarys historii* 239 f.

<sup>42</sup> Rhode, *Die Situation im polnischen Geschichtsbild* 53.

<sup>43</sup> Paczkowski, *Czarno-białe* 198–203.

erhielten damit ganze Bevölkerungsgruppen erstmals überhaupt die Möglichkeit, ihr Schicksal zu thematisieren und es im kollektiven Bewußtsein zu verankern<sup>44</sup>.

Als im Jahr 1989 der Niedergang des kommunistischen Regimes besiegelt wurde, hatte die Polarisierung zwischen der das romantische Paradigma als Markenzeichen benutzenden Oppositionsbewegung und dem abgewirtschafteten Regime ihren Höhepunkt erreicht. Im krassen Gegensatz zu diesem Schema des gesellschaftlichen „wir“ gegen „die da oben“ stand der am Runden Tisch ausgehandelte Systemübergang. Die Bemühungen der oppositionellen Eliten, diesen friedlichen Übergang zu einem Gründungsmythos des neuen Staates zu machen, schlugen fehl. Die erkämpfte Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg hatte im polnischen historischen Kanon einen Platz, nicht hingegen die auf Konsens beruhende Einigung mit den Kommunisten<sup>45</sup>. Intellektuelle wie etwa Adam Michnik bemühten und bemühen sich weiterhin, den Abmachungen am Runden Tisch und der Politik des „dicken Strichs“ der Regierung Mazowiecki einen historischen Sinn zu geben, indem sie die Geschichte der Volksrepublik Polen als griechische Tragödie erzählen, in der auf beiden Seiten der Barrikaden moralisch untadelige Helden standen, die das Schicksal in Konflikt mit ihrem jeweiligen Moralkodex brachte<sup>46</sup>. Kritiker halten diesen Versuchen entgegen, daß damit die politische und wissenschaftliche Aufarbeitung der kommunistischen Zeit verhindert und die Rolle der im Prinzip nur auf Machterhaltung bedachten kommunistischen Verhandlungspartner zu positiv gesehen werde. Zwar sei auch ihr Anteil an der Verständigung zu würdigen, doch könne man ihn nicht mit dem der Oppositionsbewegung gleichsetzen, deren Engagement auf „demokratischen und zivilisatorischen Werten“ beruhe<sup>47</sup>.

Ungeachtet der Rollenzuteilung an die Verhandlungspartner des „Runden Tisches“ gelang es der ehemaligen Oppositionsbewegung nicht, ihren historischen Sieg über das kommunistische Regime etwa durch die Einführung eines Jahrestages im Kalendarium der Nation festzuschreiben<sup>48</sup>. Je länger das Jahr 1989 zu-

<sup>44</sup> Vgl. zum thematischen und methodischen Profil die erste deutschsprachige Nummer der gleichnamigen Zeitschrift: Karta. Zeitzeugnisse aus Ostmitteleuropa. Historische Zeitschrift 1 (2000).

<sup>45</sup> Eine solche Bewertung im Sinne des romantischen Diskurses beschreibt Janusz A. Majcherek, *Odwrotna strona mitologii*, in: *ders.*, *W poszukiwaniu nowej tożsamości* (Warschau 2000) 28–38, hier 35. Dabei werde im kollektiven Gedächtnis die Bedeutung, die das polnische militärische Engagement im Ersten Weltkrieg für die Wiedererlangung der Unabhängigkeit besaß, maßlos überschätzt, während der friedliche Ausgleich, der zum Sturz des kommunistischen Regimes 1989 führte, in seiner historischen Bedeutung herabgewürdigt werde.

<sup>46</sup> Agnieszka Magdziak-Miszewska, *Adam Michnik w roli Antygony*, in: *Więź* 44 (2001) Nr. 3, 12–13.

<sup>47</sup> So der ehemalige Oppositionelle Andrzej Wielowieyski in dem Interview: Juan Carlos Kiszczak? Z Andrzejem Wielowieyskim rozmawiają Zbigniew Nossowski i Tomasz Wiścicki, in: *Więź* 44 (2001) Nr. 3, 14–24, hier 17.

<sup>48</sup> *Hałas*, Symbole publiczne 64. In der Vorschau auf den zehnten Jahrestag des „Runden Tisches“ beklagte Polens größte Tageszeitung, daß keine Anstalten unternommen wurden, dieses Ereignisses seiner Bedeutung nach angemessen zu gedenken, siehe *Katarzyna Mont-*

rückliegt, desto mehr verwischt die damit bezeichnete Zäsur. Tatsächlich sind es ja gerade die Kontinuitäten aus der Volksrepublik wie die überkommenen ökonomischen Probleme oder spezifische politische Praktiken, die in den Jahren der Volksdemokratie internalisiert wurden, die noch immer stark die Lebenswelt des Landes prägen<sup>49</sup>. Vor diesem Hintergrund hat die Strategie der politischen Eliten der ehemaligen Oppositionsbewegung, sich auf allgemeuropäische politische Werte zu berufen, zu denen Polen nach der Überwindung des Kommunismus zurückgekehrt sei<sup>50</sup>, nur wenig Attraktionspotential. Zehn Jahre nach dem „Runden Tisch“ mußte daher etwa Adam Michnik konstatieren, daß dieses Ereignis fast nur noch im Ausland positiv und als vorbildhaft wahrgenommen wurde, während im Inland kritische Stimmen, die den damaligen politischen Akteuren Verrat vorwarfen, dominierten<sup>51</sup>. In einer dezidierten Gegenbewegung zu dem in Polen als „revisionistisch“ bezeichneten Diskurs, der den Systemwandel in Polen als dessen Rückkehr zu allgemeinen zivilisatorischen Werten darstellen will, steht das Bemühen gerade der jüngeren politischen Eliten, die nicht am „Runden Tisch“ beteiligt waren, eine stärker nationalpolnisch konnotierte Kontinuitätslinie zu ziehen. Sie knüpfen historisch an die Zeit der polnischen Adelsrepublik oder an die Zweite Republik an. Den in der Oppositionsbewegung relativ stark vertretenen unorthodoxen Marxisten, die auch nach dem Jahr 1989 weiterhin sozialdemokratische Ideale vertraten, werfen sie vor, keine dezidierte Abgrenzung gegen das kommunistische Experiment nach 1945 vollzogen zu haben<sup>52</sup>. Neben dieser spezifischen Kontinuitätslinie betonen sie zudem die Bedeutung einer radikalen politischen, juristischen und wissenschaftlichen Abrechnung mit der volksdemokratischen Vergangenheit.

In dieser Auseinandersetzung haben beide Seiten ihr Recht: Wenn das Ende des Kommunismus die Rückkehr zu den Wurzeln der nationalen Identität bedeutet, wie der oppositionelle Diskurs immer suggeriert hat, dann stellt sich die Frage nach dieser Identität in der Demokratie. Die Furcht der oppositionellen Transformationseliten vor einem xenophoben Nationalismus ist nicht unbegründet<sup>53</sup>. Das relativ abstrakte Verweisen auf zivilisatorische Werte jedoch, die nach dem Jahr 1989 zurückgekehrt seien, bietet vor der Tristesse des komplizierten politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozesses wenig Anziehungskraft für breitere gesellschaftliche Kreise. Auch im Ausland findet dieses elitäre Projekt zumindest bei den politischen Praktikern keinen großen Anklang, wie die Nichtberücksichtigung polnischer Politiker im Jahr 1999 anlässlich der Zehnjahresfeiern zum

gomery, *Konrad Niklewicz*, Duża rocznica, małe obchody. Zapomniane święto upadku komunizmu, in: *Gazeta Wyborcza* vom 19. Januar 1999, 4.

<sup>49</sup> Vgl. dazu etwa *Harald Wydra*, Continuities in Poland's Permanent Transition (Houndmills 2000).

<sup>50</sup> *Król*, Revolution 30.

<sup>51</sup> *Adam Michnik*, Cud Okrągłego Stołu, in: *Gazeta Wyborcza* vom 6./7. Februar 1999, 1.

<sup>52</sup> *Zdzisław Krasnodębski*, Generationswandel und kollektives Gedächtnis in Polen, in: *Erinnern, verdrängen, vergessen* 145–163, hier 158–161.

<sup>53</sup> So schon im Jahr 1990 *Adam Michnik*, Zwei Gesichter Polens, zwei Gesichter Europas, in: *Transit* 1 (1990) 185–189.

politischen Umbruch in Mittel- und Osteuropa belegte<sup>54</sup>. Anders sieht es jedoch für den Bereich der Wissenschaften aus. In ihrer Suche nach einer „emotionalen Konvention“, die dem sich vereinigenden Europa zu einer übernationalen Identität verhelfen könnte, nennen Wissenschaftler gerade den „Mythos des Erfolges friedlichen Verständigungshandelns“, der den Umbruch in Osteuropa Ende der achtziger und zu Beginn der neunziger Jahre erst ermöglichte und der als Gründungsmythos eines (wieder)vereinigten Europas in Dienst genommen werden könnte<sup>55</sup>.

Diese Auffassung teilt man in Polen nicht unbedingt. Um anschlussfähig an eine übernationale europäische Ordnung zu werden, halten es führende polnische Intellektuelle zunächst für wichtig, mit den aus dem 19. Jahrhundert überkommenen mythologisierten Geschichtsbildern zu brechen. Als unabdingbar sehen sie dafür eine offene historische Aufarbeitungsdebatte an. Dazu heißt es etwa: „Es wäre ernsthaft zu überlegen, in welchem Grad die Veränderungen, die aus der ‚Abrechnung mit der Geschichte‘ folgen, für die moderne ‚Produktion‘ neuer Traditionen typisch sind. Es wäre ebenso ernsthaft zu überlegen, in welchem Grad die ‚Abrechnung mit der Geschichte‘ nötig ist, damit das kollektive Bewußtsein (als historisches Bewußtsein) im Einklang mit der gegenwärtigen übernationalen demokratischen Ordnung bestehen kann.“<sup>56</sup>

Doch nicht nur in bezug auf die Europakompatibilität ist eine kritische Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit für die polnische Demokratie unerlässlich: Die gegenwärtig wieder regierenden sich sozialdemokratisch nennenden Postkommunisten, die aus der ehemaligen Staatspartei hervorgegangen sind, haben nämlich nicht wenig Erfolg mit ihrer These, daß im Hinblick auf die Mentalitäten und Erfahrungen, die durch das sozialistische System geprägt wurden, mehr oder weniger alle Polen „Postkommunisten“ seien<sup>57</sup>. In den geschichtspolitischen Ausführungen ihres Wahlprogramms wird darauf verwiesen, daß es nach Jalta keine andere Möglichkeit der staatlichen Existenz Polens als die eines kommuni-

<sup>54</sup> Aleksander Smolar, 1989 – Geschichte und Gedächtnis, in: *Transit* 20 (Winter 2000/2001) 15–43, hier besonders 17 f.; vgl. auch *ders.*, Rewolucja bez utopii, in: *Gazeta Wyborcza* vom 25./26. August 2001, 9–11.

<sup>55</sup> Rien T. Segers, Reinhold Viehoff, Die Konstruktion Europas. Überlegungen zum Problem der Kultur Europas, in: *Kultur, Identität, Europa. Über die Schwierigkeiten und Möglichkeiten einer Konstruktion*, hrsg. v. Reinhold Viehoff und Rien T. Segers (Frankfurt a. M. 1999) 9–49, hier 47. Nach der Bedeutung historischer Konstrukte für die Ausbildung einer spezifischen nationalen Identität im Zuge des europäischen Einigungsprozesses hat bereits Jörn Rüsen gefragt, siehe Jörn Rüsen, Geschichtskultur als Forschungsproblem, in: *Geschichtskultur* (Jahrbuch für Geschichtsdidaktik 1991/92, Paffenweiler 1992) 46. In Polen selbst überwiegt nach mehr als zehn Jahren Transformationspolitik die Ernüchterung, wenn es um die Konstruktion einer gemeineuropäischen Identität geht. Diese habe es im Grunde genommen nur bis 1989 als Gegenbild zum Kommunismus gegeben, siehe dazu Marcin Król, Am Rande Europas, in: *Transit* 20 (Winter 2000/2001) 44–54, hier 47.

<sup>56</sup> Kazimierz Wóycicki, Opfer und Täter – Die polnische Abrechnung mit der Geschichte nach 1989, in: *Vergangenheitsbewältigung am Ende des 20. Jahrhunderts* (Leviathan Sonderheft 18, Opladen 1998) 291–308, hier 303 f.

<sup>57</sup> Krasnodębski, Generationswandel 157.

stischen Staates im sowjetischen Machtbereich gegeben habe<sup>58</sup>. Die Partei bedient sich dabei einer Argumentation, die das Kollektivsubjekt Staat über die Rechte und Freiheiten der Einzelnen stellt: in polnischen geschichtspolitischen Diskursen seit dem 19. Jahrhundert keine Seltenheit und beileibe nicht nur Argumentationsmuster der politischen Linken.

Auffallend ist, daß die Debatte darüber, wie mit der jüngsten Vergangenheit umgegangen werden soll, oft zwischen zwei Extrempositionen oszilliert, die auf je eigene Weise eine sachgerechte Aufarbeitung erschweren: Während auf der rechten Seite des politischen Spektrums davon ausgegangen wird, daß „das Volk“ im Grunde genommen für das von außen aufgezwungene Regime nicht verantwortlich gemacht werden könne, weigert man sich auf der linken Seite, das „System“ als solches generell zu verurteilen, da es auch für positive Entwicklungen und modernisierende Errungenschaften stehe<sup>59</sup>. Der Kardinalfehler dieser Betrachtungsweisen besteht darin, daß die Volksrepublik Polen dabei als ein monolithischer Block betrachtet wird, ohne die Verantwortlichkeiten der jeweiligen Akteure näher zu beleuchten<sup>60</sup>. Deutlich wird dies auch bei der Verwendung des Akronymes PRL (*Polska Rzeczpospolita Ludowa*, Volksrepublik Polen), das in den gegenwärtigen Debatten weniger den erst seit 1952 so bezeichneten Staat als vielmehr ein spezifisches Phänomen in toto bezeichnen soll<sup>61</sup>.

Die Debatten über die kommunistische Vergangenheit erhalten damit eher eine Stellvertreterfunktion: es geht in ihnen darum, welche Geschichtsbilder im gegenwärtigen Polen als paradigmatisch gehandelt werden sollen. Auf der einen Seite steht die geschickte Geschichtspolitik der Postkommunisten, die auf das Lebenswerk der Menschen verweist, die in der Volksrepublik gelebt und gearbeitet haben und die daher nicht zulassen wollen, daß diese Periode zu einer Leerstelle der polnischen Geschichte (unter der Chiffre PRL) wird<sup>62</sup>. Daß diese Argumentation nicht rein apologetischen Charakter hat, zeigen etwa die Ausführungen des Filmregisseurs Andrzej Wajda, der von Beginn an der „Solidarität“ nahe gestanden hatte. Er verurteilt den moralischen Rigorismus der ehemaligen Oppositionsbewegung. Heute sei es leicht, so führt er aus, zu fragen, ob die PRL ein polnischer Staat gewesen sei – aber habe es denn damals einen anderen gegeben<sup>63</sup>? Solche re-

<sup>58</sup> Nina Kraśko, Sojusz Lewicy Demokratycznej – legitymacja przeszłości, in: O czasie, politykach i czasie polityków, hrsg. v. Elżbieta Tarkowska (Warschau 1996) 115–129, hier 117.

<sup>59</sup> Wóycicki, Opfer und Täter 293.

<sup>60</sup> Krzysztof Kiciński, PRL i dylematy historycznej pamięci, in: Demokracja po polsku, hrsg. v. Jacek Kurczewski (Warschau 1995) 18–31, hier 27.

<sup>61</sup> Janina Frasz, Nazwa Polska Rzeczpospolita Ludowa, jej ekwiwalenty i derywaty we współczesnej polszczyźnie, in: Acta Universitatis Wratislaviensis. Politologia 20 (1996) 127–141.

<sup>62</sup> Kraśko, Sojusz Lewicy Demokratycznej 117f.

<sup>63</sup> Andrzej Wajda, Tu było moje miejsce, in: Gazeta Wyborcza vom 25./26. März 2000, 10–13, hier 12; eine differenzierte Bewertung des Engagements für den Aufbau eines sozialistischen Polens nach 1945 auch bei Piotr Madajczyk, Verrat, Kollaboration, Passivität in der Geschichte der Volksrepublik Polen, in: Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte 3 (1999) Nr. 2, 185–213, hier besonders 204f.

flektierten Stimmen sind eher die Ausnahme. Noch immer spielen im historischen Bewußtsein der Polen Mythen „zur Erquickung der Herzen“ eine bedeutende Rolle, auch wenn man sie angeblich in Zeiten einer freiheitlichen Demokratie nicht mehr benötigt<sup>64</sup>.

Aufgrund des ausgehandelten Systemübergangs, des Mangels an einer ausdifferenzierten Parteienlandschaft und des Charakters der ehemaligen Opposition als sozialer bzw. vor allem kultureller Bewegung dient die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit vor allem der Abgrenzung zwischen den ansonsten schwer zu unterscheidenden politischen und gesellschaftlichen Interessengruppen<sup>65</sup>. Die Bevölkerung reagierte darauf in zweifacher Weise: Zum Teil schloß man sich dem im Post-Solidaritäts-Lager verbreiteten Denken an und huldigte einer vereinfachenden Dichotomie, die den kommunistischen Staat einer oppositionellen und zu keinen Kompromissen bereiten Bevölkerung gegenüberstellte. Gerade in den letzten Jahren ist jedoch zu beobachten, daß dieses dem romantischen Paradigma der polnischen Kultur entlehnte Erklärungsmuster seine Plausibilität verliert. Die zunehmende Kommerzialisierung der Kultur, die Vermischung von hoher und populärer Kultur spielen dabei eine wichtige Rolle<sup>66</sup>. In manchen Analysen wird der Niedergang des romantischen Paradigmas begrüßt, da damit der Weg zu weltanschaulicher Pluralität und liberalen Gesellschaftsentwürfen geöffnet werde<sup>67</sup>. Rasch hatte man nämlich erkannt, daß der moralische Rigorismus der ehemaligen Oppositionsbewegung, der soviel zur Delegitimierung der kommunistischen Staatsmacht beigetragen hatte, auch der Entstehung pluralistischer zivilgesellschaftlicher Strukturen entgegenstehen kann. Noch immer sind viele politische Akteure einem antikommunistischen Kollektivismus verhaftet, der die Legitimität jedweden anderen Standpunktes verneint und somit ein Lagerdenken propagiert, das der Entstehung einer diversifizierten politischen Öffentlichkeit entgegensteht<sup>68</sup>. Auch wenn der symbolischen Identitätspolitik der „Solidarität“ das Verdienst zugesprochen wurde, die ökonomischen Härten der Systemtransformation abgefedert zu haben, konnte man nicht übersehen, daß damit die Entstehung eines ausdifferenzierten Parteiensystems und einer an prag-

<sup>64</sup> Der Publizist Janusz Majcherek kritisiert diese Anhänglichkeit an historische Mythen, gleichzeitig sitzt er ihr in gewisser Weise ebenfalls auf, indem er in seinen Ausführungen das Polen nach 1989 konsequent als „Dritte Republik“ bezeichnet und damit dem Ausschluß der Volksrepublik aus der historischen Chronologie (unbewußt?) das Wort redet, vgl. zum Beispiel *Majcherek*, *Poprawka z historii*, in: *W poszukiwaniu* 7–15.

<sup>65</sup> Sehr kritisch dazu *Barbara Misztal*, *How to Deal Not With the Past: Lustration in Poland*, in: *Archives Européennes de Sociologie* 40 (1999) Nr. 1, 31–55.

<sup>66</sup> *Andrzej Szpociński*, *Przemiany kultury polskiej lat dziewięćdziesiątych*, in: *Borussia* 18/19 (1999) 124–132; *Traba*, *Świadomość historyczna* 155.

<sup>67</sup> *Maria Janion*, *Szanse kultur alternatywnych*, in: *Res Publica* 1991, Nr. 3; *Dariusz Gawin*, *Od romantycznego narodu do liberalnego społeczeństwa. W poszukiwaniu nowej tożsamości kulturowej w polityce polskiej po roku 1989*, in: *Kultura narodowa i polityka*, hrsg. v. *Joanna Kurczewska* (Warschau 2000) 181–206.

<sup>68</sup> *Król*, *Romantyzm* 58 f.

matischen Sachfragen ausgerichteten Politik verhindert wurde<sup>69</sup>. Wenn heute das Ende der postkommunistischen Epoche verkündet wird, dann nicht, weil diese Desiderata erfüllt wurden, sondern weil angesichts der Einbindung Polens in die Sachzwänge einer globalisierten kapitalistischen Wirtschaftsordnung die „Erschöpfung des Solidaritäts-Mythos in einem kommerzialisierten Staat (wo das ‚Gemeinwohl‘ eine Ware ist)“<sup>70</sup> eingetreten ist.

Vordringliche Aufgabe der Geschichtswissenschaft müßte es in dieser schwierigen gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationszeit sein, den oben skizzierten Haltungen gegenüber der Vergangenheit mit differenzierten Forschungen entgegenzutreten, um nicht nur „weiße Flecken“, die vor allem in der Zeitgeschichte zu verorten sind, aufzuarbeiten, sondern auch generell zu einer Entmythologisierung des Geschichtsbildes beizutragen. Dieser Aufgabe ist sie in den letzten anderthalb Jahrzehnten jedoch nur bedingt gerecht geworden. Die Gründe dafür sind sowohl fachimmanenter als auch äußerlicher Natur. Es wurde bereits erwähnt, daß die Wissenschaft nicht abstinenter gegenüber der historischen Symbolpolitik der Oppositionsbewegung blieb. Der polnische Opfermythos und eine gewisse Neigung, auch allgemeinesgeschichtliche Themen im Lichte der „polnischen Frage“ zu sehen, machen die Spezifik des thematischen Repertoires der polnischen Historiographie aus. Als nach 1989 die Auffüllung der „weißen Flecken“ möglich wurde, geschah dies sehr häufig in einem Duktus, der mit ethnisch-nationalem Sentiment an den martyrologischen Mythos des traditionellen polnischen Geschichtsbildes anknüpfte und den Blick auf das Leiden anderer Nationen bzw. nationaler Minderheiten sowie auf die Rolle von Polen als Tätern verstellte<sup>71</sup>.

Bei der Untersuchung der jüngsten Geschichte (d.h. der Entstehung und Entwicklung der Volksrepublik) kommt hinzu, daß die Historiker sich nicht autonom von ihrem gesellschaftlichen Umfeld bewegten: seit 1956 war die polnische Historikerzunft weder institutionell noch personell eindimensional organisiert und nur noch bedingt politischen Repressionen ausgesetzt. Der professionelle Alltag gestaltete sich eher unspektakulär; weniger heroischer Widerstand gegen die Staatsgewalt, sondern das mühselige und zähe Ringen mit der Zensur über Inhalte und

<sup>69</sup> Aus der umfangreichen Literatur dazu vgl. *Grzegorz Ekiert, Jan Kubik*, *Rebellious Civil Society. Popular Protest and Democratic Consolidation in Poland, 1989–1993* (Ann Arbor 2000); *Elżbieta Hałas*, *Transformacja w wyobraźni zbiorowej*, in: *Imponderabilia wielkiej zmiany. Mentalność, wartości i więzi społeczne czasów transformacji*, hrsg. v. *Piotr Sztompka* (Warschau, Krakau 1999) 69–87; *Winfried Thaa*, *Interesse und Identität in den Transformationsprozessen Ostmitteleuropas. Zum Stellenwert symbolischer Ressourcen der politischen Demokratie*, in: *Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs: Transformationsforschung Zwischenbilanzen* 10 (1999) Nr. 1, 14–29; *Reinhard Vesper*, *Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß: Die Rolle der Solidarność*, in: *Zivilgesellschaft im Transformationsprozeß. Länderstudien zu Mittelost- und Südosteuropa, Asien, Afrika, Lateinamerika und Nahost*, hrsg. v. *Hans-Joachim Lauth und Wolfgang Merkel* (Mainz 1997) 248–271.

<sup>70</sup> *Jadwiga Staniszkis*, *Postkomunizm. Próba opisu* (Danzig 2001) 251.

<sup>71</sup> *Marek Ziolkowski*, *Pamięć i zapomnianie: trupy w szafie polskiej zbiorowej pamięci*, in: *Kultura i Społeczeństwo* 45 (2001) Nr. 3–4, 3–22, hier besonders 19; s. auch *Traba*, *Świadomość historyczna* 159.



Darstellungsformen kennzeichnete die Beziehungen zwischen mehr oder weniger regimefernen Historikern und den Behörden<sup>72</sup>. Die bislang im Großen und Ganzen ausgebliebene Auseinandersetzung mit der eigenen Fachgeschichte hat zur Folge, daß die Ausdifferenzierung, die auch im Historikermilieu vor dem Hintergrund politischer Konflikte eintrat, kaum thematisiert wird. Polnische Wissenschaftler etwa, die im März 1968 aufgrund der antijüdischen bzw. „antizionistischen“ Propaganda ihre Arbeitsplätze verlassen mußten, wurden offiziell Opfer innerparteilicher Auseinandersetzungen; noch sehr wenig ist darüber bekannt, welche Fachkollegen sie ersetzten und wie diese ihren beruflichen Aufstieg auf Kosten anderer beurteilten. Publikationen anläßlich des dreißigsten Jahrestages der Märzereignisse werfen ein erstes Licht auf diesen Themenkomplex<sup>73</sup>. Gerade weil in den ersten Nachkriegsjahren und dann wieder seit 1956 das Verhältnis zwischen Historikern und Staatsmacht weniger durch planmäßige Repressionen und heroischen Widerstand, vielmehr durch gegenseitiges Dulden bzw. sich Arrangieren gekennzeichnet war, erhält die wissenschaftliche Beschäftigung mit dieser Zeit eine spezifische Note. Zwar gibt es inzwischen durchaus Studien zur Gesellschaftsgeschichte der Volksrepublik Polen, die sich von der Vorannahme befreit haben, der kommunistische Staat habe der Gesellschaft streng abgegrenzt gegenübergestanden, und die gerade die Grautöne im Beziehungsgeflecht Staat-Partei-Gesellschaft herausarbeiten. Nicht von ungefähr beziehen sich viele dieser Werke jedoch vor allem auf die Zeit des Stalinismus, während die Zustände der sechziger bis achtziger Jahre – bis zur Ausrufung des Kriegszustandes – bislang seltener untersucht wurden. Vor allem in der ersten Hälfte der neunziger Jahre hatten Fragen wie „War die Volksrepublik Polen ein besetztes Land?“<sup>74</sup> bzw. allgemein gehaltene historiosophische Erwägungen über den Charakter der Volksrepublik<sup>75</sup> unübersehbar Vorrang vor einer stärker ins Detail gehenden Betrachtung dieser Epoche, die Alltagsgeschichte, Strukturen von Kommunikation zwischen Regime und Gesellschaft oder Institutionengeschichte in den Blick nimmt. Ein Wandel tritt hier inzwischen allerdings ein<sup>76</sup>, der sicher nicht zuletzt dadurch begründet ist, daß der

<sup>72</sup> *Paczkowski*, Czarno-białe 193; vgl. dazu auch *Cenzura w PRL. Relacje historyków*; allgemeiner zum Funktionieren der Zensur *Aleksander Pawlicki*, *Kompletna szarość. Cenzura w latach 1965–1972. Instytucja i ludzie* (Warschau 2001).

<sup>73</sup> *Jacek Kochanowicz*: Marzec 1968 i życie intelektualne uniwersytetu, in: Marzec 1968. Trzydzieści lat później. Tom 1: Referaty, hrsg. v. *Marcin Kula*, *Piotr Osęka*, *Marcin Zaremba* (Warschau 1998); einen Einblick in die personelle Umgestaltung des Historischen Instituts der Polnischen Akademie der Wissenschaft gewährt das Dokument „Sprawozdanie Mariana Drozdowskiego na temat sytuacji w IH PAN“ in dem Quellenband Marzec '68. Między tragedią a podłością, hrsg. v. *Grzegorz Sołtysiak* und *Józef Stępień* (o.O. 1998) 372–374.

<sup>74</sup> Dazu *Andrzej Friszke*, War die Volksrepublik Polen ein besetztes Land? Ein Historikerstreit, in: *Forum für osteuropäische Ideen- und Zeitgeschichte* 1 (1997) Nr. 1, 231–250.

<sup>75</sup> Einen Überblick darüber vermitteln etwa *Polemiki wokół najnowszej historii PRL*, hrsg. v. *Anna Magierska* und *Anna Szustek* (Warschau 1994), *Anna Magierska*, *Dylematy historii PRL* (Warschau 1995) oder *Spór o PRL* (Krakau 1996).

<sup>76</sup> So publizieren seit ca. drei Jahren zum Beispiel in der in Warschau erscheinenden Reihe „w krainie PRL“ („Im Reich der PRL“) vor allem Historiker der jüngsten Generation wichtige Synthesen zur Gesellschafts- und Alltagsgeschichte der Volksrepublik.

sich vollziehende Generationswechsel immer mehr Wissenschaftlern die Bürde abnimmt, ihre Forschungen vor dem Hintergrund eigener lebensweltlicher Erfahrungen im Realsozialismus zu betreiben<sup>77</sup>.

Die Dominanz von Fragestellungen, die sich eher im traditionellen Rahmen politik- und ideologiegeschichtlicher Ansätze bewegen, war in den ersten Jahren der Systemtransformation sicher auch durch das gesamtgesellschaftliche Bedürfnis begründet, die als abgeschlossen angesehene Epoche der Volksrepublik mit normativen Urteilen zu versehen. Dafür spricht auch die Tatsache, daß sich an diesen Debatten eine große Anzahl von Nicht-Fachhistorikern beteiligte. Ebenfalls ausschlaggebend für die spezifische Betrachtung der jüngsten Vergangenheit erscheint zudem ein spezifisches Methodendefizit, das die polnische Geschichtsschreibung kennzeichnet. Während der Volksrepublik Polen half den Historikern vor allem die ungebrochene Kraft des (aus der Vorkriegszeit überkommenen) Positivismus bei der Immunisierung gegen die Maxime, nur eine nach marxistischen Deutungsmustern betriebene Geschichtsschreibung besitze wissenschaftlichen Charakter. Vielfach flüchteten Historiker vor dieser eindimensionalen methodologischen Zumutung in das reine Sammeln und Kompilieren angeblich objektiv feststellbarer Fakten<sup>78</sup>. Zwar war es nicht zuletzt die kreative Aneignung marxistischer Theorieansätze, die die polnische Geschichtswissenschaft nach 1945 auch international zu einem interessanten Gesprächspartner werden ließ, wie etwa Arbeiten von Witold Kula oder des der französischen Annales-Schule nahe stehenden Bronisław Geremek zeigen<sup>79</sup>. Doch kennzeichnet die Situation seit 1989 nicht so sehr die pluralistische Aneignung unterschiedlicher methodologischer Konzeptionen, von denen die marxistisch inspirierte eine von vielen wäre<sup>80</sup>, sondern ein grundsätzliches Mißtrauen gegenüber theoretisch-methodologischen Erwägungen. Nicht zuletzt der Wahrheitsanspruch, den die Bevölkerung nach der Überwindung des kommunistischen Systems und dessen Monopol der Weltdeutung an die Arbeit des Historikers stellt und dem man mit der Bereitstellung entsprechender Fakten Genüge zu tun glaubt, befördert diese Einstellung<sup>81</sup>. Besonders beunruhigend ist dabei die Beobachtung, daß nicht selten als „wahre Geschichte“ nun die anerkannt wird, die in diametraler Entgegensetzung zur „offiziellen Geschichte“ von vor 1989 steht<sup>82</sup>. Häufig sind es stilistisch leicht überarbeitete Positionen der vor 1989 im „zweiten Umlauf“ geschriebenen Geschichte, die heute zur neuen Lehrmeinung geworden sind<sup>83</sup>. Zu recht ist darauf hingewiesen worden, daß damit statt einer Verwissenschaftlichung eine Politisie-

<sup>77</sup> Stobiecki, *Between Continuity and Discontinuity* 226.

<sup>78</sup> Stobiecki, *Historia pod nadzorem* 135.

<sup>79</sup> Ebd. 131; Grabski, *Zarys historii* 215.

<sup>80</sup> So etwa die Einschätzung von Jerzy Topolski, *Zwischen Dogma und Pluralismus. Die Historiker und der Staat in Polen nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Historisches Bewußtsein und politisches Handeln* 121–128, hier 128.

<sup>81</sup> Middell, *Gibas, Hadler*, Sinnstiftung 8.

<sup>82</sup> Grabski, *Zarys historii* 240.

<sup>83</sup> Magdalena Mikołajczyk, *Jak się pisało o historii ... Problemy polityczne powojennej Polski w publikacjach drugiego obiegu lat siedemdziesiątych i osiemdziesiątych* (Krakau 1998) 232.

rung unter anderen Vorzeichen eingetreten ist, die umso gefährlicher ist, da sie methodologisch völlig unreflektiert erfolgt<sup>84</sup>.

Der Stellenwert, den historische Debatten heute vor dem Hintergrund veränderter politischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen einnehmen, ist weiterhin hoch. Ein eindrückliches Beispiel dafür ist etwa die Auseinandersetzung über die Bewertung des Mordes von Polen an jüdischen Polen, der im Jahr 1941 im Dorf Jedwabne stattgefunden hat<sup>85</sup>. Die Untersuchung der Ereignisse des Sommers 1941 zeigt deutlich, daß sich die Historikerkunft in einem prekären Spannungsfeld zwischen wissenschaftlicher Aufarbeitung und Arbeit am nationalen Selbstbild bewegt. Erstaunlicherweise haben professionelle Historiker bislang zu dieser Debatte relativ wenig beigetragen. Die wichtigeren Beiträge lieferten Soziologen, Anthropologen oder Kulturwissenschaftler<sup>86</sup>. Hier offenbaren sich vielleicht am deutlichsten die (methodologischen) Defizite, die die Geschichtswissenschaft nach den Jahren des autoritären Regimes belasten. In den Debatten geht es nicht allein um die faktographische Rekonstruktion der Ereignisse; sie zielen vielmehr auf den Kern des polnischen Selbstbildes, für das die romantische Opferperspektive noch immer eine wichtige Rolle zu spielen scheint. Selbst wenn die Quellengrundlage weniger unergiebig wäre, als es hier der Fall ist (stalinistische Verhörprotokolle, Aufzeichnungen von Überlebenden des Holocaust und äußerst sporadische Berichte deutscher Dienststellen), dürfte eine reine Kompilation von Fakten hier keinen Schlußpunkt bei der Bewertung der Ereignisse setzen<sup>87</sup>.

Vielleicht ist es die noch immer wichtige Bedeutung von Geschichtsbildern für die Identitätskonstruktionen im gegenwärtigen Polen, die die Scheu der Historiker vor solchen Themen begründet, die das nationale Selbstbild prekär werden

<sup>84</sup> *Grabski*, *Zarys historii* 243–246; *Stobiecki*, *Between Continuity and Discontinuity* 225–228.

<sup>85</sup> Auslöser der Debatte war das Buch von *Jan Tomasz Gross*, *Śsiedzi: historia zagłady żydowskiego miasteczka* (Sejny 2000); die deutsche Ausgabe: *Nachbarn. Der Mord an den Juden von Jedwabne* (München 2001).

<sup>86</sup> Die Beiträge der innerpolnischen Debatte in deutscher Übersetzung in: *Transodra* 23 (Dezember 2001): Die „Jedwabne Debatte“ in polnischen Zeitungen und Zeitschriften, hrsg. v. *Ruth Henning*. Eine weitere Sammlung von kurzen Stellungnahmen eher publizistischer Natur – darunter auch die einiger bedeutender polnischer Zeithistoriker – vereint der Band: *Thou Shalt Not Kill. Poles on Jedwabne* (Warschau 2001). Kurz nach Abschluß des Manuskriptes erschien allerdings die zweibändige Untersuchung zum Themenkomplex Jedwabne des Instituts für Nationales Gedenken (*Instytut Pamięci Narodowej*), in der wichtige Quellen und Aufsätze zum Thema versammelt sind, vgl. *Paweł Machcewicz*, *Krzysztof Persak* (Hrsg.), *Wokół Jedwabnego*, 2 Bde. (Warschau 2002).

<sup>87</sup> Zu der zum Teil naiv positivistischen Kritik an den Ausführungen Jan Tomasz Gross' in seinem Buch „*Nachbarn*“ vgl. *Bogdan Musiał*, *Thesen zum Pogrom in Jedwabne. Kritische Anmerkungen zu der Darstellung „Nachbarn“ von Jan Tomasz Gross*, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 50 (2002) 381–411. Daß es in dem Diskurs über Jedwabne nicht allein um die faktographische Rekonstruktion der Ereignisse des Jahres 1941 geht, sondern auch um die Bedeutung der Art des Erinnerns dieser Ereignisse für die gegenwärtige politische Kultur in Polen erläutert *Frank Golczewski*, *Der Jedwabne-Diskurs. Bemerkungen im Anschluß an den Artikel von Bogdan Musiał*, ebd. 412–437.

lassen. Zwar hat die polnische Historiographie etliche historische Tabus in den letzten 10 oder 15 Jahren aktiv aufgegriffen. Am augenscheinlichsten ist dies in Bezug auf die Beziehungen der Polen zu ihren nationalen Minderheiten bzw. ihren unmittelbaren Nachbarn. Dies ist um so wichtiger, da das Bild eines mono-ethnischen polnischen Nationalstaats als logischer Endpunkt der polnischen Geschichte ungleich stärker in das öffentliche Geschichtsbild eingedrungen ist als das Hinauslaufen der polnischen Geschichte auf ein kommunistisches Staatsmodell – wobei auch hier die Breitenwirkung nicht vernachlässigt werden sollte: Die Protestbewegungen der siebziger und achtziger Jahre entzündeten sich zu einem guten Teil an den nicht eingelösten Egalitätsversprechungen der Partei<sup>88</sup>.

Wenn es abschließend zu bewerten gilt, was das größte Defizit der historischen Forschung in Polen seit dem Systemwechsel ist, so sollte auf jeden Fall die mangelnde Auseinandersetzung mit der eigenen Fachgeschichte genannt werden. Das oberflächlich gesehen politisch relativ unversehrte Wirken der Zunft in der Volksrepublik sollte nicht zu der Annahme verführen, daß ihre Mitglieder frei von der Prägekraft von Geschichtsbildern gewesen sind, die auf die kommunistischen Machthaber, häufig aber auch auf geschichtspolitische Strategien der Vorkriegszeit zurückzuführen sind. Vielfach sind es gerade die „Leichen“, die noch aus vorkommunistischer Zeit im „Schrank“ des kollektiven Gedächtnisses aufbewahrt werden, die eine unheilvolle Verbindung mit den Mythen eingegangen sind, die sich in vierzig Jahren Volksrepublik verfestigen konnten<sup>89</sup>. Beispielhaft läßt sich dies etwa an den Vorwürfen des „Renegatentums“ an die Vertreter des „offenen Regionalismus“ im ehemaligen Ostpreußen zeigen: die Kulturgemeinschaft „Borussia“, die sich der Erforschung der multiethnischen Traditionen dieser europäischen Region verschrieben hat und die sich sowohl gegen den Zentralismus aus der Volksrepublik wie auch gegen den neuen Nationalismus seit 1989 wendet<sup>90</sup>, ist eines der Hauptangriffsziele einer Gruppe ebenfalls regionalgeschichtlich arbeitender Historiker, die (wieder) ganz offensiv mit der polnischen Staatsräson argumentieren, die die Wissenschaft zu verteidigen habe<sup>91</sup>. In diesem Konflikt zeigt sich die Kompatibilität nationaldemokratischer Geschichtspolitik aus der Vorkriegszeit zu den Konzepten der kommunistischen Macht hinsichtlich der positiv zu bewertenden ethnischen Einheitlichkeit der Volksrepublik.

<sup>88</sup> *Marcin Kula*, Polska 1980–1992: splot motywów społecznych i narodowych, in: *Przegląd Historyczny* 84 (1993) 221–231; *Kubik*, The Power of Symbols 243–253.

<sup>89</sup> *Ziółkowski*, Pamięć i zapomnianie 12–14 benennt vier solcher „Leichen“: die Polen vergessen den Beitrag anderer Ethnien zu ihrer Geschichte, sie minimieren Leiden der anderen bzw. sehen sich selbst nur als Opfer und vergessen, daß sie selbst auf Kosten anderer aus der Geschichte profitiert haben.

<sup>90</sup> *Traba*, Świadomość historyczna 160–163.

<sup>91</sup> Kwestia dziedzictwa kulturowego ziem pruskich, bearb. v. *Jolanta Bierula*, in: *Komunikaty Mazursko-Warmińskie* 2002 Nr. 1 (235) 123–136; *Włodzimierz Stępiński*, Konserwatyzm i etnocentryzm jako składowe niemieckiego odkrywania przeszłości Pomorza Zachodniego u schyłku naszego stulecia, in: *Pogranicze polsko-niemieckie. Przeszłość. Teraźniejszość. Przyszłość*. (Stettin 2001) 225–235; *Janusz Jasiński*, W obronie pojęcia „Warmia i Mazury“, in: *Zapiski Historyczne* 66 (2001) Nr. 4, 165–175.

*Hans Lemberg*

## Die Rolle von Geschichte und von Historikern im Zusammenhang mit der „Samtenen Revolution“ in der Tschechoslowakei

Zunächst eine Momentaufnahme: Im September 1999 hat in Königgrätz/Hradec Králové der VIII. tschechische Historikertag stattgefunden, der recht unerwartet stellenweise aus dem Ruder zu laufen drohte<sup>1</sup>. In der tschechischen Presse fiel (wohl zum ersten Mal auf die tschechische Geschichtswissenschaft angewendet) das ironisch verwendete deutsche Wort *historikerštrajt*. Was war geschehen?

Eine Anzahl meist jüngerer Historikerinnen und Historiker hatten sich gegen die ihrer Meinung nach auch nach zehn Jahren seit der „Samtenen Revolution“ von 1989 weiter wirksamen Tendenzen aus der Husákschen „Normalisierungs-Ära“ in der tschechischen Geschichtswissenschaft ausgesprochen, den überfälligen Generationswechsel angemahnt und den Zustand der Institutionen und der Förderung der Geschichtswissenschaft kritisiert. Deutlich hörbar schwang dabei das Mißvergnügen an einer national affirmativen, innerlich dem apologetischen Denken der sog. „Wiedergeburt“-Epoche des 19. Jahrhunderts, des *obrození*, verpflichteten Sicht der eigenen Nationalgeschichte mit. Diese Diskussion wurde daraufhin in den Folgemonaten in periodisch veranstalteten „Historischen Diskussionsforen“ und in einigen Publikationen weiter traktiert; die Diskussionen sind auch großenteils im Druck und im Internet nachzulesen<sup>2</sup>.

Eine andere Beobachtung: Im Oktober 1998 begründete der tschechische Ministerpräsident Miloš Zeman während eines Besuches in Österreich gegenüber dem Bundeskanzler Viktor Klima die gemeinsame Entschlossenheit, eine österreichisch-tschechische Historikerkommission einzurichten, folgendermaßen: Die Politiker seien zuständig für die Gegenwart und die Zukunft, aber „die Geschichte gehört den Historikern“ (*Historie patří historikům*). Schon die hier of-

<sup>1</sup> VIII. Sjezd českých historiků Hradec Králové 10.–12. září 1999, hrsg. v. Jiří Pešek (Prag 2000). Dazu: *Christiane Brenner*, VIII. Kongreß der tschechischen Historiker, in: *Bohemia* 40 (1999) 507–510.

<sup>2</sup> Eine vorzügliche Auswahl von Diskussionsbeiträgen zum Historikertag und in den „Foren“ danach bringt die Webseite ><http://www.clavmon.cz/archiv/polemiky/index.html><. Vgl. eine weitere Diskussion unmittelbar zum Historikertag: ><http://www.scriptorium.cz/sjezd.htm><. (Abruf jeweils Dez. 2003).

fensichtlich als Muster dienende Einrichtung einer deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission gleich nach der Wende im Frühjahr 1990 war ein solcher Delegationsakt: Die unangenehme Vergangenheit sollte den Experten zur Bereinigung übergeben werden<sup>3</sup>. Die demonstrative Abstinenz der Politiker von einer Befassung mit den Folgen der Geschichte fand Niederschlag auch in der Formulierung der Deutsch-Tschechischen Erklärung von Januar 1997, man wolle die deutsch-tschechischen Beziehungen „nicht mit aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen“ belasten<sup>4</sup>.

Schon damals mußte man freilich skeptisch sein, denn eine solche Arbeitsteilung zwischen Politik und Historikern läßt sich nur so lange durchhalten, wie diese Vergangenheit einen nicht politisch einholt. Das ist im Wahljahr 2002 leider in einem geradezu bedrückenden Ausmaß geschehen, und so hing das tschechisch-deutsche Verhältnis seit den Äußerungen des Ministerpräsidenten Zeman im Frühjahr 2002 längere Zeit in seiner Geschichte fest, bzw. in dem Teil davon, der von den Interessenten zusammenhanglos daraus herausgegriffen wird – Geschichtswissenschaft hin, Historikerkommission her<sup>5</sup>. Inzwischen ist in diesen Debatten, die unaufhörlich um die sog. „Beneš-Dekrete“ und die Forderung kreisten, diese noch vor Eintritt der Tschechischen Republik in die Europäische Union für ungültig zu erklären, eine wohl tätige Ermüdung eingetreten, zu der sicher auch beigetragen hat, daß die Überschwemmungs-Katastrophe von Moldau und Elbe im August 2002 wichtigere Probleme in den Vordergrund stellte; gleichwohl scheinen dauerhafte Auswirkungen dieser Frühjahrskrise von 2002 auch auf das populäre Geschichtsbild einerseits und auf die Auffassung der Historiker von ihrer Wissenschaft, ihre Verantwortlichkeit und Reichweite andererseits nicht ausgeblieben zu sein.

Um die Bedeutung dieses Koordinatennetzes (Geschichte als fortwährende nationale Leitwissenschaft, Geschichte als Dienerin der Macht und die Flucht aus der Geschichte) und die Fragen nach dem Stellenwert der Historie und der Historiker gerade in der Umbruchszeit von 1989 ermes sen zu können, soll zunächst ein Blick zurück in die Vergangenheit gerichtet werden.

<sup>3</sup> Siehe die Erklärung der Außenminister (der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik) zur Gründung einer deutsch-tschechoslowakischen Historikerkommission. (Hektographiertes Merkblatt aus dem Auswärtigen Amt der Bundesrepublik Deutschland ohne Datierung [Anfang 1990] 1 Seite).

<sup>4</sup> Deutsch-tschechische Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftige Entwicklung (Prag, 21. Januar 1997) Deutscher Bundestag, Drucksache 13/6787.

<sup>5</sup> Eine Analyse bietet: *Michal Kopeček, Miroslav Kunštát*, Tzv. sudetoněmecká otázka v české akademické debatě po roce 1989. Erscheint voraussichtlich in: Soudobé dějiny. Ich danke den Autoren, daß sie mir den Text vorab zur Verfügung gestellt haben.

## I. Entwicklung eines tschech(oslowak)ischen Geschichtsbildes

In der tschechischen Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts hatte die Geschichte eine Art national-ideologische Leitfunktion. In dem von F. Palacký entworfenen und von T. G. Masaryk weiterentwickelten Geschichtsbild wurde ein positives Figurenbündel (Hus, Reformation, Tschechentum, nationale Wiedergeburt [*obrození*], Demokratie) einem negativen (Katholizismus, Habsburg = die Deutschen, „Theokratie“) gegenübergestellt; dies spielte bei der Einwerbung alliierter Sympathien vor der Entstehung der Ersten Tschechoslowakischen Republik 1918 eine wichtige Rolle<sup>6</sup>.

Allerdings konnten gerade der antikatholische Akzent des offiziellen Geschichtsbildes der Ersten Tschechoslowakischen Republik und deren propagierte Distanz zum „Österreichertum“ wie zum deutschen kulturellen Umfeld weder auf die katholischen Slowaken, noch auf die relativ große deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei<sup>7</sup> integrativ wirken. Alternativen dazu vermochten sich nicht durchzusetzen (z. B. Josef Pekař, der dem katholischen Element und dem Barockzeitalter gegen die etablierte Vorstellung vom „Temno“, dem „dunklen Zeitalter“, mehr Gewicht zumaß). Die neueingerichteten Lehrstühle für Tschechoslowakische Geschichte in Bratislava/Preßburg, die die Idee des Tschechoslowakismus fördern sollten, erwiesen sich ganz gegen ihre Absicht als Pflanzstätte einer neuen slowakischen Geschichtswissenschaft<sup>8</sup>.

In der „Okkupationszeit“ (1938/39–1945) war bei weitgehender Repression der tschechischen Historie – wenn überhaupt – nur ein äußerst reduziertes, auf das Reich, das Deutschtum und allenfalls auf unpolitische Aspekte der tschechischen Kultur bezogenes, auf die vornationale Zeit beschränktes Geschichtsbild zugelassen<sup>9</sup>.

<sup>6</sup> Zur Geschichte der tschechischen Historiographie: *František Kutnar, Jaroslav Marek, Přehledné dějiny českého a slovenského dějepisectví. Od počátků národní kultury až do sklonku třicátých let 20. století* (Prag 1997). Dazu auch: *Eugen Lemberg, Das Bild der Deutschen im tschechischen Geschichtsbewußtsein*, in: *Ostdeutsche Wissenschaft* 8 (1961) 133–155.

<sup>7</sup> Oft wird vergessen, daß es mehr deutsche als slowakische Bürger in der Ersten Tschechoslowakischen Republik gegeben hat.

<sup>8</sup> *Hans Lemberg, Gibt es eine tschechoslowakische Geschichte? Versuche einer nationalen Geschichtsintegration*, in: *Osteuropa in Geschichte und Gegenwart. Festschrift für Günther Stökl zum 60. Geburtstag*, hrsg. v. *H. Lemberg, P. Nitsche, E. Oberländer* (Köln, Wien 1977) 376–391. Demnächst erscheinen die Referate einer Tagung des Collegium Carolinum über slowakische Historiographie in: *Bohemia* 44 (2003) Heft 2.

<sup>9</sup> So die wichtigste historische Publikation aus der Protektoratszeit mit den sprichwörtlich gewordenen Titel: *Co daly naše země Evropě a lidstvu. Od slovanských věrozvěstů k národnímu obrození* (Prag 1940). Signifikant war die Umschreibung des etablierten Gymnasialgeschichtsbuches von Josef Pekař in der Protektoratszeit; vgl. *Hans Lemberg, Ein Geschichtsbuch unter drei Staatssystemen: Josef Pekařs Oberklassenlehrbuch von 1914–1945*, in: *Deutsch-tschechische Beziehungen in der Schulliteratur und im populären Geschichtsbild*, hrsg. v. *Ferdinand Seibt und Hans Lemberg* (Studien zur internationalen Schulbuchforschung 28, Braunschweig 1980) 78–88.

## II. Nach 1945

1945 sah es zunächst nach einer Wiederaufnahme des Geschichtsbildes der Ersten Republik aus. Der durch die Schließung der tschechischen Hochschulen von November 1939 bis Mai 1945 entstandene Stau bewirkte, daß eine relativ große Studentenkohorte 1945 das Studium der Geschichte aufnahm; sie geriet noch vor dessen Beendigung in die Turbulenzen der „Säuberung“ der Universität nach dem kommunistischen Februarumsturz 1948<sup>10</sup>. Wegen des inzwischen eingetretenen biologischen Generationswechsels und der von den Kommunisten betriebenen Ausschaltung „bürgerlicher“ Historiker war der Neuaufbau der tschechoslowakischen Historikerschaft im Geiste des Marxismus-Leninismus – anders als etwa in Polen – von beachtlicher Homogenität.

Das zügig konstruierte Geschichtsbild der 50er Jahre enthielt – abgesehen von den obligaten Elementen der Geschichte der Kommunistischen Partei – die fast vollständige Übernahme des traditionellen nationalen Geschichtsbildes – mit gewissen Adaptationen (die Hussiten beispielsweise galten jetzt weniger als religiöse, denn vor allem als soziale Revolutionsbewegung) und mit Ausnahme der nunmehr negativen Bewertung der „bourgeois“ Führung der Ersten ČSR mit Masaryk und Beneš, denen die Verfälschung der nationalen Traditionen vorgeworfen wurde<sup>11</sup>: Die Kommunisten seien jedenfalls die wahren Erben der nationalen Geschichte<sup>12</sup>. Die straffe ideologische Zentralisierung und Durchsetzungsmöglichkeit des Systems konnte darüber hinaus – um beim Beispiel der Hussitenbewegung zu bleiben – eine geradezu flächendeckende Etablierung dieser Sicht bewirken: in Schullehrbüchern, in Museen, neuen Zeitschriften, ja in der aufwendigen Restaurierung von Hussens Predigtkapelle in der Prager Altstadt, und sogar im Staatswappen. Dieses erhielt – ziemlich einzigartig in der Heraldik – die Form eines fünfeckigen „Hussitenschildes“. Hand in Hand mit dieser Adaptation des nationalen Geschichtsbildes ging eine ambivalente Beurteilung der Ersten Repu-

<sup>10</sup> Jan Havránek, Die Prager Universität nach dem Zweiten Weltkrieg, in: Universitäten in nationaler Konkurrenz. Zur Geschichte der Prager Universitäten im 19. und 20. Jahrhundert. Vorträge zweier Tagungen der Historischen Kommission für die böhmischen Länder (vormals: der Sudetenländer) 1996 und 1997. Im Auftrag der Historischen Kommission für die böhmischen Länder herausgegeben von Hans Lemberg. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 86, München 2003) 207–214; Dějiny Univerzity Karlovy, Bd. 4 (1918–1990) hrsg. v. Jan Havránek und Zdeněk Pousta (Prag 1998) bes. 2. Teil ab S. 235.

<sup>11</sup> Aus der „Anschwartzungsliteratur“ gegen Masaryk und Beneš: Dokumenty o protilidové a protinárodní politice T. G. Masaryka: Sborník dokumentů (Knihovna dokumentů o předmnichovské kapitalistické republice 1, Prag 1953); Václav Král, O Masarykově a Benešově kontrarevoluční protisovětské politice (Prag 1954); Dokumenty o protisovětských piklech československé reakce. Z archivního materiálu o kontrarevoluční činnosti Masaryka a Beneše v letech 1917–1924 (Prag 1954). Diese Phase wird aus zeitgenössischer Sicht kritisch bewertet von Ferdinand Seibt, Bohemica. Probleme und Literatur seit 1945 (HZ, Sonderheft 4, München 1970) 194–279.

<sup>12</sup> Zdeněk Nejedlý, Komunisté, dědici velkých tradic českého národa (Prag 1946).



blik. Ihr bourgeois Charakter erschien zwar als höchst verdammenswert, ihre Existenz selbst aber wurde patriotisch-positiv gewertet<sup>13</sup>.

### III. Von der „Normalisierung“ zur „Samtenen Revolution“

Die fast durchweg junge Generation tschechischer marxistischer Historiker war in den 60er Jahren durch Auslandskontakte und Auseinandersetzung mit westlicher Literatur aus der hermetischen Abgeschlossenheit dieser Geschichtsauffassung herausgetreten und erwies sich bald in vielen ihrer Vertreter als aufsehenerregend gesprächs- und konkurrenzfähig im internationalen Rahmen.

Und so betrafen die Folgen der Niederschlagung des „Frühlings“ von 1968 ganz zentral die Geschichtswissenschaft. Die Säuberungen der „Normalisierungs“-Ära unter Husák bewirkten eine Dreiteilung der Historikerschaft: In den Instituten und Universitäten gaben angepasste und mediokre Historiker den Ton an, entsprechend sank schlagartig das Niveau der zentralen Zeitschriften und Publikationen<sup>14</sup>. Fast alle diejenigen, die sich zuvor kreativ am Rande oder ganz außerhalb der Partei-Orthodoxie profiliert hatten und international bekannt geworden waren, wurden mit Berufsverbot belegt<sup>15</sup>. Dazwischen konnte eine sogenannte „graue Schicht“ zwar in Instituten weiter arbeiten, aber entweder auf peripheren Fachgebieten oder in subalternen Funktion<sup>16</sup>. Unter den ganz Verdrängten wuchs trotz schwerer Lebensbedingungen und Polizeiüberwachung die Beteiligung an Dissidenten-Organisationen (Charta '77); wissenschaftliche Manuskripte wurden in die Schublade produziert und in zunehmendem Maße im *samizdat* veröffentlicht. Ein wichtiger Faktor, der das Durchhalten ermöglichte, waren die Verbindungen mit dem Ausland und die dortigen effizienten Stützpunkte<sup>17</sup>.

<sup>13</sup> Přehled československých dějin, Díl 3. 1918–1945 (Prag 1960) passim; Karel Pomažl, Vznik ČSR 1918. Problém marxistické vědecké interpretace (Prag 1965); Jurij Křížek, Oldřich Říha, Bez Velké říjnové socialistické revoluce by nebylo Československa. Boj české a slovenské dělnické třídy za svobodu v letech 1917–1920 (Za svobodu lidu 5, Prag 1951).

<sup>14</sup> Über die Ergebnisse dieser Situation für die Darstellung der Geschichte der Zwischenkriegszeit: Pavel Zeman, Na okraj historiografie dějin první republiky v období tzv. normalizace, ><http://www.clavmon.cz/archiv/polemiky/prispevky/zemannaok.htm><, Abruf: Dez. 2003.

<sup>15</sup> Eine Hauptkampfschrift der beginnenden „Normalisierungs“-Ära: Myšlenkový svět historie (Acta Universitatis Carolinae. Philosophica et Historica 54, Prag 1974). Ein Einblick in die Alltagswelt ausgeschalteter Historiker: Václav Kural, Kus života s Křenem, in: Occursus – setkání – Begegnung. Sborník ku počtí 65. narozenin prof. dr. Jana Křena, hrsg. v. Zdeněk Pousta, Pavel Seifter u. Jiří Pešek (Prag 1996) 13–19.

<sup>16</sup> Ein Zeitdokument (noch vor Gründung der Charta '77) mit Übersicht über die Repressionsmaßnahmen: Acta persecutionis: A Document from Czechoslovakia. Presented to the 14. International Congress of Historical Sciences (San Francisco, Ca. 1975).

<sup>17</sup> Vilém Prečan, Československé dokumentační středisko nezávislé literatury v Scheinfeldu-Schwarzenbergu v letech 1986–1994, in: Česká nezávislá literatura po pěti letech v referátech, hrsg. v. František Kautman (Prag 1995) 86–97; ders., Unabhängige Literatur und Samizdat in der Tschechoslowakei der 70er und 80er Jahre (Prag 1992). Eine Reihe von Ver-

Unerwartet und radikal änderte sich die Situation seit dem November 1989. Ebenso wenig wie in der DDR hatte es in der ČSSR eine Art von Perestroika-Vorlauf gegeben. Die KPČ hatte gar keine Möglichkeit, sich nach und nach umzuorientieren. Damit entfiel auch das qualvolle Nachdenken wie in der sowjetischen Historiographie, ob denn Lenin besser gewesen sei als Stalin<sup>18</sup> oder – entsprechend – Gottwald besser als Husák. Das System brach von einem auf den anderen Tag zusammen. Nichts blieb davon übrig, so daß auch nachträglich das von der parteitreuen Historiographie kontaminierte Gelände von Historikern kaum mehr betreten wird (Ausnahmen s.u.); dazu gehört vor allem die Geschichte der KPČ, ja selbst die der Arbeiterbewegung. So wird zum Beispiel derzeit die Arbeiterschaft in der kommunistischen Tschechoslowakei vor allem von der vom Münchner Peter Heumos geleiteten Arbeitsgruppe untersucht<sup>19</sup>.

Das Aufhören des Zwangsregimes geschah gerade noch rechtzeitig für diejenigen, die die zwanzig Jahre der Repression überlebt hatten: Die Angehörigen der ehemals jungen Generation der 50er Jahre konnten jetzt als Sechzig- bis Siebzigjährige meist wieder in Universitäten und Instituten aktiv werden, oft sogar in Leitungspositionen.

Die für diese Tagung gestellte Frage nach der Beteiligung der Historiker an der „Delegitimierung“ des kommunistischen Systems stellt sich somit wohl anders: Das System der Normalisierungs-Ära galt außerhalb der Parteikader bereits seit längerem weitgehend als delegitimiert; die Dissidenten-Historiker, die zu den stärksten Berufsgruppen unter den Charta '77-Unterzeichnern gehörten, erschienen als Teil der Stimme dessen, was Václav Havel als die „Wahrheit“ zu bezeichnen pflegte und was sich nun, gemäß der traditionellen Staats-Devise „Die Wahrheit siegt“, wieder entfalten konnte. Allerdings gewann man jetzt manchmal den Eindruck, daß nach dem Zerfall des Normalisierungs-Regimes dessen Anspruch auf Deutungsmonopol bisweilen – mit umgekehrten Vorzeichen – von denen übernommen wurde, die unter einem solchen Monopol bis dahin zu leiden hatten. Diese Prägung durch die jahrzehntelange politische bzw. Wissenschaftskultur ließ

öffentlichungen zur historiographischen Produktion der Dissidenten s.: *Věra Břenová* u. a., Bibliografie českých / československých dějin 1918–1995. Výběr knih, sborníků a článků vydaných v letech 1990–1995, 2 Bde. (Prag 1997); *Jan Vlk*, Minulost a dějiny v českém a slovenském samizdatu 1970–1989 (Brünn 1993). Zu Exil und Samizdat generell: Im Dissens zur Macht: Samizdat und Exilliteratur der Länder Ostmittel- und Südosteuropas, hrsg. v. *Ludwig Richter* (Berlin 1995).

<sup>18</sup> Dazu *Joachim Höslér*, Die sowjetische Geschichtswissenschaft 1953 bis 1991. Studien zur Methodologie- und Organisationsgeschichte (Osteuropastudien der Hochschulen des Landes Hessen, Reihe 2, Marburger Abhandlungen zur Geschichte und Kultur Osteuropas 34, München 1995).

<sup>19</sup> *Peter Heumos*, Industriearbeiter in der Tschechoslowakei 1945–1968. Ergebnisse eines Forschungsprojekts, in: *Bohemia* 44 (2003) 146–171; *ders.*, Arbeiter im Staatssozialismus. Industriearbeiter in der Tschechoslowakei, der DDR und Polen, sowie *Christoph Boyer*, Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung: Ein Leitfaden in theoretischer Absicht, in: *Bohemia* 42 (Sonderheft „Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung“ 2001) 205–219 sowie andere Beiträge dieses Heftes.

jetzt eine Wertschätzung des Pluralismus erst als Gegenstand einer Einübung erscheinen, die längere Zeit in Anspruch nehmen würde.

Historiker waren zwar in der die „Samtene Revolution“ tragenden Bürgerbewegung<sup>20</sup> maßgeblich vertreten, hatten aber nach 1990 keine Spitzenpositionen im Staat inne, wie das in Ungarn oder Polen der Fall war. Gleichwohl waren Historiker „dabei“, meist in der Rolle von Beratern. Die Enge der Beziehungen (beispielsweise zum Präsidenten der Republik, ins Außenministerium u. dgl.) war auch dadurch bedingt, daß die politische Klasse klein und die persönlichen Verbindungen aus der Dissidentenzeit außerordentlich eng waren – das konnte sich positiv oder negativ auswirken (im Sinne von Berater-Funktion oder von erbitterter Polemik). Im Schlußreferat des erwähnten Königgrätzer Historikertags wies Jaroslav Mezník darauf hin, daß das politische Engagement der tschechischen Historiker in der Vergangenheit groß gewesen sei: Palacký habe den Ehrentitel „Vater der Nation“ erhalten, Pekař habe fast für das Präsidentenamt der Republik kandidiert, Krofta und Šusta seien Minister gewesen, in der Okkupationszeit wie in den 50er Jahren seien Historiker eingekerkert, sogar hingerichtet worden, und in den 70ern hätten zahlreiche Historiker die Charta '77 unterzeichnet; die heute zwar noch vorhandene Beteiligung von Historikern am politischen und öffentlichen Leben lasse allerdings in der „jüngeren Historikergeneration“ nach<sup>21</sup>.

Damit kann Mezník wohl vor allem die heute Dreißig- bis Vierzigjährigen gemeint haben, kaum jedoch diejenigen, die heute an die 50 Jahre alt sind, in der „Normalisierungs“-Zeit ausgebildet wurden und dabei viel von Lehrern aus der „grauen“ Schicht profitierten. Angehörige dieser Generation haben sich meist vor 1990 kaum je auf das 19. und 20. Jahrhundert spezialisieren können; sie waren bis dahin meist fachlich wie beruflich in Nischen tätig: in der Frühen Neuzeit oder im Mittelalter und sehr oft in Archiven. Heute sind sie z.T. schon in führende Fachpositionen in Hochschulen oder Akademieinstituten eingerückt oder befinden sich angesichts des in der Tschechischen Republik langsameren akademischen Generationswechsels noch in Wartestellung.

#### IV. Veränderungen seit 1990

Institutionell hat sich seit 1990 viel geändert, wenn auch keineswegs mit der Härte, mit der Institute und Professuren der ehemaligen DDR „abgewickelt“ wurden. In der Tschechoslowakei wurden kompromittierte Stelleninhaber zwar oft, aber nicht immer durch „Rehabilitationsfälle“ ersetzt und traten dann ggf. lediglich in die zweite Linie zurück. Das „Lustrationsgesetz“<sup>22</sup> bekräftigte diese

<sup>20</sup> Občanské fórum (Bürgerforum).

<sup>21</sup> Jaroslav Mezník, *Etika historikovy práce*, in: VIII. Sjezd 327–330.

<sup>22</sup> Gesetz Nr. 451/1991 Slg. v. 4. Okt. 1991 über Voraussetzungen für die Ausübung von einigen staatlichen Funktionen, mit späteren Veränderungen: ><http://www.psp.cz/docs/laws/fs/451.html><. Vgl. ausführlich zur Frage der Bewältigung (nicht nur) der kommunistischen Vergangenheit: *Christiane Brenner*, Vergangenheitspolitik und Vergangenheitsdiskurs

Tendenz, da jetzt durch Zusammenarbeit mit dem Regime Belastete nicht Direktoren oder Lehrstuhl-Leiter sein durften, sie konnten aber deren Stellvertreter werden. Der VII. tschechische Historikertag (1993) glaubte noch, für die Historiker einen „Schlußstrich“ unter die kommunistische Vergangenheit setzen zu können<sup>23</sup>. Die so schonende Behandlung der ehemals Regimetreuen, die jetzt oft weiter lehren und – meist als gewendete Demokraten – publizieren konnten, hatte zwar den Vorteil, daß es weniger Härtefälle gab als etwa in der Ex-DDR; spätestens seit dem Historikertag von Königgrätz aber wird das Aufbegehren der heute Jungen gegen angebliche Altkommunisten, die die Stellen besetzt halten, immer hörbarer<sup>24</sup>. Dabei werden bisweilen auch die ehemals relegierten, jetzt aber zurück gekehrten Reformkommunisten von 1968 in diese Kategorie einbezogen; zu ihrem Ärger, denn hatten sie nicht ihren Kommunismus durch zwei Jahrzehnte Berufsverbot „abgebüßt“? Der Wandel verzögert sich noch dadurch, daß die Emeritierungsgrenze wie in Österreich spät liegt (bei 70 Jahren) und zudem mancher Professor sich angesichts der miserablen Ruhestandsbezüge müht, so lang wie möglich weiterzuarbeiten.

In organisatorischer Hinsicht sind (ebenfalls im Unterschied zur ehemaligen DDR, wo die Struktur der Akademie der Wissenschaften der DDR ganz aufgelöst wurde) die bis dahin überdimensionierten Akademieinstitute meist erhalten geblieben<sup>25</sup>, wenn auch mit erheblicher Verringerung der Stellenzahl; im historischen Bereich kamen sogar zwei wichtige Akademie-Institute hinzu: das wiederbegründete Masaryk-Institut sowie ein neues für Zeitgeschichte. Zunächst konnte man befürchten, gerade dieses werde wegen der Nähe zum Präsidenten der Republik wieder ein Institut zur Glorifizierung des bisherigen Dissidententums, so wie in der Ersten Republik die damalige „Gedenkstätte des Widerstandes“ es in Hinsicht auf die Staatsgründer um Masaryk gewesen ist; dann aber erwies sich bald, daß es diesmal gelang, ein international vernetztes Zeitgeschichtsinstitut mit Niveau zu schaffen, das gleichwohl viel zur historischen Bewältigung des letzten Halbjahrhunderts beiträgt.

Im Bereich der Universitäten sind die größten Änderungen die Gründung neuer Universitäten außerhalb von Prag oder Brünn u. a., die etwa mit den Vorgängen in der Bundesrepublik in den 60er-70er Jahren zu vergleichen ist, wenn auch unter ungünstigeren Bedingungen; meist handelt es sich dabei um die Aufwertung von früheren Pädagogischen Fakultäten oder Institutionen fachhoch-

in Tschechien 1989–1998, in: *Vergangenheitsbewältigung am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts*, hrsg. v. *Helmut König, Michael Kohlstruck u. Andreas Wöll* (Leviathan Sonderheft 1998). Vgl. auch *Bohemia* 34 (1993): Sonderausgabe: *Vergangenheitsbewältigung: Was kann die Geschichtswissenschaft beitragen?*

<sup>23</sup> VII. sjezd českých historiků. Praha 24.–26. září 1993 (Prag 1994).

<sup>24</sup> Zum Thema der „Kontinuität“ auch in diesem Sinne s. *Martin Nodl*, *Kontinuita a diskontinuita české historické vědy* (Janu Křenovi, kterého trápí budoucnost českého dějepisectví), in: *O dějinách a politice. Janu Křenovi k sedmdesátinám*, hrsg. v. *Jiří Pešek u. Oldřich Tůma* (Prag 2001) 191–208.

<sup>25</sup> Eine der Ausnahmen war das Institut, das zuletzt „Institut für osteuropäische Geschichte“ hieß und dessen Reste im Historischen Institut aufgingen.

schulartigen Typs. Manchmal ist dort mehr Innovation zu finden als in traditionsreichen Philosophischen Fakultäten, wo es im historischen Bereich die in Hinsicht auf die dringend notwendige Kontextualisierung der nationalen Geschichte nicht sehr sinnvolle Einteilung der Institute in solche für Tschechische Geschichte und für Weltgeschichte trotz anfänglicher Reformversuche<sup>26</sup> immer noch gibt und wo es – gerade an der Prager Karls-Universität – bisweilen deutlich kriselt<sup>27</sup>. Einen Ersatz bieten da manchmal alternative neu gegründete Arbeitsbereiche der Historiker an der gleichen Universität, so das Institut für Internationale Studien an der neuen Sozialwissenschaftlichen Fakultät oder die noch neuere Humanistische Fakultät in Prag, die recht erfolgreich arbeiten und ausbilden. Insgesamt ist die Forschung, die seit den 50er Jahren quasi bei den Akademien monopolisiert war, 1990 auch an die Universitäten mit vollem Gewicht zurückgekehrt<sup>28</sup>.

In der Öffentlichkeit ist das Interesse an Geschichte weiterhin groß; das manifestiert sich zum Beispiel in der Besucherzahl großer Ausstellungen, in der Häufigkeit des Austrags von Polemiken unter Historikern, historisierenden Politologen und Journalisten in Tageszeitungen oder in populärwissenschaftlichen Historiker-Organen von hoher Qualität, insbesondere von „*Dějiny a současnost*“ (Geschichte und Gegenwart), einer Zweimonatsschrift, die ihre erste Blüte in den 60er Jahren hatte, dann der „Normalisierung“ zum Opfer fiel und 1990 wiedererstanden ist. Ihr ist, den *cultural turn* ausnutzend, eine auf Kulturgeschichte spezialisierte Zeitschrift „*Kuděj*“ an die Seite getreten<sup>29</sup>.

Wie ist die Situation in der Slowakei seit der Staatstrennung 1993? Hier kann nur angedeutet werden: Die slowakische Nationalbewegung steckte bis zum Ersten Weltkrieg noch in den Anfängen; in der Ersten Tschechoslowakischen Republik wurde vergeblich versucht, sie abzubiegen in das synthetische *nation building* des Tschechoslowakismus. Die innen- und außenpolitischen Vorzeichen des ersten kurzfristigen slowakischen Nationalstaats 1939–1945 erwiesen sich als ungünstig. Das autoritäre Regime des Slowakischen Staates war seit 1945 verfeimt; slowakische Geschichtskultur konnte sich unter dem kommunistischen Regime nur auf die Erweckergeneration der Mitte des 19. Jahrhunderts stützen und auf die Momentaufnahme eines Slowakischen Volksaufstandes von 1944, der gleichzeitig eine Art Ehrenrettung für den Tschechoslowakischen Widerstand bedeutete und symbolische Wirkungen hatte: In dem Staatswappen der ČSSR wurde der

<sup>26</sup> Briefliche Mitteilung des inzwischen verstorbenen Prof. Dr. Otto Urban, Karls-Universität Prag, ca. 1991.

<sup>27</sup> Ein gutes Zeichen für die Offenheit der Auseinandersetzungen ist, daß auch diese Streitigkeiten sofort breitesten Niederschlag im Internet finden, hier z.B.: ><http://senat.ff.cuni.cz/diskuze/historie/><.

<sup>28</sup> Zu den organisatorischen und inhaltlichen Veränderungen in der tschechischen Geschichtswissenschaft siehe umfassend: *Alena Mišková*, Die tschechische Historiographie der letzten zehn Jahre, in: *Klio ohne Fesseln? Historiographie im östlichen Europa nach dem Zusammenbruch des Kommunismus*, hrsg. v. *Alojz Ivaníši*, *Andreas Kappeler*, *Walter Lukan* u. *Arnold Suppan* (Österreichische Osthefte, Sonderbd. 16, Wien u. a. 2002) 267–286.

<sup>29</sup> Von „*kulturní dějiny*“ (Kulturgeschichte).

Brustschild des böhmischen Löwen statt mit dem bisherigen Patriarchenkreuz über den drei Bergen jetzt mit einem Flammen-Emblem über dem Berg Kriváň für den Slowakischen Volksaufstand versehen<sup>30</sup>.

Das Schicksal der slowakischen Historikerschaft in der Normalisierungs-Ära entsprach etwa dem der tschechischen. Nach der Staatstrennung 1993 und der Errichtung der zweiten Slowakischen Republik entbrannte der Streit um die historische Verankerung dieses Staates. Unbestritten war der sozusagen mythische Rückbezug auf das Großmährische Reich, den nun angeblich ersten Slowakischen Staat<sup>31</sup>. Zu einem dauerhaften Streitgegenstand wurde die Republik von 1939–1945 und besonders die Figur des Staatspräsidenten Jozef Tiso, der 1945 hingerichtet worden war und dessen Memoria jetzt von slowakischen Nationalisten hochstilisiert wird<sup>32</sup>. Diese freilich hätten es in der Mečiar-Ära fast geschafft, durch die angedrohte Liquidierung des Historischen Akademie-Instituts zugunsten der *Matica Slovenská* das Ruder zu einer nationalistischen Geschichtspflege herumzureißen. Das konnte jedoch fürs Erste abgewendet werden<sup>33</sup>.

## V. Facetten eines neuen – des alten? – Geschichtsbildes

In der Tschechoslowakei und insbesondere in den böhmischen Ländern ist es nicht nötig gewesen, „die Geschichte ins kollektive Gedächtnis zurückzuholen“. Der Abstand zur Erinnerung an die nationale Geschichte war ja hier weit geringer als etwa in den nichtrussischen Republiken der Sowjetunion oder anderswo; zum traditionellen Geschichtsbild mußte man ja nicht einmal bis 1938 oder 1947 zurückgehen, und selbst für ein modernisiertes Geschichtsverständnis brauchte man nur an die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts anzuknüpfen; die meisten der damaligen Autoren waren ja da und wirken z. T. heute noch. Um 1968 wurde das herkömmliche *obrození*-Geschichtsbild, das ohnehin in der kommunistischen Konserve weiter tradiert wurde, auch in seinen abgeblendeten Stellen weitgehend wie-

<sup>30</sup> Vgl. *Silvia Miháliková*, „Hej Slováci“. Symbolische Repräsentation der Slowakei, in: Osteuropa 53 (2003) Heft 7 (Themenheft: Staatssymbolik und Geschichtskultur) 921–932. Siehe dazu auch unten S. 167f.

<sup>31</sup> Dazu *Frank Hadler*, Der Magna-Moravia-Mythos zwischen Geschichtsschreibung und Politik im 19. und 20. Jahrhundert, in: Geschichtliche Mythen in den Literaturen und Kulturen Ostmittel- und Südosteuropas, hrsg. v. *Eva Behring*, *Ludwig Richter*, *Wolfgang F. Schwarz* (Stuttgart 1999) 275–291.

<sup>32</sup> Vgl. die Ergebnisse einer Tagung in Bad Wiessee im Herbst 2002 zur slowakischen Historiographie seit 1990, abgedruckt im diesbezüglichen Themenheft von *Bohemia* 44 (2003) Heft 2.

<sup>33</sup> *Dušan Kováč*, Die slowakische Historiographie nach 1989. Aktiva, Probleme, Perspektiven. Im Anhang: Gesetzentwurf über die *Matica Slovenská* und Stellungnahme der Mitarbeiter des Historischen Instituts der Slowakischen Akademie der Wissenschaften dazu, in: *Bohemia* 37 (1996) 169–180. Einen Einblick in die slowakische Geschichtsschreibung der späten 90er Jahre vermittelt: *Alžbeta Sedliaková*, *Slovenská historiografia 1995–1999*. Výberová bibliografia (Bratislava 2000).

derhergestellt. Und schon damals waren die Fundamente zu einer Revision des Geschichtsbildes aus der Masaryk-Ära gelegt worden, nicht zuletzt in einem Bändchen „Naše živá a mrtvá minulost“, in dem sich führende tschechische Historiker gegen Provinzialismus, gegen die larmoyante Projektion der Geschichte auf das Leiden oder Siegen der ethnisch verstandenen eigenen Nation und gegen das Ausblenden finsterner Epochen aus der nationalen Geschichte wendeten<sup>34</sup>.

Allerdings hat die bald auf diesen Aufbruch folgende Abgeschlossenheit der Dissidenten-Szene bei manchen ihrer Angehörigen diese begonnene Entprovinzialisierung z.T. wieder zurückgeworfen auf die eigene nationale Existenz und auf eine apologetische Sichtweise der nationalen Geschichte. Patriotismus ist wohl auch eine Art von Not-Reaktion. Man könnte geneigt sein, auch die Wiederaufnahme der Diskussion über den „Sinn der tschechischen Geschichte“ im Milieu der Dissidenten in dieses Feld einzuordnen; diese Diskussion hatte vor dem Ersten Weltkrieg begonnen und sich mit ihren wichtigsten Exponenten T. G. Masaryk und Josef Pekař bis in die Zwischenkriegszeit hingezogen; jetzt erst lebte sie in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts wieder auf<sup>35</sup>.

Sicherlich hat es nach 1990 in Hinsicht auf die Re-Nationalisierung des Geschichtsbildes einiges an Nachholbedarf gegeben, der auch jetzt deutlich ausgespielt werden konnte. Die vorherige Anschwärzung der Gründergeneration der Ersten ČSR z. B. wurde durch die Gründung des Masaryk-Instituts und einer Beneš-Gesellschaft und zahlreicher z.T. fast panegyrischer Publikationen wieder wettgemacht. Die Erste Republik (1918–38) wurde nicht nur rehabilitiert, sondern ihre Verdammung in der kommunistischen Ära schlug sogar stellenweise in das Gegenteil um: in eine Art von Heiligsprechung<sup>36</sup>. Die Epoche wurde in dieser Sicht zu einem Ankerpunkt, an dem sich vor allem nationale tschechoslowakische bzw. tschechische staatliche Geschichte festmachen kann; nicht vorher und jahrzehntelang nicht nachher habe sich nationale Existenz ungestört verwirklichen können; die Erste Republik erscheint darüber hinaus als geradezu ideale tschechische Demokratie (im Kontrast zu der undemokratischen Umwelt in Mitteleuropa, insbesondere in Deutschland)<sup>37</sup>.

Zu verstehen ist diese Tendenz in den 90er Jahren im Hinblick auf das zeitliche Zusammentreffen der Teilung der Tschechoslowakei mit dem Zusammenschluß der beiden deutschen Staaten; hinzu kommt die bevorstehende Teilaufgabe nationaler Souveränität durch Eintritt in die Europäische Union. Desto wichtiger er-

<sup>34</sup> „Die Vergangenheit ist für uns ein *unteilbares* Erbe – wir erben sie ganz.“ (Kursiv im Original) *František Graus*, in: *Naše živá a mrtvá minulost. 8 eseí o českých dějinách*, hrsg. v. *František Graus* u. a. (Prag 1968) 20.

<sup>35</sup> *Miloš Havelka*, *Dějiny a smysl: obsahy, akcenty a posuny „české otázky“ 1895–1989* (Prag 2001); *Spor o smysl českých dějin 1895–1938*, hrsg. v. *Miloš Havelka* (Prag 1995).

<sup>36</sup> Vgl. auch: *Robert Kvaček*, *Stále neklidné dějiny. K obrazu první republiky* ><http://www.clavmon.cz/archiv/polemiky/prispevky/kvacek.htm>< (Abruf Dezember 2003).

<sup>37</sup> Vgl. insbesondere: *Eva Broklová*, *Československá demokracie: politický systém ČSR 1918–1939* (Prag 1992); als dunkles Gegenbild gegen die gerühmte Demokratie der ČSR: *dies.*, *Politická kultura německých aktivistických stran v Československu 1918–1938* (Prag 1999).

scheint es manchem, jede auch nur andeutungsweise kritische Diskussion der Geschichte der Ersten Republik als eine Art Sakrileg zu geißeln<sup>38</sup>. Besonders nachdrücklich ist das mit dem Text eines interdisziplinären Autorenkollektivs mit dem Decknamen *Podiven* geschehen, das sich schon in der Dissidentenzeit daran machte, das ganze bisherige nationale Geschichtsbild kritisch zu überdenken. Diese Überlegungen gingen den meisten tschechischen Fachhistorikern, selbst sonst aufgeklärten, zu weit<sup>39</sup>.

Insgesamt trifft aber die Beobachtung von Christiane Brenner zu, daß für das tschechoslowakische Geschichtsbild das Jahr 1989/90 keinen so tiefen Einschnitt bedeutete wie die Zäsur von 1968; die nach 1989 zu Tage tretenden Wandlungen seien meist schon in den 80er Jahren vorbereitet worden<sup>40</sup>. Damals hatte zunächst die große Mitteleuropa-Diskussion im Dissidentenkreis nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern darüber hinaus in Polen, Ungarn, Slowenien usw. einen mächtigen Impuls in Hinsicht auf die Überzeugung gegeben, daß gerade die Geschichte „Mitteleuropas“ am meisten die Nicht-Zugehörigkeit zu Osteuropa bestätige, also ein Fundament für die notwendige Loslösung aus dem Sowjetblock bereitstelle<sup>41</sup>. Doch kaum war dieser zusammengebrochen, erloschen die Flammen dieser übernationalen Gemeinsamkeits-Ideologie (parallel zum Visegrád-Verbund) weitgehend: Nicht mehr Mitteleuropa war jetzt das Ziel, auch nicht mehr der Weg „zurück nach Europa“, sondern der „vorwärts nach Europa“<sup>42</sup>.

Im Lichte der Staatstrennung von 1993 erwiesen sich zudem die vorher aus Gründen einer staatlichen Geschichtstradition immer wieder gepflegten Versuche, eine tschechoslowakische Geschichte darzustellen, als vollends brüchig. Ja,

<sup>38</sup> Vgl. die scharfe Diskussion Eva Broklová vs. Ferdinand Seibt, Peter Heumos und Eva Hahn in: *Bohemia* 39 (1998) 382–430.

<sup>39</sup> Die Arbeit an dem *Podiven*-Text wurde durch die „Samtene Revolution“ unterbrochen; für die Zeit nach 1939 sollte die Arbeit fortgesetzt werden; dazu ist es aber nicht mehr gekommen. *Podiven* (= *Petr Pithart, Petr Příhoda, Milan Otáhal*), *Češi v dějinách nové doby. Pokus o zrcadlo* (Prag 1991). Stellungnahmen dagegen z. B.: *Jaroslav Valenta*, *My a naši sousedé v Podivenovi*, in: *Dějiny a současnost* (1992) H. 3, 56–58; *Věra Olivová*, *Manipulace s dějinami první republiky*, in: *Český časopis historický* 92 (1993) 442–459; *Josef Hanzal*, *Podivný Podiven* [Der seltsame Podiven (Wortspiel)], in: *Literární Noviny* v. 05. 02. 1992. (*Podiven* war der Name eines Gefolgsmannes des hl. Wenzel.)

<sup>40</sup> Vgl. die einsichtsreiche Studie von *Christiane Brenner*, *Forward to a New Past? The Czech Historical Debate since 1989*, in: *Forward to the Past? Continuity and Change in Political Development in Hungary, Austria, and the Czech and Slovak Republics*, ed. by *Lene Bøgh Sørensen* and *Leslie C. Eliason* (Aarhus 1997) 194–206, hier: 194f. Gegen die These vom Einschnitt 1989 auch: *Robert Luft*, „Als die Wachsamkeit des Regimes nachließ“. Zur Beschäftigung mit der Vergangenheit des eigenen Faches in der tschechischen Geschichtswissenschaft nach 1989, in: *Bohemia* 35 (1994) 105–121.

<sup>41</sup> Siehe dazu: *Rudolf Jaworski*, Die aktuelle Mitteleuropadiskussion in historischer Perspektive, in: *Historische Zeitschrift* 247 (1988) 529–550.

<sup>42</sup> Dazu zeitgenössische Beobachtungen: *Hans Lemberg*, Osteuropa, Mitteleuropa, Europa. Formen und Probleme der „Rückkehr nach Europa“, in: *Der Umbruch in Osteuropa*, hrsg. v. *Jürgen Elvert* und *Michael Salewski* (*Historische Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft. Beiheft 4*, Stuttgart 1993) 15–28.



nur allzu schnell entpuppte sich das tschechische Geschichtsbild als selbstgenügsam; es bedarf heute immer wieder eigens der Erinnerung, daß tschechische Geschichte im 20. Jahrhundert weithin tschechoslowakische Geschichte war. Zungenschläge in Art von „die tschechische Regierung“, wenn die tschechoslowakische gemeint ist, sind häufig zu hören; die beachtlichen Arbeiten im Umkreis der „Tschechisch-Slowakischen/Slowakisch-Tschechischen Historikerkommission“ und ihrer Zeitschrift<sup>43</sup> sind fast als Ausnahme von der Regel anzusehen.

Freilich gab es nach 1989 und gibt es selbst heute einige noch nicht ganz aufgelöste Tabus der tschechoslowakischen bzw. eher tschechischen Geschichtsinterpretation. Der Versuch, sie aufzubrechen, kann zu Kontroversen führen. Ein solcher Streitgegenstand aus der vormodernen Zeit ist, wenn auch in Maßen, die Neubewertung des „Temno“, des Barockzeitalters<sup>44</sup>. Unter rezenten Phänomenen wird beispielsweise die tschechische Kollaboration in der Protektoratszeit zwar von einzelnen Autoren durchaus beleuchtet, aber von anderen, was das Gesamtbild anlangt, vielfach doch sozusagen hinter die für das patriotische Geschichtsbild fruchtbareren Akte des Widerstands versteckt.

Zu apologetischen Reflexen dieser Art gibt gerade in der jüngsten Zeit auch bei sonst durchaus offenen, gesprächsbereiten Historikern ein deutliches Bedrohungssyndrom den Anlaß, das, wie auch aus den deutschen Medien im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die sogenannten Beneš-Dekrete bekannt, bis weit in die politische Sphäre hineinschwappt bzw. umgekehrt aus dieser in die „Historikergemeinde“<sup>45</sup>.

Der eingangs erwähnte Historikerstreit dreht sich – vergrößernd gesagt – in erster Linie um die Frage der Verteidigung eines Wertekanons der nationalen Geschichte. Diejenigen, die man als die „Defensoren“ bezeichnen könnte, halten diese Werte für unabdingbar notwendig für die Existenz der tschechischen Nation angesichts äußerer Bedrohung. An prominenter Stelle hat sich Jaroslav Pánek in seinem Grundsatzreferat zum bereits erwähnten VIII. Historikertag in Hradec Králové gegen die „negativistische Auslegung der tschechischen Geschichte“ gewandt<sup>46</sup>. Dem zur Seite wäre eine Aufsehen erregende Verlautbarung der Historiker-Vereinigung der Tschechischen Republik aus dem Frühjahr 2002 „Historiker

<sup>43</sup> Česko-slovenská historická ročenka (Tschecho-slowakisches historisches Jahrbuch).

<sup>44</sup> Z.B. Ivana Čornejová, Pobělohorská rekatolizace. Nátlak nebo chvályhodné úsilí?, in: Dějiny a současnost (2001) Heft 4, 2–6. Dazu eine Diskussion im Heft 6 desselben Jahrgangs.

<sup>45</sup> Die gängige Verwendung dieses Begriffs (historická obec) erscheint als symptomatisch für das gemeindartige Selbstgefühl der tschechischen Historikerschaft. Dušan Třeštík definiert sie leicht sarkastisch in der Clavmon-„Diskussion“ v. 27. 10. 2000 als „eine ehrwürdige und uralte tschechische Institution (...) jedoch eine schon ‚ex definitione‘ geschlossene und intern solidarische Kommunität, also kaum etwas, was ein Beispiel des Demokratismus wäre.“ Dušan Třeštík: O co skutečně jde v českém dějepisectví? ><http://www.clavmon.cz/archiv/polemiky/prispevky/trestik3.htm>< (Abruf Dez. 2003).

<sup>46</sup> Jaroslav Pánek, Historiografie, historické vědomí a odpovědnost, in: VIII. sjezd 19–27, besonders Punkte 5–9; siehe auch *ders.*, Česká historická věda a české historické vědomí (Několik námětů do diskuse), in: Český časopis historický 97 (1999) 311–320.

gegen die Vergewaltigung der Geschichte“ zu stellen<sup>47</sup> sowie einige andere Dokumente aus diesem Bereich<sup>48</sup>. Gerade gegenüber denjenigen, die den Wertekanon der nationalen Geschichte in Frage stellen, wird mit Vorwürfen nicht gespart, dessen bildhaftester wohl der des „Flagellantentums“ ist<sup>49</sup>. Wenn auch keine große, in traditioneller Weise in prominenten Fachorganen ausgetragene Auseinandersetzung innerhalb der Disziplin entstanden ist, so nahmen sich doch – zum Ärger der Defensoren – einige Medien der Sache an, und immerhin gab es im Anschluß an den VIII. Historikertag einige z.T. lebhaftere „Historische Diskussionsforen“ mit z.T. beachtlichem Niveau, deren Beiträge – moderner – im Internet nachzulesen sind<sup>50</sup>.

Als gefährlich wird eine Kritik der nationalen Geschichte insbesondere in Hinblick auf die als existenziell empfundene Bedrohung angesehen, die vor allem von Deutschland ausgehe oder, diesen Ausdruck hat im März 2002 ein ODS-Politiker (zum Glück kein Historiker) geprägt, von der „Achse des Bösen München – Wien – Budapest“<sup>51</sup>. Mit München oder mit „Bayern“ ist immer wieder der Hauptsitz der Sudetendeutschen Landsmannschaft gemeint bzw. der Bayerischen Regierung als deren Schirmherrin. Sicherlich wird nicht mehr, wie in der kommunistischen Ära, die Furcht vor einer Aggression von Seiten der damals konstant als imperialistisch denunzierten Bundesrepublik Deutschland geschürt; aber der Ruf nach der Abschaffung der Beneš-Dekrete, erhoben in „München“, Wien und Budapest, läßt als nächsten Schritt befürchten, daß von dorthier Entschädigungsansprüche gestellt werden. Im übrigen hat auch dieses – deutsche – Gegenbild eine lange Tradition vom *obrození*-Geschichtsbild über den Kalten Krieg bis zu den neuesten Szenarien.

In den Auseinandersetzungen des „Historikerstreites“<sup>52</sup> bildet das Thema der Vertreibung und Aussiedlung der Deutschen und Ungarn seit 1945, des *odsun*, ein

<sup>47</sup> Historikové proti znásilňování dějin. Stanovisko Sdružení historiků České republiky (Beilage zum Zpravodaj Historického klubu 12 (2001) Nr. 2 (Prag 2002); der Text ist unterzeichnet von Jaroslav Pánek und Jiří Pešek. Eine deutsche Ausgabe ist als Manuskript im Umlauf; englischer Text: *Historians against the Abuse of History (A Declaration of the Czech Republic Historians' Association)*, in: *Historia Europae Centralis* 1 (2002) 93–98. Veröffentlicht in zahlreichen Organen, auch im Internet.

<sup>48</sup> Z.B. Jaroslav Pánek, *Narodnostní a náboženské menšiny v tisíciletých dějinách českých zemí* (Příloha ke Zpravodaji Historického klubu 12 (2001) Nr. 2. Englische Ausgabe in: *Historia Europae Centralis* 99–112; *ders.*, *O Čechách a Němcích v dějinách a přítomnosti*. (Rozhovor na mostě) Jaroslav Pánek Hansi Lembergovi, spolupředsedovi Česko-německé komise historiků, z Prahy do Marburku, 21.–26. května 2002, in: *Zpravodaj Historického klubu* 13 (2002) Nr. 1, 7–20.

<sup>49</sup> Z.B. *Rozumět dějinám. Vývoj česko-německých vztahů na našem území v letech 1848–1948*, hrsg. v. Zdeněk Beneš, Václav Kural (2002) 265.

<sup>50</sup> Siehe oben, Anm. 2.

<sup>51</sup> Vgl. den Bericht von Jaroslav Šonka über die Fachkonferenz des Koordinierungsrates des Deutsch-Tschechischen Diskussionsforums am 11. 3. 2002 ><http://www.zukunftsfonds.cz/nadace/disfor/disfor1z1.php3>< (Stand: 6. 12. 2003). Der Autor dieses Vergleichs war Dr. Miloslav Bednař.

<sup>52</sup> In der vom Kabinett für Klassische Studien der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik unterhaltenen Webseite „Claymon“ wird er vornehm als „Querela historiae bohemiae“ bezeichnet.

unangenehmes, aber immer wieder auftauchendes Teilgebiet. In der Rolle der moralischen Mahner treten Journalisten oder Politologen auf<sup>53</sup> (ihnen kann von den „Defensoren“, die sich gegen „kollektive Kriminalisierung“ der Geschichte der CSR nach 1945 wehren<sup>54</sup>, fachliche Inkompetenz vorgehalten werden), aber auch „die Jungen“ unter den Historikern, d.h. Studenten<sup>55</sup> oder jüngere wissenschaftliche Mitarbeiter. In der einen oder anderen Weise wird hier die Forderung erhoben, hier sei eine Bewältigung der tschechischen Vergangenheit (nach 1945) ohne Vorbehalte nötig. Gerade diejenigen, die schon in der Dissidentenzeit dieses Thema ausführlich diskutiert und gleich nach der Wende eine ganze Anzahl von Studien zum deutsch-tschechischen Thema vorgelegt haben, empfinden solche Forderungen als unangebracht<sup>56</sup>. Insgesamt werden von beteiligten Mitgliedern der tschechischen „Historikergemeinde“ inzwischen zwar Exzesse jener Zeit mit großer Offenheit angesprochen und bedauert, die Zwangsentfernung der Deutschen aus dem Lande als solche aber von vielen als notwendig erachtet<sup>57</sup>; diese Sicht hat auch – implizit – in die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 Eingang gefunden<sup>58</sup>. Abseits all des politischen und öffentlichen Getöses wird man aber nicht übersehen dürfen, daß auf diesem Gebiet in dem Dutzend von Jahren nach der „Wende“ gerade in der tschechischen Geschichtswissenschaft Bedeutendes geleistet worden ist<sup>59</sup>, nicht zuletzt im Umkreis der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission<sup>60</sup>, und daß hier auch die Behandlung des größeren zeitlichen Umfeldes der Entwicklung der deutsch-tsche-

<sup>53</sup> Z.B. um die Zeitschrift „Střední Evropa“ (Mitteleuropa), der ihre Nähe zur Sudetendeutschen Landsmannschaft vorgehalten wird.

<sup>54</sup> Historikové proti znásilňování.

<sup>55</sup> Z.B. von der Gruppe „Antikomplex“.

<sup>56</sup> Češi, Němci, odsun, hrsg. v. Bohumil Černý u. a. (Prag 1991); dazu gehören die unten genannten Bücher von Jan Křen und Václav Kural.

<sup>57</sup> So auch die derzeit jüngste, u.a. auf ein deutsches Publikum abzielende Publikation: Němci a Maďaři v dekretch Prezidenta Republiky. Studie a dokumenty 1940–1945/Die Deutschen und Magyaren in den Dekreten des Präsidenten der Republik. Studien und Dokumente 1940–1945, hrsg. v. Karel Jech (Brünn 2003).

<sup>58</sup> Deutsch-Tschechische Erklärung (wie oben, Anm. 4) insbesondere Artikel III.

<sup>59</sup> Dazu gehören vor allem die Arbeiten von Tomáš Staněk: Odsun Němců z Československa 1945–1947 (Prag 1991); ders., Verfolgung 1945: die Stellung der Deutschen in Böhmen, Mähren und Schlesien (außerhalb der Lager und Gefängnisse) (Wien 2002, tschechische Originalausgabe: Perzekuce 1945, Prag 1996); ders., Tábory v českých zemích 1945–1948 (Senova u Ostravy 1996); ders., Německá menšina v českých zemích 1948–1989 (Prag 1993). Zu den „kleineren“ Arbeiten siehe Jan Křen, Neue tschechische Studien zum Jahr 1945, in: Mentalitäten – Nationen – Spannungsfelder. Studien zu Mittel- und Osteuropa im 19. und 20. Jahrhundert. Beiträge eines Kolloquiums zum 65. Geburtstag von Hans Lemberg, hrsg. v. Eduard Mühle (Tagungen zur Ostmitteleuropa-Forschung 11, Marburg 2001) 183–190.

<sup>60</sup> Das Thema wird in mehreren Tagungsbänden behandelt, v. a. auch in dem vergleichenden: Erzwangene Trennung. Vertreibungen und Aussiedlungen in und aus der Tschechoslowakei 1938–1947 im Vergleich mit Polen, Ungarn und Jugoslawien, hrsg. v. Detlef Brandes, Edita Ivaničková u. Jiří Pešek (Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission 8, Essen 1999).

chischen Beziehungen in den böhmischen Ländern bzw. in der Tschechoslowakei Beachtung verdient<sup>61</sup>.

Doch zurück zum sogenannten Historikerstreit. Das „deutsche Thema“ steht verständlicherweise in der deutschen öffentlichen Beobachtung des tschechischen Diskurses, sofern sie überhaupt stattfindet, im Vordergrund. Es sind jedoch oft viel weitere und vorrangigere Bereiche, an denen die z.T. jüngeren Opponenten Kritik üben. Sie verurteilen die Haltung der „Defensoren“ als Reduktion der Geschichte auf eine veraltete nationale Sicht; moderne Geschichtswissenschaft müsse sich internationalisieren, sich mit anderen methodologischen Ansätzen und Problemen beschäftigen, und sie tue das ja auch weithin. Kritik richtet sich ferner gegen diejenigen, die sich als Experten für Demokratie gebärdeten, in den 70er Jahren aber die kommunistische Ideologie vertreten hätten; Historiker dürften heute nicht mehr *pisálkové* (Dienstschreiberlinge) der Politiker sein<sup>62</sup>. Zudem, so die Opponenten, sei Aufgabe der Historiker nicht die Präsentation positiver oder negativer Exempel für die nationale Geschichte, sondern vielmehr deren Historisierung<sup>63</sup>. (Die größere Distanz zum unmittelbaren Engagement in der Politik, die von Mezník bedauert wurde, könnte, so gesehen, auch ihre positive Seite haben.)

## VI. Historische Bezüge in der Staatssymbolik

An dieser Stelle sollte man einen Exkurs über die historischen Aspekte der tschechoslowakischen bzw. tschechischen und slowakischen Staatssymbolik und ihren Wandel nach der „Wende“ anfügen, denn auch hier fand mit der Beseitigung der kommunistischen Herrschaft eine Rehistorisierung in verschiedener Weise statt. Vom Wandel des Staatswappens war bereits die Rede: Mit der sozialistischen Verfassung von 1960 war die Form des Wappenschildes in die eines fünfeckigen „Hussitenschildes“ (einer allerdings im Spätmittelalter ganz allgemein gebrauchten „Pavese“) und der Brustschild auf dem böhmischen Löwen für die Slowakei in

<sup>61</sup> Siehe vor allem die Quasi-Trilogie: *Jan Křen*, *Konfliktgemeinschaft. Tschechen und Deutsche 1780–1918* (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 71, München 2000), Originalausgaben tschechisch u.d.T.: *Konfliktní společenství* (Toronto 1989, Prag 2001); *Václav Kural*, *Konflikt místo společenství? Češi a Němci v československém státě (1918–1938)* (Prag 1993), dt. Ausgabe u.d.T.: *Konflikt anstatt Gemeinschaft* (Prag 2001); *ders.*, *Místo společenství konflikt! Češi a Němci ve Velkoněmecké říši a cesta k odsunu (1938–1945)* (Prag 1994), dt. Ausgabe u.d.T.: *Statt Gemeinschaft ein Auseinandergehen!* (Prag 2002). *Jaroslav Kučera*, *Minderheit im Nationalstaat. Die Sprachenfrage in den tschechisch-deutschen Beziehungen 1918–1938* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte 43, München 1999). *Christoph Boyer*, *Nationale Kontrahenten oder Partner? Studien zu den Beziehungen zwischen Tschechen und Deutschen in der Wirtschaft der ČSR (1918–1938)*. Siehe ferner sämtliche Publikationen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission seit 1990: >[www.dt-ds-historikerkommission.de](http://www.dt-ds-historikerkommission.de)<, dort unter: Veröffentlichungen.

<sup>62</sup> Vgl. dazu die Beiträge von Jan Dobeš und Pavel Zeman, Martin Nodl, Dušan Třeštík, Vladimír Urbánek u. a. m. in: ><http://www.clavmon.cz/archiv/polemiky/index.html><.

<sup>63</sup> Dazu auch den Abschnitt „Generationendiskurs oder Generationenkritik?“ bei *Mišková*, *Historiographie* 282–285.

der oben geschilderten Weise abgeändert worden; der Löwe bekam statt der Krone einen roten Stern über das Haupt. Man hat u.a. bemängelt, daß der rote Stern auf dem roten Grund nur dadurch zu sehen war, daß er golden umrahmt wurde, was daraufhin auch dem Löwen und dem ganzen Schild selbst in ziemlich unheraldischer Weise geschah; immerhin ist das Staatswappen der ČSSR nicht, wie bei anderen Wappen sozialistischer Länder, mit allegorischen Bestandteilen aus dem Arbeiter-Bauern-Intelligenzler-Feld versehen worden<sup>64</sup>.

Es versteht sich, daß 1990 mit der Beseitigung des Wortes „sozialistisch“ aus dem Staatsnamen dieser neu formuliert werden mußte. Also zurück zur „Tschechoslowakischen Republik“? Das klang den slowakischen Abgeordneten der Föderalversammlung zu sehr nach dem Tschechoslowakismus der Vorkriegszeit: War „tschechoslowakisch“ nicht längst durch die Erkenntnis von 1945 überholt, daß es keine „tschechoslowakische“ Nation gebe und daß bereits damals die Tschechoslowakei als Staat der Tschechen und Slowaken definiert wurde? Die Föderation von 1968 hatte dies noch einmal bestätigt. Die Diskussion in der Föderalversammlung war mit historischen Bezügen gespickt (Pittsburgher Abkommen, Tschechoslowakismus, 1968 usw.). Präsident Havels Kompromiß-Vorschlag „Republika česko-slovenská“ (mit dieser Wortstellung, mit Kleinschreibung und mit Bindestrich) stieß auf erhebliche tschechische Ablehnung, denn der Bindestrich weckte unliebsame Erinnerungen an den kurzfristigen Staatsnamen der sogenannten Zweiten oder „Bindestrich-Republik“ zwischen Münchner Abkommen und Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939. So wurde die auch von Havel schon ins Auge gefaßte Alternativbezeichnung „Tschechoslowakische Föderative Republik“ nach langer Debatte zunächst angenommen<sup>65</sup>. Aber schon zwei Monate später, im April 1990, wurde aufgrund dieser Spannung der Staat nochmals umbenannt in „Tschechische und Slowakische Föderative Republik“<sup>66</sup>. Das Staatswappen dieser Zeit (bis zur Aufteilung der Tschechoslowakei) erhielt wieder die übliche, jetzt geviertelte Schild-Form, dessen Quadranten je zweimal die Wappen Böhmens und der Slowakei enthielten, dieses in der Form der Vorkriegs-Symbolik aus der ersten Republik, also mit dem Patriarchenkreuz über den drei Bergen. Der Vorschlag des neuen Präsidenten der Tschechoslowakei Václav Havel, einen Brustschild mit dem Wappen Mährens hinzuzufügen, wurde nicht verwirklicht<sup>67</sup>.

<sup>64</sup> Siehe hier und im folgenden *Miháliková*, „Hej Slováci“.

<sup>65</sup> Protokoll der 26. gemeinsamen Sitzung von Volkskammer und Nationalitätenkammer der Föderalversammlung der ČSSR, 29. 3. 1990: ><http://www.psp.cz/eknih/1986fs/slsn/stenprot/026schuz/s026030.htm>< u. folgende.

<sup>66</sup> Protokoll der 27. Sitzung des in Anm. 65 genannten Gremiums am 20. April 1990; URL wie dort, .../027schuz/s027034.htm u. folgende; in dieser Diskussion gab es ausführliche heraldische Erklärungen zur Begründung der Viertelung des neuen Staatswappens.

<sup>67</sup> Rede des Präsidenten der Republik Václav Havel am 23. 01. 1990 vor der Föderalversammlung im Protokoll: ><http://www.psp.cz/eknih/1986fs/slsn/stenprot/022schuz/s022005.htm><. Wie heikel das tschechisch-slowakische Verhältnis war, zeigt der Umstand, daß in der Präsidentenstandarte die bis dahin tschechische Devise „Pravda vítězí“ (die Wahr-

Eine fast kritische Situation entstand bei der Staatstrennung vom 1. Januar 1993<sup>68</sup>. Zwar waren die Namen der beiden neuen Staaten kein Problem: Tschechische Republik, Slowakische Republik; beide Einheiten hatte es ja schon seit 1968 als Gliedstaaten der ČSSR gegeben, nur jeweils mit dem jetzt geteilten Epitheton „sozialistisch“<sup>69</sup>. Auch die Hauptstädte waren unbestritten: Prag und Preßburg. Selbst die Staatshymne bot kein Problem – ohnehin wurden schon seit 1918 die tschechische und die slowakische Hymne hintereinander gespielt<sup>70</sup>, jetzt konnte man sie als Einzelhymnen den beiden Staaten zuteilen. Aber die Fahne! Schon 1919 war am Lick der böhmischen rot-weißen Fahne der blaue Keil als Symbol für die Slowakei eingefügt und damit gleichzeitig die blauweißrote Slawenfarbe demonstriert worden. Im Auflösungsgesetz der ČSFR vom 25. November 1992 war noch bestimmt worden, daß keiner der beiden Nachfolgestaaten die Symbole der ČSFR weiterführen sollte<sup>71</sup>; dennoch beschloß am 17. Dezember der Tschechische Nationalrat ohne Diskussion<sup>72</sup>, die alte gesamtstaatliche Fahne in der Tschechischen Republik weiter zu führen, und zwar nicht nur aus praktischen Gründen (das Symbol werde mit dem Untergang der ČSFR nicht mehr verwendet, und die rot-weiße böhmische Fahne würde zur Verwechslung mit der polnischen führen), sondern vor allem aufgrund von historischen Erwägungen, auch solchen der inneren Kontinuität<sup>73</sup>. Die Slowakei mußte also bei der bisherigen weiß-blau-rot längsgestreiften Fahne bleiben, die mit dem alt-neuen slowakischen Wappen versehen wurde, das in der Slowakei hinfort auch wieder das traditionsreiche Staatswappen bildete. Aus dem Wappen der Tschechischen Republik wurde das zweifache slowakische Wappen ausgeschieden; an seine Stelle traten der mährische und der schlesische Adler, so daß sich jetzt auf dem tschechischen Wappen die Wappen der drei historischen Länder befinden<sup>74</sup>.

In den Bereich der Staatssymbole gehören auch die Staatsfeiertage und staatlichen Gedenktage. Allein an der Umwertung des eigentlichen Staatsfeiertages, des

heit siegt) in „Veritas vincit“ umgewandelt wurde, um die Slowaken nicht mit einer tschechischen Aufschrift zu kränken.

<sup>68</sup> *Maya Hertig*, Die Auflösung der Tschechoslowakei. Analyse einer friedlichen Staatsenteilung (Basel 2001).

<sup>69</sup> Daß es zwar für den östlichen Teilstaat einen traditionellen Kurznamen „Slowakei“ gab, der westliche aber Probleme aufwarf – Česko? Tschechien? Tschechei? – steht auf einem anderen Blatt, auf das hier nur verwiesen sei: *Hans Lemberg*, Haben wir wieder eine „Tschechei“? Oder: Wie soll das Kind denn heißen?, in: *Bohemia* 34 (1993) 106–114; jetzt auch als pdf-Datei unter >[www.collegium-carolinum.de](http://www.collegium-carolinum.de)<.

<sup>70</sup> *Ottův slovník naučný nové doby*, Bd. 5/2 (Prag 1931) 1148. In der stalinistischen Zeit kam zum nächtlichen Sendeschluß des Rundfunks sogar als dritte Hymne die sowjetische dazu, wie der Verf. sich zu erinnern glaubt. Auch bei der Beflaggung wurde bis 1989 neben der tschechoslowakischen Staatsfahne die sowjetische ausgehängt.

<sup>71</sup> Gesetz über den Untergang der ČSFR, 542/1992 Sb.

<sup>72</sup> Česká národní rada, Sitzung vom 17. 12. 1992, ><http://www.psp.cz/eknih/1992cnr/stenprot/010schuz/s010012.htm><.

<sup>73</sup> Česká národní rada, Drucksache 189, >[http://www.psp.cz/eknih/1992cnr/tisky/t0189\\_00.htm](http://www.psp.cz/eknih/1992cnr/tisky/t0189_00.htm)<.

<sup>74</sup> Gesetz über die Staatssymbole der Tschechischen Republik, 3/1993 Sb.

28. Oktober, des Tages nämlich, an dem im Jahre 1918 die Tschechoslowakische Republik gegründet wurde, ließen sich in den seither vergangenen über acht Jahrzehnten ausführlich die Wandlungen der historischen Selbstdeutung des Staates exemplifizieren, zumal da das Gedenken an die Staatsgründung mit der Mythologie der „Achter-Jahre“ verbunden ist: Schon in der Vergangenheit 1618 – 1648 – 1848, dann 1918 selbst, 1938 – 1948 – 1968, jedes dieser Jahre sind Chiffren für Marksteine der Geschichte der böhmischen Länder bzw. der Tschechoslowakei. Der Staatsgründungstag hatte in dieser Umgebung eine so hohe Wertigkeit, daß ihm auch nach 1945 und sogar nach 1948 nicht der Garau gemacht werden konnte – ungeachtet der ambivalenten Sicht der Ersten Republik in der Geschichtsschreibung der sozialistischen Tschechoslowakei. So blieb dieser Feiertag erhalten, aber als „Tag der Nationalisierung“ (der Industrie usw. im Jahr 1945); 1968 schien er als Staatsgründungstag eine Wiederbelebung erfahren zu können, wurde dann aber überlagert vom Gedenken an die Föderalisierung der ČSSR im Jahr 1968, bis er 1990 restauriert wurde und als Staatsfeiertag in der Tschechischen Republik auch dann erhalten blieb, als die Tschechoslowakei, deren Gründung er feierte, bereits zerfallen war. Seit dem Jahr 2000 gibt es sogar drei unmittelbare Staatsfeiertage: der 28. September: „Tag der tschechischen Staatlichkeit“ (der Herzog Wenzel ist an diesem Tag im Jahre 929 oder 935 ermordet worden und galt später als Landesheiliger Böhmens); der 28. Oktober als „Tag der Entstehung des unabhängigen tschechoslowakischen Staates“ (1918) und der 1. Januar als „Tag der Erneuerung der tschechischen Staatlichkeit“ (1993).

Weitere Feiertage erscheinen eher als beliebig und austauschbar. In der kommunistischen Ära gab es nach dem Muster der Sowjetunion den Doppelfeiertag der Oktoberrevolution (7./8. November), in den Geschäftsauslagen stand dann stets: VŘSR<sup>75</sup>; ein anderes *four letter word*, das sich allerdings auf die Periode einer ganzen Woche bezog und daher nicht in einen Einzelfeiertag zu fassen war, hieß ÚNOR<sup>76</sup> und erinnerte an den „Siegreichen Februar“ des Jahres 1948, also die kommunistische Machtübernahme. An die Stelle dieser 1990 verschwundenen Feier- oder Gedenktage traten andere, die z.T. den Rang von arbeitsfreien Feiertagen erhielten: Gedenktage an die Heiligen Cyrill und Method (5. Juli), an Jan Hus (6. Juli), an St. Wenzel (28. September)<sup>77</sup>.

In den weiteren Bereich der staatlichen oder staatsnahen Symbolik bzw. der nationalen Gedächtniskultur gehören Denkmäler – oder der Sturz von Denkmälern; diese Zusammengehörigkeit versinnbildlicht das geniale Wortspiel „pomníky/zapomníky“ (etwa: Denkmäler/Vergeßmäler)<sup>78</sup>. Die Mariensäule auf dem Prager

<sup>75</sup> Velká říjnová socialistická revoluce (Große Sozialistische Oktoberrevolution).

<sup>76</sup> Februar.

<sup>77</sup> Übersicht: ><http://www.czech-embassy.de>< unter „Feiertage“ (so 15. 01. 2004). Diese Feiertage sowie der 1. Mai wurden schon seit 1919 in der Ersten Republik begangen, siehe Vratislav Kalousek, Svátky a památné dny, in: Slovník veřejného práva československého, hrsg. v. Emil Hácha, Bd. 4 (Brünn 1938).

<sup>78</sup> Hier und im folgenden: Zdeněk Hojda, Jiří Pokorný, Pomníky a zapomníky (Prag, Lito-myšl 21997).

Altstädter Ring, die Denkmäler Josefs II. im ganzen Land wurden schon 1918 oder kurz danach gestürzt. Im Sturz folgte in der Protektoratszeit der Fall solcher aus der Ersten Republik, insbesondere der von T. G. Masaryk, die oft nach 1945 wieder aufgestellt und in der sozialistischen Ära abermals beseitigt wurden. Hingegen wurde recht spät, ein Jahr vor der Chruščev-Geheimrede, in Prag ein riesiges Stalindenkmal errichtet, das 7 Jahre später sang- und klanglos wieder entfernt wurde. Selbstverständlich bildet auch auf diesem Gebiet das Jahr 1989 eine Zäsur – auch jetzt wurden Denkmäler wieder aufgestellt, andere entfernt. Als besonders zeichenhaft wurde der in Prag-Smichov aufgestellte Sowjetpanzer verstanden, der zunächst von einem Kunststudenten, dann – nach Wiederherstellung – demonstrativ abermals von Parlamentsabgeordneten rosarot angemalt wurde und schließlich in einem Depot verschwand. Am Rande wären ironische Umformungen von spezifischen Baudenkmalern einzubeziehen: Das von der Sowjetunion den Prägern „geschenkte“ Hotel International, eines der stalinschen Bauten mit großer Spitze, auf der ein roter Stern prangte, ist nach 1989 von einer Hotelkette adaptiert worden; der rote Stern wurde durch einen gleich großen grünen ersetzt.

Im weitesten Horizont berührt sich Staatssymbolik auch mit den Meistererzählungen der nationalen Geschichte. Auch hier hat das Jahr 1989 keine herausragende Zäsur bedeutet. Der Grund ist – wie schon früher erwähnt – darin zu sehen, daß die Kommunistischen keine neuen Meistererzählungen für die fernere Vergangenheit entwickelt, sondern sich aktiv als Erben der nationalen Geschichtstradition profiliert haben. Die daran angebrachten relativ geringfügigen Umdeutungen sind rasch beseitigt, der begrenzte, von den Kommunisten neu etablierte Figurenvorrat der Geschichte der Arbeiterbewegung bzw. der kommunistischen Partei aber in atemberaubender Geschwindigkeit vergessen worden<sup>79</sup>.

## VII. Ausblick

Die gegenwärtige Auseinandersetzung über die tschechische Geschichte, an der sich die postkommunistische junge Historikergeneration aktiv beteiligt, läßt die heutige tschechische Historie (als Zunft) in einem bewegten, bunten Licht erscheinen<sup>80</sup>. Die Revision alter Erklärungsmuster, neue Themen und methodische Ansätze haben längst Einzug gehalten. Manche überschießende Alarmreaktion der „Defensoren“ nationaler Geschichtswerte ist zum Teil auch jeweils aktuellen Aufregungen vor Wahlen, den noch nicht völlig absehbaren Implikationen der

<sup>79</sup> Man könnte in diese Rubrik auch die Banknoten mit einbeziehen. Dazu das Projekt „Visuelle und historische Kulturen Ostmitteleuropas im Prozeß staatlicher und gesellschaftlicher Modernisierung seit 1918“ im Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig unter Leitung von Prof. Dr. Stefan Troebst.

<sup>80</sup> Ein einsichtsreicher Überblick: *Václav Bůžek, České dějepisectví v devadesátých letech* ><http://www.clavmon.cz/archiv/polemiky/prispevky/Buzek.html>< (Abruf Dez. 2003).



Aufnahme in die Europäische Union im Jahre 2004 oder dgl., aber eben auch gefühlten Bedrohungssituationen zu verdanken.

Von den genannten retardierenden Momenten abgesehen, die gewiß zu einem erheblichen Teil verständliche Erinnerungs-Residuen oder Narben der Vergangenheit verkörpern, hat indes „die Geschichte“ in der Tschechischen Republik ein bemerkenswertes Gesicht. In thematischer Hinsicht darf man sich nicht durch die Feuerwerke und die Aufregungen des Streites um das historische deutsch-tschechische Verhältnis blenden lassen, die gewiß in den Medien, auch in den deutschen, den stärksten Widerhall finden. Die Karawane der Geschichtsforschung zieht indes auf interessanten Wegen weiter. Das könnte anschaulich an einem Forschungsbericht gezeigt werden, der hier nicht zu leisten war<sup>81</sup>. Man möchte nur wünschen, daß die Ergebnisse der tschechischen Geschichtswissenschaft unter Überwindung der Sprachbarriere auch außerhalb der Grenzen der Tschechischen Republik stärker wahrgenommen würden.

<sup>81</sup> Einen solchen in englischer Sprache bietet ausführlich: *Czech Historiography in the 1990s*. To Professor Jaroslav Mezník, a gentleman and outstanding historian. Ed. by *Jaroslav Pánek* (*Historica. Historical Sciences in the Czech Republic. Series Nova 7–8 [2000–2001]* Prag 2001). Neben den Jahresbibliographien, die wegen der Staatsteilung in den neunziger Jahren unter verschiedenen Titeln erschienen (*Bibliografie dějin Československa za rok ...* (*Bibliographie der Geschichte der Tschechoslowakei; bis Berichtsjahr 1992*), *Bibliografie dějin Českých zemí za rok ...* (*Bibliographie der Geschichte der böhmischen Länder; ab Berichtsjahr 1993*) siehe auch die im Herder-Institut Marburg zusammen mit tschechischen und slowakischen Instituten und Bibliotheken erstellte kooperative Bibliographie: *Bibliographie zur Geschichte der böhmischen Länder und der Slowakei (ab Berichtsjahr 1994)*. Vgl. auch: *Lexikon současných českých historiků*, hrsg. v. *Jaroslav Pánek* und *Petr Vorel* (Prag 1999).



*Attila Pók*

## Geschichte im Transformationsprozeß Ungarns

Von Geschichte als der Beschäftigung mit der Vergangenheit zu berichten, heißt mehr, als nur einen Überblick über die Leistungen der Geschichtswissenschaft zu geben. „Undertaking History“, das „Unternehmen Geschichte“, bezieht sich auf wenigstens drei Ebenen: zuerst auf die Tätigkeit der „Zunft“ (auf Forschung und Veröffentlichung der Resultate dieses epistemologischen Prozesses), wobei die Gesetze dieser fachwissenschaftlichen Arbeit nach internationalen Maßstäben definiert werden<sup>1</sup>. Historiker, die diesen Gesetzen nicht folgen, werden von der Zunft ausgeschlossen (oder gar nicht aufgenommen). Die Situation ist völlig anders auf der zweiten Ebene, wo es um die repräsentative Funktion der Geschichte geht. Geschichte als kollektives historisches Gedächtnis kann die Kohäsion einer Gesellschaft verstärken. Diese Funktion des „historischen Unternehmens“ ist Politikern gut bekannt, sie brauchen und mißbrauchen sie allzu oft. Die Rituale im Zusammenhang mit nationalen Feiertagen, die Einweihung und Entfernung öffentlicher Denkmäler, die Umbenennung von öffentlichen Räumen usw. sind die bekanntesten Formen dieses Umgehens mit der repräsentativen Funktion der Geschichte. Die dritte Ebene ist die pädagogische, erzieherische Funktion: Geschichte als Schulgegenstand. Selbstverständlich ist die Art und Weise des Geschichtsunterrichts von der Politik oft stark beeinflusst, und so besteht in vielen Fällen eine richtige Kluft zwischen der ersten wissenschaftlichen Ebene und der zweiten und der dritten (repräsentativen und erziehenden) Funktion.

Damit komme ich zur Erklärung der Struktur meines kurzen Beitrages. Ich bin der Meinung, daß in Ungarn die wichtigsten neuen, von dem Systemwechsel bestimmten Erscheinungen auf der repräsentativen Ebene des „Geschichtsunternehmens“ zu beobachten sind. Eine vergleichbare Wende auf der wissenschaftlichen Ebene fand in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre und im Laufe der 1970er Jahre statt, als die ungarische Geschichtswissenschaft nach einer etwa 15 jährigen Unterbrechung angefangen hat, sich in die Haupttendenzen der internationalen (d.h. westeuropäischen und amerikanischen) Wissenschaftsentwicklung zu integrieren. Die seitherigen Entwicklungen sind in vollem Einklang mit dem internationalen „Geschichtsdiskurs“ – der „lokale Zeitgeist“ wurde und wird vielmehr von der

<sup>1</sup> Siehe darüber: *Attila Pók*, Undertaking History – Shaping the New Europe, in: *Sharon McDonald* (Hrsg.), *Approaches to European Historical Consciousness: Reflections and Provocations* (Hamburg 2000) 163–167.

repräsentativen Funktion vertreten. Um die Rolle der Geschichte im Laufe des Transformationsprozesses in Ungarn besser verstehen zu können, ist es nützlich, zuerst kurz die lange vor dem Systemwechsel einsetzenden Änderungen in der Fachwissenschaft zu skizzieren.

## I. Die neue Epoche der fachwissenschaftlichen Entwicklung

Das wichtigste Zeichen des Anfanges dieser Wende war eine Diskussion zur Frage der Bewertung der ungarischen anti-habsburgischen, ständischen Bewegungen im 16. und 17. Jahrhundert, die vom Anfang der 1960er bis zur Mitte der 1970er Jahre zu einem die Grenzen der Fachwissenschaft weit überschreitenden Gedankenaustausch geführt hat. Der Initiator dieses langjährigen Streites war Erik Molnár (1894–1966), marxistischer Historiker und Philosoph<sup>2</sup>, der als Anwalt in der Zwischenkriegszeit viele Kommunisten verteidigt hatte. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er hochrangiger kommunistischer Politiker in Ungarn, seine wissenschaftliche Tätigkeit hat er aber nie aufgegeben. Von 1949 bis zu seinem Tode war er auch Direktor des Instituts für Geschichte der Ungarischen Akademie der Wissenschaften. Zwischen 1959 und 1961 hat Molnár in einigen Aufsätzen die ungarischen anti-habsburgischen Bewegungen im 17. und 18. Jahrhundert als von Klasseninteressen bewegte Aufstände des ungarischen Adels gegen die Habsburger Zentralisationsbewegungen dargestellt<sup>3</sup>. Diese Bewertung stand in krassem Widerspruch zu der damals tonangebenden, in der ungarischen anti-habsburgischen Historikertradition der Jahrhundertwende wurzelnden Auffassung, die diese politischen Bewegungen in die Geschichte der ungarischen nationalen Unabhängigkeitskämpfe eingereiht hat<sup>4</sup>. Letztendlich wurde nach den Wurzeln des ungarischen Nationalismus, nach dem Verhältnis zwischen mittelalterlichem Patriotismus und dem modernen Nationalbewußtsein gefragt. Molnár versuchte zu beweisen, daß es in dieser Hinsicht keine Kontinuität gibt. Die frühneuzeitlichen Begriffe von *natio* und *patria* beziehen sich nur auf die herrschende Klasse, auf die Nobilität; die ausgebeuteten Leibeigenen und ihre Feudalherren hatten keine gemeinsamen nationalen Interessen. Diese These war eine alte orthodoxe marxistische Argumentation, wiederholt aufgegriffen kurz nach der 1956er Revolution, als die Parteileitung den „reaktionären Nationalismus“ der Sowjetfeind-

<sup>2</sup> Über Erik Molnár s. György Ránki, Bevezetés (Einführung), in: Erik Molnár, Válogatott tanulmányok (Budapest 1969) 7–42.

<sup>3</sup> Die wichtigsten Aufsätze der ersten Phase dieser Diskussion wurden veröffentlicht in: Vita a magyarországi osztályküzdelmekről és függetlenségi harcokról, Vorwort und Nachwort von Pál Zsigmond Pach (Budapest 1965). Zur Auswertung: László Péter, New Approaches to Modern Hungarian History, in: Ungarn Jahrbuch (1972) 161–171.

<sup>4</sup> Hauptvertreter dieser Auffassung war Aladár Mád, die repräsentative Zusammenfassung seiner Auffassung ist sein noch im Laufe des Zweiten Weltkrieges geschriebenes Buch: Négy száz év küzdelem az önálló Magyarorszáért (Budapest 1951).

lichkeit und der Gefährdung der politischen und ideologischen Konsolidierung beschuldigte<sup>5</sup>. Trotz dieser starken politischen Färbung des Molnár-Auftrittes führte die von ihm initiierte Diskussion zu einem Durchbruch in der ungarischen Geschichtswissenschaft. In der politischen Atmosphäre der post-1956er Jahre bedeutete der Hinweis auf die Notwendigkeit der Untersuchung der unterschiedlichen „Klasseninteressen“ nämlich eine venünftige, analytische Zugangsweise gegenüber der simplifizierenden romantischen revolutionären Interpretation der ungarischen Geschichte als einer Reihe von fehlgeschlagenen Revolutionen und Unabhängigkeitskämpfen. Außerhalb der Klärung des Inhaltes von Begriffen wie Volk, *natio*, *patria*, Unabhängigkeit im 17. und 18. Jahrhundert kam es zu einer fachwissenschaftlichen Erneuerung, Gärung auch in anderen Forschungsgebieten. Die ungarische Agrarentwicklung im 16. Jahrhundert (die Frage des osteuropäischen und ungarischen „Sonderweges“), vergleichende Forschungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgeschichte Ost- und Mitteleuropas, die Bewertung des Platzes Ungarns in der dualistischen Habsburgermonarchie zwischen 1867 und 1918, die historische Rolle der Sozialdemokratie, die politische und moralische Beurteilung der Tätigkeit der ungarischen Armeen in der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg, um nur einige Themen zu nennen, waren wichtige Forschungsprojekte der späten 1960er und 1970er Jahre, wobei die politische und ideologische Beeinflussung der Fachwissenschaft im Vergleich mit den 1950er und frühen 1960er Jahren bedeutend nachgelassen hatte<sup>6</sup>. Die Grundlagenforschungen zur Geschichte des Nationalbewußtseins, die Infragestellung der Berechtigung des Gebrauches des Begriffes „arbeitendes Volk“, die Kritik an der Mythologie der Revolutionen als einziger „Lokomotive“ des sozialen und politischen Fortschrittes, die Darstellung der Komplexität vieler historischer Situationen haben eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Auflockerung der monolithischen ideologisch-politischen Struktur gespielt<sup>7</sup>. Von ihrer Gründung 1979 an ist die Zeitschrift „História“ die wichtigste Werkstatt dieses Prozesses.

<sup>5</sup> S. die Stellungnahme des Zentralkomitees der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei im September 1959 über „Bürgerlichen Nationalismus – sozialistischen Patriotismus“. *Társadalmi Szemle* 14 (1959) Nr. 8–9, 11–39.

<sup>6</sup> S. *Ferenc Glatz*, A történeti-politikai gondolkodás a felszabadulás után, Történetírásunk és az utóbbi negyven esztendő, in: *Ferenc Glatz*, Nemzeti kultúra, kultúrált nemzet (Budapest 1988) 366–383, 402–423; *Domokos Kosáry*, Viták a történeti tudományok területén az 1970-es években. Az MTA Filozófiai és Történettudományok Osztályának Közleményei XXIX (1980) 119–136.

<sup>7</sup> Es gibt natürlich auch unterschiedliche Meinungen zur Frage der Kontinuität oder Diskontinuität in der ungarischen Geschichtswissenschaft nach 1989/90. Für die Hervorhebung der Unterschiede s. z. B. *György Bence*, Átmenet és átmentés a humán tudományban BUKSZ 1992. ősz 348–356. Zur Kontinuität: *Ferenc Glatz*, Pozitív múltszemlélet! *História* (1993) Nr. 5–6, 2, 23. Zu dem breiteren politischen Kontext: *Ferenc Glatz*, Multiparty System in Hungary, 1989–1994, in: *Béla K. Király* (ed.), *Lawful Revolution in Hungary, 1989–1994* (East European Monographs CDLXV, New York 1995) 15–32; und *János Kis*, Between Reform and Revolution: Three Hypotheses about the Nature of the Regime Change, in: *Király*, *Lawful Revolution* 33–59; *Gábor Gyáni*, Political Uses of Tradition in Postcommunist East Europe, *Social Research*, vol. 60 (Winter 1993) 893–915. Der neueste Versuch für einen all-

## II. Gegenrevolution und Gegenerinnerung

Diese relative Offenheit bedeutete aber keinesfalls die Möglichkeit eines offenen wissenschaftlichen Diskurses über das wichtigste historische Tabu, das Kádár-Regime, die 1956er Revolution. In der offiziellen Darstellung der Ereignisse der „Gegenrevolution“ – in Lehrbüchern, in Zeitungen, Fernseh- und Rundfunksendungen besonders aus Anlaß der Jahrestage – wurde versucht, den Schwerpunkt der Ereignisse von den friedlichen Demonstrationen für nationale Selbstbestimmung und Demokratie zur drohenden Möglichkeit eines blutigen Bürgerkrieges zu verschieben. Zum Beispiel wurde aus Anlaß des vierten Jahrestages 1960 ein den Opfern der „Gegenrevolution“ gewidmetes Denkmal am Köztársaság tér (Platz der Republik) in Budapest aufgestellt. Hier wurde die Budapester Parteizentrale am 30. Oktober 1956 angegriffen, und 24 Verteidiger des Gebäudes wurden Opfer der Kämpfe und einer sich anschließenden Lynchjustiz. Das Denkmal war als eine Warnung gemeint: Ohne sowjetische Hilfe wäre es nicht möglich gewesen, einen Bürgerkrieg mit vielen vergleichbaren Tragödien zu vermeiden (wie das die Reden zur Einweihung und bei späteren Kranzniederlegungen hervorhoben). Trotz der Änderungen in der Politik gegenüber den Teilnehmern der revolutionären Bewegungen, trotz des Gebrauches der von Kádár 1972<sup>8</sup> initiierten Terminologie der „nationalen Tragödie“, anstatt oder parallel zu dem Begriff der „Gegenrevolution“, hat das Kádár-Regime diese Grundbewertung der Revolution nie aufgegeben. So ist die Einreihung von 1956 in die ungarischen historischen Traditionen ein Hauptelement der „Gegenerinnerung“, der historischen Delegitimierung des Kádár-Regimes geworden. Von etwa Mitte der 1980er Jahre an ist die Definition von 1956 ein mit der Bedeutung der ungarischen Revolution von 1848/49 und des Freiheitskampfes vergleichbares historisches Ereignis, ein gemeinsamer Nenner für die unterschiedlichen Kritiker des Kádár-Regimes<sup>9</sup>. Ein erstes Treffen dieser Gruppen fand zwischen dem 14. und 16. Juni 1985, am 27. Jahrestag der Hinrichtung von Imre Nagy, des reformkommunistischen Leiters der Revolution, statt. In Dezember 1986 haben etwa 80 bekannte Intellektuelle, unter ihnen auch Parteimitglieder, eine Tagung über 1956 in einer Privatwohnung veranstaltet, und 1956 war auch ein zentrales Thema in den ungarischen *samizdat*-Veröffentlichungen der 1980er Jahre. Im politischen Programm der demokratischen Opposition (veröffentlicht in einer Sonderausgabe der in 1000 bis 2000 Exemplaren erschienenen *samizdat*-Zeitschrift „Beszélő“ in Juni 1987) war das letzte Kapitel dem Thema „1956 in der gegenwärtigen ungarischen Politik“

gemeinen Überblick der Entwicklungen in der ungarischen Geschichtswissenschaft im Laufe der letzten zehn Jahre: *Gábor Gyáni*, *Történetírásunk az évezred fordulóján Századvég* 18 (2000) 117–140.

<sup>8</sup> *Gerhard Seewann, Kathrin Sitzler*, Ungarn 1956: Volksaufstand – Konterrevolution – nationale Tragödie. Offizielle Retrospektive nach 25 Jahren, in: *Zeitschrift für Gegenwartforschung* 1 (1982) 16–18.

<sup>9</sup> Ausführlicher über die Interpretationen von 1956: *Heino Nyyssönen*, *The Presence of the Past in Politics. '1956' after 1956 in Hungary* (Jyväskylä 1999) 113–151.

gewidmet. Laut dieser Stellungnahme ist die Neubewertung von 1956 die Grundbedingung eines neuen „Sozialen Vertrages“, eines Ausweges aus der Krise. Etwa gleichzeitig, nicht unabhängig von Gorbačevs Glasnost und Perestroika, hat die Parteileitung auch die Bedeutung einer Neubewertung der Vergangenheit erkannt. Der Parteitag in Mai 1988 (auf dem Kádár „abgedankt“ hat) ernannte eine Kommission zur Bewertung der ungarischen Geschichte der letzten vier Jahrzehnte als Teil von Vorbereitungen zur Ausarbeitung eines neuen Parteiprogramms. Das im Februar 1989 veröffentlichte Dokument sprach in dem Kapitel über 1956 eindeutig von der Verantwortung der ehemaligen Parteileitung (und nicht, wie es früher üblich war, äußerer und innerer „feindlicher Kräfte“) für die Krise im Oktober 1956. Das Dokument bewertete die Einladung der sowjetischen Truppen als einen Fehler, der die nationalen Gefühle der Bevölkerung verletzte. Imre Nagy wurde nicht mehr als ein Verräter des Sozialismus, sondern als ein zu schwacher Politiker dargestellt, der nicht in der Lage war, die Ereignisse zu kontrollieren. Eine außergewöhnlich große politische Wirkung hatte aber das Dokument mit der Einführung einer neuen Terminologie erreicht. Statt des bis dahin offiziell geltenden Terminus „Gegenrevolution“ wurde über einen „Volksaufstand“ gesprochen<sup>10</sup>, und als Imre Pozsgay als zuständiges Politbüro-Mitglied am 28. Januar 1989 in einem Radio-Interview zum ersten Mal nach 33 Jahren (noch vor der Veröffentlichung des Materials und ohne vorherige Konsultation der Parteigänge) 1956 einen „Volksaufstand“ genannt hat, wurde damit der ganze Prozeß der Transformation beschleunigt. Die gleiche ZK-Sitzung (vom 11. bis 12. Februar 1989), in der das Dokument über die letzten 40 Jahre (mit Hinweis auf 1956 als Volksaufstand) angenommen worden war, entschied auch über die Einführung des Mehrparteiensystems. Diese offizielle Umwertung von 1956 diente als die „historische Grundlage“ der Verhandlungen zwischen Vertretern der oppositionellen Gruppen und den Machthabern. Der erste wichtigste symbolische Schritt auf diesem Wege geschah am 16. Juni 1989, am 31. Jahrestag der Hinrichtung von Imre Nagy. An diesem Tag wurde der Ministerpräsident der Revolution aufgrund einer Vereinbarung zwischen der kurz zuvor gegründeten Interessenvertretung der Opfer der Repression nach 1956<sup>11</sup> und der Regierung noch einmal beerdigt. In einer einzigartigen „Sternstunde“ haben die Machthaber und die wichtigsten oppositionellen Kräfte eine gemeinsame historische Plattform für die Gestaltung der Zukunft gefunden. 1956 wurde mit einer weiteren Geste in die demokratischen ungarischen nationalen Traditionen eingebaut: Am 23. Oktober, am 33. Jahrestag des Ausbruches der Revolution, wurde die „Volksrepublik“ Ungarn erneut zur Republik ausgerufen. In seiner Rede zu diesem Anlaß hat Interims-Staatspräsident Mátyás Szűrös die neue Republik als Nachfolgerin der nationalen demokratischen Traditionen von 1848 (Revolution und Freiheitskampf gegen die

<sup>10</sup> Der Vorschlag für diese Terminologie unabhängig von diesen politischen Entwicklungen erschien zuerst in der Zeitschrift *História*: *Ferenc Glatz*, *Kérdőjelek 1956-ról* (Fragezeichen über 1956), in: *História* 6 (1988) Nr. 2.

<sup>11</sup> Der Name der Organisation war Kommission für Historische Justiz (ungarische Abkürzung TIB) und wurde noch illegal am 5. Juni 1988 gegründet.

Habsburger), von 1918 (Verkündigung der Ungarischen Republik nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie), von 1945 bis 1948 (Periode des demokratischen Pluralismus) und von 1956 dargestellt. Die Tradition von 1848 war hier von größter Bedeutung als eine erfolgreiche Synthese von liberalen und nationalen Zielsetzungen, weltweit als ein Symbol ungarischen Freiheitswillens. Im Laufe der Verhandlungen zwischen der Partei und Regierung einerseits und den Vertretern der Opposition andererseits gab es auch oft Hinweise auf 1848. Viele Teilnehmer dieser Gespräche fanden die Möglichkeiten und die Gefahren der damaligen Situation nur mit denen des Völkerfrühlings von 1848 vergleichbar, und das betraf auch ihre persönliche Verantwortung für einen eventuellen Mißerfolg. Die Verhandlungen wurden aber erfolgreich abgeschlossen, und nach den freien Wahlen in März/April 1990 war das erste vom neuen Parlament verabschiedete Gesetz der historischen Bedeutung der 1956er Revolution gewidmet. Das Gesetz lautet: „Dieses frei gewählte Parlament hält es für seine dringende Aufgabe, die historische Bedeutung der 1956er Revolution zu kodifizieren. Dieses prachtvolle Kapitel der modernen ungarischen Geschichte kann nur mit der Revolution und dem Freiheitskampf von 1848/49 verglichen werden.“<sup>12</sup> Der Tag des Ausbruches der Revolution, der 23. Oktober, wurde zum Nationalfeiertag erklärt. Mit der offiziellen Neubewertung der 1956er Ereignisse als Volksaufstand anstatt als Gegenrevolution hatte das Kádár-Regime einen Grundpfeiler seiner Legitimität verloren<sup>13</sup>, gleichzeitig war diese Stellungnahme die Grundlage eines friedlichen nationalen Konsenses, eine Vorbedingung des friedlichen Überganges von einer Diktatur des Proletariats in ein demokratisches System.

### III. Die gekrönte Republik

Das nach vier Jahrzehnten erste frei gewählte ungarische Parlament mußte sich mit Problemen der historischen Legitimität beschäftigen. Dabei war es nicht unwichtig, daß in der politischen Elite nach 1990 unser Berufsstand stark vertreten war. Etwa sieben Prozent der neuen Parlamentsabgeordneten waren Historiker: unter ihnen der Ministerpräsident der christlich-nationalen regierenden Koalition, der Außenminister, der Verteidigungsminister, der Parlamentsvorsitzende, mehrere Staatssekretäre, Botschafter. Wie schon erwähnt, wurde auf der Gründungssitzung des neuen Parlaments das Gesetz über die Bedeutung der 1956er Revolution und des Freiheitskampfes verabschiedet. Einige Wochen später, am 3. Juli 1990, wurde das neue Staatswappen angenommen, wobei die Gesichtspunkte und Meinungen in der Fachwissenschaft und auch in der politisch-historischen Repräsentation weit auseinandergingen. Eine Gruppe von Historikern war dafür, das von Lajos Kossuth 1849 initiierte kronenlose Wappen einzuführen: Dieses Wappen symbolisierte die revolutionäre Wende nicht nur von 1849, son-

<sup>12</sup> Verabschiedet am 2. Mai 1990.

<sup>13</sup> *György Litván, Kié 1956? Valóság*, 1991/10. Zitiert in *Nyírsövény, The Presence* 166.

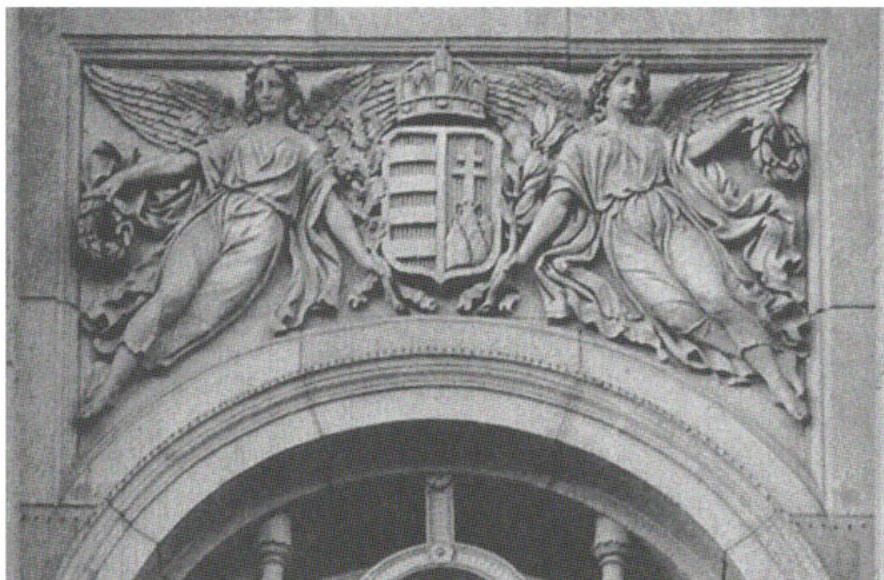


Abb. 1: Heilige ungarische Krone,  
13. Jahrhundert.



dern auch von 1918, als nach dem Zusammenbruch der Habsburger-Monarchie am 16. November Ungarn zur Republik erklärt wurde; von 1946, als die Republik wieder ausgerufen wurde, und auch im Verlauf der 1956er Revolution. Die überwiegende Mehrheit der Parlamentsabgeordneten (228 von 291) war jedoch für das mit der ungarischen Heiligen Krone geschmückte Wappen. Deren Hauptargument war, daß diese Krone nicht die königliche Macht, sondern die Kontinuität der ungarischen Staatlichkeit symbolisierte. Die Gegner des Wappens mit der Krone, die meisten Liberalen und Sozialisten in der Opposition, haben darauf hingewiesen, daß, da die Heilige Krone die volle territoriale Integrität des Ungarischen Königreiches (mit Siebenbürgen und Kroatien) dargestellt hatte, ihre Anwesenheit in dem ungarischen Staatswappen von 1990 von den Nachbarnvölkern und Staaten Ungarns als Irredentismus interpretiert werden könnte. Laut ihrer Argumentation war die Krone mehr ein Symbol der konservativ-ständischen, sogar feudalen Gesellschaft, wohingegen das kronenlose „Kossuth-Wappen“ in Richtung Modernisierung und Verbürgerlichung zeige. Das Gegenargument betonte, daß die Krone die Kontinuität der Staatlichkeit unabhängig von der sich oft ändernden Ausdehnung des Staatsgebietes auch im republikanischen System symbolisiere.

Die Problematik der Heiligen Krone führt uns zu einer geschichtspolitischen Grundfrage des letzten Jahrzehntes: der historischen Einordnung des Systemwechsels. Eine der ersten diesbezüglichen konkreten Fragen war die unvermeidbare parlamentarische Entscheidung über den offiziellen Staatsfeiertag. Es gab



*Abb. 2: Ungarisches Wappen mit Krone.*

drei „Kandidaten“: den 15. März (1848), den 20. August (den Tag des Staatsgründers, Stefan des Heiligen) und den 23. Oktober (1956). Die parlamentarische Entscheidung, dem Vorschlag der Regierung folgend, war in vollem Einklang mit der Wappenentscheidung – die Gründung des ungarischen Staates im Jahr 1000 durch Stefan wurde als das wichtigste Ereignis der ungarischen Geschichte, die beste Repräsentation der Kontinuität des Bestehens des ungarischen Staates definiert. In der Opposition hatten die liberalen Freien Demokraten und die Mehrheit der Sozialisten und der Jungen Demokraten eine Präferenz für den 15. März als Symbol der nationalen Einheit und Demokratie. Der 15. März und der 23. Oktober sind selbstverständlich auch weiterhin Nationalfeiertage geblieben, aber die Repräsentation des Staates gehört seitdem zum 20. August.

Niemand im politischen öffentlichen Leben leugnete Stefans enorme historische Leistung, die Annahme des Christentums und dadurch den organischen Einbau der ungarischen Gesellschaft und Kultur in das Vermächtnis der westlichen Zivilisation. Ohne seine Persönlichkeit wäre die Gründung und Konsolidation des ungarischen Staates kaum möglich gewesen. Der systematische Aufbau des auf diese Tradition konzentrierten kollektiven Gedächtnisses war und ist aber politisch gefärbt, besonders protegiert von der konservativen politischen Elite. In dieser Auffassung wird Stefan mit der staatsbauenden und -tragenden Tätigkeit der katholischen Kirche verbunden. Das Jahr 2000 war in der Politisierung dieser Tradition von großer Bedeutung. Es kam zur 1000-Jahrfeier der Annahme des Christentums und der Staatsgründung, so konnte die nationale Feier mit dem all-

gemeinen christlichen Jubiläum im Jahr 2000 nach Christus verbunden werden. Die konservative Regierungskoalition hat für die Feierlichkeiten vom 1. Januar 2000 bis 20. August 2001 bedeutende finanzielle und organisatorische Ressourcen mobilisiert, wobei die ungarische Heilige Krone eine Hauptrolle spielte. Die Krone, seit dem späten 13. Jahrhundert ein Symbol ungarischer Souveränität und Legitimität der politischen Macht, landete als Folge des Schicksals Ungarns am Ende des Zweiten Weltkrieges in Fort Knox in den Vereinigten Staaten. Anfang 1978 hat die amerikanische Administration dieses äußerst wertvolles Symbol der ungarischen nationalen Identität, trotz des Protestes der Mehrheit der ungarischen politischen Emigranten, dem ungarischen Staat als ein Zeichen der Detente-Politik zurückgegeben. Mit anderen königlichen Insignien wurde die Krone bis Ende 1999 im Ungarischen Nationalmuseum aufbewahrt. Als Auftakt der Feierlichkeiten zum tausendjährigen Bestehen des ungarischen Staates ließ die christlich-nationale Regierung die Krone – in einem groß aufgezogenen feierlichen Staatsakt – in das Parlamentsgebäude bringen. Diese Geste wurde von der sozialistisch-liberalen Opposition mit dem Argument stark kritisiert, daß die Legitimität des heutigen ungarischen Staates nicht in der vom Papst verliehenen Krone, sondern in der durch die Verfassung symbolisierten Volkssouveränität wurzle. Im Laufe der Feierlichkeiten wurde die staats-, gesellschafts- und kulturtragende Rolle des ungarischen Christentums, besonders der Beitrag der katholischen Kirche, zur Bewahrung der Integrität der ungarischen Nation hervorgehoben. Die liberale und sozialistische Kritik hat oft auf die Multikulturalität und Multikonfessionalität der ungarischen Gesellschaft hingewiesen und im allgemeinen den Grundton, den Hauptkurs der Feierlichkeiten für anachronistisch archaisierend, romantisch, wissenschaftlich unbegründet und die prachtvollen Äußerlichkeiten für verschwenderisch erklärt. In fast allen Gemeinden des Landes wurden von der Lokalgesellschaft meistens sehr positiv aufgenommene Feste abgehalten, Denkmäler eingeweiht, öffentliche Plätze renoviert. Die Beurteilung dieser millenarischen Feierlichkeiten als Teil eines politischen Stils ist aber eine mit wirtschafts- oder sozialpolitischen Programmen vergleichbare Bruchlinie zwischen Regierung und Opposition, ein Thema der Wahlkampagne 2002, geworden<sup>14</sup>.

#### IV. Trianon

Weder Politiker noch Fachhistoriker zweifeln daran, daß für Ungarn das wichtigste und die Geschichte des Landes bis heute bestimmende Ereignis im 20. Jahrhundert der Friedensvertrag von Trianon (4. Juni 1920) ist, wobei Ungarn etwa zwei Drittel des Staatsgebietes der Vorkriegszeit zugunsten der Nachfolgestaaten der Habsburgermonarchie aufgeben mußte. Schon Anfang der 1980er Jahre hat

<sup>14</sup> Zum Millenium seitens der Regierung: *Zoltán Rockenbauer*, Magyar millenium, in: Magyarországi politikai évkönyve (2002) 106–113. Für die liberale Kritik der Feierlichkeiten: *András Gerő*, Két millenium Magyarországon, in: *Mozgó Világ* 8 (2002) 13–24.

Mária Ormos die militär- und außenpolitische Vorgeschichte dieses Aktes vielseitig und nüchtern dargestellt<sup>15</sup>. Die historische Literatur der letzten zehn Jahre hat unsere Kenntnisse über die Friedenspläne der Siegermächte, die revisionistischen Bestrebungen der ungarischen Politik der Zwischenkriegszeit, die politischen Bestrebungen und jene über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Lage der ungarischen nationalen Minderheiten in den Nachbarnländern bedeutend bereichert<sup>16</sup>. Neuere, sozialpsychologisch motivierte Forschungen<sup>17</sup> weisen indes darauf hin, daß die kommunistische Verdrängung der Trauer über diese nationale Tragödie zu gefährlichen Folgen führte: Die Trianon-Frage wurde ein Hauptmotiv der rechtsradikalen politischen Rhetorik. Die nationale Tragödie wurde als eine Hauptquelle und Ursache aller späteren sozialen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten dargestellt, verbunden mit der Suche nach der Verantwortung. Dabei wurde oft auf eine die Aktionsfähigkeit der Nation lähmende kleine, aber einflußreiche Minderheit hingewiesen<sup>18</sup>. Im rechtsradikalen Sprachgebrauch war diese Minderheit das Judentum, insbesondere das kommunistische, das – laut dieser Argumentation – mit dem Aufbau einer 133tägigen Diktatur des Proletariats im Frühling und Sommer 1919 jene die Ungarn bestrafenden Entscheidungen der Siegermächte bei der Friedenskonferenz provoziert hätte. Diese Behauptung wurde von der Geschichtswissenschaft längst widerlegt<sup>19</sup>, lebt aber in dieser Rhetorik ungestört weiter. Gegenwärtige soziale und wirtschaftliche Probleme werden dabei mit der destruktiven Tätigkeit solcher „fremdherzigen“, ausländischen Interessen dienenden Minderheiten erklärt. Der Hauptton der ungarischen Politik stimmt aber mit der Schlußfolgerung der neuesten zusammenfassenden wissenschaftlichen Arbeit über den Trianon-Vertrag völlig überein: „Die Ungarn halten den Trianoner und den ihn ersetzenden Pariser Friedensvertrag von 1947 mit vollem Recht für ungerecht. Die Ungarn haben ein unbestreitbares Recht, Selbstverwaltung für sich und für ihre Minderheiten zu fordern. Mehr zu hoffen ist aber nach allen Anzeichen eine Illusion, mehr zu fordern ist unbesonnen.“<sup>20</sup>

<sup>15</sup> *Mária Ormos*, *From Padova to the Trianon* (Budapest 1996), zuerst auf ungarisch: *Padovától Trianonig* (Budapest 1983).

<sup>16</sup> *Mihály Fülöp, Péter Sáros*, *Magyarország külpolitikája a XX. században* (Budapest 1998); *Ignác Romsics*, *A trianoni békeszerződés* (Budapest 2001); *Miklós Zeidler*, *A revíziós gondolat* (Budapest 2001); *László Szarka*, *Duna-táji dilemmák* (Budapest 1998).

<sup>17</sup> Zusammenfassend über diesen Aspekt s. das bis jetzt unveröffentlichte Manuskript von *Jeffrey S. Murer*, *Pursuing the Familiar Foreigner: The Resurgence of Antisemitism and Nationalism in Hungary since 1989*. Eingereicht als Ph. Dissertation in political science an der University of Illinois in 1999. Besonders Chapter 3. Weiterhin Arbeiten von György Csepeli, Ferenc Erős und András Kovács.

<sup>18</sup> *Ž.B. István Csurka*, in: *Havi Magyar Fórum IX* (1997). Zitiert in: *Magyarország politikai évkönyve* (1998) 884–892.

<sup>19</sup> S. Anm. 15 und 16.

<sup>20</sup> *Ignác Romsics*, *A trianoni békeszerződés* 237.

## V. Freiwillig oder in der Zwangsjacke? Ungarn im Zweiten Weltkrieg

Ungarns Rolle im Zweiten Weltkrieg ist eines der bedeutendsten geschichtspolitischen Themen des letzten Jahrzehnts. In einer politischen Atmosphäre, in der der Auszug der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen (am 19. Juni 1991) als eines der wichtigsten Ereignisse, als wirkliche „Wende“ und als die ganze ungarische Gesellschaft betreffende Befreiung gefeiert wurde, kam es in der politischen Öffentlichkeit zu einigen ziemlich schockierenden Stellungnahmen. Ein ehemaliger hochrangiger Offizier der Horthy-Armee, Kálmán Kéri, rechtfertigte Ende Juli 1990 im Parlament Ungarns Teilnahme am „antibolschewistischen Kreuzzug“ gegen die Sowjetunion<sup>21</sup>. Die Fachwissenschaft produzierte eine große Menge von nüchternen Analysen dieser tragischen Periode der Nationalgeschichte<sup>22</sup>, angesehene Persönlichkeiten der „Zunft“ wiesen darauf hin, daß die wohlverdiente Anerkennung der oft heroischen Leistungen ungarischer Soldaten (von Generälen bis zu den einfachen, leidenden, riesige Opfer bringenden Gemeinen) und die Kritik an einer verfehlten Politik, Strategie und Kriegszielen auseinander zu halten sind. Die diesbezüglichen geschichtswissenschaftlichen und geschichtspolitischen Diskussionen haben zu keinem ungarischen „Historikerstreit“ geführt – doch spielten und spielen sie eine wichtige Rolle bei der historischen Identitätssuche der post-kommunistischen politischen Eliten. Es geht hier nicht nur um Ungarns Rolle im Zweiten Weltkrieg, sondern auch um die allgemeine Bewertung des ungarischen politischen Systems von 1919 bis 1945, um Kontinuitäten und Diskontinuitäten mit dem „Horthy-Regime“. Als „Verwerfer“ und Staatsoberhaupt zwischen 1920 und 1944 gehört Miklós Horthy nämlich zu den am heftigsten umstrittenen Persönlichkeiten der modernen ungarischen Geschichte. Der ehemalige Adjutant von Kaiser Franz Joseph, Admiral der Flotte der Habsburger Monarchie, festigte seine Macht 1919/20 mit blutigem Terror. Anfang der 1920er Jahre wurde – ohne seine Autorität je in Frage stellen zu können – das Regime als ein funktionierendes parlamentarisches System etabliert. Im Laufe der 1930er Jahre wurden die autoritären Züge seiner Politik immer markanter. Zwischen 1938 und 1941 verabschiedete das ungarische Parlament diskriminierende Gesetze gegenüber den ungarischen Juden, und vom Juni 1941 an kämpfte das Land an der Seite Deutschlands im Zweiten Weltkrieg. Nach verfehlten Versuchen Horthys, das Land aus dem Krieg herauszuführen, kam es zum totalen Zusammenbruch 1944/45. Am 19. März 1944 wurde Ungarn von den Deutschen besetzt, unter Mitwirkung der ungarischen Behörden wurden etwa zwei Drittel der ungarischen Juden ermordet, insgesamt wurden etwa zehn Prozent der Bevölkerung Opfer des Krieges – das Land lag in Trümmern. Am 15. Oktober wurde die

<sup>21</sup> Am 30. Juli 1990. S. den kurzen, kritischen Kommentar von einer leitenden Persönlichkeit der Opposition, *Gábor Fodor*, *Holtvágány Népszabadság* (31. Juli 1990) 3.

<sup>22</sup> S. *Péter Sípós* (Chefredakteur), *Magyarország a második világháborúban* (Ungarn im Zweiten Weltkrieg) (Budapest 1996).



Macht von den ungarischen Faschisten, von den „Pfeilkreuzlern“ übernommen, und bis Ende des Krieges war Horthy unter der „Schutzhaft“ der Deutschen. Nach dem Krieg lebte Horthy im Exil in Portugal, wurde aber weder von ungarischen Behörden noch von der Justiz der Siegermächte zum Kriegsverbrecher deklariert. Zwischen 1990 und 1994 wurde seine Beurteilung eine wichtige aktuell-politische Frage. Nach der in christlich-nationalen Regierungskreisen herrschenden Auffassung war Horthys Regime – trotz allen möglichen Mangels an Demokratie – viel legitimer als der Ungarn von außen aufgezwungene Kommunismus<sup>23</sup>. Insofern gab es eine Kontinuität zwischen der Horthy-Zeit und der Demokratie nach 1989/90. Die liberale und sozialistische Opposition verwarf diese historische Orientierung (und die aus ihr folgende politische Theorie und Praxis) als Sackgasse und hob die Wichtigkeit der dem Zweiten Weltkrieg folgenden kurzen Periode (1945–1948) des echten, funktionierenden politischen Pluralismus und das Jahr 1956 als direkten Vorläufer der neuerworbenen Demokratie hervor.

Die tagespolitische Bedeutung der Unterschiede in der Beurteilung des Horthy-Regimes wurde besonders auffällig, als, der Initiative der Familie folgend, am 3. September 1993 der 1957 in Portugal verstorbene Horthy in seinem Heimatdorf beigesetzt wurde. Etwa 50000 Menschen (unter ihnen sechs Mitglieder der Regierung) nahmen an dieser „privaten Familienangelegenheit“ teil. Am Tag vorher veranstalteten liberale und andere oppositionelle Intellektuelle in Budapest ein „Abschiedsfest“ vom Horthy-Regime. Der Horthy-Kult in dem der christlich-nationalen Regierung nahestehenden Teil der ungarischen Gesellschaft war bis zu einem Gutteil eine Reaktion auf seine schematisierend negative Beurteilung in der dogmatischen stalinistischen Geschichtsauffassung der 1950er und 60er Jahre, die bis zu den 80er Jahren ihren Niederschlag auch im Geschichtsunterricht gefunden hatte. Schon seit der Wende der 70er/80er Jahre kam es aber in der Fachwissenschaft zu einer sehr grundlegenden Revision dieses schematischen Bildes: Der Nationalismus und der Irredentismus des Horthy-Regimes wurden in den Kontext der anderen kleinstaatlichen Nationalismen der Region gestellt, ein differenziertes Bild von der Leistung der verschiedenen Schichten der „christlichen Mittelklasse“, der Facharbeiter, der reicheren Bauern, der militärischen und politischen Facheliten vermittelt und diese deutlich abgesetzt von den Erzkonservativen wie besonders von den extrem Rechten. Im Kampf gegen die dogmatisch-stalinistische Geschichtsauffassung spielten diese auf Differenzierung bedachten Darstellungen eine wichtige Rolle. Ohne diese Korrekturen im wissenschaftlichen Horthy-Bild zur Kenntnis zu nehmen, schien der Tatbestand der negativen Beurteilung Horthys und seines Regimes durch das kommunistische System für viele Grund genug gewesen zu sein, das Gegenteil der angenommenen „offiziellen“ kommunistischen Meinung für die Wahrheit zu halten.

<sup>23</sup> S. darüber den polemischen Aufsatz von *Tibor Erényi*, *Tekintélyelv – parlamentarizmus – népiség*, in: *Világosság* 6 (1993) 3–17.

Alle im Laufe des letzten Jahrzehntes veröffentlichten Synthesen der ungarischen Geschichte<sup>24</sup> des 20. Jahrhunderts sind übrigens kritisch gegenüber dem Horthy-Regime; die alte, politisch bestimmte Bewertung aufgrund des Ausmaßes der faschistischen Merkmale dieses Systems wurde völlig überwunden. Die neue Grundfrage betrifft die Offenheit des Systems für Modernisierung. Die Synthesen beschreiben – auf der Basis neuer breitgefächerter Grundlagenforschungen – die Leistungen auf dem Gebiet des Unterrichtswesens, der sozialen Mobilität, der Sozialpolitik und der allgemeinen Lebensqualität der mittleren sozialen Schichten, wobei auch die überkommenen seit dem Zeitalter der dualistischen Donaumonarchie ungelösten Probleme der unteren Schichten des Agrar- und Industrieproletariats klar benannt werden. Bei der Analyse der autoritären politischen Struktur, der Erweiterung der Rechte des Verwesers Horthy, geht es oft nicht um die Dokumentation des Ausbaus eines Totalitarismus, sondern seine Politik wird als eine Suche nach einem Gegengewicht gegenüber den extremen Rechten, den faschistischen politischen Bewegungen, dargestellt.

## VI. 1956

Im ersten Teil des Aufsatzes habe ich beschrieben, wie die Bewertung der 1956er Revolution als eine mit 1848/49 vergleichbare progressive historische Tradition zur Grundlage des Konsenses zwischen den vielfarbigen politischen Kräften wurde.

Im Laufe der Jahre ist dieses Erbe strittig geworden. Besonders im Laufe der Wahlkampagnen beschuldigten die rechtsgesinnten, konservativen Politiker die Sozialistische Partei als Organisation und einige ihrer prominenten Führer, daß sie 1956 auf der Seite derer gestanden seien, die die Revolution erstickt hätten. Diese Anschuldigung wurde und wird indirekt sogar den konsequent antikommunistischen Liberalen zuteil. Direkt zielt sie auf die Eltern liberaler Leiter des Verbandes der Freien Demokraten, ihre Mitwirkung bei der kommunistischen Machtausübung soll auch ihre Kinder kompromittieren. Um nur ein Beispiel zu der aktuellen politischen Rolle dieser Problematik zu nennen: Als Teil der Wahlkampagne im Frühling 2002 wurde ein neues Museum unter dem Namen „Haus des Terrors“ im ehemaligen Gebäude faschistischer und kommunistischer Terrororganisationen eröffnet. Dadurch werden die Perioden des faschistischen und des kommunistischen Terrors gleichgesetzt, wobei ziemlich eindeutig ist, daß die heutigen

<sup>24</sup> A magyarok krónikája, herausgegeben, redigiert und die Einführungen von *Ferenc Glatz* (Budapest 1995, 21999); *Zsuzsa L. Nagy*, Magyarország története 1919–1945 (Debrecen 1991, 21996); *Ferenc Pölöskei, Jenő Gergely, Lajos Izsák*, Magyarország története 1918–1990 (Budapest 1995); *Mária Ormos*, Magyarország a két világháború korában (Debrecen 1998); *Jenő Gergely, Lajos Izsák*, A huszadik század története (Budapest 1999), *Ignác Romsics*, Magyarország története a XX. században (Budapest 1999). Am 19. November 1998 fand in Budapest im Anschluß an einen Vortrag von Ferenc Glatz eine Diskussion ungarischer Forscher, die sich bevorzugt mit dem 20. Jahrhundert beschäftigen, statt: A XX. század az 1945 utáni történetírásban *Múltunk* 2 (1999) 223–257.

linksgesinnten politischen Richtungen als Erben der kommunistischen politischen Traditionen betrachtet werden<sup>25</sup>. Liberale und Sozialisten akzeptieren zwar, daß die Grenzlinien der demokratischen Traditionen nach rechts genauso wie nach links definiert werden müssen, aber das berechtigt – ihrer Auffassung nach – keinesfalls eine homogenisierte Darstellung von viereinhalb Jahrzehnten ungarischer Geschichte als Zeitalter des schwarzen und roten Terrors. Nachdem im Mai 2002 Sozialisten und Liberale wieder die Regierung übernommen haben, war kurz von der Möglichkeit der Umgestaltung des Museums die Rede, aber andere Themen des politischen Diskurses haben diese Frage in den Hintergrund gerückt.

Die Einschätzung der Rolle der reformkommunistischen Kräfte in der Revolution bleibt eine Streitfrage im politischen Leben. Die liberale und sozialistische Seite betont die Komplexität, die interne Dynamik, während die konservativen, christlich-nationalen Politiker die Homogenität suchen. 1956 wird für eine „bürgerliche“ nationale Tradition vereinnahmt, wobei die konservativ-rechtsgesinnten Politiker als tonangebende Persönlichkeiten der Revolution in den Vordergrund gestellt werden<sup>26</sup>.

## VII. Die Kádár-Ära

Auf der Suche nach Kontinuitäten und Diskontinuitäten in der Vorgeschichte des post-kommunistischen demokratischen politischen Systems spielt natürlich die Bewertung des Kádár-Regimes (1956–1988) eine enorm wichtige Rolle. Am Anfang der 90er Jahre kam es – verständlicherweise – zur Veröffentlichung von vielen pseudowissenschaftlichen Werken mit einem einzigen Zweck: die Brutalität, Grausamkeit, die große Schuld des Kommunismus in Ungarn zu beweisen, wobei die Periode der offenen „Diktatur des Proletariats“, des Terrors, der Vergeltungen (1949–1962) und die nachfolgende Periode der relativen Konsolidierung der vorläufig im großen Maße erfolgreiche Versuch des Ausbaus eines sozialistischen Wohlfahrtsstaates zwischen 1962 und 1988 miteinander nicht einmal vermischt wurden.

Neben gut fundierten Arbeiten zur Wirtschaft, Politik und neuerdings auch Sozialgeschichte ist auch eine erste wissenschaftliche Kádár-Biographie erschienen<sup>27</sup>. Es gibt zwei politisch stark motivierte, große Streitfragen im wissenschaftlichen und allgemeinen Diskurs über die Kádár-Ära. Die erste betrifft die soziale

<sup>25</sup> S. darüber eine Diskussion in H-Net Discussion Network: Contemporary History and Hungary's House of Terror. <http://www.h-net.net.habsburg> und *Anne Applebaum*, East of the Oder. Hungary's House of Terror, in: The Wall Street Journal Europe (March 1, 2002).

<sup>26</sup> S. *György Litván*, Politikai beszéd 1956-ról 1989 után, in: Magyar Hírlap (23. Oktober 2001).

<sup>27</sup> *Tibor Huszár*, Kádár János politikai életrajza I–II (Budapest 2001/2003). Eine die neuen Entwicklungen reflektierende neue Synthese: *László Kontler*, Millennium in Central Europe. A History of Hungary (Budapest 1999). Ein sozialgeschichtlicher Überblick: *Tibor Valuch*, Magyarország társadalomtörténete a XX. század második felében (Budapest 2001).



Basis der Staatspartei, ausgehend von der Tatsache, daß etwa zwanzig Prozent der aktiven Bevölkerung Mitglieder der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei waren. Spiegelt diese Zahl nur einen Zwang wider, die Angst vor Vergeltung, und lag die Anzahl der wirklichen, tatsächlichen Kommunisten bei etwa 30000, der Mitgliederzahl von 1945? Oder waren nach 1956 oder nach 1989 (in den Nachfolgeparteien) *oder* wenigstens zur Zeit der Konsolidation (etwa 1962 bis 1980) nicht nur die Parteimitglieder, sondern große Teile der ungarischen Gesellschaft bereit, die Zielsetzungen und Methoden der Parteileitung zu akzeptieren? Die zweite große Streitfrage zielt auf die Ursachen der Krise und des Unterganges des Kádár-Regimes. Wie ist die Rangordnung bei den fünf Faktoren des Unterganges? Als solche gelten: die grundlegende Umgestaltung der internationalen politischen und wirtschaftlichen Lage; die Strukturfehler der wirtschaftlichen und politischen Grundpfeiler des sozialistisch-kommunistischen Systems; die Tätigkeit der Hauptgruppen der „Dissidenten“ (der nationalistisch-populistischen Gruppe und der „demokratischen Opposition“ fast ausschließlich Budapester liberale Intellektuelle), die Spaltung der Parteileitung und die Arbeit der Reformkommunisten. Wer hat in welchem Maße zum friedlichen Abbau des monolithischen Partei Staates beigetragen? Die diesbezüglichen Diskussionen waren und sind von der Tagespolitik stark beeinflusst, besonders im Laufe der Wahlkampagnen. Die christlich-nationale Seite stellt die Sozialisten oft als direkte Nachfolger der kommunistischen Elite der Kádár Ära dar. Andererseits versuchen, folgt man der sozialistischen und liberalen Rhetorik, ihre politischen Rivalen die schlimmsten konservativen-nationalistischen Traditionen der Zwischenkriegszeit zu beleben. Im letzten Wahlkampf spielten anscheinend diese historischen Argumente eine fast wichtigere Rolle als wirtschafts- oder sozialpolitische Tagesfragen.

Das führt mich zu einem kurzen Hinweis auf einige institutionelle Entwicklungen der letzten Jahre auf dem Gebiete der politisch-historischen Repräsentation.

### VIII. Tote in der Tagespolitik

Der politische Totenkult ist ein populäres Thema der neueren Geschichtsschreibung<sup>28</sup>. Er hat auch im ungarischen Transformationsprozeß eine wichtige Rolle gespielt<sup>29</sup>.

Die Wiederbeerdigung des Leiters der 1956er Revolution, Imre Nagy, diente, wie schon besprochen, der Entwicklung eines nationalen Konsenses; es gab aber noch weitere Wiederbeerdigungen im Laufe der Transformation, welche die Spaltung des politischen Lebens zum Ausdruck brachten. Hier möchte ich nur auf zwei Beispiele hinweisen. Das erste ist das Heimbringen der sterblichen Überreste von József Mindszenty, des von den Kommunisten eingekerkerten Kardinals von

<sup>28</sup> S. z. B. *Katherine Verdery*, *The Political Lives of Dead Bodies. Reburial and Postsocialist Change* (New York 1999).

<sup>29</sup> S. *Nyysönen*, *The Presence* 188–218.

Ungarn. Im Laufe der 1956er Revolution befreit, fand er nach Kádárs Machtübernahme Asyl in der Botschaft der USA in Budapest für 15 Jahre. Nach langen Verhandlungen konnte er 1971 das Land verlassen, starb in Österreich 1974 und wurde im Mai 1991 in der Hauptkathedrale der ungarischen katholischen Kirche in Esztergom bestattet. Einen Monat später kam es zur Wiederbeerdigung des seit 1919 in der Emigration lebenden liberaldemokratischen Politikers Oszkár Jászi, der alle Formen autoritärer und diktatorischer Politik bis zu seinem Tode 1957 ununterbrochen kritisiert hatte. Das erste Ereignis mobilisierte hauptsächlich die konservativen, christlich-nationalen, das zweite die liberalen politischen Kräfte.

Eine andere wichtige Form des politischen Umgangs mit Toten ist die Errichtung und Demontage von öffentlichen Denkmälern. Es gab drei diesbezügliche Problemkreise im Laufe des ungarischen Transformationsprozesses. Der erste betraf die Zukunft der vielen sozialistisch-kommunistischen Denkmäler (Lenin, sowjetische Armee, leitende Persönlichkeiten der kommunistischen Bewegung usw.). Um spontanen Zerstörungen Einhalt zu gebieten, zeigte Budapest ein ganz besonderes Beispiel. In Juni 1993 wurde in einem Vorort der Stadt ein sog. Denkmalspark eröffnet, und die meisten größeren der kommunistisch-sozialistischen Vergangenheit gewidmeten Denkmäler wurden hierher gebracht. Das war eine zivilisierte, für alle politischen Richtungen annehmbare Lösung, und der Park ist seitdem eine touristische Sehenswürdigkeit geworden.

Eine nächste Frage war, welche neuen Denkmäler der Erinnerung an 1956 am besten dienten. Grob vereinfacht gab es hier zwei große Streitpunkte. Der eine war, ob die Denkmäler nur den Opfern der kommunistischen Vergeltung gewidmet werden oder – nach spanischem Muster – zur allgemeinen Versöhnung aufrufen sollten. Die Mehrheit der Politiker hat das spanische Muster mit dem Argument abgelehnt, daß es in Ungarn nie zu einem vergleichbaren Bürgerkrieg gekommen ist und die Verbrecher – wenn nötig aufgrund retroaktiver Gesetze – bestraft werden sollten. Die andere Bruchlinie war zwischen radikalen Organisationen von 1956er Veteranen – gelegentlich in Zusammenarbeit mit rechtsradikalen Organisationen – und der neu etablierten politischen Elite auszumachen. Die Veteranen waren mit den den Opfern zuerkannten moralischen und finanziellen Entschädigungen nicht zufrieden und beschuldigten die neue politische Elite des Verrats an den Ideen von 1956. Sie hielten die offiziellen Achtungsbezeugungen für ungenügend und versuchten alternative Formen der Ehrung der Helden der Revolution zu verwirklichen. Im Sommer 1992 hat so z. B. eine Gruppe auf dem Budapester Friedhof, auf dem die hingerichteten Opfer der Vergeltung liegen, in der unmittelbaren Nähe des neu errichteten „offiziellen“ Denkmals ein alternatives „Gedenkfor“ aufgebaut<sup>30</sup>.

Der dritte Problemkreis war der mögliche Wiederaufbau alter, von den Kommunisten entfernter Monumente. Der wichtigste, repräsentative Fall auf diesem Gebiet ist das im Herzen der Budapester Innenstadt 1927 errichtete Trianon-Denkmal, das die Hoffnung ausdrückte, daß Ungarn die nach dem Ersten Welt-

<sup>30</sup> Ebd. 208.

krieg verlorenen Territorien zurückbekomme. An der selben Stelle wurde ein Monument der sowjetischen Armee errichtet. Kleinere, radikale nationalistische Gruppen halten an der Idee der Entfernung dieses Denkmals und der Rückkehr des alten fest, erhalten aber keine Unterstützung von den maßgeblichen Politikern.

## IX. Ist allzu viel Geschichte in der Politik ungesund?

Für eine Nation, die im Laufe des zwanzigsten Jahrhunderts neun Systemwechsel, sechs Staatsformen, vier Grenzänderungen, drei Revolutionen, zwei Weltkriege und drei Besatzungen durch ausländische Truppen erlebt hat, ist Geschichte keinesfalls nur ein akademischer Diskurs. Geschichte wird außer in der Schule auch durch Familienerlebnisse gelernt, so ist leicht einzusehen, daß eine wirksame politische Repräsentation auf diese Erfahrungen der Gesellschaft immer achten muß. Im Laufe des Transformationsprozesses in Ungarn haben historische Themen zur Klärung der Programme und der Profile der politischen Parteien und zur Gestaltung der politischen Bruchlinien bedeutend beigetragen.

Daraus folgt, daß die Fachwissenschaft vielen politischen Herausforderungen ausgeliefert war. Im Prinzip hätte das leicht zu einem Historikerstreit deutscher Art führen können. Das war und ist aber nicht der Fall, die vielen kleineren Meinungsverschiedenheiten haben bis jetzt zu keiner Konfrontation zwischen großen „master narratives“ geführt. Das bedeutet keinesfalls, daß diese unterschiedlichen „master narratives“ nicht existieren, sie sind aber einstweilen nicht kommunikationsfähig und voneinander zu weit entfernt. Es ist schwer zu beurteilen, ob das eine positive oder negative Erscheinung sei, ich neige aber dazu, das positiv zu bewerten. Mein Argument ist einfach und leicht angreifbar: Zu viel Geschichte im politischen Diskurs führt leicht zur Rückkehr alter Spaltungen, alter feindlicher Stereotypen und lenkt die Aufmerksamkeit von zukunftsorientierten Themen ab. Um aber Gegenargumenten gleich vorzubeugen, möchte ich damit schließen, daß, je mehr eine Gesellschaft sich der Komplexität ihrer Geschichte bewußt ist, desto größer die Chance für eine nüchterne Gegenwartspolitik ist. 1848/49 und 1956 waren ständig vor den Augen der leitenden Persönlichkeiten des ungarischen Transformationsprozesses, und das war – meiner Meinung nach – eine nicht unwichtige Vorbedingung des Erfolges.



*Iskra Iveljić*

## Cum ira et studio

### Geschichte und Gesellschaft Kroatiens in den 1990er Jahren\*

Jedes Jahrhundert hat die Tendenz, sich als das fortgeschrittene zu betrachten, und alle anderen nur nach seiner Idee abzumessen.

*Leopold von Ranke*, Tagebuchblätter, im Anhang von: Weltgeschichte, Textausgabe, 4. Bd., 2. unveränderte Auflage, Leipzig 1896, S. 721.

#### I. Voraussetzungen

Das Verhältnis zur Geschichte wurde in Kroatien durch drei wichtige allgemeine Faktoren geprägt, nämlich den sozialen, regionalen und ethnisch/nationalen Faktor. Sie führten zur Artikulation äußerst verschiedener Erinnerungskulturen auf dem kroatischen Territorium.

Die unterschiedlichen sozialen Schichten Kroatiens präferierten unterschiedliche Interpretationen der Geschichte. Die oberen Schichten, vor allem der Adel, der lange seine führende soziale Rolle behielt, knüpften an ihre Position als *natio politica* an die traditionellen Rechte, die sog. *iura municipalia*<sup>1</sup>, an; sie pflegten den Mythos vom *antemurale christianitatis*, nach dem das mittelalterliche kroatische Königsreich ein Bollwerk der christlichen Zivilisation gegen die osmanischen Eroberungen gewesen sei. Dieser Mythos basierte auf einem starken Gegensatz (wir, die Christen – sie, die Muslime) und schloß auch Elemente einer Martyrologie ein, die bis heute erhalten blieben: Kroaten haben sich freiwillig und großzügig geopfert, um das christliche Westeuropa vor den Osmanen zu bewahren. Auch für

\* Der Text wurde 2002 geschrieben und konnte vor der Veröffentlichung nicht mehr ergänzt werden.

<sup>1</sup> Diese Rechte sollten eine gewisse Autonomie, wenn auch keine gleichberechtigte Position gegenüber dem Ungarischen Königreich, mit dem Kroatien seit 1102 in Personalunion verbunden war, gewährleisten. So hatte Kroatien einen eigenen *prorex*, den *Ban*, einen eigenen Landtag und dergleichen Dinge mehr.

die Unterschichten, für das Kleinbürgertum, aber hauptsächlich die Bauern, war dieser Mythos von Bedeutung, da seine einfache Gegenüberstellung (wir – die Feinde) den Bauern half, ihre Identität zu artikulieren. Das Leben auf dem Lande war durch Religion, Bräuche und Legenden geprägt. Die ländlichen Gemeinschaften waren lange physisch, geistig und sozial isoliert, sie lebten in einer eigenen Welt, und sie neigten oft zur Skepsis und Passivität gegenüber der globalen modernen Gesellschaft, die aus den Städten ausstrahlte. Erst seit Anfang des 20. Jahrhunderts wurden sie politisch mobilisiert. Das moderne Bürgertum, insbesondere seine Elite, knüpfte an die alten, ständischen Elemente der Staatlichkeit an und versuchte, sie in eine modernere Form umzuwandeln. Die neue Elite des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums hatte wesentliche Interessen mit der alten Elite gemeinsam, dem Adel und dem hohen Klerus, und arbeitete oft mit ihr zusammen. Ganz anders war die Stellung des Kleinbürgertums, das ein großer sozialer Verlierer im Prozeß der Modernisierung war und deshalb gelegentlich zum Sammelbecken für antisemitische, antiserbische und radikale, großkroatische Optionen wurde. Die Arbeiterbewegung, die Ende des 19. Jahrhunderts entstand, steuerte bis 1918 einen eher gemäßigten Kurs im Sinne des Austromarxismus, und erst nach der Gründung des ersten jugoslawischen Staates entwickelte sie sich in Richtung Kommunismus, mit entsprechender Umstellung des Geschichtsbildes.

Die ethnische/nationale Heterogenität Kroatiens beeinflusste stark die Beziehung zur Geschichte, da verschiedene Ethnien/Nationen auch unterschiedliche Interpretationen der Geschichte pflegten. Besonders zu nennen sind die Differenzen zwischen Kroaten und Serben, aber auch bei den Juden oder den Italienern (in Istrien und Dalmatien) war immer eine andere Erinnerungskultur präsent<sup>2</sup>. Im Unterschied zu den Kroaten konnten die Serben in Kroatien an keine Tradition der Staatlichkeit anknüpfen – nicht einmal an eine virtuelle. Bis zum Zerfall der Habsburgermonarchie konnten sie letztendlich nur eine ziemlich enge, kirchlich-schulische Autonomie genießen. In der serbischen Gesellschaft spielte die (Serbische) Orthodoxe Kirche eine große Rolle, und diese Kirche hatte bekanntermaßen eine ganz andere Beziehung zur weltlichen Macht und zur Nation wie die universale römisch-katholische Kirche, die bei den Kroaten dominierte<sup>3</sup>. Deshalb war die Serbische Orthodoxe Kirche ein sehr wichtiger Faktor und Förderer der serbischen Nation. Bei den Kroaten wurde die Beziehung zur Geschichte nicht nur durch den nationalen Faktor geprägt, sondern auch durch die Unmöglichkeit,

<sup>2</sup> Bis 1990 waren 12% der Bewohner Kroatiens Serben. Seit dem kroatisch-serbischen Krieg sind es nur noch 4%. Die Zahl der Juden wurde durch den Holocaust und die Emigration nach dem Zweiten Weltkrieg drastisch vermindert, und die Volksdeutschen und Italiener wurden nach dem Zweiten Weltkrieg vertrieben. So gab es nach der Volkszählung 1953 nur 413 Juden, 37 565 Italiener und 11 248 Deutsche in Kroatien.

<sup>3</sup> Es gibt bedeutende Wissenschaftler, darunter auch Historiker, die die großen Unterschiede zwischen diesen beiden Kirchen als einen Faktor der Differenzen zwischen Westeuropa und dem Balkan darstellen, vgl. z.B. *Holm Sundhaussen, Europa balcanica. Der Balkan als historischer Raum Europas*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 25 (1999) 641–644.

einen kroatischen Staat zu gründen. Als sich endlich im 19. Jahrhundert die moderne kroatische Nation bildete, sie aber ihren Kampf um die eigene volle Staatlichkeit<sup>4</sup> nicht verwirklichen konnte, wuchs in Kroatien die Geschichte tief in alle Schichten der Gesellschaft ein. Sie durfte nicht nur bloße Vergangenheit sein, sie hatte eine transtemporale Bedeutung, und sie wurde schließlich von verschiedenen Gesellschaftsgruppen zu ihrer Zeitgenossin transformiert. Geschichte besaß keine Autonomie, sie wurde nicht als eine abgegrenzte, beendete Realität verstanden, sondern sie sollte wichtige Aufgaben in der Gegenwart erfüllen. Selbstverständlich unterscheidet sich der Katalog ihrer Aufgaben bei den verschiedenen Gesellschaftsgruppen oder politischen Eliten, aber im Großen und Ganzen bezieht sich ihre Hauptaufgabe auf die Glorifizierung der Nation und die Rechtfertigung der kroatischen Staatlichkeit. Schon die erste Generation der Förderer der modernen nationalen Bewegung in den 1830er Jahren mißbrauchte die Geschichte. Sie aktualisierte die alte (frühneuzeitliche) These der illyrischen Herkunft der Südslawen und versuchte auf diese Weise, Südslawen als alte, autochthone Völker darzustellen, im Gegensatz zu den damaligen kroatischen Hauptfeinden, den Magyaren. Diese erste Phase der nationalen Bewegung ist deshalb als Illyrismus bekannt.

Als den dritten wichtigen Faktor sollte ich die allgemeine Vielfältigkeit Kroatiens erwähnen, die geographisch bedingt ist; aber wichtiger scheint mir die Zugehörigkeit zu verschiedenen historischen Regionen und großen Kulturzonen. Man muß nur auf die jahrhundertlange Zugehörigkeit zur Habsburgermonarchie, zum Osmanenreich und zur venezianischen Republik verweisen. Zwischen den einzelnen kroatischen Regionen bestehen deshalb bis heute krasse Unterschiede, die in der Vergangenheit noch ausgeprägter waren. Diese Regionalismen waren so stark, daß bis zum 20. Jahrhundert selbst die Integration der kroatischen Nation auf dem ganzen heutigen Territorium in Frage stand.

Die einzelnen kroatischen Regionen sind geographisch, sprachlich, wirtschaftlich, demographisch und kulturell sehr verschieden. Ich kann nur auf die Unterschiede zwischen dem mediterranen Dalmatien und dem ostmitteleuropäischen Nordkroatien verweisen. Diese regionalen Differenzen beeinflussten auch die Interpretation der Geschichte. Beispielsweise hatte in Dalmatien und Istrien die italienische Kultur eine deutlich andere Bedeutung als im nordwestlichen Kroatien, da in diesen Regionen eine urbane, entweder italienische oder italienisierte Oligarchie bestand. Auch die Helden und Legenden waren unterschiedlich. Diese regionale Heterogenität Kroatiens und ihre Zugehörigkeit zu verschiedenen großen Kulturzonen: der pannonischen, mediterranen und dinarischen, führte letzt-

<sup>4</sup> Banalkroatien, d. h. Kroatien, das unter der Verwaltung des Banus und unter der Kompetenz des Kroatischen Landtags stand, genoß seit dem Kroatisch-Ungarischen Ausgleich 1868 eine Autonomie in der inneren Verwaltung, Kultur, im Unterricht und in der Justiz. Da Banalkroatien somit einen Sonderstatus bekam, der nicht nur in Ungarn, sondern in der ganzen Habsburgermonarchie ohne Parallele blieb, konnte die kroatische Elite diesen Status als eine Autonomie mit Elementen der Staatlichkeit interpretieren.

endlich zu verschiedenen Artikulationen des Kroatentums und stiftete die kroatische Tradition als Pluralität an sich. Jede Singularisierung der kroatischen Identität und Tradition ist deshalb eine Mißinterpretation der Vergangenheit.

Es ist klar, daß Geschichte im 19. Jahrhundert stark instrumentalisiert und den gegenwärtigen Absichten ihrer Interpreten angepaßt wurde, das war überall damals der Fall und Kroatien keine Ausnahme. Die Hauptaufgabe der Geschichte wurde mit der Nation und in der kroatischen Gesellschaft auch mit der Staatlichkeit gekoppelt.

## II. Nach dem Ersten Weltkrieg

Da der erste jugoslawische Staat, der 1918 entstand, zu keiner echten jugoslawischen Föderation wurde, sondern durch serbische Hegemonie geprägt war, gerieten Serben und Kroaten in heftige Auseinandersetzungen, die nicht allein auf den politischen Bereich begrenzt blieben, sondern Wirtschaft und Kultur umfaßten und selbstverständlich auch die Geschichte. Außer einer relativ dünnen Schicht der politischen und wirtschaftlichen Elite lebten die Völker des ersten Jugoslawien in fast getrennten Welten. Die Serben betrachteten sich als das Piemont und als die Befreier der Jugoslawen, als tapfere Krieger und geschickte Politiker, die den jugoslawischen Staat alleine gründeten ohne Anlehnung an irgendwelche historischen Vorbilder. Sie versuchten, die serbischen Helden, Legenden und Mythen, wie den Kosovo-Mythos<sup>5</sup>, als Staatskultus aufzudrängen, was trotz einiger Sympathien (meist bei den jugoslawisch orientierten Intellektuellen) in Kroatien nie völlig gelingen konnte<sup>6</sup>.

Während des Zweiten Weltkrieges entstand der kroatische Staat (*Nezavisna Država Hrvatska* – Unabhängiger Staat Kroatien), der als nazistischer Satellit die Rassengesetze proklamierte und KZ-Lager gründete, in denen mehrere Zehntausend Juden, Serben, Roma und Kroaten liquidiert wurden. Der kurzlebige Unabhängige Staat Kroatien artikulierte eine äußerst mißgestaltete, monströse Interpretation der Geschichte zur Rechtfertigung der furchtbaren Verbrechen. So versuchte man zu beweisen, daß Kroaten ihrer Herkunft nach Goten waren. Auf diese Weise sollten die Rassengesetze gerechtfertigt und die Kroaten als „Arier“ dargestellt werden. Man darf nicht vergessen, daß es auch während dieses Regimes

<sup>5</sup> Auf dem Kosovo (Amselfeld) fand 1389 eine bedeutende Schlacht gegen die Osmanen statt, in der der serbische Fürst Lazar Hrebeljanović und Sultan Murat I. den Tod fanden. Den Kosovo-Mythos nutzte auch Slobodan Milošević, der gerade dort, am Gazimestan, zum 600. Jahrestag der Schlacht 1989 seine wichtige nationalistische Rede hielt, in der er sein großserbisches Programm klar formulierte.

<sup>6</sup> Es ist bemerkenswert, daß bis 1914 in kroatischen Schulbüchern Themen aus der serbischen Geschichte ziemlich gut vertreten waren; entsprechendes galt für Serbien und die kroatische Geschichte nicht. Nach 1918, als diese Themen dann offiziell oktroyiert wurden, gab es Probleme mit der Akzeptanz; siehe *Charles Jelavich*, *Južnoslavenski nacionalizmi* (Zagreb 1992).



möglich war, gute kulturelle Projekte durchzuführen. So wurde gerade in dieser Zeit die Kroatische Enzyklopädie publiziert, die nicht von der exklusiven kroatischen Optik der Ustascha beeinflusst war. Die tragische Zeit des Zweiten Weltkrieges trug zur weiteren Spaltung der Erinnerungskulturen bei. Ein Stereotyp, das bei den Serben weit verbreitet war und dann durch den serbisch-kroatischen Krieg in den 1990er Jahren belebt und verstärkt wurde, ist, daß alle Kroaten der Ustascha angehörten, Faschisten waren, die Serben wiederum die Träger des Antifaschismus waren. Im sozialistischen Jugoslawien wurde deshalb offiziell die Opferzahl der kroatischen KZ Lager absichtlich höher angesetzt, um die antifaschistische, emanzipatorische Orientierung des neuen Regimes zu betonen<sup>7</sup>. Der Holocaust hat bei den Juden tiefe Spuren hinterlassen. Diese kollektive Angst und das Trauma hatten manchmal eine Vergangenheitsorientierung zur Folge. Die Juden in Kroatien, deren Zahl durch den Holocaust und die Emigration nach dem Krieg sehr gering war, fühlten sich in besonderem Maße als Opfer. Sie bestanden auf dem Antifaschismus, auf dem Standpunkt, daß man die faschistischen Verbrecher jagen müsse und den Holocaust nie vergessen dürfe. Leider muß ich auch feststellen, daß es nach der Gründung des kroatischen Staates 1991 wieder einige antisemitische Töne in der breiten Öffentlichkeit gab, teilweise auch deshalb, weil die Juden wegen ihres Antifaschismus als Förderer des Kommunismus gesehen wurden.

Die Gründung des zweiten Jugoslawien 1945 bedeutete wiederum eine große Wende. Im Unterschied zum ersten Jugoslawien, in dem serbische Hegemonität deutlich war, beruhte das sozialistische Jugoslawien im Prinzip auf der Gleichberechtigung seiner Völker, aber wieder wurde Geschichte für ideologische und politische Zwecke mißbraucht<sup>8</sup>. Einerseits hat man wiederum eine jugoslawische Vertikale in der Geschichte zu sehr betont oder sogar erfunden, andererseits wurde dazu alles, was zur bürgerlichen Gesellschaft gehörte entweder marginalisiert oder auch verboten. Die Relikte des Bürgertums konnten nur in privater Sphäre überleben. Es gab viele Tabuthemen, und bis zum Ende der 1960er Jahre bestanden keine guten allgemeinen Bedingungen für die Entwicklung der Geschichtsschreibung, obwohl eine vulgärmarxistische Option nie weit verbreitet war.

Ich habe absichtlich mit dieser langen Einführung begonnen, da die kroatische Gegenwart noch heutzutage durch die Geschichte geprägt ist. Sarkastisch würde ich sagen, daß wir in vielen Aspekten nicht im 21., sondern im 19. Jahrhundert

<sup>7</sup> Man sprach von 700 000 Opfern allein im größten KZ-Lager Jasenovac. Der spätere kroatische Präsident Franjo Tuđman wurde als Direktor des Instituts für Geschichte der Arbeiterbewegung in Zagreb 1967 frühzeitig pensioniert, weil er gegen die offiziell zu hoch festgelegte Opferzahl protestierte. Heutzutage spricht man von 50 000–70 000 Opfern. Interessanterweise kamen zu diesen neuen Zahlen fast zur selben Zeit ein kroatischer und ein serbischer Forscher: *Vladimir Žerjavić*, *Gubici stanovništva Jugoslavije u drugom svjetskom ratu* (Zagreb 1989). *Bogoljub Kočović*, *Žrtve drugog svetskog rata u Jugoslaviji* (London 1985).

<sup>8</sup> Vgl. z.B. *Drago Rokсандić*, *Shifting References: Celebrations of Uprisings in Croatia, 1945–1991*, in: *East European Politics and Societies* 9 (1995) 256–271.

leben. Geschichte spielte immer eine zu große Rolle in Kroatien<sup>9</sup>, und die Mißinterpretationen der Geschichte schwebten oft zwischen einem jugoslawischen und einem exklusiv kroatischen Pol.

### III. Die Suche nach einem neuen Paradigma in den 1990er Jahren

Kroatien war bis 1991 eine Republik der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, die wiederum eine Sonderstellung innehatte und nie zum Warschauer Pakt und zum „Ostblock“ gehörte. Dieser Sonderweg Jugoslawiens ermöglichte es insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren, daß sich die Geschichtsschreibung mehr und mehr vom politischen Einfluß emanzipierte. Die Historiker durften ins Ausland reisen, hatten Zugang zur neuen Fachliteratur, nahmen an internationalen Tagungen teil usw. Die Folge war, daß in den 1970er Jahren eine relevante Bewegung in der Sozialgeschichtsschreibung zu spüren war und in den 1980er Jahren kulturgeschichtliche und Modernisierungsstudien sowie *gender studies* dazukamen. In den 1980er Jahren begann man, vorsichtig selbst über bisherige Tabuthemen (wie die Zahl der Opfer in Jasenovac, die Rolle der katholischen und orthodoxen Kirche, die Opfer der Nachkriegszeit) zu diskutieren.

Obwohl es so schien, als ob nach dem Fall der Berliner Mauer und dem Kollaps des Kommunismus in Osteuropa die kroatische Geschichtsschreibung gute Bedingungen zur vollen Emanzipation von der Politik hätte und sie sich ziemlich rasch den Entwicklungstendenzen der Geschichtswissenschaft in westeuropäischen Ländern anpassen könnte, war das leider nicht der Fall. Trotz des großen Interesses für Geschichte, das auch von der damaligen politischen Spitze unterstützt wurde (Gründung neuer Hochschulstudien der Geschichte in Zagreb<sup>10</sup>, Pula, Rijeka und Osijek, wesentlich mehr Mitarbeiter an Instituten, Finanzierung neuer wissenschaftlicher Projekte, intensivere Verlagstätigkeit und dergleichen mehr<sup>11</sup>), gab es in den 1990er Jahren nicht nur beinahe keine bedeutenden neuen

<sup>9</sup> Siehe *Mirjana Gross*, Wie denkt man kroatische Geschichte? Geschichtsschreibung als Identitätsstiftung, in: Österreichische Osthefte 35 (1993) 73–98.

<sup>10</sup> Die neuen „Kroatischen Studien“ (*Hrvatski studiji*) in Zagreb wurden ursprünglich als eine Alternative zu der „roten“ Philosophischen Fakultät gegründet. Sie bestehen auch heute noch und bieten das Studium der kroatischen Kultur und Sprache, der Philosophie, Geschichte und Psychologie an.

<sup>11</sup> Die Museen der (antifaschistischen) Revolution in Zagreb und Split sowie die regionalen Institute für Geschichte der Arbeiterbewegung in Slavonski Brod, Split und Rijeka wurden aufgelöst. Das Zagreber Institut desselben Namens jedoch, das von Tuđman gegründet wurde, entwickelte sich, selbstverständlich unter einem anderem Namen (erst Institut für Zeitgeschichte, dann Kroatisches Historisches Institut) zur Stütze des HDZ-Regimes in der Historiographie. Diese Behauptung bezieht sich auf die Führungskräfte des Instituts und nicht auf die Mehrheit seiner Forscher. Die privilegierte Position des Institutes zeigte sich in der Zahl der Mitarbeiter sowie in einer großen Verlagstätigkeit und starken Finanzierung seiner Projekte.

Strömungen in der Historiographie, sondern Geschichte wurde stärker mißbraucht, als es in den vorhergegangenen 20 Jahren der Fall war.

Dieser scheinbare Widerspruch ist leicht durch den rigiden nationalistischen Druck erklärbar, der nicht nur aus der breiten Öffentlichkeit kam, sondern auch von der damaligen regierenden Partei HDZ (*Hrvatska demokratska zajednica* – Kroatische demokratische Union) unterstützt wurde. Die soziale Rolle der Historiker wurde groß geschrieben, aber sie wurde strikt auf die Apotheose der kroatischen Nation beschränkt. Die Historiker mit dem damaligen Präsidenten Franjo Tuđman an der Spitze sollten beinahe zu Demiurgen der kroatischen Nation und des Staates werden. (Tuđman war kein Berufshistoriker, sondern ein General der Jugoslawischen Armee, aber er interessierte sich stark für Geschichte, gründete 1961 das Institut für Geschichte der Arbeiterbewegung in Zagreb und erlangte den Doktorgrad der Geschichtswissenschaften in Zadar.)

In den 1990er Jahren stand in Kroatien deutlich die Nation im Mittelpunkt, und alles Kroatische in der Geschichte sollte betont oder „erfunden“ werden (um eine luzide Hobsbawm-Phrase zu zitieren)<sup>12</sup>. Man war bemüht, die kroatische Identität von der symbolischen Ebene (neue Fahne und Wappen) bis zur Gründung des kroatischen Heeres endgültig zu stiften. Man benannte Straßen und Institutionen um<sup>13</sup>, feierte neue Feiertage, demolierte viele alte und installierte neue Denkmäler und war überall bemüht, die kroatische Symbolik offiziell festzulegen. Ein gutes Beispiel dafür ist die Reinstallation des Jelačić-Denkmal am Zagreber Hauptplatz. Es wurde 1866 errichtet, und schon zu dieser Zeit war der Banus ein wichtiges Symbol des Kroantums. Das kommunistische Regime hat das Denkmal deshalb 1947 über Nacht demontieren lassen und seine Zerstörung bestimmt; nur durch Zufall hat es der damalige Direktor der Glyptothek gerettet. Die feierliche Reinstallation, initiiert von der neugegründeten Liberalen Partei, wurde zur groß aufgezogenen Nationalfeier im Jahre 1990, aber selbst dieses Ereignis wurde „uminterpretiert“. Die HDZ nämlich, als sie bei den ersten freien Wahlen siegte, behauptete, sie und nicht die Liberale Partei habe die Reinstallation initiiert.

In dieser Nationaleuphorie schien die Gründung des kroatischen Staates 1991 wichtiger als seine Gestaltung zu einem modernen Kroatien. Es ist zu betonen, daß eine Homogenisierung kroatischer Tradition und Identität stattfand. Man war mehr bemüht, die starken regionalen Differenzen zu marginalisieren und eine einheitliche kroatische Identität zu stiften, statt anzuerkennen, daß es sich eher um verschiedene kroatische Identitäten handelte. So sprach man damals im amtlichen Diskurs nicht über Dalmatien oder Slawonien, sondern über Süd- und Ostkroa-

<sup>12</sup> Eric Hobsbawm, Terence Ranger (Hrsg.), *The Invention of Tradition* (Cambridge 1983).

<sup>13</sup> Das Adjektiv „jugoslawisch“ wurde durch die Adjektive „kroatisch“ oder manchmal „südosteuropäisch“ ersetzt, der Genitiv „Kroatiens“ durch „kroatisch“. So wurde z.B. die Jugoslawische Akademie der Wissenschaften und Künste zur Kroatischen Akademie, das Jugoslawische Lexikographische Institut zum Kroatischen Lexikographischen Institut, das Historisches Museum Kroatiens zum Kroatischen Historischen Museum. An der Philosophischen Fakultät änderte man die Namen der Fächer „Geschichte der jugoslawischen Völker“ und „Geschichte Jugoslawiens“ in „Geschichte Mittel- und Südosteuropas“.

ten. Die Verschiedenheit Istriens wurde totgeschwiegen und jede dissonante Stimme aus dieser Region sogleich als Sezession denunziert. Als *founding fathers* hat man eher konservative oder ausgesprochen national-kroatisch orientierte Personen gewählt, zum eigentlichen *pater patriae* wurde Ante Starčević ernannt, da sich seine Partei als erste im 19. Jahrhundert für einen selbstständigen kroatischen Staat eingesetzt hatte. Die Rangordnung im Pantheon der nationalen Helden kann man gut an Darstellungen auf den neuen Geldscheinen erkennen. Die größte Nomination (1000 Kuna) gehört Starčević und die kleinste (5 Kuna) den Magnaten Petar Zrinski und Fran Krsto Frankopan, die wegen der Verschwörung gegen die Habsburgermonarchie in Wien 1671 hingerichtet wurden<sup>14</sup>.

Selbstverständlich wurde alles Jugoslawische in der kroatischen Geschichte entweder dämonisiert oder minimiert. So verschiedene Persönlichkeiten wie Ljudevit Gaj (Anführer des Illyrismus), Bischof Josip Juraj Strossmayer (Förderer der jugoslawischen Ideologie seit den 1860er Jahren) und Josip Broz Tito erklärte man beispielsweise zu *personae non gratae*. Selbst Antifaschismus wurde in Frage gestellt: Die Gründung des nazistischen kroatischen Staates im Zweiten Weltkrieg versuchte man als das Resultat des angeblich gerechten Strebens einer Nation nach eigener Staatlichkeit zu legitimieren. Die Zahl der Opfer der kroatischen KZ-Lager wurde klein geredet, und es bestanden auch Versuche, die ganze Ustascha-Bewegung zu rehabilitieren. Daß dies nicht völlig gelang, ist der Tatsache zu verdanken, daß Franjo Tuđman ein Partisan und General der Jugoslawischen Armee war, er setzte sich für eine Versöhnung aller kroatischen politischen Richtungen des Zweiten Weltkriegs ein: Partisanen, Ustascha, Landwehr. Tuđman versuchte auch, eine kroatische kommunistische Vertikale zu stiften. Es war eine Tendenz, seine eigene kommunistische Vergangenheit zu rechtfertigen. Deshalb unterstützte er die Initiative, Andrija Hebrang, der als Anhänger der Informbüro-Resolution arretiert und heimlich liquidiert wurde, als den ersten kroatischen kommunistischen Renegaten herauszustellen, was nicht der Wahrheit entsprach, da Hebrang ein sehr harter und dogmatischer Kommunist war<sup>15</sup>.

Geschichte wurde auch zu antiserbischen und antisemitischen Interpretationen mißbraucht. Die Serbische Orthodoxe Kirche stellte man in einem äußerst negativen Licht, als Stütze der aggressiven großserbischen Option, dar. Man versuchte Kroaten ethnisch von den Südslawen (allen voran den Serben) zu unterscheiden. Dabei wurde auf eine alte iranische Theorie der kroatischen Ethnogenese zurückgegriffen, und auch der alte Mythos vom *antemurale christianitatis* wurde wiederbelebt, mit dem Unterschied, daß die Rolle der Barbaren, statt wie früher den Türken, jetzt den Serben zugeteilt wurde<sup>16</sup>. Leider wurden auch antisemitische Stim-

<sup>14</sup> Scherzhaft habe ich zu meinen Studenten gesagt, daß im Falle von Zrinski und Frankopan zwei kroatische Köpfe nur 5 Kuna (ca. 70 Cent) wert sind.

<sup>15</sup> Nada Kisić-Kolanović, Andrija Hebrang. Iluzije i otrežnjenja (Zagreb 1996).

<sup>16</sup> So wurde der Verein für die Erforschung der kroatischen Ethnogenese gegründet. Trotz des gelehrten Namens war die Tätigkeit dieses Vereines eher durch nationalistische Orientierung geprägt.

men wieder laut. In der regimetreuen und der katholischen Presse erschienen einige antisemitische Artikel. Man versuchte, alle Juden als Kommunisten oder Freimaurer, in jedem Fall aber als Feinde Kroatiens darzustellen. Während der Wahlkampagne des Jahres 1990 äußerte Franjo Tuđman sogar, seine Frau sei glücklicherweise keine Serbin oder Jüdin. Nach heftigen Protesten aus dem Westen korrigierte er auch die ausländische Ausgabe seines Buches<sup>17</sup>, indem er einige antisemitische Behauptungen strich. Selbst unter Berufshistorikern gab es manch antisemitische Töne. Sie denunzierten ihre Kollegen jüdischer Abstammung als Kommunisten und Antikroaten, versuchten zu beweisen, daß es in Kroatien keinen Holocaust gegeben habe. Erst neulich wurde mit gleichen Scheinargumenten ein Buch über den Holocaust in Zagreb kritisiert, weil es ihn angeblich in Zagreb nicht gegeben habe<sup>18</sup>. Dazu wurde die Zahl der Bleiburger Opfer<sup>19</sup> absichtlich vergrößert und Bleiburg zum neuen Mythos erhoben<sup>20</sup>.

Auch bezüglich Bosniens und der Herzegowina offenbarte sich eine starke großkroatische Option. Es ist allgemein bekannt, daß sich Tuđman das bosnisch-herzegowinische Territorium mit Serbien teilen wollte. Diese politische Option hatte ihre Befürworter auch unter einigen Historikern und Intellektuellen; sie versuchten zu zeigen, daß Bosnien kroatisch war und ist, die Osmanenherrschaft dagegen nur eine tragische Zwischenperiode dargestellt hatte. Eine wichtige Rolle spielten dabei auch die herzegowinischen Kroaten, die sich stark für die Teilung Bosniens einsetzten. Die herzegowinische Lobby in Kroatien war sehr einflußreich, da in den 1990er Jahren viele Kroaten aus der Herzegowina führende Positionen in Politik, Wirtschaft und Militär innehatten. Nach Meinung einiger Autoren wurde der kroatische Ethno-Nationalismus erst durch die Dynamisierung der bisher in ihrer Tradition erstarrten ländlichen Gebiete, insbesondere in der Herzegowina, angeregt<sup>21</sup>.

Auf der anderen Seite stehen die Tendenzen, die römisch-katholische Kirche mit dem Kroatentum zu identifizieren und ihre positive Rolle in der kroatischen Geschichte und Gegenwart übergroß erscheinen zu lassen<sup>22</sup>. Als Hauptpersönlichkeiten wurden eher konservative Mitglieder der Hierarchie hervorgehoben, wie die Bischöfe Juraj Haulik, Josip Stadler und Alojzije Stepinac, im Gegensatz zu den liberaleren Katholiken wie Strossmayer oder den bosnischen Franziskanern, die sich immer für die Einheit Bosniens einsetzten und oft den katholischen

<sup>17</sup> *Franjo Tuđman*, *Bespuća povijesne zbiljnosti* (Zagreb 1989).

<sup>18</sup> *Ivo Goldstein*, *Holokaust u Zagrebu* (Zagreb 2001). Die Attacken: *Jure Krišto*, Goldsteini ponovo osuđuju Stepinca, in: *Glas koncila* 1 (6. 1. 2002). *Albert Rebić*, *Strecha podlegao marksizmu*, in: *Novi list* (11. 1. 2002).

<sup>19</sup> Nach dem Krieg wurden kroatische Flüchtlinge (in der Mehrzahl Zivilisten) im Bleiburg von Partisanen liquidiert.

<sup>20</sup> Siehe z. B. *Anđelko Mijatović* (Hrsg.), *Bleiburg 1941–1995* (Zagreb 1995); *Mirko Valentić* (Hrsg.), *Spomenica. Bleiburg 1945–1995* (Zagreb 1995).

<sup>21</sup> *Nikša Stanić*, *Hrvatska nacija i nacionalizam u 19. i 20. stoljeću* (Zagreb 2002) 50.

<sup>22</sup> *Jure Krišto*, *Prešućena povijest. Katolička crkva u hrvatskoj politici 1850–1918* (Zagreb 1994). *Ders.*, *Katolička crkva u totalitarizmu 1945–1990* (Zagreb 1997).

Kirchenoberen widersprachen<sup>23</sup>. Die katholische Geistlichkeit Kroatiens hat sich jüngst politisch stärker engagiert. So hat sich die Bischofskonferenz zu den Anklagen des Haager Gerichts gegen hohe kroatische Offiziere geäußert.

Durch den Krieg in Kroatien, Bosnien und Herzegowina wurde die kroatische Öffentlichkeit zusätzlich radikalisiert, und während des Kriegs verstummte die zivile Bevölkerung. Die ersten kroatisch-serbischen Auseinandersetzungen begannen nach der ersten demokratischen Wahl 1990, bei der die schon erwähnte HDZ Partei ihren großen Sieg feierte. Die Serben Kroatiens wollten nicht auf den Status einer ethnischen Minderheit reduziert werden und strebten nach der staatlichen Vereinigung mit Serbien und Montenegro. Die neue kroatische politische Führung versäumte es, ihnen konstitutionelle Rechte zu gewähren, und die erste kroatische Verfassung definierte die Republik Kroatien in erster Linie als einen nationalen Staat<sup>24</sup>. Die Serben griffen zu den Waffen, statt politisch zu handeln. Im August 1990 (also noch vor der Unabhängigkeit Kroatiens) blockierten sie die Straßen bei Knin<sup>25</sup>; damit begann die sog. *balvan revolucija*, die Balkenrevolution. Diese Blockade des öffentlichen Verkehrs konnte die kroatische Seite nicht tolerieren, und nach der Intervention der kroatischen Polizei entwickelte sich der damals noch begrenzte Widerstand, durch die Einmischung der Jugoslawischen Volksarmee (*Jugoslavenska narodna armija*, JNA) kam es zum Krieg. Ein Drittel des Territoriums der Republik Kroatien wurde von serbischen paramilitärischen Truppen, unterstützt von der JNA, besetzt. Dort proklamierten die Serben ihre autonomen Gebiete. Wegen des plötzlichen serbischen Griffs zu den Waffen und der Intervention der mächtigen JNA fühlten sich die Kroaten als Opfer. Das alte Stereotyp vom Bollwerk der Christenheit wurde wiederbelebt; mehr noch, in der neugegründeten, noch schwachen kroatischen Armee sahen sich die jungen kroatischen Männer (zwischen 20 und 30 Jahre alt) mit einem stärkeren Gegner konfrontiert, so daß es nicht erstaunlich ist, daß gerade bei diesen jungen Leuten die nationalistische Propaganda, die auf der Tradition der Ustascha basierte, auf fruchtbaren Boden fiel. So kam es zu einem wahren Boom der rechtsextremistischen Symbolik: kroatisches Wappen aus der Zeit der NDH, der große Buchstabe „U“ für Ustascha, Hakenkreuz, Bilder des Ustascha-Führers Ante Pavelić und einige seiner berüchtigtsten *war lords* usw. Die gleiche rechtsnationalistische Symbolik, die an die Tradition der *Četnici* (der Tschetniks, des serbischen Pendants zu *Ustascha*) anknüpfte, tauchte bei den Serben auf. Nicht alle Symbole waren jedoch rechtsradikaler Natur. Die kroatische Stadt, die im Krieg am mei-

<sup>23</sup> Über Bosnien siehe Noel Malcolm, *Bosnia: A Short History* (London 1994); Ivo Banac, *Cijena Bosne* (Zagreb 1994).

<sup>24</sup> In der Präambel der Verfassung vom 22. Dezember 1990 wurde die Republik Kroatien als Nationalstaat der Kroaten und als Staat der anderen Völker definiert, von denen namentlich Serben, Muslime, Slowenen, Tschechen, Slowaken, Italiener, Magyaren und Juden erwähnt wurden. Merkwürdig ist, daß die tausendjährige kroatische Staatlichkeit betont und dabei eine lange Liste verschiedener Dokumente und Argumente hinzugefügt wurde, beginnend mit dem 7. Jahrhundert!

<sup>25</sup> Knin war Zentrum des mehrheitlich von Serben besiedelten Gebietes.

sten gelitten und schließlich erobert wurde, ist Vukovar. Deshalb wurde die neolithische Taube von Vučedol<sup>26</sup> zum bedeutenden Symbol des kroatischen Widerstandes, schließlich des ganzen Kroatentums. Es ist schon merkwürdig, daß eine neolithische Plastik zum nationalen Symbol erhoben wird<sup>27</sup>.

Im Krieg wurden zahlreiche Denkmäler zerstört, am meisten kroatische. Sehr oft geschah es durch direkten bewaffneten Angriff, manchmal war es aber auch eine spontane Aktion der lokalen Bevölkerung. Die Zerstörung serbischer Denkmäler fand mehr auf letzterem Weg statt. Insgesamt wurden 2423 der unbeweglichen und 2207 der beweglichen Denkmäler zerstört, beschädigt, oder sie gelten als verschollen. Am stärksten waren die Komitate Dubrovnik-Neretva und Osijek-Baranja betroffen. Dabei muß ich betonen, daß die registrierten Kulturdenkmäler oft das eigentliche Ziel der Zerstörung waren, und daß das Zeichen der Haager Konvention (*The Hague Convention sign*) ihnen überhaupt keinen Schutz bot, bei manchen katholischen Kirchen hatte man es gerade auf dieses Symbol abgesehen. Daß es sich um einen wahren Denkmalkrieg handelte, kann ich auch mit der Tatsache belegen, daß am meisten zivile Denkmäler wie alte Häuser, Schlösser (1759) und Religionsdenkmäler (495) sowie Kirchen und Klöster<sup>28</sup> beschädigt wurden.

Der Krieg breitete sich auf Bosnien und die Herzegowina aus, und dort wurde er letztendlich zur furchterregenden und unkontrollierbaren Eskalation von Gewalt seitens aller drei Parteien. Es muß jedoch betont werden, daß sowohl in Kroatien wie in Bosnien der Konflikt zuerst von serbischer Seite ausging<sup>29</sup>.

Unter diesen Bedingungen konnten die Historiker ihre Arbeit nur mit Mühe *sine ira et studio* ausführen. Eine kleine Gruppe stellte sich ganz in den Dienst des HDZ-Regimes und hielt sich nicht an die Professionalität der Geschichtsschreibung. Diese Gruppe war bereit, Mythen und Legenden als historische Wahrheit zu präsentieren, insbesondere in den Schulbüchern.

Hier kommen wir zu einem wichtigen Aspekt des Mißbrauchs von Geschichte. Da die Historiker sich relativ erfolgreich dem nationalistischen Druck widersetzen und das HDZ-Regime zu keinen strengen Maßnahmen gegen diese Opponen-

<sup>26</sup> Vučedol bei Vukovar ist ein bedeutender Fundort der neolithischen Kultur im Donauraum.

<sup>27</sup> Ein anderes Beispiel ist der „Heimaltar“ (*Oltar domovine*), der auf der mittelalterlichen Burg Medvedgrad bei Zagreb errichtet wurde. Es besteht jedoch ein wesentlicher Unterschied zu der Taube von Vučedol, da der Bau von der HDZ und Tuđman selbst initiiert wurde.

<sup>28</sup> War-Inflicted Damage on Cultural Monuments 1991–1995, Final Report, Republic of Croatia – Ministry of Culture – Agency for the Protection of Cultural Heritage (Zagreb 1999).

<sup>29</sup> Ich muß, wenn auch nur in einer Fußnote, hinzufügen, daß man im Zusammenhang mit dem Krieg in Ex-Jugoslawien im Westen manchmal zu Stereotypen griff, um das Geschehen zu erklären. Es war so einfach, diese tragischen Ereignisse, insbesondere den Genozid, als einen inhärenten Teil des Balkansyndroms zu definieren und alle Nationen dieser Region als wilde, unzivilisierte barbarische Stämme darzustellen. Siehe darüber *Maria Todorova, Die Erfindung des Balkans* (Darmstadt 1999).

ten griff, durfte die wissenschaftliche Tätigkeit als solche frei ausgeübt werden. Die Schulbücher wurden jedoch strengstens nach nationalistischen Kriterien überprüft. Als Autoren tauchten manchmal anonyme und äußerst inkompetente Historiker auf, die jedoch bereit waren, alles Kroatische in der Geschichte entweder als älter oder besser, als es wirklich war, darzustellen. So schrieb man über ununterbrochene kroatische Staatlichkeit seit dem 7. Jahrhundert<sup>30</sup> oder über die feierliche Krönung des ersten kroatischen Königs im 10. Jahrhundert auf einer großen Nationalversammlung<sup>31</sup>. Selbstverständlich gab es diese Krönung nicht. Den Schülern wurden nicht nur gefälschte, kroatozentrische, sondern auch ziemlich xenophobische, antiserbische Texte geboten. Alle Opponenten dieser Option wurden prompt als Kommunisten, „Jugounitaristen“<sup>32</sup>, Marxisten – mit einem Wort als Anti-Kroaten etikettiert<sup>33</sup>. Es stellte sich heraus, daß die Dominanz des nationalistischen Diskurses in den Schulbüchern nicht auf Kroatien begrenzt war. Beinahe derselbe Diskurs, aber serbischer und bosnisch-moslemischer Prägung, fand in den Geschichtsschulbüchern in Bosnien, Herzegowina, Serbien und Montenegro statt. Komparative Analysen lassen die Schlußfolgerung zu, daß die Geschichtsschulbücher ein Medium der Konstruktion aktueller gesellschaftlicher Realität durch eine Meistererzählung über die Vergangenheit sind. Das Ziel ist eindeutig die Bildung eines kämpferischen, epischen und pathetischen Geistes: durch Schaffung von Metaphern, die Gewalt ausdrücken, oder durch eine fokussierte Perspektive – wir (Kroaten, Europäer, Christen), ihr die anderen (Serben, Muslime usw.). Es wurde behauptet, daß Kroaten Kriege ausschließlich zu ihrer Verteidigung führten, daß sie oft Opfer anderer Völker wurden, Beispiele positiver interethnischer Zusammenarbeit blieben nahezu unerwähnt. Es fehlten auch Kapitel über ethnische Minderheiten, Frauen- und Jugendgeschichte, Antifaschismus, die ein wichtiger Bestandteil von Schulbüchern in Westeuropa sind<sup>34</sup>. Fast zu gleichen Ergebnissen kamen die Untersuchungen in Serbien<sup>35</sup>.

Erst nach einem erbitterten und heftigen Kampf, der in aller Öffentlichkeit geführt wurde, konnten sich einige angesehene Historiker und Lehrer als Schul-

<sup>30</sup> *Dragutin Pavličević*, *Povijest Hrvatske* (Zagreb 2000) 14.

<sup>31</sup> *Večernji list* (Zagreb, 5. 10. 1997).

<sup>32</sup> D.h. die Anhänger der unitären jugoslawischen Option.

<sup>33</sup> Solche Interpretation konnte man in folgenden Schulbüchern finden: *Filip Potrebica*, *Dragutin Pavličević*, *Povijest* (Zagreb 1997); *Ivo Perić*, *Povijest* 8 (Zagreb 1996); *Ivo Makek*, *Povijest* 6 (Zagreb 1997). Vgl. auch die Diskussion in der Presse: *Miroslav Brandt*, *Teror unitarizma i boljševizma*, in: *Školske novine* (10. 12. 1991). *Ivan Biondić*, in: *Školske novine* (6. 6. 2000).

<sup>34</sup> *Ivan Ivas*, *Mitologiziranje i ideologiziranje prošlosti*, in: *Školske novine* 15–16 (18. 4. 2000). Vgl. auch *Damir Agičić*, *Slika naroda jugoistočne Europe u hrvatskim udžbenicima povijesti za osnovnu školu*, in: *Radovi Zavoda za hrvatsku povijest* 31 (Zagreb 1998) 205–215.

<sup>35</sup> Eine Analyse hatte z.B. Dubravka Stojanović von der Philosophischen Fakultät in Belgrad durchgeführt. Vgl. *Zarez*, (Zagreb 5. 3. 1999). Einen guten Überblick über die komparative Analyse von Schulbüchern in Südosteuropa bietet das Projekt des Georg Eckert Instituts. Website von South-east Europe Textbook Network: [www.gei.de/english/projekte/southeast.shtml](http://www.gei.de/english/projekte/southeast.shtml).



buchautoren in Kroatien durchsetzen. Nach der Wahlniederlage der HDZ im Jahr 2000 wurden die Schulbücher neu geschrieben, aber das alte Schulprogramm, das als obligatorischer Rahmen allen Schulbüchern dient, merkwürdigerweise noch nicht geändert.

Es ist offensichtlich, daß Geschichte in den 1990er Jahren zum Opfer verschiedener Mißinterpretationen wurde, da man bemüht war, aus der Geschichte die Legitimation für die Gegenwart, d. h. für die kroatische Staatlichkeit, zu schöpfen. Gerade deshalb konnten sich mehrere national orientierte schlechte Historiker oder gebildete Fachfremde (wie Theologen) als gefeierte Historiker durchsetzen. Manche von ihnen kamen aus der kroatischen Diaspora, ihre Arbeiten und öffentlichen Auftritte wurden in der breiten Öffentlichkeit relativ wohlwollend aufgenommen. Selbst Historiker, die sich für die Professionalität einsetzten, wurden durch die allgemeine eher nationalistische gesellschaftliche Atmosphäre in der Auswahl ihrer Themen und insbesondere in der Fokussierung auf die nationale Geschichte beeinflusst. Obwohl auch die kroatische Ethnogenese und das Mittelalter erforscht wurden, galt das besondere Interesse der neueren kroatischen Geschichte (19.–20. Jahrhundert), als Zeit der Gestaltung einer modernen bürgerlichen Gesellschaft und Nation. Man beschäftigte sich besonders mit der Nachkriegszeit und ihren vielen bisherigen Tabuthemen, z. B. der Vertreibung der Volksdeutschen und Italiener, der Rolle von Erzbischof Alojzije Stepinac und der Katholischen Kirche überhaupt, den Massakern an Zivilisten in Bleiburg, den 1968er Jahren und der 1971er Bewegung, dem sogenannten kroatischen Frühling. Auch die neuesten Geschehnisse seit dem Fall der Berliner Mauer wurden schon von einigen seriösen Wissenschaftlern bearbeitet<sup>36</sup>. Es dominieren Themen aus der politischen, nationalen und Ideengeschichte, trotzdem gibt es einige Arbeiten zur Sozial-, Kultur-, Wirtschafts- und Alltagsgeschichte sowie *gender studies*. Es existiert ein ausgesprochener Kroatozentrismus, man findet fast keine Studien zur europäischen oder Weltgeschichte, obwohl der Europadiskurs sehr ausgeprägt ist, sowohl in der Geschichtsschreibung<sup>37</sup> als auch in der Öffentlichkeit. Während der Europabegriff stark mit positiven Konnotationen beladen ist, bleibt der Terminus „Balkan“, insbesondere in der breiten Öffentlichkeit, ein Sammelbecken für negative Konnotationen wie Primitivismus, Krieg usw.<sup>38</sup>.

Ein weiteres großes Defizit der Historiographie ist der Mangel an neuen Methoden. Als Ausnahmen kann ich die Anwendung der *oral history* auf die Bauerngeschichte in der Zwischenkriegszeit erwähnen und die Versuche, die linguistischen Ansätze (der sogenannten linguistischen Wende) auf Geschichte zu appli-

<sup>36</sup> Dušan Bilandžić, *Hrvatska moderna povijest* (Zagreb 1999). Ivo Goldstein, *Croatia. A History* (London 1999). Ivo Banac, *Raspad Jugoslavije: eseji o nacionalizmu i nacionalnim sukobima* (Zagreb 2001).

<sup>37</sup> Die Kroatische Akademie der Wissenschaften und Künste gibt eine große Edition über Kroatien und Europa heraus. *Hrvatska i Europa: kultura, znanost i umjetnost*, bisher 3 Bde. (Zagreb 1997, 2000 und 2004).

<sup>38</sup> Dunja Rihtman Auguštin, *Zašto i otkad se grozimo Balkana?*, in: *Erasmus 19* (Zagreb 1997) 27–35.

zieren<sup>39</sup>. Trotz einiger guter Arbeiten zur Alltagsgeschichte und die *gender studies* betreffend, muß man feststellen, daß gerade in bezug auf die Bauern-, Familien- und Alltagsgeschichte die kroatischen Ethnologen, die die besten Elemente der Kulturanthropologie rezipierten, den Historikern ziemlich weit voraus sind.

Während des Krieges wurde auch die Kommunikation mit Kollegen aus anderen ehemaligen jugoslawischen Republiken (außer Slowenien) abgebrochen; so konnte man z. B. in Zagreb lange keine serbischen Bücher kaufen. Die Kontakte wurden dann in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre wieder zaghaft aufgenommen, angeregt durch verschiedene internationale Institutionen und Stiftungen<sup>40</sup>.

Selbst die Kommunikation unter kroatischen Historikern war nicht immer die beste. Es existierte eine Spaltung zwischen eher nationalistisch orientierten Historikern und denjenigen, die sich dieser Tendenz mehr oder weniger widersetzen. So fand erst 1999 der erste kroatische Historikertag statt. Er war durch Kompromisse geprägt, weil man einen offenen Konflikt zwischen den beiden oben genannten Historikergruppen vermeiden wollte. Deshalb war es letztendlich auch nicht möglich, daß Tudman den Eröffnungsvortrag hielt<sup>41</sup>, und deshalb befaßten sich die Teilnehmer mit den großen Themen der Nationalgeschichte wie der kroatischen nationalen und staatlichen Identität und Kontinuität, aber auch mit dem Bild des Anderen, Frauengeschichte z. B.<sup>42</sup>.

Trotz mehrerer ausgezeichneten Arbeiten übte gerade die Elite der Historiker selbst keinen großen Einfluß auf die eigene Zunft, geschweige denn auf die Öffentlichkeit, aus. Trotz des ungünstigen gesellschaftlichen Klimas haben die besten Historiker in den 1990er Jahren ihre Arbeiten in der Stille ihrer Arbeitszimmer geschrieben. Ihre Rezeption, im Unterschied zu den nationalistisch intonierten Arbeiten, blieb fast aus.

Abschließend würde ich sagen, daß, obwohl man in Kroatien viel über Deideologisierung gesprochen hat, eher der Versuch einer Reideologisierung der Geschichte in den 1990er Jahren stattfand. Die Fehlinterpretation und der Mißbrauch der Geschichte spielten eine wichtige Rolle im Versuch, die kroatische Gegenwart nach den nationalistischen Vorstellungen zu gestalten. Es bleibt zu hoffen, daß diese Tendenz endgültig vorbei ist, und daß sich besonders die jüngste Generation der Historiker wieder ihrer Arbeit *sine ira et studio* widmen kann.

<sup>39</sup> Suzana Leček, Nismo meli vremena za igrati se... Djetinjstvo na selu (1918–1941), in: Radovi 30 (1997) 209–244. Vladimir Biti, Strano tijelo pri/povijesti (Zagreb 2000).

<sup>40</sup> Seit 1998 finden beispielsweise regelmäßige Treffen kroatischer und serbischer Historiker statt, die durch die Friedrich Naumann-Stiftung gesponsert und initiiert werden. Vgl. Hans Georg Fleck, Igor Graovac (Hrsg.), Dijalog povjesničara-istoričara, Bd. 4 (Zagreb 2001).

<sup>41</sup> Ein wichtiger Grund, warum er diesen Vortrag nicht halten konnte, war seine sehr schwere Krankheit. Der Historikertag wurde dann tatsächlich wegen Tudman's Tod abgebrochen.

<sup>42</sup> I. Kongres hrvatskih povjesničara. Hrvatski nacionalni i državni identitet-kontinuitet. Knjiga sažetaka (Zagreb 1999). S. die Beiträge auch in: Historijski zbornik 59 (Zagreb 1999) 105–192.

*Carl Bethke, Holm Sundhaussen*

## Zurück zur „alten Übersichtlichkeit“?

Geschichte in den jugoslawischen Nachfolgekriegen 1991–2000

Die Kriege in Kroatien, Bosnien-Herzegowina und Kosovo sind in aller Welt Inbegriffe des Schreckens. Wir kennen die „Höhepunkte“: den Massenmord von Srebrenica, die Vergewaltigungslager, den „Urbanozid“ in Vukovar, Artilleriegraten auf Zivilisten, Flucht und Vertreibung. In der Analyse wird vielfach davon ausgegangen, diesen Greueln lägen Herrschaftsstrukturen zugrunde, in deren Rahmen – quasi als „Überbau“ – auch eine interessengeleitete Umdeutung der Geschichte produziert werde. Im folgenden soll demgegenüber die These vertreten werden, daß nicht nur der Blick auf die Vergangenheit von den Interessen der Gegenwart bestimmt wird, sondern daß die Deutung der Vergangenheit durchaus autonom die Kontrolle über die Gestaltung der Gegenwart übernehmen kann.

In politisch, sozioökonomisch und kulturell stabilen Gesellschaften ist die Geschichte ein Kulturgut unter anderen. Ereignisse, Namen und Episoden aus der Vergangenheit werden in nationalen Asservatenkammern dokumentiert und zu bestimmten Gelegenheiten inszeniert, aber sie haben wenig Einfluß auf die Gestaltung von Gegenwart und Zukunft. Die Geschichte löst sich auf in Geschichten. Diese werden in Form von Denkmälern, Museen, Literatur, darstellender Kunst etc. tradiert, fungieren als Unterhaltungs- und Bildungsgut, werden gelegentlich kontrovers diskutiert und umgeschrieben, entbehren jedoch einer existentiell verstandenen Bedeutung für die Gemeinschaft der Gegenwart. Erst in Phasen der Peripetie verliert sich die bildungsbürgerliche Attitüde gegenüber der Vergangenheit. Auf der Suche nach Erklärung und Orientierung in einer unübersichtlichen Gegenwart wächst bei vielen Menschen die Bereitschaft, auf Deutungsmuster der Vergangenheit zu rekurrieren. Diese wird zurückgeholt, nicht um sie besser zu verstehen, sich erneut mit ihr auseinanderzusetzen oder Defizite aufzuarbeiten, sondern um die Gegenwart durch das Prisma der Vergangenheit, Unbekanntes durch Bekanntes, Geschehendes durch Geschehenes zu interpretieren. Dahinter steht zum einen die Vorstellung, daß Geschichte sich wiederholt, und zum anderen, daß es in der Wiederholung möglich ist, das Ergebnis zu korrigieren, daß also die Wiederholung nicht umfassend ist, sondern partiell umgelenkt werden kann („aus der Geschichte lernen“). Bei der Vergeschichtlichung (Historisierung) von Gegenwart wird die Linearität der Zeit zugunsten einer zeitlosen

Zeit oder einer zyklisch verstandenen Zeit aufgehoben. Die zeitlose Geschichte zielt auf die spontane Identifizierung der Rezipienten mit historischen Gestalten und Ereignissen, auf die Gegenwart des Vergangenen, auf Analogien und Homologien, auf die Auflösung der Kausalität und vor allem auf die Reduzierung von Komplexität. Ihre primäre Funktion ist die Vermittlung von zeitlosen Botschaften und die existentielle Sinngebung. Sie ist exklusiv in dem Sinn, daß sie nur von denjenigen verstanden wird, die sich mit dem jeweiligen Deutungskode identifizieren. Die zeitlose Geschichte greift auf semantische Apparate, auf Wiedererkennungseffekte und Verallgemeinerungen zurück. Sie wird als selbstverständlich begriffen und braucht nicht expliziert zu werden. Ihre „Plausibilität“ stützt sich auf zeitlose und grundlegende Erfahrungen, die aus dem historischen Kontext herausgelöst und auf allgemein anerkannte, jedermann verständliche und binär strukturierte „Wahrheiten“ reduziert werden. Nicht diese „Wahrheiten“ sind für Außenstehende unverständlich, sondern ihre Applizierung auf konkrete historische und gegenwärtige Phänomene. Die Entkontextualisierung der Geschichte schafft Raum für die Identifizierung nach innen und die Rollenzuweisung von außen. Beide – sich wechselseitig ergänzenden – Prozesse gestalten die Gegenwart im Geist einer zeitlosen Vergangenheit um und kreieren Teile von Wirklichkeit, die es ohne Historisierung (oder Scheinhistorisierung) der Gegenwart gar nicht gäbe. Das ehemalige Jugoslawien ist kein einzigartiges, aber ein besonders folgenreiches Lehrstück für die Umgestaltung der Gegenwart durch eine allgegenwärtig und zeitlos begriffene Vergangenheit.

## I.

Ausgelöst durch die digitale Revolution vollzog sich in den 1980er Jahren in allen Teilen Europas ein dramatischer technologischer, sozialer und schließlich auch ideologisch-politischer Wandel.

Die damit verbundenen Ängste wurden kanalisiert und politisch operationabel gemacht – einerseits durch Populismus und Xenophobie, andererseits durch emotional aufgeladene Warnungen und Deutungen dieser Phänomene als „Bedrohung durch einen neuen Faschismus“. In Osteuropa, so auch in Serbien, wollten sich einige der um ihren gesellschaftlichen Machterhalt besorgten (post-)sozialistischen Systemeliten gleich beide Mobilisierungseffekte zunutze machen: Die Nomenklatur setzte sich an die Spitze der populistischen Strömungen und versuchte, sich zugleich als deren „linke“ Alternative (Slobodan Milošević) zu empfehlen<sup>1</sup>. In der Regel geschah dies in Verbindung mit einer nach westlichem Verständnis unseriös breiten Verwendung des Begriffs „Faschismus“ und nicht selten zum Ärgernis auch derjenigen, die auf demokratische Veränderungen setzten. Zwei Tage nach der Vereinigung der Regime-Kräfte in Serbien unter Führung Miloševićs 1990

<sup>1</sup> Vgl. Closing Statement at the First SPS Congress, July 16, 17 and 18, 1990. Speech by Slobodan Milošević – Chairman of the SPS, <http://www.slobodan-milosevic.org/sp1.htm>.

kommentierte die Belgrader Tageszeitung „Politika“: „Auf die profaschistische, rechte Orientierung im Nordwesten Jugoslawiens antwortet Serbien mit einer demokratischen, linken und sozialistischen Orientierung.“<sup>2</sup>

Verweise auf den Zweiten Weltkrieg und den Nationalsozialismus können in der europäischen Öffentlichkeit die Bedeutung eines „schweren Zeichens“ (Baudrillard)<sup>3</sup> beanspruchen: Die traumatischen Erfahrungen, die dieses „Zeichen“ anrührt, fungieren als „das Böse“ in einer säkularen Welt. Das ihnen entgegen-gestellte „Nie Wieder“ erweist sich als kleinster, aber gemeinsamer und sicherer moralischer Nenner pluralistischer, oft als „atomisiert“ empfundener Gesellschaften. Doch es gibt Unterschiede: In westlichen Ländern, so in den USA und Deutschland, stehen „Auschwitz“ und der „Holocaust“ als mehr oder weniger singulärer „Zivilisationsbruch“ an erster Stelle. Fokussiert werden die „Opfer“. Der Verweis auf den Sieg der Anti-Hitler Koalition 1945 als „unser 1789“ (Glotz) bleibt dagegen im Land der Täter wie auch anderswo mitunter etwas deklamatorisch, nicht zuletzt wegen des schalen Beigeschmacks der gleichzeitigen stalinistischen Machtübernahme in Ostmitteleuropa („Jalta“).

Im ehemaligen Jugoslawien, besonders in Serbien, mit seinen millionenfach tradierten, traumatisierten Opfer-Erfahrungen hatte die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg nach 1945 einen anderen Kontext: Der „Holocaust“ war faktisch eine, z.B. in Denkmälern und Schulbüchern, kaum beachtete *quantité négligeable*. Mehr noch: Die Rückgabe jüdischen Vermögens an die Holocaust-Opfer war keineswegs problemlos: Während Partisanen-Denkmäler gebaut wurden, ließ man Synagogen und Friedhöfe jahrelang verrotten. Eine besondere Sensibilität gegenüber Israel kannte das Tito-Regime nicht – die diplomatischen Beziehungen mit Israel hatte man 1967 abgebrochen. Und ausgerechnet jene Kreise, welche die „Juden ins Meer werfen“ wollten, waren in Belgrad, vielleicht mehr als irgendwo sonst in Europa, allzeit gern gesehene „blockfreie“ Freunde.

Dagegen war der als Helden-Saga erzählte eigene „Kampf“ und der Sieg gegen den „Faschismus“ ein alltäglicher und im öffentlichen Raum buchstäblich omnipräsent installierter Referenz- und Legimationsort für den Machterhalt der kommunistischen Partei *ad infinitum*. Die in höchsten Staatssymbolen und offiziellen Titeln, aber auch in Filmen, Musik, ja im Comic verklärte Erinnerung an die Gründungsmythen des zweiten Jugoslawien sollte als Integrationsklammer dienen und über alle gegenwärtigen Konflikte, Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten der Gesellschaft hinweghelfen<sup>4</sup>. „The Partisan wartime experience was invaluable as the normative ground-work upon which the subsequent institutionalization of the Yugoslav party could be based. As in similar cases of political founding, the fictional and historical literature describing ‚the heroic struggle against the invader‘ contributed to the myth-system as a major support for the authority-

<sup>2</sup> Ujedinjenje, in: Politika, 9. 6. 1990, 1 (Leitartikel).

<sup>3</sup> Jean Baudrillard, *Kool Killer oder Der Aufstand der Zeichen* (Berlin 1978).

<sup>4</sup> Vgl. Holm Sundhaussen, *Jugoslawien und der Zweite Weltkrieg: Konstruktion, Dekonstruktion und Neukonstruktion von „Erinnerungen“ und Mythen*, in: *Mythen der Nationen. 1945 – Arena der Erinnerungen*. Hrsg. von Monika Flacke (im Druck).

structure.“<sup>5</sup> Ausdrücklich benannte etwa die Präambel der jugoslawischen Verfassung von 1974 den Partisanenkampf als „Grundlage der gesellschaftlichen Ordnung“<sup>6</sup>. Die Kehrseite war, daß sich „in der jugoslawischen Gesellschaft die Atmosphäre des permanenten Bürgerkriegs fortsetzte“<sup>7</sup>. „Faschisten“ wurden, ob als regimefeindliche Emigranten, intellektuelle Dissidenten oder als abweichende Jugendliche, bevorzugte Sündenböcke für die Probleme des Alltags und theoretischer Ersatz für die (kaum vorhandene, aber viel gescholtene) Bourgeoisie in einem. Der Verweis, Jugoslawien sei eben ein kommunistisches Land gewesen, – ein besonders liberales –, untertreibt die historischen Realitäten zumindest zum Teil. Denn der Kult um die Person des Weltkriegshelden Tito, wie auch um die „Jugoslawische Volksarmee“ als Institution übertraf an Dauer und Intensität die mitteleuropäischen Nachbarländer ebenso sehr, wie der mörderische Kleinkrieg gegen die „faschistische“ Emigration einzigartig war.

Die Bedeutung des Partisanen-Kultes und seiner Feindbilder läßt sich nicht nur romantisch mit der „Authenzität“ des jugoslawischen Front-Erlebnisses, sondern auch als Inszenierung sozialer Interessen deuten: Denn die „Kämpfer“ waren nach 1945 eine bestversorgte und überaus einflußreiche, freilich zunehmend ideologisch konservative Lobby, die sich nicht nur den Besitz ihrer Gegner, sondern in den Augen der Opposition auch den ganzen Staat zur Beute gemacht hatte: „We communists maintained that Yugoslavia was our land, almost in the sense that it was our private property. [...] we took for granted that we had attained this right through our struggle.“<sup>8</sup> Meriten auf dem Schlachtfeld und Familienbande sicherten noch jahrelang den Zugriff auf Ressourcen und Ämter: „Aufstiegsbedingungen waren zunächst weniger Qualifikation und Bildungsstand als Teilnahme am Partisanenkrieg und eine möglichst in die Vorkriegszeit zurückreichende Zugehörigkeit zur KP oder zu ihrer Jugendorganisation.“<sup>9</sup> Noel Malcolm beschreibt die „nachholende Feudalisierung“ drastisch als „medieval dukedoms with networks of influence and patronage extending outwards from these privileged individuals through all areas of life“<sup>10</sup>. Man wird nicht falsch darin gehen, die besonders verbissene Herausstellung der *res gestae* der politischen und militärischen Eliten auch als sozialen Schließungsmechanismus zu begreifen: Dieser richtete sich anfangs

<sup>5</sup> George Zaninovich, The Yugoslav Communist Party: Organization, Ideological Development and Oppositional Trends, in: Südosteuropa-Handbuch: Jugoslawien (Göttingen 1975) 12, 20.

<sup>6</sup> Franz Mayer, Staat-Verfassung-Recht-Verwaltung, in: Südosteuropa-Handbuch: Jugoslawien 42.

<sup>7</sup> Nebojša Popov, Kriegerischer Frieden. Annäherung an ein Verständnis des Kriegs in Bosnien-Herzegowina, in: Bosnien und Europa. Die Ethnisierung der Gesellschaft (Frankfurt a. M. 1994) 117.

<sup>8</sup> Adil Zulfikarpašić, Sukob. Povratak u Bosnu (Sarajevo 1990) 30; zit. nach Paul Tvrković, Bosnia-Hercegovina: Back to the Future (London 1993) 42.

<sup>9</sup> Wolfgang Höpken, Jugoslawien. Die Gesellschaft, in: Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 6 (Stuttgart 1987) 872.

<sup>10</sup> Noel Malcolm, A Short History of Bosnia (Cambridge 1994) 211.

gegen die bürgerliche bzw. kirchliche Vorkriegselite, dann aber auch gegen das frühe Vordringen der (oft kroatischen und slowenischen) *techno-manager* in Jugoslawien seit den sechziger Jahren.

Natürlich, Herrschaftsideologien dieser Art können über lange Zeit politisch erfolgreich und auch populär sein, wenn sie einer Massenbasis plausibel gemacht werden können. In ausgesuchten sozialen Schichten derjenigen kommunistischen Staaten, die auf „Bauernrevolutionen“ beruhten (Jugoslawien oder auch China und Vietnam), war dies jahrzehntelang der Fall. Der Sieg über die Faschisten konnte für die Landbevölkerung Montenegros oder Bosniens auch ein ganz persönlicher Gewinn sein, etwa in Form der „Großen Völkerwanderung in die Städte“<sup>11</sup> und den damit verbundenen Aufstiegschancen. „Diese Bauernfamilien wurden von der kommunistischen Führung in die Städte gelockt. Die rasch wachsende Industrialisierung benötigte viele ungeschulte Arbeitskräfte, zugleich wollten die Kommunisten eine möglichst große Arbeiterklasse schaffen. Deswegen genossen diese Einwanderer viele Privilegien. Sie erhielten wichtige Stellen im politischen und öffentlichen Leben unserer Stadt und waren relativ einflußreich“, schreibt der Sarajevoer Architekturprofessor Rehnicker<sup>12</sup>. Der Tito- und Partisanenkult funktionierte in diesen Milieus, besonders wenn er populär – um nicht zu sagen: folkloristisch – bearbeitet wurde, als wichtiges moralisches Kapital. Seine Begrenzung zeigte sich allerdings in den sozialen Wandlungsprozessen und Konflikten bereits der siebziger Jahre, als er – wie auch seine wichtigste pressure group, der Partisanenverband – eine stark affirmative Rolle zu spielen begann. Als dann selbst die Kinder der „roten Bourgeoisie“ zivilisatorisch über die banalen, gut-böse Schablonen reproduzierende Plattheit und Einseitigkeit des Partisanenkultes hinausgewachsen waren, wurde dieser zu einer unfreiwilligen Illustration nicht mehr wandlungsfähiger „Provinz- Brežnevs“: So zeigte der Slogan „Nach Tito: Tito“ vor allem, daß die Partei für den technologischen Wandel der 1980er Jahre nur Sprüche der 40er Jahre parat hatte. Die Folge war, daß sich Allianzen aus mehr oder weniger demokratisch gewendeten intellektuellen rechten „Dissidenten“, auch im westlichen Ausland, und sozial veränderungsbereiten Gruppen der jugoslawischen Bevölkerung abzeichneten – darunter Teilen der kommunistischen Partei selbst. Wie sich diese Bündnisse gestalteten, fiel allerdings von Republik zu Republik sehr unterschiedlich aus. Während die Allianz in Slowenien zivilgesellschaftlich, pro-westlich und neo-bürgerlich orientiert war, gelangte in Serbien und Montenegro eine Hufeisen-Koalition der Extremisten an die Macht.

<sup>11</sup> Bogdan Bogdanović, Architektur der Erinnerung (Klagenfurt 1994).

<sup>12</sup> Raymond Rehnicker, Die „anderen“ leben doch überall, in: „Daß wir in Bosnien zur Welt gehören“. Für ein multikulturelles Zusammenleben, hrsg. von Johannes Vollmer (Solothurn, Düsseldorf 1995) 157.

## II.

Fast alle Staaten der Welt weisen regionale Unterschiede in der historischen Erinnerung einzelner Landesteile auf, und ebenso existiert in fast allen Staaten ein mehr oder weniger ausgeprägtes Entwicklungsgefälle. Zu den Leistungen des Nationalstaats gehört, daß er unter den Bedingungen freier Wahlen erhebliche Solidarleistungen plausibel machen und durchführen kann. Kritisch wird die Situation dort, wo die beanspruchte Deutungshoheit des Zentrums nicht in Deckungsgleichheit steht mit seiner ökonomischen, sozialen und kulturellen Macht, sondern diese nur mehr durch Ideologiebildung, historische „Meistererzählungen“ und die Macht der Apparate gedeckt wird. Mitte der achtziger Jahre war diese Situation in Jugoslawien faktisch erreicht: Der längst schon nicht mehr formale, nur noch auf der Bewußtseins-ebene der Belgrader Eliten (Plural!) vorhandene Führungsanspruch Serbiens erwies sich als inkompatibel mit den Konsequenzen der bescheidenen Modernisierungsanstrengungen der späten Tito-Ära in Gestalt des föderalen Umbaus von 1974.

Das Memorandum der Serbischen Akademie der Wissenschaften von 1986 brachte – neben berechtigter Kritik an den Schwächen des jugoslawischen Föderalismus – diese Inkompatibilität auf den Punkt<sup>13</sup>. Der Dreh- und Angelpunkt der gesamten Argumentation war zwar aktionistisch orientiert, zugleich aber unfähig für die Wahrnehmung historischen Wandels: Die Klage über zuviel Föderalismus ignorierte, daß selbst in den Landesteilen, wo der politische Jugoslawismus phasenweise Zustimmung gefunden hatte, ein weitreichender Föderalismus als *conditio sine qua non* jedes künftigen Konzepts von Jugoslawien angesehen wurde. Mag sein, daß auch die westliche Politik dazu beigetragen hat, daß man die bloße Existenz Jugoslawiens in Belgrad als unhinterfragbar ansah. Vielleicht hätten rechtzeitige Sanktionen die Belgrader Eliten zur Vernunft gebracht. So aber suchten diese in der Nach-Tito-Ära, ihre Argumente zunehmend mit historischen Stoffen zu untermauern, die außerhalb Serbiens sicher niemanden überzeugen konnten: Dazu zählten die mittelalterlichen Klöster in Kosovo, die gegen die Autonomie der Albaner sprächen, oder die Weigerung, die Opferzahlen des Konzentrationslagers Jasenovac (1941–1945) *seriös* zu überprüfen, um einer unseriösen Verharmlosung vorzubeugen<sup>14</sup>.

<sup>13</sup> „Memorandum“ grupa akademika Srpske akademije nauka i umetnosti o aktuelnim društvenim pitanjima u našoj zemlji, in: Naše teme 33 (1989) 128–163. Übersetzte und erweiterte Neuauflage: Kosta Mihailović, Vasilije Krestić, Memorandum of the Serbian Academy of Sciences and Arts. Answers to Criticisms (Belgrad 1995).

<sup>14</sup> Vgl. dazu Holm Sundhaussen. Kriegserinnerung als Gesamtkunstwerk und Tatmotiv: Sechshundertzehn Jahre Kosovo-Krieg (1389–1999), in: Dietrich Beyrau (Hrsg.), Der Krieg in religiösen und nationalen Deutungen der Neuzeit (Tübingen 2001) 11–40; ders., Der Gegensatz zwischen historischen Rechten und Selbstbestimmungsrechten als Ursache von Konflikten: Kosovo und Krajina im Vergleich, in: Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert: Ursachen von inter-ethnischer Gewalt im Vergleich, hrsg. von Philipp Ther, Holm Sundhaussen (Wiesbaden 2001) 19–33; ders., Jasenovac 1941–1945 – Diskurse über ein Kon-



Der in diesen Jahren viel zu hörende Vorwurf, die wahre Zahl der im Konzentrationslager Jasenovac im „Unabhängigen Staat Kroatien“ 1941–1945 ermordeten Serben sei in vierzig Jahren kommunistischer Diktatur notorisch *untertrieben* worden, wirkt zweifellos etwas bizarr. Wahr ist, daß die am Lagerort errichtete Gedenkstätte zwar einerseits ein bekannter und von Schülergruppen, Delegationen etc. viel besuchter Ort war, daß es andererseits aber der geschickte Taktiker Tito selbst geflissentlich unterlassen hatte, Jasenovac zu besuchen. Eine allgemeine Abneigung gegen Gedenkstätten stand wohl kaum dahinter. Im serbischen Kragujevac, wo die Täter vom Herbst 1941 nicht die kroatische Ustascha, sondern Angehörige der deutschen Wehrmacht gewesen waren, ließ sich der Diktator durchaus mehrfach sehen. Die neue Konjunktur des Themas Jasenovac war darum für die Verschiebungen im serbischen historischen Diskurs über den Zweiten Weltkrieg wegweisend: War es bisher darum gegangen, die Realität des ethnischen und politischen Bürgerkrieges auf einen Konflikt mit dem deutschen Besatzer und seinen Kollaborateuren zu externalisieren, rückte nun eine Darstellung in den Vordergrund, die bewußt die nicht-serbischen Völker Jugoslawiens kollektiv auf die Anklagebank setzte. Das bedeutete, daß die bisherigen Themen – Zweiter Weltkrieg, Kampf gegen Faschismus – keineswegs völlig verschwanden oder gar „umgedreht“ wurden, sondern daß die bekannten Stoffe bedarfsgemäß um neue, nationalistische Deutungen erweitert wurden. An die Stelle der national/ethnisch neutralen Dichotomie von Kollaboration und Widerstand trat der „atavistische“ Kampf der Nationen.

Tatsächlich schienen der 1986 an die Macht gekommene serbische Parteichef Slobodan Milošević und die ihn unterstützende populistische Massenbewegung keineswegs angetreten zu sein, die Grundlagen des kommunistischen Geschichtsbildes und seiner Ikonographie gänzlich umzuschreiben. Auf den (von der Partei und dem Geheimdienst organisierten) Meetings waren jugoslawische Fahnen – mit Stern und überlebensgroßen Tito-Bildern – noch zu sehen, als die Enttitoisierung in Serbien bereits weit fortgeschritten war. Eine Totalrevision zu vermuten, etwa unter dem Eindruck des Vergleichs Tito-Milošević, hieße bei der Analyse der Machtverhältnisse im Serbien der neunziger Jahre, den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen: Die „Sozialistische Partei Serbiens-Jugoslawische Linke“ (SPS-JUL) hat nicht nur das größte Blutvergießen in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg verschuldet, sie war auch fast die einzige kommunistische Regimepartei, die Anfang der neunziger Jahre nicht abgewählt wurde. Über das ideologische Umfeld etwa von Mira Marković-Milošević – einer orthodoxen Marxistin – und weiter Teile der Armeeführung kann sich nur der täuschen, der „Rechts“ und „Links“ im Sinne von Gut und Böse definiert. Bis heute bekennen sich die Anhänger von SPS-JUL zu ihren historischen (auch „antideutschen“) Feindbildern (man werde „den Quislingen ein neues 1941 bereiten“ etc.) und auch zu „Jugoslawien“.

Gleichwohl befinden sich konservative Analysten, die in Milošević einen „Stalinisten“, einen „Panzerkommunisten“ oder auch den „letzten kommunistischen Diktator“ sehen wollten, entschieden auf dem Holzweg. Man muß dem Ex-Banker vielmehr attestieren, daß er im Grunde relativ früh, früher als manche Teile der kroatischen und erst recht der bosnischen Kommunisten, auf Entbürokratisierung, Deregulierung, Aussöhnung mit der Kirche, historische Enttabuisierung und mehr gesellschaftlichen Pluralismus (Privatfernsehen, private Universitäten) setzte. Nicht zuletzt darum wurde Milošević in sein Amt gewählt und darin immer wieder bestätigt. Sich dies einzugestehen, dient nicht der Verharmlosung des Regimes, sondern dazu, seine Wirkungsweise – „den schönen Schein“ und die zum Radikalnationalismus führende ideologische Flexibilität – zu begreifen. Dogmengeschichtlich gehört Milošević zwar durchaus zur linken Familie, aber eher in die Kategorie reformbereiter Postkommunisten. Als Programmatiker fungierte Mihajlo Marković, der sich im Westen als Visionär eines „humanen“ Sozialismus einen Namen gemacht hatte. Erst in diesem Rahmen wird die Legalisierung des serbischen Rechtsradikalismus verständlich, dessen Formationen sich, fixiert auf das nationale Thema, im Absegnen der Kriegspolitik bald als zuverlässigste Verbündete, etwa im Sinne einer informellen Blockpartei, erwiesen. Das heißt freilich nicht, daß nicht auch viele bürgerliche Politiker – Đinđić und erst recht Drašković – den Sirenenklängen der patriotischen Politik phasenweise folgten. Und nur wer völlig naiv ist, kann glauben, daß es zwischen der NGO-Welt und den „target“-Demonstranten anlässlich der NATO-Luftangriffe keine Schnittmengen gab.

Hier fällt einem Stuart Hall ein, der einst festgestellt hat, daß Hegemonie vor allem auf einem Konsens beruht und solange aufrecht erhalten werden kann, wie die Herrschenden alle konkurrierenden Definitionen erfolgreich integrieren können<sup>15</sup>. Der Schlüssel zum Verständnis der „maximalen Mobilisierung“ ist simpel, aber ein Lehrstück in Sachen Nationalismus. Neu ist vielleicht, daß das, was bisher *ex cathedra* vor allem rechten Regimen zugeschrieben wurde – daß sie interne Widersprüche um des Machterhaltes willen erfolgreich auf einen äußeren Feind projizieren –, auch bei Regimen aus der linken Familie funktioniert, sogar dann wenn es sich nicht um „Stalinisten“ handelt. Die Voraussetzung für das Funktionieren dieser Technik ist allerdings immer dieselbe und darum auch bei den ideologisch deutlich anders gearteten Regimen in Kroatien und Bosnien nachzuvollziehen: Es muß ein gemeinsamer Feind gefunden werden, was in ausdifferenzierten modernen europäischen Gesellschaften nicht immer eine einfache Aufgabe ist. Der Rekurs auf die Vergangenheit kann dabei Wunder bewirken.

<sup>15</sup> Stuart Hall, Der Thatcherismus und die Theoretiker, in: Ideologie, Kultur, Rassismus (Berlin, Hamburg 1989) 172–207. Der Unterschied zur Milošević-Bewegung liegt natürlich schon allein darin begründet, daß letztere von einem Teil der Linken jahrelang verharmlost wurde. Zur Analyse dieses Phänomens Ulrike Ackermann, Der Umgang mit dem Totalitarismus. Projektionsfläche Bosnien: ein deutsch-französischer Intellektuellenstreit, in: Mittelweg 36 (1995) 4, 32–48 und Attila Hoare, Genocide in the Former Yugoslavia: A Critique of Left Revisionism (im Druck).

Als gängiger Weg erwies sich erstaunlicherweise die Wiederbelebung der jahrzehntelang einstudierten kommunistischen Feindbilder des Zweiten Weltkrieges: Die Medien der beteiligten Seiten präsentierten ihrem Publikum die jeweiligen Feinde nämlich keineswegs als Kommunisten und gottlose Heiden, sondern als religiöse Fanatiker und „Faschisten“, quasi als Zombies aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges. In diesem Spiel kam es darauf an, die „Linken“ und „Rechten“ der eigenen Nation in einem imaginären Kampf gegen die „Rechten“ der Nachbarnation zu gruppieren. Um Nationalisten und Exkommunisten gleichermaßen ins Boot zu holen und mit Rücksicht auf die dringend gebrauchten post-kommunistischen Funktionseliten, mobilisierten die kroatischen und ganz besonders die bosnischen Medien also weniger gegen Kommunismus, Jugoslawien und die Volksarmee als vielmehr gegen „Tschetniks“. Der strategische Erfolg dieser propagandistischen Figur war ganz ungeheuer, obwohl offensichtlich war, daß weder der serbisch-bosnische General Ratko Mladić noch Milošević aus einer Tschetnik-Tradition kamen. Noch fantastischer war die Neigung serbischer Medien, ganze Garnituren kroatischer Politiker – etwa den orthodoxen Linken Stipe Šušar, den Reformkommunisten Ante Marković und den Ex-Kommunisten Tuđman – als „Ustascha“ zu brandmarken. „Alles ist nur serbisch. Wenn man etwas dagegen sagt, gehen die Emotionen hoch, dann wird man als Ustascha abgestempelt, egal was man sagt“, meinte damals der Sarajevoer Jude Milan Stern<sup>16</sup>. Der erwähnte Rajmond Rehnicher, ebenfalls Jude aus Sarajevo, mußte sich ähnliche Sorgen machen: „Mit meinem deutsch klingenden Familiennamen war ich genau die richtige Person für die ethnische Säuberung.“<sup>17</sup>

### III.

Dem „Faschismus“-Begriff ist, im Gegensatz zum eindeutigen „Nationalsozialismus“, mitunter das zu eigen gewesen, was Ulrich Herbert einen „posenhaften Entlarvungsgestus“ genannt hat<sup>18</sup>. Mehr als bei jeder anderen Ideologie spielt beim Faschismus-Vorwurf der bloße „Verdacht“ auf denselben die Schlüsselrolle, was praktisch bedeuten kann, daß sich das nur eben Verdächtige ansonsten nicht belegen läßt: Schon vom angeblichen Sozialfaschismus der SPD und dem antifaschistischen Schutzwall her ist dem versierten Leser bekannt, daß sich diese „Allzweckwaffe“<sup>19</sup> sehr flexibel einsetzen läßt. Man mag daher geneigt sein, die

<sup>16</sup> Johannes Vollmer, *Milan Stern*, „Volkswahn ist nicht korrigierbar“. Ein Gespräch mit dem jüdischen Psychiater Milan Stern aus Sarajevo über den Psychiater und Serbenführer Radovan Karadžić und die Unfähigkeit Freiheit zu begreifen, in: „Daß wir in Bosnien zur Welt gehören“ (wie Anm. 12) 164.

<sup>17</sup> Rehnicher, *Die „anderen“ leben doch überall* 158.

<sup>18</sup> Ulrich Herbert, *Vernichtungspolitik. Neue Antworten und Fragen zur Geschichte des „Holocaust“*, in: *Nationalsozialistische Vernichtungspolitik 1939–1945. Neue Forschungen und Kontroversen*, hrsg. von Ulrich Herbert (Frankfurt a. M. 2001) 19.

<sup>19</sup> „Antifaschismus“ wurde zur Allzweckwaffe, auch wenn es nur um die Startbahn West

Verwendung dieser Floskel auch auf dem Balkan nur als die übliche politische Folklore abzutun.

Leider ist dem nicht so. Die Anrufung historischer Feindbilder hat während der Kriege der 1990er Jahre eine Eigendynamik entwickelt, in deren Verlauf sich die verbale Verunglimpfung in seine terroristische Eigentlichkeit zurückverwandelte. Als die Art-Pop-Band mit dem enttabuisierenden Namen „Laibach“ Ende der achtziger Jahre mit Klischees über Faschismus zu spielen begann, konnte dies noch guten Gewissens als ironischer Gestus bezeichnet werden, über dessen emanzipativen Sinn im spätkommunistischen Jugoslawien sich zumindest streiten ließ. Mit Kriegsausbruch aber konnte beobachtet werden, wie die retrograde Pose des Kinderschrecks der jeweils anderen Seite immer realer Gestalt annahm, wie also z.B. aus der provokanten Popikone rechter Jugendlicher, Jure Francetić (einem Ustascha-„Kriegshelden“), ein tatsächliches Leitbild wurde. Bezeichnend für diesen Weg von der subversiven Aneignung zurück zur mörderischen Realität waren etwa jene Neo-Tschetniks, die vor laufenden Fernsehkameras Sarajevo beschossen: Ihre historisierenden Kostüme waren weniger inspiriert von den tatsächlichen Tschetnik-Uniformen des Zweiten Weltkriegs, sondern ahmten offensichtlich die karikaturhaft verzerrte *bad-guy*-Pose kommunistischer Propagandafilme nach. Das ist mehr als ein ideologisches Revival, sondern etwa so, als ob die Rockgruppe „Kiss“, die ihren Namen mit Siegrunen schreibt, plötzlich ein ganz reales SS-Orchester wäre, oder Che Guevara aus dem Button steigt, um einen an der Ausreise aus Kuba zu hindern.

Um so effektvoller wurde diese Inszenierung noch dadurch, daß die Kombattanten an die Schauplätze früherer Auseinandersetzungen „zurückkehrten“ (Srem-Front, Lika, Romanija, Kupres) und sich auch Kriegstechniken des Zweiten Weltkrieges (Partisanenkampf, Rückzug in die Berge, Kampf gegen die feindliche Zivilbevölkerung etc.) zu wiederholen schienen. Der Mythologisierung entgegenzuwirken, also die Unterscheidbarkeit von Vergangenheit und Gegenwart in Erinnerung zu rufen, wäre zuerst Aufgabe der professionellen Historiker gewesen. An sie hatte es Anfang der 1990er Jahre bei allen am Konflikt beteiligten Nationen eine starke Erwartungshaltung gegeben. Denn im Kommunismus gab es durchaus auch und gerade in Jugoslawien tabuisierte Erinnerungsbereiche, die bis dahin nur im Privaten oder in der Emigration weitergegeben worden waren. Verbreitet war – selbst bei Serben – das Gefühl, daß die eigene Gruppe – wie in allen Bereichen der Gesellschaft, so auch in den symbolischen Repräsentationen von Geschichte – bisher zu kurz gekommen war. Einmal mehr schien sich selbst hierin die von allen Seiten in Anspruch genommene Rolle als „Opfer“ zu bestätigen<sup>20</sup>.

oder um Wackersdorf ging“, so *Gustav Seibt*, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 2. 1993; gegen Allzweckwaffen jetzt auch: *Jürgen Elsässer*, Mit Auschwitz lügen, in: Junge Welt vom 19. 12. 2002.

<sup>20</sup> Zur Virulenz der Opfer-Vorstellungen in der serbischen Gesellschaft vgl. *Holm Sundhaussen*, Die „Genozidnation“: serbische Kriegs- und Nachkriegsbilder, in: *Der Krieg in den Gründungsmythen europäischer Nationen und der USA*, hrsg. von *Nikolaus Buschmann*, *Dieter Langewiesche* (Frankfurt a. M., New York 2003) 351–371.

Die Aufarbeitung zeitgeschichtlicher Erfahrungen und das Recht, diese unabhängig von den Vorgaben der kommunistischen Diktatur zu deuten, wurden verständlicherweise als Inbegriff von Demokratisierung und wiedererlangter nationaler Souveränität erlebt. Problematisch war freilich, daß das dabei entstehende Deutungsvakuum mit Zuspitzung der politischen und militärischen Lage immer stärker durch selektive Anleihen bei nationalistisch geprägten Klassikern des 19. Jahrhunderts aufgefüllt wurde. Deren – ganz im Geist territorialer Machtpolitik verfaßte – Programme waren zwar im 20. Jahrhundert bereits verlustreich gescheitert, und aus ihrer neuerlichen Aneignung ließen sich, mangels Kompromißfähigkeit, keine Lösungsstrategien ableiten. Aber sie boten die Aussicht auf maximale Demütigung des Gegners – zuerst in der Phantasie, dann als Rhetorik und schließlich als Handlungsanleitung. In Erzählungen, populären Symbolen und Liedern vermittelt, fanden die zum Zweck der Tagespolitik aufbereiteten Versatzstücke der Ideologie von Vuk Karadžić, Ilija Garašanin, Nikola Pašić oder von Ante Starčević, Stjepan Radić und anderen in der Kriegspropaganda reiche Verwendung. Ihre Aufgabe war es, von vorneherein nicht intellektuell zu überzeugen, sondern durch Subjektivität und Exklusivität Kohärenz zu vermitteln. Bisweilen wurden ihre Inhalte in den Rang sozial unhinterfragbarer, ersatzreligiöser Kanons erhoben<sup>21</sup>.

Auch professionelle Historiker haben multiple Identitäten. Sie gehören nicht nur zu ihrer *scientific community*, sondern sind zugleich Mitglieder verschiedener sozialer Gebilde, darunter der Nation. Das ist unproblematisch, solange die verschiedenen Identitäten miteinander vereinbar sind. Wenn jedoch die wissenschaftliche und die nationale Identität zueinander in Konkurrenz treten, geraten die Betroffenen unter Druck, sich in der einen oder anderen Richtung zu entscheiden: entweder für die Wissenschaft oder für die Nation. Die Konkurrenzsituation kann sich aus den Erwartungen der Gesellschaft an die Historiker oder aus dem Bestreben der Historiker ergeben, ihre gesellschaftliche Deutungskompetenz bewahren oder neu installieren zu wollen. In der Regel wirken beide (*push-and-pull*-)Faktoren zusammen. Infolge von Verunsicherung und Orientierungslosigkeit wächst das Bedürfnis der Gesellschaft nach Erklärung und Sinngebung. Zugleich können viele Historiker der Versuchung nicht widerstehen, die gesellschaftliche Deutungshoheit (in Konkurrenz zu oder in Kooperation mit anderen Eliten) für sich zu reklamieren und in die Rolle von Priestern der Nation zu schlüpfen<sup>22</sup>. Beides war seit Mitte der 1980er Jahre im ehemaligen Jugoslawien zu beobachten.

<sup>21</sup> Jasna Dragović-Soso, 'Saviours of the Nation'. Serbia's Intellectual Opposition and the Revival of Nationalism (London 2002) 64 ff.; Holm Sundhaussen, Serbische Historiographie zwischen nationaler Legitimationswissenschaft und postnationalem Paradigmenwechsel, in: Österreichische Osthefte 44 (2002) 411–419.

<sup>22</sup> Olivera Milosavljević, Der Mißbrauch der Autorität der Wissenschaften, in: Serbiens Weg in den Krieg. Kollektive Erinnerung, nationale Formierung und ideologische Aufrüstung, hrsg. von Thomas Bremer, Nebojša Popov, Heinz Günter Stobbe (Berlin 1998) 159–182.

Da die Themen und Forderungen der Nationalismen an der Rezeption wiederentdeckter Klassiker orientiert waren, lag es nahe, die zwischennationalen Konflikte als zyklisches Wiederaufleben lang zurückreichender Antagonismen zu deuten. Solche Visionen vom geschichtlichen Schicksal nahmen den handelnden Akteuren die Arbeit ab, Zukunftsprogramme und neue, kreative Konfliktlösungen zu entwickeln. Die faktische Aufhebung der Trennung von Geschichte und Gegenwart gestattete es aber auch dem Publikum, sich im Chaos des Krieges wieder zurechtzufinden: An die Stelle der „neuen Unübersichtlichkeit“ mit ihren postmodernen Regimen, die gestützt waren auf collagenhafte Ideologien und widersprüchliche Allianzen, konnte so die Geschichte mit ihren (vermeintlich) eindeutigen Zuordnungen und Unterscheidbarkeiten treten. Damit ließ sich eine mythologische Beziehung zu Vätern und Vorvätern knüpfen, deren Tun nun aus dem Erleben der Gegenwart heraus *ex post* verständlich, ja gerechtfertigt und bestätigt zu sein schien, als ob sich durch die Wiederherstellung der magischen Autorität der Ahnen ein Gefühl der Sicherheit für die Gegenwart ableiten ließe.

Bemerkenswert ist, daß im Kontrast zu dieser öffentlichen Obsession mit Vergangenheit die Epoche des Kommunismus bis heute historisch wenig bearbeitet wurde, mit Ausnahme vielleicht der Machtergreifung 1945. In den Kriegen der 90er Jahre bestand auf allen Seiten ein ungeschriebenes Gesetz, eine die eigenen Reihen möglicherweise polarisierende Diskussion über diese Zeit um der nationalen Kohärenz willen zu vermeiden<sup>23</sup>. Nicht zuletzt spielten auch hier Rücksichten auf die früheren Funktionseliten eine Rolle, die angesichts des Krieges und des *brain-drains* der jungen Intelligenz weiterhin dringend gebraucht wurden. Hinzu kam – wie überall – der verklärte Blick auf die eigene Jugend der sechziger und siebziger Jahre, welche diese Zeit angesichts der Schrecken der postjugoslawischen Kriege in mildes Licht tauchte.

#### IV.

Die Versuchung, die Gegenwart der 1990er Jahre durch die Brille der Vergangenheit, also die historische Erfahrung, verstehen zu wollen, ist beileibe keine Besonderheit des Balkans. Dieses Muster ist auch im „Westen“ ausgesprochen weit verbreitet. Unsere These lautet, daß dies einer der Hauptgründe dafür ist, warum die Regime der 1990er Jahre in Ex-Jugoslawien immer noch keine befriedigende akademische Deutung gefunden haben. Dies blieb auch nicht ohne Folgen für das zuletzt wenig erfolgreiche und entschlossen wirkende internationale Krisenmanagement.

<sup>23</sup> In diesem Zusammenhang ist insbesondere das von Franjo Tuđman favorisierte Konzept der nationalen (kroatischen) Versöhnung (*pomirba*) zu erwähnen, vgl. *Maja Brkljačić, Holm Sundhaussen, Symbolwandel und symbolischer Wandel. Kroatiens „Erinnerungskulturen“*, in: *Osteuropa* 53 (2003) 944 ff.

Nicht wenige, gerade deutsche, Autoren bemühten sich, die Regime noch einmal im Sinn der „Alten Übersichtlichkeit“ zu deuten, eine Art Resteverwertung des begrifflichen und theoretischen Arsenalts vergangener Jahrzehnte. Offensichtlich dachte man sich, das, was „dort“ geschehe, sei nicht ein Aspekt der europäischen Gegenwart, sondern – je nach gusto – das Mittelalter, das 19. Jahrhundert oder der Zweite Weltkrieg. Einige sprachen von einem Religionskrieg, obwohl die Kirchenbindung in vielen Teilen Ex-Jugoslawiens 1990 eher schwächer war als etwa in Deutschland oder gar in den USA. Andere deuten das Milošević-Regime als nationalistisch im Sinn des deutschen Modells: Hajo Funke z. B. übertrug die Kategorien seiner Rechtsextremismusforschung direkt auf Milošević<sup>24</sup>. Pikanterweise operierte die Kriegspropaganda der jugoslawischen (!) Seite selbst mit jenen Bildern, die gutgläubige Aufklärer ihr entgegenstellen wollen. „Why can Mohammed, Petar and Ante not live together, but Janer, Conchita and Ivana can live together in New York City? [...] Especially since the differences among the first three are smaller than the differences among the second three.“<sup>25</sup> Eine Antwort auf diese Frage ist die mittlerweile flüchtige Ehefrau Miloševićs, Mira Marković, bis heute schuldig geblieben. Joschka Fischer wiederum meinte, „den Faschismus“ zu bekämpfen<sup>26</sup>, eine Einschätzung, die nur dadurch verständlich wird, daß niemand eine Analyse der Systempartei „Sozialistische Partei Serbiens-Jugoslawische Linke“ vorgelegt hatte. Es stellt sich die Frage: wenn die Generäle, die Vukovar zerstörten und Menschen ermordeten, Kommunisten und Jugoslawen und (noch) nicht „Ethnonationalisten“ gewesen wären (wofür einiges spricht)<sup>27</sup> – hätten sie dann rechtens gehandelt? Daß umgekehrt auch die Deutung des Regimes als „stalinistisch“ an jeder sozialen Realität vorbeiläuft, ist oben ausgeführt worden. Es ist offenbar schwierig, Herrschaftssysteme zu definieren, die sich auf Marx und die orthodoxe Kirche gleichermaßen berufen, dabei aber durchaus offen sind für Parteienpluralismus und die Einführung von privatem Fernsehen. Eine schlüssige Definition steht noch aus.

Ähnliches gilt für Kroatien: Der Ex-Partisan Tudman ist weder der Neo-Ustascha, den die Linke in ihm sehen möchte, noch der Christdemokrat, für den ihn

<sup>24</sup> Hajo Funke, *Alexander Rhotert*, Unter unseren Augen. Ethnische Reinheit: die Politik des Regimes Milosevic und die Rolle des Westens (Berlin 1999).

<sup>25</sup> Mira Marković, *Night and Day. A Diary* (Belgrad 1995) 88.

<sup>26</sup> Joschka Fischer, Milošević ist ein neuer Hitler, in: taz, 13. 4. 1999; vgl. dagegen: Alle geißeln Gysi. Kanzler Schröder wittert in PDS „fünfte Kolonne Belgrads“, in: Frankfurter Rundschau, 16. 4. 1999.

<sup>27</sup> „Der Sozialismus ist in Jugoslawien weder beendet worden noch in die Knie gegangen. Jugoslawien hat, obwohl zu einem hohen Preis, der ersten Welle der antikommunistischen Hysterie widerstanden [...] Unsere erste Aufgabe muß es sein, die Voraussetzungen für den Erhalt des Bundesstaats zu schaffen [...] Gleichzeitig wird dies eine bedeutende Niederlage für die nationalistisch-sezessionistische Politik und Praxis sein und jene Kräfte ermutigen, die für die Erhaltung und Entwicklung Jugoslawiens auf sozialistischen Grundlagen stehen.“ Savezni sekretarijat za narodnu odbranu: Komunizam nije mrtav. Informacija o aktuelnoj situaciji u svetu i našoj zemlji i neposrednim zadacima JNA, in: Vjesnik vom 31. 1. 1990; ausführlich dazu Branka Magas, *The Generals Manifesto*, in: *dies.*, *The Destruction of Yugoslavia* (London 1993) 266–274.

deutsche Konservative anfangs hielten. Wahr ist zwar, daß Tuđman versuchte, den „Unabhängigen Staat Kroatien“ als Staat zu entschuldigen, daß er aber gleichwohl aus seiner sehr persönlichen Bewunderung für Tito nie einen Hehl machte: Einer der größten Plätze Zagrebs hieß, allen sonstigen Umbenennungen zum Trotz, Marschall Tito-Platz; nebenan war der Roosevelt-Platz, ein paar Straßen weiter wurde der Platz der Opfer des Faschismus in Platz der Kroatischen Großen umbenannt. Gewiß fanden sich Verlage, die die Werke Ante Pavelićs neu herausbrachten, aber bei offiziellen Paraden ließ Tuđman die Fahnen der kroatischen Partisaneneinheiten (mit Stern!) noch einmal an sich vorbeidefilieren. Es ist unwahr, daß in Kroatien das „faschistische Wappen“ wiedereingeführt wurde. Es ist frei erfunden, daß Tuđman mit „poglavar“ betitelt wurde (Spiegel), und eine ihm häufig zugeschriebene antisemitische Äußerung konnte nie belegt werden. Wahr ist, daß sein Buch „Bespuća povijesne zbiljnosti“ (Irrwege der Geschichtswirklichkeit) Passagen enthält, die sich als Beschönigung des kroatischen Faschismus verstehen lassen – Holocaust-revisionistisch ist es jedoch nicht<sup>28</sup>. Warum aber reicht es nicht einfach aus, daß Tuđman einen autoritären Regierungsstil praktizierte, daß er Menschenrechtsverletzungen duldete, die serbische Minderheit vertrieb und Krieg gegen Bosnien führte?

Die Vergeschichtlichung der Gegenwart und die postmoderne Mixtur aus historischen Mythen und Elementen des ausgehenden 20. Jahrhunderts haben sowohl in Kroatien wie in Serbien (und anderen Regionen des ehemaligen Jugoslawien) nicht nur skurrile Ergebnisse gezeitigt, sondern auch fatale Aktionsmuster produziert. Große Teile der Bevölkerung waren Anfang der 1990er Jahre überzeugt, sie müßten die Schlachten des Zweiten Weltkriegs (und früherer Jahrhunderte) noch einmal schlagen und könnten deren Ergebnisse korrigieren. Die *vox populi* orientierte sich an Kategorien der Vergangenheit und verspernte sich den Blick auf Gegenwart und Zukunft<sup>29</sup>. Zu den Aufgaben der Nachkriegsperiode gehört es, die zeitlose Zeit wieder dorthin zu verweisen, wo sie hingehört: in Mythos und Religion. Und die Historiker sollten sich wieder auf die Zeit-Raum-Koordinaten besinnen und der „postmodernen“ Jongliererei und Beliebigkeit ein Ende bereiten.

<sup>28</sup> Vgl. Holm Sundhaussen, Das „Wiedererwachen der Geschichte“ und die Juden: Antisemitismus im ehem. Jugoslawien, in: Juden u. Antisemitismus im östlichen Europa, hrsg. von Mariana Hausleitner, Monika Katz (Berlin 1995) 73–91.

<sup>29</sup> Vgl. Ivan Čolović, Bordell der Krieger. Folklore, Politik und Krieg (Osnabrück 1994).



*Markus Wien*

## Die bulgarische Monarchie: Politisch motivierte Revision eines Geschichtsbildes in der Transformationsgesellschaft

Das vorsozialistische Bulgarien, das als Nationalstaat neuzeitlicher Prägung im Jahre 1878 als Folge des vorausgegangenen russisch-türkischen Krieges gegründet worden war, hatte von Beginn an eine monarchische Staatsform und behielt diese unter gewissen Veränderungen bis 1946 bei. Der erste Bruch ereignete sich bereits 1886 in Form eines Wechsels der Dynastie, als Fürst Alexander v. Battenberg nach dem bulgarisch-serbischen Krieg die außenpolitische Unterstützung Rußlands verlor und unter dem Druck des Zarenreiches abdanken mußte. Ihm folgte das Haus von Sachsen, Coburg und Gotha, das bis 1946 drei Monarchen stellte: Ferdinand I. (1886–1918), Boris III. (1918–1943) und für kurze Zeit den minderjährigen Simeon II. (1943–1946). Die zweite bedeutsame Veränderung vollzog sich 1908 mit der endgültigen Abschüttelung der osmanischen Tributhoheit und der Erhebung des bisherigen Fürstentums Bulgarien zum Zarenreich – Ferdinand hieß fortan „Zar der Bulgaren“. Dies blieb bis 1946 der offizielle Titel des Staatsoberhauptes, wenn auch nach dem 9. September 1944 die Kommunisten das Land beherrschten und die Monarchie mit dem kleinen, durch einen dreiköpfigen Regentenrat vertretenen Simeon bis 1946 im Grunde nur noch eine Institution „in Abwicklung“ war. Ihre endgültige Abschaffung erfolgte am 8. September 1946 durch ein manipuliertes Referendum, das Bulgarien in eine „Volksrepublik“ umwandelte. Simeon mußte mit seinem Gefolge das Land verlassen, dankte jedoch nicht formell ab, sondern führte als Exilmonarch seinen Herrschertitel weiter<sup>1</sup>.

In den Jahren des Sozialismus bis 1989 war allerdings an eine Rückkehr in seine Heimat nicht zu denken – von der Übernahme der Funktionen eines Staatsoberhauptes ganz zu schweigen. Zu eindeutig lehnten die Kommunisten die Monarchie als reaktionär und feudalistisch ab und damit auch ihre Repräsentanten. Dementsprechend war ihnen daran gelegen, in der Öffentlichkeit jede Form der positiven Erinnerung daran zu verhindern, indem sie ein Geschichtsbild der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erzeugten, das die Monarchie als Ursache oder

<sup>1</sup> Allgemein zur bulgarischen Geschichte vgl. u. a. *R. J. Crampton*, *Historical Foundations*, in: *K.-D. Grothusen* (Hrsg.), *Südosteuropa-Handbuch*, Bd. VI. Bulgarien (Göttingen 1990) 27–55.

zumindest als wichtige Voraussetzung für alle negativen Entwicklungen in Bulgarien seit 1878 darstellte. Griffige Bezeichnungen, wie etwa „Abenteurerium“ für die Beteiligung Bulgariens an den Balkankriegen und dem Ersten Weltkrieg unter Zar Ferdinand oder „Monarchofaschismus“ für die autoritäre Regierungsform zur Zeit Boris' III., wurden gewählt, um die Epoche vor 1944 als eine dunkle, aber überwundene Vergangenheit im Bewußtsein der Menschen zu verankern<sup>2</sup>.

Nach der „Wende“ 1989/90 und der Beseitigung des kommunistischen Meinungsmonopols ergab sich relativ unvermittelt die Möglichkeit einer historischen Neubewertung der bulgarischen Monarchie. Vor allem Journalisten und populär- bis pseudowissenschaftlich arbeitende Autoren setzten sich an die Spitze einer Bewegung, die die Monarchie gelegentlich verklärte, auf jeden Fall aber als positives Gegenbild zur Ein-Partei-Diktatur der sozialistischen Zeit präsentierte. Zu Beginn der 90er Jahre war dies in erster Linie Ausdruck des Gebrauchs der neuen Meinungsfreiheit und weniger einer politischen Gesinnung. Folge davon war allerdings, daß die Geschichtswissenschaft innerhalb dieses Meinungsbildungsprozesses ins Hintertreffen geriet, hatten doch die meisten ihrer Vertreter jahrelang selbst zur Formung des von der Staatsführung gewünschten negativen Bildes von der Monarchie beigetragen<sup>3</sup>. Auch eine Bewegung zur Wiedereinführung der Monarchie bildete sich in Bulgarien in Form einer Partei. Sie blieb allerdings ohne nennenswerten politischen Einfluß; die einzige politische Entscheidung in ihrem Sinne war Mitte der 90er Jahre die Wiedereinführung des königlichen Staatswappens<sup>4</sup>.



<sup>2</sup> Vgl. B. Koen, Die monarchofaschistische Oberschicht, Hitlerdeutschland und die Judenfrage, in: Bulgarische Akademie der Wissenschaften. Institut für Geschichte (Hrsg.), Bulgarisch-deutsche Beziehungen und Verbindungen. Bd. 4 (Sofia 1989) 20–41, hier 20–22.

<sup>3</sup> Vorreiter dieser außerakademischen Historiographie sind etwa der medienpräzente Autor Božidar Dimitrov sowie das Verlagshaus „TANGRA TanNakRa“, nach einer proto-bulgarischen Gottheit benannt. Vgl. zur bulgarischen „Para-Historiographie“ I. Iliev, On the history of inventing Bulgarian history, IWM Working Paper 5 (Wien 2000) 13.

<sup>4</sup> Zur Partei: ><http://www.ewis.de/bgppart.html><, vgl. auch [www.election.bg](http://www.election.bg), Staatswappen: vgl. ><http://flagspot.net/flags/bg.html><.

Auftrieb erhielt die monarchische Bewegung allerdings ab 1996 durch die wiederholten Besuche, die Simeon II. von seinem spanischen Exil aus dem Lande abstattete. Eine politische Perspektive eröffnete sich ihm allerdings erst um die Jahrtausendwende, als sich in Bulgarien zunehmend Enttäuschung über alle etablierten Parteien und deren Repräsentanten breit machte und man nach völlig neuen Kräften zu suchen begann. Diejenigen, die in dieser Situation für die Wiedereinführung der Monarchie eintraten, verkannten allerdings gänzlich, daß diese Staatsform zumindest dort, wo sie in Europa noch existierte, durch und durch parlamentarisiert war, daß also die gekrönten Staatsoberhäupter keinerlei politische Macht, sondern nur repräsentative Funktionen ausübten. Die Rückkehr eines Zaren, der aktiv in die Politik eingegriffen hätte, wäre also nur um den Preis der Demokratie und damit der angestrebten Integration in die euro-atlantischen Strukturen möglich gewesen. Eine parlamentarische Monarchie hätte hingegen wider den Erwartungen ihrer Anhänger eine Veränderung der politischen Landschaft nicht notwendigerweise herbeigeführt<sup>5</sup>.

Ohnehin hat sich hierfür in Bulgarien bis heute keine Mehrheit gefunden. Simeon gelang es aber, im Volk so viele Sympathien für sich zu wecken, daß er im Frühjahr 2001 den Schritt auf die politische Bühne des Landes wagen konnte: Er nahm an den Parlamentswahlen vom 17. Juni des Jahres teil und errang mit rund 43 Prozent, die auf seine „Nationale Bewegung Simeon II.“ (NDSV) entfielen, einen überwältigenden Wahlsieg. Paradoxerweise war er nun gezwungen, Ministerpräsident zu werden, also ein republikanisches Staatsamt anzunehmen – dabei ist nicht anzunehmen, daß er dies aktiv angestrebt hat, da er noch nach den Wahlen lange zögerte, bevor er sich zu diesem Schritt entschloß. Denn nun stand er, der als Zar nie abgedankt hatte, in der protokollarischen Hierarchie unter dem Staatspräsidenten, dessen Stellvertreter und dem Parlamentspräsidenten<sup>6</sup>.

Trotzdem wäre sein Wahlerfolg kaum erklärbar gewesen, wenn sich nicht die Einstellung der bulgarischen Öffentlichkeit zur Monarchie seit 1989 grundlegend verändert hätte – auch wenn noch eine Reihe anderer Gründe für seine Wahl eine Rolle gespielt hat. Diese Einstellung, die in Simeon ihren lebendigen Kristallisationspunkt gefunden hat, bezieht sich allerdings beim Rückblick auf die vorsozialistische Zeit in erster Linie auf die Persönlichkeiten der Monarchen und weniger auf die Institution der Monarchie als solche, d.h. auf ihre verfassungsrechtliche Bedeutung. Dies gilt nicht nur seit 1989, sondern galt im allgemeinen auch schon davor.

<sup>5</sup> M. Wien, „Ab heute ist Bulgarien nicht mehr dasselbe Land“. Die Parlamentswahlen vom 17. Juni 2001, in: Südosteuropa. Zeitschrift für Gegenwartsforschung 4 (2001) 13–32, hier 13.

<sup>6</sup> Ebd.

## I. „Abenteurertum“ und „Monarchofaschismus“

Auf dem Gebiet der historischen Einordnung und Bewertung der bulgarischen Monarchie äußerte sich die sozialistische Geschichtsforschung des Landes am prononciertesten zur Regierungszeit und zur Person Boris' III. Seine Vorgänger auf dem Thron fanden dagegen vergleichsweise wenig Beachtung, am wenigsten der erste Fürst von Bulgarien, Alexander von Battenberg. Die stets auch aus einem national-bulgarischen Blickwinkel urteilende offizielle Historiographie konnte allerdings nicht umhin, ihm wegen der unter seiner Regentschaft vollzogenen Vereinigung Ostrumeliens mit dem Fürstentum 1885 im Zuge des bulgarisch-serbischen Krieges immerhin auch ein gewisses Maß an Anerkennung entgegen zu bringen. Seine fortgesetzten Versuche zur Aushöhlung der von ihm von Beginn an innerlich abgelehnten, in der Verfassung von Tärnovo festgeschriebenen parlamentarisch-demokratischen Staatsform, die in der Suspendierung der Verfassung zwischen 1881 und 1883 gipfelten, brachten ihm jedoch nach 1944 insgesamt den Ruf eines reaktionären, feudalistisch eingestellten Autokraten ein<sup>7</sup>. Allerdings wird dieses Urteil von der postsozialistischen Geschichtsschreibung auch heute noch weitgehend geteilt, wobei nun aber seine nationalpolitischen Erfolge im Vordergrund stehen. Das Scheitern seines autokratischen innenpolitischen Kurses wird hingegen in erster Linie als Ausdruck des demokratischen Widerstandsgeistes des bulgarischen Volkes angesehen<sup>8</sup>. Immerhin aber wird Fürst Alexander heute insoweit als „positive“ Gestalt in der modernen bulgarischen Geschichte gewürdigt, als beispielsweise der Sofioter Alexander-von-Battenberg-Platz vor dem ehemaligen Königsschloß seinen alten Namen zurück erhalten hat. Hier zeigt sich indes das bereits erwähnte Phänomen einer Rückbesinnung auf historische Überlieferungen, das zunächst weniger auf einer bewußten Hinwendung zu denselben beruhte, als vielmehr auf dem Bestreben, sich möglichst vieler Spuren der jüngsten kommunistischen Vergangenheit zu entledigen<sup>9</sup>.

Als im Endergebnis gescheiterter Monarch ist Zar Ferdinand sowohl in die sozialistische als auch in die postsozialistische Historiographie wie auch in das öffentliche Geschichtsbewußtsein eingegangen<sup>10</sup>. Der entscheidende Grund dafür ist naheliegenderweise die Niederlage Bulgariens im Ersten Weltkrieg, die die Abdankung Ferdinands und seine Rückkehr an den deutschen Stammsitz seines Geschlechts zur Folge hatte. Zwar schlug für ihn positiv zu Buche, daß unter seiner Regentschaft Bulgarien die vollständige staatliche Souveränität erlangte, indem es sich im Zuge der Jungtürkischen Revolution von den Tributzahlungen an

<sup>7</sup> Vgl. hierzu: *J. Geševa*, Režimät na pälnoštijata (1881–1881) – svoeobrazna forma na upravljenie na dăržavata, in: *Bălgarska akademija na naukite. Institut po istorija* (Hrsg.), 120 godini izpălnitelna vlast v Bălgarija. Konferenzband (Sofia 1999) 91–103.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> Zuvor hieß er „Platz des 9. September“ nach dem Datum der kommunistischen Machtübernahme 1944, vgl. >[www.sofiaecho.com/sofsight05.php](http://www.sofiaecho.com/sofsight05.php)<.

<sup>10</sup> *Bulgaria.com*. Außerdem: *M. Petrov*, Nacionalnijat văpros v politikata na bălgarskite pravitelstva (1879–1919), in: 120 godini 128–147.

Konstantinopel befreite und zum Zarenreich avancierte, den größten Posten in Ferdinands Regierungsbilanz nimmt jedoch die letztlich in der „nationalen Katastrophe“ resultierende Teilnahme Bulgariens an den drei Kriegen zwischen 1912 und 1918 ein<sup>11</sup>. Herrscht über den „katastrophalen“ Charakter dieses Geschehens und der ihm zugrunde liegenden politischen Entscheidungen allgemeine Einigkeit, so sind bezüglich der Bewertung ihrer Motive durchaus Wandlungen im Rahmen des Systemwechsels nach 1989 festzustellen. Politisches und militärisches „Abenteurertum“ wird Ferdinand in diesem Zusammenhang von der sozialistischen Historiographie zum Vorwurf gemacht. Entsprechend den grundlegenden marxistischen Bewertungsmustern wird dahingehend argumentiert, daß der Monarch, im Dienste bürgerlicher Klasseninteressen stehend, versucht habe, mittels des Krieges die inneren Widersprüche des Kapitalismus zu überdecken, das werktätige Volk zu disziplinieren und den Internationalismus der Proletarier zu unterdrücken, indem er sie gegen ihre Klassengenossen in anderen Ländern hetzte. Insgesamt habe das Regime Ferdinands sich zum Erfüllungsgehilfen kapitalistischer und, durch das Bündnis mit den Mittelmächten, auch imperialistischer Zielsetzungen gemacht und somit den Interessen des „Volkes“ zuwidergehandelt<sup>12</sup>.

Seit dem Ende der kommunistischen Herrschaft in Bulgarien sind Tendenzen zu einer differenzierteren Beurteilung des Ferdinandschen Regiments spürbar. Besonders für seine jeweiligen Entscheidungen zur Teilnahme an den drei Kriegen bringen sowohl wissenschaftliche Geschichtsforschung als auch Publizistik zunehmend Verständnis auf. Rückgriffe auf Bewertungsmuster, die noch aus der Zwischenkriegszeit stammen, sind vielfach kennzeichnend für diese Strömungen. Ein prominentes Beispiel hierfür ist etwa der eindeutig nationalistisch eingestellte Autor Božidar Dimitrov, dessen Werke in der bulgarischen Öffentlichkeit weite Verbreitung finden und daher auch einen nicht unerheblichen Einfluß auf das Geschichtsbild des breiten Publikums haben. Auch zahlreiche Auftritte im Fernsehen tragen zur Popularität Dimitrovs bei. Seiner Terminologie zufolge handelt es sich bei den Balkankriegen und dem Ersten Weltkrieg nicht mehr um militärische Abenteuer zur Durchsetzung von Klasseninteressen, sondern um nationale Einigungskriege, die diejenigen Bulgaren, die noch unter fremder, d.h. osmanischer Herrschaft standen, in den Schoß des Mutterlandes führen sollten. Dies sei eine Frage der nationalen Ehre gewesen. Dementsprechend hätten die bulgarischen Soldaten im Gefühl der Pflichterfüllung für die Freiheit ihrer Nation die Hauptlast des Krieges getragen, während ihre Verbündeten – Serben und Griechen – vor allem Makedonien ohne größere Anstrengungen besetzt hätten. Der einzige Vorwurf, den Dimitrov in diesem Zusammenhang Zar Ferdinand macht, ist der diplomatischer Ungeschicklichkeit. Prinzipiell seien Serbien und Griechenland aufgrund ihrer Ansprüche in Makedonien, das bulgarisch besiedelt gewesen sei, 1912

<sup>11</sup> Ebd. Zur vollständigen Unabhängigkeit: C. Todorova, Die europäische Diplomatie und die Erklärung der Unabhängigkeit Bulgariens im Jahre 1908, in: Bulgarisch-deutsche Beziehungen, Bd. 4, 127–152.

<sup>12</sup> Vgl. z.B. G. Markov, Germanija i učastieto na Bălgarija v balkanskite vojni (1912–1913), in: Bulgarisch-deutsche Beziehungen, Bd. 4, 153–180.

die falschen Verbündeten zu seiner Befreiung gewesen, und nach dem Ersten Balkankrieg hätte man die Spannungen zwischen beiden diplomatisch nützen müssen. Statt dessen habe Ferdinand zu kompromißlos auf Konfrontation zur Befriedigung seiner Ansprüche auf Makedonien gesetzt und dadurch die hinterhältige Strategie Rumäniens und der Türkei ermöglicht. Die Teilnahme am Ersten Weltkrieg sei dann als Kompensationsmaßnahme die logische Konsequenz aus dem verlorenen Zweiten Balkankrieg gewesen. Diesen Gesamtzusammenhang, die „nationalen Einigungskriege“, betrachtet Dimitrov zusammenfassend als legitimen Ausdruck des Strebens Ferdinands nach der Erfüllung seiner nationalen bulgarischen Mission zur Vereinigung aller vermeintlich ethnischen Bulgaren in einem Staate. Getrübt wird das Bild des Monarchen in dieser Geschichtsauffassung, die als charakteristisch für weite Teile der interessierten Öffentlichkeit gelten darf, also weniger durch eine prinzipielle Ablehnung seiner Politik und des Krieges als Mittel derselben, als vielmehr durch die Kritik an seinen „handwerklichen“ Fehlern<sup>13</sup>.

Die stärkste Präsenz aller bulgarischen Monarchen im öffentlichen Geschichtsbewußtsein des Landes hat indes Zar Boris III. Seine Person wird am intensivsten mit dem Gedanken der Monarchie in Verbindung gebracht, d. h. die meisten Diskussionen um den Wert dieser Staatsform bewegen sich weniger auf einer allgemeinen bzw. abstrakten oder gar staatsphilosophischen Ebene; vielmehr wird vorwiegend anhand der konkreten Politik des Zaren erörtert, ob die Monarchie für Bulgarien Fluch oder Segen gewesen sei und – im Falle ihrer Wiedereinführung – erneut sein könnte.

Im Mittelpunkt des historischen Interesses an Boris stand sowohl vor als auch nach 1989 das letzte Drittel seiner Regierungszeit, also die Jahre von 1935 bis zu seinem unerwarteten Tode 1943. Während dieser Periode nahm der Zar in autoritärer Weise persönlich Einfluß auf die Politik und kann daher für alle wichtigen Entscheidungen direkt verantwortlich gemacht werden. Eine besondere Bedeutung erhält dieser Sachverhalt dadurch, daß in jene Jahre der Zweite Weltkrieg fiel, wodurch Bulgarien und damit Boris III. gezwungen war, grundlegende Entschlüsse nicht nur über die außenpolitische Orientierung, sondern auch über die innere Gestaltung des Landes zu treffen<sup>14</sup>.

Aufgrund der 1935 eingeführten monarchisch-autoritären Regierungsweise, für die sich der Zar in seiner Unzufriedenheit mit der ein Jahr zuvor durch einen Militärputsch an die Macht gekommenen „Zveno“-Regierung entschieden hatte,

<sup>13</sup> B. Dimitrov, Bulgaria in the wars for national unification, in: >[www.bulgaria.com/history/wars.html](http://www.bulgaria.com/history/wars.html)<.

<sup>14</sup> N. Poppetrov, Autoritarismus und Autoritäres Regime in Bulgarien, in: E. Oberländer, R. Jaworski u. a. (Hrsg.), Autoritäre Regime in Ostmitteleuropa 1919–1944 (Mainz 1995) 181–195, hier 195; M. Wien, Antisemitismus in Bulgarien im Spiegel der Parlamentsdebatten zum „Gesetz zum Schutze der Nation“ 1940 (Magisterarbeit München 1999); V. Migeu, Formirane na koncepcijata za parlamentarnija model na bälgarskata monarchofašistka dăržava (1937–1938), in: Bälgarska Akademija na Naukite. Institut po istorija (Hrsg.), Obštestvenopolitičeskijaz život na Bälgarija 1878–1944 (= Izsledvanija po bälgarska istorija 10, Sofia 1990) 289–326.

sowie aufgrund des 1941 offiziell besiegelten Bündnisses mit Hitler-Deutschland, erhielt diese Periode der bulgarischen Geschichte von der sozialistischen Historiographie das unmißverständliche Etikett „monarcho-faschistisch“<sup>15</sup>. Dabei war es zumeist diese außenpolitische Nähe zu Deutschland in Verbindung mit einzelnen strukturellen Ähnlichkeiten im inneren Gefüge beider Staaten, die als argumentative Stütze für diese plakative Bezeichnung diente. Diese erleichterte es der bulgarischen Geschichtsschreibung vor 1989 wiederum, das Regiment des Zaren Boris in ihre ideologisch vorgegebenen Interpretationsmuster einzuordnen. Erst die Charakterisierung des Systems als „faschistisch“ lieferte das nötige Feindbild, das die oppositionelle Untergrundtätigkeit der kommunistisch dominierten „Vaterländischen Front“ während des Krieges als „antifaschistisch“ legitimierte<sup>16</sup>. Zugleich wurden in bisweilen paradoxer Weise die Momente, in denen sich das Regime als inkonsequent oder auch konzilient erwies, als Erfolge dieses Widerstandskampfes reklamiert, wodurch das Faschismus-Argument eine wohl eher ungewollte Aufweichung erfuhr. Denn ein Regime als „faschistisch“ und zugleich stellenweise „nachgiebig“ zu bezeichnen, erscheint wenn nicht als Paradoxie, so doch zumindest als Eingeständnis gravierender Unterschiede zu einem System wie dem deutschen Nationalsozialismus.

Einer dieser Momente der Nachgiebigkeit steht heute wie vor 1989 in der Diskussion um die bulgarische Monarchie unangefochten im Zentrum der Aufmerksamkeit: das Überleben der ca. 48 000 bulgarischen Juden während des Zweiten Weltkrieges. Da über die positive Bewertung dieser Tatsache, die aufgrund des damaligen bulgarisch-deutschen Bündnisses vielfach Erstaunen hervorgerufen hat, ein Dissens kaum möglich ist, verlegte sich die Debatte von Anfang an auf die Frage, wer sich dieses Verdienst erworben hat, wobei vor 1989 ein freier Diskurs darüber praktisch nicht stattfinden konnte<sup>17</sup>. Die herrschende KP nahm die „Errettung“ der Juden als Leistung für sich in Anspruch; unter ihrer Führung habe das bulgarische Volk den Zaren gezwungen, die bereits im Anlaufen befindlichen Deportationsmaßnahmen im März 1943 zu stoppen. Boris nimmt in diesem Szenario die Rolle des Erfüllungsgehilfen der deutschen Nationalsozialisten und der bulgarischen „monarchofaschistischen Oberschicht“ ein, die Kommunisten, deren Vorsitzender in Bulgarien damals Todor Živkov war, die Rolle der wahren Vertreter des Volkes und der Erretter der Juden<sup>18</sup>.

Bemerkenswert an der Entwicklung des Diskurses über das Schicksal der bulgarischen Juden während des Zweiten Weltkrieges ist, daß er auch nach 1989 nicht wesentlich differenzierter geführt wurde als zuvor. Im Zuge der allgemeinen Po-

<sup>15</sup> *Migeu*, Formirane; *Poppetrov*, Autoritarismus; Gelegentlich setzt die sozialistische Historiographie den Beginn der „monarcho-faschistischen“ Periode bereits mit dem Sturz der Regierung Stambolijski im Jahre 1923 an. Vgl. *Koen*, Die monarchofaschistische.

<sup>16</sup> *Migeu*, Formirane.

<sup>17</sup> Vgl. dazu *I. Dimitrov*, The Main Factor of the Salvation of the Bulgarian Jews, in: Jahrbuch der jüdischen Kulturorganisation in Bulgarien 24 (Sofia 1989) 242. Außerdem: *M. Wien*, Antisemitismus 1.

<sup>18</sup> Ebd.

larisierung des politischen Lebens wurde die Antwort auf die Frage nach dem Verdienst am Überleben der Juden zum Bekenntnis der Zugehörigkeit zu einem der beiden politischen Lager – dem „roten“, sozialistischen oder dem „blauen“ der oppositionellen Sammlungsbewegung „Union der demokratischen Kräfte“ (UDK). Die Angehörigen und Sympathisanten des blauen Lagers setzten der bisher gültigen These von der kommunistischen Führung im Kampf gegen die Deportation der Juden entgegen, daß es eigentlich Zar Boris selbst gewesen sei, der sie vor den Vernichtungslagern im deutsch besetzten Polen bewahrt habe<sup>19</sup>. Im Gefolge dieser Argumentation, die wiederum lediglich um die personalisierte Frage kreiste, wer der Retter gewesen sei, und nicht, welche Umstände und objektiven Faktoren diese Errettung ermöglichten, setzte eine umfassende Neu-Bewertung der Politik des Monarchen ein. Auch hier nahmen Journalismus, Publizistik und Populärwissenschaft die Vorreiterrolle ein, wobei es ohnehin scheint, daß die Grenzen zur „akademischen“ Geschichtswissenschaft während der 90er Jahre sowohl personell als auch qualitativ verschwammen<sup>20</sup>.

Boris wurde nun vom faschistischen Unterdrücker der Interessen des Volkes zum fürsorglichen Landesvater, der es nicht nur geschafft habe, „seine“ Juden vor deutschem Zugriff zu schützen, sondern auch, seinem Land die Teilnahme am Feldzug gegen die Sowjetunion zu ersparen. In der neuen Diktion erscheint der Monarch nicht mehr als gewissenloser Außenpolitiker, der das Bündnis mit den deutschen Gesinnungsgenossen unter Verrat der eigenen nationalen Belange gesucht habe, sondern vielmehr als gewiefter Taktiker, als „Fuchs“, wie er gelegentlich sogar betitelt wird, der aus der Kooperation mit NS-Deutschland angesichts ihrer Alternativlosigkeit das Beste gemacht habe<sup>21</sup>. Für Momente, die sein Bild als Retter der Juden eigentlich trüben müßten, sind relativ schnell entschuldigende Erklärungen gefunden worden. So wurde angesichts der Tatsache, daß im März 1943 aus den bulgarisch besetzten thrakischen und makedonischen Gebieten rund 11 000 Juden in die Vernichtungslager deportiert wurden, geltend gemacht, daß diese Territorien zu diesem Zeitpunkt eben nur besetzt und bulgarisch verwaltet, aber nicht formell annektiert gewesen seien und daß demzufolge eigentlich nur die deutschen Behörden dort den Gang der Dinge bestimmt hätten. Zar Boris habe also gar nichts gegen die Deportation tun können<sup>22</sup>. Diese Argumentation geht indes darüber hinweg, daß sich das bulgarische „Kommissariat für Judenfragen“

<sup>19</sup> Ebd.

<sup>20</sup> Ebd. 1 f., 146. Zur These von der Rettung der Juden durch die Kommunisten vgl. das Jahrbuch der jüdischen Kulturorganisation in Bulgarien vor 1990. Die Auffassung, Zar Boris habe die Juden gerettet, fand vor allem nach der Wende des 10. November 1989 in Bulgarien Anklang. So zum Beispiel bei H. *Bojadžiev*, *Spasjavaneto na bălgarskite evrei prez Vtorata svetovna vojna* (Sofia 1991).

<sup>21</sup> Ebd. Vgl. außerdem G. *Nissim*, *Der Mann der Hitler stoppte* (Berlin 2000). Zwar handelt es sich bei Nissim nicht um einen bulgarischen Autor, sondern um einen Italiener. Als das Buch aber 1998 in der bulgarischen Übersetzung erschien, wurde er in Sofia mit dem Orden „Reiter von Madara“ ausgezeichnet, der Ausländern verliehen wird, die sich um Bulgarien verdient gemacht haben.

<sup>22</sup> *Demokracija*, Online-Ausgabe, 20. 7. 2000.



unter Aleksandăr Belev und damit der Monarch als politisch Verantwortlicher zuvor mit den Vertretern des Reichssicherheitshauptamtes, an ihrer Spitze Theodor Dannecker, über die Modalitäten der Aktion geeinigt hatte und daß bulgarische Polizisten und Soldaten an ihrer Durchführung beteiligt waren. Die politische Führung Bulgariens muß also zumindest als Erfüllungsgehilfe für die Ermordung von 11 000 thrakischen und makedonischen Juden betrachtet werden<sup>23</sup>.

In ähnlicher Weise wird versucht, den Zaren von der Verantwortung für die vorausgegangene antijüdische Gesetzgebung zu befreien. Das „Gesetz zum Schutze der Nation“, das die Juden Bulgariens analog den Nürnberger Rassengesetzen aus den meisten Bereichen des öffentlichen Lebens ausschloß und vom Monarchen im Januar 1941 unterzeichnet und verkündet worden war, wird als reine Reaktion auf deutschen außenpolitischen Druck interpretiert, so als ob ohne seine Verabschiedung automatisch ein deutscher Einmarsch erfolgt wäre<sup>24</sup>.

Im Gegenzug wird die außenpolitische Geschicklichkeit des Zaren gelobt. In einer überwiegend pragmatischen Sichtweise, die rein erfolgsorientiert argumentiert, sich moralischer Wertungen weitgehend enthält und sich überdies die Maßstäbe des traditionellen bulgarischen Nationalgedankens zueigen macht, gelten nicht nur das Heraushalten Bulgariens aus dem Überfall auf die UdSSR, sondern auch die mit Hilfe Hitlers – wenn auch mit Ausnahme der Süd-Dobrudža nur vorübergehend – erreichte Gewinnung für Bulgarien reklamierter Gebiete als Aktiva in der Regierungsbilanz Boris' III. Seine Schläue, sein Lavieren gegenüber Deutschland, das sowohl in außenpolitischen Vorteilen als auch in der Verhinderung der Auslieferung von 48 000 bulgarischen Juden resultierte, prägen in der Hauptsache das insgesamt positive Bild, das die heutige bulgarische Gesellschaft von ihrem eigentlich letzten Monarchen hat. Die zweifellos vorhandenen faschistoiden Elemente seines Regimes, die das Urteil der Kommunisten über ihn bestimmten, finden dagegen kaum mehr Beachtung<sup>25</sup>.

Dabei geht es in diesem Zusammenhang nicht nur um eine Neubewertung der monarchischen Staatsform anhand ihrer wichtigsten Vertreter; als Motiv kommt außerdem die Suche nach einer nationalen Identifikationsfigur hinzu. Boris wird also auf diese Weise nicht nur zum personifizierten Beweis, daß eine Monarchie auch Gutes bewirken kann, er wird darüber hinaus zur Verkörperung des guten, vorsozialistischen Bulgariens schlechthin und damit auch zu einem historischen Ansatzpunkt für die „Rückkehr“ des Landes in seine Geschichte nach 45 Jahren Sozialismus. Zur Aufrechterhaltung dieses Bildes, das in weiten Teilen der bulgarischen Öffentlichkeit zur Vorstellung von nationaler Würde gehört, ist es notwendig, die beschriebene Idealisierung der Person des Zaren zu einer unumstößlichen Gewissheit zu machen, zum Allgemeingut patriotischer Gesinnung. Im Sommer des Jahres 2000 war dieser Prozeß offenbar schon so weit fortgeschritten,

<sup>23</sup> Wien, Antisemitismus 146–154.

<sup>24</sup> Ebd. 29–33. Vgl. hierzu außerdem H.-J. Hoppe, Bulgarien – Hitlers eigenwilliger Verbündeter. Eine Fallstudie zur nationalsozialistischen Südosteuropapolitik (Stuttgart 1979).

<sup>25</sup> Poppetov, Autoritarismus und B. Dimitrov, Bulgaria in the interim between bourgeois democracy and fascism, in: >[www.bulgaria.com/history/bulgaria/interim.html](http://www.bulgaria.com/history/bulgaria/interim.html)<.

daß das Bild, das die Öffentlichkeit von Boris III. hatte, politisch entscheidungsrelevant geworden war. Denn zu dieser Zeit wurde in der israelischen Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem beschlossen, die Tafel, die im „Wald der Gerechten“ den Zaren als Retter der bulgarischen Juden ehrte, zu entfernen und durch eine allgemeinere, der Nation als ganzer gewidmeten zu ersetzen. Ein Sturm der Entrüstung brach in der politischen Öffentlichkeit, und zwar vor allem im „blauen“ Lager, los. Man faßte die Entfernung der Tafel so auf, als würde nun Bulgarien insgesamt das Verdienst der Errettung bestritten. Die Empörung steigerte sich noch, als der sozialistische Vizeparlamentspräsident Blagovest Sendov seine Zustimmung zu dieser Aktion verkündete. Hierauf warf man ihm, vor allem auch aufgrund seiner Parteizugehörigkeit, eine anti-bulgarische Haltung vor und forderte ihn zum Rücktritt auf<sup>26</sup>. Der Sofioter Bürgermeister Stefan Sofijanski erklärte sich unterdessen bereit, die Tafel von Yad Vashem zu übernehmen und in seiner Stadt an exponierter Stelle anzubringen<sup>27</sup>. Die Identifikation mit Boris III. war also in Bulgarien schon so weit fortgeschritten, daß man das Gedenken an ihn mit der Ehre der ganzen Nation verknüpfte.

Andererseits hat dies nicht verhindert, daß seine Epoche, und hier besonders die Jahre nach 1935, vielfach nach wie vor als die Periode des „Faschismus“ bezeichnet wird, wobei dieser Begriff kaum mit konkreten Inhalten gefüllt ist. In entsprechender Weise werden die an der „Vaterländischen Front“ und am Partisanenkampf beteiligten Kräfte als „antifaschistisch“ betitelt<sup>28</sup>. Hier zeigt sich beispielhaft das Nebeneinander in gegenseitigem Widerspruch stehender Geschichtsbilder in den Köpfen weiter Teile der bulgarischen Gesellschaft. Während auf der einen Seite inzwischen Bewunderung weckt, wie Zar Boris als verantwortungsbewußter Staatslenker sein Land durch die aufgepeitschte See des damaligen Weltgeschehens steuerte und seine autoritäre Innenpolitik die chaotische Parteienlandschaft beseitigte, bleiben auf der anderen Seite die in den Jahrzehnten der kommunistischen Diktatur erlernten Epochenbezeichnungen und klassenkämpferischen Klischeevorstellungen im historischen Bewußtsein vieler Menschen präsent<sup>29</sup>. Zwar ist anzunehmen, daß diese sich mit dem Heranwachsen neuer Generationen abschleifen und daß differenziertere und schlüssigere Geschichtsbilder die Oberhand gewinnen werden, eine wichtige Voraussetzung hierfür wäre allerdings auch die Überwindung der extremen Bipolarität der politischen Landschaft Bulgariens, die unter anderem eine sachlichere Auseinandersetzung über die Zeit des Sozialismus, die frei von ideologischen Kampfbegriffen wie „Faschismus“ oder „Antifaschismus“ sein müßte, ermöglichen würde. Ob die Parlamentswahlen vom Juni 2001 mit dem Sieg Simeons II., die vielfach als das Ende des bisherigen Parteien-

<sup>26</sup> Demokracija, Online-Ausgabe, 20. 7. 2000.

<sup>27</sup> Ebd.

<sup>28</sup> B. Dimitrov, Bulgaria in the interim. Beispiele für differenziertere Darstellungen, die den Begriff „Faschismus“ vermeiden, sind etwa: E. Kalinova, I. Baeva, Bălgarskite prechodi 1944–1999 (Sofia 2000) 13 und P. S. Cvetkov, Demokracijata i nejnite alternativni v Bălgarija mežu dvete svetovni vojni, in: 120 godini 177–187.

<sup>29</sup> Ebd.

systems interpretiert worden sind, ein Schritt in diese Richtung waren, muß sich beim nächsten Urnengang erst noch bestätigen. Dagegen spricht jedenfalls, daß Untersuchungen den Sieg Simeons weniger auf umwälzende Veränderungen bei den Parteibindungen in der Bevölkerung zurückführen, sondern vielmehr auf die geringe Mobilisierung der Stammwählerschaft der etablierten Parteien<sup>30</sup>.

Ansätze zu einer ausgewogenen Betrachtung der Regierungszeit Boris' III., die sich abseits der tagespolitischen Konfrontationen entwickelt haben, sind bisher kaum über die engen Zirkel des akademischen Diskurses hinausgedrungen. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang beispielsweise Autoren wie Nikolaj Poppetrov oder Evgenija Kalinova und Iskra Baeva, die sowohl die autoritären Züge der Herrschaft des Zaren als auch die Unterschiede zu faschistoiden Regimes der selben Zeit klar herausgearbeitet haben<sup>31</sup>. Besonders Poppetrov, der entsprechende Aufsätze bereits in den 80er Jahren in westdeutschen Fachzeitschriften veröffentlichte, hat eine klare und zugleich differenzierte Charakteristik des Boris'schen Regierungsstils von seiner Thronbesteigung 1918 bis 1943 geboten. Anstelle des ideologisch besetzten Begriffes „Monarchofaschismus“ stuft er die Regierung des Zaren als „monarchisch-autoritär mit einzelnen Elementen der Faschisierung“ ein. Besonderen Wert legt er auf die Feststellung, daß die Regierungszeit des Monarchen durch eine Reihe von diesem selbst begangener Rechtsbrüche gekennzeichnet ist. Boris III. habe von Anfang an nur wenig Respekt vor der bulgarischen Verfassung gezeigt und sich nicht selten über sie hinweggesetzt. Und tatsächlich wies bereits sein Amtsantritt diesen Makel auf. Laut Verfassung wäre er nämlich verpflichtet gewesen, vor einer sogenannten Großen Volksversammlung einen Eid auf eben dieses Staatsgrundgesetz abzulegen. Boris unterließ es einfach. Den eklatantesten Verfassungsbruch beging er indes 1935 mit dem Verbot aller Parteien und der auf unbestimmte Zeit erfolgten Auflösung der Volksversammlung, wodurch er die bulgarische parlamentarische Demokratie zunächst und zumindest der Form nach in eine Königsdiktatur verwandelte<sup>32</sup>.

## II. König und Ministerpräsident in einer Person

Gerade dieses Durchgreifen ist es indes, was sich heute die meisten Sympathisanten der Monarchie in Bulgarien zumindest unterschwellig von dieser Staatsform erwarten. Durch die Beschwörung des Bildes des Zaren Boris III., der ihrer Ansicht nach eine kluge Außenpolitik führte, mit innenpolitischem Gezänk Schluß machte und zugleich durch die Rettung der Juden Menschlichkeit bewies, verleihen auch heute weite Teile der Bevölkerung ihrem Unmut über die offensichtliche Unfähigkeit der bulgarischen Politik, gleich welcher Couleur, Ausdruck. Diese Disposition der Wählerschaft war es, die dem Sohn Boris', Simeon II., dem for-

<sup>30</sup> Vgl. Wien, Parlamentswahlen.

<sup>31</sup> Vgl. Poppetrov, Autoritarismus und Kalinova, Baeva, Bălgarskite prechodi.

<sup>32</sup> Poppetrov, Autoritarismus 195.



Copyright: <http://www.osteuropa-zentrum.de>

mell letzten Zaren, im Jahre 2001 die Chance eröffnete, die politische Bühne Bulgariens zu betreten. Zwar wiesen Umfragen aus, daß es keine Mehrheit in der Bevölkerung für die Wiedereinführung der Monarchie gab; ohne die beschriebenen Änderungen im diesbezüglichen Geschichtsbild seit 1989 wäre aber die große Sympathie, die Simeon überall entgegengebracht wurde, wo er seit 1996 in Bulgarien auftrat, kaum zu erklären gewesen<sup>33</sup>. Der Glanz der durch seinen Vater verkörperten Monarchie strahlte auch auf ihn ab und führte, vor allem in ländlichen Regionen, bisweilen dazu, daß die Sympathien sich in eine regelrechte Vergötterung steigerten, also religiöse Züge annahmen. Hierdurch wurde klar, was sich die Menschen von Simeon erhofften: Ähnlich seinem Vater sollte er beinahe nach Art eines Heilsbringers „die Zügel in die Hand nehmen“ und jenseits der Niederungen des politischen Tagesgeschäfts die Lösung der Probleme, die in Bulgarien in erster Linie sozialer Natur sind, bringen. Deutlich spürbar war, daß hinter diesen Wunschvorstellungen auch das Bedürfnis steckte, von gesellschaftlicher Verantwortung befreit zu werden und die Segnungen der „königlichen“ Politik nur noch empfangen zu müssen. Der Politik als solcher sollte gewissermaßen der politische Charakter genommen werden<sup>34</sup>.

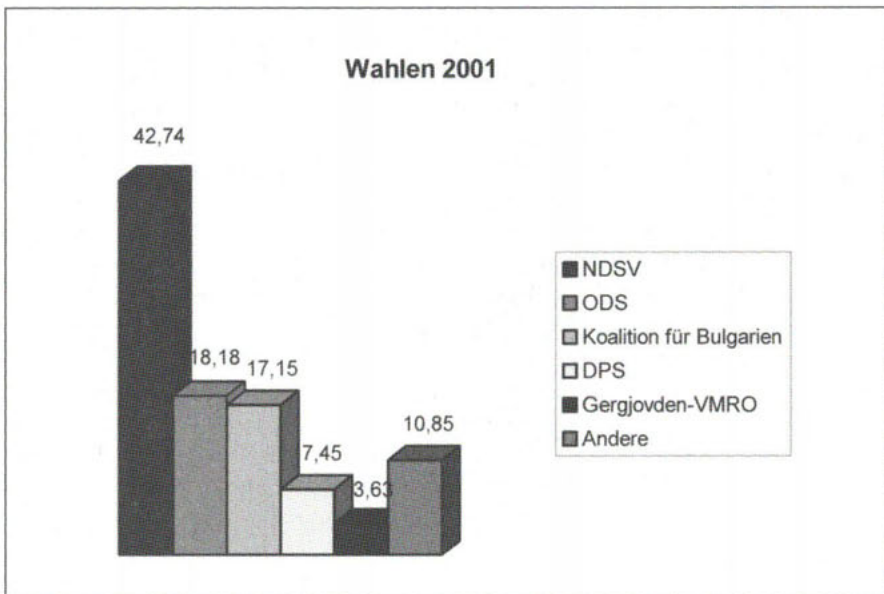
Diese Erwartungen waren sicherlich nicht Ausdruck tiefsitzender antidemokratischer Überzeugungen im bulgarischen Volk, wohl zeigten sie aber große Enttäuschung über die seit 1989 in der parlamentarischen Demokratie erbrachten politischen Leistungen. Da weder die Sozialisten noch die seit 1997 regierenden „Demokratischen Kräfte“ eine nennenswerte Steigerung des allgemeinen Lebens-

<sup>33</sup> Wien, Parlamentswahlen 13–15.

<sup>34</sup> Ebd.

standards hatten herbeiführen können und sich überdies durch zahlreiche Fälle von Korruption und Bereicherung diskreditiert hatten, hatte Simeon, als er im Frühjahr 2001 in den Wahlkampf einstieg, einen doppelten Vorteil: Zum einen umgab ihn der Glorienschein eines Königs, zum anderen kam er von „außen“, d.h. aus dem spanischen Exil, war also durch keinerlei Machenschaften der bulgarischen Politik kompromittiert. Dieses hauptsächliche Unterscheidungsmerkmal im Verhältnis zur etablierten bulgarischen Politik war der wichtigste Hebel, den Simeon im Streben nach einem Wahlerfolg ansetzte. Im Wissen um den schlechten Ruf der meisten Politiker warb Simeon mit der eingängigen Parole: „Aufrichtigkeit in allem!“<sup>35</sup>

Sein überwältigender Wahlsieg ist indes sicher nicht allein auf seinen Ehrlichkeitsanspruch und die ihn umgebende königliche Aura zurückzuführen, sondern zweifellos auch auf die vielen handfesten Versprechen und programmatischen Aussagen, die Simeon in seinem Wahlprogramm machte. Die bemerkenswerteste war die Frist, die er sich selbst zu einer deutlich spürbaren Anhebung des Lebensstandards der breiten bulgarischen Bevölkerung setzte: Er wollte dieses Ziel innerhalb von 800 Tagen nach Beginn der Legislaturperiode erreicht haben, wobei zum Zeitpunkt der Verkündung des Programms noch nicht klar war, ob Simeon selbst im Falle eines Wahlsieges Regierungschef werden, wer also für die Umsetzung seines Programms verantwortlich sein würde. Herausragend war außerdem die Ankündigung, daß es günstige staatliche Kredite zur Förderung mittelständischer Unternehmen geben würde, um die Dominanz einiger mit mafösen Struk-



<sup>35</sup> Ebd. 30.

turen durchsetzter Großfirmen zu durchbrechen und Arbeitsplätze zu schaffen. Gleichzeitig sollten in allen Bereichen die Steuern signifikant gesenkt werden. Durch diese und andere Punkte nahm das Programm Simeons einen derart umfassenden Charakter an, daß seine komplette Umsetzung tatsächlich nichts weniger als eine völlige Neugestaltung der sozioökonomischen Verhältnisse Bulgariens bedeutet hätte<sup>36</sup>.

Abgesehen von der Frage seiner praktischen Durchführbarkeit ist es allerdings kaum mit Sicherheit zu bemessen, welchen Stellenwert das Programm bei der Entscheidung der Wähler, Simeon ihre Stimme zu geben, eingenommen hat. Angesichts der offensichtlichen Emotionalisierung des Wahlkampfes darf angenommen werden, daß es entsprechend emotional bewegende Momente waren, die den Ausschlag gegeben haben. Zu diesen zählten weniger die Feinheiten des Wahlprogramms, als vielmehr dessen markanteste Punkte sowie die Abneigung gegen die bekannten Politiker, in erster Linie aber die Sympathie für die alles überstrahlende Person Simeons.

Hierin liegt indes ein Schlüssel zur Einschätzung der Bedeutung, die dem Bild, das sich die Bulgaren von der Staatsform der Monarchie machen, sowohl in ihrem historischen als auch in ihrem politischen Bewußtsein beizumessen ist. Denn der außerordentlich hohe Grad an Personalisierung des Wahlkampfes gab in Verbindung mit der Frage, inwieweit sich Simeon selbst als „Zar“ präsentierte, Aufschluß über die Attraktivität des monarchischen Gedankens für das Wahlvolk:

Simeon setzte – mit Erfolg, wie das Ergebnis zeigte – sehr klar auf seinen königlichen Status. Dies wurde auf vielfältige Weise deutlich: Zuvorderst ist hier die Namensgebung für sein Wahlbündnis zu nennen, das im April 2001 aus zwei Splitterparteien gebildet worden war, nachdem es Simeon gerichtlich verwehrt worden war, mit einer eigenen Partei anzutreten. Das Bündnis erhielt den Namen „Nationale Bewegung Simeon der Zweite“<sup>37</sup>. Hierdurch wurde unmißverständlich kundgegeben, daß der Ex-Zar nicht nur die zentrale, sondern auch die konstituierende Gestalt, mithin also die personifizierte Existenzberechtigung der Bewegung war. Mit der Verwendung seines Herrschernamens unter Einschluß der königlichen „Nummerierung“ anstelle des bürgerlichen bulgarischen „Sakskoburggotski“ wurde außerdem der Eindruck erweckt, Simeon erhebe nach wie vor Anspruch auf den Thron. Dies verstärkte sich dadurch, daß, wie der Name seines Bündnisses suggerierte, die Person Simeons „des Zweiten“ zugleich Programm war. Da sich der Namensgeber außerdem von seinen Vertrauten und Mitarbeitern als „Seine Majestät“ betiteln ließ und in symbolträchtiger Art und Weise seinen Wohnsitz in dem an ihn zurückgegebenen alten königlichen Landschloß „Vranja“ genommen hatte, konnte es kaum verwundern, daß vielerorts gemutmaßt wurde, er strebe letztlich die Wiedereinführung der Monarchie und seine Rückkehr auf

<sup>36</sup> Vgl. Bălgarija – dobăr dom za svoite graždani. Predizborna program na koalicija „Nacionalno dvizenie Simeon Vtori“ (Sofia 2001).

<sup>37</sup> Ebd.



den Thron an<sup>38</sup>. Genährt wurden diese Gerüchte indes nicht nur durch die Benennung seines Wahlbündnisses und dadurch, daß er weiterhin einige seiner herrscherlichen Attribute führte, sondern auch durch zweideutige Äußerungen von seiner Seite und durch unklares Verhalten.

Wie nicht anders zu erwarten, gehörte zu den ersten und am häufigsten von Journalisten an Simeon gerichteten Fragen eben diejenige nach der Wiederherstellung der bulgarischen Monarchie. Der Tenor seiner Antworten bestand bis kurz vor der Wahl darin, daß sich diese Frage „im Moment“ nicht stelle bzw. daß sie zur Entscheidung anstünde, sobald die Zeit dafür reif sei. Erst unmittelbar vor dem Urnengang dementierte Simeon deutlicher seine Ambitionen auf den Thron, wollte aber die Wiedereinführung der Monarchie immer noch nicht für alle Zukunft ausschließen. Dies wurde so aufgefaßt, daß er möglicherweise nicht für sich selbst, dafür aber für seinen ältesten Sohn, Kronprinz Kardam, und seine Dynastie insgesamt die Möglichkeit schaffen wollte, erneut an die Spitze des Staates zu treten<sup>39</sup>. Weiterhin wurde spekuliert, er würde zunächst, d. h. im Herbst 2001 bei den bulgarischen Präsidentschaftswahlen, antreten, um dann als Staatsoberhaupt mit Hilfe der von seiner Bewegung zuvor errungenen parlamentarischen Mehrheit eine Verfassungsänderung im monarchischen Sinne durchzusetzen. Zwar wäre ein solches Vorhaben von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen, da ein Präsidentschaftskandidat zum Zeitpunkt der Wahl seit mindestens fünf Jahren seinen Wohnsitz in Bulgarien haben muß<sup>40</sup>, was auf Simeon nicht zutraf; dies tat jedoch den Spekulationen keinen Abbruch, es gehe ihm nicht um die auf einem Regierungschef lastende politische Verantwortung, sondern vielmehr um die landesväterliche Rolle des gekrönten Staatsoberhauptes. Unmittelbar nach dem für ihn triumphalen Urnengang schien Simeon diese Spekulationen zu bestätigen. In einer für eine parlamentarische Demokratie äußerst ungewöhnlichen Weise ließ er die Öffentlichkeit ungefähr drei Wochen lang warten, bevor er sich dazu durchrang, seine Bereitschaft zur Übernahme des Amtes des Ministerpräsidenten zu verkünden. Er erweckte dabei allgemein den Eindruck, als tue er dies nur widerwillig und beuge sich nach langem Zögern dem Zwang, als Führer seiner Bewegung Verantwortung übernehmen zu müssen. Wie es schien, hatte er diese Entwicklung nicht vorhergesehen und den Posten des Regierungschefs eigentlich als für seine Person unangemessen betrachtet. Denn nun bestand die Gefahr, daß die Widrigkeiten des politischen Tagesgeschäfts nicht nur ihn selbst, sondern auch die Idee der Monarchie, die er mit seiner Person in der öffentlichen Wahrnehmung eng verknüpft hatte, dauerhaft beschädigen könnten<sup>41</sup>.

Unabhängig vom Erfolg oder Mißerfolg seiner sich anschließenden Regierungstätigkeit hatte die Wahl jedoch klargemacht, daß königliche Ausstrahlung,

<sup>38</sup> *Wien*, Parlamentswahlen 27. Außerdem: *F. Nienhusen*, Im Reich des schüchternen Königs, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 16. 7. 2001, 10.

<sup>39</sup> *Ebd.*

<sup>40</sup> *Konstitucija na Republika Bălgarija*, 13. 7. 1991, čl. 93 (2). Vgl. >[www.parliament.bg/const.html](http://www.parliament.bg/const.html)<, 7. 5. 2001.

<sup>41</sup> *Wien*, Parlamentswahlen 31 f.

wie sie Simeon besaß, eine große Faszination auf die bulgarische Wählerschaft ausüben und sich damit auch in Stimmen niederschlagen konnte. Wie sich dieser monarchische Bonus aber konkret auf das Wahlverhalten auswirkte bzw. wie er die Wähler zum Votum für Simeon motivierte, ist nur sehr schwer zu bestimmen. Denn ein klares politisches Programm kam durch diesen Faktor nicht zum Ausdruck. Durch die Unsicherheit und die Spekulationen bezüglich einer Wiedereinführung der Monarchie kam es vielmehr zu der widersprüchlichen Situation, daß sich ein Faktor auf die Stimmabgabe auswirkte, dessen Realitätsgehalt kaum klar zu erkennen war. Die Suche nach den Vorstellungen und Erwartungen, die die Bürger mit der Person des „Zaren“ Simeon II. verbanden, konnte dementsprechend nur ein diffuses Bild ergeben. Diffus waren allerdings auch die Vorstellungen der meisten Bulgaren von dem, was eine Monarchie als Staatsform überhaupt bedeutet<sup>42</sup>. Diese Vielschichtigkeit deutet zugleich darauf hin, daß Simeon aus den unterschiedlichsten Gründen gewählt worden ist. Jeder nahm sich gewissermaßen das als Motiv, was ihm persönlich an der Monarchie oder zumindest der monarchischen Ausstrahlung des Kandidaten am besten gefiel. Daher läßt sich aus dem Wahlausgang auch nicht ohne weiteres schließen, daß die Wahl Simeons ein Votum für dessen Reinhronisierung gewesen sei. Wie bereits angedeutet, hatten Umfragen keine Mehrheit für einen derartigen Schritt ergeben. Trotzdem aber ließen sich die Wähler durch die zumindest nicht von der Hand zu weisenden Spekulationen, die in diese Richtung deuteten, nicht abschrecken. Eine eindeutige Ablehnung der Monarchie war aus ihrem Verhalten ebenfalls nicht abzulesen.

Aufgrund der unklaren Vorstellungen vom Wahlprogramm der Bewegung Simeons und von der verfassungsrechtlichen Bedeutung der Monarchie ist allerdings anzunehmen, daß man sich in erster Linie auf die Person konzentrierte und seine Einstellung zu dieser Frage an ihr ausrichtete. Ähnlich verhielt es sich auch mit der Wandlung des allgemeinen historischen Bildes von der Monarchie vor 1944. Auch hier steht, wie bereits erörtert, die Person Boris' III. im Zentrum aller Erörterungen. Von der Achtung, die ihm im Verlauf der 90er Jahre zunehmend in Bulgarien entgegengebracht wurde, profitierte auch sein Sohn Simeon. Vielfach wurde in bisweilen naiv anmutender Weise die direkte Vererbbarkeit politischer Fertigkeiten angenommen und hieraus der Schluß gezogen, man habe in Simeon eine Kopie seines Vaters vor sich, die ähnlich wie der „Fuchs“ in der Lage sei, Bulgarien durch die Unsicherheiten der kommenden Jahre hindurch zu steuern<sup>43</sup>. Die Ausschließlichkeit, mit der seine Person im Wahlkampf eingesetzt wurde, läßt sich dadurch veranschaulichen, daß er der einzige Repräsentant seiner Bewegung war, der auf Plakaten abgebildet wurde, wobei die Tagespresse den Effekt dieser Strategie noch verstärkte, indem sie ihn in den letzten Wochen vor der Wahl fast täglich auf den Titelseiten zeigte<sup>44</sup>.

<sup>42</sup> Ebd. 13–15.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> *Nienhuser*, Im Reich.



### III. Das personalisierte Monarchiebild als Mittel zur ideologisch-politischen Standortbestimmung

An der Art der Wandlung des Geschichtsbildes, das die Bulgaren bezüglich ihrer zwischen 1878 und 1946 bestehenden Monarchie haben, zeigt sich, daß diese sehr stark, wenn nicht sogar hauptsächlich, in einer von politischen und sozialen Interessen und Entwicklungen angetriebenen Veränderung der Bewertung ihrer Hauptrepräsentanten bestand. Das Spektrum, innerhalb dessen sich diese Entwicklung vollzog, reichte von der vor 1989 obligatorischen prinzipiellen Ablehnung der Monarchie als „faschistisch“, wobei hier eigentlich nur Boris III. gemeint war, bis zu einer Situation zur Jahrtausendwende, in der offen über die Möglichkeit einer Wiedereinführung der Monarchie diskutiert wurde. Dies war dann in erster Linie mit dem Sohn Boris' III., Simeon II., assoziiert. Wie sehr das Verhältnis der politischen Kräfte zur Monarchie von ihrer Interessenlage und daraus resultierenden Wahlkampfstrategien bestimmt war, zeigte sich am deutlichsten an der Union der demokratischen Kräfte. Bis zum Ende der 90er Jahre war ihre zwar nicht monarchistische, aber doch monarchiefreundliche Haltung ein Ausdruck der Ablehnung des sozialistischen Regimes und der Abgrenzung von seinen postkommunistischen Nachfahren. Vertreter der Partei, wie etwa Ministerpräsident Kostov oder Staatspräsident Stojanov zeigten sich gerne mit Simeon in der Öffentlichkeit, seitdem dieser ab 1996 regelmäßig Bulgarien besuchte<sup>45</sup>. Wie bereits erwähnt, setzten sie auch die Wiederverwendung des königlichen Staatswappens durch. Als Simeon im Frühjahr 2001 unversehens zum politischen Gegner avancierte, brach diese Hoffierung unvermittelt ab, und man versuchte, den Gegenkandidaten nun auf die Statur eines Oppositionspolitikers mit hochstaplerischen Ambitionen zurechtzustutzen. Aus dem „Zaren“, der lebenden Reliquie des alten königlichen Bulgariens, sollte ein Parvenue werden, dem nicht zu trauen sei. Daß diese Strategie nicht verfiel, zeigte das Wahlergebnis<sup>46</sup>.

Die anderen Parteien, für deren Machtposition die NDSV keine so große Bedrohung darstellte, hatten sich im Umgang mit Simeon unbefangener gezeigt. Die Sozialisten betrachteten ihn zwar nicht mehr wie vor 1989 als unerwünschte Person im Lande, behandelten ihn aber konsequent als normalen bulgarischen Staatsbürger, zeigten damit also zumindest eine Art von Nicht-Verhältnis zu seiner monarchischen Vergangenheit. Die Partei „Bewegung für Rechte und Freiheiten“, die die türkische Minderheit vertritt, ging mit Simeon eine Koalition ein, zeigte also keine Berührungängste, da sie in ihrer Rolle als Klientelpartei nicht befürchten mußte, in den Verdacht des Monarchismus zu geraten<sup>47</sup>.

<sup>45</sup> J. Gruber, Bulgarien im ersten Jahr der Regierung von Ex-König Simeon Sakschoburgotski. Handwerkliche Fehler des Kabinetts oder Beginn einer krisenhaften Entwicklung?, in: [www.kas.de/publikationen/2002/ai/03\\_gruber.pdf](http://www.kas.de/publikationen/2002/ai/03_gruber.pdf), S 2.

<sup>46</sup> Wien, Parlamentswahlen 13.

<sup>47</sup> Ebd. 29f.

Klar wurde durch die Ereignisse um die Wahl Simeons indes, daß die Einstellung der Bulgaren zur Monarchie und ihr diesbezügliches historisches Bewußtsein politisch konjunkturabhängig sind. Nach dem ersten Jahr seiner Zeit als Ministerpräsident deutet vieles darauf hin, daß die Begeisterung für ihn und damit auch die Monarchie im Abnehmen begriffen ist, wobei dies noch aus größerem zeitlichen Abstand zu überprüfen wäre. Die Woge der Sympathie, auf der er zuvor geschwommen war, war allerdings von zwei Faktoren getragen worden: der sozialen Notlage der Bevölkerung und ihrer politischen Ratlosigkeit einerseits und andererseits der Tatsache, daß mit Simeon ein Mann im richtigen Alter bereitstand, der den monarchischen Gedanken glaubhaft verkörpern konnte und als Politiker zumindest vorstellbar war. Dies erklärt auch, warum er der bisher einzige ehemalige osteuropäische Monarch ist, der in seinem Land nach den Jahrzehnten kommunistischer Diktatur wieder zu nennenswertem Einfluß gelangen konnte<sup>48</sup>.

<sup>48</sup> Vgl. hierzu: *H.- J. Hoppe*, Saison für Könige! Macht das bulgarische Modell Schule?, in: *Südosteuropa Mitteilungen* 3 (2002) 54–67.

*Bogdan Murgescu*

## Geschichte im Transformationsprozeß: Rumänien

### Politische und institutionelle Rahmenbedingungen nach der Wende

Rumänien galt vor 1989 als ein Land mit einer stark von nationalistischen Geschichtsbildern geprägten Politik und Kultur. Der damalige Partei- und Staatschef Ceauşescu bezog sich in fast allen Reden auf die „Lehren der Geschichte“, und geschichtliche Ereignisse wurden öffentlich mit großem Aufwand gefeiert. In der rumänischen Revolution vom Dezember 1989 spielten jedoch die Geschichtsbilder kaum eine Rolle. Ceauşescus Versuche, historische Feindbilder wie die Ungarn und die „Großmächte“ zu kapitalisieren, fanden so gut wie keinen Anklang. Für die meisten Revolutionsteilnehmer war es selbstverständlich, daß ihr Ziel nicht das Wiederherstellen einer idealisierten Vergangenheit war, sondern der Anschluß an eine zeitgenössische europäische „Normalität“<sup>1</sup>.

Dieser revolutionäre Konsens brach kurz nach der Wende zusammen. Während sich die führenden Politiker der „Front für Nationale Rettung“ darauf beschränkten, das „schwierige Erbe“ der Mißwirtschaft Ceauşescu zuzuschreiben<sup>2</sup>, versuchte ein Teil der politischen Kräfte, die gesamte Zeitspanne der kommunistischen Herrschaft als eine von außen aufgezwungene Fehlentwicklung auszuklammern und eine Restauration der vor-kommunistischen „Normalität“ zu verlangen. Diese Richtung wurde hauptsächlich von den „historischen“ Parteien, die nach der Wende ihre Tätigkeit wieder aufnahmen, aber auch von zurückkehrenden Exilanten und von einem Teil der Intellektuellen vertreten. Da Ion Iliescu Sieg bei den Präsidentenwahlen im Mai 1990 voraussehbar war, war die Forderung nach Wiederherstellung der konstitutionellen Monarchie der vor-kommunistischen Zeit auch ein Mittel zur Delegitimierung des post-kommunistischen Staatspräsidenten. Diese Forderungen aus der Vergangenheit fanden jedoch wenig Beifall bei der Mehrheit der Bevölkerung, und ihre Ablehnung spiegelte sich in den

<sup>1</sup> Vergleiche z. B. die 10-Punkte-Proklamation des Rats der Front für Nationale Rettung am 22. 12. 1989, in: *Bogdan Murgescu* (Hrsg.), *Istoria României în texte* (Bukarest 2001) 397–398.

<sup>2</sup> Z. B. die Neujahrsrede des neuen Staatspräsidenten Ion Iliescu am 31. 12. 1989, in: *Ion Iliescu, Momente de istorie. I. Documente, interviuri, comentarii. Decembrie 1989–Iunie 1990* (Bukarest 1995) 53.

sehr schwachen Ergebnissen der „historischen“ Parteien bei den Wahlen von 1990 und 1992 wieder. Der Anspruch, die gesamte Zeit der kommunistischen Herrschaft in Frage zu stellen, wurde damit allmählich von der politischen Agenda verdrängt, während sich die kulturelle und historiographische Auseinandersetzung verstärkte.

Bevor wir jedoch diese Auseinandersetzung weiter behandeln, müssen wir erst die institutionellen Auswirkungen der Wende auf die rumänische Geschichtsschreibung betrachten<sup>3</sup>.

Die erste und vielleicht wichtigste Auswirkung der Wende auf das rumänische Kulturleben war die Wiederherstellung der Forschungs-, Veröffentlichungs- und Lehrfreiheit. Es gab zwar noch vereinzelte Versuche, die Forschung zu lenken und/oder Veröffentlichungen zu beeinflussen, aber keine allgemeinwirkenden Verbote. Die Multiplikation der Forschungseinrichtungen, Hochschulen und Verlagshäuser eröffnete früher undenkbbare Spielräume.

Im Bereich der Geschichtsschreibung verschärfte sich nach der Wende die Spaltung zwischen Forschung und Hochschulwesen. Ceaușescu hatte in den 70er Jahren die Forschungsinstitute der Rumänischen Akademie an den Universitäten angesiedelt, aber diese Scheinehe hatte kaum inhaltliche Wirkung, und nach der Wende haben sich die Institute fast ausnahmslos von den Universitäten getrennt und wieder unter die Obhut der Rumänischen Akademie gestellt. Dabei haben sich einige Institute auch intern gespalten, so z. B. das „Xenopol-Institut“ in Jassy, aus welchem ein Archäologisches Institut, ein Institut für Europäische Zivilisation (hauptsächlich die von Gheorghe Buzatu geleitete Abteilung für Zeitgeschichte) und das für mittelalterliche und neue Geschichte sowie auch für Kulturgeschichte weiter bestehende „Xenopol-Institut“. Im allgemeinen ist die Anzahl der Forschungsinstitute auch durch Neugründungen gestiegen, obwohl die finanziellen Mittel der Rumänischen Akademie beschränkt blieben. Die institutionelle Entfaltung der Forschungslandschaft war aber eher bescheiden im Vergleich zum Hochschulwesen. In den späten 70er und den 80er Jahren hatte Ceaușescu mehrere Hochschulen geschlossen, Fachbereiche vereinigt und Studienplätze wie auch Professuren gestrichen<sup>4</sup>. Geschichtsstudiengänge wurden nur noch an den Universitäten von Bukarest, Cluj und Jassy angeboten und auch dann nur in Anknüpfung an ein Philosophiestudium; landesweit gab es in den 80er Jahren nur höchstens 100 Studienplätze für Geschichte als Hauptfach, und dies trotz der starken Nachfrage (etwa 12 bis 15 Bewerber pro Studienplatz). Nach der Wende veränderte sich diese Lage grundsätzlich. Schon 1990 wurde eine Menge staatlicher Universitäten in kleineren Städten gegründet, und auch einige der neuen privaten Hochschulen boten Studiengänge für Geschichte an. Seit Ende der 90er Jahre gibt

<sup>3</sup> Bogdan Murgescu, *A fi istoric în anul 2000* (Bukarest 2001) 37–71.

<sup>4</sup> Rumänien stand 1988/89 mit einer Studentenquote von nur 8,6% ganz nahe dem europäischen Schlußlicht Albanien (8,5%) und weit entfernt vom europäischen Durchschnitt von 26,4% und vom Durchschnitt (19,1%) der sozialistischen osteuropäischen Länder; Daten aus *Constantin Grigorescu* (Hrsg.), *Nivelul dezvoltării economico-sociale a României în context european, 1989* (Bukarest 1993) 221–223.

es in Rumänien 15 staatliche und fünf private Hochschulen, die Geschichte als Hauptfach anbieten, und über 2000 Studierende, die jährlich ein Geschichtsstudium beginnen. Diese institutionelle Expansion eröffnete vielen Historikern die Möglichkeit, ins Hochschulwesen umzusiedeln; der Nachholbedarf war groß, denn in den 80er Jahren hatten fast keine Berufungen stattgefunden, und viele hochqualifizierte Historiker waren während der kommunistischen Herrschaft politisch behindert worden, im Hochschulwesen zu lehren. Die wachsende Nachfrage nach Lehrkräften erlaubte jedoch auch vielen weniger qualifizierten Bewerbern als Hochschullehrer zu arbeiten, und ein beträchtlicher Niedergang des akademischen Standards kennzeichnet mehrere der in kleineren Provinzstädten neugegründeten Universitäten, aber auch einige Lehrstühle an den Fakultäten der traditionsreicheren Hochschulen. Diese institutionelle Expansion kam in den späteren 90er Jahren allmählich zum Stillstand, besonders wegen des knappen staatlichen Bildungshaushalts. Die Veränderung des Finanzierungssystems von 1997 bis 1998, welches den Hochschulen und den Fakultäten mehr Entscheidungsspielraum in der internen Verteilung der schrumpfenden Mittel ließ, trug auch zum relativen Niedergang des Lehrstellenangebots im Hochschulwesen bei.

Die Forschung blieb hauptsächlich an den Instituten der Akademie angesiedelt, aber Forschungsaufgaben wurden auch von Museen, Archiven und Hochschulen wahrgenommen. Die tatsächliche Forschungsarbeit blieb hauptsächlich individuell, da viele Historiker jedwede institutionelle Steuerung als unerwünschte Ceausescu-Methode abstempelten. Eine zusätzliche Umstand verstärkte den Trend zum Individualismus. Während der 80er Jahre waren Promotionen eine Seltenheit geworden (weniger als 100 Promotionen in Geschichte im ganzen Jahrzehnt), und der Nachholbedarf verstärkte sich, da die Promotion Bedingung für Kandidaten auf höhere Stellen im Hochschuldienst und in Forschungseinrichtungen war<sup>5</sup>. Es gab deswegen eine Menge von jungen und älteren Doktoranden, und in diesem Zusammenhang entstand eine Fülle von individuellen Forschungen sehr unterschiedlicher Qualität.

Das System der projektfinanzierten Forschungsarbeit, das gewöhnlich großangelegte und deswegen kollektive Vorhaben bevorzugt, entfaltete sich erst seit den späteren 90er Jahren. Mangel an Objektivität in der Zuteilung von Finanzierungsmitteln, an Koordination innerhalb der Forschungsgruppen und an Output-Kontrolle verminderte und verzögerte die Auswirkungen dieses Systems auf die verkrusteten Bräuche der rumänischen Geschichtsschreibung.

Der Drang zur Forschung wird hauptsächlich durch die Voraussetzung des Dokortitels und durch interne und besonders internationale Projektfinanzierung verstärkt. Der relative Niedergang der Löhne im Hochschulwesen und in den For-

<sup>5</sup> In Rumänien gibt es ein fünfstufiges Hochschullehrersystem: Professor, *conferențiar* (dem französischen „maitre de conference“ ähnlich), Lektor, Assistent, *preparator* (etwa: Unterassistent). Nur promovierte Wissenschaftler dürfen Professor oder *conferențiar* werden, und auch die Lektoren müssen in einer beschränkten Zeitspanne den Dokortitel erwerben oder sie verlieren ihre Stelle im Hochschulwesen. In den Forschungseinrichtungen ist die Besetzung der Stellen von Forschern 1. und 2. Grades vom Dokortitel abhängig.

schungseinrichtungen<sup>6</sup> zwingt viele Historiker (wie andere Intellektuelle), entweder Überstunden in der Lehre zu machen oder andere Nebenjobs zu finden. Der materielle Druck verstärkt die Abhängigkeit von den etablierten Dekanen, Lehrstuhlleitern und Institutsdirektoren, die oft den Zugang zu zusätzlichen Einnahmequellen kontrollieren.

In diesem Zusammenhang spielte die nach 1989 erworbene Freiheit, auszureisen und Kontakte mit ausländischen Kollegen zu knüpfen, eine befreiende Rolle. Viele rumänische Historiker erwarben durch längere oder kürzere Aufenthalte in Westeuropa und/oder in Amerika Zugang zu in Rumänien nicht vorhandener Literatur, zu neueren historiographischen Ansätzen und auch zu Mitteln, die ihnen das weitere wissenschaftliche Wirken im Heimatland ermöglichten. Um so bedeutender waren diese Beziehungen für die Nachwuchswissenschaftler. Viele junge rumänische Historiker konnten ihre Studien im Ausland fortsetzen, besonders auf Master- und Doktoranden-Niveau. Diese Möglichkeit war intellektuell und auch materiell verlockend, und viele begabte Graduierte haben sie genutzt. Mit der allmählichen Sättigung der Nachfrage an Lehrkräften im rumänischen Hochschulwesen verringerten sich die Möglichkeiten, daß die im Ausland promovierten jungen Historiker nach ihrer Rückkehr in Rumänien auch geeignete Stellen bekommen<sup>7</sup>. Dies ist natürlich nur einer der Gründe, der viele junge rumänische Historiker zur Verlängerung ihrer Aufenthalte im Westen drängt. Damit wird aber der historiographischen alten Garde in den rumänischen Universitäten und Forschungsinstituten eine Menge erneuernden Drucks erspart.

## I. Das vorherrschende nationalistische Geschichtsbild

Das in Rumänien vorherrschende Geschichtsbild entstand hauptsächlich im 19. Jahrhundert und ist von einem starken Nationalismus gekennzeichnet. Sein Kern<sup>8</sup> kann in folgenden Thesen zusammengefaßt werden:

1. Die Rumänen sind durch das Zusammenwachsen der Daker und der Römer entstanden und können durch die Daker die historische Priorität und durch die

<sup>6</sup> In Rumänien liegen die Löhne der jungen Forscher und Hochschullehrer deutlich unter dem nationalen Durchschnitt, und auch die Gehälter der hochrangigen älteren Akademiker sind im südosteuropäischen Vergleich eher bescheiden.

<sup>7</sup> Das Civic Education Project der Soros-Stiftung versucht, durch ein besonderes Programm die Anstellung hochqualifizierter Rückkehrer zu unterstützen, kann aber, trotz mehrerer Erfolgsgeschichten, nur eine zahlenmäßig begrenzte Wirkung erzielen: ><http://www.cepro.ro/CEPonWeb/programs/LFF/LLF.htm><.

<sup>8</sup> Es gibt neustens eine reiche Literatur zur Entwicklung dieses Geschichtsbildes, welche durch meine zusammenfassende Schilderung dramatisch vereinfacht wird. Für ausführlichere Darstellungen siehe *Katherine Verdery*, *National Ideology under Socialism: Identity and Cultural Politics in Ceaușescu's Romania* (Berkeley 1991); *Lucian Boia*, *Istorie și mit în conștiința românească* (Bukarest 1997); *Mirela-Luminița Murgescu*, *What it Takes Being Romanian? Identity, National Memory, and History Schoolbooks in Romania (19th-20th Centuries)*, in: *Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas* 1 (1999) 95–114.

Römer eine edle, westliche Identität beanspruchen. Das Alter und die ununterbrochene Kontinuität der Daker und Römer auf dem Gebiet des heutigen Rumänien sind bedeutende Bestandteile dieses Geschichtsbildes und erlauben eine symbolische Behauptung der Rumänen gegen später eingezogene Bevölkerungsgruppen, besonders gegen die Ungarn (Prioritäts-Streit um Siebenbürgen).

2. Die Rumänen haben ihr Vaterland immer mutig gegen feindliche Eindringlinge verteidigt. In diesem ewigen Verteidigungskampf haben sich mehrere heldenhafte Führer ausgezeichnet, die die zahlenmäßig unterlegenen Rumänen zu glorreichen Siegen geführt haben. Der walachische Fürst Michael der Tapfere (1593 bis 1601) und der moldauische Fürst Ștefan der Große (1457–1504) sind die Hauptfiguren dieser Heldengalerie, die aber auch viele andere historische Fürsten und Heerführer wie auch den Dakerkönig Decebal (87–106) und den römischen Kaiser Trajan (98–117) einbezieht. Die Siege der mittelalterlichen Fürsten im Abwehrkampf gegen die Osmanen erlaubten den heldenhaften Rumänen, zur Verteidigung des Christentums (d.h. Europas) wesentlich beizutragen und auch die eigene Staatlichkeit zu behalten (dies zu einer Zeit, als die Balkanstaaten und Ungarn von den Osmanen jahrhundertlang besetzt waren).

3. Die Rumänen haben immer nach politischer Einheit gestrebt, obwohl sie während des Mittelalters und der Neuzeit lange in mehreren Staatsgebilden (grundsätzlich die Fürstentümer Walachei, Moldau und Siebenbürgen, wobei andere von Rumänen bevölkerte Gebiete weniger Aufmerksamkeit genießen) gelebt haben. Dieser Einheitsgedanke, welcher der Nationalbewegung des 19. Jahrhunderts entstammte, ist mit der Idee verknüpft, daß die Rumänen sich nie auf Ausländer stützen konnten, denn diese haben entweder „uns“ oft im Stich gelassen oder sogar versucht, das reiche rumänische Heimatland zu beherrschen.

Diese Meistererzählung wurde mit neueren Ereignissen bereichert (z.B. mit dem „Unabhängigkeitskrieg“ gegen die Osmanen 1877 bis 1878 oder mit der rumänischen Beteiligung am Ersten Weltkrieg 1916 bis 1919), blieb aber in seinen Grundzügen sinnbestimmend bis zum Zweiten Weltkrieg. Sie schlug sich früh in den Schulbüchern nieder<sup>9</sup> und wurde ein bedeutender Teil der nationalistischen Akkulturation der Bevölkerungsmehrheit im „Alten Königreich“ wie auch im zwischenkriegszeitlichen Großrumänien. Die kritischen Fragestellungen einiger professioneller Historiker fanden dabei kaum Nachhall in den breiteren Schichten der Bevölkerung, und die Verbreitung der Allgemeinbildung brachte als Nebenprodukt die Verstärkung des Nationalismus in der Zwischenkriegszeit<sup>10</sup>. Erst die sowjetische Besetzung in der Endphase des Zweiten Weltkrieges und die darauf folgende kommunistische Machtübernahme stellten dieses Geschichtsbild in Frage. Die kommunistischen Ideologen der 40er und 50er Jahre versuchten tatsächlich, das rumänische nationalistische Geschichtsbild durch die Anlehnung an

<sup>9</sup> *Mirela-Luminița Murgescu*, Între „bunul creștin“ și „bravul român“. Rolul școlii primare în construirea identității naționale românești (1831–1878) (Jassy 1999).

<sup>10</sup> *Irina Livezeanu*, Cultural Politics in Greater Romania. Regionalism, Nation Building & Ethnic Struggle, 1918–1930 (Ithaca 1995).

Slawen/Russen/Sowjetunion und durch die Idee des Klassenkampfes zu ersetzen. Dieser Versuch schlug sich in der öffentlichen Geschichtsschreibung nieder<sup>11</sup>, stieß aber auf erbitterte Abwehr in breiten Schichten der Bevölkerung und blieb deswegen wenig erfolgreich. Als gegen Ende der 50er Jahre die kommunistische Führung unter Gheorghe Gheorghiu-Dej begann, sich von der Sowjetunion zu distanzieren und um interne Unterstützung seitens der Bevölkerung zu werben, schlug sich die neue politische Richtung schon frühzeitig in der Geschichtsschreibung nieder. Das Produkt dieser ideologischen Wende war der sogenannte Nationalkommunismus.

Am Anfang war der Nationalkommunismus eine Kompromißlösung, welche erlaubte, den Marxismus als allgemeindeutende Theorie zu behalten, aber – neben der prinzipiell von den Produktivkräften und vom Klassenkampf bestimmten historischen Entwicklung – die politischen, militärischen, kulturellen Leistungen der Rumänen und ihre traditionelle Heldengalerie wieder in den Mittelpunkt der Geschichtsschreibung und Geschichtsvermittlung zu bringen. Es blieben auch Tabuthemen, besonders im Bereich der neueren und neuesten Geschichte, wo die Könige der Hohenzollern-Dynastie wie auch die bürgerlichen Parteien weiter negativ beurteilt werden mußten, während die Kommunisten als Vorkämpfer für nationale Werte, soziale Gerechtigkeit, nationale Einheit und staatliche Unabhängigkeit geschildert wurden. Die politische Dynamik der kommunistischen Herrschaft bestimmte aber auch eine allmähliche Verschiebung innerhalb der nationalkommunistischen Ideologie, indem die marxistische Komponente marginalisiert wurde und die nationalistische Dimension, die im Feld der Geschichtsschreibung auf eine reiche nationalistische Tradition zurückgreifen konnte, stets an Bedeutung gewann. Nicolae Ceaușescu, der 1965 die Macht übernahm, hatte während seines wenig erfolgreichen Besuchs der Elementarschule in der Zwischenkriegszeit eine überaus simplifizierte Version der rumänischen Nationalgeschichte beigeistert internalisiert und verstand es geschickt, durch den konsequenten Bezug zum traditionellen nationalistischen Geschichtsbild seine eigene Popularität zu fördern. Ceaușescu betonte immer, daß die rumänischen Kommunisten den jahrhundertlangen Kampf der Rumänen für staatliche Unabhängigkeit und nationale Einheit weiterführten; er wurde oft von den regimetreuen Ideologen (u.a. auch Historikern) als Vollender der nationalistischen, hauptsächlich von den mittelalterlichen Fürsten besetzten traditionellen Heldengalerie der Rumänen geschildert. In der Geschichtsschreibung gab es auch einige neue Akzente. Ceaușescus Politik schlug sich historiographisch in der Umdeutung diverser Kriege als Unabhängigkeitskämpfe, in der Betonung der Eintracht der Rumänen (mit Vertuschung vieler historisch belegbarer Meinungsunterschiede und regionaler Vielfalt) und in einer gewissen Verteufelung der „Großmächte“ nieder<sup>12</sup>. Im Kontext der erweiterten

<sup>11</sup> *Dionisie Ghermani*, Die kommunistische Umdeutung der rumänischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung des Mittelalters (München 1967) 16–123.

<sup>12</sup> *Vlad Georgescu*, Politică și istorie. Cazul comuniștilor români: 1944–1977 (Bukarest 1991) 66 ff.



allgemeinen Schulpflicht und der Zustimmung großer Teile der Bevölkerung zu Ceauşescus Außenpolitik gewann das nationalkommunistische Geschichtsbild einen breiten Einfluß; besonders die nationalen Minderheiten wurden aber dadurch eher entfremdet als integriert.

Die meisten Historiker haben die Wiederherstellung des nationalistischen Geschichtsbildes in den 60er und 70er Jahren unterstützt. Viele von ihnen verstanden aber die fachliche Integrität zu bewahren und wollten vermeiden, ideologische Diener des Regimes zu werden. Aus diesem Grund versuchten sie gewöhnlich, „in die Zeit zu fliehen“, beschäftigten sich also hauptsächlich mit weniger politisierbaren, oft technischen Aspekten der alten, mittelalterlichen oder frühneuzeitlichen Geschichte, während die neue und neueste Geschichte stärker dem ideologischen Druck ausgesetzt war. Ab Ende der 70er Jahren verschärfte sich der Gegensatz zwischen Ceauşescus Politik, Rumänien von jeglichem äußeren Einfluß abzuschirmen, und dem Streben vieler Historiker, die Beziehungen zur internationalen Geschichtsschreibung zu erweitern. In diesem Kontext entfaltete sich eine protochronistische Richtung in der rumänischen Kultur, welche in einem ultra-nationalistischen Sinn zu beweisen versuchte, daß die Rumänen sich immer als Vorreiter wissenschaftlicher und kultureller Errungenschaften ausgezeichnet haben, und daß es die Fremden sind, die diese hervorragenden Leistungen nicht anerkennen wollen. Obwohl viele der etablierten Historiker eher zurückhaltend gegenüber dem Protochronismus waren, wurde dieser eifrig von Dilettanten, Parteiideologen und Militärhistorikern vertreten<sup>13</sup>. Die wachsende Unzufriedenheit mit Ceauşescus Wirtschafts- und Innenpolitik begrenzte aber den Einfluß der protochronistischen Ansätze in der Geschichtsauffassung der meisten Rumänen. Das nationalistische Geschichtsbild blieb dabei unangetastet und wurde mehrmals durch ideologische „Abwehr-Kampagnen“ gegen die Thesen fremder Historiographien gefestigt<sup>14</sup>.

Nach der Wende blieb dieses nationalistische Geschichtsbild bestehen und wurde durch die inter-ethnischen Spannungen mit den Ungarn und durch die Schwierigkeiten des als „Neo-Kommunisten“ abgestempelten Staatspräsidenten Iliescu, vom Westen als Ansprechpartner anerkannt zu werden, mächtig gefördert. Dabei kam die ideologische Liberalisierung den Anhängern des Nationalismus zugute, denn sie konnten leicht auf die Werke vieler während des Kommunismus verbotener Intellektueller und Politiker zugreifen und ihre eigenen Meinungen auf ältere Autoritäten stützen. Das vorherrschende nationalistische Geschichtsbild wurde öfters für ganz bestimmte politische Zwecke mißbraucht und hat Rumäniens politische Entwicklung nach der Wende belastet.

Ein erstes Beispiel dieser Belastung war die Ausnutzung der historischen Argumente durch die Gesellschaft „*Vatra Românească*“, um die rumänische Gesell-

<sup>13</sup> Verderý, *National ideology* 167 ff.

<sup>14</sup> Z.B. Ştefan Pascu, Ştefan Ştefănescu (Hrsg.), *Jocul periculos al falsificării istoriei. Culegere de studii şi articole* (Bukarest 1986), ein gegen die ungarische „Geschichte Siebenbürgens“ gerichteter Sammelband, wo auch einige fachlich vertretbare Argumente und Beiträge im ideologisch bestimmten Ganzen verschwinden.

schaft gegen die Forderungen der Ungarn einzustimmen. Ein besonderer Anlaß dazu war der 30. August 1990, der 50. Jahrestag des 2. Wiener Schiedsspruchs (in Rumänien als „Wiener Diktat“ bezeichnet), als Hitler und Mussolini Rumänien gezwungen haben, einen Teil Siebenbürgens an Ungarn abzutreten; es wurden zahlreiche Veranstaltungen organisiert, und das Rumänische Parlament fand es notwendig, eine tagelange Sondersitzung, die das Fernsehen übertrug, diesem Ereignis zu widmen. Solche Sondersitzungen zum Gedenken besonderer historischer Ereignisse wurden damit zu einem Brauch im Rumänischen Parlament und verstärkten, abgesehen von den unterschiedlichen Akzenten in den Reden verschiedener Politiker, das nationalistische Geschichtsbild. Es folgte eine Fülle von Veröffentlichungen zum ungarischen Revisionismus, zum Leiden der Rumänen wegen der Ungarn<sup>15</sup>, und wann immer das Problem der regionalen oder lokalen Autonomie ins politische Gespräch kam, dann konterten die nationalistischen Ideologen mit geschichtsbezogenen Argumenten.

Ein anderes Beispiel ist das Antonescu-Thema. Marschall Ion Antonescu war Führer Rumäniens von 1940 bis 1944, führte es als Hitlers Verbündeter in den Zweiten Weltkrieg, wurde im Staatsstreich vom 23. August 1944 von König Michael I. verhaftet und 1946 als Kriegsverbrecher hingerichtet. Während der kommunistischen Herrschaft war Antonescu als Faschist abgestempelt, und Rumäniens Beteiligung am Krieg gegen die Sowjetunion war ein Tabuthema. Nach der Wende wuchs der Druck, diese Zeitspanne der rumänischen Geschichte wieder positiv zu bewerten. Dieser Druck kam zum Teil von den Überlebenden des Krieges im Osten, die die gleichen Veteranenrechte wie die Teilnehmer des Krieges im Westen 1944/45 forderten. Es gab auch viele Nostalgiker, die einfach glaubten, daß Antonescu hauptsächlich ein rumänischer Patriot gewesen sei, der in einer tragischen Situation gezwungen wurde, unglückliche Entscheidungen zu treffen. Die Versuche, Antonescu zu rehabilitieren und als einen positiven Helden zu bewerten, hatten aber auch von Anfang an klare politische Ziele. Antonescu sollte mit seinen militärischen Tugenden, mit seiner „Ordnung und Disziplin“-Politik und mit seinen gegen Minderheiten gerichteten Maßnahmen und Reden den Nationalismus der 90er Jahre legitimieren. Die Rehabilitierung Antonescus, an der viele nationalistische (früher oft stark an der nationalkommunistischen Propaganda beteiligte) Historiker, Politiker und aktive Offiziere eifrig mitgewirkt

<sup>15</sup> Z.B. *Ştefan Pascu*, Transilvania: inimă a pământului românesc şi leagăn al poporului român (Cluj-Napoca 1990); *Raul Şorban*, Fantasma Imperiului ungar şi Casa Europei (Bukarest 1990); *Ioan Coja*, Transilvania: invincibile argumentum (Bukarest 1990); *Traian Golea*, S.O.S. Transilvania: împotriva revizionismului unguresc cuibărit în Congresul American (Miami Beach 1993); *Mihai Stratulat*, Revizionismul şi neorevizionismul ungar (Bukarest 1994); *Ion Calafeteanu*, Revizionismul ungar şi România (Bukarest 1995); *Ioan Suta*, Transilvania: himera ungarismului iredentist (Bukarest 1995); *Ioan Chindriş*, *Gelu Neamţu* (Hrsg.), Procese politice antiromâneşti care au zguduit Transilvania în toamna anului 1848 (Bukarest 1995); *Augustin Deac*, Revizionismul ungar: permanent factor destabilizator în Europa (Bukarest 1996); *Ioan N. Ciolan*, Transilvania prigonită de unguri (Târgu-Mureş 1997).

haben<sup>16</sup>, richtete sich gegen den Anspruch der Anhänger des abgedankten Königs Michael I., die konstitutionelle Monarchie wiederherzustellen. Als die politische Opposition gegen den Staatspräsidenten Iliescu die Figur des Königs als Symbol des „normalen“, westlich orientierten, vorkommunistischen Rumäniens hervorhob, konterten die ideologischen Vertreter des Nationalkommunismus, daß König Michael durch den Staatsstreich vom 23. August praktisch Rumänien den Sowjets ausgeliefert, und daß er auch der Verurteilung und Hinrichtung des rumänischen Patrioten Antonescu durch die Kommunisten zugestimmt habe. Darauf erwiderten die Gegner Antonescus, daß sein Antikommunismus nicht demokratischer Gesinnung entstammte, daß er Rumänien im Krieg gegen die Westmächte geführt und daß er tatsächlich kriminell gegen Minderheiten, besonders gegen die Juden, gehandelt habe<sup>17</sup>. Trotz des Gewichts dieser Argumente und der Komplexität der Kontroverse<sup>18</sup> waren die Anhänger Antonescus erfolgreicher in der öffentlichen Vermittlung ihrer Deutung, und in den 90er Jahren entstand ein bedeutender Antonescu-Kult, der sich in einer Fülle von Veranstaltungen und Publikationen und auch in der Errichtung mehrerer Denkmäler niederschlug<sup>19</sup>.

## II. Die Aufarbeitung der Geschichte in Rumänien in den 90er Jahren

Nach der Wende verlangte ein Teil der Gesellschaft die Abschaffung der kommunistischen Lügen und die Wiederherstellung der „wahren“ Geschichte Rumäniens. Obwohl die sich als anti-kommunistisch definierende politische Opposition der frühen 90er Jahre öfters versuchte, die Aufarbeitung der Geschichte an einen „Prozeß wider den Kommunismus“ zu knüpfen, gelang es den Anhängern

<sup>16</sup> Gheorghe Buzatu (seit 2000 Vizepräsident des Senats seitens der nationalistischen Partei „România Mare“) war die historiographische Galionsfigur der „Rehabilitierung“ von Ion Antonescu mit den Werken: *Gheorghe Buzatu* (Hrsg.), *Mareşalul Antonescu în faţa istoriei*, 2 Bde. (Jassy 1990); *Ion Antonescu*, Un A.B.C. al anticomunismului românesc, hrsg. v. *Gheorghe Buzatu*, 2 Bde. (Jassy 1992, 1999). *Antonescu – Hitler*, *Correspondenţă şi întâlniri inedite (1940–1944)*, hrsg. v. *Vasile Arimia*, *Ion Ardeleanu*, *Ştefan Lache*, 2 Bde. (Bukarest 1991); *Jipa Rotaru*, *Octavian Burcin*, *Vladimir Zodian*, *Mareşalul Ion Antonescu: am făcut „războiul sfânt“ împotriva bolşevismului: campania anului 1941* (Oradea 1994).

<sup>17</sup> Siehe besonders die Quellenausgaben des Zentrums für das Studium der Geschichte der Juden in Rumänien: *Martiriul evreilor din România 1940–1944. Documente şi mărturii* (Bukarest 1991); *Evreii din România între anii 1940–1944*, 4 Bde. (Bukarest 1993–1998).

<sup>18</sup> Man muß betonen, daß die Verstrickung von Geschichtsdeutung und Politik nicht immer die historiographischen Meinungen bestimmte: Ein Teil der Antikommunisten (und sogar auch der Anhänger König Michaels) beteiligte sich trotz der Politik an der positiven Bewertung von Antonescu, während Iliescu und ein Teil seiner Anhänger an der Tradition des „linken Antifaschismus“ festhielten und vermieden, Antonescu zu „rehabilitieren“ (Iliescus kritische Stellungnahmen zu Antonescu in den frühen 90er Jahren sind im Internet zu finden: ><http://www.presidency.ro/ptsiteiliescu/prezentare/presedinte/html/1995/374-scris-950818-csce.htm><).

<sup>19</sup> Eine ausführliche Dokumentation in ><http://home.t-online.de/home/totok/ion.htm><.

Iliescu, geschickt die konsensfähige Idee der „wahren“ Geschichte anzunehmen und von den unerwünschten politisch-juridischen Folgerungen abzukoppeln. Unter dem Schirm der Rumänischen Akademie wurde sogar ein Institut zum Studium des Totalitarismus gegründet, welches sich hauptsächlich mit der politischen Repression in der ersten (stalinistischen) Phase des Kommunismus beschäftigte. Der Druck zur Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit Rumäniens war aber bereits in der Gesellschaft verwurzelt. Eine bedeutende Rolle spielten die ehemaligen politische Häftlinge, die gleich nach der Wende einen eigenen Verband gründeten und stark in Politik und öffentlichen Debatten mitwirkten. Für diese Überlebenden der kommunistischen Repression war die Aufarbeitung dieser Seite der rumänischen Geschichte Voraussetzung für eine moralische wie auch materielle Wiedergutmachung ihrer Leiden. Organisationen der Zivilgesellschaft, die sich mit der anti-kommunistischen politischen Opposition verbunden fühlten, machten diese Aufarbeitung der Nachkriegsgeschichte zu einem ihrer Hauptthemen. Das tonangebende Bürgerliche Bündnis (Alianța Civică) gründete eine Tochter-Organisation (Academia Civică) zu diesem Zweck, die zahlreiche Veranstaltungen organisierte und Publikationen veröffentlichte. Sie wirkte auch maßgebend an der Errichtung eines Memorials in Sighet, dem ehemaligen Gefängnis, mit, wo ein großer Teil der politischen und kulturellen Elite Rumäniens von Kommunisten verhaftet und mißhandelt worden war.

Viele Historiker kamen dieser Nachfrage nach und veröffentlichten Quellen Ausgaben (inklusive Zeitzeugenbefragungen), Studien und Monographien zu den früher als Tabu behandelten Themen. Hauptrichtungen dieser Vergangenheitsaufarbeitung waren die Aufklärung der Rolle der Sowjetunion in der Zeit der kommunistischen Machtübernahme (entscheidend zur Delegitimierung des Kommunismus als vom Erzfeind aufgezwungen), der Repression und Leiden unter dem Kommunismus sowie die Erforschung des aktiven Widerstands gegen den Kommunismus (Rumänien sollte im Vergleich zu anderen Ostblockstaaten nicht weniger antikommunistisch erscheinen) und die „Rehabilitierung“ vieler vorkommunistischer Politiker und Intellektueller, besonders derer, die während des Kommunismus gelitten haben oder verboten waren<sup>20</sup>.

Diese Aufarbeitung der Geschichte des 20. Jahrhunderts erzielte einen öffentlichen Wertewechsel im Bezug auf die Zwischenkriegszeit und auf die kommunistische Herrschaft als Ganzes. Die vorkommunistische Zeit wird positiv, während der Kommunismus jetzt negativ bewertet wird. Diese mechanische Umdeutung wurde schon von einigen nationalistischen Ansätzen der 80er Jahre vorbereitet<sup>21</sup> und verschleiert viele Ambiguitäten.

<sup>20</sup> Listen dieser Beiträge sind in der historiographischen Bibliographie Rumäniens zu finden: *Bibliografia istorică a României*, Bd. VIII, 1989–1994 (Bukarest 1996) 53–55, 220–224, und Bd. IX, 1994–1999 (Cluj-Napoca 2000) 53–57, 337–348; im folgenden zitiert: *Bibliografia*. Über die methodologische Unreife und die analytischen Mängel der meisten Beiträge zur rumänischen Zeitgeschichte habe ich mich schon kritisch geäußert in: *B. Murgescu, A fi istoric* 39–44.

<sup>21</sup> Es gab in den späten 70er und den 80er Jahren mehrere Romane, in welchen das Unrecht

Die bedeutendste ist die fehlende Diskussion des Nationalkommunismus. Die Historiker haben sich auf die erste Phase des Kommunismus beschränkt und die späteren Phasen der kommunistischen Herrschaft kaum untersucht. Die Gründe dazu waren vielfältig. Die Greueltaten der 40er und 50er Jahre konnten dem Einfluß der Sowjetunion zugeschrieben werden, während für die Zeit des Nationalkommunismus diese Entschuldigung nicht mehr überzeugend ist. Die härteste politische Repression hat in den 40er und 50er Jahren stattgefunden, und in den frühen 60er Jahren wurden die meisten politischen Häftlinge freigelassen. Viele Rumänen waren in den 60er und 70er Jahren ziemlich zufrieden und behielten eine positive Erinnerung an diese Zeit. Ein anderer Grund war die Tatsache, daß die Archive für die neueste Geschichte geschlossen blieben (das Gesetz verordnet eine Frist von mindestens 30 Jahren bis zur Offenlegung der Akten<sup>22</sup>). Man muß noch in Betracht ziehen, daß die meisten Täter der 50er Jahre entweder verstorben oder alt und einflußlos sind, während viele Aktive der späteren Phasen des Kommunismus sich tatkräftig gegen eine Aufklärung ihrer Tätigkeit im Dienste Ceauşescus einsetzen konnten. Unter diesen Umständen mündete die Aufarbeitung der kommunistischen Vergangenheit nicht in eine Infragestellung des nationalistischen Kerns der rumänisch-historischen Meistererzählung. Dieser Mangel hat auch ihre Wirkung auf die politische Willensbildung in Rumänien drastisch begrenzt, was sich im Jahr 2000 zeigte, als die nationalistische „Großrumänien-Partei“ in den Wahlen zweitstärkste politische Kraft Rumäniens wurde.

In den 90er Jahren entfaltete sich aber auch eine andere Richtung der kritischen Auseinandersetzung mit der rumänischen Geschichtswissenschaft. Sie hat ihre Wurzeln in der Kultur- und Mentalitätsgeschichte, die sich seit den 60er Jahren im Dialog mit der westlichen Geschichtswissenschaft, hauptsächlich mit der französischen „Annales-Schule“, entwickelt hatte. Zur Zeit des Kommunismus begannen Hauptvertreter dieser Richtung wie Alexandru Duţu, Pompiliu Teodor und Alexandru Zub durch raffinierte und vielschichtige Studien einen alternativen Diskurs zu führen, welcher viele junge Historiker und andere Geisteswissenschaftler anlockte und ihnen half, das Potential der neueren Ansätze der westlichen Geschichtsschreibung wahrzunehmen. Vor der Wende stellten die Beiträge dieser methodologisch fortgeschrittenen Kulturgeschichte die Kernpunkte der nationalkommunistischen Meistererzählung eher indirekt in Frage. In den 90er Jahren haben die neuen politischen Rahmenbedingungen wie auch ein gewisser Genera-

der 50er Jahre beschrieben wurde, während mehrere Historiker mit parteilicher Bewilligung „progressistische“ Richtungen im zwischenkriegszeitlichen Rumänien untersuchten.

<sup>22</sup> Eine Ausnahme ist durch das 1999 verabschiedete Gesetz zur Offenlegung der Akten der Securitate gemacht worden. Der zuständige Nationalrat (CNSAS) und die ihm unterstellte Behörde haben im Jahr 2000 begonnen, die Kandidaten für öffentliche Ämter zu prüfen und mehrere Politiker als Mitarbeiter der Securitate enttarnt. Die Partei „România Mare“ hat mehrmals verlangt, daß man die ganze Behörde abschafft, aber die anderen Parteien haben nicht gewagt, einen solchen Schritt zu unternehmen. Jedoch konnte der CNSAS nur einen bescheidenen Teil der Akten von den Geheimdiensten bekommen und ist deshalb vielfachen Kritiken ausgesetzt. Die Behörde hat auch eine kleine Forschungsabteilung und plant, bei der historiographischen Aufklärung der Securitate mitzuwirken.

tionswechsel dazu beigetragen, daß die Vertreter der Mentalitätsgeschichte zur Dekonstruktion der nationalistischen Meistererzählung geschritten sind. Galionsfigur dieser Richtung wurde der Bukarester Historiker Lucian Boia, aber man muß gleich betonen, daß dieser historiographische Trend viel breiter angelegt war und teilweise nur durch Boias Anregung publik geworden ist. Andrei Pippidi betrachtete schon seit den 70er Jahren mehrere Aspekte der rumänischen Identität kritisch<sup>23</sup>, und aus der jüngeren Generation untersuchte Sorin Mitu die Identitätsbildung der Rumänen in Siebenbürgen im 19. Jahrhundert<sup>24</sup>, während Mirela-Luminița Murgescu die massenhafte Verbreitung des nationalistischen Geschichtsbildes in den rumänischen Elementarschulen seit den 1860er Jahren beschrieb<sup>25</sup>.

Boia, Professor an der historischen Fakultät der Universität Bukarest, leitet seit 1993 ein Zentrum für die Geschichte des Imaginären. Er hat die Untersuchung der historischen Mythen angespornt, mehrere Tagungsbände zu diesem Thema herausgegeben<sup>26</sup> und ein systematisch-polemische Buch dazu veröffentlicht<sup>27</sup>. Sein Hauptargument war, daß die rumänische Ideologie des 19. und 20. Jahrhunderts als Antwort auf die nationale Herausforderung der Moderne entstanden sei und daß die rumänische Geschichtsschreibung, manchmal instinktiv, manchmal bewußt, versucht habe, den Rumänen historische Argumente für eine positive Selbst-Definition im symbolischen europaweiten Wettkampf zu liefern. Boia beschreibt, wie die rumänischen Historiker und Intellektuellen die unterschiedlichen Elemente der rumänischen Identität konstruiert haben und wie sie als Antwort auf zeitgenössische Herausforderungen ihre Meinungen verändert oder Akzentverschiebungen durchgeführt haben. Er hat immer betont, daß ein solches Verhalten der Historiker keine rumänische Besonderheit sei und hat auch mehrere Bücher geschrieben, die weltweit die Umdeutung der Geschichte zum Thema haben<sup>28</sup>. Immer unterstrich Boia, daß er nicht versuchte, die historischen Mythen zu zerstören, sondern nur die rumänische Gesellschaft aufklären wolle, welche Mythen in der gegenwärtigen Orientierungskrise zu behalten und aufzubauen sind. Sein Ansatz wurde jedoch von vielen Seiten als ein Angriff auf die historisch gebildete rumänische Identität empfunden.

Diese Perzeption wurde höchstwahrscheinlich durch die Medienkampagne um Boias Beiträge gesteigert. Viele Intellektuelle mit unterschiedlichen geisteswissenschaftlichen Interessen haben Boias Ansatz als eine grundlegende Zäsur in der rumänischen Geschichtsschreibung gefeiert. Dabei fühlten sich aber viele Historiker von Boias ironischer Auseinandersetzung mit vielen historischen Problemen

<sup>23</sup> Mehrere seiner älteren Aufsätze wurden jetzt in einem Band veröffentlicht: *Andrei Pippidi*, *Despre statui și morminte. Pentru o teorie a istoriei simbolice* (Jassy 2000).

<sup>24</sup> *Sorin Mitu*, *Geneza identității naționale la românii ardeleni* (Bukarest 1997).

<sup>25</sup> *M.-L. Murgescu*, *Între „bunul creștin“ și „bravul român“*.

<sup>26</sup> *Lucian Boia* (Hrsg.), *Mituri istorice românești* (Bukarest 1995); *Lucian Boia* (Hrsg.), *Miturile comunismului românesc*, 2 Bde. (Bukarest 1995–1997).

<sup>27</sup> *Boia*, *Istorie*.

<sup>28</sup> *Lucian Boia*, *Jocul cu trecutul. Istoria între adevăr și ficțiune* (Bukarest 1998); *Lucian Boia*, *Două secole de mitologie națională* (Bukarest 1999).

provoziert und fanden, daß Boia eigentlich auch ihre eigene Arbeit und Beiträge in Frage stelle. Diese Ablehnung führte viele Historiker unterschiedlicher Generationen dazu, in Boias Buch handwerkliche Ungereimtheiten zu suchen und dann kritisch offenzulegen. Aber das Hauptargument der Gegner Boias war, daß Boia durch seine Respektlosigkeit gegenüber großen Historikern wie z.B. Iorga und Xenopol, die Professionalität der ganzen Historikerkunft angreife<sup>29</sup>.

Angespornt durch Boias Herausforderung, haben mehrere Historiker versucht, einen „dritten Diskurs“ zu beginnen. Dieser Ansatz wurde hauptsächlich von Sorin Antohi theoretisiert<sup>30</sup>. Antohi, der eigentlich der kulturgeschichtlichen Richtung angehört, stimmt der intellektuellen Dekonstruktion der Mythen zu, bezweifelt aber Boias Relativismus und die Auswirkungen seines Ansatzes in der postkommunistischen rumänischen Gesellschaft. Antohi analysiert den Gegensatz zwischen der traditionalistisch-nationalistischen Geschichtsschreibung und der dekonstruktivistischen Schule im breiteren Rahmen der kulturellen Kontroverse zwischen „Autochtonisten“ und „Westlern“, und behauptet: „Ich glaube daß der stigmatisierte Rumäne unserer Tage eine weniger radikale Botschaft über seine individuelle und kollektive Identität besser aufnehmen würde; eine Botschaft welche, anstatt ihn zu verteufeln oder zum Opfer zu machen, ihn belehren würde, daß er Mensch ist wie alle Menschen [...] Wenn er aufhört, der einzige Krüppel der Geschichte zu sein oder ihr letzter Patient, dann würde der arme Rumäne auch den Ruf der Demokratie besser wahrnehmen.“<sup>31</sup> Tatsächlich ist aber Antohis Projekt inhaltlich viel näher der dekonstruktionistischen Richtung: „Wir sollten darüber nachdenken, wie wir eine ebenso radikale, aber dem Kanon der rumänischen historischen Studien gerechter werdende Kritik üben, und auch, wie wir geschickter die von der rumänischen Geschichtsschreibung schon produzierten soliden kritischen Elemente in einem globalen theoretisch-methodologischen Kontext nutzen können.“<sup>32</sup> Es ist offensichtlich, daß Antohi um eine breite Schicht rumänischer Historiker, die sich hauptsächlich mit der handwerklichen Untersuchung konkreter historischer Probleme beschäftigen, wirbt. Inwieweit aber diese Historiker auf den Ruf zu einem „dritten Diskurs“ im Sinne Antohis antworten oder ihn doch als zu weit entfernt vom Geist ihrer empirischen Untersuchungen empfinden, steht noch offen.

<sup>29</sup> Radu Păun, Miturile demitificării sau radiografia unei şanse ratate. *Lucian Boia*, Istorie şi mit în conştiinţa românească, in: *Revista istorică X* (1999) 175–184; *Ioan-Aurel Pop*, Istoria, adevărul şi miturile (Note de lectură) (Bukarest 2002).

<sup>30</sup> Sorin Antohi, Al treilea discurs. Cultură, ideologie şi politică în România, dialog cu Adrian Marino (Jassy 2001).

<sup>31</sup> Sorin Antohi, Exerciţiul distanţei. Discursuri, societăţi, metode (Bukarest 1997) 310.

<sup>32</sup> Alexandru Zub, Sorin Antohi, Oglinzi retrovizoare. Istorie, memorie şi morală în România (Jassy 2002) 97.

### III. Die historiographische Gegenoffensive der Nationalisten

Die Verteidiger des nationalistischen Geschichtsbildes haben am Anfang wütend auf Boias Ansatz reagiert. Boia wurde 1995 in einer TV-Sendung der Armee sogar als von außen inspirierter Anti-Patriot abgestempelt. Es kam aber zu keiner fachlichen Auseinandersetzung, denn die Gegner Boias zogen es vor, in eigenen Diskursen den Angriff auf die glorreiche rumänische Vergangenheit zu verteufeln. Damit konnten sie aber eine breite Bevölkerungsschicht überzeugen, daß eine internationale Verschwörung die Rumänen ihrer Vergangenheit berauben wolle.

Nach einer langen „low-profile-Vorbereitung“ und vielem Abwarten fanden die Verteidiger des nationalistischen Geschichtsbildes im sogenannten „Schulbuchskandal“ von 1999<sup>33</sup> den Anlaß zur Gegenoffensive.

Unter den Mitte-rechts Koalitionsregierungen der Jahre 1996 bis 2000 schien es möglich zu sein, der Öffentlichkeit eine ausgewogenere Version der rumänischen Vergangenheit zu vermitteln. Mehrere Regierungsmitglieder, u. a. auch Andrei Marga, Bildungsminister von 1997 bis 2000, waren der Meinung, daß eine gewisse Entschärfung des noch stark nationalistisch geprägten Geschichtsunterrichts im allgemeinen Schulwesen bedeutend für die weitere demokratische Entwicklung Rumäniens sei. Die Durchführung der geplanten Erneuerung des Geschichtsunterrichts war aber besonders ungeschickt. Sie vollzog sich im Kontext gravierender Tarifkonflikte im Bildungswesen (wobei die Löhne der Lehrer deutlich unter dem nationalen Durchschnitt lagen und bis heute blieben) und einer Kürzung der für den Geschichtsunterricht vorgesehenen Lehrstunden. In diesem Kontext extremer Lehrerunzufriedenheit entschied der Bildungsminister 1999, alle Curricula für den Geschichtsunterricht im Oberschulwesen (9. bis 12. Klasse) zu verändern. Im Unterschied zu den anderen Lehrfächern, wo die Reform graduell eingeführt wurde, verordnete der Minister, daß für Geschichte in nur wenigen Monaten neue Schulbücher für alle vier Jahrgänge der Oberschule vorbereitet und schon ab Herbst 1999 benutzt werden sollten. Gemäß dem neuen Prinzip alternativer Schulbücher wurden mehrere Schulbücher für jeden Jahrgang bewilligt. Die meisten in großer Eile geschriebenen Schulbücher waren konformistisch, und praktisch alle wiesen zahlreiche Fehler auf. Eines der Schulbücher für den 12. Jahrgang (rumänische Geschichte), das von einer Gruppe junger Historiker unter Koordination von Sorin Mitu verfaßt wurde, versuchte aber eine nichtnationalistische,

<sup>33</sup> Mein Bericht beruht hauptsächlich auf der ausführlichen Analyse in: *Mirela-Luminița Murgescu*, Between Nationalism and Europeanism or How to Adjust Two Concepts for One Shoe? Remarks about the debate on national history and textbooks in Romania, Vortrag zur Tagung: The image of Europe between globalization and national consciousness: traditional concepts and recent developments in the teaching of history, geography and civic education in the countries of the European Union, Eastern Europe and the Balkans (Turin 2000) (im Druck); dazu auch: *Armin Heinen*, Auf den Schwingen Draculas nach Europa? Die öffentliche Debatte um neue Schulbücher als Indikator der Transformationskrise der rumänischen Geschichtskultur, in: *Jahrbücher für Geschichte und Kultur Südosteuropas* 2 (2000) 91–104.



ausgewogene und vom Dekonstruktivismus beeinflusste Geschichte zu vermitteln. Anfang Oktober 1999 griff der formell unabhängige, aber oppositionsnahe Senator Sergiu Nicolaescu, Regisseur vieler nationalistisch-gesinnter historischer Filme unter Ceauşescu und während der 90er Jahre, vehement das anti-patriotische Sigma-Schulbuch (das Schulbuch war vom Sigma-Verlag in Bukarest veröffentlicht worden) an. Er verlangte sogar in der Senatssitzung, daß man es auf einem öffentlichen Platz verbrennen solle. Viele Politiker, Journalisten und Historiker schlossen sich ihm sogleich an, und die Debatte um die alternativen Schulbücher tobte für mehr als einen Monat in den Medien, in den Bildungsinstitutionen, in privaten Gesprächen und auch im Parlament. In der Historikerkunft mußten viele Farbe bekennen, und mehrere Institutionen versuchten, auch in der Debatte mitzureden mit den historischen Fakultäten der „alten“ Universitäten in Cluj und Bukarest als Verteidigern der Deutungsfreiheit der Historiker und der Rumänischen Akademie (unterstützt von mehreren neuen historischen Fakultäten, z.B. der aus Craiova) als Hochburg der traditionellen Geschichtsschreibung. Einen Monat später wurde im Abgeordnetenhaus ein Antrag zum Verbot des Sigma-Schulbuches abgelehnt, aber die ganze Debatte hatte eine sehr breite Öffentlichkeit gegen jede Erneuerung des traditionellen nationalistischen Geschichtsbildes mobilisiert und auch mehreren nationalistischen Historikern erlaubt, sich zu profilieren und ihre Geschlossenheit zu testen.

Nach den Parlaments- und Präsidentenwahlen im November/Dezember 2000 konnten die nationalistischen Historiker zur großangelegten und institutionell gestützten Gegenoffensive starten. Die Leitfigur dieser historiographischen Richtung war der Zeithistoriker Ioan Scurtu, der im Januar 2001 zum Bildungsberater des wiedergewählten Staatspräsidenten Iliescu ernannt wurde. Scurtu, Lehrstuhlinhaber an der historischen Fakultät der Universität Bukarest, der sich schon zur Zeit Ceauşescus als Historiker der Zwischenkriegszeit einen gewissen Ruf erworben hatte, war 1991 bis 1996 Generaldirektor der Nationalarchive und profilierte sich seit 1990 konsequent als Verteidiger der nationalistischen Meistererzählung. Im Zusammenhang mit dem „Schulbuchskandal“ hat er das sogenannte „Roller-Argument“ entwickelt: Seiner Meinung nach war die von der „Annales-Schule“ inspirierte Dekonstruktion nationaler Mythen eine Neuauflage des antinationalen Versuchs des sowjetisch-gesinnten Historikers Mihail Roller<sup>34</sup>, die rumänische Geschichte in den 50er Jahren zu verfälschen: „Einige Leute, die bestimmte Ideen durchsetzen wollen, kommen und sagen, daß diese westlich, modern und dem neuen Geist verbunden seien. Ich sage ehrlich, daß mich diese Ideen an einen Teil der 50er Jahre erinnern, als dieselbe Ideologie vorherrschte, d.h. die marxistisch-

<sup>34</sup> Mihail Roller (1908 bis 1958) war die Leitfigur der rumänischen Geschichtsschreibung im ersten Jahrzehnt der kommunistischen Herrschaft. Nach Studien in der Sowjetunion wurde er mit der Aufsicht über die Geschichtsschreibung vom Zentralkomitee der Partei beauftragt und auch zum Vizepräsidenten der Akademie ernannt (obwohl er nie promoviert hatte). Sein Schulbuch zur Geschichte Rumäniens wurde ein Symbol der sowjetisch-kommunistischen Umdeutung der rumänischen Geschichte. Sein Einfluß ging nach 1955 allmählich zurück, 1958 hat Roller Selbstmord begangen.

leninistische Lehre, Genosse Stalin, der dialektische und historische Materialismus.“<sup>35</sup> Scurtu deutete implizit an, daß die Rumänen auch der „De-Mythisierung“ erfolgreich widerstehen und ihre nationale Vergangenheit behaupten würden, wie es auch nach Rollers Entlassung geschehen war. Im November 1999 gelang es Scurtu, zum Präsidenten der Rumänischen Gesellschaft für Geschichtswissenschaften gewählt zu werden, obwohl das Bildungsministerium und die Bukarester Filiale der Gesellschaft sich seiner Wahl widersetzen. Nach seiner Ernennung zum Bildungsberater des Staatspräsidenten konnte Scurtu seine eigenen Ideen als öffentliche Regierungslinie vorstellen. In einem Interview vom Frühjahr 2001 bekräftigte er die Linie der nationalistischen Geschichtsschreibung: „Nach 1989 haben wir eine Erneuerung der Praxis der 1950er Jahren erlebt, als unsere Geschichte und Kultur in den schwärzesten Farben vorgestellt war. 1953 mahnte Mihail Roller die Historiker zu untersuchen, wie groß Ștefan der Große und wie tapfer Michael der Tapfere gewesen sein könnten, denn sie waren feudale Fürsten, welche das arbeitende Bauerntum ausbeuteten [...] Welcher Unterschied besteht zwischen dieser Auffassung und der Art und Weise, in welcher einige historische Figuren in einem bestimmten 1999 veröffentlichten Geschichtsschulbuch dargestellt sind? [...] Ein solcher Ansatz ist kein Unfall, es ist nicht das Produkt des Denkens isolierter Einzelgänger, sondern es ist ein geplantes Unternehmen, das – unter dem Vorwand der ‚Demythisierung‘ – auf die Minimalisierung und sogar die Zerstörung der nationalen Werte zielt. Ich betone, daß im Curriculum für die Geschichte der Rumänen in der 12. Klasse, das vom Bildungsministerium 1999 bestätigt wurde, die vier ‚Pfeiler‘ unserer Existenz fehlen: das Alter, die Kontinuität, die Unabhängigkeit und die Einigkeit.“<sup>36</sup> Diese vier Pfeiler, die in Scurtus Text fettgedruckt sind, sind zentrale Bestandteile der im 19. Jahrhundert entstandenen und von Ceaușescu erweiterten und bekräftigten Meistererzählung der rumänischen Vergangenheit.

Scurtu benutzte seinen politischen Einfluß, um seine historiographische Macht auszubauen. Im April 2001 wurde er Direktor des „N. Iorga-Instituts“ in Bukarest, dem bedeutendsten historischen Forschungsinstitut der Rumänischen Akademie. Er versuchte auch, zum korrespondierenden Mitglied der Rumänischen Akademie gewählt zu werden, verpaßte aber sein Ziel, weil die Satzung der Akademie verbietet, daß hochrangige staatliche Amtsinhaber während ihrer Amtszeit in die Akademie gewählt werden. Trotz dieser Niederlage ist es Scurtu gelungen, seinen Einfluß durch nationalistisch gesinnte Verbündete in mehreren Institutionen zu erweitern. Sein Einfluß in den „alten“ historischen Fakultäten und auch in einigen Forschungsinstituten wie dem „Xenopol-Institut“ in Jassy bleibt jedoch beschränkt. Im September 2001 hat die neue Bildungsministerin Ecaterina Andronescu ohne jedwede Expertenberatung das Sigma-Schulbuch durch Ministerbefehl in den Schulen verboten.

<sup>35</sup> *Curierul Național* X (16.–17. Oktober 1999) 3.

<sup>36</sup> *Ioan Scurtu*, in: *Adevărul literar și artistic* (3. April 2001) 3.

Die Verteidiger des nationalistischen Geschichtsbildes fanden es notwendig, eine neue, autoritative Version der rumänischen historischen Meistererzählung anzubieten. Der Literaturkritiker Eugen Simion, der sich als Präsident der Rumänischen Akademie in den 90er Jahren als Gegner jedweder kritischer Infragestellung der Symbole rumänischer Identität profiliert hatte, hat diese Aufgabe zur Chefsache gemacht und dem seit 1994 zögernd betriebenen Projekt eines großen historischen Handbuchs der Akademie tatkräftige Impulse gegeben. Die Mitarbeiter wurden gemahnt, eiligst ihre Beiträge zu liefern, und im Dezember 2001 waren die ersten vier Bände (bis 1601) des großen Handbuchs „Geschichte der Rumänen“<sup>37</sup> gedruckt; man verkündete, daß die nächsten vier Bände (bis 1947) 2002 erscheinen würden. Die Zielsetzung des Handbuchs wurde von Dan Berindei, dem Präsidenten der historischen Sektion der Akademie und Koordinator des gesamten Projektes, im Klartext offengelegt: „Durch dieses Werk werden alle Konfusionen geklärt, die in den letzten Jahren ‚aufgeblüht‘ sind; zur selben Zeit wird es einen Schlußstrich geben für die Herabsetzung historischer Persönlichkeiten, für die Überschreitungen der ‚De-Mythisierung‘, für das ‚Ausschütten des Kindes zusammen mit dem Badewasser‘. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte kehrt damit zurück in den Griff der Fachleute, weil in diesem Bereich nach 1989 viele Berufene und Unberufene mitgemischt haben.“<sup>38</sup> Die Absicht, das Akademie-Handbuch als *die* einzige autorisierte Geschichte der Rumänen vorzustellen, ist offensichtlich. Dem diente auch die feierliche öffentliche Präsentation des Werkes, die durch die Medien ging und an der Staatspräsident Iliescu und der Premierminister Năstase teilnahmen<sup>39</sup>.

Auf den ersten Blick ist das Akademie-Handbuch beeindruckend. Die 2001 veröffentlichten vier Bände haben insgesamt über 3000 Seiten, die Autorenliste enthält 59 Namen, unter ihnen viele bekannte Historiker. Wenn man aber ins Detail geht, dann sind die Unzulänglichkeiten offensichtlich. Die vielen Fehler belegen Schlampigkeit. Das Handbuch ist veraltet, nicht nur in der Autorenstruktur<sup>40</sup>, sondern auch inhaltlich. In vielen Fällen wurden die Beiträge der neueren Geschichtsschreibung nicht wahrgenommen oder nur in die Bibliographie eingefügt. Die Verantwortung dafür trägt hauptsächlich die Koordinatorengruppe, die schon 1994 entschieden hat, die um 1980 vorbereiteten Beiträge für ein

<sup>37</sup> *Istoria românilor*, Bd. I-IV (Bukarest 2001). Obwohl der Akademiepräsident Eugen Simion im Vorwort die Hoffnung äußert, daß das Handbuch bald die ganze Geschichte der Rumänen bis zur neuesten Zeit darstellen wird (*Istoria*, Bd. I, XIII), erklärt in der Einleitung der Herausgeber des Handbuchs, Dan Berindei, daß der 9. Band (über die kommunistische Zeit) erst „in den folgenden Jahren“ geschrieben werden soll und daß der 10. Band zum Post-Kommunismus und der 11. Band zur Geschichtsschreibung eigentlich in einer unbestimmten Zukunft erscheinen werden (*Istoria*, Bd. I, XVII). Es ist offensichtlich, daß die Vorbereitung der letzten drei Bände noch nicht begonnen hat, und man darf zweifeln, ob die nationalistischen Historiker eigentlich eine ernste Absicht dazu für die nähere Zukunft haben.

<sup>38</sup> Dan Berindei, in: *Istoria*, Bd. I, XIX.

<sup>39</sup> >[http://www.academiaromana.ro/academia2002/acadrom/pag09\\_08.htm](http://www.academiaromana.ro/academia2002/acadrom/pag09_08.htm)<.

<sup>40</sup> Unter den 59 Ko-Autoren sind nur vier nach 1946 geborene Historiker (also unter 55 Jahre alt), und etwa die Hälfte der Autoren sind über 70 Jahre alt oder schon verstorben.

gescheitertes Akademie-Handbuch als Basis des neuen Handbuches zu übernehmen. In einigen Fällen haben die Autoren diese Materialien umgearbeitet oder sogar neue Beiträge geschrieben, aber in vielen Fällen wurden einfach die alten Texte mit unbedeutenden Veränderungen benutzt. Im März 2002 kamen auch die ersten Plagiatsbeschuldigungen an die Öffentlichkeit<sup>41</sup>: Von mehreren Historikern, die ihre Mitarbeit am neuen Handbuch verweigert hatten oder die inzwischen verstorben waren, wurden die alten Texte übernommen und mit der Unterschrift anderer Autoren in das neue Akademie-Handbuch eingefügt! Nach einer vorläufigen Untersuchung des anerkannten Mittelalterforschers Șerban Papacostea handelte es sich um wenigstens zwölf Historiker, deren Beiträge enteignet wurden<sup>42</sup>.

Das Echo des Plagiat-Skandals blieb jedoch begrenzt. Nur wenige, hauptsächlich der älteren Generation angehörende Historiker haben sich hinter Papacostea gestellt, während die Vertreter der Akademie unverschämt genug waren zu erwidern, daß das Handbuch im Großen und Ganzen eine hervorragende wissenschaftliche Leistung sei, man die Fehler in einer Neuauflage verbessern werde und man dann auch den nicht genannten Autoren ihre Beiträge zuerkennen werde. Eigentlich seien Papacostea und die anderen Angreifer selbst schuld, weil sie sich nicht an der Vorbereitung des Handbuches beteiligen wollten<sup>43</sup>! Die Polemik hat sich um die ethische Komponente entwickelt, und die inhaltlichen Aspekte haben weniger oder gar keine Aufmerksamkeit erregt. Die Tageszeitungen und andere Medien beschäftigten sich nicht mit dem Skandal, so daß er nur in kulturellen Wochenzeitschriften und in privaten Diskussionen emporkam. Trotz des Mißerfolgs in den Medien ist es klar, daß die Gegner des Akademie-Handbuches wenigstens innerhalb der Historikerkunft und der kulturellen Eliten die Glaubwürdigkeit dieser erneuten Version der nationalistischen Meistererzählung dauernd in Frage gestellt haben. Es bleibt aber noch offen, inwieweit die Geschichtslehrer und das breite Publikum das Akademie-Handbuch doch als Meistererzählung („wahre“ Geschichte) annehmen werden. Diese Frage ist um so offener, als das Akademie-Handbuch eigentlich sehr lang und unattraktiv geschrieben ist, und weil mehrere einbändige Gesamtdarstellungen rumänischer Geschichte in den letzten Jahren von Florin Constantiniu<sup>44</sup>, von einer Fünfergruppe rumänischer und westlicher

<sup>41</sup> Șerban Papacostea, O nouă sinteză de istorie a românilor; metodă și probitate, in: „22“ XIII, 10, 5.–11. März (2002) 7. Andere Historiker belegten zusätzliche Plagiatfälle und Ethik-Mängel. Besonders empörend ist der Fall des verstorbenen Archäologen Radu Popa. Dessen Beiträge wurden fragmentarisch und ohne klare Zuordnung in „kollektiv“ unterschriebenen Kapiteln gemeinsam mit Texten des ebenfalls verstorbenen Ștefan Pascu und des noch lebenden Ștefan Olteanu von letzterem verschmolzen, obwohl Popa in einem testamentarischen Aufsatz die Ansätze von Pascu und Olteanu scharf kritisiert hatte: *Radu Popa, Observații și îndreptări la istoria României din jurul anului o mie*, in: SCIVA 42 (1991) 154–188; *Petre Alexandrescu*, Volumul III din Istoria Românilor, o istorie în trei acte și un deznodământ, in: „22“ XIII, 18, 30. April–6. Mai (2002) 12.

<sup>42</sup> Șerban Papacostea, O carte de istorie și istoria ei, in: „22“ XIII, 28, 9.–15. Juli (2002) 9.

<sup>43</sup> „Academica“ 1 (April 2002) 38–40.

<sup>44</sup> Florin Constantiniu, O istorie sinceră a poporului român (Bukarest 1997; <sup>2</sup>1999; <sup>3</sup>2002).

Historiker<sup>45</sup>, von einer Gruppe von 13 hauptsächlich an der historischen Fakultät in Bukarest lehrender Historiker<sup>46</sup> und auch von Lucian Boia<sup>47</sup> erschienen sind, und zusammen mit der älteren Synthese des verstorbenen Vlad Georgescu<sup>48</sup> wettbewerbsfähige Alternativen bilden.

#### IV. Perspektiven am Anfang des 21. Jahrhunderts

Heutzutage (Oktober 2002) stehen das Ansehen und die soziale Kohärenz der rumänischen Geschichtsschreibung auf einem Tiefpunkt. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Geschichtsforschung und Geschichtsvermittlung sind unzureichend. Es besteht aber ein bedeutender Erneuerungsdruck.

Die bedeutendste Errungenschaft der Wende, die vollkommene Forschungs-, Veröffentlichungs- und Lehrfreiheit bleibt bestehen und wird auch in absehbarer Zeit nicht in Frage gestellt. Obwohl die meisten Historiker im Geist der nationalistischen Meistererzählung tätig sind, gibt es auch in der rumänischen Geschichtsschreibung viele neue Ansätze, die das Bild der Vergangenheit erweitern und/oder verändern. Diese neuen Ansätze sind besonders in der Mentalitätsgeschichte<sup>49</sup>, aber auch in der von Braudel beeinflussten Geschichte des Mittelalters und der Frühen Neuzeit<sup>50</sup>, in der vergleichenden, statistisch-belegten Wirtschaftsgeschichte<sup>51</sup>, in der theoretisch reflektierten Sozialgeschichte<sup>52</sup>, in der Minderheiten-<sup>53</sup> und Frauengeschichte<sup>54</sup> vorhanden. Der seit 2000 erfolgreich von der

<sup>45</sup> Mihai Bărbulescu, Dennis Deletant, Keith Hitchins, Şerban Papacostea, Pompiliu Teodor, *Istoria României* (Bukarest 1998; 2002).

<sup>46</sup> B. Murgescu, *Istoria*.

<sup>47</sup> Lucian Boia, *România, țară de frontieră a Europei* (Bukarest 2002).

<sup>48</sup> Vlad Georgescu, *Istoria românilor. De la origini până în zilele noastre* (Bukarest 1992) (zuerst 1984 englisch veröffentlicht).

<sup>49</sup> Für die Vielfalt der mentalitätsgeschichtlichen Beiträge, siehe Bibliografia, Bd. VIII, 80–81 und Bd. IX, 105–111.

<sup>50</sup> Bogdan Murgescu, *Circulația monetară în Țările Române în secolul al XVI-lea* (Bukarest 1996); Bogdan Murgescu, *Istorie românească – istorie universală (600–1800)* (Bukarest 1994, 21999).

<sup>51</sup> Victor Axenciuc, *Evoluția economică a României. Cercetări istorico-statistice. 1859–1947*. Vol. I. Industria, Vol. II. Agricultură, Vol. III. Monedă-credit-comerț-finanțe publice (Bukarest 1992, 1996, 2000); Gheorghe Dobre (Hrsg.), *Economia României în context european – 1938* (Bukarest 1996); Gheorghe Dobre, *Economia României în context european – 1947* (Bukarest 1997); Grigorescu, *Nivelul*.

<sup>52</sup> Gheorghe Platon, *Alexandru-Florin Platon*, *Boierimea din Moldova în secolul al XIX-lea. Context european, evoluție socială și politică (Date statistice și observații istorice)* (Bukarest 1995); Alexandru-Florin Platon, *Geneza burgheziei în Principatele Române (a doua jumătate a secolului al XVIII-lea – prima jumătate a secolului al XIX-lea. Preliminariile unei istorii* (Jassy 1997).

<sup>53</sup> Victor Neumann, *Istoria evreilor din România* (Temesvar 1996); Viorel Achim, *Țigani în istoria României* (Bukarest 1998); Lucian Nastasă, Andrei Varga (Hrsg.), *Minorități etno-culturale. Mărturii documentare. Țigani din România (1919–1944)* (Cluj 2001). Für die

Stiftung „Noua Istorie“ mit Unterstützung der Körber-Stiftung organisierte Schülerwettbewerb ISTORIA MEA – EUSTORY trägt wesentlich dazu bei, die junge Generation an einen erweiterten und ausgewogenen Geschichtsbegriff zu gewöhnen und auch zur eigenen Forschung zu ermuntern, zu Themen wie Kindheit und Jugend in der Geschichte (2000) und Technik und Technologien in den Gemeinschaften von gestern und heute (2001–2002)<sup>55</sup>. Obwohl viele dieser Ansätze den harten Kern des nationalistischen Geschichtsbildes nicht frontal ablehnen, erzeugen sie schon ein methodologisches und ideologisches Spannungspotential, das mittelfristig das Weiterbestehen der traditionellen Meistererzählung unterminieren wird.

Ein guter Teil des Erneuerungsdruckes ist auch generationsbezogen. Heutzutage ist in der rumänischen Geschichtsschreibung eine Generation von Historikern maßgebend, die sich in den späten 50er und frühen 60er Jahren, also im Kontext der Anti-Roller Re-Nationalisierung der rumänischen Geschichte gebildet hat; deswegen sind viele von ihnen auch psychologisch der traditionellen nationalistischen Meistererzählung eng verbunden und den theoretischen Ansätzen der Sozialwissenschaften und den methodologischen Entwicklungen der neueren Geschichtsschreibung gegenüber abgeneigt. Um 2005 werden besonders an den Universitäten die Vertreter dieser Generation das Emeritierungsalter erreichen<sup>56</sup> und ihre Machtpositionen jüngeren Kollegen übergeben müssen. Gemäß dem jetzigen Gesetz haben in den rumänischen Universitäten alle fest angestellten Lehrkräfte gleiches passives Wahlrecht, deswegen kursieren heutzutage mehrere Reformpläne, die in formeller Anlehnung an westliche Modelle versuchen, die Position des Nachwuchses und des Mittelbaus gegenüber den etablierten Professoren zu schwächen. Inzwischen haben jedoch schon viele Historiker der jüngeren Generation promoviert, *conferențiar*-Stellen oder sogar Professuren besetzt, und sind also formell fähig, zu Lehrstuhlinhabern, Dekanen oder Rektoren gewählt zu werden. Der Machtkampf in den Institutionen wird also in einigen Jahren besonders heftig sein, und dies umso mehr, weil die institutionelle und finanzielle Krise mit dem voraussehbaren Sinken der Studentenzahlen nach 2008 (die Geburtenzahl ist nach der Wende deutlich geringer geworden) die Universitäten besonders hart treffen wird.

Dynamik dieses Untersuchungsfeldes vergleiche Bibliografia, Bd. VIII, 235–236, und Bd. IX, 382–392.

<sup>54</sup> Ștefania Mibăilescu, *Emanciparea femeii române. Antologie de texte*, Bd. I 1815–1918 (Bukarest 2001); Ghizela Cosma, Enikő Magyari-Vincze, Ovidiu Pecican (Hrsg.), *Prezențe feminine. Studii despre femei în România* (Cluj-Napoca 2002).

<sup>55</sup> [www.geocities.com/noua\\_istorie](http://www.geocities.com/noua_istorie). Die Charta des EUSTORY-Netzwerkes, welcher Wettbewerbe in 14 europäischen Ländern veranstaltet, ist ebenfalls im Internet zu finden: >[http://www.stiftung.koerber.de/eustory\\_index.html](http://www.stiftung.koerber.de/eustory_index.html)<.

<sup>56</sup> Das Gesetz sieht eine Emeritierung im Hochschulwesen mit 65 Jahren vor, mit der Möglichkeit jährlicher Verlängerungen bis zum Alter von 70 Jahren, die aber von den Fakultätsräten und Universitätssenaten bewilligt werden müssen. Ab dem 65. Lebensjahr darf kein Professor neu in ein Führungsamt gewählt werden.

Es gibt aber auch einen anderen Aspekt des Generationskampfes. Die Zahl der jungen Historiker, die im Ausland ihre Studien abgeschlossen haben, steigt. Trotz der Tatsache, daß sich viele entschlossen haben, ihre Karriere im Westen fortzusetzen, steigt der Druck der möglichen oder tatsächlichen Rückkehrer. Diese finden aber keine geeigneten Stellen und werden oft trotz überlegener Qualifikation von den etablierten Professoren wegen mangelnder persönlicher Verbundenheit oder wegen stilistischer Fremdheit abgelehnt. Diese zurückkehrenden Bewerber haben auch kaum Mittel, sich in institutionellen Grabenkämpfen durchzusetzen und werden deswegen höchstwahrscheinlich versuchen, ihre Widersacher auf der symbolischen Ebene zu bezwingen. Dabei wird sich auch erweisen, daß der Geist, in dem diese jungen Historiker ausgebildet sind, sich stark vom nationalistischen Gedankengut der älteren rumänischen Historiker unterscheidet. Man darf deswegen erwarten, daß die künftigen Polemiken sowohl die ideologischen Verbindungen wie auch die methodologischen und theoretischen Grundlagen der Geschichtsschreibung zur Diskussion stellen werden.

Obwohl viele Historiker abgeneigt sind, sich an offenen Polemiken zu beteiligen, sind sie zugleich dem Druck vieler Sozialwissenschaftler und Literaturspezialisten ausgesetzt, die wenig von der Zurückhaltung der Historiker halten und offene Debatten verlangen. Dieser Druck, welcher auch mit dem Postmodernismus vieler Schriftsteller und kultureller Zeitschriften verbunden ist, wird den polemikfreudigeren Historikern eine Plattform liefern und eine offene Austragung vieler Differenzen unvermeidlich machen.

Unter diesen Umständen wage ich zu behaupten, daß die zukünftigen Auseinandersetzungen zwischen den rumänischen Historikern sich nicht nur in internen Grabenkämpfen äußern werden, sondern auch in einen öffentlichen Historikerstreit münden werden. Inwieweit dies zu einer allgemeinen Aufarbeitung der Vergangenheit führen wird, steht dahin. Das Beispiel der BRD zeigt, daß eine solche Aufarbeitung der Vergangenheit stark von den politischen, generationellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt. Die aktive Auseinandersetzung mit der deutschen Vergangenheit fand erst ab den 60er Jahren statt, nachdem das Wirtschaftswunder die materiellen Sorgen gelindert hatte und als viele junge Leute die Vergangenheitsverdrängung der älteren Generationen nicht mehr akzeptieren wollten. Solche Voraussetzungen sind noch nicht in Rumänien vorhanden, aber sie sind im Entstehen und werden in etwa drei bis fünf Jahren reifen. Problematischer ist die Beteiligung der Politik an diesem Prozeß, aber auch hier kann der Vergleich mit Deutschland hilfreich sein. Wie Konrad Adenauer sind die meisten rumänischen Politiker eher zurückhaltend, wenn es um eine offene, kritische und tiefgreifende Aufarbeitung der Vergangenheit geht. Es war eine oft ausgesprochene Idee, die Vergangenheit den Historikern zu überlassen und kein aktuelles Thema daraus zu machen. Es bestehen jedoch zwei Umstände, die die Politiker zwingen, eine gewisse Aufarbeitung der Vergangenheit zu erlauben oder sogar zu fördern.

Der erste ist der außenpolitische Druck. Extremismus, Xenophobie und Antisemitismus sind im Westen nicht vermittelbar, und ihre Verwurzelung im nationa-

listischen Geschichtsbild ist unübersehbar. Die Vereinigten Staaten, Deutschland, Israel und viele internationale Organisationen haben sich gegen den Antonescu-Kult geäußert und erklärt, daß die rumänische Regierung in diesem Fall handeln muß, wenn Rumänien in die westlichen Organisationen (NATO, EU) aufgenommen werden will. Staatspräsident Iliescu hat mehrmals geäußert, daß Antonescu ein Kriegsverbrecher gewesen sei. Ein hochrangiger General wurde wegen Beteiligung am Antonescu-Kult gezwungen, in den Ruhestand zu treten, und 2002 wurde eine Dringlichkeitsverordnung verabschiedet, die es erlaubt hat, die Antonescu-Statuen von den öffentlichen Plätzen zu entfernen und auch weitere faschistische, rassistische oder fremdenfeindliche Veranstaltungen und Tätigkeiten zu verbieten<sup>57</sup>. Diese Maßnahmen wurden auch von mehreren wissenschaftlichen Tagungen, Sonderkursen und Veröffentlichungen begleitet<sup>58</sup>, aber die Regierung hat die Debatten eher halbherzig unterstützt, und viele Rumänen sind immer noch überzeugt, daß Antonescu kein Kriegsverbrecher gewesen sei und daß Rumänien ihn nur so unter westlichem Druck bezeichnet habe<sup>59</sup>.

Es ist offensichtlich, daß viele der heutigen Politiker nicht an die Wirksamkeit einer offenen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und mit der eigenen Identität glauben. Dies ist bei vielen von ihnen mit der Ideologieverdrossenheit der letzten Ceauşescu-Jahre sowie mit der eigenen Idealismuslosigkeit verbunden. Die Politiker können aber nicht übersehen, daß das nationalistische Geschichtsbild hauptsächlich den im Westen untauglichen extremistischen Parteien dient. In Rumänien hat die historisch-bezogene nationalistische Rhetorik der 90er Jahre hauptsächlich der „România Mare-Partei“ Wähler gebracht, und aus den Wahlen des Jahres 2000 ist diese als zweitstärkste Partei mit mehr als 20% der Wählerstimmen hervorgegangen. Obwohl die regierenden Politiker hoffen, mit anderen Mitteln den Aufschwung der „România Mare“ in Schranken zu halten, haben mehrere von ihnen in letzter Zeit offen angegeben, daß eine langfristige Strategie gegen den „Extremismus“ notwendig sei<sup>60</sup>. Ob diese Wahrnehmung tatsächlich in eine öffentliche Strategie der politischen Bildung münden wird und inwieweit eine solche Strategie auch die Aufarbeitung der Vergangenheit enthalten wird, ist noch vollkommen offen. Man kann jedoch voraussagen, daß ohne eine Entschärfung der nationalistischen Geschichtsvermittlung die demokratische Bildung kaum Aussichten auf Erfolg hat<sup>61</sup>.

<sup>57</sup> ><http://home.t-online.de/home/totok/ion.htm><.

<sup>58</sup> *Randolph L. Braham*, Prefaţa la ediţia română, in: *Exterminarea evreilor români şi ucraineni în perioada antonesciană* (Bukarest 2002) 5–10.

<sup>59</sup> Der Verteidigungsminister Paşcu hat angeblich bei der Sommerschule 2002 der sozialdemokratischen Jugend jedwede tiefgreifendere Diskussion mit folgender Äußerung vermieden: „Dies ist die internationale Beurteilung, sie hat sich nicht verändert, und daß wir jetzt ein anderes Urteil geben, wäre unproduktiv“ (zitiert in: *Ziua*, 26. 07. 2002).

<sup>60</sup> Diese Idee wurde Ende September von Informationsminister Vasile Dâncu ins Gespräch gebracht und vom Premierminister Adrian Năstase mit einigen Vorbehalten bekräftigt (*Adevărul* 3812/25. 09. 2002 und 3815/28. 09. 2002).

<sup>61</sup> Eine ähnliche Überzeugung hat dazu geführt, daß der Europarat und die erste Tafel des Stabilitätspaktes für Südosteuropa mehrere Projekte im Bereich des Geschichtsunterrichts



Abgesehen von den Politikern ist die Erweiterung und Ausgewogenheit des öffentlichen Geschichtsbildes eine Aufgabe der Historiker und gewissermaßen aller Intellektuellen. Deshalb wird von Bedeutung sein, wie die Historiker diese Aufgabe wahrnehmen und ob sie dieser Aufgabe gewachsen sein werden. Es ist offensichtlich, daß eine erfolgreiche Aufarbeitung der Vergangenheit nicht ohne gründliche Vorbereitung, ohne institutionelle und fachliche Voraussetzungen möglich ist<sup>62</sup>. Drei Aspekte erscheinen mir entscheidend. Erstens müssen die Themen der Auseinandersetzung bestimmt und gründlich aufgearbeitet werden, um in den Kontroversen genug fachliche „Munition“ zu haben. Dann müssen die Felder, Mittel und Medien der Auseinandersetzung bestellt und präpariert werden, um nicht nur die Historikerkunft, sondern auch die breitere Öffentlichkeit zu erreichen. Diese Aufgabe ist durch die Tatsache erschwert, daß die Historiker in Rumänien bis jetzt keine allgemein verbreiteten und anerkannten professionellen Zeitschriften haben. Es besteht ein bedeutender und dringender Nachholbedarf auch in den Bereichen der Rezensionspraxis, der Gewohnheit, an kritischen Debatten teilzunehmen, und auch bei den Kontakten zu den Massenmedien. Last, but not least kann sich eine erfolgreiche Aufarbeitung der Vergangenheit nicht nur mit der Dekonstruktion der irreführenden Mythen begnügen, sondern muß auch einen positiven (konstruktiven) Ansatz entwickeln, d.h. frühere historische Orientierungselemente restlos durch historische Ansätze ersetzen, welche die Menschlichkeit, die Toleranz für das Unterschiedliche und das friedliche Zusammenleben fördern. Auch wenn jetzt die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Aufarbeitung der Vergangenheit noch nicht vorhanden sind, ist es nicht verfrüht, an der konsequenten und systematischen Vorbereitung dieser Voraussetzungen mitzuwirken.

unterstützen. Inwieweit aber diese Projekte auch die Politiker in Rumänien und in den anderen südosteuropäischen Ländern überzeugen werden, eine langfristige Strategie der demokratischen politischen Bildung durchzusetzen, ist in diesem Moment nicht zu bewerten.

<sup>62</sup> Eine ausführlichere Diskussion zur Vorbereitung einer erfolgreichen Auseinandersetzung in der rumänischen Geschichtswissenschaft in: *B. Murgescu, A fi istoric* 110–133.



*Vasile Dumbrava*

## Warum Geschichte immer wieder neu betrachtet werden muß

### Die Republik Moldova und der Umgang mit der Vergangenheit

Pflicht des Historikers, das Wahre vom  
Falschen, das Gewisse vom Ungewissen,  
das Zweifelhafte vom Verwerflichen zu  
unterscheiden.

*(Johann Wolfgang von Goethe<sup>1</sup>)*

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die wichtigsten Debatten um die „Geschichte“ unter Historikern in der Republik Moldova seit dem Umbruch von 1989 darzustellen und zu analysieren. Insbesondere soll der Frage nachgegangen werden, welche Traditionslinien die moldauischen Historiker vertreten. Des weiteren steht die Einstellung der Historiker gegenüber der „tatsächlichen“, „vermeintlichen“ oder „eingebildeten“ Vergangenheit und den politischen Symbolen im Vordergrund.

Obwohl die von Michail Gorbachev deklarierte Perestroika zu einem spürbaren Wandel in den Auseinandersetzungen mit der Geschichte in vielen Sowjetrepubliken führte, blieb die offizielle Geschichtsschreibung in der Moldauischen Sozialistischen Sowjetischen Republik (MSSR) dogmatisch und stur. Die moldauischen Historiker unternahmen während der Perestroika kaum einen Versuch, die Geschichte kritisch zu untersuchen und andere Themen zu behandeln, als die von „oben“ vorgeschriebenen.

In der MSSR haben rumänischsprachige Schriftsteller die Wandlungen der Zeit aktiver begleitet als die Historiker<sup>2</sup>. Im Jahre 1987 brach der Schriftstellerverband

<sup>1</sup> *Dietrich Simon*, Eine ganze Milchstraße von Einfällen. Aphorismen von Lichtenberg bis Raabe (Rostock 1976) 193.

<sup>2</sup> Näheres bei *Gheorghe E. Cojocaru*, Scriitorii și imperatiile restructurării, in: *Gheorghe E. Cojocaru*, 1989 la est de Prut (Chișinău 2001) 9–12; *Gh. Ghimpu*, Conștiința națională a românilor moldoveni (Chișinău 1999) 413; *Klaus Heitmann*, Probleme der moldauischen Sprache in der Ära Gorbachev, in: *Südosteuropa* 38 (1989) 28–53; *Klaus Heitmann*, Sprache und Nation in der Republik Moldova, in: *Konfliktregion Südosteuropa. Vergangenheit und Perspektiven. Vorträge der Ringvorlesung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn im WS 1995/96 u. SS 1996*, Bd. 8 (München 1997) 83.

das „eisige Schweigen“ über die sprachlichen und geschichtlichen Probleme in Moldova<sup>3</sup>. Schriftsteller nahmen die Revision des sowjetischen Geschichtsbildes in Angriff<sup>4</sup>. Sie haben sich bemüht, die „weißen Flecken“ der „nationalen Geschichte“ aufzuarbeiten und eine Antwort auf die Fragen „Woher kommen wir?“, „Wer sind wir und was wollen wir?“<sup>5</sup>, „Welche Sprache sprechen wir?“<sup>6</sup> zu geben. Die Schriftsteller haben versucht, einen wissenschaftlichen Anspruch auf detailgetreue Wiedergabe „historischer Wahrheit“ aufzuzeigen: „Wir erwarten von unserer Geschichtsschreibung vollständige und plausible wissenschaftliche Erklärungen und nicht ein Vakuum von Schweigen, das beliebig mit verschiedenen Mutmaßungen gefüllt werden kann. [...] Die wissenschaftliche Wahrheit muß ohne Umwege, mit allen ihren dunklen und hellen Seiten weitergegeben werden.“<sup>7</sup>

Die direkte Kritik an der Geschichtsschreibung der Sowjetzeit erfolgte in dieser Phase durch eine Reihe von Artikeln, die in der Zeitschrift des Schriftstellerverbandes *Literatura și Artă* (Literatur und Kunst)<sup>8</sup> erschienen sind. Die Mitglieder des Schriftstellerverbandes sprachen sich gegen die „Fälschungen“ der Vergangenheit mit ihrem „Appell an alle wohlgesinnten Menschen der Republik“<sup>9</sup> aus. Hierbei stand im Vordergrund der Bruch mit der „Falschheit und Lüge“, die dem Terror der stalinistischen Periode entsprangen. So zeigte der Schriftsteller Dumitru Matcovschi in seinem Artikel „Povara istoriei“ (Die Last der Geschichte) im Jahre 1988, daß „die Geschichte der Republik so geschrieben worden ist, wie der ‚Experte‘ (damit ist die Führung der Kommunistischen Partei gemeint) es wollte“<sup>10</sup>; somit wandte er sich gegen die bisherige offizielle Geschichtspolitik der moldauischen Kommunistischen Partei. Der Protest wurde deutlicher mit der Gründung des „Alexei Mateevici Literatur und Musikclubs“<sup>11</sup> und der „Moldauischen Demokratischen Bewegung zur Unterstützung der Perestroika“<sup>12</sup>. Als oberstes

<sup>3</sup> Die Schriftsteller forderten die Umbenennung von Straßen und Plätzen, die Errichtung eines Denkmals für den rumänischen Dichter Mihai Eminescu, die Erforschung der Tabu-Themen: Hunger in der MSSR in 1946–1947 und Deportationen in den Jahren 1940–1949. Vgl. Schiță de program în domeniul istoriei, in: *Ion Hadârcă, Arena cu iluzii* (Chișinău 2000) 217–218.

<sup>4</sup> Näheres bei Vasile Dumbrava, Zwischen Anpassung und Ausgrenzung. Zur Lage der rumänischsprachigen Intellektuellen in der Republik Moldova 1987–1991, in: *Martina Winkler, WortEnde. Intellektuelle im 21. Jahrhundert?* (Leipzig 2001) 51–67.

<sup>5</sup> *Emil Mândăcanu*, A fi sau a nu fi? in: *Literatura și Artă*, 27. Oktober 1988, 8; *ders.*, Ce suntem și ce vrem? in: *Literatura și Artă*, 9. August 1990, 8.

<sup>6</sup> *Valentin Mândăcanu*, Veșmintul ființei noastre, in: *Nistru* 4 (1988).

<sup>7</sup> *Ion Hadârcă*, Rolul și misiunea de răspundere a scriitorului în opera de educare internaționalistă și patriotică a oamenilor muncii, in: *Literatura și Artă* 46, 12. November 1987, 5.

<sup>8</sup> Das Echo, das sie fand, war enorm: 1989 lag die Auflage der *Literatura și Artă* bei 186 000.

<sup>9</sup> Adresare către toți oamenii de bună credință din republică, in: *Literatura și Artă*, 27. Oktober 1988, 1.

<sup>10</sup> *Dumitru Matcovschi*, Povara istoriei, in: *Literatura și Artă*, 17. März 1988, 3.

<sup>11</sup> Cenaclul literar-muzical Alexei Mateevici.

<sup>12</sup> Die Moldauische Demokratische Bewegung zur Unterstützung der Perestroika (Mișcarea Democratică Moldovenească întru Susținerea Restructurării) wurde am 27. Mai gegründet.

Gebot galt es, die „Verunreinigung“ der Geschichte durch die vom Staat gelenkte offizielle Historiographie zu beseitigen und der Geschichte eine neue Deutung zu geben: „Nur die Rückkehr zu den Wurzeln, d.h. die Rettung der Sprache, die Rückkehr zum lateinischen Alphabet und die Rehabilitation unserer wahren Geschichte werden unserem Volk das Vertrauen in seine Kräfte wiedergeben und es von den Verbrechen Stalins befreien [...]“<sup>13</sup>.

Zum zentralen Anliegen für die rumänischsprachigen Literaten wurde auch die Neubewertung der kulturellen und politischen Beziehungen zu Rumänien. So formulierte beispielsweise 1990 der Literat Gheorghe Mazilu in der Zeitschrift „Nistru“: „Niemand verlangt die Korrektur der Helsinki-Akte oder eine Revision der derzeitigen Grenzen. Wir verlangen die Wiederherstellung der historischen Wahrheit, wir fordern ein Ende des kulturellen, ideologischen und politischen Gegeneinander-Ausspiels der Bessarabier und der Rumänen in Rumänien, diese Politik ist gescheitert trotz der Beharrlichkeit der Behörden. Die engen Kontakte zwischen Rumänen beiderseits des Pruth, die frei sind von Aberglauben und irgendwelchen Verboten, werden ein neues Klima des Vertrauens schaffen und die verschiedensten unechten Probleme ad absurdum führen, sie werden einen wirklichen Beitrag zur Schaffung des gemeinsamen Hauses Europa leisten und die Beziehungen zwischen der UdSSR und Rumänien spürbar verbessern ... Der Augenblick ist gekommen. Wir glauben, daß die Zeit gekommen ist, um die Dinge beim Namen zu nennen: Wir sind ein Volk, das vor Zeiten nicht aus eigenem Willen oder Vergnügen zweigeteilt wurde.“<sup>14</sup>

Nachdem bei den Parlamentswahlen im Februar 1990 die moldauische Kommunistische Partei eine für sie schockierende Niederlage erlitt, forderte die Volksfront Moldovas (FPM)<sup>15</sup>, die im Obersten Sowjet über zwei Drittel der Mandate verfügte<sup>16</sup>, die völlige Loslösung der MSSR von der Sowjetunion und die Einführung der rumänischen Nationalhymne „Deşteaptă-te Române“ (Erwache, Rumäne), ein Revolutionslied von 1848, als moldauische Staatshymne und die Einführung der rot-gelb-blauen Trikolore als Flagge der Republik<sup>17</sup>.

1990–1991 wurden die politischen Symbole aus der Sowjetzeit in Museen gebracht, geschändet oder vernichtet und neue Symbole geschaffen: Am 27. April 1990 wurde an Stelle der grünroten Republikfarben mit Hammer und Sichel die rumänische Trikolore zur Staatsflagge der MSSR, am 23. Mai wurde die MSSR in

<sup>13</sup> *Spiridon Vangheli*, Răspuns la o scrisoare deschisă, in: *Literatura și Arta*, 16 martie 1989, 5.

<sup>14</sup> Bis 1812 gehörte Bessarabien zum Fürstentum Moldau. *Gh. Mazilu*, Miturile ideologice, dogmele și clasicii, in: *Nistru* 4 (1990) 6.

<sup>15</sup> Die Forderung der Volksfront Moldovas hatte am Anfang einen nationalen Charakter. Im Sommer 1990 trat die FPM für die Vereinigung mit Rumänien ein. Es hat Versuche gegeben, die Russen bzw. die Russischsprachigen als Feinde zu behandeln. Es ist wichtig, daß zwischen nationalen und nationalistischen Verhaltensweisen der FPM unterschieden wird.

<sup>16</sup> *Klaus Neukirch*, Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung (Münster 1996) 94.

<sup>17</sup> *Gheorghe E. Cojocaru*, Congresul constitutiv al Frontului Popular din Moldova, in: *ders.*, 1989 la est de Prut (Chișinău 2001) 99.

Republik Moldova umbenannt<sup>18</sup>; der 27. August, der Tag der Unabhängigkeit der Republik Moldova<sup>19</sup>, wurde zum Nationalfeiertag, die Denkmäler von Lenin, Marx und Engels wurden entfernt, der Errichtung von Denkmälern zu Ehren nationaler Helden und Schriftsteller wurde eine besondere Bedeutung zugeschrieben. Schon im Jahre 1990 wurde das Denkmal der „kapitolinischen Wölfin“ vor dem Nationalen Geschichtsmuseum in Chişinău errichtet. Damit wurde nicht nur eine Kopie eines verlorenen Denkmals erneut aufgestellt (1925 erstmals enthüllt, 1940 verschwunden), vielmehr sollte damit, wie die Tageszeitungen anlässlich der Enthüllungsfeierlichkeit berichteten, die Zugehörigkeit zur „Romania“ symbolisch dargestellt werden. Der rumänischen Sprache und Kultur wurde besondere Bedeutung beigemessen, um bei den Moldauern das rumänische Identitätsgefühl zu stärken. Deshalb kehrte man auch zu den traditionellen rumänischen Vornamen und rumänischen Bezeichnungen für Straßen, Orte, Plätze etc. zurück. In vielen Fällen handelte es sich bei den Umbenennungen um eine Rückbenennung, d.h. um eine Wiederherstellung der Situation während der Zwischenkriegszeit<sup>20</sup>.

Anders entwickelt sich die Geschichte in Transnistrien. Im September 1990 proklamierte der Oberste Sowjet in der „Hauptstadt“ Tiraspol die Transnistrische Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik<sup>21</sup>. Die transnistrische Führung begann eine Kampagne der Glorifizierung des „großen russischen Volkes“ und der sowjetischen Geschichte<sup>22</sup>. Um die Erinnerung an die Sowjetunion zu festigen, erhielten viele Straßen die Namen von „Helden der Sowjetunion“, von sowjetischen Generälen etc. Zur politischen, kulturellen und räumlichen Orientierung wurden sowjetische Symbole wie Flagge und Denkmäler herangezogen<sup>23</sup>.

<sup>18</sup> Vgl. *Neukirch*, Die Republik 94 f.

<sup>19</sup> *Jürgen Erfurt*, Sprachpolitik und Sprachpraxis in der Republik Moldova, in: *Grenzgänge. Beiträge zu einer Modernen Romanistik* 5 (Leipzig 1998) H. 9, 111–121.

<sup>20</sup> Vgl. *Vasile Dumbrava*, Konflikte um Symbole in der Republik Moldova: Die Auseinandersetzungen um Straßennamen, in: *Wolfgang Dahmen, Johannes Kramer*, *Balkan-Archiv* 24/25 (Würzburg 2000) 175–190.

<sup>21</sup> Später wird sie in Transnistrische Moldauische Republik (Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublika, PMR) umbenannt. Näheres dazu bei *Klemens Büscher*, Separatismus in Transnistrien. Die „PMR“ zwischen Rußland und Moldova, in: *Osteuropa* 46 (1996) 860–875; *Stefan Troebst*, Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE, in: *Friedensbericht 1998: Afrikanische Perspektiven: Theorie und Praxis ziviler Konfliktbearbeitung*, hrsg. v. *Günter Baechler, Arno Truger* (Zürich 1998) 347–379; *Gottfried Hanne*: Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung (Köln 1998); *Charles King*, *The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture* (Stanford 1999).

<sup>22</sup> *Fenomen Pridnestrov'ja*, Autorenkollektiv *N. V. Babilunga* u. a., (Tiraspol 2000).

<sup>23</sup> *Elfie Siegl*, Drei Lenins in einer Straße waren einer zuviel. Präsidentenwahlkampf in der von Moldova abtrünnigen Republik Transnistrien. Igor Smirnov will sich eine dritte Amtszeit sichern, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 286, 8. Dezember 2001, 3; *Mattias Rüb*, Das kleine Königreich des kleinen Lenin, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* Nr. 7, 9. Januar 2001, 6.

## I. Eine neue Gruppe von Historikern

Ende der achtziger, Anfang der 90er Jahre entstand auch in der MSSR eine neue Gruppe von Historikern, die die Loyalität und Konformität zur Kommunistischen Partei aufkündigten. Diese Historiker – unter anderem Igor Șarov, Igor Ojog, Ion Eremia, Ion Varta – zeigten für Moldova ein neues Interesse an Geschichte und ein neues Verständnis von wissenschaftlicher Wahrheit. Sie haben jahrzehntelang tabuisierte Themen zur Diskussion gestellt und zu diesem Zweck neue Geschichtsbücher geschrieben und sich selbst neue Forschungsaufgaben vorgenommen. Diese Historiker gaben auch neue historische Zeitschriften, wie z. B. „Cugetul“, „Patrimoniu“, heraus.

Im Juni 1989 wurde der Historikerverband Moldovas (*Asociația Istoricilor din Moldova*) gegründet. Im Vordergrund der Arbeit des Historikerverbandes stand anfangs die Rekonstruktion der „wiedergefundenen nationalen Vergangenheit“ und die Aufarbeitung der „weißen Flecken“ in der „nationalen Geschichte“. Die Historiker versuchten, Fragen und Probleme der moldauischen Geschichte, die sie für grundlegend hielten, in die Öffentlichkeit zu tragen. Sie haben sich folgende Aufgaben gestellt: Beseitigung des Monopols der Kommunistischen Partei und des Staates bei der Erforschung der Vergangenheit, Durchsetzung des Pluralismus, Verzicht auf Dogmatismus<sup>24</sup>, Neubewertung der historischen Persönlichkeiten Bessarabiens, Erforschung der Geschichte aller Ortschaften Moldovas, Befragung der Augenzeugen des Zweiten Weltkrieges, der Opfer der stalinistischen Repressionen und der Zwangskollektivierung. Der Historikerverband Moldovas unterstützte die Edition bzw. Neuauflage historischer Arbeiten, die in der MSSR nicht veröffentlicht werden durften, wie z. B. die Schriften von Nicolae Iorga, Gh. I. Brătianu, I. Nistor<sup>25</sup>.

An der Fakultät für Geschichte der Staatsuniversität Moldovas (USM) wurde das Studienprogramm völlig geändert und der Austausch mit Historikern aus Jassy (Rumänien) ermöglicht. Neugegründet wurden ein Lehrstuhl für Geschichte der Rumänen und eine wissenschaftliche Forschungsstelle, die dem Lehrstuhl für Weltgeschichte zugeordnet wurde. Beide Forschungseinrichtungen bildeten eine Alternative zur offiziellen Wissenschaft der Moldauischen Akademie der Wissenschaften. Die Tätigkeit dieser Einrichtungen begann mit dem ausdrücklichen Appell: „Wir sollen anders denken.“<sup>26</sup> Diese Überzeugung entstand bereits in der Perestroika-Zeit als Folge der Verfälschungen durch die sowjetische Geschichtsschreibung. In diesen Zusammenhang ist auch folgender Ausruf zu stellen: „die historische Wahrheit ist teurer als die Heimat“<sup>27</sup>. Während am Insti-

<sup>24</sup> Gheorghe E. Cojocaru, Pledoarii pentru o istorie netrucată, in: *ders.*, 1989 la est de Prut (Chișinău 2001) 112–115.

<sup>25</sup> Anatol Petrencu, Despre trecut în numele viitorului, in: *ders.*, În serviciul zeiței Clio (Chișinău 2001) 320f.

<sup>26</sup> Anatol Petrencu, Să gândim altfel!, in: Cuvîntul, 5. Januar 1991.

<sup>27</sup> Anatol Petrencu, Ce se întîmplă totuși cu istoria?, in: Cugetul 3 (1992) 3–7.

tut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften weiter Forschungsthemen wie „Die Sowjetmacht in der MSSR im Jahre 1917“ oder „Die Oktoberrevolution und ihre Bedeutung für das moldauische Volk“<sup>28</sup> nachgegangen wurde und die Historiker eine Herausgabe einer „Istoria R.S.S.M.“ (Geschichte der MSSR) in 6 Bänden und eine Sammlung von Dokumenten „Sub drapelul prieteniei leniniste a popoarelor U.R.S.S.“ (Unter der leninistischen Freundschaftsfahne der Völker der UdSSR)<sup>29</sup> planten, wurden an den neuen Einrichtungen neue Forschungsthemen gefordert. Folgende Themen erhielten Priorität: „Die administrativen Fehler bei der Organisation der Kolchosen“, „Die Deportation von Großbauern“, „Hunger in der MASSR und seine historischen und demographischen Auswirkungen 1932–1933“, „Die stalinistischen Deportationen von Bauern, Arbeitern, Intellektuellen und Mitgliedern der Kommunistischen Partei in der MSSR“ oder „Hunger nach dem Zweiten Weltkrieg“. Als Ergebnisse neuerer Forschungen wurden folgende Sammelbände (*culegeri de documente*) „Golod v Moldove“ (Hunger in Moldavia), „Deșărănirea bolșevică în Basarabia“ (Die bolschewistische Enteignung der Bauern in Bessarabien) und viele Studien herausgegeben. Im Jahre 1993 haben die Historiker die Forschungsthemen erweitert. In Mittelpunkt der Forschung steht nun eine neue Problematik: „Basarabia în preocupările de politică externă a României 1918–1940“ (Bessarabien in der Außenpolitik Rumäniens 1918–1940), „Transformarea geopolitică în Balcani după războiul rece“ (Die geopolitische Transformation auf dem Balkan nach dem Kalten Krieg), „Istoria dezvoltării conștiinței naționale a românilor transnistreni“ (Geschichte der Entwicklung des Nationalbewußtseins bei den Rumänen in Transnistrien).

Im Jahre 1991 gab es gewisse Veränderungen – in der Führung, teilweise beim Personal und auch in der Struktur – am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften Moldovas. Die Redaktion der historischen Zeitung „Revista de Istorie a Moldovei“ wurde erneuert. Themen der nationalen Geschichte erhielten Priorität. Die Historiker forderten die offizielle Verurteilung des Molotov-Ribbentrop-Paktes sowie eine Abkehr von den „sowjetischen Mythen“ bezüglich der Herkunft der Moldauer.

## II. Eine Geschichte – Verschiedene Sichtweisen

Welche Geschichte soll in den Schulen und Hochschulen gelehrt werden? Welchen Inhalt sollen Geschichtsbücher haben<sup>30</sup>? Dies sind die Fragen, die seit der Unabhängigkeit immer wieder gestellt werden. Die Antworten scheinen mit der politischen Realität und mit einem neuen Verständnis von „Wahrheit“ verknüpft zu sein.

<sup>28</sup> A. A. Zavtur, E. I. Čiobu, *Idei velikogo Oktjabrja v svedenijach moldavskogo naroda* (Chișinău 1987) 243.

<sup>29</sup> *Cojocaru*, 1989 la est de Prut 20.

<sup>30</sup> *Anatol Petrencu*, *Ce istorie trebuie să învățăm? De ce nu istoria Moldovei?* in: *Făclia*, 10. Juni 1995, 4.



In der Sowjetzeit wurden alle Geschichtsbücher in Moskau geschrieben und anschließend in Chişinău übersetzt. Nur die Abfassung der „Geschichte der MSSR“ wurde den moldauischen Historikern<sup>31</sup> anvertraut. Deren Arbeiten waren von politischen Stellungnahmen geprägt. So haben die Autoren des Geschichtsbuchs „Istoria R.S.S. Moldoveneşti“<sup>32</sup> (Geschichte der Moldauischen SSR) stets versucht, die Politik des Sowjetstaates zu rechtfertigen. Im Zusammenhang damit haben sie den „großen Bruder“ verehrt, der Freundschaft zwischen Moldauern, Russen und Ukrainern das Lob gesungen und Begriffe wie „Sowjetvolk“, „Sowjetpatriotismus“ oder „moldauisches Volk“ propagiert. Für ihre Folgsamkeit und Linientreue wurden sie von der Kommunistischen Partei mit materiellen und anderen Privilegien reichlich honoriert.

Wie wurde nun mit dem historischen Erbe der Sowjetära umgegangen? Die Bewältigung der sozialistischen Vergangenheit beinhaltet auch die Herausgabe neuer Geschichtsbücher. Im Jahre 1990 wurde in allen Schulen ab der 5. Klasse das Fach „Geschichte der Rumänen“ als Pflichtfach anstatt der Fächer „Die Geschichte der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik“ und „Geschichte der Sowjetunion“ eingeführt. Das Unterrichtsprogramm für Geschichte an Schulen und teilweise auch an Universitäten wurde dem in Rumänien angepaßt. So wechselte man vom linearen Unterrichtssystem sowjetischer Prägung zum zyklischen System, welches für die rumänische Schule charakteristisch ist. Das Ziel eines solchen Programms bestand darin, die Geschichte „durch das Prisma der Einheit und Kontinuität der Rumänen“ in den von ihnen bewohnten Gebieten zu betrachten<sup>33</sup>. Durch die Betonung der „Einheit und Kontinuität der Rumänen“ in Bessarabien wurde die Traditionslinie der Zwischenkriegszeit wieder aufgenommen. Somit erfuhr die „Geschichte“ eine Neubewertung<sup>34</sup>.

Die erste Regierung der Republik Moldova begünstigte das Erscheinen von historischen Arbeiten, die zur „nationalen Wiedergeburt“ der Moldauer beitrugen und ihre rumänische Identität unterstrichen. Der Nachholbedarf war so groß, daß die moldauischen Historiker dieser Forderung nicht so schnell nachkommen konnten. Die Regierung appellierte an Bukarest und Jassy um wissenschaftliche Unterstützung. Im Jahre 1990 wurden viele Geschichtsbücher aus Rumänien, die vor 1989 erschienen waren, in die Republik Moldova importiert und dort verbreitet. Inhaltlich „litten“ diese Geschichtsbücher an maßloser Glorifizierung rumänischer Vergangenheit und der kultischen Verehrung nationaler Leitfiguren wie

<sup>31</sup> Das erste Geschichtsbuch „Kurs istorii Moldavii“ wurde von zwei Historikern aus Moskau, Alexandr Udalcov und Lev Čerepnin, und drei Historikern aus der MSSR, Iakim Grosul, Nikolaj Mochov und Artem Lazarev, im Jahre 1949 veröffentlicht. Es war ein für die stalinistische Ära typisches Geschichtsbuch. Vgl. S. Volkov, V institute istorii Akademii nauk SSSR. Obsużdenie maketa kursa istorii Moldavii, in: Voprosy istorii H. 4 (1980) 156 ff.

<sup>32</sup> Istoria R.S.S. Moldoveneşti, Manual pentru clasele 9–10 ale şcolii medii (Chişinău 1977).

<sup>33</sup> Anatol Petrencu, Relaţiile interetnice reflectate în manualele de istorie sub regim sovietic: cazul Basarabiei (Studii istorice româno-ungare, Jassy 1999) 280 f.

<sup>34</sup> Nach Auffassung des rumänischen Historikers Alexandru Zub erfährt „Geschichte“ mit jeder Generation eine Erneuerung. Vgl. Alexandru Zub, Istorie şi istorici în România interbelică (Jassy 1989) 143.

Mihai Viteazul (Michael der Tapfere), mit denen der Mythos der Einheit aller Rumänen betont werden sollte<sup>35</sup>. 1990–1991 wurde der Unterricht nach dem Lehrbuch „Geschichte der Rumänen“ von P. P. Panaitescu<sup>36</sup> abgehalten, was dazu führte, daß es einem großen Kreis von Schülern und Studenten bekannt wurde<sup>37</sup>. Das Geschichtsbuch vertrat überholte Ansichten und wurde auch in Rumänien nur als provisorisches Unterrichtsmaterial akzeptiert.

In den Jahren 1991–1992 haben die Professoren aus Jassy neue Geschichtsbücher veröffentlicht, nach denen in Lyzeen der Republik Moldova gelehrt wurde<sup>38</sup>. Der Import von Geschichtsbüchern und historischer wissenschaftlicher Literatur auf Regierungsanordnung und die Schenkungen auf individueller Ebene konnten den Bedarf an Geschichtsmaterial nur teilweise abdecken<sup>39</sup>.

Im Jahre 1992 erschien das Lehrbuch „Geschichte der Rumänen“ von Igor Ojog und Igor Șarov<sup>40</sup>. Es unterschied sich von den bisherigen sowjetischen Geschichtsbüchern durch seine Konzeption, Struktur und Form. Beide Autoren setzten auf Professionalität. Die Geschichte des Fürstentums Moldau, Bessarabiens, der MSSR und der Republik Moldova wurde in den Kontext der rumänischen Geschichte gestellt. Themen zur Geschichte Bessarabiens nach 1812 fanden auch Eingang in das Lehrbuch. Hingegen war in den aus Rumänien importierten Lehrbüchern die Geschichte Bessarabiens nicht behandelt worden<sup>41</sup>.

1993 erschien das Buch „Die Moldauer in der Geschichte“ (Moldovenii în istorie) von Vasile Stati unter dem Pseudonym Petre P. Moldovan<sup>42</sup>. Hier wurden

<sup>35</sup> Vgl. *Mirela-Luminița Murgescu*, Trecutul între cunoaștere și cultul eroilor patriei. Figura lui Mihai Viteazul în manualele de istorie (1831–1994), in: *Lucian Boia*, Mituri istorice românești (Bukarest 1995) 42–71; *Mihaela Andra Găinușă*, Referințe identitare în manualele de citire din perioada comunistă (1948–1989), in: *Mirela-Luminița Murgescu* (Hrsg.), Identități colective și identitate națională. Percepții asupra identității în lumea medievală și modernă (Bukarest 2000) 223–240.

<sup>36</sup> *P.P. Panaitescu*, Istoria Românilor. Manual pentru clasa a VIII-a. (Craiova 1943) 328.

<sup>37</sup> Vgl. *Igor Ojog*, *Galina Gavrilă*, Problemele identității naționale în manualele de istorie din Republica Moldova (1990–2000), in: *Flavius Solomon*, *Alexandru Zub* (ed.), Basarabia. Dilemele identității (Jassy 2001) 83–96, hier 84.

<sup>38</sup> Hier sind zu erwähnen die Geschichtsbücher von: *Gh. Platon*, Istoria Românilor. Epoca modernă (Chișinău, Galați 1992); *I. Agrigoroaie*, *D. D. Rusu*, Istoria Românilor. Epoca contemporană (Chișinău, Galați 1992); *I. Toderașcu*, *V. Neamțu*, *Gh. Pungă*, *I. Caproșu*, Istoria Românilor. Medievală (Jassy, Chișinău 1992).

<sup>39</sup> Vgl. *Ojog*, *Gavrilă*, Problemele identității naționale, in: *Solomon*, *Zub*, Basarabia 84 f.

<sup>40</sup> *Igor Ojog*, *Igor Șarov*, Curs rezumativ de lecții la Istoria Românilor, partea I–IV (Chișinău 1992).

<sup>41</sup> Leider wird die Geschichte der ethnischen Minderheiten der Republik Moldova kaum berücksichtigt.

<sup>42</sup> Die Kritiker haben darauf hingewiesen, daß das Buch von V. Stati ein Spiel mit der Vergangenheit sei. Im Buch werden die Zitate verkürzt und verstümmelt, die Aussagen aus dem Kontext genommen, die Autorenäußerungen verdreht. Vgl. *Z. Oprea*, O carte ticăloasă, in: *România literară*, XXVII, 21 (Bukarest 1994) 9; *Adrian Riza*, Românii și moldovenii (I–II), in:  *Glasul națiunii* VI, 30 (1994) 5; *Gheorghe Ghimpu*, Românofobia – politică de stat sau analfabetism, in:  *Glasul națiunii* VI, 30 (1994) 3; *I. Popescu Sireteanu*, „Moldovenii în istorie“ – cartea unui impostor și falsificator agramat, in:  *Limba română* 21 (1995) 65–74; *I. Pop*, Basarabia din nou la răscruce (Bukarest 1995).

andere Interpretationen der Vergangenheit<sup>43</sup> geliefert, und es begann eine neue Phase von Debatten über die Geschichte. Die Demokratische Agrarpartei Moldovas (PDAM)<sup>44</sup>, die 1994 bei den Parlamentswahlen 56 von 104 Parlamentssitzen gewann<sup>45</sup>, forderte vehement eine Revision der „Geschichte“ und die Ersetzung des Faches „Geschichte der Rumänen“ durch „Geschichte der Moldau“<sup>46</sup>. Die PDAM hat gewissermaßen den Moldovenismus<sup>47</sup> in den Rang einer Staatsideologie erhoben. Sie radikalisierte sich immer mehr und trat nach den Parlamentswahlen aktiver und offener als zuvor für die „moldauische Sache“ ein. Die Staatshymne „Erwache, Rumäne“ (*Deșteaptă-te Române*) wurde durch „Unsere Sprache“ (*Limba noastră*) ersetzt<sup>48</sup>, neue Geschichtsbilder wurden der Öffentlichkeit präsentiert<sup>49</sup>, in der Verfassung von 1994 wurden Ausdrücke, wie z.B. moldauische Sprache (*limbă moldovenească*), moldauisches Volk (*popor moldovenesc*), Volk der Republik Moldova (*poporul Republicii Moldova*), staatliche Kontinuität des moldauischen Volkes (*continuitatea statalității poporului moldovenesc*) eingeführt. Historiker – unter anderem Țaranov<sup>50</sup>, Lazarev<sup>51</sup>, Stati –, die zu den radikalen Moldovenisten zu zählen sind, traten mit besonderer Vehemenz und Feindschaft gegen alles Rumänische auf. Nach ihrer Ansicht waren und sind

<sup>43</sup> Auf der gleichen Quellenbasis werden von den Moldovenisten andere Darstellungen konstruiert.

<sup>44</sup> Die Agrarpartei Moldovas wurde im Jahre 1991 gegründet. Partidul Democrat Agrar din Moldova.

<sup>45</sup> Näheres über die Parlamentswahlen bei Anneli Ute Gabanyi, Die Parlamentswahlen in Moldova vom 27. 2. 1994, in: Südosteuropa 43 (1994) 453–477.

<sup>46</sup> So hieß das Lehrbuch im Jahre 1949: *Cursul de Istorie a Moldovei* (Kurs über die Geschichte der Moldau). Es wurde 1954 durch *Istoria R.S.S. Moldovenești* (Geschichte der Moldauischen SSR) ersetzt.

<sup>47</sup> Es gibt in Moldova verschiedene Grade von Moldovenismus, den gemäßigten und den radikalen.

<sup>48</sup> Am 7. Juli 1994 hat das Parlament die Hymne *Deșteaptă-te Române* („Rumäne, erwache“), die 1991–1994 als Staatshymne der Republik Moldova galt, annulliert.

<sup>49</sup> Vgl. Die Rubrik *Porträts in Bewegung* (Portrete în mișcare) in der Zeitung *Moldovanul*.  
<sup>50</sup> Vladimir Țaranov (geb. 1932) arbeitet seit 1959 am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Republik Moldova. 1977–1991 war er Direktor des Instituts für Geschichte. Zur Zeit ist er Vorsitzender des Wissenschaftlervverbandes „N. Milescu Spătarul“. Vgl. Profil de savant, in: *Comunistul* 14, 29. März 2002, 4. Vladimir Țaranov war als Vorkämpfer der Theorie des Moldovenismus schon in der Sowjetzeit bekannt. Vgl. Profesorii din R. Moldova nu vor să predea „Istoria Moldovei“, in: *Ziarul de Iași*, ><http://www.monitorul.ro/arhiva/2001/07/02/news/national4.htm><

<sup>51</sup> Artem Lazarev ist als sowjetischer Historiker für seinen Antirumänismus durch folgende Arbeiten bekannt: *Vossoedinenie moldavskogo naroda v edinoe sovetskoe gosudarstvo* (Chișinău 1965) und *Moldavskaija sovetskaija gosudarstvennost' i bessarabskij vopros* (Chișinău 1974). Er gehört zur ersten Historikergeneration der MSSR, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Idee verbreitete, daß der am meisten zu fürchtende Feind des moldauischen Volkes und der moldauischen Sowjetrepublik Rumänien sei. Seit 1942 ist er Mitglied der Kommunistischen Partei. 1947–1953 war er moldauischer Bildungsminister, 1953–1963 Kulturminister, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der MSSR. Seit 1964 arbeitet er am Institut für Geschichte der Akademie der Wissenschaften der Republik Moldova. Vgl. *Wilhelmus Petrus van Meurs*, *Chestiunea Basarabiei în istoriografia comunistă* (Chișinău 1996) 286.

die Moldauer ein eigenes Volk mit eigener, von der rumänischen sich unterscheidenden Sprache, Geschichte und Kultur. Ihren Standpunkt brachten sie auf dem Kongreß „Unser Haus, die Republik Moldova“ (*Casa noastră – Republica Moldova*) zu Gehör<sup>52</sup>.

Diese Entwicklung wurde im Ausland von einem britischen Kenner der rumänischen Geschichte als Rückkehr zur sowjetischen Interpretation der Geschichte bewertet: „Diejenigen, die noch versuchen, ein moldauisches Bewußtsein zu entwickeln, könnten so wieder zu früheren sowjetischen Interpretationen bezüglich der Geschichte und Kultur Bessarabiens zurückkehren. Folglich könnten wir Zeugen einer Wiedergeburt einiger kommunistischen Meinungen hinsichtlich der Vergangenheit Moldovas werden und einer gleichzeitigen Reaktion der Rumänen gegenüber diesen Meinungen.“<sup>53</sup>

Kurz nach den Parlamentswahlen von 1994 wurde eine Kommission gebildet, die ein Konzept für die nationale Geschichte in Schulen und Hochschulen erarbeiten sollte. Nach mehreren Arbeitstagungen hat sich die Kommission in zwei Gruppen gespalten: in Moldovenisten und Rumänisten. Die erste, numerisch unbedeutende Gruppe<sup>54</sup> stellte am 4. Oktober 1994 ihr Unterrichtskonzept für Geschichte vor. Ihr Lehrbuch trug den Titel „Istoria Moldovei“ (Geschichte Moldovas). Am 12. März 1995 schlug der Historikerverband Moldovas ein anderes Unterrichtskonzept vor (Konzept für den Unterricht des Faches Geschichte an voruniversitären Einrichtungen in der Republik Moldova)<sup>55</sup> und definierte den Begriff „Nationale Geschichte“ wie folgt: „Unter nationaler Geschichte verstehen wir die Geschichte der gesamten rumänischen Gemeinschaft, von der die Moldauer (Rumänen) östlich des Pruth einen untrennbaren Bestandteil bilden.“<sup>56</sup>

Die Rumänisten legten ihr Plädoyer für „rumänische Geschichte“ wie folgt dar: „Die Geschichte der Rumänen stellt ein vorrangiges Ziel für den voruniversitären Geschichtsunterricht in der Republik Moldova dar. Dieser Vorrang ist durch die Tatsache bedingt, daß die Nationalgeschichte, neben der Sprache, die Grundsteine des Nationalbewußtseins jedes Volkes bildet. Andererseits wird die vorrangige Einstellung gegenüber der Geschichte der Rumänen diktiert von der Not-

<sup>52</sup> Auch der damalige Präsident Mircea Snegur, damals noch Mitglied der Agrarpartei, hielt eine Rede zum Thema „Die Republik Moldova ist das Land aller ihrer Bürger“. Er kritisierte die Historiker und Schriftsteller, welche „die Legitimität und die historische Grundlage unseres Rechtes, ein Staat zu sein und uns als moldauisches Volk zu bezeichnen“ bezweifeln. Vgl. *Mircea Snegur*, *Republica Moldova este țara tuturor cetățenilor săi*, in: *Pamînt și Oameni*, 12. Februar 1994, 3.

<sup>53</sup> *Dennis Deletant*, *Prefață la Wilhelmus Petrus van Meurs*, *Chestiunea Basarabiei în istoriografia comunistă* (Chișinău 1996) 10.

<sup>54</sup> Diese Gruppe bestand aus folgenden Historikern: A. Lazarev, L. Tabără, V. Stati, C. Simboteanu, V. Țăranov, Ch. Stratievski, I. Iațenco, I. Zabunov, P. Birnea. Diese Historiker propagieren die Idee der Existenz zweier verschiedener Sprachen, Moldauisch und Rumänisch, und zweier verschiedener Völker, Moldauer und Rumänen.

<sup>55</sup> *Concepția predării istoriei în instituțiile de învățămînt preuniversitar din Republica Moldova*, in: *Făclia*, 18. März 1995.

<sup>56</sup> *Anatol Petrencu*, *Limba, istoria și politica în Republica Moldova*, in: *Limba română* 4 (1995) 88.

wendigkeit der Beseitigung der gravierenden Folgen der Entstellungen und Verfälschungen der Geschichte unseres Volkes.“<sup>57</sup>

Im März 1995 erließ das Bildungsministerium die Verordnung (Nr. 03–389), die „Geschichte der Rumänen“ durch „Geschichte der Moldau“ zu ersetzen. Es ging hier nicht allein um die Bezeichnung des Lehrbuches, sondern vielmehr um den Inhalt desselben. Die „wissenschaftliche Wahrheit“ geriet erneut unter den Druck der politischen Auseinandersetzungen. Die Proteste der Studenten gegen diesen Beschluß waren so massiv – drei Monate lang waren über 100 000 Studenten und Schüler auf der Straße –, daß er rückgängig gemacht werden mußte.

Zwischen Historikern, die einerseits den Moldovenisten und andererseits den Rumänisten zugerechnet werden, kam es im Umgang mit der Vergangenheit der Republik Moldova zu Konflikten, die seit 1994 zugespitzt als Streit um die „wahre“ Vergangenheit beschrieben werden können. Der Konflikt dehnte sich auch auf die Bezeichnung von Geschichtslehrbüchern aus. Die Moldovenisten haben mehrere Bezeichnungen für das Geschichtslehrbuch vorgeschlagen: „Geschichte der Moldau“ (*Istoria Moldovei*), „Geschichte der Heimat“; (*Istoria patriei*), „Geschichte der Republik Moldova“, (*Istoria Republicii Moldova*). Die Rumänisten lehnten alle diese Bezeichnungen aus folgenden Gründen ab:

1. Unter dem Begriff „Moldova“ verstehe man viel mehr als die heutige Republik Moldova.

2. Aus juristischer Sicht sei die Republik Moldova auf keinen Fall die Nachfolgerin des Fürstentums Moldau.

3. Der Begriff „Heimat“ sei sehr dehnbar. Für die Bewohner der Republik Moldova bedeute „Geschichte der Heimat“ verschiedenes: Für diejenigen mit rumänischer Identität sei dies Rumänien, für Russen sei es Rußland, für Bulgaren sei es Bulgarien, für Ukrainer sei es die Ukraine usw.<sup>58</sup>

Da die Situation im Bereich des Geschichtsunterrichts besonders umstritten war und die Bezeichnung des Geschichtslehrbuches „Die Reform des Geschichtsunterrichts in Moldova“<sup>59</sup> heftige Reaktionen auslöste, hat der Europarat gemeinsam mit moldauischen Behörden und Historikern im Juli 1996 in Chişinău ein

<sup>57</sup> Orientări conceptuale privind instruirea istorică în instituțiile de învățământ preuniversitar din Republica Moldova, in: Hotărârea Colegiului Ministerului Învățământului nr. 152 din 03 octombrie 1995, 192.

<sup>58</sup> Vgl. *Anatol Petrencu*, Relațiile interetnice reflectate în manualele de istorie sub regim sovietic: cazul Basarabiei, in: *Studii istorice româno-ungare* (Jassy 1999) 277–282.

<sup>59</sup> Reforma învățământului de istorie în Moldova. Näheres dazu in: *Istoricii iarăși țin sfat*, in: *Făclia*, 13. Juli 1996, 6. Eine weitere Tagung zum Thema „Veröffentlichung der Geschichtsbücher“ (Elaborarea și editarea manualelor școlare de istorie: noi tratări, metode și utilizarea în clasă) fand in Chişinău im Jahre 1998 statt. Auf Initiative von Frau Alison Cardwell (Council of Europe) wurden in den Jahren 1996–1998 fünf internationale Tagungen zum Thema Geschichtsunterricht organisiert. Vgl. *Marina Romanciuc*, Consiliul Europei ne învață lecțiile civilizației, in: *Făclia*, 21. März 1998, 3. In Fortsetzung dieser Initiative wurde im September 2002 und Februar 2003 das Thema der Bezeichnung und des Inhalts des Geschichtslehrbuchs von Vertretern des Europäischen Rates, von Historikern und Staatsvertretern erneut diskutiert.

Seminar zu dem Thema veranstaltet. Ziel war es, den an der Reform beteiligten Experten, Historikern und Beamten einen Informations- und Erfahrungsaustausch zu ermöglichen. Seither versucht Alison Cardwell vom Europarat, die Reform des Geschichtsunterrichts in der Republik Moldova ständig zu begleiten.

1997 wurde von der Moldovenisten zuerst auf Russisch und später auf Rumänisch mit finanzieller Unterstützung der Regierung ein neues Lehrbuch veröffentlicht: „Die Geschichte der Republik Moldova von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart“<sup>60</sup>. Das Buch wurde von den Historikern V. Andrushceak, A. Skvortova, P. Boico, P. Birnea, I. Larkuțki, V. Platon, N. Russev, K. Stratievski, N. Telinov, V. Țaranov, N. Ceaplighina und P. Șornikov verfaßt. Diese Gruppe von Historikern hat die Darstellung der Geschichte seitens der Rumänisten als „unwahr“ bezeichnet. Hier nur ein paar Beispiele der Darstellung der Ereignisse aus diesem Buch:

1. Die Unabhängigkeitserklärung der Moldauischen Demokratischen Republik vom 24. Januar 1917 wird als „demagogische Erklärung“ bezeichnet, die nur unter dem Druck der rumänischen Regierung zustande kam.

2. Die Besetzung Bessarabiens durch die Rote Armee vom 28. Juni 1940 wird als Befreiung Bessarabiens von der rumänischen Herrschaft dargestellt.

3. Der Zusammenbruch der Sowjetunion wird als Rückschritt bedauert.

4. Die Bedeutung des Jahres 1989 für Moldova, in dem das lateinische Alphabet eingeführt und das Rumänische zur Staatssprache erklärt wurde, wird auf die Entstehung der Internationalistischen Bewegung „Unitate-Edinstvo“ reduziert.

5. Die Unabhängigkeitserklärung Moldovas von der Sowjetunion (27. August 1991) wird nur nebenbei erwähnt<sup>61</sup>.

Entsprechend werden nicht die neuen nationalen Feiertage, wie z.B. der „Tag der Unabhängigkeit“ oder der „Tag unserer Sprache“ hervorgehoben, sondern die alten sowjetisch geprägten Feiertage, wie z.B. der 9. Mai, der Tag der Oktoberrevolution etc. berücksichtigt. Die Rumänisten meinen, daß das Buch „Die Geschichte der Republik Moldova von den frühesten Zeiten bis zur Gegenwart“ aus dem Lehrbuch „Istoria R.S.S. Moldovenești“ (Geschichte der Moldauischen SSR, 1982) abgeschrieben wurde. Dieses Geschichtsbuch sollte in allen Schulen als obligatorisches Geschichtslehrbuch verteilt werden. Die ganze Auflage wurde jedoch nach Protesten von Studenten und Historikern eingelagert.

<sup>60</sup> *Istoriya respubliki Moldova c drevnejšich vremen do našich dneij* (Chișinău 1997).

<sup>61</sup> *V. Andrușceac, P. Birnea, N. Ceaplighina, I. Iarcuțchi, V. Platon, N. Russev, A. Scvortova, K. Stratievski, P. Șornikov, N. Telinov, V. Țaranov, Istoria Republicii Moldova* (Chișinău 1997) 163–285.

### III. Veränderungen unter den Kommunisten

Bei den vorgezogenen Parlamentswahlen vom 25. Februar 2001 erhielt die Kommunistische Partei Moldovas (KPU) unter Vladimir Voronin mit mehr als 50% der abgegebenen Stimmen 71 der 101 Sitze im Parlament. Sie ließ keinen Zweifel an ihrer Absicht, eine „Remoldovenisierung“ der Geschichte durchzuführen. Im Februar 2002 faßte die kommunistische Regierung den Beschluß, das Fach „Geschichte der Rumänen“ im Lehrplan zu streichen und es durch das Fach „Geschichte der Republik Moldova“ zu ersetzen<sup>62</sup>. Die Rumänisten haben diesen Beschluß folgendermaßen kommentiert: „Die Historiker sollen gezwungen werden, ein Lehrbuch zu akzeptieren, das sehr ideologisiert und politisiert ist. Die Themen in diesem Lehrbuch werden so wie in der Stalinzeit behandelt.“<sup>63</sup>

Ab dem 9. Januar und dann wieder vom 31. März bis 24. April 2002 fanden ununterbrochen, auch nachts, Protestaktionen gegen diesen und andere antirumänische und antidemokratische Beschlüsse der Kommunistischen Partei auf dem Platz der „Großen Nationalversammlung“ statt. Am 24. April 2002 wurde die Lage in Moldova von der Parlamentarischen Versammlung des Europarates erörtert. Die angenommene Resolution enthielt konkrete Vorschläge zu Maßnahmen, die vom Parlament, der Regierung und der Opposition mit dem Ziel ergriffen werden sollten, die politische Krise im Lande zu bewältigen. So empfahl die Parlamentarische Versammlung des Europarates den Machtsorganen Moldovas, alle Angelegenheiten, die den Geschichts- und den Sprachunterricht betrafen, mit einem Moratorium zu versehen. Die Kommunisten wollten sich nicht an diese Resolution halten. Sie strebten danach, die russische Sprache zur zweiten Amtssprache der Republik Moldova zu erheben<sup>64</sup>. Sie beanspruchten eine neue Staatsymbolik<sup>65</sup>, errichteten neue Lenin-Denkmäler<sup>66</sup>, präsentierten nach sowjetischem Schema die Vergangenheit und wollten neue Geschichtsbücher einführen. Die Historiker, die der Kommunistischen Partei Moldovas treu geblieben sind,

<sup>62</sup> Hotărîrea Guvernului Republicii Moldova nr. 346 din 22 februarie 2002, in: Monitorul oficial al Republicii Moldova, 16. März 2002, 1. Die Forderung die „rumänische Sprache“, „rumänische Literatur“ und „Geschichte der Rumänen“ durch „moldauische Sprache“, „moldauische Literatur“ und „Geschichte der Republik Moldova“ zu ersetzen, wurde von den Kommunisten im Jahre 1997 gestellt. Vgl. Ostanavit' rumynizaciju strany! Zajavlenie CK Partii komunistov Respubliki Moldova, in: Kommunist 44 (1997) 1.

<sup>63</sup> Anatol Petrencu, (Interviu) „Istoria Moldovei“: ne vindem pentru 30 de arginți?, in: Luceafărul, 15. Februar 2002, 7.

<sup>64</sup> Näheres dazu bei Elina Hornbacher, Der Stellenwert der russischen Sprache in der Republik Moldau. Ein Beispiel für Spätfolgen sowjetischer Sprachenpolitik, in: Osteuropa 52 (2002) 38–51.

<sup>65</sup> Schimbarea imnului, in: Sens – un ziar al tinerilor din Moldova, ><http://www.sens.md/> 2002–07–02<; Ion Berlinschi, Imnul țării mele: cum să-l scriu mai bine? in: Moldova Suverană, 25. Juni 2002, 1; Constantin Tănase, Schimbarea imnului – bucuria nebunilor, in: Timpul 25 (40), 28. Juni 2002, 1.

<sup>66</sup> Irina Gurduza, În timp ce școlile se dărimă, comuniștii înalță din banii publici monumente lui Lenin, in: bara 43, 18. April 2002, 2.

behaupteten, daß sie „eine eigene Geschichte haben“<sup>67</sup>, und versuchten, mit der „eigenen Wahrheit“ die Rumänisten und Nichtkommunisten unter den Historikern der „Lüge“ zu bezichtigen<sup>68</sup>. Die Vergangenheit wurde von ihnen erneut mit einer „objektiven Parteilichkeit“ behandelt. „Unbequeme“ Begriffe, Ereignisse oder Personen wurden entweder dem Vergessen anheim gegeben oder kritisiert. Die kommunistischen Historiker, wie z.B. A. Lazarev, P. Șornikov, V. Țaranov versuchten bewußt und nachdrücklicher denn je, die Existenz zweier verschiedener Sprachen (Zweisprachentheorie<sup>69</sup>) und Völker<sup>70</sup> zu propagieren und die Eigenständigkeit der „moldauischen Sprache“ gegenüber der „rumänischen Sprache“ zu behaupten. Themen, wie z.B. „die Gründung der MSSR (1940)“, „staatliche Kontinuität des moldauischen Volkes“, „der Klassenkampf“, „der Zweite Weltkrieg“ oder „die Einmischung Rumäniens in Bessarabien“ genossen und genießen in ihren Forschungen Priorität<sup>71</sup>.

#### IV. Fazit

Die Historiker in der Republik Moldova zielten nach dem Umbruch von 1989/1990 auf eine neue Erklärung und Deutung der Geschichte – in welchem post-sozialistischen Land ist dies nicht der Fall? – indem sie neue Werte und Orientierungen bestimmten. Sie waren oder sie fühlten sich „gezwungen“, Antworten auf die Frage zu geben, welche Geschichte in Moldova unterrichtet werden soll.

Wer vertrat welche Orientierung und warum? Generell lassen sich seither, wie bereits erwähnt wurde, unter den Historikern in der Republik Moldova drei Orientierungen ausmachen, Moldovenisten, Rumänisten und Kommunisten. Zur ersten Gruppe gehören die Wissenschaftler, die der Historikergruppe um die „Geschichte Moldovas“ angehören. Sie treten für eine „moldauische Identität“ ein. Zur zweiten sind die Wissenschaftler des Historikerverbandes, des Instituts für Geschichte der Akademie der Wissenschaften und die Historiker der moldauischen Universitäten zu zählen, jeweils mit wenigen Ausnahmen. Sie fordern eine „rumänische Identität“ und sind bestrebt, die Geschichte dieses Gebietes in

<sup>67</sup> V. Țaranov, U nas – svoja istorija, in: Kommunist, 18. Januar 2002, 5.

<sup>68</sup> Vasile Radu, Nicolae Mibnea, Adevărul și minciuna, in: Comunistul, 6. Oktober 2000, 7.

<sup>69</sup> Näheres über Zweisprachentheorie und die Geschichte des „Moldauischen“ bei Klaus Bochmann, „Moldauisch“ oder „Rumänisch“. Linguistische, kulturelle und politische Aspekte der Amtssprache, in: Der Donauraum, Sonderheft „Republik Moldova“ 3/4 (1996) 95–102; Klaus Heitmann, Probleme der moldauischen Sprache in der Ära Gorbachev, in: Südost-Europa. Zeitschrift für Gegenwartforschung 38 (1989) 28–53; Dennis Deletant, Language Policy and Linguistic Trends, in: Studies in Moldovan. The History, Culture, Language and Contemporary Politics of the People of Moldova (New York 1996) 53–87.

<sup>70</sup> Vladimir Țaranov, Falsifikatii pobedit pravda, in: Kommunist 12 (1997) 4; Petr Șornikov, Pesni smutnykh vremen, in: Kommunist 26 (301) 5. April 2002, 8.

<sup>71</sup> Die nichtkommunistischen Historiker haben darauf hingewiesen, daß die „Geschichte“ nicht nur aus „Klassenkampf“, „Revolutionen“ und „Kriegen“ besteht. Vgl. Nicolae Negru, Războiul manualelor, războiul generațiilor, in: Jurnal de Chișinău 117, 22. Februar 2002, 6.



den Kontext der rumänischen Geschichte zu stellen. Zur dritten Gruppe gehören die Historiker, die auf eine Resowjetisierung der Geschichte Moldovas abzielen.

Der Kampf zwischen den zwei Orientierungen, Rumänisten und Moldovenisten, wird von Jahr zu Jahr heftiger. Beide Orientierungen propagieren unterschiedliche Geschichtsbilder, die die Grundlage für unterschiedliche ethnische, sprachliche und historische Identifikationen bilden. Die Begriffe „Vergangenheit“, „Nation“ und „Nationalsprache“ sind für beiden Parteien von großer Bedeutung, nur bedeuten sie für Moldovenisten und Rumänisten etwas ganz Verschiedenes. Die Rumänisten sehen die Moldauer als Bestandteil der rumänischen Nation, für sie ist die Sprache und Kultur in beiden Staaten, Rumänien und Republik Moldova, Rumänisch. Die Moldovenisten haben einen entgegengesetzten Standpunkt eingenommen. Sie sprechen von Moldova als einem Land mit eigenständiger Geschichte, Tradition und Kultur und sind der Ansicht, daß „Rumänen“ und „Moldauer“ zwei verschiedene Völker und Nationen sind, mit verschiedenen Sprachen und Kulturen.

Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zeigt, daß es nicht realistisch ist, in der Geschichtswissenschaft Einheitlichkeit zu erwarten. Die „Konstruktion“ der Vergangenheit hängt immer mit der „Perspektive“ der Gegenwart und Zukunft zusammen.



Stefan Troebst

## „Wir sind Transnistrier!“ Geschichtspolitik im Ostteil Moldovas

Die „Transnistrische Moldauische Republik“ (*Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublika*, „PMR“) ist ein autoritär verfaßter „Pseudo-Staat“<sup>1</sup> auf dem Territorium der Republik Moldova, der sich mittlerweile zu einem veritablen „De Facto-Staat“<sup>2</sup> mit allen Merkmalen eines solchen ausgewachsen hat. Er umfaßt auf einer Länge von über 200 Kilometern und bei einer Breite von lediglich fünf bis 35 Kilometern ca. 4000 Quadratkilometer, gelegen ganz überwiegend auf dem Ostufer des Dnjestr, und weist derzeit etwa 660 000 Einwohner auf<sup>3</sup>. 1990 hat sich die „PMR“, damals noch unter der Bezeichnung „Transnistrische Moldauische Sozialistische Sowjetrepublik“ („PMSSR“) firmierend, von der Zentralregierung der Moldauischen Sozialistischen Sowjetrepublik (MSSR) in Chişinău (Kişinev<sup>4</sup>) abgespalten, was einen bewaffneten Konflikt entlang des nun zum Grenzfluß werdenden Dnjestr auslöste. Dieser Konflikt kulminierte im Juni 1992, als die trans-

<sup>1</sup> Vladimir Kolossov, John O'Loughlin, Pseudo-States as Harbingers of a New Geopolitics: The Example of the Transdnestr Moldovan Republik (TMR), in: *Boundaries, Territories and Postmodernity*, hrsg. v. David Newman (London 1999) 151–176.

<sup>2</sup> Zum Begriff siehe Scott Pegg, *International Security and the De Facto State* (Aldershot 1998), zur analogen transnistrischen Selbsteinschätzung Anne Nivat, „We Have All the Attributes Of a Normal State“. [Interview with] the vice president of the self-proclaimed Dniester Moldovan Republic, Aleksandr Karaman, in Tiraspol on 12 July, in: *Transition 2* (1996) 17 (23. August 1996) 29.

<sup>3</sup> Zur „PMR“ vgl. Klemens Büscher, Separatismus in Transnistrien. Die „PMR“ zwischen Rußland und Moldova, in: *Osteuropa* 46 (1996) 860–875; Frank-Dieter Grimm, Transnistrien – ein postsowjetisches Relikt mit ungewissen Perspektiven, in: *Europa Regional* 5 (1997) 2, 23–34; Pål Kolstø, Andrei Malgin, The Transnistrian Republic: A Case of Politicized Regionalism, in: *Nationalities Papers* 26 (1998) 103–127; Stuart J. Kaufman, *Modern Hatreds. The Symbolic Politics of Ethnic War* (Ithaca, N.Y., London 2001) 129–163 und 241–247; Stefan Troebst, Separatistischer Regionalismus (post-)sowjetischer Eliten: Transnistrien 1989–2002, in: *Regionale Bewegungen und Regionalismen in europäischen Zwischenräumen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts*, hrsg. v. Philipp Ther und Holm Sundhaussen (Tagungen zur Ostmitteleuropaforschung 18, Marburg/L. 2003) 185–214; sowie die Quellenedition *Nepriznannaja respublika. Očerki. Dokumenty. Chronika*, 5 Bde., hrsg. v. V. F. Gryzlov u. M. N. Guboglo (Moskau 1997–1999).

<sup>4</sup> Im folgenden werden Ortsnamen im Einflußbereich der „PMR“-Behörden in russischer Form, solche unter der Kontrolle der Zentralregierung in moldauischer angegeben – bei erstmaliger Nennung mit dem anderssprachigen Äquivalent in Klammern.

nistrische Seite die auf dem westlichen Flußufer gelegene Stadt Bendery (Tighina) erfolgreich gegen die Armee Moldovas verteidigte. Die in der Außensicht als „Museum des Kommunismus“<sup>5</sup> und „Zombie-SSR“<sup>6</sup> wahrgenommene transnistrische Minirepublik ist zwar bislang international nicht anerkannt, aber dennoch existent. Überdies besteht sie den sozioökonomischen Vergleich mit dem bessarabischen Hauptteil Moldovas, dem mittlerweile wohl ärmsten Land Europas<sup>7</sup>, immer besser. Als „not self-sufficient, but viable“ charakterisierte 2001 ein moldauischer Wirtschaftsexperte die primär auf Tauschhandel mit der Rußländischen Föderation sowie auf wirtschaftskriminelle Aktivitäten der „Staatsführung“ – vor allem Zigarettenschmuggel, Waffenhandel, Markenimitation und Geldwäsche – gegründete Volkswirtschaft der „PMR“<sup>8</sup>, und die *New York Times* urteilte 2002 pointiert: „The Trans-Dniester Republic is unique [...] in its ability to turn a fast and often illegal buck.“<sup>9</sup>

## I. Von der transnistrischen Bewegung zur „transnistrischen Revolution“

Entstanden ist die „PMR“ im Ergebnis einer erst 1989 formierten transnistrischen Regionalbewegung, die sich gegen die Entsovjetisierungs-, Romanisierungs- und Unabhängigkeitspolitik der pro-rumänischen „Volksfront Moldovas“ in der sich demokratisierenden Moldauischen SSR wandte<sup>10</sup>. Der Slogan der Protest- und Streikbewegung der Russophonen ganz Moldovas „Wir wollen keine Rumänen sein!“<sup>11</sup> wurde moldauischerseits mit der Forderung „Koffer – Bahnhof – Rußland!“ beantwortet<sup>12</sup>. Die Reaktion der Russischsprachigen Transnistriens war

<sup>5</sup> *Oliver Hoischen*, Transnistrien ist zu einer Grauzone zwischen Ost und West geworden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 225 vom 28. September 1999, 3; *Matthias Rüb*, Das kleine Königreich des kleinen Lenin, ebd., Nr. 7 vom 9. Januar 2001, 6.

<sup>6</sup> *R. S. S. Mancurtă* im moldauischen Original – nach Čingiz T. Ajtmatovs kasachischer Mankurt-Legende. Vgl. *Nicolae Dabija*, Moldova de peste Nistru – vechi pămînt strămoşesc (Chişinău 1990) 4.

<sup>7</sup> *Elfie Siegl*, Der mühselige Weg der kleinen Moldau-Republik aus der Krise. Eins der ärmsten Länder Europas auf der Suche nach ökonomischer Stabilität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 281 vom 3. Dezember 2001, 18.

<sup>8</sup> *Anatolij Gudym*, Evolution of the Transnistrian Economy: Critical Appraisal (Chişinău 2001), URL ><http://www.cisr-md.org/reports/cont-transn.html><.

<sup>9</sup> *Michael Wines*, Trans-Dniester „Nation“ Resents Shady Reputation, in: *New York Times* vom 5. März 2002, 3. Vgl. auch URL ><http://www.globalpolicy.org/nations/sovereign/statehood/expment/2002/0305trans.htm><.

<sup>10</sup> *Claus Neukirch*, Die Republik Moldau. Nations- und Staatsbildung in Osteuropa (Münster 1996) und *Charles King*, The Moldovans. Romania, Russia, and the Politics of Culture (Stanford, Cal. 1999).

<sup>11</sup> *Nu vrem să fim români!* Vgl. *Fenomen Pridnestrov'ja*. Autorenkollektiv *N. V. Babilunga, S. I. Beril, B. G. Bomeško, I. N. Galinskij, V. R. Okuško, P. M. Šornikov* (Tiraspol 2000) 152.

<sup>12</sup> *Čemodan – vokzal – Rossija!* Vgl. *I. F. Selivanova*, Pridnestrovskij konflikt i problemy

daraufhin der Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen – unter Berufung auf historische, demographische, kulturelle und andere Spezifika der Region östlich des Dnjestr. Dieser vom moldauischen Alteritätsanspruch ausgelöste Identifikations-, Mobilisierungs-, Radikalisierungs- und Sezessionsprozeß wurde zutreffend als „reaktiver Nationalismus“ klassifiziert<sup>13</sup>. Haupttriebkraft der transnistrischen Bewegung war das Streben der regionalen Eliten in den industriell-urbanen Zentren des Dnjestr-Tals nach Besitzstandswahrung. Diese Eliten unterscheiden sich in ihrer sozioprofessionellen, sprachlichen und demographischen Struktur deutlich von denjenigen der agrarisch geprägten Teile des historischen Bessarabien: Obwohl multiethnisch geprägt, sind die Großstädte Tiraspol' (Tiraspol), Bendery und Rybnica (Rîbnița) russophon, werden also zum ganz überwiegenden Teil von Russen sowie anderen Russischsprachigen wie Ukrainern, Bulgaren, Juden, Gagausen, Weißrussen und Polen bewohnt. Die hier angesiedelten Großbetriebe gehörten in ihrer Mehrzahl zum militärisch-industriellen Komplex der ehemaligen UdSSR und waren daher mehrheitlich direkt einem der zahlreichen Unionsministerien in Moskau unterstellt. Die regionale Elite weist entsprechend typische „Allunionsbiographien“ auf, ist also in der Regel aus anderen Teilen des implodierten Imperiums in den Ostteil der MSSR gekommen. Mehr als die Hälfte der Russischsprachigen, die ihrerseits zwei Drittel der „PMR“-Bürger ausmachen, sind als Facharbeiter, Ingenieure, Verwaltungsfachleute, Parteifunktionäre, Offiziere, Unteroffiziere u. a. dorthin gelangt oder sind Nachkommen dieser „sowjetischen“ Immigranten<sup>14</sup>. Prototypisch ist der Lebenslauf des seit 1991 amtierenden „PMR-Präsidenten“ Igor' N. Smirnov: Dieser, ein Russe aus der Nähe von Chabarovsk im ostsibirischen Amurgebiet, hat seine Ingenieursausbildung bei Čeljabinsk im Ural erhalten, dann Karriere in einer Elektromotorenfabrik im ukrainischen Cherson gemacht und ist im November 1987 als Direktor des Groß-

ego uregulirovanija, in: *Ėtnopolitičeskie konfliktky v postkommunističeskom mire*, Teil II (Moskau 1996) 3–25, hier 4.

<sup>13</sup> William Crowther, *The Politics of Ethno-National Mobilization: Nationalism and Reform in Soviet Moldavia*, in: *The Russian Review* 50 (1991) 183–203, hier 189. Grundlegend King, *The Moldovans 178–208*, sowie Anatol Caranu (*Anatol Țăranu*), *Pridnestrovskij konflikt v Respublike Moldova: protivostojanie identičnostej?*, in: *Moldova între Est și Vest: Identitatea națională și orientarea europeană. Al II-lea simpozion științific moldo-german. Republica Moldova, Chișinău, 28 octomvrie – 1 noiembrie 2001*, hrsg. v. Valeriu Moșneaga (Chișinău 2001) 255–273; Gottfried Hanne, *Der Transnistrien-Konflikt: Ursachen, Entwicklungsbedingungen und Perspektiven einer Regulierung* (Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien 42, Köln 1998) 3; P. M. Šornikov, *Pokušenje na status. Ėtnopolitičeskie processy v Moldavii v gody krizisa 1988–1996* (Kišinev 1997); Airat R. Aklaev, *Dynamics of the Moldova-Trans-Dniester Ethnic Conflict (Late 1980s to Early 1990s)*, in: *Ethnicity and Power in the Contemporary World*, hrsg. v. Kumar Rupesinghe u. Valery A. Tishkov (Tokio 1996) 83–115; und Pål Kolstø, *Andrei Edemsky with Natalya Kalashnikova*, *The Dniester Conflict. Between Irredentism and Separatism*, in: *Europe-Asia Studies* 45 (1993) 973–1000.

<sup>14</sup> Vladimir Solonari, *Vladimir Bruter*, *Russians in Moldova*, in: *The New Russian Diaspora. Russian Minorities in the Former Soviet Republics*, hrsg. v. Vladimir Shlapentokh, Munir Sendich u. Emil Payin (Armonk, N.Y., London 1994) 72–90, hier 76.

betriebes „Elektromaš“ nach Tiraspol, der zweitgrößten Stadt der damaligen MSSR und heutigen „PMR-Hauptstadt“, gekommen<sup>15</sup>.

Der Politikwissenschaftler Klemens Büscher hat diese transnistrische Bewegung treffend „als komplexe Verbindung verschiedener, sich überschneidender und wechselseitig beeinflussender Antriebskräfte“ charakterisiert<sup>16</sup>. Als deren Komponenten nennt er „Nationalismus der in Transnistrien ansässigen nationalen Gruppen; Sowjetpatriotismus; Ansätze einer regionalistischen Bewegung; politisch-ideologisch motivierte Handlungskräfte; wirtschaftliche und machtpolitische Motivationen alter und neuer Eliten.“<sup>17</sup> „[I]n Transnistrien“, so das Ergebnis seiner Analyse der Trägergruppen, „[waren] im Umfeld der strategisch bedeutsamen Schwer- und Rüstungsindustrie mächtige Klanstrukturen aus miteinander verfilzten Partei-, Sowjet-, Verwaltungs- und Betriebsführungen entstanden.“<sup>18</sup> Diese neue Regionalelite war aufgrund starker Funktionsrotation, weitreichender Interessenkoinzidenz und einer hohen Rate interethnischer Eheschließungen in sich ungewöhnlich geschlossen und wählte sich aufgrund vielfältiger und enger Bindungen an das Machtzentrum der Sowjetunion regelrecht „reichsunmittelbar“. Bis heute sichtbarer Beleg dieses *special relationship* zwischen der „PMR“ und Moskau ist die in und um Tiraspol stationierte ehemalige 14. Sowjetische Gardarmee, deren Restbestand derzeit als „Operative Gruppe der Streitkräfte“ der Rußländischen Föderation firmiert. Diese Militärpräsenz ist auch die Erklärung für Bereitschaft wie Fähigkeit der transnistrischen Bewegung, zur Bewahrung ihres Besitzstandes Gewalt einzusetzen – wie es in dem ab 1990 „heißer“ werdenden Konflikt zwischen Tiraspol und Chişinău, mit dem ca. 1000 Menschenleben fordernden Kurzkrieg um die Stadt Bender im Juni 1992 als Höhepunkt, der Fall gewesen ist<sup>19</sup>.

<sup>15</sup> T. G. Dejenko u. a., Igor' Nikolaevič Smirnov. Bibliografičeskij ukazatel' (Tiraspol 2001) 3f. Vgl. auch die „offizielle“ Smirnov-Biographie von Anna Z. Volkova, Lider (Tiraspol 2001), samt elektronischer Fassung auf der Homepage der amtlichen „PMR“-Nachrichtenagentur „Olvia-Press“ unter URL ><http://www.olvia.idknet.com><.

<sup>16</sup> Klemens Büscher, Die „Staatlichkeit“ Transnistriens – ein Unfall der Geschichte? Beitrag für das Projekt „Die ‚zweite nationale Wiedergeburt‘. Nationalismus, nationale Bewegungen und Nationalstaatsbildungen in der spät- und postkommunistischen Gesellschaft“. Ms. eines Vortrags auf einer internationalen Konferenz an der Universität Mannheim, 20.–22. Februar 1998, 2. Siehe auch *ders.*: Transnationale Beziehungen der Russen in Moldova und der Ukraine. Ethnische Diaspora zwischen Residenz- und Referenzstaat (Gesellschaften und Staaten im Epochenwandel 10, Frankfurt a. M. u. a. 2003).

<sup>17</sup> Büscher, „Staatlichkeit“. Vgl. auch Constantin Chiroşca, Ideologia Transnistreană, in: Arena Politicii (1997) 10, 21–22.

<sup>18</sup> Büscher, „Staatlichkeit“ 17. Zum Beginn von Industrialisierung, Urbanisierung und Russifizierung Transnistriens in den Jahren 1950 bis 1967 samt Herausbildung einer multiethnischen und mehrheitlich allochthonen Macht- und Funktionselite siehe die Fallstudie von Ronald J. Hill, Soviet Political Elites. The Case of Tiraspol (London 1977).

<sup>19</sup> Zu den Kampfhandlungen vgl. (Erika Daley), Human Rights in Moldova. The Turbulent Dniester (New York, Washington, D.C. 1993) 27–69; Neil V. Lamont, Territorial Dimensions of Ethnic Conflict. The Moldovan Case, 1991 – March 1993, in: The Journal of Slavic Military Studies 6 (1993) 576–612; und Doklad pravozaščitnogo centra „Memorial“: Mas-

In mindestens dreierlei Hinsicht unterscheidet sich die von ihren Urhebern so genannte „transnistrische Revolution“<sup>20</sup> von anderen Mobilisierungsprozessen der Russ(ischsprachig)en im „Nahen Ausland“: Erstens ist die Konflikteskalation zwischen der Zentralregierung und den gewaltbereiten separatistischen Behörden „the only exception to the absence of ethnic conflict directed at Russians in the union republics“ (David D. Laitin<sup>21</sup>). Zweitens ist die „PMR“ post-unionsweit der einzige Fall eines Staatsbildungsversuches der „gestrandeten“ Minderheit der Russophonen. Und drittens figurierte Transnistrien – anders etwa als der Nordosten Estlands oder die Krim – in keinem Szenario ethnopolitischen Konflikts der Perestroikazeit<sup>22</sup>. Die tragenden Säulen transnistrischen „Staatlichkeitsstrebens“ bilden der politische Wille der regionalen Elite, das wirtschaftliche Potential der Region sowie die durch Moskauer Militärpräsenz verstärkten Machtmittel der „PMR“-Sicherheitskräfte – bei nachhaltigem politischen Rückhalt vor allem in der rußländischen Staatsduma. Schließlich ist aber auch die normative Kraft des faktischen Bestehens der PMR in Anschlag zu bringen, hat diese doch in den Jahren seit 1990 zu einer neuen Verräumlichung sozialer Prozesse geführt. Waren zuvor an erster Stelle Moskau, an zweiter dann Chişinău die Bezugspunkte ökonomischen, politischen und anderen Handelns der transnistrischen Elite, so ist diese nun primär auf das Territorium ihres Kleinstaates verwiesen – auch wenn die Bindungen an die Stadt Moskau und andere Teile der Rußländischen Föderation weiter wirken. Das Zurückgeworfensein auf die Region ist für die Bevölkerung natürlich stärker als für die Elite eine Veränderung, die den Prozeß der „Transnistrierung“ deutlich verstetigt. Hinzu kommt ein weiterer Faktor, der spätestens seit 1994, dem Beginn einer dramatischen Wirtschafts- und Währungskrise in der „PMR“<sup>23</sup> und der allmählichen Reduzierung rußländischer Stationierungs- und Blauhelmsgruppen, zunehmend an Bedeutung gewinnt: eine auf Schaffung „einer neuen Regionalidentität“ mittels „nationaler Konstruktion“ zielende offizielle Geschichtspolitik<sup>24</sup>.

sovye i naibolee ser'eznye narušenija prav čeloveka i položenie v zone vooružennogo konfliktu v g. Bendery za ijun'-jul' 1992 g., in: Nezavisimaja gazeta vom 22. September 1992, 4 f.

<sup>20</sup> D. F. Kondratovič, Pridnestrovskaja revoljucija, 1989–1992 gg., in: Ežegodnyj istoričeskij almanach Pridnestrov'ja 3 (1999) 23 ff.

<sup>21</sup> David D. Laitin, Identity in Formation. The Russian-Speaking Populations in the Near Abroad (Ithaca, N.Y., London 1998) 330. Siehe auch ders., Secessionist Rebellion in the Former Soviet Union, in: Comparative Political Studies 34 (2001) 839–861, bes. 841, sowie Louk Hagendoorn, Hub Linssen, Sergej Tumanov, Intergroup Relations in the States of the Former Soviet Union. The Perception of Russians (Philadelphia, Pa. 2001) 70 ff.

<sup>22</sup> Uwe Halbach, Die Nationalitätenfrage: Kontinuität und Explosivität, in: Die Umwertung der sowjetischen Geschichte, hrsg. v. Dietrich Geyer (Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 14, Göttingen 1991) 210–237, hier 211.

<sup>23</sup> Dan Ionescu, Life in the Dniester „Black Hole“, in: Transition 2 (1996), 20 (4. Oktober 1996) 12 ff.

<sup>24</sup> John O'Loughlin, Vladimir Kolossov, Andrei Tchepalyga, National Construction, Territorial Separatism, and Post-Soviet Geopolitics in the Transdnister Moldovan Republic, in: Post-Soviet Geography and Economics 39 (1998) 332–358, hier 322 (dass. auch unter URL ><http://www.colorado.edu/IBS/PEC/johnno/pub/PsgeTMR.doc><). Vgl. auch M. N. Gubo-

## II. „Geschichtspolitik“: Definitorische Annäherungen

„Geschichte ist nicht auf die Dimension der Vergangenheit festgelegt“, so die Herausgeber eines aktuellen Sammelbandes zum seitens der Geschichtswissenschaft neu entdeckten Politikfeld der Geschichtspolitik, „sie ist auch ein politischer Faktor ersten Ranges. Geschichtsbilder können mobilisieren, legitimieren, politisieren und nationale Identität beeinflussen, sogar blutige Konflikte auslösen.“<sup>25</sup> Geschichtspolitik zielt dieser Definition zufolge also auf „die öffentliche Konstruktion von Geschichts- und Identitätsbildern“ bzw. darauf, „über die Deutung historischer Ereignisse Identitäten zu stiften“<sup>26</sup>. Transmissionsriemen zwischen Designern und Rezipienten von Geschichtspolitik sind dabei einer anderen Definition zufolge „die Errichtung öffentlicher Geschichtsmuseen, Ausstellungen und Denkmäler ebenso wie die Einrichtung von Lehrstühlen, die Genehmigung von Schulbüchern und Unterrichtscurricula, aber auch die öffentlichen Gedenkrituale und Kommemorationen“<sup>27</sup>. Und – so wäre hinzuzufügen – der auf Öffentlichkeitswirkung zielende Teil akademischer Geschichtsforschung.

Was nun die Verfahren zur Analyse von Geschichtspolitik betrifft, so hat neben der Geschichtswissenschaft vor allem die Ethnologie Vorschläge zur Methode erarbeitet. In einem Plädoyer für eine „ethnologische Betrachtungsweise von ‚Geschichtspolitik‘“ in Europa nennt Wolfgang Kaschuba fünf „Praxisebenen“:

*glo*, Tjažkoe bremja konkurirujuščich identičnostej. Opyt Pridnestrov’ja, in: Ežegodnyj istoričeskij almanach Pridnestrov’ja 4 (2000) 13–35.

<sup>25</sup> Umkämpfte Vergangenheit. Geschichtsbilder, Erinnerung und Vergangenheitspolitik im internationalen Vergleich, hrsg. v. *Petra Bock* u. *Edgar Wolfrum* (Göttingen 1999) Klappen-text. Siehe auch Geschichtsbilder und Geschichtspolitik, hrsg. v. *Wolfgang Hardtwig* (Geschichte und Gesellschaft 24 [1998] 3). Anders als die „allgemeine“ Geschichtswissenschaft bestellt allerdings die historische Osteuropaforschung im deutschsprachigen Raum das Forschungsfeld der Geschichtspolitik bereits seit den 70er Jahren, wie etwa ein groß angelegtes, von Günther Stökl konzipiertes und geleitetes Forschungsprojekt zur „Interdependenz von Historiographie und Politik in Osteuropa“ in den Jahren 1975–1982 belegt. Siehe dazu Die Interdependenz von Geschichte und Politik in Osteuropa seit 1945. Historiker-Fachtagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Berlin, vom 9.–11. 6. 1976 in Bad Wiessee. Protokoll, hrsg. v. *Günther Stökl*. Vervielfältigtes Ms. (Stuttgart 1977), sowie *Günther Stökl*, Schlußbericht über das Forschungsprojekt „Die Interdependenz von Historiographie und Politik in Osteuropa“ (Köln, 6. Januar 1983), in: Archiv der VolkswagenStiftung, Hannover.

<sup>26</sup> *Petra Bock*, *Edgar Wolfrum*, Einleitung, in: Umkämpfte Vergangenheit 7–14, hier 9.

<sup>27</sup> *Ute Frevert*, Wider die deutsche Misere: Geschichtspolitik und Geschichtspropaganda in der DDR, in: *Aleida Assmann*, *Ute Frevert*, Geschichtsvergessenheit, Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945 (Stuttgart 1999) 173–188 u. 308–312, hier 309. Auf die zahlreichen Parallelen zwischen der DDR und der „PMR“ im allgemeinen und ihren Geschichtspolitiken im besondern, hier vor allem auf deren „Doppel-funktion [...], die sowohl positiv, durch die Förderung des Nationalstolzes, als auch negativ, durch Abgrenzung gegen ‚antinationale‘ Kräfte, Loyalität und Integration schaffen sollte“ (ebd. 174), kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden.



„erstens der öffentliche Diskurs um (eigene) Geschichte in den Medien; zweitens ein räumliches und territoriales Konzept der Repräsentation und Symbolisierung, ermittelt über Gedächtnisorte und Denkmäler; drittens den symbolischen Kampf um Zeichen und Deutungen der ‚Gedenkästhetik‘; viertens den Kanon ritueller und ästhetischer Praxen der Erinnerungsarbeit; und fünftens jenes regelrechte Set von Überlieferungsformen und -figuren wie Erzählungen, autobiographischen Erinnerungsserien, Gedenkfotos, lokalen und nationalen Geschichtsbüchern“<sup>28</sup>.

Während Geschichtspolitik im Europa der Europäischen Union in der Regel innerhalb bereits gefestigter nationalstaatlicher Rahmen vonstatten geht und primär auf gesellschaftliche Integration zielt, steht in Osteuropa neben der Integrationsabsicht häufig auch noch die Konsolidierung eben dieses Rahmens auf der Tagesordnung<sup>29</sup>. Dies geschieht in expliziter Distanzierung von ehemaligen supranationalen Bundesstaaten wie der UdSSR, der SFRJ und der ČSSR<sup>30</sup>, in einer Reihe besonders konfliktträchtiger Fälle aber auch in Abgrenzung von einzelnen ihrer Nachfolgestaaten – Kosovo/Bundesrepublik Jugoslawien bzw. neuerdings Serbien und Montenegro, Tschetschenien/Rußländische Föderation, Abchasien/Georgien oder eben Transnistrien/Moldova.

<sup>28</sup> Wolfgang Kaschuba, Geschichtspolitik und Identitätspolitik. Nationale und ethnische Diskurse im Kulturvergleich, in: Die Inszenierung des Nationalen. Geschichte, Kultur und die Politik der Identitäten am Ende des 20. Jahrhunderts, hrsg. v. Beate Binder, Wolfgang Kaschuba u. Peter Niedermüller (alltag & kultur 7, Köln, Weimar, Wien 2001) 19–42, hier 24.

<sup>29</sup> Beate Binder, Wolfgang Kaschuba, Peter Niedermüller, „Geschichtspolitik“: Zur Aktualität nationaler Identitätsdiskurse in europäischen Gesellschaften, in: Gesellschaften im Vergleich. Forschungen aus Sozial- und Geschichtswissenschaft, hrsg. v. Hartmut Kaelble u. Jürgen Schreiner (Frankfurt a. M. 1998) 465–508; Karl-Ernst Jeismann, Geschichtsbilder – Zeitdeutung und Zukunftsperspektive, in: Nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“. Geschichte und Öffentlichkeit im europäischen Vergleich, hrsg. v. d. Stiftung der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland (Bonn, Leipzig 2002) 109–127.

<sup>30</sup> Zu einschlägigen Fallstudien vgl. Wilfried Jilge, Staatssymbolik und nationale Identität in der postkommunistischen Ukraine, in: Ethnos – Nation 6 (1998) 85–113; ders., Historical Memory and National Identity-Building in Ukraine since 1991, in: European History: Challenge for a Common Future, hrsg. v. Attila Pók, Jörn Rüsen u. Jutta Scherrer (Hamburg 2002) 111–134; Thomas E. Fischer, Der slowakische Sonderweg. Zur Geschichtskultur in einer Transformationsgesellschaft, in: Ethnos – Nation 6 (1998) 145–157; Rainer Lindner, Historiker und Herrschaft. Nationsbildung und Geschichtspolitik in Weißrußland im 19. und 20. Jahrhundert (München 1999); Hugh LeCaine Agnew, New States, Old Identities? The Czech Republic, Slovakia, and Historical Understandings of Statehood, in: Nationalities Papers 28 (2000) 619–650; Elke Fein, Geschichtspolitik in Rußland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratisierenden Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft Memorial (Münster 2000); Andreas Langenohl, Erinnerung und Modernisierung. Die öffentliche Rekonstruktion politischer Kollektivität am Beispiel des Neuen Rußland (Göttingen 2000); Wolfgang Höpken, Vergangenheitspolitik im sozialistischen Vielvölkerstaat: Jugoslawien 1944–1991, in: Umkämpfte Vergangenheit 210–243; und Stefan Troebst, Geschichtspolitik und historische „Meistererzählungen“ in Makedonien vor und nach 1991, in: Österreichische Osthefte 44 (2002) 453–472.

### III. Geschichtspolitik „po pridnestrovski“

Die Geschichtspolitik der „PMR“, wie sie in den Jahren 1991 bis 1993 entwickelt wurde und seitdem für dieses staatsähnliche Gebilde konstitutiv ist, weist vier zentrale Komponenten auf:

1. ein geopolitisch, historisch, sprachlich, kulturell und zunehmend auch religiös unterfüttertes „großrussisches“ *mental mapping*;
2. ein stark selektives regionalistisches Geschichtsbild, gestützt auf eine *in progress* befindliche, kombiniert sowjetisch-postsowjetische historische Meistererzählung mit großen faktischen Diskontinuitäten, an deren „Auffüllung“ – bzw. besser: „Überbrückung“ – fieberhaft gearbeitet wird;
3. eine auf die dramatischen Anfangsjahre 1990 bis 1992 der „PMR“ fokussierte Erinnerungspolitik; sowie
4. einen genuin transnistrischen Personenkult um den ersten und weiter amtierenden „PMR-Präsidenten“ Smirnov.

Bemerkenswerterweise keine prominente Rolle spielt im Rahmen dieser „staatlichen“ Geschichtspolitik die eigentliche Vorgeschichte transnistrischer „Staatlichkeit“, also die Periode 1924 bis 1940, als die heute zur „PMR“ gehörenden Rayons sowie etliche weiter östlich davon gelegene Territorialautonomie innerhalb der Ukrainischen SSR besaßen. Hauptort dieser Moldauischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik (MASSR) östlich des Dnjestr war zunächst die heute zur Ukraine gehörige Kleinstadt Balta, dann ab 1929 Tiraspol<sup>31</sup>. Die Gründe für das ambivalente Verhältnis der „PMR“-Geschichtspolitik zur MASSR sind das dort vonstatten gegangene, explizit moldauische, d.h. nicht transnistrische *nation-building* sowjetischen Typus' sowie die Umstände der von Stalin dekretierten Auflösung der MASSR mittels Anschluß ihres Westrandes an die neue MSSR im Jahr 1940<sup>32</sup>. Eine weitere „Leerstelle“ in der „PMR“-Geschichtspolitik ist das Kosakentum: Zwar war dieses in der heißen Phase des Transnistrien-Konflikts ein wichtiges Bindeglied zur Rußländischen Föderation sowie zu den Russen der Ukraine<sup>33</sup>, wie auch in der Öffentlichkeit Transnistriens das „Schwarzmeer-Kosakenheer der PMR“ bis heute hohe Visibilität aufweist; dennoch wird die potentielle Klammer des Kosakentums lediglich historiographisch, nicht geschichtspolitisch instrumentalisiert<sup>34</sup>. Zu vermuten ist, daß zum einen der dezidiert supra-

<sup>31</sup> Wim van Meurs, Carving a Moldovan Identity Out of History, in: Nationalities Papers 26 (1998) 39–56; Charles King, Ethnicity and Institutional Reform: The Dynamics of „Indigenization“ in the Moldovan ASSR, in: ebd. 57–72; ders., The Moldovan ASSR on the Eve of the War: Cultural Policy in 1930s Transnistria, in: Romania and World War II, hrsg. v. Kurt W. Treptow (Jassy 1996) 9–36; Oleg Galuščenko, Naselenie Moldavskoj ASSR (1924–1940 gg.) (Kišinev 2001).

<sup>32</sup> Siehe dazu Fenomen Pridnestrov'ja 35–72, sowie Wim van Meurs, The Bessarabian Question in Communist Historiography: Nationalist and Communist Politics and History-Writing (Boulder, Colo., New York 1994).

<sup>33</sup> Kazačestvo, in: Nepriznannaja respublika, Bd. 5: Dokumenty obščestvenno-političeskich ob'edinenij Pridnestrov'ja (Moskau 1994) 47–88.

<sup>34</sup> I. A. Ancupov, Kazačestvo rossijskoe meždu Bugom i Dunaem (Kišinev 2000). Im Er-

staatliche Charakter der gesamtostslawischen kosakischen Bewegung dem Kurs Tiraspol auf einzelstaatliche Konsolidierung zuwider läuft, zum anderen aber dasselbe für die quasiethnische Option des Kosakentums gilt<sup>35</sup>.

#### IV. Neue „Karten im Kopf“

„Seit jeher nehmen die transnistrischen Gebiete eine außerordentlich wichtige Stellung in den gewaltigen Räumen Eurasiens ein.“<sup>36</sup> Mit diesem Satz beginnt der erste Band einer 2000 in Tiraspol erschienenen offiziellen „Geschichte der Transnistrischen Moldauischen Republik in zwei Bänden“. Daß mit diesem eurasischen Bezug gezielt die anti-westliche, europafeindliche Traditionslinie in der russischen Geistesgeschichte invoziert wird<sup>37</sup>, wird durch die Betonung der „skythischen“ Komponente der Geschichte der Region unterstrichen<sup>38</sup>. „Aus der Höhe des Adlerfluges betrachtet“, heißt es in einem transnistrischen Schulbuch für den Geschichtsunterricht über die Form des Territoriums der „PMR“, „erinnert Transnistrien, dieser dünne Landstreifen am Ufers des ergrauten Dnjestr, an einen gespannten skythischen Bogen“<sup>39</sup>. Aleksandr A. Bloks berühmtes Poem „Die

scheinen in der Reihe „Pridnestrovskie istoričeskie čtenija“ der transnistrischen „Gesellschaft der Historiker und Archivare“ befindlich ist ein Sammelband über die Geschichte des 2001 „wiedergegründeten“ Schwarzmeerkosakenverbandes. Vgl. V Pridnestrov'e izdan sbornik „Aleksandr Suvorov glazami sovremennikov i potomkov“, in: Ol'vija-Press. Informacionnoe agentstvo vom 29. November 2002, URL ><http://www.olvia.idknet.com/ol94-11-02.htm><.

<sup>35</sup> Dazu *Peter Holquist*, From Estate to Ethnos: The Changing Nature of Cossack Identity in the Twentieth Century, in: *Russia at a Crossroads. History, Memory and Political Practice*, hrsg. v. *Nurit Schliefsman* (London, Portland, Ore. 1998); *Brian J. Boeck*, The Kuban' Cossack Revival (1989–1993): The Beginning of a Cossack National Movement in the North Caucasus Region, in: *Nationalities Papers* 26 (1998) 633–657; sowie *Winfried Jilge*, Kosaken, in: *Lexikon der russischen Kultur*, hrsg. v. *Norbert P. Franz* (Darmstadt 2002) 231–235.

<sup>36</sup> *Istorija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki*, Bd. 1. Autorenkollektiv *V. Ja. Grosul, N. V. Babilunga, B. G. Bomeško, M. N. Guboglo, G. A. Sanin, A. Z. Volkova* (Tiraspol 2000) 5. Der zweite Band, der gemäß sowjetischer Tradition die Zeit „nach 1917“ beinhaltet, besteht aus zwei Halbbänden, wobei das Epochenjahr 1989 die Bandscheide darstellt. Einer Mitteilung des Ko-Autors *N. V. Babilunga* vom 9. Mai 2002 zufolge sind Vorexemplare beider Halbbände im Dezember 2001 gedruckt worden, doch habe man sie mangels Druckereikapazitäten noch nicht in den Buchhandel geben können. Als eine vorab veröffentlichte Kurzfassung dieses zweiten Bandes vgl. *Fenomen Pridnestrov'ja* 22–241.

<sup>37</sup> *Mark Bassin*, Russia and Asia, in: *Cambridge Companion to Russian Culture*, hrsg. v. *Nicholas Rzhevsky* (Cambridge 1998) 57–84; *Karl Schlögel*, Eurasier, Eurasiertum, in: *Lexikon der russischen Kultur* 129–131; sowie programmatisch *Lev Karsavin*, *Evrasijsztvo. Mysli o Rossii* (Tver' 1992). Siehe auch *Catherine Humphrey*, „Eurasianismus“ in Ideologie und politischer Vorstellung in der russischen Provinz, in: *Postsozialismus. Transformationsprozesse in Europa und Asien in ethnologischer Perspektive*, hrsg. v. *Christopher Hann* (Frankfurt a. M., New York 2002) 373–396.

<sup>38</sup> *Istorija PMR* I, 51–54.

<sup>39</sup> *N. V. Babilunga, B. G. Bomeško*, *Stranicy rodnoj istorii. Učebnoe posobie po istorii dlja 5 klassa srednej školy* (Tiraspol 1997) innerer Einband, vorn. Vgl. dazu auch *Stefan Troebst*,

Skythen“ kommt der in Tiraspol betriebenen Selbststilisierung als slawisches Bollwerk zwischen Orient und Europa recht nahe, und entsprechend nimmt sich auch die kartographische Praxis aus: Im regierungsamtlichen „Atlas of the Dniester Moldavian Republic“ bildet die Karte „Geopolitical Position“ das Territorium der „PMR“ nicht nur wesentlich kompakter („dicker“) ab als es den geodätischen Tatsachen entspricht, sondern suggeriert vor allem eine geopolitisch bedeutsame Mittellage. Dabei wird die „PMR“ gleich in zweifacher Hinsicht mittig verortet, nämlich einmal zwischen den bundesstaatlich lose verknüpften „ostslawisch-orthodoxen Bruderstaaten“ der Rußländischen Föderation und Belarus’ im Norden und Osten sowie denjenigen im Südwesten, also Bulgarien, Serbien und Makedonien, sodann zwischen den „feindseligen“ NATO-Mitgliedern Polen, Ungarn, Griechenland und Türkei auf der einen und der Rußländischen Föderation als „Protektor“ auf der anderen Seite<sup>40</sup>. Daraus abgeleitet wird, die zwischen Moldova, jener Heimstatt „Chişinău Nazitums“ und „rumänischer Menschenfresser“<sup>41</sup>, und der in Sachen „ostslawisch-orthodoxer“ Solidarität unzuverlässigen Ukraine<sup>42</sup> eingeklemmte „PMR“ sei in geostrategischer Hinsicht für Moskau von solcher Bedeutung, daß ihr Schutz gleichsam garantiert ist. Die Kaliningrader Parallele wird dabei nicht nur in militärischer Hinsicht, sondern gerade in statusrechtlicher bemüht. Die Selbstperzeption der „PMR“ als „ein Teilchen des großen rußländischen Staates“, so Smirnov 1995 vor der Moskauer Stadtduma<sup>43</sup>, wird dabei bevorzugt in das Bild von Transnistrien als „historischer Enklave Rußlands vor

Wie ein skythischer Bogen. Transnistrien als slawisches Bollwerk zwischen dem Orient und Europa, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 232 vom 7. Oktober 2002, 8.

<sup>40</sup> Karte „Geopolitical Position“ in: Atlas of the Dniester Moldavian Republic, hrsg. v. *Dniester Moldavian Republic* (Tiraspol 2000) 7. Zum Topos der „Mitte“ siehe *Hans-Dietrich Schultz*, *Fantasies of Mitte: Mittellage und Mitteleuropa* in German Geographical Discussion of the 19th and 20th Centuries, in: *Political Geography Quarterly* 8 (1989) 315–339; sowie zum osteuropäischen Kontext *Stefan Troebst*, „Intermarium“ und „Vermählung mit dem Meer“: Kognitive Karten und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa, in: *Geschichte und Gesellschaft* 28 (2002) 435–469.

<sup>41</sup> Zum Ausdruck *kişinevskij nacizm* vgl. *Volkova*, *Lider*, *Vvedenie*, zur Bezeichnung *rumynskie ljudoedy* siehe eine auf Juni 1992 datierte Fotografie, die transnistrische Kriegsfreiwillige auf einem LKW zeigt, auf dessen Ladeklappe „Tod den rumänischen Menschenfressern!“ (*Smert’ rumynskim ljudoedam!*) geschrieben steht, bei *Valerij Kruglikov*, *N. Vorob’eva*, *Bendery. Leto-92. Vojna* (Fotoal’bom) (Bendery 1995) 40.

<sup>42</sup> Das Verhältnis der „PMR“ zur Ukraine ist von deutlicher Ambivalenz gekennzeichnet: Zum einen hat die „PMR-Diplomatie“ 1995 Kiew bewogen, neben der Rußländischen Föderation und der OSZE als Ko-Vermittler zwischen Tiraspol und Chişinău tätig zu werden, ja gleich der Rußländischen Armee Blauhelmsgruppen in die bis dahin trilateral rußländisch-moldauisch-transnistrisch kontrollierte Sicherheitszone entlang des Dnjestr zu entsenden. Zum anderen aber ist Smirnovs Verhältnis zum östlichen Nachbarstaat nachhaltig gestört, seitdem er im September 1991 in Kiew mit Billigung der ukrainischen Behörden von einer Spezialeinheit der Sicherheitskräfte Moldovas verhaftet und nach Chişinău gebracht wurde. Nach einigen Wochen in Isolationshaft wurde er wieder freigelassen. Vgl. *Volkova*, *Lider*, Kapitel V.

<sup>43</sup> *I. Smirnov*, *Pridnestrov’e – častička velikogo rossijskogo gosudarstva*, in: *Dnestrovskaja pravda*, 23. September 1995.

dem Tor zum Balkan“ gefaßt<sup>44</sup>. Allerdings werden in Tiraspol mittlerweile auch andere Statusvarianten ventiliert – eigenständige GUS-Republik etwa, Teil der anämischen rußländisch-weißrussischen Föderation, Mitglied eines neu zu schaffenden ukrainisch-weißrussisch-rußländischen Bundesstaates namens ZUBR<sup>45</sup>, ja selbst Halbstaat einer aus der Republik Moldau und der „PMR“ bestehenden besarabisch-transnistrischen Konföderation.

## V. Geschichtsbild – laborgestützt

Im März 1991 verfügte die „PMR“-Führung die Einrichtung eines „Wissenschaftlichen Forschungslabors der Geschichte Transnistriens“ an der zur Staatlich-Transnistrischen Taras-G.-Ševčenko-Universität aufgewerteten Pädagogischen Hochschule Tiraspol, zu dessen Leiter der Zeithistoriker und vormalige Chişinău-MEMORIAL-Aktivist Nikolaj V. Babilunga bestellt wurde<sup>46</sup>. Die von ihm und einem Historikerteam als zentral herauspräparierten Begriffe transnistrischer Geschichtspolitik lauten „Eigenständigkeit“ (*samobytnost*), „Staatlichkeit“ (*gosudarstvennost*), „Polyethnizität“ (*poliëtničnost*), „östliche (orthodoxe) slawisch-rußländische Ausrichtung“ (*vostočnyj (pravoslavnyj) slavjansko-rossijskij vektor*) sowie „Moldauertum“ (*moldovenizm*) – letzteres dabei nicht im ethnisch-ostromanischen Sinne, sondern in einer historisch-regionalen Bedeutung, die auf das in der frühen Neuzeit mit dem Moskauer Reich politisch verbündete Fürstentum Moldau sowie MASSR und MSSR abhebt. Das unübersehbare und bis zur Mitte der 90er Jahre auch zu spürende Spannungsverhältnis zwischen diesem Moldau-Bezug und der genannten „slawisch-rußländischen Ausrichtung“ hat mittlerweile durch deutliche Reduzierung des „Rußlandtums“ (*rossijskost*) – nicht des „Russentums“ (*russkost*)! – stark nachgelassen<sup>47</sup>. Unverkennbar ist dabei der zwar

<sup>44</sup> Fenomen Pridnestrov'ja 245. Vgl. dazu auch aus – auffallend paralleler – rumänischer Perspektive *Nicholas Dima*, *Moldova and the Transdnestr Republic. Russia's Geopolitics toward the Balkans* (East European Monographs 579, Boulder, Colo., New York 2001). Die „Vordenker“ einer nationalpatriotisch-Moskauer Geopolitik hingegen messen der „PMR“ nur geringe Bedeutung bei. Siehe exemplarisch *Aleksandr G. Dugin*, *Osnovy geopolitiki. Geopolitičeskoe buduščee Rossii. Myslit' prostranstvom* (Moskau 1999), und *Sergej N. Baburin*, *Rossijskij put'. Stanovlenie rossijskoj geopolitiki kanuna XXI veka. Stat'i, vystuplenija, interv'ju 1990–1995 gg.* (Moskau 1995).

<sup>45</sup> ZUBR steht für *Za Sojuz Ukrainy, Belorussii i Rossii* („Für eine Union der Ukraine, Weißrußlands und Rußlands“), hat aber im Russischen zugleich die Bedeutungen „Wisent“ und „Erzreaktionär“. Die 2000 in Tiraspol gegründeten regimenähe „PMR-Volksbewegung ZUBR“ kooperiert mit den ZUBR-Organisationen in Kiew, Minsk und Moskau. URL ><http://www.zubr.idknet.com/>< und ><http://www.bhhrg.org/zubr.htm><.

<sup>46</sup> *Istorija PMR* I, 8.

<sup>47</sup> „PMR-Verteidigungsminister“ Oberst Štefan F. Kicak, ein Rumäne aus der Bukowina, kritisierte während der Feiern zum 1. Mai 2002 in Tiraspol „die Nachgiebigkeit Rußlands gegenüber dem Vormarsch der NATO nach Osten“. Rußland, so seine Warnung, riskiere damit „zum Fürstentum Moskau herabzusinken“. Vgl. *Tat'jana Georgiu*, *Pridnestrovcy vystupajut*

suprastaatliche und transterritoriale, aber im Kern russozentrische Charakter transnistrischen Selbstverständnisses: Nicht den von Boris N. El'cins liberalen Beratern in der ersten Hälfte der 90er Jahre invozierten „Rußländern“ unterschiedlicher ethnischer Couleur rechnete man sich zu<sup>48</sup>, sondern der gemäß der 1997 in Moskau proklamierten „neuen russischen nationalen Idee“ imaginierten „gemeinschaftlichen Gesamtheit“ (*sobornost'*) aller Russen<sup>49</sup>.

Die genannten fünf transnistrischen Schlüsselbegriffe, die sich mit den „sechs Prinzipien des Russentums“ moskauisch-nationalpatriotischer Observanz weitgehend decken<sup>50</sup>, werden durch die Jahrhunderte hindurch dekliniert, wobei man auf die Kiewer Rus', gar auf die Altsteinzeit zurückgeht. Kern der Argumentation ist, daß sich gleichsam unbemerkt von der Außenwelt, ja von den Bewohnern Transnistriens selbst, zahlreiche Besonderheiten herausgebildet hätten, die erst im Zeichen der spätsowjetischen Krise zutage getreten seien. Diese an Platos erste Generation der neuen Gesellschaft im vollkommenen Staat erinnernde „Wir-sind-schon-immer-anders-als-die-anderen“-Botschaft wird mit den Methoden professioneller Geschichtswissenschaft, wenngleich mit „staatlicherseits“ vorgegebenem Resultat, in dem genannten „Forschungslabor“ in Richtung eines neuen, genuin transnistrischen *master narrative* ausgebaut<sup>51</sup> und mit den Mitteln regierungsamtlicher Propaganda disseminiert. Diese Vermittlung geschieht zweckmäßigerweise nur zu einem geringen Teil in Form handelsüblicher Produkte akademischer bzw. akademisch verbrämter Geschichtsforschung, wie sie etwa die besagte, von einem

za samostojatel'nost' svoego gosudarstva, in: Ol'vija-Press. Informacionnoe agentstvo vom 1. Mai 2002, URL ><http://www.olvia.idknet.com/ol03-05-02.htm><.

<sup>48</sup> Michael Thumann, Das Lied von der russischen Erde. Moskaus Ringen um Einheit und Größe (Stuttgart 2002) 127 f. Siehe auch Valerij A. Tiškov, Rossijskaja kak mnogonacional'naja obščnost' (Moskau 1994).

<sup>49</sup> Gurij V. Sudakov, Šest' principov russkosti, ili Kogda v Rossii pojavitsja praznik Datskogo korolevstva?, in: Rossijskaja gazeta vom 17. September 1999, 4. Vgl. dazu Gerhard Simon, Auf der Suche nach der „Idee für Rußland“, in: Osteuropa 47 (1997) 1169–1190, samt der Dokumentation Rußland: Eine „nationale Idee“ per Preisausschreiben, in: ebd. A 483–A 498, sowie Christiane Uhlig, Nationale Identitätskonstruktionen für ein postsowjetisches Rußland, in: ebd. 1191–1206. Siehe auch dies., „Rußland ist mit dem Verstand nicht zu begreifen“. Die Modernisierungsdebatte in den russischen Geistes- und Sozialwissenschaften, in: Identitäten. Erinnerung, Geschichte, Identität 3, hrsg. v. Aleida Assmann, Heidrun Friese (Frankfurt a.M. 1998) 374–400; Sergej N. Maljavin, Idee, russische, in: Lexikon der russischen Kultur 190 f.; und Jutta Scherrer, „Sehnsucht nach Geschichte“. Der Umgang mit der Vergangenheit im postsowjetischen Rußland, in: Die Nation schreiben. Geschichtswissenschaft im internationalen Vergleich, hrsg. v. Christoph Conrad, Sebastian Conrad (Göttingen 2002) 165–206.

<sup>50</sup> Sudakov, Šest' principov russkosti.

<sup>51</sup> Zur politischen Instrumentalisierung und Funktion des DDR-Geschichtsbetriebs siehe prononciert Martin Sabrow, Auf der Suche nach dem materialistischen Meisterton. Bauformen einer nationalen Gegenerzählung in der DDR, in: Die historische Meistererzählung. Deutungslinien der deutschen Nationalgeschichte nach 1945, hrsg. v. Konrad H. Jarausch, Martin Sabrow (Göttingen 2002) 33–77, und Konrad H. Jarausch, Die DDR-Geschichtswissenschaft als Meta-Erzählung, in: Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR, hrsg. v. Martin Sabrow (Leipzig 1997) 19–34.

transnistrisch-rußländischen Autorenkollektiv verfaßte „Geschichte der Transnistrischen Moldauischen Republik in zwei Bänden“ darstellt. Zentrale Transmissionsriemen der Geschichtspolitik Tiraspols sind vielmehr Schulen, Schulbücher und Medien sowie Erinnerungsorte, Denkmale, Museen, „staatliche“ Symbole, Banknoten, Münzen und Briefmarken. Eine ganz besondere Rolle kommt sowjetischer Tradition zufolge Jubiläen und Jahrestagen zu. Dies gilt für den neuen „PMR-Nationalfeiertag“ am 2. September ebenso wie für die „alten“ Feiertage aus der Sowjetzeit, also für den 1. Mai, 8. Mai, 22. Juni oder 7. November.

Die Inhalte des neuen transnistrischen Geschichtsbilds lassen sich in drei Kategorien einteilen: Es handelt sich erstens um ein Raster ausgewählter historischer Ereignisse, Prozesse und Perioden, die als konstitutiv für die Geschichte der Region gewertet werden, die neue Meistererzählung demnach tragen; zweitens sind es personenbezogene Kulte, in deren Mittelpunkt der zarische General Aleksandr V. Suvorov (1729 bis 1800), der als Befreier Transnistriens und als Gründer Tiraspols, beides 1792, glorifiziert wird, sowie – mittlerweile klar auf Platz 2 abgefallen – der Schöpfer der Sowjetunion Vladimir I. Lenin (1870 bis 1924) stehen; und drittens werden zwei Prinzipien ganz besonders hoch gehalten, nämlich dasjenige der Multiethnizität der „PMR“, belegt durch deren Dreisprachigkeit, wobei beides als Indiz für Nationalismusresistenz gewertet wird, sowie das der „Bewahrung des sowjetischen Erbes“.

Die von dem besagten „Forschungslabor“ identifizierten zehn für das „transnistrische Volk“ konstitutiven Epochen, Perioden, Prozesse, Persönlichkeiten und Ereignisse, auf welche die neue Meistererzählung gestützt ist, sind in ihrer chronologischen Abfolge:

1. Das Altpaläolithikum, für welches das östliche Dnjestr-Ufer als Urheimat der Menschheit ausgemacht wird.

2. Die Kiewer Rus' des 10. und 11. Jahrhunderts, als ein Seitenzweig des berühmten „Weges von den Warägern zu den Griechen“ auch entlang des Dnjestr verlief, Transnistrien also partiell an einer Magistrale des Welthandels lag sowie peripherer Bestandteil der ersten russischen Reichsbildung war.

3. Die Epoche der Teilung der Region zwischen dem Osmanischen Reich bzw. dem Krim-Khanat einerseits und Polen-Litauen bzw. dem Kosakenstaat andererseits samt Brückenfunktion zwischen Okzident und Orient.

4. Die *Frontier*-Situation von der russischen Eroberung Transnistriens 1792 durch General Suvorov bis zur Einnahme Bessarabiens 1812 – zwei Jahrzehnte, in denen entlang des Dnjestr die Grenze zwischen den Reichen von Zaren und Sultanen verlief.

5. Revolution und Bürgerkrieg von 1917 bis 1922 – eine als besonders heroisch geschilderte Periode, in deren Zuge das Territorium der heutigen „PMR“ Teil der Sowjetukraine wurde.

6. Die Zeit der Existenz der genannten MASSR innerhalb der Ukrainischen SSR in den Jahren 1924 bis 1940.

7. Der Zweite Weltkrieg mit den Schwerpunkten auf dem passiven Widerstand gegen die rumänische Besatzungsherrschaft, auf dem Partisanenkampf gegen diese

und auf dem Blutzoll, den die Bewohner Transnistriens für den Sieg der Roten Armee über das nationalsozialistische Deutschland entrichtet haben.

8. Die Jahrzehnte forciert Industrialisierung vom Ende der vierziger Jahre bis in die siebziger hinein, die von einer Ausweitung des Bildungswesens, dem Wachstum der urbanen Zentren und einem starken Zuzug aus anderen Teilen der Sowjetunion gekennzeichnet waren.

9. Die Zeit des Beginns der transnistrischen Bewegung und der „Staatsgründung“, also die Jahre 1989 und 1990.

10. Die „Schlacht um Bendery“ von 1992, die als erfolgreich bestandene Feuer- taufe der „PMR“ und des „transnistrischen Volkes“ gewertet wird.

Was den genannten Suvorov-Kult betrifft, so konnte man hier an die spätsowjetische Periode anknüpfen, als im Zentrum Tiraspol's ein modernistisches steiner- nes Reiterstandbild des Heerführers und Stadtgründers errichtet wurde. In Er- mangelung anderer historischer Symbole mit Regionalbezug griff man bei der Vi- sualisierung der neuen „Staatlichkeit“ bereits 1989 zu dieser sowohl „russischen“ wie „kriegerischen“ und damit gleichsam idealtypischen Figur. Hinzu kam der explizit „anti-westliche“ Aspekt im modernen Suvorov-Bild, hatte der General doch 1799 Napoleon aus Oberitalien verdrängt und war bis in die Schweiz vorge- drungen. 1991 wurde die neue transnistrische Währung, der sogenannte Coupon- Rubel (*kupon rubl'*), dadurch „hergestellt“, daß man auf sowjetischen Rubelschei- nen einen briefmarkenähnlichen Aufkleber mit einem Suvorov-Porträt anbrachte und sie damit zu transnistrischen Suvorov-Rubeln (*suvorovki*) umwidmete. 1992 verfuhr man ebenso mit rußländischen Rubelscheinen. Auch auf der ersten ge- druckten „PMR“-Geldscheinserie von 1993 und 1994 findet sich das Suvorovsche Reiterstandbild<sup>52</sup>. Das Denkmal begann in der Folgezeit dadurch ein regelrechtes Eigenleben zu führen, daß seine Silhouette immer weiter stilisiert wurde und mitt- lerweile von Außenstehenden kaum mehr als Reiterstandbild, geschweige denn als Suvorov, zu erkennen ist. Dies gilt etwa für die Vignette auf der Frontseite der regierungsamtlichen Zeitung *Dnestrovskaja pravda* oder in noch kryptischerer Form in Blattgold auf den offiziellen Visitenkarten der „PMR-Minister“. Eine zentrale Rolle spielt die Figur Suvorovs überdies bei der Vermarktung transnistri- scher Produkte in den GUS-Staaten. Entsprechend heißt die beste Qualität trans- nistrischen Cognacs mit 40 Jahren Lagerung, produziert vom Tiraspoler Wein- und Cognac-Monopolisten „Kon'jaki, vina i napitki Tiraspol'ja“ (KVINT), eben- falls „Suvorov“<sup>53</sup>.

<sup>52</sup> Dasselbe trifft auch für die seit 2000 im Umlauf befindliche Serie von 1-, 5-, 10- und 25- Rubelscheinen zu. Siehe die deutschsprachige (!) Homepage der „Transnistrischen Republi- kanischen Bank“: URL ><http://www.cbpmr.net/ger/bnknt1.html><. Auch die neueste „PMR“-Briefmarkenserie zeigt Suvorov. Vgl. V Pridnestrov'e vypuščena novaja počtovaja marka, in: Ol'vija-Press. Informacionnoe agentstvo vom 28. Juni 2002, URL ><http://www.olvia.idknet.com/ol92-06-02.htm><.

<sup>53</sup> Vgl. den Beitrag von KVINT-Generaldirektor *Oleg M. Baev*, Suvorovskaja simbolika v produkcii zavoda „KVINT“, in: A. V. Suvorov glazami sovremennikov i potomkov, hrsg. v. *Irina Blagodatskich* u. a. (Pridnestrovskie istoričeskie čtenija 1, – Tiraspol 2002 ), sowie zum KVINT-Cognac „Suvorov“ selbst URL >[http://www.kvint.com/\\_suvor\\_e.htm](http://www.kvint.com/_suvor_e.htm)<. Die



Der Leninkult wie überhaupt der Bezug auf die untergegangene Sowjetunion, jenes offiziöser Geschichtspolitik zufolge „Vaterland, in dem wir geboren sind“<sup>54</sup>, bestimmen unverändert die Alltagswelt der „PMR“-Bürger: Lenin ist der dominierende Namengeber für Straßenbezeichnungen, und entsprechend ist die zentrale Nord-Süd-Querung durch das Stadtzentrum von Tiraspol bis heute nach ihm benannt<sup>55</sup>. Und das überdimensionierte marmorne Lenindenkmal des sowjetischen Parteibildhauers Lev E. Kerbel’ steht weiterhin vor dem Gebäude von „Präsidialverwaltung“, „Ministerien“ und „Oberstem Sowjet“ in Tiraspol. Danach gefragt, warum dem noch immer so sei, antwortete „PMR-Außenminister“ Valerij A. Lickaj 2001: „Es gibt keine anderen Denkmäler als die Lenins und Suworows [...]. Früher hatten wir in der Hauptstraße drei Lenins, das waren zu viele, einen haben wir entfernt.“<sup>56</sup> Auch von einer anderen und ganz besonders zentralen Stelle ist Lenin schon seit 1993 verbannt, nämlich von den besagten neuen transnistrischen Geldscheinen und Münzen. Bereits in der ersten Serie transnistrischer Coupon-Rubelscheine zeigte die Rückseite zwar das genannte Gebäude in Tiraspol, doch wurde das in den Bildausschnitt gehörige Lenindenkmal bewußt weggelassen. Dasselbe gilt für die 25-Rubel-Gedenkmünze aus Silber, die im Jahr 2000 aus Anlaß des zehnten Jahrestages der „Staatsgründung“ aufgelegt wurde<sup>57</sup>.

Die „Bewahrung des sowjetischen Erbes“ bleibt aber weiterhin am „Staatswappen“ der „PMR“ ablesbar: Es enthält unverändert einen roten Stern sowie Ham-

„PMR“-Staatsbank hat ihrerseits eine Verbindung zwischen Suworov und dem transnistrischen Exportschlager Cognac hergestellt, indem sie 2000 die genannte Fünf-Rubel-Banknote auflegte, deren Vorderseite ein Suworov-Porträt zeigt und auf deren Rückseite das Verwaltungsgebäude von KVINT abgebildet ist. Vgl. URL ><http://www.banknotes.com/TA35.JPG><. Zum postmodernen Kontext von Konsum und Regionalismus samt europäischen Vergleichsfällen vgl. Hannes Siegrist, Regionalisierung im Medium des Konsums, in: *Comparativ* 11 (2001) 7–26.

<sup>54</sup> *Babilunga, Bomeško, Stranicy* 3.

<sup>55</sup> Hierzu sowie zu den übrigen seit Sowjetzeiten nicht veränderten Straßennamen Tiraspols vgl. den Stadtplan in dem „Lonely Planet“-Reiseführer von Nicola Williams, Romania & Moldova (Hawthorne, Victoria, u. a. 1998) 476.

<sup>56</sup> *Elfie Siegl*, Drei Lenins in einer Straße waren einer zuviel. Präsidentenwahlkampf in der von Moldova abtrünnigen Republik Transnistrien. Igor Smirnov will sich eine dritte Amtszeit sichern, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Nr. 286 vom 8. Dezember 2001, 3 (dass. auch unter URL >[http://www.net.md/germanikuss/medien/medienart/wahlen\\_pmr.htm](http://www.net.md/germanikuss/medien/medienart/wahlen_pmr.htm)<). Zu einer Literarisierung des aus dem nordwestrussischen Pskov gebürtigen und an der Universität Havaña promovierten Lateinamerikahistorikers Lickaj und seiner auf völkerrechtliche Anerkennung der „PMR“ zielenden Politik siehe *Lars Gustafsson*, Geheimnisse zwischen Liebenden. Roman (München 2000 – Original Tjänarinnan. En kärleksroman [Stockholm 1996]). Hier heißt es über die Bewohner Transnistriens, jener „neuen Republik ohne diplomatische Vertretungen und scheinbar ohne Freunde“: „Sie wollten *gesehen* werden. Von der Welt. Sie brauchten jemanden, der für sie eine weltumspannende Kampagne entwarf“ (38f.). Lickaj, dessen Vatersname Anatol’evič lautet, wird hier zutreffend wie folgt beschrieben: „Der ungefähr Vierzigjährige – anscheinend hieß er Anatol – [...] hatte hellbraunes Haar, war glattrasiert.“ (176).

<sup>57</sup> Vgl. die Abbildung unter URL ><http://www.cbpmr.net/ger/coins25.html><.

mer und Sichel, desgleichen die sowjettypischen Ähren – neben weiteren Agrarprodukten der Region wie Mais, Äpfel und Weintrauben. Ein blauer Streifen mit weißer Schlangenlinie symbolisiert den Dnjestr. Die „große“ Fassung des Wappens schreibt den „Staatsnamen“ in allen drei Sprachen in kyrillischen Buchstaben aus<sup>58</sup>, die „kleine“ Fassung verwendet lediglich die Abkürzungen, d.h. „PMR“ auf Russisch und Ukrainisch und „RMN“ auf Moldauisch. Dennoch unterliegt das offizielle Verhältnis der „PMR“ zur sowjetischen Kultur ebenso wie dasjenige zu Lenin unverkennbar einem schleichenden Erosionsprozeß. So hat der genannte „Außenminister“ Lickaj wiederum 2001 auf die Frage nach der Rolle des „sowjetischen Erbes“ in der „PMR“ mit bezeichnender Ambivalenz geantwortet: „Unsere Geschichte und unsere Kultur sind mit der Sowjetperiode verbunden. Die Industrialisierung bei uns war eine sowjetische. Wir können uns nicht von der sowjetischen Kultur lossagen. [...] Vielleicht ist die sowjetische Kultur nicht gut, aber wir haben keine andere. Wir sind nicht der Meinung, daß sie zu hundert Prozent schlecht war.“<sup>59</sup>

Wie sowjetisch die „PMR“ in ihrem Kern ist, läßt sich auch daran ablesen, daß das für die UdSSR so typische Spannungsverhältnis zwischen dem, was Yuri Slezkine „the chronic ethnophilia of the Soviet regime“ genannt hat<sup>60</sup>, und dem von Leonid I. Brežnev forcierten Versuch der Schaffung eines supranationalen „Sowjetvolks“ imperialen Zuschnitts<sup>61</sup> selbst dieses Miniaturgemeinwesen prägt: Zum einen wird der ethnokulturelle Partikularismus der drei konstitutiven „Staatsnationen“ von Moldauern, Russen und Ukrainern sowie der zahlreichen „nationalen Minderheiten“ betont, zum anderen über die sowjettypischen Zwischenstufen von „Völkerfreundschaft“ (*družba narodov*) und „Völkerverschmelzung“ (*slijanie narodov*) ein im Prozeß der Formierung befindliches „transnistrisches Volk“ postuliert<sup>62</sup> – mit auffallenden Ähnlichkeiten zur 1966 bis 1971 in der DDR verfochtenen Konzeption einer „sozialistischen deutschen Nation“<sup>63</sup>.

<sup>58</sup> Russisch *Pridnestrovskaja Moldavskaja Respublika*, ukrainisch *Pridnistrovs'ka Moldavs'ka Respublika* sowie moldauisch *Republika Moldovenjaskë Nistrjanë* bzw. – mit viel-sagender sprachlicher Unsicherheit – auch *Republika Moldovenešt' Nistrene*.

<sup>59</sup> Gespräch mit Lickaj in Tiraspol am 30. Oktober 2001. Zitiert bei Stefan Troebst, *Moldova zwischen Ost und West: Nationale Identität und europäische Orientierung*. Deutsch-moldauisches Symposium, Chişinău, Tiraspol, Comrat, Republik Moldau, 27. Oktober – 1. November 2001, in: *Südosteuropa-Mitteilungen* 42 (2002) 3, 80–90; im folgenden zitiert: Troebst, *Moldova zwischen Ost und West*.

<sup>60</sup> Yuri Slezkine, *The USSR as a Communal Apartment, or How a Socialist State Promoted Ethnic Particularism*, in: *Slavic Review* 53 (1994) 414–452, hier 415.

<sup>61</sup> *Sovetskij narod – novaja internacional'naja obščnost' ljudej*, hrsg. v. M. P. Kim (Kišinev 1987); *Borys Lewytskij*, „Sovetskij narod“ – „Das Sowjetvolk“. Nationalitätenpolitik als Instrument des Sowjetimperialismus (Hamburg 1983); *Hans Lemberg*, *Unvollendete Versuche nationaler Identitätsbildung im 20. Jahrhundert im östlichen Europa: die „Tschechoslowaken“, die „Jugoslawen“, das „Sowjetvolk“*, in: *Nationales Bewußtsein und kollektive Identität. Studien zur Entwicklung des kollektiven Bewußtseins in der Neuzeit* 2, hrsg. v. Helmuth Berding (Frankfurt a.M. 1994) 581–607.

<sup>62</sup> Zu einer ebenso polemischen wie kenntnisreichen Kritik dieses Konzepts vgl. *Vladimir Solonari*, *Creating „a People“: a Case Study in (Post-) Soviet History Writing*, Vortrag im

## VI. Erinnerungspolitik: Die „Schlacht um Bendery“ im Juni 1992

Die Erinnerung an die blutigen Ereignisse von 1992 wird in der „PMR“ mittels einer Vielzahl von Denkmälern, Zeremonien, Jubiläen, Orden, Veteranenorganisationen, Bildbänden u. a. wach gehalten und allgegenwärtig gemacht<sup>64</sup>. Bendery, heute eine auf Geheiß der Tiraspoler Behörden ethnisch stark gesäuberte und daher fast völlig russophone Großstadt, bildet den emotionalen Fokus transnistrischer Erinnerungspolitik. Allein die Stadt Dubossary (Dubăsari), der Schauplatz bewaffneter moldauisch-transnistrischer Auseinandersetzungen im März 1992<sup>65</sup>, sowie die Hauptstadt Tiraspol mit einer kombinierten Gedenkstätte für die Gefallenen des sowjetischen Afghanistankrieges und der transnistrischen Ereignisse von 1990 bis 1992 können sich neben dem „Mythos Bendery“ behaupten. Als „eine Art sakrales Symbol“ hat 1996 der wohl letzte politisch aktive Repräsentant des demokratischen Flügels der transnistrischen Bewegung, Andrej Safonov, Bendery bezeichnet<sup>66</sup>, und der ebenso international versierte wie geschichtsbewußte „PMR-Außenminister“ Lickaj hat die vormals osmanische Festungsstadt jenseits des Dnjestr zu „unserem West-Berlin“ stilisiert<sup>67</sup>. Daher war es keine Überraschung, daß die „PMR“-Führung im Vorfeld des zehnten Jahrestages

Rahmen des Post-Communist Politics and Economy Workshop am Davis Center for Russian and European Studies der Harvard University am 8. Mai 2002, URL ><http://www.fas.harvard.edu/~postcomm/papers/2001-02/solonari.pdf><. Der Zeithistoriker Solonari vertrat in den neunziger Jahren die Russophonen Moldovas im Chişinăuer Parlament. <sup>63</sup> Gerhard Naumann, Eckhard Trümpler, Der Flop mit der DDR-Nation 1971. Zwischen Abschied von der Idee der Konföderation und Illusion von der Herausbildung einer sozialistischen deutschen Nation (Berlin 1991); Klaus Erdmann, Der gescheiterte Nationalstaat. Die Interdependenz von Nations- und Geschichtsverständnis im politischen Bedingungsgefüge der DDR (Frankfurt a. M., Berlin 1996).

<sup>64</sup> Grigorij V. Volovoj, Krovavoe leto v Benderach. Chronika pridnestrovskoj tragedii (Bendery 1993); Kruglikov, Vorob'eva, Bendery; N. V. Babilunga, B. G. Bomeško, Bendery: rasstreljannye nepokorennye (Tiraspol 1993); *dies.*, Kniga pamjati zaščitnikov Pridnestrov'ja, hrsg. v. A. A. Karaman (Tiraspol 1995); Bendery 1408–1998 – prošloe, nastojaščee, buduščee. Bendery 1408–1998 – the past, the present, the future, hrsg. Gorodskoj Sovet narodnych deputatov, Gosadministracija (Bendery 1998).

<sup>65</sup> Nikolaj P. Rudenko, Dubossary – gorod zaščitnikov PMR (Dubossary 1995); Viktor V. Djukarev, Dubossary 1989–1992 gg. Za kulisami politiki (Tiraspol 2000). Smirnov nutzte den zehnten Jahrestag der Kämpfe um Dubossary am 2. März 2002 zu einer „historischen“ Rede samt aufwendiger Trauerzeremonie in der dortigen Gedenkstätte. Siehe dazu Dubossary 10 let spustja, in: Ol'vija-Press. Informacionnoe agentstvo vom 3. März 2002, URL ><http://www.olvia.idknet.com/ol12-03-02.htm><, sowie zu einem Aufruf Smirnovs an die Bewohner der „PMR“: Obrašćenie k narodu prezidenta Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki, 1 marta 2002 g., ebd. 1. März 2002, URL ><http://www.olvia.idknet.com/ol08-03-02.htm><.

<sup>66</sup> Andrej Safonov, Vzaimootnošenija Moldovy i Pridnestrov'ja: Istorija problemy i perspektivy (osnovnye aspekty), in: Statul național și societatea polietică: Moldova în anii 90. Materiale I simpozion moldo-german (Chişinău, 13.–18. Oktober 1996), hrsg. v. Valerij Moşnjaga [Valeriu Moşneaga] (Chişinău 1997) 149–159, hier 153.

<sup>67</sup> In einem Gespräch am 13. September 1997 in Flensburg.

der „Schlacht um Bendery“ den politisch hochbrisanten Vorschlag lancierte, die „PMR-Hauptstadt“ Tiraspol mit der „Heldenstadt“ Bendery zur „neuen Hauptstadt Transnistriens“ zu vereinen<sup>68</sup>.

Die wichtigsten Gedenkort der „Schlacht um Bendery“ sind das Geschichts- und Heimatkundemuseum der Stadt, der Friedhof Benderys sowie ein neues Denkmalensemble für die transnistrischen Opfer der Ereignisse vom Sommer 1992 nahe der Dnjestr-Brücke. Dieses „Memorial des Gedenkens und der Trauer“ besteht aus einem Panzer mit der Aufschrift „PMR“ samt aufgepflanzter „Staatsflagge“, etlichen Marmorplatten mit den Namen der transnistrischen Gefallenen, einem Gedenkstein sowie einem Glockenturm, in dessen Inneren sich als neues Element der „PMR“-Geschichtspolitik ein christliches Kreuzsymbol findet. Der moldauischen Opfer wird in diesem Ensemble nicht gedacht, werden sie auf dem Gedenkstein doch den „Nationalisten Moldovas“ zugeordnet, gegen die „die Verteidiger Benderys die Stadt gehalten haben“. Seit den aufwendigen Feiern von 2002 zum zehnten Jahrestag der besagten „Schlacht“ ist dieses auch als „Memorial des Ruhmes“ bekannte Ensemble der zentrale Gedenkort im Rahmen der „PMR“-Erinnerungspolitik. Der Panzer vor dem Glockenturm ist *das* Symbol für Widerstand und Sieg, für die neue transnistrische Regionalidentität wie für die Zurückweisung jeglicher Romanizität<sup>69</sup>. Entsprechend leitete „Präsident“ Smirnov nach seiner Rede auf dem „Requiem-Meeting“ auf dem zentralen Platz Benderys vor dem 1992 heftig umkämpften Gebäude der Stadtverwaltung am 19. Juni 2002 den Zug der Teilnehmer zum neuen „Memorial“<sup>70</sup>.

## VII. Personenkult um „Präsident“ Smirnov

Der Beginn des Kults um Smirnov lässt sich auf das Vorfeld der Feiern zum zehnten Jahrestag der „Staatsgründung“ im Jahr 2000 datieren. Zwar gab es auch davor Heroisierungsgesten, doch kamen diese – ob nur vorgeblich oder tatsächlich – „von unten“ und waren „von oben“ zumindest offiziell nicht abgesegnet. Dies gilt etwa für eine 1996 vorgenommene Verknüpfung der Person Smirnovs und seines Vornamens Igor' mit dem ostslawischen Heldenepos des Igorlieds bzw. der „Rede vom Heerzug Igor's“ gegen das Steppenvolk der Kumanen aus dem 12. Jahrhundert, womit eine „historische“ Parallele zu Smirnovs Rolle während der „Schlacht

<sup>68</sup> Novaja stolica Pridnestrov'ja (k voprosu ob-edinenija Tiraspolja i Bender), in: Ol'vija-press. Informacionnoe agentstvo vom 29. Mai 2002, URL ><http://www.olvia.idknet.com/ol72-05-02.htm><.

<sup>69</sup> „My pomnim vse ...“ V Pridnestrov'e načinajuťsja meroprijatija k 10-letnej godovščine Benderskoj tragedii, in: Ol'vija-Press. Informacionnoe agentstvo vom 18. Juni 2002, URL ><http://www.olvia.idknet.com/ol51-06-02.htm><.

<sup>70</sup> Pridnestrovcy protivopostavili sile oružija silu pravoty. I vystojali, in: Ol'vija-Press. Informacionnoe agentstvo vom 19. Juni 2002, URL ><http://www.olvia.idknet.com/ol57-06-02.htm><.

um Bendery“ gezogen werden sollte<sup>71</sup>. Ganz anders dann 2001 die Veröffentlichung der 83 Titel umfassenden Bibliographie der Schriften des „PMR-Präsidenten“<sup>72</sup>, der bereits 1999 und 2000 die Titel eines Doktors, Professors und Akademiemitglieds sowie 2001 für sein Buch „Leben in unserem Land“<sup>73</sup> den Internationalen Šolochov-Preis des Schriftstellerverbandes der Rußländischen Föderation erhalten hat<sup>74</sup> – nach Radovan Karadžić, Aljaksandr G. Lukašënka und Gennadij A. Zjuganov! Hagiographischer Höhepunkt ist die ebenfalls 2001 veröffentlichte Smirnov-Biographie aus der Feder seiner politischen Weggefährtin und Beraterin Anna Z. Volkova mit dem eingängigen Titel „Der Führer“<sup>75</sup>. Daß dabei nicht auf das russische Führer-Epitheton für Stalin – *vožd'* – zurückgegriffen, sondern der Anglizismus *lider* (*leader*) gewählt wurde, dürfte Smirnovs Faible für den *massimo lider* Fidel Castro geschuldet sein.

Megalomanie, Minimalismus und Mnemotechnik bestimmten auch den siegreichen Wahlkampf Smirnovs im Herbst 2001. Diesen bestritt er unter anderem mit einem Plakat, welches die quergestreift rot-grün-rote „Staatsflagge“ zeigte, auf deren drei Streifen je ein Wortpaar stehen:

„*Integracija* [Integration]  
*Igor'*  
*Nezavisimost'* [Unabhängigkeit]  
*Nikolaevič*  
*Stabilnost'* [Stabilität]  
*Smirnov*“<sup>76</sup>.

<sup>71</sup> *I. Kožuchar'*, Slovo o polku Igoreve. Razdum'ja, navejannye očerednym pročteniem unikal'nogo proizvedenija russkoj literatury, in: Pridnestrov'e vom 29. und 31. Oktober sowie 1. November 1996 (Serie „Lidery“). Diesem Autor ist indes entgangen, daß der historische Igor' Svjatoslavovič von Novgorod-Seversk seinen Feldzug von 1185 nicht etwa gewonnen, sondern verloren hat.

<sup>72</sup> *Dejnenko* u. a., Igor' Nikolaevič Smirnov 5–13.

<sup>73</sup> *I. N. Smirnov*, Žit' na našej zemle (Moskau 2000).

<sup>74</sup> *Dejnenko* u. a., Igor' Nikolaevič Smirnov 4. Es entbehrt dabei nicht eines gewissen Hautgout, daß der Preis den Namen des sowjetischen Schriftstellers Michail A. Šolochov (1905 bis 1984), Autor von „Der stille Don“ (*Tichij Don*), trägt, steht doch Šolochov unter akutem Plagiatverdacht. Vgl. *Reinhard Lauer*, Geschichte der russischen Literatur. Von 1700 bis zur Gegenwart (München 2000) 602 f.

<sup>75</sup> *Volkova*, *Lider*. In ihrer Biographie hat die Autorin es allerdings versäumt, den sowohl auf die Physiognomie als auch auf das privatwirtschaftliche Geschäftsgebaren des zugleich dem Mischkonzern „Sheriff“ (im Original in lateinischen Buchstaben) vorstehenden „Präsidenten“ abhebenden Spitznamen Smirnovs, nämlich „Mafistofel“ – eine Kombination aus „Mafioso“ und „Mephisto“ (russ. *Mefistofel'*) –, zu erwähnen.

<sup>76</sup> Hier zitiert nach einer als Einsteckkalender für das Jahr 2002 verwendbaren Variante mit der Aufschrift „2002 – die Republik wird fortexistieren“ (*2002 respublike – byt'*). Im gleichen Format wurde ein Einsteckkalender mit einer Fotografie Smirnovs im Gespräch mit im Pensionsalter befindlichen „PMR“-Bürgern produziert, der die Aufschrift „Wir kennen ihn, wir schätzen, wir vertrauen ihm“ (*Znaem, cenim, doverjaem*) trägt, vertrieben. Exemplare dieser Kalender verdanke ich Gottfried Hanne/Chişinău. Zu Internetversionen beider Plakate vgl. URL ><http://www.bhhrg.org/conclusion1.htm>< und >[http://www.bhhrg.org/candidates\\_and\\_the\\_issues.htm](http://www.bhhrg.org/candidates_and_the_issues.htm)<.

Ein anderes Wahlkampfplakat verknüpfte den Kult um Smirnov mit der internationalen Anerkennung, dem Fortbestand der „PMR“ sowie der Geschichtspolitik des Regimes. Der Aufschrift „Unseren Führer haben sie bereits anerkannt – sie werden auch unsere Republik anerkennen!“<sup>77</sup> sind drei Fotografien des „PMR-Präsidenten“ beim Händeschütteln mit seinen rußländischen, weißrussischen und ukrainischen „Kollegen“ Vladimir V. Putin, Aljaksandr G. Lukašenka und Leonid D. Kučma zugeordnet. Ergänzt wird diese Zukunftsbotschaft durch einen historische Kontinuität suggerierenden Dreisatz:

„*Reka – Dnestr* [Der Fluß (heißt) Dnestr]

*gosudarstvo – PMR* [der Staat (heißt) PMR]

*prezident – Smirnov* [der Präsident (heißt) Smirnov]“<sup>78</sup>.

Das Wahlergebnis von fast 80% der Stimmen für Smirnov belegt, daß – Einschüchterung und Wahlfälschung mit eingerechnet – die Mehrzahl der Wähler empfänglich für diese Art des personalisierenden Identitätsmanagements ist.

Ein bizarrer Höhepunkt des Smirnov-Kultes findet sich im Geschichts- und Heimatkundemuseum von Bendery, das in seinem dem Jahr 1992 gewidmeten Ausstellungsteil einen Strickpullover präsentiert, den Smirnov in den Tagen der „Schlacht um Bendery“ getragen haben soll. Diese zivile Komponente löste das militärische Element ab, das in Smirnovs medialer Selbstinszenierung anfänglich dominierte<sup>79</sup>, mittlerweile aber durch einen betont „staatsmännischen“ Habitus – Anzug, Krawatte, gar Frack mit Schärpe in den „PMR-Nationalfarben“ – ersetzt wurde<sup>80</sup>.

## VIII. Zwischenbilanz 2002: Zwölf Jahre „PMR“

„Transnistrien und die Transnistrier“, so der Neu-Transnistrier Smirnov im Jubiläumsjahr 2000, „das ist eine eigentümliche Region mit einem erstaunlichen Volk, das selbstlos für seine Staatlichkeit gekämpft hat. Unser Staat ist Wirklichkeit geworden. Und darin liegt das wichtigste Ergebnis der vergangenen zehn Jahre.“<sup>81</sup> Was der „PMR-Präsident“ hier „die Wahrheit über unseren kleinen, aber freiheitsliebenden und lebensfähigen Staat“ nennt<sup>82</sup>, ist in der Tat nicht gänzlich von

<sup>77</sup> *Priznali lidera – priznajut i respubliku!* Ein Exemplar dieses Plakats verdanke ich Gottfried Hanne/Chişinău. Zu einer Internetversion vgl. URL. ><http://www.bhhrg.org/zubri.htm><.

<sup>78</sup> Ebd.

<sup>79</sup> Siehe dazu eine im Sommer 1992 aufgenommene Fotografie von Smirnov und Generalleutnant Aleksandr I. Lebed' in Tarnuniformen der Rußländischen Armee bei Kruglikov, Vorob'eva, Bendery 64.

<sup>80</sup> Vgl. die Porträtfotografien Smirnovs in: Atlas of the Dniester Moldavian Republic 4, und bei Dejenko u. a., Igor' Nikolaevič Smirnov, vorderer Umschlag, sowie das offizielle Foto anlässlich Smirnovs zweiter Wiederwahl am 22. Dezember 1996 bei Volkova, Lider, Kapitel VII, unter URL ><http://www.olvia.idknet.com/glava7.htm><.

<sup>81</sup> *I. Smirnov*, Dorogie čitateli!, in: Fenomen Pridnestrov'ja 3.

<sup>82</sup> Ebd.

der Hand zu weisen: Der Umstand, daß dieses in der Außensicht fragile staatsähnliche Gebilde auch zwölf Jahre nach seiner Selbstproklamation noch immer existiert, ja daß es sich ungeachtet interner Probleme wie externen Druckes als relativ stabil erwiesen hat. Daß diese Stabilität im Innern vorgetäuscht ist, also ausschließlich auf Repression durch das Regime beruht, kann mit einigem Grund ausgeschlossen werden. Die Tatsache, daß Smirnov in den von ihm zum dritten Mal gewonnenen „Präsidentschaftswahlen“ 2001 erstmals zwei ernstzunehmende, da von ihm selbst ernst genommene Gegenkandidaten hatte, belegt dies ebenso wie der Umstand, daß es keine transnistrische Politemigration im GUS-Bereich gibt. Auch daß ausschließlich externe Faktoren, konkret die Rußländische Föderation, die Stabilität der „PMR“ bewirkten, erscheint angesichts der Peripetien rußländischer Politik gegenüber dem „Nahen Ausland“ im allgemeinen und der drastischen Reduzierung der Personalstärke der 14. Armee wie der russischen Blauhelme in der Sicherheitszone entlang des Dnjestr unwahrscheinlich. Plausibler ist daher die Annahme, daß die Stabilität zum Großteil „hausgemacht“ und dabei nicht zuletzt auf das intensive „gesellschaftliche Identitätsmanagement“ (Wolfgang Kaschuba) mittels Geschichtspolitik zurückzuführen ist.

Ein Anhaltspunkt dafür ist eine demoskopische Erhebung zum Thema „Nationale Prozesse, Sprachbeziehungen und Identität“, die im Frühjahr 1998 moldauische, transnistrische, rußländische und US-amerikanische Soziologen im Auftrag des „Carnegie Endowment for International Peace“ durchgeführt haben. Zentrales Ergebnis der Umfrage unter 350 Bewohnern Transnistriens, deren ethnische Zusammensetzung diejenige der Region widerspiegelte, war der Befund von „Prozessen der Formierung einer territorialen soziokulturellen Identität der Transnistrier“<sup>83</sup>. Das scheint nicht zu hoch gegriffen zu sein, denn 83% der Befragten sollen sich für den Erhalt der „Eigenstaatlichkeit“ der „PMR“ ausgesprochen haben und immerhin 44% von der Existenz einer „einzigartigen einheitlichen Gemeinschaft [des] transnistrischen Volkes“ ausgegangen sein<sup>84</sup>. Neueres Datenmaterial bietet eine Erhebung aus dem April 2000 zum Thema „Moldovan and Transdnestrian Identity“, unternommen von dem Moskauer Politikwissenschaftler Vladimir Kolossov<sup>85</sup>. Diesmal wurden 498 Transnistrier befragt, deren Antworten denen von 513 Bewohnern „Rest“-Moldovas gegenübergestellt wurden. Während die politisch-territoriale Identifikation mit Region und „Staat“ bei-

<sup>83</sup> N. V. Babilunga, 'Territorial'naja identičnost' kak faktor političeskoj stabil'nosti Pridnestrov'ja, in: *Ėtničeskaja mobilizacija i mežėtničeskaja integracija*, hrsg. v. M. N. Guboglo (Moskau 1999) 185–194, hier 192.

<sup>84</sup> Ebd. Siehe auch M. N. Guboglo, *Mežnacional'naja naprjažennost' v real'nosti i v predstavlenijach graždan*, in: ebd. 172–184; und N. V. Babilunga, *Ėtničeskaja identičnost' nasele-nija Pridnestrov'ja*, in: *Ėtničeskaja mobilizacija i mežėtničeskaja integracija: Istorija. Faktory. Gorizonty. Naučno-praktičeskaja konferencija. 29 sentjabrja 1998 g. Doklady i soobščenija* (Kišinev 1999) 30 ff.

<sup>85</sup> Vladimir Kolossov, *A Small State vs. a Self-Proclaimed Republic: Nation-Building, Territorial Identities and Prospects of Conflict Resolution (The Case of Moldova-Transdnestria)*, in: *From the Adriatic to the Caucasus. The Dynamics of (De)Stabilization*, hrsg. v. Stefano Bianchini (Ravenna 2001) 87–114, hier 98–104.

derseits des Dnjestr annähernd gleich war, gab es bezüglich der Einschätzung des Lebensstandards signifikante Unterschiede: Transnistrier hielten ihre sozioökonomische Lage zwar mehrheitlich für schlecht, aber doch für deutlich besser als diejenige der Moldauer Moldovas<sup>86</sup>. Auffällig hoch im Vergleich zu Moldova war daher ihr Vertrauen in ihre politische Führung: Dem „Präsidenten“ vertrauten 45,2%, der „Regierung“ 38,7%, dem „Obersten Sowjet“ 37,1% und den eigenen Streitkräften sogar 64,7%<sup>87</sup>.

Daß die transnistrische Geschichtspolitik „von oben“ auf ein positives Echo „unten“ stößt, daß nicht mehr ausschließlich das Anderssein sichtbar, sondern in der Tat ein regionenbezogener Identifikationsprozeß angestoßen ist, belegen neben den genannten demoskopischen Daten und Wahlergebnissen auch andere Quellen, darunter solche zivilgesellschaftlicher Art. So wurde im Oktober 1997, im Vorfeld eines Chişinău Treffens zwischen dem „PMR-Präsidenten“, dem Präsidenten Moldovas und den GUS-Staatschefs, in Tiraspol ein Flugblatt der militanten und regimetreuen Organisation der „Verteidiger Transnistriens“ verbreitet, in dem Smirnov mit den folgenden Worten aufgefordert wurde, die im Paragraph 76 der Verfassung der „PMR“ festgelegten Prinzipien der „Souveränität und Unabhängigkeit, Sicherheit und Integrität des Staates“<sup>88</sup> keinesfalls zur Disposition zu stellen:

„Igor' Nikolaevič [Smirnov]! Vergessen Sie nicht, wir lehnen es ab:  
die Unabhängigkeit unserer Republik zu verlieren;  
eine Provinz Rumäniens zu werden;  
auf der eigenen Heimat Erde als Entwurzelte zu leben;  
unserer Sprache verlustig zu gehen und uns unserer Nationalität zu schämen;  
eine Prüfung der Kenntnis der uns fremden rumänischen Sprache abzulegen und deshalb die Arbeit zu verlieren;  
dem Westen die zahlreichen Milliardenkredite der Republik Moldova zurückzubezahlen.  
Wir vertrauen darauf, daß Sie Ihrem geleisteten Eid der Treue zum Volk Transnistriens treu bleiben!“<sup>89</sup>

Und in der Tat hat Smirnov das „Treu Herr, treu Knecht“-Prinzip nicht gebrochen, entsprechend nicht nur das genannte Treffen abgesagt, sondern im gesamten, 1994 begonnenen bilateralen Verhandlungsprozeß über den Transnistrien-Konflikt kein einziges substantielles Zugeständnis an Chişinău gemacht, entsprechend alle auf Territorialautonomie für Transnistrien innerhalb Moldovas oder auf eine Föderalisierung des Landes zielenden Vorschläge kategorisch abgelehnt

<sup>86</sup> Ebd. 100f.

<sup>87</sup> Ebd. 101. Die Vergleichszahl für die orthodoxe Kirche lautete 48,6%.

<sup>88</sup> Siehe dazu Konstitucija Pridnestrovskoj Moldavskoj Respubliki, Tiraspol', 17 janvarja 1996 g., in: Pridnestrov'e. Special'nyj vypusk Nr. 17 (287) vom 31. Januar 1996, 1–4, hier 3. Vgl. auch die aktuelle Fassung unter URL ><http://www.olvia.idknet.com/constit.htm><.

<sup>89</sup> *Zaščitniki Pridnestrov'ja: Pročti i peredaj drugomu! Dorogie Pridnestrovcy! Brat'ja i sestry! Tovarišči i druž'ja! Uvažajemyj Igor' Nikolaevič!*. Undatiertes Flugblatt, gefunden am 18. Oktober 1997 in Tiraspol (Klemens Büscher [Schwerin]) sei für ein Exemplar dieses Flugblatts gedankt).



und auf einem „gemeinsamen Staat“ (*obščee gosudarstvo*), d. h. einer Konföderation von „PMR“ und Republik Moldau, beharrt<sup>90</sup>.

Das harsche Urteil des Rußlandhistorikers Jörg Baberowskis, die spät- und postsowjetischen Gesellschaften würden „von Kräften zusammengehalten und vor Stabilitätsverlusten bewahrt, die im Kanon der europäischen Moderne nicht zu finden sind“, darunter auf Anerkennung und Zustimmung basierende Autorität, personale Netzwerke, Patronageverhältnisse, Gefolgschaftsbindungen, informelle Einflußnahme oder auch Korruption<sup>91</sup>, nimmt sich im Licht der zwölfjährigen Geschichte der „PMR“ als durchaus realitätsnahe Beschreibung aus. Allerdings hat der Ethnologe Christopher M. Hann zu bedenken gegeben, daß der von Baberowski beschriebene Sachverhalt auch in anderen Gesellschaften anzutreffen ist: „Doing business on the golf course in the West is treated as an example of civil society. If post-socialist elites in Eastern Europe meet in a restaurant for the same purpose it is conceived as corruption.“<sup>92</sup>

Woraus nun genau der gesellschaftliche Kitt besteht, der die machtbewußt-autoritäre Elite und die Bevölkerungsmehrheit des Dnjestr-Tals verbindet, ist in Ermangelung der Möglichkeit des Einführens einer sozialwissenschaftlichen Sonde in den „De Facto-Staat“ derzeit nicht abschließend zu beantworten. Daß der Grad des Zusammenhalts im Steigen begriffen ist, ist indes unstrittig.

## IX. Megalomanien *en miniature*

Die Aussage des zitierten Flugblatts von 1997 mit der „Mahnung“ an Smirnov findet sich in der verdichteten, geschliffenen und ins Positive gewendeten Form der „PMR“-Geschichtspolitik im Geschichts- und Heimatmuseum Benderys als

<sup>90</sup> Claus Neukirch, Transdnistria and Moldova: Cold Peace at the Dniestr, in: Helsinki Monitor 12 (2001) 122–135; Stefan Troebst, Der Transnistrienkonflikt und seine Bearbeitung durch die OSZE, in: Friedensbericht 1998, hrsg. v. Günter Baechler u. Arno Truger (Chur, Zürich 1998) 347–379; ders., Kein spektakulärer Erfolg, aber Spannungen reduziert. Die OSZE in der Republik Moldova, in: *Wissenschaft und Frieden* 15 (1997) 1, 23–27 (dass. unter URL ><http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-97/9710205m.htm><) und Klemens Büscher, Möglichkeiten und Grenzen des OSZE-Konfliktmanagements in Moldova, in: *Ethnos – Nation* 3 (1995) 2, 71–84. Zur jüngsten – und erneut erfolglosen – Vermittlungsinitiative der OSZE vom Juli 2002 vgl. Vladimir Socor, Federalization Experiment in Moldova, in: *Russia and Eurasia Review* 1 (2002) 4 (16 July), URL >[http://russia.jamestown.org/pubs/view/rer\\_001\\_004\\_001.htm](http://russia.jamestown.org/pubs/view/rer_001_004_001.htm)<, und Bruno Coppieters, Michael Emerson, Conflict Resolution for Moldova and Transdnistria through Federalisation? Centre for European Policy Studies Policy Brief No. 25, August 2002, URL ><http://www.ceps.be/Pubs/2002/No25Moldova-Transdnistria.pdf><.

<sup>91</sup> Jörg Baberowski, Die Entdeckung des Unbekannten. Rußland und das Ende Osteuropas, in: ders. u. a.: *Geschichte ist immer Gegenwart. Vier Thesen zur Zeitgeschichte* (Stuttgart, München 2001) 9–42, hier 14 f.

<sup>92</sup> Zit. nach Stefan Troebst, Chancen und Risiken eines Schwerpunktprogramms zur geistes- und sozialwissenschaftlichen Ostmitteleuropaforschung, in: *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas* 50 (2002) 3, 438–447, hier 446.

Wandinschrift in goldenen Lettern auf rotem Grund wieder: „Wir sind Transnistrier! Unserer Geschichte, unseres Namens, unserer Muttersprache und Nationalkultur kann man uns nicht berauben. Die PMR ist dafür die Garantie.“<sup>93</sup>

Was 1990 bei der Proklamierung der Unabhängigkeit Transnistriens noch bloße propagandageleitete Behauptung war, ist nach dem bewaffneten Konflikt von 1992 und der anschließenden Dekade intensiver „staatlicher“ Geschichtspolitik offenkundig zur mehrheitsfähigen Ansicht unter den Bewohnern der Region geworden: die Vorstellung von der Existenz eines „transnistrischen Volkes“ als eines *demos*. Ob dieses Anlagen zum *ethnos* oder gar zu einem supranationalen Identitätsmuster à la *sovetskij narod* hat, ist derzeit indes ebenso wenig erkennbar wie das mittel- und langfristige Alteritätspotential. Zwar ist die Abgrenzung nach „Westen“, gegen die neu-alte Titularnation Moldovas unbestrittenermaßen erfolgreich gewesen, doch eine ähnliche Abgrenzung nach „Osten“ steht aus; eine „Re-Rußlandisierung“, gar „Re-Russifizierung“ samt „Ent-Transnistrisierung“ erscheint (noch) jederzeit möglich.

Mit Blick auf den partiell ähnlich gelagerten Fall des makedonischen *nation-building* im Jugoslawien Titos – ein von oben gesteuerter Abgrenzungsprozeß gegenüber dem kulturell übermächtigen Bulgarien – hat Mathias Bernath 1970 formuliert, „daß die Existenz einer nahezu ausgebildeten Nationalität in Vardar-Mazedonien heute eine ernstzunehmende Hypothese ist und morgen eine irreversible Tatsache sein wird, sofern im Laufe der nächsten zwei Generationen in dem wechselseitigen Besitzstand Jugoslawiens und Bulgariens keine Verschiebung eintritt“<sup>94</sup>. Für Moldova, die „PMR“ und das „transnistrische Volk“ hat ein rußländisch-US-amerikanisches Geographenteam 1998 eine ganz ähnliche Aussage getroffen: „In the TMR [= „PMR“ – S. T.] the visible signs of a new national construction are evident and in less then a decade, a new identity has taken shape.“<sup>95</sup> Die „PMR“-Führung ist nach erfolgter „Staatsgründung“ intensiv bemüht, die neue „Titularnation“ in einer Lehrbuchvariante Gellnerschen Konstruktivismus<sup>9</sup> nachzuliefern. Daß dabei die „Ruritanier“ auf dem Ostufer des Dnjestr früher „Megalomanier“ gewesen sind, ist, wie Laitin gezeigt hat, im postsowjetischen Vergleich nichts ungewöhnliches: „Megalomaniacs can become Ruritians.“<sup>96</sup> Dennoch sticht der transnistrische Fall dadurch hervor, daß hier die ehemaligen „Megalomanier“ ihre Statusinversion, d.h. die Herabstufung zu „Ruritanieren“, anders als in den baltischen Staaten, im Donbass, ja selbst auf der Krim nicht akzeptiert haben und folglich zur Separatstaatsgründung geschritten sind<sup>97</sup>.

<sup>93</sup> *My – pridnestrovcy! Nas ne lišit' istorii, imeni, rodnogo jazyka, nacional'noj kul'tury. PMR tomu garantija* (Benderskij istoriko-kraevedčeskij muzej).

<sup>94</sup> Mathias Bernath, Das mazedonische Problem in der Sicht der komparativen Nationalismusforschung, in: Südost-Forschungen 29 (1970) 237–248, hier 244.

<sup>95</sup> O'Loughlin, Kolossov, Tšepalyga, National Construction 352.

<sup>96</sup> Laitin, Identity 260. Zur Metapher vgl. Ernest Gellner, Nations and Nationalism (Ithaca, NY, 1983) 58–62.

<sup>97</sup> Laitin, Identity 330.

Weiter fortgeschritten als der Prozeß der Schaffung einer transnistrischen „Titularnation“ ist die Arbeit an der Konstruktion einer transnistrischen „Nationalgeschichte“ sowie einer „Nationalkirche“ der „PMR“<sup>98</sup> – auch dies Parallelen zu Makedonien<sup>99</sup>. Die Schaffung einer „Nationalsprache“ und einer „Nationalliteratur“ schließlich stehen zwar noch aus, doch ist im Bedarfsfall beides durch den Übergang von der de facto-Russophonie zur de iure-Russophonie leicht zu kreieren. Gleich den Makedoniern vor dreißig Jahren ist, mit Bernath, auch die „nahezu ausgebildete Nationalität“ in Transnistrien „heute eine ernstzunehmende Hypothese“. Ob sie „morgen eine irreversible Tatsache sein wird“ bzw. ob „im Laufe der nächsten zwei Generationen in dem wechselseitigen Besitzstand“ eine „Verschiebung eintritt“ oder nicht, muß angesichts der Viskosität der politischen Verhältnisse in der Republik Moldau, der Ukraine und der Rußländischen Föderation offen bleiben. Fest steht indes, daß die Bindungen Transnistriens und seiner überwiegend russophonen Bewohner an den moldauischen Zentralstaat in Bessarabien und seine ostromanischsprachige Bevölkerungsmehrheit heute noch schwächer sind als sie es jemals seit 1940 bzw. 1944 waren. Was aus der Sicht nahezu sämtlicher Betroffener auf dem linken wie dem rechten Dnjestr-Ufer nicht zusammengehört, entsprechend auseinander gebrochen ist, wird mutmaßlich auch nicht zusammenwachsen. Ulrich Schneckeners Formel von der „Sezession als Konfliktlösung“, gemünzt auf das Konfliktdreieck Serbien-Montenegro-Kosovo<sup>100</sup>, funktioniert daher mit einiger Wahrscheinlichkeit auch im Dnjestr-Tal, denn was für die post-jugoslawischen Fälle Montenegro und Kosovo gilt, gilt analog auch für die post-moldauische „PMR“: Das einem „De Facto-Staat“ zwangsläufig inhärente Konfliktpotential ist in aller Regel kleiner, zumindest nicht größer als dasjenige eines international anerkannten – und damit politisch eingebundenen – Völkerrechtssubjekts. Für diktatorische Regime gilt dies dabei ebenso wie für demokratisch verfaßte – mit dem Unterschied, daß die erstgenannten im Falle demokratischer Revolutionen das Scheitern ihrer Geschichtspolitik und damit den Verlust ihrer Legitimation gewärtigen müssen. Insofern wäre also die genannte Parallele „PMR“ – Makedonien durch diejenige „PMR“ – DDR zu ergänzen. Offen bleiben muß in einem solchen Falle indes der Partner einer „Wiedervereinigung“: Die Chancen der Republik Moldau, als solcher zu fungieren, sind, wie gesagt, sehr gering; die Rußländische Föderation ist weit weg; und die Ukraine ungeliebt – daher die Varianten „ZUBR“ und „GUS“. Schließlich ist auch die „Wiedervereinigungsoption“ Moldovas selbst in die Gesamtrechnung einzubeziehen, ist doch der Anschluß der ehemaligen Sowjetrepublik an Rumä-

<sup>98</sup> Zur Kirchenpolitik Smirnovs und zur Rolle des orthodoxen Bischofs von Tiraspol und Dubossary, Justinian, siehe *Volkova*, *Lider*, Kapitel VII, unter URL ><http://www.olvia.idknet.com/glava7.htm><.

<sup>99</sup> *Stefan Troebst*, *Yugoslav Macedonia, 1943–1953: Building the Party, the State and the Nation*, in: *State-Society Relations in Yugoslavia, 1945–1992*, hrsg. v. *Melissa K. Bokovoy*, *Jill A. Irvine* u. *Carol S. Lilly* (New York 1997) 243–266.

<sup>100</sup> *Ulrich Schneckenner*, *Sezession als Konfliktlösung – Unabhängigkeit für Montenegro und Kosovo?*, in: *Leviathan* 29 (2001) 314–336.

nien, der 1991/92 gleichsam in der Luft lag, zwar aufgeschoben, bis heute aber nicht endgültig aufgehoben<sup>101</sup>. Denn je tiefer Moldova in Identitäts-, System- und Wirtschaftskrise samt Armutschaos gleitet und je enger Rumänien an die EU heran rückt, desto attraktiver wird diese Option zumindest aus der Sicht Chişinău. Diese großregionale Perspektive läßt einen Vergleichsfall in Sichtweite geraten, der derzeit wenig Anlaß zur Hoffnung auf nachhaltige Konfliktlösung bietet – Zypern nämlich mit seinen von UN-Blauhelmen separierten Teilstaaten und deren Protektorenstaaten Griechenland und Türkei<sup>102</sup>. Auf dieser Vergleichsfolie ist ein Weiterbestehen des Status quo auch im Dnjestr-Tal die bis auf weiteres wohl wahrscheinlichste Verlaufsvariante. Von deren Dauer wird es abhängen, ob der *point of no return* im Prozeß geschichtspolitischen Identitätsmanagements à la Tiraspol überschritten werden wird oder ob das bisher Konstruierte im Falle eines Falles reversibel ist.

<sup>101</sup> So zuletzt *Taras Kuzio*, *History, Memory and Nation Building in the Post-Soviet Colonial Space*, in: *Nationalities Papers* 30 (2002) 241–264, hier 257. Zur ambivalenten post-sowjetischen Fortsetzung des sowjetischen *nation-building* in Moldova siehe allgemein *Charles King*, *Moldovan Identity and the Politics of Pan-Romanism*, in: *Slavic Review* 53 (1994) 345–368, und *Vladimir Solonari*, *Narrative, Identity, State: History Teaching in Moldova*, in: *East European Politics and Society* 16 (2002) 415–445.

<sup>102</sup> Bezeichnenderweise pflegt „PMR-Außenminister“ Lickaj selbst auf den Vergleichsfall der „Türkischen Republik Nordzypern“ zu verweisen. Dies geschieht indes – wie im Falle des Verweises auf Nationalchina (Taiwan) – zum Beleg dafür, daß auch „zwei international gleichfalls nicht anerkannte Staaten [...] wirtschaftlich prosperieren“ können. So eine Äußerung Lickajs im Oktober 2001, zitiert bei *Troebst*, *Moldova zwischen Ost und West* 85.

*Rainer Eckert*

## Die historische Erforschung der SED-Diktatur

### I. Deutsche Aufarbeitungen

Geschichtsbewußtsein ist ohne ein individuelles aber auch ein kollektives Gedächtnis nicht möglich. Dabei setzt sich das Gedächtnis einer Gesellschaft bzw. einer Gemeinschaft als einer Gesamtheit aus individuellen Erinnerungen zusammen. Dieses Gedächtnis ist Sache der gesamten Nation, und erst die Rückbesinnung auf nationale Werte wird die Öffnung zu einem europäischen Geschichtsbild öffnen.

Für die Bundesrepublik ist grundsätzlich festzustellen, daß die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit immer und in erster Linie Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus bedeutet. Auschwitz ist eine Last, der sich Deutsche nicht entziehen können und dürfen. Dabei geht es auch um das Verhältnis von Geschichtswissenschaft und Gedächtnis. Relativ einfach erscheint noch die Definition von Geschichtswissenschaft als der kritisch-distanzierten Anwendung fester Regeln für die Interpretation und Analyse von Quellen bzw. von Überresten der Vergangenheit. Schwieriger ist es mit dem aktuellen Gedächtnis, das nach Maurice Halbwachs allein in kollektiver bzw. sozialer Form als Gruppengedächtnis möglich ist<sup>1</sup>. Wenn also individuelles Gedächtnis nur in dem Maße in der Lage ist, sich zu erinnern, wie es am gemeinsamen Gedächtnis partizipiert, so muß das für jede Form der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit Konsequenzen haben. Zwingend ist die Frage zu stellen, mit welchen Mitteln welche Gruppe bei der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit erreicht werden kann. Zu fragen ist ebenfalls nach den symbolischen Gedächtnis- bzw. Erinnerungsorten – von mythischen Gestalten bis zu Gedenkstätten und Museen –, an denen sich die Erinnerung der Gruppen festmachen kann. Von besonderer Bedeutung ist dabei das Totengedenken. Es ist nach Jan Assmann Ursprung und Mitte der Erinnerungskultur, in der sich die Gemeinschaft ihrer Identität vergewissert<sup>2</sup>.

Die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nach Zeiten totalitärer Herrschaft wird jeweils verstärkt durch den Willen

<sup>1</sup> Dazu: *Maurice Halbwachs*, Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen (Frankfurt a. M. 1985, Orig. 1925).

<sup>2</sup> *Jan Assmann*, Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen (München <sup>3</sup>2000) 33 f.

zu einem politischen Neuanfang und zur Gestaltung der Zukunft. Die damit verbundenen Maßnahmen konnten bisher nicht befriedigend definiert werden. So sprechen die einen nach einer Bezeichnung Theodor Adornos von 1959 von „Aufarbeitung“<sup>3</sup>, die anderen genauso unbefriedigend und ohne Definitionsschärfe von „Vergangenheitsbewältigung“. Beide Begriffe drücken die Sehnsucht nach Freiheit von der Vergangenheit aus. Sie können allein schon deshalb nur Hilfskonstruktionen sein, da sich Vergangenes nie in dem Sinne „aufarbeiten“ oder „bewältigen“ läßt, daß als Ergebnis die Beschäftigung mit ihm ein Ende findet. Und so bin ich der Meinung, daß es das Beste wäre, auf beide Bezeichnungen zu verzichten.

Nach der Befreiung von der nationalsozialistischen und dem Ende der kommunistischen Diktatur durch eine friedliche Revolution bestand in diesem Jahrhundert in Deutschland zweimal der Zwang, sich grundlegend mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, um so einen politischen Neuanfang zu ermöglichen und die Gestaltung der Zukunft zu sichern. Dieser Auseinandersetzung dienten jeweils justizielle (strafrechtliche) Maßnahmen, die personalpolitische „Säuberung“ in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft, politische Schritte, die wissenschaftliche (historische) Forschung, die geistig-politische Kontroverse sowie die Wiedergutmachung bzw. Rehabilitierung der Opfer totalitärer Machtausübung<sup>4</sup>.

Gesellschaftlich wäre es wünschenswert und notwendig gewesen, diesen Prozeß der Auseinandersetzung mit einem allgemeinen Schuldbewußtsein zu verbinden. Bei der Kategorisierung eines solchen Bewußtseins unterschied Karl Jaspers allgemeingültig zwischen der kriminellen Schuld (dem Verstoß gegen eindeutige Gesetze), der politischen Schuld (der Verantwortung dafür, wie man regiert wird), der moralischen Schuld (der Verantwortung für alle Handlungen des Einzelnen) und der metaphysischen Schuld (der Mitverantwortung für alle Handlungen der Menschheit). Mit der Erfahrung von mehr als fünfzig Jahren läßt sich heute feststellen, daß sich mit einem solchen Bewußtsein 1945 eine Überzahl der Deutschen schwer tat, und nicht anders verhielt sich nach 1989 die übergroße Mehrheit der SED-Eliten. Ganz im Gegenteil, prägend für Mitglieder der Staatspartei war in den letzten Jahren gerade die Abwehr einer jeglichen Form von Schuldbewußtsein. Eine Katharsis blieb aus, es dominierten Verstocktheit und Rechtfertigungsstrategien<sup>5</sup>.

<sup>3</sup> Vgl. dazu: *Karl Jaspers*, Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands (München 21996, Orig. 1965).

<sup>4</sup> Dazu: *Bernd Faulenbach*, Der Aufarbeitungsprozeß in Wissenschaft, Politik und öffentlicher Meinung, in: Eine Zwischenbilanz der Aufarbeitung der SBZ/DDR-Diktatur 1989–1999: X. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung, Büro Leipzig (Leipzig 1999) 31 f.

<sup>5</sup> Paradigmatisch dafür eine Rechtfertigungsschrift ehemaliger MfS-Offiziere; *Reinhard Grimmer* u. a. (Hrsg.), Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS (Berlin 2002).

## II. Die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Deutschland nach 1989/90

Mangelndes Schuldbewußtsein erschwerte ähnlich wie 1945 auch in den Jahren nach 1989 die auf der Tagesordnung stehende Auseinandersetzung mit der Diktatur. Auch die äußeren Rahmenbedingungen waren durchaus vergleichbar. Sowohl 1945 als auch 1989 waren die in beiden Diktaturen jeweils allgemeingültigen Ideologien zusammengebrochen, es gab Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, Enttäuschung und Lethargie waren weit verbreitet, und die Bevölkerung stand vor der Notwendigkeit der Behauptung der eigenen Lebenspraxis. Allerdings ging es 1945 um das wirkliche tägliche Überleben, 1989 mehr um berufliche Neuorientierung und die Auseinandersetzung mit dem ungewohnten Problem der Arbeitslosigkeit. Eine Ähnlichkeit bestand auch darin, daß sowohl 1945 als auch 1989 Grundmuster der eigenen Entschuldung in Umbruchsituationen wie auch eine „Verschweigensgemeinschaft der Gedemütigten“ existierten. So wurde persönliche Schuld sehr restriktiv verstanden und der Handlungsspielraum zu selbstbestimmten Handeln gelehnet.

In der ehemaligen DDR ging damit Hand in Hand ab 1990 eine ostdeutsche „Schlußstrichkampagne“, die bereits unter der Regierung de Maizière/Distel mit der Diskussion um Vernichtung oder Einbetonierung der Akten des MfS mit dem Argument der Verhinderung eines Bürgerkrieges begann. In den folgenden Jahren konnte auch im Gespräch mit dem „Mann auf der Straße“ immer wieder vernommen werden, daß diesen ganz andere Probleme wie Arbeitslosigkeit, die leeren öffentlichen Kassen und die wirtschaftliche Misere bedrückten<sup>6</sup>. Und auch Mitglieder der Bundesregierung und der altbundesdeutschen Parteien konnten dem Gedanken der Versiegelung der Akten viel abgewinnen. So sollten die Archivalien unter die Oberhoheit des Bundesarchives und des Bundesbeauftragten für den Datenschutz kommen. Dies konnte die Bürgerbewegung durch zahlreiche Protestaktionen verhindern, und am 24. August 1990 sicherte die Volkskammer durch Gesetz den Zugang zu den Akten. Diese Regelung übernahm der Einigungsvertrag, der ab dem 3. Oktober 1990 einen Sonderbeauftragten, den späteren „Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU)“, für die MfS-Akten vorsah, um so die Überprüfung des öffentlichen Dienstes, die Opfereinsicht, die Verfolgung von Straftaten, Rehabilitation und Forschung zu ermöglichen.

Damit war die Schlußstrichdebatte jedoch nicht beendet, die wesentlich von der Nachfolgepartei der SED, der PDS, und ihren Nebenorganisationen – wie etwa den am 12. Juli 1992 gegründeten, formal überparteilichen Gerechtigkeitskomitees – getragen wurde. Wesentliche Angriffspunkte waren dabei die Analyse der DDR als „Unrechtsstaat“, eine angebliche „Siegerjustiz“ und die Benachteiligung

<sup>6</sup> Markus Meckel, Demokratische Selbstbestimmung als Prozeß. Die Aufgabe der Politik bei der Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, in: *ders.*, Selbstbewußt in die Deutsche Einheit. Rückblicke und Reflexionen (Berlin 2001) 171.

von Funktionsträgern in der Rentenzumessung, die als Rentenstrafrecht diffamiert wurde. Jedoch waren in den vergangenen Jahren auch über die PDS hinaus immer wieder Forderungen nach einer Vernichtung oder Versiegelung der Unterlagen der Staatssicherheit zu hören. Gleichzeitig darf jedoch auch die andere Seite der PDS nicht übersehen werden. So gibt es besonders in ihrem Reformflügel eine intensive Auseinandersetzung mit Zeitgeschichte, die von der Alternativen Enquete-Kommission, auf zahlreichen teils kritischen teils apologetischen Foren, durch eine große Anzahl von Konferenzen und Publikationen vorangetrieben wurde<sup>7</sup>.

Parallel zur Diskussion in Ostdeutschland waren auch im Westen immer wieder äußerst milde Urteile über die DDR zu vernehmen, da immer wieder das Mißverständnis des SED-Staates als mißlungener Versuch zur Realisierung eines humanistischen Menschheitstraums auftauchte. Gleichzeitig verstummten jedoch auch die Forderungen der Opferverbände nach einer angemessenen Entschädigung für erlittene politische Verfolgung nicht. In dieser Situation ist das Urteil von Bärbel Bohley: „Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat“ zwar ungerecht, aber doch verständlich. Und auch die Schlußstrichdebatte ist noch nicht an ihrem Ende angekommen.

### III. Phasen der Forschung und Institutionen der „Auseinandersetzung“

Die historische Auseinandersetzung mit dem Herrschaftssystem der SED erfolgte in mehreren Etappen, die jedoch nicht präzise zu begrenzen sind<sup>8</sup>. Zu unterscheiden ist eine erste spontane Phase, die noch vollkommen unter dem Eindruck des Endes der Herrschaft der SED stand, darauf folgend eine Zeit bis Mitte der neunziger Jahre, in der diese Auseinandersetzung ein zentrales Thema der wissenschaftlichen, politischen und publizistischen Debatte war, und eine noch anhaltende Etappe, in welcher die Diskussion sich auf eine bestimmte Szene einschränkte und die wissenschaftliche Auseinandersetzung an Bedeutung gewinnt. Gleichzeitig ist feststellbar, daß die Auseinandersetzung mit der kommunistischen Herrschaft in Ostdeutschland verstärkt auf Skepsis und Ablehnung trifft, die Zumutungen eines gravierenden soziokulturellen Wandels und die Probleme von Arbeitslosigkeit tun ein übriges. Dazu kommt, daß ein Zuviel an kritischer Auseinandersetzung ostdeutsches Selbstbewußtsein auch beschädigen kann und als westdeutsche Zumutung empfunden wird. Dies verstärkt, daß sich die PDS zu-

<sup>7</sup> Eine erste Übersicht bietet: *Rainer Eckert, Bernd Faulenbach* (Hrsg.), *Halbherziger Revisionismus. Zum postkommunistischen Geschichtsbild* (München, Landsberg a.L. 1996); beispielhaft für die PDS-Sicht: *Dietmar Keller* u.a., *Ansichten zur Geschichte der DDR*, Bd. 1–5 (Bonn, Berlin 1993–1994).

<sup>8</sup> *Faulenbach*, *Aufarbeitungsprozeß* 32f., 36.



nehmend aus ihrer gesellschaftlichen Isolierung befreit und ihre Sicht der Geschichte an Boden gewinnt.

Diese Entwicklung wäre 1990 noch vielen ganz unwahrscheinlich erschienen. Damals wurde die Situation der historischen Forschung im Osten Deutschlands von der Abwicklung der SED-dominierten Institutionen bestimmt, deren Personal zum großen Teil in die Frühverrentung oder Arbeitslosigkeit ging<sup>9</sup>. Darüber hinaus beeinflusste aber auch die Schließung westdeutscher Einrichtungen der DDR-Forschung die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft<sup>10</sup>. Entscheidend war jedoch die Etablierung neuer Strukturen, die inzwischen abgeschlossen ist. Ein Grundtrend dabei war die Gründung außeruniversitärer Institutionen, die eine partielle Verlagerung der Forschung weg von den Universitäten mit sich brachte. Dazu kam die Verschiebung der Forschungsinstitutionen nach Ostdeutschland und nach Berlin<sup>11</sup>. Heute läßt sich das Forschungspotential der modernen DDR-Forschung – wie Ulrich Mähler ausrechnete – ziemlich genau in Drittel zwischen Westdeutschland, Ostdeutschland und Berlin aufteilen. Diese Forschung selbst ist unter institutionellem Gesichtspunkt in fünf Gruppen zu unterteilen:

Die Erforschung der Geschichte der DDR wird in erster Linie von nach 1990 neugegründeten Institutionen getragen. Die wichtigsten von ihnen sind die Abteilung Bildung und Forschung der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und die Außenstellen dieser Behörde, das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden und das Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Ebenfalls eine Neugründung ist die Außenstelle Berlin des renommierten Münchner Institutes für Zeitgeschichte.

Zu diesen außeruniversitären Einrichtungen kommt (zweitens) die universitäre Forschung an sämtlichen Universitäten im Osten Deutschlands mit einem Schwerpunkt an der Humboldt-Universität und einem weiteren an der Freien Universität Berlin. Hier sind besonders das Otto-Suhr-Institut für politische Wissenschaften und der Forschungsverbund SED-Staat zu erwähnen. Dazu kommen vereinzelt Forschungen an Universitäten der alten Bundesländer.

An dritter Stelle sind die parteinahen Stiftungen wie besonders die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Konrad-Adenauer-Stiftung zu nennen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß die größte Zahl von Veröffentlichungen die PDS-nahe Rosa-Luxemburg-Stiftung und die entsprechenden Länderstiftungen vorlegten. Das

<sup>9</sup> Peer Pasternack, *Geisteswissenschaften in Ostdeutschland 1995: Eine Inventur* (Leipziger Beiträge zur Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik, Leipzig 1996); Klaus Schroeder, *Die DDR-Forschung vor und nach 1989/90*, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ IV, 2 (Baden-Baden 1999) 1536.

<sup>10</sup> Ulrich Mähler, *Analyse der zur Zeit in Bearbeitung befindlichen und der bereits abgeschlossenen Forschungsarbeiten zur DDR-Geschichte*, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ VII, 857, 870–876.

<sup>11</sup> Übersicht: Ulrich Mähler (Hrsg.), *Vademekum DDR-Forschung. Ein Leitfaden zu Archiven, Forschungseinrichtungen, Bibliotheken, Einrichtungen der politischen Bildung, Vereinen, Museen und Gedenkstätten* (Opladen 1997, <sup>2</sup>2000).

Spektrum dieser Stiftungen ergänzen einige Forschungsgruppen der evangelischen bzw. katholischen Kirche, das Militärgeschichtliche Forschungsamt in Potsdam und von ehemaligen DDR-Wissenschaftlern gegründete Institute wie das Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung<sup>12</sup>.

Einschlägige Forschung wird (viertens) auch im Rahmen politischer Bildung, zeitgeschichtlicher Vereinigungen, von Aufarbeitungsinitiativen und von Opferverbänden betrieben. Es ist in den Jahren nach 1989 trotz einiger Ansätze nicht gelungen, ein Forschungsinstitut der ostdeutschen Bürgerbewegung zu begründen<sup>13</sup>. Die verschiedenen in diesem Umfeld beheimateten Basisinitiativen werden von Finanzierungsproblemen gebeutelt, und stehen unter zunehmenden Professionalisierungsdruck. Von der professionellen Forschung werden sie in aller Regel ignoriert, und eine Zusammenarbeit mit ihnen bringt für eine akademische Karriere nichts ein. Ebenso immer wieder in ihrer Existenz gefährdet sind die ostdeutschen Geschichtsvereine und -werkstätten, so die in Jena und die für Berlin-Brandenburg. Effektiver arbeiten Zusammenschlüsse von Wissenschaftlern, wie die Gesellschaft für Deutschlandforschung, und einige Jahre der Unabhängige Historikerverband<sup>14</sup>. Weiterhin sind für die Auseinandersetzung mit jüngster Zeitgeschichte Zusammenschlüsse von Opfergruppen<sup>15</sup>, zeitgeschichtliche Vereinigungen im Umfeld der PDS, Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung, die Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes mit eigenen Publikationsreihen sowie kirchliche Bildungseinrichtungen und Akademien bedeutsam.

Ostdeutsche und gesamtdeutsche Zeitgeschichte beschäftigen (fünftens) auch verschiedene Museen und Gedenkstätten. Zu ihnen gehören zahlreiche regionale Grenzmuseen, die Berliner Mauer-Gedenkstätte in der Bernauer Straße, die Gedenkstätte Deutsche Teilung in Marienborn und das ehemalige Notaufnahmelager Marienfelde. Eine besondere Rolle spielt in Berlin das Museum am Checkpoint Charlie, und zu den Gedenkstätten in ehemaligen Haftanstalten<sup>16</sup> oder Speziallagern gehören die zentrale MfS-Untersuchungshaftanstalt Berlin-Hohenschönhausen, die Haftanstalt „Roter Ochse“ in Halle, die Gedenkstätte Moritzplatz in

<sup>12</sup> Gero Neugebauer, Die DDR-Forschung vor und nach der Wende 1989/90, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ IV, 2, 1505.

<sup>13</sup> Rainer Eckert, Überlegungen zu einem Forschungszentrum für zeithistorische Studien mit dem Schwerpunkt DDR-Geschichte, in: Rainer Eckert, Ilko-Sascha Kowalczyk, Isolde Stark (Hrsg.), Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes (Berlin 1994) 271 ff.

<sup>14</sup> Eckert, Kowalczyk, Stark, Hure oder Muse? Einige Aufsätze in: Rainer Eckert, Wolfgang Küttler, Gustav Seeber, Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90 (Stuttgart 1992).

<sup>15</sup> Vgl. dazu: Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen – Beratung und Hilfe bei der Bewältigung der Folgen der SED-Diktatur: Verzeichnis der Initiativen u. Gruppen (Zur Sache 98/1, Bonn 1998).

<sup>16</sup> Zur zahlreichen Literatur etwa: Norbert Haase, Birgit Sack (Hrsg.), Münchner Platz, Dresden: Die Strafjustiz der Diktaturen und der historische Ort (Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft 7, Leipzig 2001).

Magdeburg und die Gedenkstätte im ehemaligen Zuchthaus Bautzen II. Diese Gedenkstätten sind in Sachsen und anderen Bundesländern zu Gedenkstättenstiftungen und zu einer Arbeitsgemeinschaft<sup>17</sup> zusammengefaßt. Die Geschichte von Opposition und Widerstand sowie von politischer Repression in SBZ und DDR ist darüber hinaus der Arbeitsschwerpunkt des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland<sup>18</sup>.

Wenn die Anzahl der aufgelisteten Einrichtungen und Aktivitäten auch beeindruckend ist, so darf sie nicht darüber hinweg täuschen, daß es bis zum Jahr 2002 nicht möglich war, eine zentrale Gedenkstätte am historischen Ort, eine „Anatomie der SED-Diktatur“ zu schaffen<sup>19</sup>. Als Ort bot sich hier konkurrenzlos Berlin an, wo an Widerstand und Repression im Verbund zwischen dem Amtssitz des Ministers für Staatssicherheit in Haus 1, der Zentralen Untersuchungshaftanstalt in Berlin-Hohenschönhausen und der Mauergedenkstätte in der Bernauer Straße erinnert werden könnte. Allerdings machten die Bemühungen um die Etablierung einer solchen Stätte keine Fortschritte. Zu den sich auftürmenden Schwierigkeiten gehörten die ungeklärten Finanzierungsfragen, Personalquerelen, die offene Entscheidung über die museale Gestaltung von Haus 1, die vergeblichen Versuche einer persönlichen Übergabe der Konzeption einer Fachkommission für Haus 1 an den zuständigen Fachminister Julian Nida-Rümelin. Inzwischen leiteten die Kommissionsmitglieder ihr Papier postalisch weiter, doch war es damit nicht getan. Vielmehr mußte jetzt erst die Lösung der eigentlichen Aufgabe, die Einrichtung des Hauptquartiers des Ministeriums für Staatssicherheit als Lernort mit nationaler Bedeutung für die Verknüpfung von Geheimpolizei und Staatspartei in der zweiten deutschen Diktatur, beginnen. Und auch die Errichtung eines Denkmals für die friedliche Revolution steht weiterhin auf der Tagesordnung.

#### IV. Forschungsstand bis 1990

Der Forschungsstand in der alten Bundesrepublik vor der friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung wird oft – schon wegen des fehlenden Quellenzugangs, aber auch wegen einer politisch-orientierten Fehleinschätzung der DDR – als „weitgehende Makulatur bzw. stark korrekturbedürftig“<sup>20</sup> eingeschätzt. Klaus

<sup>17</sup> Arbeitsgemeinschaft Gedenkstätten zur Diktatur in SBZ und DDR. Vgl. u. a.: Rundbrief der landeseigenen Gedenkstätten in Sachsen-Anhalt (Magdeburg 2002) 1.

<sup>18</sup> Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Einsichten. Diktatur und Widerstand in der DDR (Leipzig 2001).

<sup>19</sup> *Klaus-Dietmar Henke*, Anatomie des SED-Staates: Mielke und Co.: Die Stasi-Erinnerung braucht einen Ort, in: Frankfurter Rundschau vom 19. März 2002; vgl. *ders.*, in: Formen der Erinnerung – Archive, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ VI, 180–185; Anatomie der SED-Diktatur. Staatspartei und Staatssicherheit der DDR (Berlin 2001).

<sup>20</sup> *Klaus Schroeder*, Der SED-Staat. Partei, Staat und Gesellschaft 1949–1990 (München, Wien 1998) XV.

Schroeder vom Forschungsverbund SED-Staat meint darüber hinaus, daß ein Großteil der Werke westdeutscher Forscher ein Bild zeichnete, das in vielen Punkten nicht der Realität entsprach. So sei vor allem der diktatorische Charakter des SED-Staates ausgeblendet oder relativiert worden. Dagegen hätten viele Autoren seine wirtschaftliche und politische Stabilität überschätzt. Dieses Urteil wird in seiner Einseitigkeit nicht aufrechtzuerhalten sein. Statt dessen ist auf dem Weg zu einem gerechten Urteil eine differenzierte Würdigung des Forschungsstandes nötig. Wenn dies geschieht, werden nicht nur die von Schroeder genannten Karl C. Thalheim, Karl Wilhelm Fricke, Martin Draht und Ernst Richert Bestand haben<sup>21</sup>. Pars pro toto möchte ich Hermann Weber nennen und empfehlen, seine Geschichte der DDR von 1984 mit der von 1999 zu vergleichen<sup>22</sup>.

Im Vergleich zwischen Bundesrepublik und DDR wird das Ergebnis dagegen sein, daß die DDR-eigene Forschung zum großen Teil wirklich Makulatur ist, daß dagegen die bundesdeutsche DDR-Forschung – wie erwähnt – durchaus bleibende Leistungen zu verbuchen hat. Besonders für die SBZ und die Frühphase der DDR konnten wesentliche Bereiche, Etappen und Probleme analysiert werden; ein Schwerpunkt lag dabei auf der Herrschaftsstruktur und den Mechanismen der Machtausübung. Weitere Stärken bundesdeutscher Forschung lagen in der Analyse des Parteiensystems, des Regierungsapparates der DDR, der Erforschung von Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und von politischer Verfolgung.

## V. Heutige Schwerpunkte und Projekte

1994 konnten im Auftrag der Enquete-Kommission des Bundestages „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur im vereinten Deutschland“ 750 geplante, laufende oder kurz vor dem Abschluß stehende Projekte zur Geschichte der DDR ermittelt werden<sup>23</sup>. Dazu kamen im Zeitraum bis 1997 weitere 318 Forschungsprojekte. Wenn auch präzise Angaben kaum möglich sind, dürfte die Zahl der Projekte heute bei 1000 und die der Projektmitarbeiter weit über 500 liegen. Dabei fällt auf, daß Ostdeutsche rein numerisch deutlich überrepräsentiert sind, auf der Leitungsebene jedoch kaum vorkommen. Frauen sind grundsätzlich unterrepräsentiert.

Nach ihrem zeitlichen Schwerpunkt lassen sich die Arbeiten in 25 Prozent Forschungen zur SBZ/DDR bis 1961, weitere 25 Prozent zum gesamten Zeitraum der Geschichte von SBZ und DDR und in 20 Prozent einteilen, die sich mit der Schlußphase der DDR beschäftigen. Auffallend ist das geringe Interesse an den siebziger und achtziger Jahren. Und auch bei der Frage nach den bearbeiteten The-

<sup>21</sup> Bei Schroeder bleiben als Anknüpfungspunkte die Arbeiten von Carl C. Thalheim zur DDR-Wirtschaft, von Karl Wilhelm Fricke zu Opposition und Unterdrückungsapparat sowie Autoren wie Martin Draht oder Ernst Richert, die unter demokratietheoretischen und antitotalitären Prämissen die fünfziger Jahre in der DDR untersuchten, ebd.

<sup>22</sup> *Hermann Weber*, *Geschichte der DDR* (München 1999).

<sup>23</sup> *Mählert*, *Forschung* 858f., 861–865.

men ergeben sich deutliche inhaltliche Schwerpunkte. Die bevorzugten Themen sind: Opposition und Widerstand, Terrorsystem und Staatssicherheit, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Alltagsgeschichte und Lebenswelten.

Großes Interesse finden in diesem Rahmen lokal- und regionalgeschichtliche Untersuchungen, dagegen steht der große Wurf einer umfassenden Geschichte der zweiten deutschen Diktatur noch aus<sup>24</sup>. Deskriptiv angelegte Gesamtdarstellungen wie die Krisengeschichte von Wolle/Mitter<sup>25</sup> oder das Handbuch zur DDR-Geschichte von Klaus Schroeder<sup>26</sup> sind immer noch selten. Jedoch ermöglicht die Forschungssituation Überblicksdarstellungen, wie die Arbeiten von Charles Maier<sup>27</sup>, Mary Fulbrook<sup>28</sup> oder Sigrid Meuschel<sup>29</sup> zeigen. Versuche einer systematischen Erfassung der Herrschaftsstrukturen der SED-Diktatur und des widerständigen Verhaltens liegen mit dem Lexikon des DDR-Sozialismus<sup>30</sup> und dem von Widerstand und Opposition<sup>31</sup> vor. Außerdem erschienen in den letzten Jahren zunehmend Handbücher wie das über die SED<sup>32</sup>, die Parteien und Organisationen<sup>33</sup> oder das über die bewaffneten Kräfte der DDR<sup>34</sup> sowie biographische und allgemeine Nachschlagewerke.

Gegenläufig zu der geschilderten Situation ist jedoch, daß im Unterrichtsangebot deutscher Universitäten das Thema „DDR“ 1995 einen Höhepunkt erlebte, um dann bis zum Jahr 2001 auf das Niveau von 1990 zurückzugehen<sup>35</sup>. Peer Pasternack ermittelte in einer nicht immer präzise gearbeitete Studie, daß nur 34 der 88 deutschen Universitäten ein DDR-Thema im Lehrangebot hatten. Viele dieser Themen würden sich darüber hinaus auch nicht mit Geschichte im engeren Sinn,

<sup>24</sup> Eckhard Jesse, Die DDR-Forschung vor und nach der „Wende“ 1989/90, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ IV.2 1206 ff.

<sup>25</sup> Armin Mitter, Stefan Wolle, Untergang auf Raten. Unbekannte Kapitel der DDR-Geschichte (München 1993); auch: Stefan Wolle, Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989 (Berlin 1998).

<sup>26</sup> Schroeder, Der SED-Staat.

<sup>27</sup> Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus (Frankfurt a. M. 1999).

<sup>28</sup> Mary Fulbrook, Anatomy of a dictatorship: Inside the GDR 1949–1989 (New York 1995).

<sup>29</sup> Sigrid Meuschel, Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR, 1945–1989 (Frankfurt a. M. 1992).

<sup>30</sup> Rainer Eppelmann u. a. (Hrsg.), Lexikon des DDR-Sozialismus. Das Staats- und Gesellschaftssystem der Deutschen Demokratischen Republik (Paderborn u. a. 1996).

<sup>31</sup> Hans-Joachim Veen, Lexikon Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur (Berlin, München 2000).

<sup>32</sup> Andreas Herbst, Gerd-Rüdiger Stephan, Jürgen Winkler (Hrsg.), Die SED. Geschichte – Organisation – Politik. Ein Handbuch (Berlin 1997).

<sup>33</sup> Gerd-Rüdiger Stephan u. a. (Hrsg.), Parteien und Organisationen in der DDR. Ein Handbuch (Berlin 2002).

<sup>34</sup> Torsten Diedrich, Hans Ehlert, Rüdiger Wenzke (Hrsg.), Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR (Berlin 1998).

<sup>35</sup> DDR vor dem zweiten Untergang, in: Freie Presse (Chemnitz, 1. Februar 2002) 4; Peer Pasternack, Gelehrte DDR: Die DDR als Gegenstand der Lehre an deutschen Universitäten 1990–2000 (HOF Wittenberg Arbeitsberichte 5/01, Wittenberg 2002).

sondern vor allem mit Literaturgeschichte beschäftigen. Kein Lehrangebot gab es in Brandenburg, in Bremen, im Saarland und in Schleswig-Holstein. Während bei den vorhandenen Lehrangeboten Kulturleben bzw. -politik im Vordergrund stehen und Verwaltung bzw. politisches System folgen, spielen in der Auflistung Opposition und Repression, Religion und Kirche sowie Freizeit und Sport kaum eine Rolle. Weiterhin meint Pasternack nicht zu Unrecht, daß sich die Folgen des Mangels an Lehrangeboten multiplizieren würde, da sie zum Beispiel als Ergebnis von Defiziten bei der Lehrerausbildung auch dazu führten, daß in den Schulen die DDR nicht oder immer weniger thematisiert werden würde.

## VI. Besonderheiten der Forschung

Auseinandersetzung mit deutschen Diktaturen bedeutet in Deutschland zuerst immer die Kritik an der angeblich unzureichenden „Aufarbeitung“ des Nationalsozialismus bis hin zur Diskussion um erlaubte oder geächtete Termini<sup>36</sup>. Den deutschen Diskurs beherrscht der Begriff der Schuld, der Schuld am Holocaust und der an einer nicht ausreichenden Kritik an den deutschen Verbrechen<sup>37</sup>. Der Völkermord von Auschwitz ist ein Gründungsmythos *ex negativo* der Bundesrepublik, und der Verweis auf die Tradition des deutschen Widerstandes gegen zwei Diktaturen hat es entsprechend schwer. Galt dies in den Jahren vor 1989 für den Widerstand gegen den Nationalsozialismus<sup>38</sup>, so tut sich die bundesrepublikanische Gesellschaft heute nicht leicht damit, Opposition, Widerstand und friedliche Revolution in das deutsche demokratische Geschichtsbild zu integrieren.

Diese Schwierigkeiten sind jedoch nicht der Politik anzulasten. So war der Prozeß der Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur anders als etwa in den Staaten Ostmitteleuropas durch den aktiven Anteil von Parlamenten geprägt. Besonders der Bundestag mit zwei Enquete-Kommissionen und der Landtag des Landes Mecklenburg-Vorpommern mit seiner eigenen Kommission sind hier zu nennen<sup>39</sup>. Ein wesentliches Ergebnis der zweiten Bundeskommission war die Schaffung der „Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur“, die Aufarbeitungsprojekte fördern, Opfer beraten, die wissenschaftliche Arbeit fördern, die Aufklärung

<sup>36</sup> Thomas Lackmann, Vernichtungssprech, in: Tagesspiegel, 8. Mai 2002.

<sup>37</sup> Antonia Grunenberg, Die Lust an der Schuld: Von der Macht der Vergangenheit über die Gegenwart (Berlin 2001) 8, 22.

<sup>38</sup> Dieser hat inzwischen – wie auch Terror und Judenmord – feste Erinnerungsorte wie die Gedenkstätte deutscher Widerstand in der Berliner Stauffenberg Straße, die Topographie des Terrors auf dem Gelände des ehemaligen Reichssicherheitshauptamtes in Berlin, KZ-Gedenkstätten wie Dachau, Sachsenhausen oder Buchenwald und das im Mai 2005 eröffnete Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

<sup>39</sup> Vgl.: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ Bd. I–IX (Baden-Baden 1995); Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ Bd. I–VIII; Enquete-Kommission des Landtages Mecklenburg-Vorpommern, Leben in der DDR, Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung, Bd. 1–10 (Schwerin 1996–1998).

unterstützen sowie die Sicherung, Sammlung, Dokumentation und Auswertung von Selbstzeugnissen garantieren soll. Mit dieser Stiftung<sup>40</sup> besteht auch erstmals eine realistische Chance der materiellen Absicherung des Prozesses der gesellschaftlichen Aufarbeitung von unten durch antistalinistische Opferverbände und Aufarbeitungsinitiativen der Bürgerbewegung. Das Netz dieser Verbände und Gruppen könnte gemeinsam mit der inzwischen etablierten (neuen) akademischen DDR-Forschung eine solide Basis bei der Auseinandersetzung mit der kommunistischen deutschen Diktatur sein<sup>41</sup>. Diese Aussage muß jedoch bewußt im Konjunktiv gehalten werden, da weder über das Schicksal der Initiativen der Bürgerbewegung<sup>42</sup> noch über das von ihnen erbrachte Forschungsergebnis Endgültiges zu sagen ist. Festzuhalten bleibt trotzdem die in Deutschland weitaus günstigere Situation im Vergleich zu den Staaten Ostmitteleuropas.

Eine weitere erwähnenswerte Besonderheit der Erforschung der Geschichte der DDR besteht darin, daß die sogenannte graue Literatur eine solche Bedeutung hat, wie dies kaum auf einem anderem Forschungsfeld der Fall ist. Diese Literatur ist inzwischen selbst für Spezialisten kaum noch zu überblicken<sup>43</sup>. Ihre Schwerpunkte sind Repression, Opposition und Widerstand, formell läßt sie sich im Groben einteilen in Publikationen der Aufarbeitungsinitiativen und Opferverbände, der Landesbeauftragten und der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des MfS und in Arbeiten von Bildungs- und Geschichtsvereinen im Umfeld der PDS.

## VII. Defizite

Wie in der gesamten deutschen Geschichtswissenschaft und in den politischen Wissenschaften prägt auch die akademische Beschäftigung mit der Zeitgeschichte in den Leitungspositionen eine erdrückende Westdominanz, wie bei einem nur flüchtigen Blick auf Lehrstuhlinhaber und Leiter der wichtigen Forschungseinrichtungen schnell deutlich wird. Über die Ostdeutschen wird oft nur geurteilt, sie werden über ihre eigene Geschichte belehrt. Oftmals fällt dies den Westdeutschen schon gar nicht mehr auf, was auch daran liegt, daß man nicht nur im Berufsleben, sondern auch privat im gewohnten Ambiente verharret. So tauchen Ostdeutsche in der Regel nur als Zeitzeugen auf und auch dann immer die glei-

<sup>40</sup> Gesetz über die Errichtung einer Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur vom 5. Juni 1998, in: Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ I, 137–141.

<sup>41</sup> Rainer Eckert, Podiumsgespräch „Die Situation von Aufarbeitungsinitiativen sechs Jahre nach der Wiedervereinigung“, in: Materialien der Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen“ VII, 59 ff.

<sup>42</sup> Überblick: Aufarbeitungsinitiativen und Opfergruppen; Übersicht über Beratungsangebote für Opfer politischer Verfolgung in der SBZ/DDR (3. erw. u. überarb. Aufl. Berlin 2002).

<sup>43</sup> Mählert, Forschung 877.

chen Gesichter<sup>44</sup>. In dieser Situation macht Lutz Niethammer nicht zu unrecht darauf aufmerksam, daß im Osten eine zunehmende Verweigerung von „Überfremdung“ und Überfütterung durch geschichtspolitische Lektionen des Westens auszumachen ist. Dies gilt besonders dann, wenn dies mit dem Eindruck westlicher Bevormundung verbunden ist. Zu prüfen bleibt jedoch Niethammers Auffassung, daß die Mitwirkung der Ostdeutschen am deutschen Gedächtnis auf die Dauer verloren ist.

Bei der Analyse der Gründe dieses Zustandes fallen zwei sehr schnell ins Auge. Es ist zum einen der Willen einer breiten Mehrheit der Ostdeutschen, nach 1989 in leitenden intellektuellen Positionen nicht mehr die Apologeten der SED sitzen zu sehen, und zum anderen die expansiven Gesetzmäßigkeiten des deutschen Universitätsbetriebes. Dort, wo sich für Habilitierte ein Anstellungsvakuum öffnet, dort strömen sie hin, bauen ihre Strukturen auf, besetzen sie mit Kollegen aus ihrem Umfeld und verteidigen die errungenen Bastionen erbittert. Von daher gesehen hat Werner Mittenzwei mit seiner Meinung Recht, daß es noch nie in der deutschen Geschichte einen derartig radikalen Wechsel der Intelligenz gegeben habe<sup>45</sup>. Unrecht hat er dagegen mit der Auffassung, dies folge einem bundesdeutschen Masterplan und ziele letztlich auf die Vernichtung des Marxismus in Deutschland<sup>46</sup>. Hier wird wieder einmal der sattsam bekannten kommunistischen Agententheorie zur Erklärung von den eigenen Vorstellungen zuwiderlaufenden historischen Prozessen und der Überschätzung der eigenen Klientel gefrönt.

Jedenfalls haben sich die verbliebenen, aus der DDR stammenden Wissenschaftler fast ausschließlich in die vorhandenen Strukturen und Denkmuster integriert. Zwei spezifische, wenn auch konträre Ausnahmen sind Historiker im Umfeld der PDS und Mitglieder des Unabhängigen Historikerverbandes. Aber auch diese – höchst generischen – Gruppen verlieren zusehends an Einfluß im zeit-historischen Diskurs. So sind sie in der aktuellen Diskussion um die deutschen Erinnerungsorte kaum noch vertreten – ostdeutsche Gedächtnisorte sind präsent, ostdeutsche Historiker nicht<sup>47</sup>. Und auf ein weiteres Phänomen sei verwiesen: Ostdeutsche Historiker beteiligen sich kaum an den gesamtdeutschen Streitdiskursen. War das bis 1989 – etwa beim Historikerstreit<sup>48</sup> – gewissermaßen zwangs-

<sup>44</sup> Als Beispiel auch die Tagungen der Politischen Akademie Tutzing, z. B.: Ein Staat – zwei Gesellschaften, in: Akademie-Report (Tutzing 2000) 3, 3–11.

<sup>45</sup> Werner Mittenzwei, Die Intellektuellen. Literatur und Politik in Ostdeutschland von 1945–2000 (Leipzig 2001) 424; früh zu diesem Thema: Heinz Ludwig Arnold, *Frauke Meyer-Gosau* (Hrsg.), Die Abwicklung der DDR (Göttingen 1992).

<sup>46</sup> Mittenzwei, Intellektuelle 526, 528–533.

<sup>47</sup> Vgl. Etienne François, Hagen Schulze (Hrsg.), Deutsche Erinnerungsorte, Bd. 1–3 (München 2001). Unter der Vielzahl der Autoren aus Deutschland und dem Ausland, die sich mit diesen Erinnerungsorten beschäftigen, sind noch ca. drei Prozent Ostdeutsche.

<sup>48</sup> Vgl. aus der Vielzahl der Literatur etwa: „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung (München, Zürich 1987) Harold James, Vom Historikerstreit zum Historikerschweigen. Die Wiedergeburt des Nationalstaates (Berlin 1993); Ernst Nolte, Streitpunkte. Heutige und künftige Kontroversen um den Nationalsozialismus (Berlin, Frankfurt a. M. 1993); Hans-Ulrich Weh-



läufig aus historischen Gründen so gegeben, so drückt sich nach der Vereinigung in diesem Fehlen ostdeutscher Stimmen aus, daß sie eben nicht mehr existieren, sich kein Gehör mehr verschaffen können oder ganz anderen Interessen nachgeben. Das gilt für den Streit um das Buch von Daniel Jonah Goldhagen: „Hitlers willige Vollstrecker“ über den angeblichen eliminatorischen Drang normaler Deutscher zum Mord an den Juden<sup>49</sup>, die von Norman G. Finkelstein angestoßene Debatte um die Holocaust-Industrie<sup>50</sup>, um die Walser-Bubis-Auseinandersetzung und um die Entschädigung der Zwangsarbeiter. Nicht anders steht es mit den Kontroversen um das Berliner Holocaust-Mahnmal, um die Ausstellung zu den Verbrechen der Wehrmacht im Vernichtungskrieg oder die Gedenkstätte in der Neuen Wache in Berlin<sup>51</sup>. Ein ostdeutscher Anteil war in kritischer und apologetischer Hinsicht erst wieder auszumachen, als es beim „Schwarzbuch des Kommunismus“ um die Verbrechen des Kommunismus in seiner gesamten Geschichte ging<sup>52</sup>. Aber auch bei der jüngsten Antisemitismus-Debatte fehlen Stimmen aus Ostdeutschland.

Ein weiteres Defizit der gegenwärtigen DDR-Forschung – und noch stärker der öffentlichen Wahrnehmung – besteht in der weitverbreiteten Konzentration auf die Staatssicherheit, vor allem auf deren Inoffizielle Mitarbeiter, hinter denen die SED als Auftraggeber und die MfS-Offiziere fast gänzlich verschwinden. Vergrößert wird dieses Defizit oft durch blinde Aktengläubigkeit, die sich mit übergroßer Hast beim Publizieren verbindet, die wiederum von den Gesetzen des Marktes und den Kampf um Ressourcen bestimmt zu sein scheint. Dazu kommen mangelhafte Quellenkritik und politische Instrumentalisierung. Ein Sonderphänomen ist dabei, daß Angehörige einer ehemals radikalen Linken (wie Trotzlisten und Maoisten) gegen eine heutige (sozialdemokratische) Linke argumentieren. Die Schwäche der Konzentration der Aufmerksamkeit auf das MfS zeigte sich auch in der Aufregung über das am 8. März 2002 vom Bundesverwaltungsgesetz bestätigte Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts vom 4. Juli 2001, nachdem der Birthler-Behörde untersagt wurde, Akten über den Altbundeskanzler Helmut Kohl herauszugeben. Dabei ging es weniger um die Person Kohls, sondern mehr

ler, Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum „Historikerstreit“ (München 1988).

<sup>49</sup> Daniel Jonah Goldhagen, *Hitlers willige Vollstrecker*. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust (Berlin 1996); dazu: Wolfgang Wippermann, *Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagen-Kontroverse* (Berlin 1997).

<sup>50</sup> Norman G. Finkelstein, *Die Holocaust-Industrie*. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird (München, Zürich 2001); dazu Petra Steinberger (Hrsg.), *Die Finkelstein-Debatte* (München, Zürich 2001).

<sup>51</sup> Wolfgang Kruse, *Schinkels Neue Wache in Berlin*. Zur Geschichte des modernen politischen Totenkults in Deutschland, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 50 (2002) 419–435.

<sup>52</sup> Das *Schwarzbuch des Kommunismus*. Unterdrückung, Verbrechen und Terror. Mit dem Kapitel „Die Aufarbeitung des Sozialismus in der DDR“ von Joachim Gauck und Ehrhart Neubert (München, Zürich 1998); Jens Mecklenburg, Wolfgang Wippermann (Hrsg.), *„Roter Holocaust“*. Kritik des Schwarzbuchs des Kommunismus (Hamburg 1998).

um die Sorge, daß das Urteil weitergehende Folgen haben und letztlich mit einem Ende der Regelanfrage über Staatssicherheitsverstrickungen verknüpft sein könnte<sup>53</sup>. In dieser Situation stellte sich in der deutschen Öffentlichkeit jedoch ein relativ weitgehender Konsens her, daß die Erforschung der Systemzusammenhänge des DDR-„Sozialismus“ auch mit Hilfe der Stasi-Akten weiter gewährleistet sein müsse. Auch wäre zu verhindern, daß sich die Täter der Diktatur zu ihren Opfern stilisieren. Um dies zu erreichen, versuchte die Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Marianne Birthler durch die vorübergehende Sperrung der Internet-Seiten ihrer Behörde, durch die temporäre Schließung aller Ausstellungen und die Nichtbearbeitung von Akteneinsichtsansträgen von Historikern bzw. von Publizisten, öffentlichen Druck zu erzeugen. Dem sollte auch ein Brief an alle Nutzer der Stasi-Akten dienen, der diese informierte, daß sie Angaben über Funktionsträger des SED-Regimes nur noch mit deren Einwilligung erhalten würden. Und weiterhin wurde argumentiert, daß nach dem Kohl-Urteil in der Frage der Akteneinsicht Terroristen, SED-Funktionäre und Westpolitiker auf eine Stufe gestellt werden müßten und würden, da eine Gleichbehandlung von Amtsträgern in Ost und West unabweisbar wäre.

Ähnlich ist es mit der Forderung nach einer Novellierung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes<sup>54</sup>, die besonders vom Bürgerkomitee Leipzig<sup>55</sup>, aber auch von Forschern und Historikern<sup>56</sup> in die Diskussion gebracht wurde. Hier geht es um die Streichung des Paragraphen 14 dieses Gesetzes, der ab 1. Januar 2003 die Schwärzung oder Vernichtung von Akten auf Antrag von Opfern ermöglichte, und um die Präzisierung der Beschreibung von Personen der Zeitgeschichte, von Amtsträgern und Funktionsinhabern in den Paragraphen 32 bis 34. Bei beiden Änderungen war der Deutsche Bundestag gefordert, bei beiden Novellierungswünschen gab es die Hoffnung auf einen parteiübergreifenden Konsens. Dabei sollte sich entscheiden, ob das „grundsätzliche Umdenken“ beim Umgang mit dem politischen Erbe der DDR, das sich Bundeskanzler Schröder am 11. März 2002 als Ergebnis des Kohl-Urteils wünschte, schon zwölf Jahre nach der Diktatur durchsetzbar war.

In der aktuellen Auseinandersetzung waren gerade im Umfeld einer „sozialistisch-kommunistischen Linken“ teilweise absurde Außenseiterpositionen zu verzeichnen. Dazu gehörte die Diffamierung der Enquete-Kommissionen des Bundestages als totalitarismustheoretische Verschwörung, oder etwa die Forderung, daß – da es für die Altakten der Bundesrepublik weiterhin Sperrfristen gäbe – auch die DDR-Akten hätten gesperrt bleiben müssen<sup>57</sup>. Es machte sich hier ein

<sup>53</sup> Ein solches Ende forderte u. a. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse in einem Interview im Hamburger „Spiegel“ am 18. März 2002.

<sup>54</sup> Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, in: Bundesgesetzblatt I, 67 (28. Dezember 1991) 2272–2287.

<sup>55</sup> Vorschlag des Bürgerkomitees Leipzig vom 7. Januar 2002.

<sup>56</sup> Hermann Weber, Peter Steinbach, Werner Müller, Aufarbeitung der DDR-Geschichte. Der Bundestag ist gefordert. Langfristige Sicherung der MfS-Akten erforderlich, in: Deutschland Archiv 34 (Köln 2001) 5, 740–743; Hans-Dietmar Henke, Nachrichten aus Orwells Unterwelt, in: Die Zeit vom 10. Januar 2002, 34.

<sup>57</sup> Karl-Heinz Roth, Der Einfluß der Totalitarismustheorie auf die Bundestags-Enquete-

von François Furet beschriebenes Phänomen bemerkbar, nämlich daß moderne Demokratien Menschen hervorbringen, „die das soziale und politische System verabscheuen, in das sie hineingeboren sind; die die Luft hassen, die sie atmen, obwohl sie die Grundlage ihres Lebens ist“<sup>58</sup>. Meines Erachtens ist die einzige für einen Historiker vorstellbare Position die genau entgegengesetzte. Da die DDR-Akten offen sind, sollte auch über die im Bundesarchivgesetz festgeschriebenen Sperrzeiten generell neu nachgedacht werden.

## VIII. Fazit

Auch wenn hier im Einzelfall sicher immer noch mehr getan werden könnte, so ist die Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur doch insgesamt institutionell ausreichend etabliert. Aufs Ganze gesehen erscheint es so, als ob die deutsche Demokratie aus der ersten Auseinandersetzung mit einer deutschen Diktatur gelernt hat und die mit der zweiten schneller und konsequenter betreibt. Diese grundlegende „Aufarbeitung“ wird auch weiterhin eine Voraussetzung des Ausbaus unseres Gemeinwesens zu einer Zivilgesellschaft bleiben. Lernen aus der Geschichte bedeutet in der Demokratie, links- und rechtsradikalem Denken zu widerstehen. Das heißt in der deutschen Situation die Auseinandersetzung mit zwei deutschen Diktaturen. Hier wäre jede Verdrängung verhängnisvoll, und die Historiker sollten sich zu ihrer politisch-moralischen Verantwortung bekennen. Die politische Kultur der Bundesrepublik wird auf ihre historische Dimension nicht verzichten können<sup>59</sup>, und die Auseinandersetzung mit der Geschichte dient letztlich auch dem besseren gegenseitigen Verstehen von Ost- und Westdeutschen<sup>60</sup>.

Deshalb sind stärker als bisher Medien, Schulen, Gewerkschaften und Kirchen in den Prozeß der Auseinandersetzung einzubeziehen. Bezogen auf die historische Forschung ist festzuhalten, daß ihre Akademisierung weiter voranschreiten wird, dagegen wird die Bedeutung der Aufarbeitungsinitiativen abnehmen, und die Forschung wird sich weiterhin der Versuchung politischer Instrumentalisierung entziehen müssen. Auf der Haben-Seite ist zu verbuchen, daß sich die Öffnung der Archive bewährt hat. Der quantitative und qualitative Umfang der Forschungen seit 1990 ist beeindruckend, und es scheint sich auch in der Gesellschaft

Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ und ihre Auswirkungen auf die politische Kultur der Bundesrepublik, in: *ders.*, Geschichtsrevisionismus. Die Wiedergeburt der Totalitarismustheorie (konkret texte 19, Hamburg 1999) 49–117.

<sup>58</sup> François Furet, Das Ende der Illusion. Der Kommunismus im 20. Jahrhundert (München, Zürich 1996) 30.

<sup>59</sup> Siegfried Vergin, „Wenn die Zeitzeugen schweigen ...“: Vorschläge für eine Gedenkstätten-Neukonzeption des Bundes, in: Eine Zwischenbilanz 133.

<sup>60</sup> Zu den Schwierigkeiten vgl. unlängst: Olaf Georg Klein, Ihr könnt uns einfach nicht verstehen. Warum Ost- und Westdeutsche aneinander vorbeireden (Frankfurt a.M. 2001).

die Einsicht durchgesetzt zu haben, daß die uns so nötige Zivilcourage auch historisch fundiert sein muß.

So müssen wir auch in den nächsten Jahren davon ausgehen, daß das Geschichtsbewußtsein der Westdeutschen den Umbruch von 1989 fast unbeschadet überstanden hat, während das für die Ostdeutschen nicht gilt. Und welche Bedeutung die Geschichtsdiskussion auch weiter haben wird, zeigt der Streit um die immer wieder erneut geforderten Entschuldigungen der PDS für die Geschichte der SED. So werden wir in der Bundesrepublik noch lange Zeit mit zwei unterschiedlichen Geschichtskulturen zu leben haben. Das west- bzw. ostdeutsche Sonderbewußtsein wird sich eher noch verstärken. Ebenso wird die Interpretationshoheit der Westdeutschen bleiben, die Gefahren, die sich im Osten daraus ergeben, ständig belehrt zu werden, sind nicht zu unterschätzen. Und wir müssen auch weiterhin der Versuchung widerstehen, zwölf Jahre nach der Wiedervereinigung alle Vergangenheit im großen Einheitsmischmasch versinken zu lassen. Denn das könnte bedeuten, daß am Ende alle Opfer sind und so der Demokratie der Bundesrepublik die Kraft entzogen wird, sich bei neuen totalitären Versuchen kämpferisch zu behaupten.

Und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Deutschland hat auch eine europäische Dimension. Zwar gibt es nach der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten keine offene deutsche Frage mehr, wohl aber die nach der deutschen Identität. Dies erfordert in Deutschland die Zusammenführung verschiedener Geschichtskulturen; von besonderer Bedeutung ist jedoch die Erfahrung von zwei deutschen Diktaturen auf dem Weg zur europäischen Identität. Das Ziel muß es dabei sein, ein kollektives Erinnern für Europa, ein auf einer gemeinsamen Geschichte beruhendes gesamteuropäisches Gedächtnis anzustreben. Und ein wesentlicher Teil dieses Gedächtnisses des vereinten Europas sollte die gemeinsame Tradition von Zivilcourage, von Widerstand und Opposition gegen Diktaturen und gegen Fremdherrschaft sein.

# Register

## Ortsregister

Bearbeitet von Ernst Wawra

Amselfeld 194(A)  
Auschwitz 207, 303, 312

Balta 284  
Belgrad XX, 207, 210  
Bendery 278–280, 290, 293–296, 299  
Beograd, siehe Belgrad  
Berestečko 110  
Berlin XIV, 59, 196, 203, 293, 307–309,  
312(A), 315  
Bleiburg 199, 203  
Bratislava, siehe Preßburg  
Breslau XX  
Brest 89, 92  
Brno, siehe Brünn  
Brünn XX, 158  
Bucureşti, siehe Bukarest  
Budapest XVf., 164, 176, 184, 187f.  
Bukarest XX, 238, 248, 251f., 255, 267

Čeljabinsk 279  
Černobyl' XVIII, 5, 79, 90, 97, 107  
Chabarovsk 279  
Char'kiv, siehe Char'kov  
Char'kov 19  
Cherson 279  
Chişinău 264, 267, 271, 277, 280f., 286f.,  
293(A), 298, 302  
Cluj 238, 251  
Craiova 251

Dresden 307  
Dubăsari, siehe Dubossary  
Dubossary 293, 301(A)

Esztergom 188

Fiume, siehe Rijeka  
Flensburg 293(A)

Galizien 104(A), 118  
Gazimestan 194(A)  
Gomel' 92  
Gran, siehe Esztergom  
Grodno 12, 92  
Grūtas 68f., 71f.

Hannover 39  
Helsinki 106, 108, 113, 263  
Homel', siehe Gomel'  
Hradec Králové, siehe Königgrätz  
Hrodna, siehe Grodno

Iaşi, siehe Jassy

Jalta XV, 133, 143, 207  
Jasenovac 195(A), 196, 210f.  
Jassy XX, 238, 252, 265, 267f.  
Jedwabne 149  
Jena 308

Kaliningrad 286  
Kaspijsk 21  
Katyn 8(A)  
Kazan' XII  
Kiev, siehe Kiew  
Kiew XIII, XX, 18, 104(A), 105–108, 118f.,  
121, 123f., 286(A)  
Kişinev, siehe Chişinău  
Klaipėda, siehe Memel  
Klausenburg, siehe Cluj  
Knin 200  
Königgrätz 151, 157f., 163  
Konstantinopel XIII, 223

- Kragujevac 211  
 Krakau XX  
 Kraków, siehe Krakau  
 Krim 122, 281, 289, 300  
 Kronstadt XI, 16,  
 Kuropaty XVIII, 79, 85, 98  
 Kyjiv, siehe Kiew
- Leipzig 41(A), 309, 316  
 Lemberg XX, 110, 118 f., 125  
 Leningrad, siehe St. Petersburg  
 Lüneburg 32  
 L'viv, siehe Lemberg  
 L'vov, siehe Lemberg
- Magdeburg 309  
 Mahileŭ, siehe Mogilev  
 Marburg 129  
 Marienborn 308  
 Marienfelde 308  
 Medvedgrad 201  
 Memel 68, 72 ff.  
 Minsk XVIII, 85 f., 89, 92 f., 97 f.  
 Mogilev 92  
 Moskau VII f., X f., XX, 2, 4 f., 7, 8(A), 10,  
 12, 14, 16, 19 f., 40, 45(A), 59, 82, 85, 89,  
 103, 107, 109, 112, 118, 187(A), 267,  
 279 ff., 286, 287(A), 288  
 Moskva, siehe Moskau  
 München 156, 164, 167, 307
- Navahrudak 96  
 Navapolack 92  
 Novogradok 45
- Orša 89 f.  
 Osijek 196
- Palačanka 86  
 Paris 10  
 Pärnu 45(A)  
 Perejaslav 103 f.  
 Pittsburgh 167  
 Poltava 117(A)  
 Posen XX, 134  
 Potsdam 308  
 Poznań, siehe Posen  
 Prag XV f., XX, 154, 158 f., 168 ff.  
 Praha, siehe Prag  
 Preßburg XX, 153, 168
- Reval, siehe Tallinn  
 Rîbnița, siehe Rybnica  
 Riga XVIII, 27, 52, 54, 56–64  
 Rijeka 196  
 Rom 118  
 Rybnica 279
- Sarajevo 209, 213 f.  
 Sarov XI  
 Siebenbürgen 179, 241, 243(A), 244, 248  
 Sighet 246  
 Slavonski Brod 196(A)  
 Sofia 222, 228  
 Split 196(A)  
 Srebrenica 205  
 Stalingrad XIV, 19  
 St. Petersburg XI, 7
- Tallinn 27 f., 31, 32(A), 38(A), 39 f., 43,  
 48 f.  
 Tannenberg 75  
 Tärnovo 222  
 Tartu 4, 31, 34, 42  
 Taškent 8(A)  
 Tharau 73  
 Tighina, siehe Bendery  
 Tiraspol 264, 279 f., 284–287, 289 ff., 293 f.,  
 298, 301(A), 302  
 Tiraspol', siehe Tiraspol  
 Tomsk 8(A)  
 Toronto 28  
 Trianon XIX, 181 f., 188
- Viciebsk, siehe Vitebsk  
 Vilnius, siehe Wilna  
 Vitebsk 92  
 Vladimir XII  
 Volokolamsk XI  
 Vučedol 201  
 Vukovar 201, 205, 217
- Warschau XV, XX, 140, 147(A), 196  
 Warszawa, siehe Warschau  
 Wien 164, 198, 244  
 Wilna XX, 27, 39, 73, 75, 77, 86  
 Wilno, siehe Wilna  
 Wrocław, siehe Breslau
- Zadar 197  
 Zagreb 195 ff., 199, 201(A), 204, 218

# Namensregister

Bearbeitet von Ernst Wawra

- Abuladze, Tengis E. 6, 13, 84  
 Achmatova, Anna A. 6, 16  
 Adamovič, Ales' 4, 9(A), 19, 85  
 Adenauer, Konrad 257, 307  
 Adorno, Theodor 304  
 Afanas'ev, Jurij N. IX, 8, 9(A), 14  
 Ajtmatov, Čingiz T. 4, 6, 84, 111  
 Aksakov, Ivan S. XI  
 Aleksandr, Nevskij XI  
 Alekseev, Michail N. 13(A)  
 Aleksej, Nikolaevič, russ. Thronfolger XI  
 Aleksievič, Svetlana 89  
 Alexander II., russ. Zar XI  
 Alexander III., russ. Zar XI  
 Andreas, Apostel XII  
 Andreeva, Nina A. 7, 8(A)  
 Andronescu, Ecaterina 252  
 Andropov, Jurij 5  
 Andrushceak, V. 272  
 Annchen, von Tharau 73  
 Antohi, Sorin 249  
 Antonescu, Ion 244 f., 258  
 Antonov, Sergej 13(A)  
 Apanovyč, Olena 105(A), 106, 118  
 Arendt, Hannah 307  
 Argeländer, Friedrich Wilhelm 73  
 Askol'dov, Aleksandr X, 16  
 Assmann, Jan 101, 303  
 Azaronka, Jurij 90
- Baberowski, Jörg 299  
 Babilunga, Nikolaj V. 287  
 Baeva, Iskra 229  
 Baklanov, Georgij 9(A)  
 Bandera, Stepan 125  
 Barclay, Michael siehe Tolly, Michael  
 Barclay de  
 Battenberg, Alexander von 219, 222  
 Bek, Aleksandr A. 6(A), 13  
 Belev, Aleksandăr 227  
 Belinskij, Vissarion G. XI  
 Belov, Vasilij I. 4  
 Beneš, Eduard 152, 154, 161, 163 f.  
 Berdjaev, Nikolaj A. XI  
 Berija, Lavrentij P. 8  
 Berindei, Dan 253
- Bernath, Mathias 300 f.  
 Bilokin, Serhij 117 f.  
 Birnea, P. 270, 272  
 Birthler, Marianne 315 f.  
 Blok, Aleksandr A. XI, 285  
 Bohley, Bärbel 306  
 Boia, Lucian 248 ff., 255  
 Boico, P. 272  
 Bondarev, Jurij V. 19  
 Boris III., bulg. Zar 219 f., 222, 224–229, 234 f.  
 Boris, der Märtyrer XI  
 Brajčevs'kyj, Mychajlo 105, 118, 121  
 Brătianu, I. 265  
 Braudel, Fernand 255  
 Brazauskas, Algirdas 76  
 Brenner, Christiane 162  
 Brežnev, Leonid I. 13(A), 24, 84, 209, 292  
 Bubis, Ignatz 315  
 Bucharin, Nikolaj I. XIV, 7 f., 16  
 Bucharina, Anna Larina 7(A)  
 Bunin, Ivan A. XI  
 Burdžalov, Eduard N. 2 f.  
 Büscher, Klemens 280  
 Buzatu, Gheorghe 238, 245(A)  
 Bykaŭ, Vasil' 86, 89
- Čajanov, Aleksandr V. XIV  
 Čajkovskij, Peter I. XI  
 Cardwell, Alison 271(A), 272  
 Castro, Fidel 295  
 Ceaplighina, N. 272  
 Ceaușescu, Nicolae XX, 237 ff., 242 f., 247, 251 f., 258  
 Čechov, Anton P. XI  
 Černenko, Konstantin V. 13(A)  
 Chmel'nickij, Bogdan M. XI, 103 f., 106, 110(A), 111  
 Chmel'nyc'kyj, Bohdan, siehe Chmel'nickij, Bogdan M.  
 Chruščev, Nikita S. 2 f., 8(A), 13(A), 18, 170  
 Chvyľ'ovyj, Mykola 112 f.  
 Cipko, Aleksandr S. IX, 9 f., 12, 14, 16, 21  
 Conquest, Robert 115  
 Constantiniu, Florin 254

Čornovil, Vjačeslav 108, 113, 116  
Cyrill, siehe Kirill

Dach, Simon 73  
Dal', Vladimir I. XI  
Danilov, Aleksandr I. 83  
Danilov, Viktor P. 3, 11, 14, 114  
Dannecker, Theodor 227  
Davies, Robert W. 16  
Davydov, Jurij N. 14(A)  
Decebal, Dakerkönig 241  
DeThomas, Joseph 43  
Diagilev, Sergej P. XII  
Dimitrov, Božidar 220(A), 223 f.  
Dindić, Zoran 212  
Distel, Peter 305  
Dmitrij, Donskoj XI  
Donalitus, Christian 72 f.  
Doncov, Dmytro 125  
Donelaitis, Kristijonas, siehe Donaltius, Christian  
Dostoevskij, Fedor M. XI  
Drabkin, Jakov S. 83  
Draž, Ivan 109 f.  
Drašković, Vuk 212  
Dsarasov, Soltan 21  
Dubček, Alexander XVI  
Dudincev, Vladimir D. 6  
Duğu, Alexandru 247  
Dzeržinskij, Ivan I. 69

Ebert, Friedrich 307  
El'cin, Boris N. 9(A), 12, 20, 22, 24, 288  
Eminescu, Mihai 262(A)  
Engels, Friedrich 264  
Ennker, Benno 17  
Eremia, Ion 265  
Esenin, Sergej A. XI  
Evtušenko, Evgenij A. 4, 9(A)

Falin, Valentin M. 8(A), 13(A)  
Ferdinand I., bulg. Zar 219 f., 222 ff.  
Finkelstein, Norman G. 315  
Fischer, Joschka 217  
Francetić, Jure 214  
Franko, Ivan 104, 110  
Frankopan, Fran Krsto 198  
Franz Joseph, österr. Kaiser 183  
Fricke, Karl Wilhelm 310  
Fulbrook, Mary 311  
Funke, Hajo 217

Furet, François 317  
Gaj, Ljudevit 198  
Garašanin, Ilija 215  
Gefter, Michail Ja. 3, 83  
Gellner, Ernest 300  
Georg, der Heilige XII, 20  
Georgescu, Vlad 255  
Geremek, Bronisław 148  
Gestwa, Klaus 22  
Gheorghiu-Dej, Gheorghe 242  
Gierek, Edward 136  
Glazunov, Il'ja S. X, XII  
Gleb, Märtyrer XI  
Glinka, Michail I. XI  
Goethe, Johann Wolfgang von 261  
Gogol', Nikolaj V. XI  
Goldhagen, Daniel J. 315  
Goldovskaja, Marina 8  
Gončarov, Ivan A. XI  
Gor'kij, Maxim XI  
Gorbačev, Michail S. IX, XVIII, 1, 5 ff., 8(A), 11 f., 13(A), 16 f., 24, 84 f., 112 f., 177, 261  
Gordon, Leonid A. 19  
Gottwald, Clement 156  
Graf, Mati 40  
Granin, Daniil A. 4, 6  
Grossman, Vasilij S. X, 16  
Gumilev, Nikolaj S. 16  
Gundare, Ieva 34(A), 47  
Gurevič, Aaron 4  
Halbwachs, Maurice 303  
Hall, Stuart 212  
Hann, Christopher M. 299  
Hardtwig, Wolfgang 52  
Haulik, Juraj 199  
Havel, Václav XVI, 156, 167  
Hebrang, Andrija 198  
Herbert, Ulrich 213  
Herzen, Alexander I. XI  
Heumos, Peter 156  
Himmler, Heinrich 45  
Hitler, Adolf VIII, 19, 27 f., 30, 44 f., 48, 59, 91, 124, 207, 225, 227, 244, 315  
Hobsbawm, Eric 197  
Hončar, Oles' 105(A), 109, 110(A)  
Horthy, Miklós 183 ff.  
Hösler, Joachim 83  
Hrebeljanović, Lazar 194(A)



- Hruševs'kyj, Mychajlo 108(A), 117f., 120  
 Hryckevič, Valjancin 87  
 Hus, Jan 153f., 169  
 Husák, Gustáv 151, 155f.  
 Hvostov, Andrei 36  
  
 Igor', Svjatoslavovič, ostsl. Fürst XII, 294f.  
 Iliescu, Ion 237, 243, 245f., 251, 253, 258  
 Ilmjärvs, Magnus 40  
 Ilves, Toomas H. 38, 48(A)  
 Iorga, Nicolae 249, 252, 265  
 Isakov, Sergej G. 48  
 Iskander, Fasil 13(A)  
 Ivan III., russ. Zar XI  
 Ivan IV., der Schreckliche, russ. Zar XI, 21  
 Ivanyčuk, R. 111  
  
 Jakobson, Carl Robert 37  
 Jakobson, Max 42f., 45  
 Jakobson, Valeria 50(A)  
 Jakovlev, Aleksandr N. 6, 8  
 Janion, Maria 137  
 Jansen, Ea 28  
 Jaruzelski, Wojciech W. 136, 139  
 Jaspers, Karl 304  
 Jászi, Oszkár 188  
 Jazov, Dimitri T. 18  
 Jelačić, Banus 197  
 Joann, von Kronstadt XI  
 Jonin, Leonid 13  
 Josef II., röm.-dt. Kaiser 170  
 Josif, von Volokolamsk XI  
  
 Kádár, János XV, XIX, 176ff., 186ff.  
 Kalinin, Michail 32  
 Kalinova, Evgenija 229  
 Kamenev, Lev B. XIV  
 Kaplinski, Jaan 42, 45  
 Kapsukas, Vincas 69  
 Kara, Jurij 6  
 Karadžić, Radovan 213(A), 295  
 Karadžić, Vuk 215  
 Karamzin, Nikolaj M. XI  
 Kardam, bulg. Kronprinz 233  
 Karjakin, Jurij 9(A)  
 Karobyškina, T. M. 95  
 Kaschuba, Wolfgang 99, 282, 297  
 Kasekamp, Andres 42f.  
 Katharina II., die Große, russ. Zarin XI  
 Kerbel', Lev E. 291  
 Kéri, Kálmán 183  
  
 Kireevskij, Ivan V. XI  
 Kirill, Slavenapostel XII, 104, 169  
 Kisielewski, Stefan 133  
 Kivimäe, Jüri 28, 34f., 47  
 Kivimäe, Sirje 34  
 Klavina, Aija 48  
 Klejn, Boris 12  
 Klima, Viktor 151  
 Klimov, Elem 5f.  
 Ključevskij, Vasilij O. XI, 2  
 Kohl, Helmut 315f.  
 Kolossov, Vladimir 297  
 Kornilov, Lavr G. XI  
 Korotič, Vitalij 7, 9(A)  
 Košokin, E. M. 10  
 Kossuth, Lajos 178f.  
 Kostenko, Lina 110(A)  
 Kostov, Ivan 235  
 Kozlov, Denis 4  
 Kraūcevič, Aljaksandr 96f.  
 Kravčuk, Leonid 126(A), 127  
 Krofta, Kamill 157  
 Król, Marcin 137(A), 139  
 Kross, Eerik-Niiles 39, 43  
 Kross, Jaan 40  
 Kubik, Jan 130  
 Kučma, Leonid D. 296  
 Kula, Witold 148  
 Kutuzov, Michail I. XI  
 Kyryll, siehe Kirill  
  
 Laar, Mart 30f., 34  
 Laitin, David D. 281, 300  
 Landsbergis, Vytautas 70  
 Larkutki, I. 272  
 Lauristin, Marju 50  
 Lazarev, Artem 269, 270(A), 274  
 Lenin, Vladimir I. IX, XIV, 8–11, 13(A),  
 14–17, 20, 24, 50(A), 69, 107, 111, 156,  
 188, 264, 273, 289, 291f.  
 Leont'ev, Konstantin N. XI  
 Lermontov, Michail Ju. XI  
 Levitan, Isaac I. XI  
 Lichačev, Dmitrij S. 9(A)  
 Lickaj, Valerij A. 291ff., 302(A)  
 Lomonosov, Michail V. XI  
 Lotman, Jurij 4  
 Luk'janenko, Levko 108  
 Lukašenka, Aljaksandr G. XVIII, 79, 87–  
 91, 93f., 295f.  
 Luxemburg, Rosa 16, 307

- Lyč, Leanid 90  
 Lysenko, Mykola V. 110(A)  
  
 Mace, James 115  
 Maier, Charles 311  
 Maier, Konrad 32  
 Maizière, Lothar de 305  
 Majakovskij, Vladimir V. XI  
 Majcherek, Janusz 145(A)  
 Malcolm, Noel 208  
 Malinauskas, Viliumas 68f.  
 Manjak, Volodymyr 116  
 Männil, Harry 42(A)  
 Marga, Andrei 250  
 Marković, Ante 213  
 Marković, Mihajlo 212  
 Marković-Milošević, Mira 211, 217  
 Markwick, Roger 83  
 Marx, Karl 28(A), 217, 264  
 Masaryk, Tomáš Garrigue 153f., 158, 161, 170  
 Mašeraŭ, Petr M. 82  
 Matcovschi, Dumitru 262  
 Mateevici, Alexei 262  
 Mazepa, Ivan S. 116, 117(A), 121, 122(A)  
 Mazilu, Gheorghe 263  
 Mazowiecki, Tadeusz XVII, 141  
 Mazuraŭ, Kirill T. 82  
 Mažvydas, siehe Mosvidius  
 Mečiar, Vladimir 160  
 Medvedev, Roj 9(A), 10  
 Mel'nyk, Andrij 125(A)  
 Melininkaitė, Marytė 69  
 Mendeleev, Dimitrij I. XI  
 Meri, Lennart 41, 43, 50  
 Meščerskaja, Ekaterina A. 16  
 Method, Slavenapostel XII, 104(A), 169  
 Meuschel, Sigrid 311  
 Mezník, Jaroslav 157, 166  
 Michael I., rum. König 244f.  
 Michael, der Tapfere 241, 252, 268  
 Michnik, Adam 141f.  
 Milošević, Slobodan 194(A), 206, 211 ff., 217  
 Minc, Isaak 11  
 Mindaugas, litau. König 74  
 Mindszenty, József 187  
 Mittenzwei, Werner 314  
 Mitter, Armin 311  
 Mitu, Sorin 248, 250  
 Mladić, Ratko 213  
 Moldovan, Petre P. 268  
 Molnár, Erik 174f.  
 Molotov, Vjačeslav M. 266  
 Mosvidius, Martinus 72f.  
 Možaez, Boris 13(A)  
 Murat I., Sultan 194  
 Murgescu, Mirela-Luminița 248  
 Musil, Robert 51, 65  
 Musorgskij, Modest P. XI  
 Mussolini, Benito 244  
  
 Nachimov, Pavel S. XI  
 Nagy, Imre XVI, 176f., 187  
 Napoleon, Bonaparte 58, 290  
 Năstase, Adrian 253  
 Nekrasov, Nikolaj A. XI  
 Nekrič, Aleksandr M. 83  
 Nicolaescu, Sergiu 251  
 Nida-Rümelin, Julian 309  
 Niedermüller, Peter 100  
 Niethammer, Lutz 314  
 Nike, Siegesgöttin 20  
 Nikolaus I., russ. Zar XI  
 Nikolaus II., russ. Zar XI  
 Nikolaus, der Wundertätige XII  
 Nistor, Ion 265  
 Novikaŭ, Sjarhej 97  
  
 Ojog, Igor 265, 268  
 Okudžava, Bulat Š. 4, 9(A)  
 Ol'ga, ostsl. Fürstin XII  
 Oleg, ostsl. Fürst XII  
 Ormos, Mária 182  
  
 Palach, Jan XVI  
 Palacký, František 153, 157  
 Panaitescu, P. P. 268  
 Pánek, Jaroslav 163  
 Pankratova, Anna M. 2f.  
 Papacostea, Serban 254  
 Pärt, Arvo 39  
 Pašić, Nikola 215  
 Pasternack, Peer 311f.  
 Pasternak, Boris L. 16  
 Păts, Konstantin 29, 33, 39f.  
 Paulucci de, Marquis Filipo 58f.  
 Pavelić, Ante 200, 218  
 Paznjak, Zjanon 85f., 90  
 Pekař, Josef 153, 157, 161  
 Perun, altslavischer Gott XII

- Peter I., der Große, russ. Zar XI, 21, 53, 56–59, 63, 116f.  
 Petr, Metropolit XI  
 Piirimäe, Helmut 32  
 Pippidi, Andrei 248  
 Plakans, Andrejs 55  
 Platon 288  
 Platon, V. 272  
 Platonov, Andrej P. 13(A)  
 Pokrovskijs, Michail 1f.  
 Poljakov, Jurij 20  
 Popov, Gavril Ch. 13, 21  
 Poppetrov, Nikolaj 229  
 Potemkin, Grigorij A. XI  
 Požela, Karolis 69  
 Pozsgay, Imre 177  
 Proškin, Aleksandr 8  
 Puškin, Alexandr S. XI  
 Putin, Vladimir V. 20, 296
- Rachmaninov, Sergej V. XI  
 Radić, Stjepan 215  
 Radonež, Sergij von XI  
 Ranke, Leopold von 191  
 Rasputin, Valentin G. 4  
 Rehnicer, Rajmond 209, 213  
 Reiman, Villem 31  
 Repin, Il'ja E. XI  
 Rhode, Gotthold 129, 140  
 Ribbentrop, Joachim von 266  
 Richert, Ernst 310  
 Rimskij-Korsakov, Nicolaj A. XI  
 Roller, Mihail 251f., 256  
 Ross, Jan 46  
 Rublev, Andrej XII  
 Russev, N. 272  
 Rüütel, Arnold 50  
 Ruutsoo, Rein 32, 35  
 Rybakov, Anatolij N. 6, 9(A), 84  
 Rykov, Aleksej I. XIV
- Sacharov, Andrej D. 9(A)  
 Safonov, Andrej 293  
 Sahanovič, Hienadz M. 93  
 Šaljapin, Fedor I. XII  
 Salygin, Sergej P. 4  
 Samarin, Jurij F. 37  
 Samsonov, Aleksandr M. 18  
 Šarov, Igor 265, 268  
 Šatrov, Michail F. 8, 9(A), 16f., 84
- Ščerbyc'kyj, Volodymyr 105ff., 108(A), 115, 119, 122  
 Schirren, Carl 37  
 Schlögel, Karl 7  
 Schneckener, Ulrich 301  
 Schnittke, Alfred 17  
 Schröder, Gerhard 316  
 Schroeder, Klaus 309f., 311  
 Scurtu, Ioan 251f.  
 Šelest, Petro 104f.  
 Sendov, Blagovest 228  
 Šerafim, von Sarov XI  
 Ševčenko, Taras G. 104, 106, 108(A), 110f., 287  
 Simeon II., bulg. Zar 219, 221, 228–236  
 Simion, Eugen 253  
 Sirko, Ivan 124  
 Skaryna, Franzišk 83, 92  
 Skvortova, A. 272  
 Slezkine, Yuri 292  
 Smirnov, Igor' N. 279, 284, 286, 293(A), 294–299  
 Smith, Graham 33, 36  
 Sniečkus, Antanas 69  
 Sofijanski, Stefan 228  
 Sokolovski, Nestor 93  
 Šolochov, Michael A. 295  
 Solov'ev, Sergej M. XI  
 Solženicyn, Aleksandr I. X, 9(A), 16  
 Šornikov, Piotr 272, 274  
 Stadler, Josip 199  
 Stalin, Iosif V. VIII f., XIII f., 2f., 6, 8ff., 13–15, 17–20, 24, 27f., 30, 44, 59, 69, 85, 93, 107, 114ff., 124, 132, 156, 170, 252, 263, 273, 284, 295  
 Stanislavskij, Konstantin S. XII  
 Starčević, Ante 198, 215  
 Stati, Vasile 268f., 270(A)  
 Štefan, der Große 241, 252  
 Stefan, der Heilige 180  
 Stepinac, Alojzije 199, 203  
 Stern, Milan 213  
 Stobiecki, Rafał 134  
 Stojanov, Petar 235  
 Stratievski, K. 272  
 Strossmayer, Josip Ju. 198f.  
 Štus, Vasyľ' 106(A), 108(A)  
 Štychaŭ, Heorhij V. 95  
 Sudakov, Gurij 23(A)  
 Suhr, Otto 307  
 Surikov, Vasily I. XI

- Šuškevič, Stanislaŭ 87  
 Šusta, Josef 157  
 Šuvar, Stipe 213  
 Suvorov, Aleksandr V. XI, 289f., 290(A)  
 Svjatoslav, ostsl. Fürst XIII  
 Szürös, Mátyás 177
- Tacke, Charlotte 52  
 Tarand, Kaarel 39  
 Taranov, Vladimir 269, 270(A), 272, 274  
 Tarkovskij, Andrej A. 10  
 Tarnovskij, Konstantin N. 83  
 Tatiščev, Vasilij N. XI  
 Tatlin, Vladimir E. XIV  
 Telinov, N. 272  
 Teodor, Pompiliu 247  
 Thalheim, Karl C. 310  
 Timofeev-Resovskij, Nikolaj 6  
 Tiso, Jozef 160  
 Tito, Josip Broz 198, 207–211, 218, 300  
 Tjučev, Feodor I. XI  
 Tolly, Michael Barclay de 57ff., 61  
 Tolstoj, Lev N. XI  
 Trajan, röm. Kaiser 241  
 Trockij, Lev D. XIII f.  
 Tuchačevskij, Michail I. XIV  
 Tudman, Franjo 195(A), 196(A), 197ff.,  
 201(A), 204, 213, 216(A), 217f.  
 Tulviste, Peeter 30  
 Turgenev, Ivan S. XI  
 Turtola, Martti 40  
 Tvardovskij, Aleksandr T. 13(A)
- Ukraïнка, Lesja 104, 110  
 Ulmanis, Kārlis 54, 59  
 Undusk, Jaan 36ff., 46
- Ušakov, Fedor F. XI  
 Uspenskij, Boris A. 4
- Varta, Ion 265  
 Vasnecov, Viktor M. XI  
 Vihalemm, Peeter 50  
 Viteazul, Mihai, siehe Michael, der Tapfere  
 Vladimir, ostsl. Fürst, der Heilige XI  
 Volkogonov, Dmitrij A. 17(A), 18  
 Volkova, Anna Z. 295  
 Volobuev, Pavel V. 11  
 Voronin, Vladimir 273  
 Vrubel, Michail A. XI  
 Vynnyčenko, Volodymyr 112  
 Vytautas, lit. Großfürst 75
- Wajda, Andrzej 144  
 Wałęsa, Lech XVII  
 Walser, Martin 315  
 Weber, Hermann 310  
 Wenzel, der Heilige 169  
 Wiesenthal, Simon 42, 44(A), 45  
 Wolle, Stefan 311
- Xenopol, Alexandru D. 238, 249
- Zaleski, Adam 93  
 Zeman, Miloš 151f.  
 Zinov'ev, Michail A. XIV  
 Živkov, Todor 225  
 Zjuganov, Gennadij A. 295  
 Zrinski, Petar 198  
 Zub, Alexandru 247  
 Žukov, Georgij K. XIV, 20  
 Žulyns'kyj, Mykola 111, 113  
 Zuroff, Efraim 42–45

### Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 1 *Heinrich Lutz* (Hrsg.): Das römisch-deutsche Reich im politischen System Karls V., 1982, XII, 288 S. ISBN 3-486-51371-0 vergriffen
- 2 *Otto Pflanze* (Hrsg.): Innenpolitische Probleme des Bismarck-Reiches, 1983, XII, 304 S. ISBN 3-486-51481-4 vergriffen
- 3 *Hans Conrad Peyer* (Hrsg.): Gastfreundschaft, Taverne und Gasthaus im Mittelalter, 1983, XIV, 275 S. ISBN 3-486-51661-2 vergriffen
- 4 *Eberhard Weis* (Hrsg.): Reformen im rheinbündischen Deutschland, 1984, XVI, 310 S. ISBN 3-486-51671-X
- 5 *Heinz Angermeier* (Hrsg.): Säkulare Aspekte der Reformationszeit, 1983, XII, 278 S. ISBN 3-486-51841-0
- 6 *Gerald D. Feldman* (Hrsg.): Die Nachwirkungen der Inflation auf die deutsche Geschichte 1924–1933, 1985, XII, 407 S. ISBN 3-486-52221-3 vergriffen
- 7 *Jürgen Kocka* (Hrsg.): Arbeiter und Bürger im 19. Jahrhundert. Varianten ihres Verhältnisses im europäischen Vergleich, 1986, XVI, 342 S. ISBN 3-486-52871-8 vergriffen
- 8 *Konrad Repgen* (Hrsg.): Krieg und Politik 1618–1648. Europäische Probleme und Perspektiven, 1988, XII, 454 S. ISBN 3-486-53761-X vergriffen
- 9 *Antoni Mączak* (Hrsg.): Klientelsysteme im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, X, 386 S. ISBN 3-486-54021-1
- 10 *Eberhard Kolb* (Hrsg.): Europa vor dem Krieg von 1870. Mächtekonstellation – Konfliktfelder – Kriegausbruch, 1987, XII, 216 S. ISBN 3-486-54121-8
- 11 *Helmut Georg Koenigsberger* (Hrsg.): Republiken und Republikanismus im Europa der Frühen Neuzeit, 1988, XII, 323 S. ISBN 3-486-54341-5
- 12 *Winfried Schulze* (Hrsg.): Ständische Gesellschaft und soziale Mobilität, 1988, X, 416 S. ISBN 3-486-54351-2
- 13 *Johanne Autenrieth* (Hrsg.): Renaissance- und Humanistenhandschriften, 1988, XII, 214 S. mit Abbildungen ISBN 3-486-54511-6
- 14 *Ernst Schulin* (Hrsg.): Deutsche Geschichtswissenschaft nach dem Zweiten Weltkrieg (1945–1965), 1989, XI, 303 S. ISBN 3-486-54831-X
- 15 *Wilfried Barner* (Hrsg.): Tradition, Norm, Innovation. Soziales und literarisches Traditionsverhalten in der Frühzeit der deutschen Aufklärung, 1989, XXV, 370 S. ISBN 3-486-54771-2
- 16 *Hartmut Boockmann* (Hrsg.): Die Anfänge der ständischen Vertretungen in Preußen und seinen Nachbarländern, 1992, X, 264 S. ISBN 3-486-55840-4
- 17 *John C. G. Röhl* (Hrsg.): Der Ort Kaiser Wilhelms II. in der deutschen Geschichte, 1991, XIII, 366 S. ISBN 3-486-55841-2 vergriffen

### Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 18 *Gerhard A. Ritter* (Hrsg.): Der Aufstieg der deutschen Arbeiterbewegung. Sozialdemokratie und Freie Gewerkschaften im Parteiensystem und Sozialmilieu des Kaiserreichs, 1990, XXI, 461 S. ISBN 3-486-55641-X
- 19 *Roger Dufraisse* (Hrsg.): Revolution und Gegenrevolution 1789–1830. Zur geistigen Auseinandersetzung in Frankreich und Deutschland, 1991, XX, 274 S. ISBN 3-486-55844-7
- 20 *Klaus Schreiner* (Hrsg.): Laienfrömmigkeit im späten Mittelalter. Formen, Funktionen, politisch-soziale Zusammenhänge, 1992, XII, 411 S. ISBN 3-486-55902-8
- 21 *Jürgen Miethke* (Hrsg.): Das Publikum politischer Theorie im 14. Jahrhundert, 1992, IX, 301 S. ISBN 3-486-55898-6
- 22 *Dieter Simon* (Hrsg.): Eherecht und Familiengut in Antike und Mittelalter, 1992, IX, 168 S. ISBN 3-486-55885-4
- 23 *Volker Press* (Hrsg.): Alternativen zur Reichsverfassung in der Frühen Neuzeit? 1995, X, 254 S. ISBN 3-486-56035-2
- 24 *Kurt Raaflaub* (Hrsg.): Anfänge politischen Denkens in der Antike. Die nahöstlichen Kulturen und die Griechen, 1993, XXIV, 461 S. ISBN 3-486-55993-1
- 25 *Shulamit Volkov* (Hrsg.): Deutsche Juden und die Moderne, 1994, XXIV, 170 S. ISBN 3-486-56029-8 vergriffen
- 26 *Heinrich A. Winkler* (Hrsg.): Die deutsche Staatskrise 1930–1933. Handlungsspielräume und Alternativen, 1992, XIII, 296 S. ISBN 3-486-55943-5 vergriffen
- 27 *Johannes Fried* (Hrsg.): Dialektik und Rhetorik im früheren und hohen Mittelalter. Rezeption, Überlieferung und gesellschaftliche Wirkung antiker Gelehrsamkeit vornehmlich im 9. und 12. Jahrhundert, 1997, XXI, 304 S. ISBN 3-486-56028-X
- 28 *Paolo Prodi* (Hrsg.): Glaube und Eid. Treueformeln, Glaubensbekenntnisse und Sozialdisziplinierung zwischen Mittelalter und Neuzeit, 1993, XXX, 246 S. ISBN 3-486-55994-X
- 29 *Ludwig Schmugge* (Hrsg.): Illegitimität im Spätmittelalter, 1994, X, 314 S. ISBN 3-486-56069-7
- 30 *Bernhard Kölver* (Hrsg.): Recht, Staat und Verwaltung im klassischen Indien/ The State, the Law, and Administration in Classical India, 1997, XVIII, 257 S. ISBN 3-486-56193-6
- 31 *Elisabeth Fehrenbach* (Hrsg.): Adel und Bürgertum in Deutschland 1770–1848, 1994, XVI, 251 S. ISBN 3-486-56027-1
- 32 *Robert E. Lerner* (Hrsg.): Neue Richtungen in der hoch- und spätmittelalterlichen Bibelexegese, 1996, XII, 191 S. ISBN 3-486-56083-2
- 33 *Klaus Hildebrand* (Hrsg.): Das Deutsche Reich im Urteil der Großen Mächte und europäischen Nachbarn (1871–1945), 1995, X, 232 S. ISBN 3-486-56084-0

### Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 34 *Wolfgang J. Mommsen* (Hrsg.): Kultur und Krieg. Die Rolle der Intellektuellen, Künstler und Schriftsteller im Ersten Weltkrieg, 1995, X, 282 S.  
ISBN 3-486-56085-9 vergriffen
- 35 *Peter Krüger* (Hrsg.): Das europäische Staatensystem im Wandel. Strukturelle Bedingungen und bewegende Kräfte seit der Frühen Neuzeit, 1996, XVI, 272 S.  
ISBN 3-486-56171-5
- 36 *Peter Blicke* (Hrsg.): Theorien kommunaler Ordnung in Europa, 1996, IX, 268 S.  
ISBN 3-486-56192-8
- 37 *Hans Eberhard Mayer* (Hrsg.): Die Kreuzfahrerstaaten als multikulturelle Gesellschaft. Einwanderer und Minderheiten im 12. und 13. Jahrhundert, 1997, XI, 187 S. ISBN 3-486-56257-6
- 38 *Manlio Bellomo* (Hrsg.): Die Kunst der Disputation. Probleme der Rechtsauslegung und Rechtsanwendung im 13. und 14. Jahrhundert, 1997, X, 248 S.  
ISBN 3-486-56258-4
- 39 *František Šmahel* (Hrsg.): Häresie und vorzeitige Reformation im Spätmittelalter, 1998, XV, 304 S. ISBN 3-486-56259-2
- 40 *Alfred Haverkamp* (Hrsg.): Information, Kommunikation und Selbstdarstellung in mittelalterlichen Gemeinden, 1998, XXII, 288 S. ISBN 3-486-56260-6
- 41 *Knut Schulz* (Hrsg.): Handwerk in Europa. Vom Spätmittelalter bis zur Frühen Neuzeit, 1999, XX, 313 S. ISBN 3-486-56395-5
- 42 *Werner Eck* (Hrsg.): Lokale Autonomie und römische Ordnungsmacht in den kaiserzeitlichen Provinzen vom 1. bis 3. Jahrhundert, 1999, X, 327 S.  
ISBN 3-486-56385-8
- 43 *Manfred Hildermeier* (Hrsg.): Stalinismus vor dem Zweiten Weltkrieg. Neue Wege der Forschung / Stalinism before the Second World War. New Avenues of Research, 1998, XVI, 345 S. ISBN 3-486-56350-5
- 44 *Aharon Oppenheimer* (Hrsg.): Jüdische Geschichte in hellenistisch-römischer Zeit. Wege der Forschung: Vom alten zum neuen Schürer, 1999, XII, 275 S.  
ISBN 3-486-56414-5
- 45 *Dietmar Willoweit* (Hrsg.): Die Begründung des Rechts als historisches Problem, 2000, VIII, 345 S. ISBN 3-486-56482-X
- 46 *Stephen A. Schuker* (Hrsg.): Deutschland und Frankreich. Vom Konflikt zur Aussöhnung. Die Gestaltung der westeuropäischen Sicherheit 1914–1963, 2000, XX, 280 S. ISBN 3-486-56496-X
- 47 *Wolfgang Reinhard* (Hrsg.): Verstaatlichung der Welt? Europäische Staatsmodelle und außereuropäische Machtprozesse, 1999, XVI, 375 S. ISBN 3-486-56416-1
- 48 *Gerhard Besier* (Hrsg.): Zwischen „nationaler Revolution“ und militärischer Aggression. Transformationen in Kirche und Gesellschaft während der konsolidierten NS-Gewaltherrschaft 1934–1939, 2001, XXVIII, 276 S.  
ISBN 3-486-56543-5

### Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 49 *David Cohen* (Hrsg.): Demokratie, Recht und soziale Kontrolle im klassischen Athen, 2002, VI, 205 S. ISBN 3-486-56662-8
- 50 *Thomas A. Brady* (Hrsg.): Die deutsche Reformation zwischen Spätmittelalter und Früher Neuzeit, 2001, XXI, 258 S., ISBN 3-486-56565-6
- 51 *Harold James* (Hrsg.): The Interwar Depression in an International Context, 2002, XVII, 192 S., ISBN 3-486-56610-5
- 52 *Christof Dipper* (Hrsg.): Deutschland und Italien, 1860–1960. Politische und kulturelle Aspekte im Vergleich (mit Beiträgen von F. Bauer, G. Corni, Chr. Dipper, L. Klinkhammer, B. Mantelli, M. Meriggi, L. Raphael, F. Rugge, W. Schieder, P. Schiera, H.-U. Thamer, R. Wörsdörfer) 2005, X, 284 S. ISBN 3-486-20015-1
- 53 *Frank-Rutger Hausmann* (Hrsg.): Die Rolle der Geisteswissenschaften im Dritten Reich 1933–1945, 2002, XXV, 373 S. ISBN 3-486-56639-3
- 54 *Frank Kolb* (Hrsg.): Chora und Polis (mit Beiträgen von J. Bintliff, M. Brunet, J. C. Carter, L. Foxhall, H.-J. Gehrke, U. Hailer, Ph. Howard, B. Iplikioğlu, M. H. Jameson, F. Kolb, H. Lohmann, Th. Marksteiner, P. Ørsted, R. Osborne, A. Şanlı, S. Saprykin, Ch. Schuler, A. Thomsen, M. Wörrle) 2004, XVIII, 382 S. ISBN 3-486-56730-6
- 55 *Hans Günter Hockerts* (Hrsg.): Koordinaten deutscher Geschichte in der Epoche des Ost-West-Konflikts (mit Beiträgen von A. Doering-Manteuffel, E. François, K. Gabriel, H. G. Hockerts, S. Kott, Ch. S. Maier, H. Möller, J. Paulmann, D. Pollack, M. Sabrow, H.-P. Schwarz, H. Siegrist, M. Szöllösi-Janze, D. Willoweit, H. F. Zacher) 2004, XVIII, 339 S. ISBN 3-486-56768-3
- 56 *Wolfgang Hardtwig* (Hrsg.): Utopie und politische Herrschaft im Europa der Zwischenkriegszeit, 2003, IX, 356 S. ISBN 3-486-56642-3
- 57 *Diethelm Klippel* (Hrsg.): Naturrecht und Staat. Politische Funktionen des europäischen Naturrechts (17.–19. Jahrhundert) (mit Beiträgen von H. Brandt, W. Brauner, W. Demel, Ch. Dipper, M. Fitzpatrick, S. Hofer, S. Rus Rufino, W. Schmale, J. Schröder, D. Schwab, B. Stollberg-Rilinger) 2006, VI, ca. 225 S. ISBN 3-486-57905-3
- 58 *Jürgen Reulecke* (Hrsg.): Generationalität und Lebensgeschichte im 20. Jahrhundert, 2003, XV, 300 S. ISBN 3-486-56747-0
- 59 *Klaus Hildebrand* (Hrsg.): Zwischen Politik und Religion. Studien zur Entstehung, Existenz und Wirkung des Totalitarismus. Kolloquium der Mitglieder des Historischen Kollegs, 23. November 2001, 2003, XIV, 155 S. ISBN 3-486-56748-9
- 60 *Marie-Luise Recker* (Hrsg.): Parlamentarismus in Europa. Deutschland, England und Frankreich im Vergleich (mit Beiträgen von A. Biefang, A. Kaiser, A. Kimmel, M. Kittel, M. Kreuzer, H. Oberreuter, W. Pyta, M.-L. Recker, U. Thaysen, A. Wirsching) 2004, XVIII, 232 S. ISBN 3-486-56817-5



### Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien

- 61 *Helmut Altrichter* (Hrsg.): *GegenErinnerung. Geschichte als politisches Argument im Transformationsprozeß Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas* (mit Beiträgen von H. Altrichter, C. Bethke, K. Brüggemann, V. Dumbrava, R. Eckert, U. von Hirschhausen, J. Höslér, I. Ivelijć, W. Jilge, C. Kraft, H. Lemberg, R. Lindner, B. Murgescu, A. Nikžentaitis, A. Pók, H. Sundhaussen, S. Troebst, M. Wien) 2006, XXII, 326 S. ISBN 3-486-57873-1
  
- 62 *Jürgen Trabant* (Hrsg.): *Sprache der Geschichte* (mit Beiträgen von T. Borsche, G. Cacciatore, K. Ehlich, H. D. Kittsteiner, B. Lindorfer, Ch. Meier, T. B. Müller, W. Oesterreicher, St. Otto, U. Raulff, J. Trabant) 2005, XXIV, 166 S. ISBN 3-486-57572-4
  
- 63 *Anselm Doering-Manteuffel* (Hrsg.): *Strukturmerkmale der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts* (mit Beiträgen von E. Conze, A. Doering-Manteuffel, M. Geyer, H.-G. Haupt, H. James, G. Koenen, D. van Laak, M. Niehuss, L. Raphael, J. Reulecke, J. Rückert, M. Ruck, A. von Saldern, A. Schildt, A. Wirsching, M. Zimmermann) (in Vorbereitung)
  
- 64 *Jan-Dirk Müller* (Hrsg.): *Text und Kontext: Fallstudien und theoretische Begründungen einer kulturwissenschaftlich angeleiteten Mediävistik* (mit Beiträgen von G. Althoff, H. Bleumer, U. von Bloh, U. Friedrich, B. Jussen, B. Kellner, Ch. Kiening, K. Krüger, St. G. Nichols, P. Strohschneider, Ch. Witthöft) (in Vorbereitung)
  
- 65 *Peter Schäfer* (Hrsg.): *Wege mystischer Gotteserfahrung. Judentum, Christentum und Islam/Mystical Approaches to God. Judaism, Christianity, and Islam* (mit Beiträgen von W. Beierwaltes, P. Dinzelbacher, R. Elior, A. M. Haas, M. Himmelfarb, P. Schäfer, G. G. Stroumsa, S. Stroumsa), 2006, ca. 190 S. ISBN 3-486-58006-X
  
- 66 *Friedrich Wilhelm Graf* (Hrsg.): *Intellektuellen-Götter. Das religiöse Laboratorium der klassischen Moderne* (in Vorbereitung)
  
- 67 *Werner Busch* (Hrsg.): *Verfeinertes Sehen. Optik und Farbe im 18. und frühen 19. Jahrhundert* (mit Beiträgen von H. Böhme, U. Boskamp, E. Fioretini, J. Gage, B. Gockel, U. Klein, C. Meister, J. Müller-Tamm, A. Pietsch, O. Sibus, M. Wagner, M. Wellmann) (in Vorbereitung)
  
- 68 *Kaspar von Greyerz* (Hrsg.): *Individualisierungsweisen in interdisziplinärer Perspektive* (mit Beiträgen von J. S. Amelang, P. Becker, M. Christadler, R. Dekker, S. Faroqi, K. v. Greyerz, V. Groebner, G. Jancke, S. Mendelson, G. Piller, R. Ries) (in Vorbereitung)
  
- 69 *Wilfried Hartmann* (Hrsg.): *Schandtaten, von denen man früher nichts gehört hat. Neue Normen und veränderte Praxis. Kirchliches und weltliches Recht am Ende des 9. und am Beginn des 10. Jahrhunderts* (mit Beiträgen von C. Cubitt, R. Deutinger, S. Hamilton, W. Hartmann, E.-D. Hehl, K. Herbers, W. Kaiser, L. Körntgen, R. Meens, H. Siems, K. Ubl, K. Zechiel-Eckes) (in Vorbereitung)

### **Schriften des Historischen Kollegs: Kolloquien**

- 70 *Heinz Schilling* (Hrsg.): Konfessionsfundamentalismus in Europa um 1600. Was waren seine Ursachen, was die Bedingungen seiner Überwindung? (mit Beiträgen von R. Bireley, H.-J. Bömelburg, W. Frijhoff, A. Gotthard, H. Th. Gräf, W. Harms, Th. Kaufmann, A. Koller, V. Leppin, W. Monter, B. Roeck, A. Schindling, W. Schulze, I. Tóth, E. Wolgast) (in Vorbereitung)
- 71 *Michael Toch* (Hrsg.): Wirtschaftsgeschichte der mittelalterlichen Juden. Fragen und Einschätzungen (mit Beiträgen von D. Abulafia, R. Barzen, A. Holtmann, D. Jacoby, M. Keil, R. Mueller, H.-G. von Mutius, J. Shatzmiller, M. Toch, G. Todeschini, M. Wenniger) (in Vorbereitung)

#### *Sonderveröffentlichung*

*Horst Fuhrmann* (Hrsg.): Die Kaulbach-Villa als Haus des Historischen Kollegs. Reden und wissenschaftliche Beiträge zur Eröffnung, 1989, XII, 232 S. ISBN 3-486-55611-8

**Oldenbourg**

### Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge

- 1 *Heinrich Lutz*: Die deutsche Nation zu Beginn der Neuzeit. Fragen nach dem Gelingen und Scheitern deutscher Einheit im 16. Jahrhundert, 1982, IV, 31 S. vergriffen
- 2 *Otto Pflanze*: Bismarcks Herrschaftstechnik als Problem der gegenwärtigen Historiographie, 1982, IV, 39 S. vergriffen
- 3 *Hans Conrad Peyer*: Gastfreundschaft und kommerzielle Gastlichkeit im Mittelalter, 1983, IV, 24 S. vergriffen
- 4 *Eberhard Weis*: Bayern und Frankreich in der Zeit des Konsulats und des ersten Empire (1799–1815), 1984, 41 S. vergriffen
- 5 *Heinz Angermeier*: Reichsreform und Reformation, 1983, IV, 76 S. vergriffen
- 6 *Gerald D. Feldman*: Bayern und Sachsen in der Hyperinflation 1922/23, 1984, IV, 41 S. vergriffen
- 7 *Erich Angermann*: Abraham Lincoln und die Erneuerung der nationalen Identität der Vereinigten Staaten von Amerika, 1984, IV, 33 S. vergriffen
- 8 *Jürgen Kocka*: Traditionsbindung und Klassenbildung. Zum sozialhistorischen Ort der frühen deutschen Arbeiterbewegung, 1987, 48 S. vergriffen
- 9 *Konrad Repgen*: Kriegslegitimationen in Alteuropa. Entwurf einer historischen Typologie, 1985, 27 S. vergriffen
- 10 *Antoni Mączak*: Der Staat als Unternehmen. Adel und Amtsträger in Polen und Europa in der Frühen Neuzeit, 1989, 32 S.
- 11 *Eberhard Kolb*: Der schwierige Weg zum Frieden. Das Problem der Kriegsbeendigung 1870/71, 1985, 33 S. vergriffen
- 12 *Helmut Georg Koenigsberger*: Fürst und Generalstände. Maximilian I. in den Niederlanden (1477–1493), 1987, 27 S. vergriffen
- 13 *Winfried Schulze*: Vom Gemeinnutz zum Eigennutz. Über den Normenwandel in der ständischen Gesellschaft der Frühen Neuzeit, 1987, 40 S. vergriffen
- 14 *Johanne Autenrieth*: „Litterae Virgilianae“. Vom Fortleben einer römischen Schrift, 1988, 51 S. vergriffen
- 15 *Tilemann Grimm*: Blickpunkte auf Südostasien. Historische und kulturanthropologische Fragen zur Politik, 1988, 37 S.
- 16 *Ernst Schulin*: Geschichtswissenschaft in unserem Jahrhundert. Probleme und Umriss einer Geschichte der Historie, 1988, 34 S. vergriffen
- 17 *Hartmut Boockmann*: Geschäfte und Geschäftigkeit auf dem Reichstag im späten Mittelalter, 1988, 33 S. vergriffen
- 18 *Wilfried Barner*: Literaturwissenschaft – eine Geschichtswissenschaft? 1990, 42 S. vergriffen

### Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge

- 19 *John C. G. Röhl*: Kaiser Wilhelm II. Eine Studie über Cäsarenwahnsinn, 1989, 36 S. vergriffen
- 20 *Klaus Schreiner*: Mönchsein in der Adelsgesellschaft des hohen und späten Mittelalters. Klösterliche Gemeinschaftsbildung zwischen spiritueller Selbstbehauptung und sozialer Anpassung, 1989, 68 S. vergriffen
- 21 *Roger Dufraisse*: Die Deutschen und Napoleon im 20. Jahrhundert, 1991, 43 S.
- 22 *Gerhard A. Ritter*: Die Sozialdemokratie im Deutschen Kaiserreich in sozialgeschichtlicher Perspektive, 1989, 72 S. vergriffen
- 23 *Jürgen Miethke*: Die mittelalterlichen Universitäten und das gesprochene Wort, 1990, 48 S. vergriffen
- 24 *Dieter Simon*: Lob des Eunuchen, 1994, 27 S.
- 25 *Thomas Vogtherr*: Der König und der Heilige. Heinrich IV., der heilige Remaklus und die Mönche des Doppelklosters Stablo-Malmedy, 1990, 29 S. vergriffen
- 26 *Johannes Schilling*: Gewesene Mönche. Lebensgeschichten in der Reformation, 1990, 36 S. vergriffen
- 27 *Kurt Raaflaub*: Politisches Denken und Krise der Polis. Athen im Verfassungskonflikt des späten 5. Jahrhunderts v. Chr., 1992, 63 S.
- 28 *Volker Press*: Altes Reich und Deutscher Bund. Kontinuität in der Diskontinuität, 1995, 31 S.
- 29 *Shulamit Volkov*: Die Erfindung einer Tradition. Zur Entstehung des modernen Judentums in Deutschland, 1992, 30 S.
- 30 *Franz Bauer*: Gehalt und Gestalt in der Monumentalsymbolik. Zur Ikonologie des Nationalstaats in Deutschland und Italien 1860–1914, 1992, 39 S.
- 31 *Heinrich A. Winkler*: Mußte Weimar scheitern? Das Ende der ersten Republik und die Kontinuität der deutschen Geschichte, 1991, 32 S. vergriffen
- 32 *Johannes Fried*: Kunst und Kommerz. Über das Zusammenwirken von Wissenschaft und Wirtschaft im Mittelalter vornehmlich am Beispiel der Kaufleute und Handelsmessen, 1992, 40 S.
- 33 *Paolo Prodi*: Der Eid in der europäischen Verfassungsgeschichte, 1992, 35 S.
- 34 *Jean-Marie Moeglin*: Dynastisches Bewußtsein und Geschichtsschreibung. Zum Selbstverständnis der Wittelsbacher, Habsburger und Hohenzollern im Spätmittelalter, 1993, 47 S.
- 35 *Bernhard Kölver*: Ritual und historischer Raum. Zum indischen Geschichtsverständnis, 1993, 65 S.
- 36 *Elisabeth Fehrenbach*: Adel und Bürgertum im deutschen Vormärz, 1994, 31 S.

### Schriften des Historischen Kollegs: Vorträge

- 37 *Ludwig Schmugge*: Schleichwege zu Pfründe und Altar. Päpstliche Dispense vom Geburtsmakel 1449–1533, 1994, 35 S.
- 38 *Hans-Werner Hahn*: Zwischen Fortschritt und Krisen. Die vierziger Jahre des 19. Jahrhunderts als Durchbruchphase der deutschen Industrialisierung, 1995, 47 S.
- 39 *Robert E. Lerner*: Himmelsvision oder Sinnendelirium? Franziskaner und Professoren als Traumdeuter im Paris des 13. Jahrhunderts, 1995, 35 S.
- 40 *Andreas Schulz*: Weltbürger und Geldaristokraten. Hanseatisches Bürgertum im 19. Jahrhundert, 1995, 38 S.
- 41 *Wolfgang J. Mommsen*: Die Herausforderung der bürgerlichen Kultur durch die künstlerische Avantgarde. Zum Verhältnis von Kultur und Politik im Wilhelminischen Deutschland, 1994, 30 S.
- 42 *Klaus Hildebrand*: Reich – Großmacht – Nation. Betrachtungen zur Geschichte der deutschen Außenpolitik 1871–1945, 1995, 25 S.
- 43 *Hans Eberhard Mayer*: Herrschaft und Verwaltung im Kreuzfahrerkönigreich Jerusalem, 1996, 38 S.
- 44 *Peter Blickle*: Reformation und kommunaler Geist. Die Antwort der Theologen auf den Wandel der Verfassung im Spätmittelalter, 1996, 42 S.
- 45 *Peter Krüger*: Wege und Widersprüche der europäischen Integration im 20. Jahrhundert, 1995, 39 S.
- 46 *Werner Greiling*: „Intelligenzblätter“ und gesellschaftlicher Wandel in Thüringen. Anzeigenwesen, Nachrichtenvermittlung, Raisonement und Sozialdisziplinierung, 1995, 38 S.

### Schriften des Historischen Kollegs: Dokumentationen

- 1 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Erste Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1984, VI, 70 S., mit Abbildungen *vergriffen*
- 2 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Horst Fuhrmann, Das Interesse am Mittelalter in heutiger Zeit. Beobachtungen und Vermutungen – Lothar Gall, Theodor Schieder 1908 bis 1984, 1987, 65 S. *vergriffen*
- 3 Leopold von Ranke: Vorträge anlässlich seines 100. Todestages. Gedenkfeier der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften und der Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft am 12. Mai 1986, 1987, 44 S. *vergriffen*
- 4 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Zweite Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1987, 98 S., mit Abbildungen
- 5 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Thomas Nipperdey, Religion und Gesellschaft: Deutschland um 1900, 1988, 29 S. *vergriffen*
- 6 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Christian Meier, Die Rolle des Krieges im klassischen Athen, 1991, 55 S. *vergriffen*
- 7 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Dritte Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1991, 122 S., mit Abbildungen *vergriffen*
- 8 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Historisches Kolleg 1980–1990. Vorträge anlässlich des zehnjährigen Bestehens und zum Gedenken an Alfred Herrhausen, 1991, 63 S.
- 9 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Karl Leyser, Am Vorabend der ersten europäischen Revolution. Das 11. Jahrhundert als Umbruchszeit, 1994, 32 S.
- 10 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Vierte Verleihung des Preises des Historischen Kollegs. Aufgaben, Stipendiaten, Schriften des Historischen Kollegs, 1993, 98 S., mit Abbildungen
- 11 Theodor-Schieder-Gedächtnisvorlesung: Rudolf Smend, Mose als geschichtliche Gestalt, 1995, 23 S.
- 12 Stiftung Historisches Kolleg im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft: Über die Offenheit der Geschichte. Kolloquium der Mitglieder des Historischen Kollegs, 20. und 21. November 1992, 1996, 84 S.

Vorträge und Dokumentationen sind nicht im Buchhandel erhältlich; sie können, soweit lieferbar, über die Geschäftsstelle des Historischen Kollegs (Kaulbachstraße 15, 80539 München) bezogen werden.

## **Schriften des Historischen Kollegs: Jahrbuch**

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1995:

*Arnold Esch*

Rom in der Renaissance. Seine Quellenlage als methodisches Problem

*Manlio Bellomo*

Geschichte eines Mannes: Bartolus von Sassoferrato und die moderne europäische Jurisprudenz

*František Šmahel*

Das verlorene Ideal der Stadt in der böhmischen Reformation

*Alfred Haverkamp*

„... an die große Glocke hängen“. Über Öffentlichkeit im Mittelalter

*Hans-Christof Kraus*

Montesquieu, Blackstone, De Lolme und die englische Verfassung des 18. Jahrhunderts

1996, VIII, 180 S. ISBN 3-486-56176-6

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1996:

*Johannes Fried*

Wissenschaft und Phantasie. Das Beispiel der Geschichte

*Manfred Hildermeier*

Revolution und Kultur: Der „Neue Mensch“ in der frühen Sowjetunion

*Knut Schulz*

Handwerk im spätmittelalterlichen Europa. Zur Wanderung und Ausbildung von Lehrlingen in der Fremde

*Werner Eck*

Mord im Kaiserhaus? Ein politischer Prozeß im Rom des Jahres 20 n. Chr.

*Wolfram Pyta*

Konzert der Mächte und kollektives Sicherheitssystem: Neue Wege zwischenstaatlicher Friedenswahrung in Europa nach dem Wiener Kongreß 1815

1997, VI, 202 S. ISBN 3-486-56300-9

### **Schriften des Historischen Kollegs: Jahrbuch**

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1997:

*Eberhard Weis*

Hardenberg und Montgelas. Versuch eines Vergleichs ihrer Persönlichkeiten und ihrer Politik

*Dietmar Willoweit*

Vom alten guten Recht. Normensuche zwischen Erfahrungswissen und Ursprungslegenden

*Aharon Oppenheimer*

Messianismus in römischer Zeit. Zur Pluralität eines Begriffes bei Juden und Christen

*Stephen A. Schuker*

Bayern und der rheinische Separatismus 1923–1924

*Gerhard Schuck*

Zwischen Ständeordnung und Arbeitsgesellschaft. Der Arbeitsbegriff in der frühneuzeitlichen Policy am Beispiel Bayerns

1998, XXI, 169 S. ISBN 3-486-56375-0

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1998:

*Peter Pulzer*

Der deutsche Michel in John Bulls Spiegel: Das britische Deutschlandbild im 19. Jahrhundert

*Gerhard Besier*

„The friends ... in America need to know the truth ...“

Die deutschen Kirchen im Urteil der Vereinigten Staaten (1933–1941)

*David Cohen*

Die Schwestern der Medea. Frauen, Öffentlichkeit und soziale Kontrolle im klassischen Athen

*Wolfgang Reinhard*

Staat machen: Verfassungsgeschichte als Kulturgeschichte

*Lutz Klinkhammer*

Die Zivilisierung der Affekte. Kriminalitätsbekämpfung im Rheinland und in Piemont unter französischer Herrschaft 1798–1814

1999, 193 S., ISBN 3-486-56420-X



## **Schriften des Historischen Kollegs: Jahrbuch**

Jahrbuch des Historischen Kollegs 1999:

*Jan Assmann*

Ägypten in der Gedächtnisgeschichte des Abendlandes

*Thomas A. Brady*

Ranke, Rom und die Reformation: Leopold von Rankes Entdeckung des Katholizismus

*Harold James*

Das Ende der Globalisierung? Lehren aus der Weltwirtschaftskrise

*Christof Dipper*

Helden überkreuz oder das Kreuz mit den Helden. Wie Deutsche und Italiener die Heroen der nationalen Einigung (der anderen) wahrnahmen.

*Felicitas Schmieder*

„... von etlichen geistlichen leyen wegen“. Definitionen der Bürgerschaft im spätmittelalterlichen Frankfurt

2000, VI, 199 S., 7 Abb., ISBN 3-486-56492-7

Jahrbuch des Historischen Kollegs 2000:

*Winfried Schulze*

Die Wahrnehmung von Zeit und Jahrhundertwenden

*Frank Kolb*

Von der Burg zur Polis. Akkulturation in einer kleinasiatischen „Provinz“

*Hans Günter Hockerts*

Nach der Verfolgung. Wiedergutmachung in Deutschland: Eine historische Bilanz 1945–2000

*Frank-Rutger Hausmann*

„Auch im Krieg schweigen die Musen nicht“. Die ‚Deutschen Wissenschaftlichen Institute‘ (DWI) im Zweiten Weltkrieg (1940–1945)

*Ulrike Freitag*

Scheich oder Sultan – Stamm oder Staat? Staatsbildung im Hadramaut (Jemen) im 19. und 20. Jahrhundert

2001, VI, 250 S., 16 Abb., ISBN 3-486-56557-5

## **Schriften des Historischen Kollegs: Jahrbuch**

Jahrbuch des Historischen Kollegs 2001:

*Michael Stolleis*

Das Auge des Gesetzes. Materialien zu einer neuzeitlichen Metapher

*Wolfgang Hardtwig*

Die Krise des Geschichtsbewußtseins in Kaiserreich und Weimarer Republik und der Aufstieg des Nationalsozialismus

*Diethelm Klippel*

Kant im Kontext. Der naturrechtliche Diskurs um 1800

*Jürgen Reulecke*

Neuer Mensch und neue Männlichkeit. Die „junge Generation“ im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

*Peter Burschel*

Paradiese der Gewalt. Martyrium, Imagination und die Metamorphosen des nachtridentinischen Heiligenhimmels

2002, VI, 219 S. ISBN 3-486-56641-5

Jahrbuch des Historischen Kollegs 2002:

*Wolfgang Reinhard*

Geschichte als Delegitimation

*Jürgen Trabant*

Sprache der Geschichte

*Marie-Luise Recker*

„Es braucht nicht niederreißende Polemik, sondern aufbauende Tat.“  
Zur Parlamentskultur der Bundesrepublik Deutschland

*Helmut Altrichter*

War der Zerfall der Sowjetunion vorauszusehen?

*Andreas Rödder*

„Durchbruch in Kaukasus“? Die deutsche Wiedervereinigung und die Zeitgeschichtsschreibung

2003, VI, 179 S., 2 Abb. ISBN 3-486-56736-5

**Oldenbourg**

## **Schriften des Historischen Kollegs: Jahrbuch**

Jahrbuch des Historischen Kollegs 2003:

*Jochen Martin*

Rom und die Heilsgeschichte. Beobachtungen zum Triumphbogenmosaik von S. Maria Maggiore in Rom

*Jan-Dirk Müller*

Imaginäre Ordnungen und literarische Imaginationen um 1200

*Peter Schäfer*

Ex oriente lux? Heinrich Graetz und Gershom Scholem über den Ursprung der Kabbala

*Anselm Doering-Manteuffel*

Mensch, Maschine, Zeit. Fortschrittsbewußtsein und Kulturkritik im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts

*Bernhard Löffler*

Öffentliches Wirken und öffentliche Wirkung Ludwig Erhards

2004, VI, 205 S., 20 Abb. ISBN 3-486-56843-4

Jahrbuch des Historischen Kollegs 2004:

*Wolfgang Frühwald*

„Wer es gesehen hat, der hat es auf sein ganzes Leben“. Die italienischen Tagebücher der Familie Goethe

*Kaspar von Greyerz*

Vom Nutzen und Vorteil der Selbstzeugnisforschung in der Frühneuzeit-Historie

*Friedrich Wilhelm Graf*

Annihilatio historiae? Theologische Geschichtsdiskurse in der Weimarer Republik

*Werner Busch*

Die Naturwissenschaften als Basis des Erhabenen in der Kunst des 18. und frühen 19. Jahrhunderts

*Jörn Leonhard*

Der Ort der Nation im Deutungswandel kriegerischer Gewalt: Europa und die Vereinigten Staaten 1854–1871

2005, VI, 182 S., 9 Abb. ISBN 3-486-57741-7

## **Schriften des Historischen Kollegs: Jahrbuch**

Jahrbuch des Historischen Kollegs 2005:

*Michael Mitterauer*

Europäische Geschichte in globalem Kontext

*Michael Toch*

Das Gold der Juden – Mittelalter und Neuzeit

*Heinz Schilling*

Gab es um 1600 in Europa einen Konfessionsfundamentalismus? Die Geburt des internationalen Systems in der Krise des konfessionellen Zeitalters

*Wilfried Hartmann*

„Sozialdisziplinierung“ und „Sündenzucht“ im frühen Mittelalter? Das bischöfliche Sendgericht in der Zeit um 900

*Peter Scholz*

*Imitatio patris* statt griechischer Pädagogik. Überlegungen zur Sozialisation und Erziehung der republikanischen Senatsaristokratie

2006, VI, 191 S., 17 Abb. ISBN 3-486-57963-0



